Deutscher Bauernverband

DBV



SITUATIONSBERICHT 2021/22

TRENDS UND FAKTEN ZUR LANDWIRTSCHAFT

SITUATIONSBERICHT 2021/22

TRENDS UND FAKTEN ZUR LANDWIRTSCHAFT

Situationsbericht 2021/22
Trends und Fakten zur Landwirtschaft
www.situationsbericht.de

Herausgeber:
Deutscher Bauernverband e.V.
Claire-Waldoff-Straße 7 · 10117 Berlin
in Kooperation mit
LAND-DATA GmbH
Wedekindstraße 9 – 11 · 27374 Visselhövede
und
AMI Agrarmarkt-Informations-GmbH
Dreizehnmorgenweg 10 · 53175 Bonn
sowie mit Unterstützung von
Landwirtschaftliche Rentenbank
Hochstraße 2 · 60313 Frankfurt a. M.

Dezember 2021 (Redaktionsschluss: 1. Dezember 2021)

Bearbeitung:
Dr. Peter Pascher, Udo Hemmerling, Simon Stork
Deutscher Bauernverband

Infografiken:
AMI Agrarmarkt-Informations-GmbH, Bonn
Sabine Dräbing, Meckenheim
dieMAYREI GmbH, Donauwörth

Satz:
Rohr – KommunikationEventAGRAR, Meldorf

Titelbild:
PIXABAY_Karsten Paulick

Schutzgebühr:
15,– EUR

ISBN 978-3-9820166-3-4



Die wirtschaftliche Situation der deutschen Landwirtschaft ist derzeit stark von den Einflüssen der Corona-Pandemie auf die Weltwirtschaft und die Agrarmärkte geprägt. Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2020/21 hat sich die ökonomische Situation der deutschen Landwirtschaft deutlich verschlechtert. Maßgeblich dafür ist der Einbruch am Schweinemarkt.

Im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe (Personengesellschaften und Einzelunternehmen) blieb das Unternehmensergebnis mit 52.100 Euro um 15 Prozent hinter dem Vorjahresergebnis von 61.300 Euro zurück. Die Veredlungsbetriebe verloren im Wirtschaftsjahr 2020/21 gut zwei Drittel ihrer Unternehmensgewinne. In der Rinder- und Milchviehhaltung konnten etwas verbesserte Ergebnisse verzeichnet werden. Ackerbaubetriebe haben ihr Vorjahresergebnis in etwa halten können. Sonderkulturbetriebe konnten sich stabil entwickeln, weil Erntehelfer trotz Corona-bedingter Reisebeschränkungen verfügbar waren.

Nach den Marktentwicklungen im Herbst 2021 zeichnen sich bei vielen landwirtschaftlichen Erzeugnissen feste Erzeugerpreise ab. Dies gilt vor allem für Ackerfrüchte, Milch und Rindfleisch. Der Schweinemarkt hingegen ist nach wie vor massiv unter Druck. Deutlich gestiegene Aufwendungen für Düngemittel, zugekaufte Futtermittel und Energie belasten die Betriebe. Engpässe in der Logistik verstärken diesen Trend.

Die Stimmung der Landwirte ist weiter eher verhalten, wie das Konjunkturbarometer Agrar vom September 2021 zeigt. Viele Landwirte scheuen auf Grund fehlender Zukunftsperspektive eine Investition, vor allem in der Tierhaltung. Der gesetzliche Rahmen im Genehmigungsrecht und die notwendige Förderung fehlen. Notwendig ist zudem eine verpflichtende Haltungs- und Herkunftskennzeichnung von Fleisch- und Milchprodukten. Auch benötigen Landwirte neue Geschäftsmodelle für Tierwohl, Klimaschutz oder Biodiversität.

Die neue Ampel-Koalition tritt unter dem Motto „Mehr Fortschritt wagen“ an. Die deutsche Landwirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Transformationsprozess hin zu mehr Tierwohl, zur Klimaneutralität und zu noch mehr Ressourcenschutz und Biodiversität. Für die damit verbundenen Herausforderungen greift der Koalitionsvertrag nur einen Teil der Empfehlungen auf, die alle gesell-

schaftlichen Gruppen gemeinsam in der Zukunftskommission Landwirtschaft erarbeitet haben.

Der Umbau kann nur gelingen, wenn er als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden wird und die wirtschaftliche Nachhaltigkeit gewährleistet. Es kommt gerade bei den Vorhaben zum Naturschutz, zur Tierhaltung und zum Pflanzenschutz maßgeblich auf die Umsetzung an. Wichtiges Ziel muss es sein, die heimische Landwirtschaft zu sichern und Strukturbrüche zu verhindern.

Hinsichtlich der Weiterentwicklung der GAP war 2021 das Jahr der Entscheidungen. Der DBV hat die neuen Eco Schemes positiv bewertet und Vorschläge für eine attraktive Ausgestaltung gemacht. Das Verhandlungsergebnis zwischen Bund und Ländern fällt hingegen enttäuschend aus. Die Fördersätze der Eco Schemes sind deutlich geringer als bei vergleichbaren Agrarumweltmaßnahmen der 2. Säule. Nur mit grundlegenden Nachbesserungen kann 2023 ein Fehlstart der GAP-Reform vermieden werden.

Auf EU-Ebene hat die Debatte um die Umsetzung des „Green Deal" und der „Farm to Fork-Strategie" an Fahrt aufgenommen. Es liegen inzwischen mehrere Folgeabschätzungen vor, nach denen eine übermäßige Einschränkung von Düngung und Pflanzenschutz erhebliche negative Folgen für die EU-Erzeugung haben würde. Eine Abwanderung der Produktion von Nahrungsmitteln auf andere Kontinente – ein sogenannter Leakage-Effekt – wäre die Folge. Zudem würde dies die Ziele des Klimaschutzes konterkarieren. Dies muss vermieden werden.

Der Situationsbericht 2021/22 des Deutschen Bauernverbandes liefert Trends und Fakten rund um die Landwirtschaft und die Agrarmärkte. Ein besonderer Schwerpunkt sind die Strukturdaten der Landwirtschaftszählung 2020. Hinzu kommen aktuelle Fakten zu Verbrauchereinstellungen und -verhalten sowie zum Klima- und Ressourcenschutz.

In enger Zusammenarbeit mit der LAND-DATA GmbH konnten in dem vorliegenden Bericht wieder fast 10.000 Buchführungsabschlüsse ausgewertet werden. Die AMI Agrarmarkt Informations-Gesellschaft hat umfangreiche Marktdaten bereitgestellt.

Allen, die am Situationsbericht 2021/22 mitgewirkt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.



Joachim Rukwied
Präsident des Deutschen Bauernverbandes

1–Landwirtschaft und Gesamtwirtschaft **6**
1.1 Wirtschaftliche Bedeutung des Agrarsektors 7
1.2 Jahrhundertvergleich 17
1.3 Nahrungsmittel – Verbrauch und Preise 21
1.4 Ernährungswirtschaft 26
1.5 Lebensmittelhandel und Verbrauchertrends 33
1.6 Ökologischer Landbau 45
1.7 Bioenergie und Nachwachsende Rohstoffe 52

2–Ressourcenschutz und Klima **56**
2.1 Flächennutzung 57
2.2 Nachhaltige Bewirtschaftungsmethoden 60
2.3 Klimaschutz 68
2.4 Folgen des Klimawandels 72

3–Agrarstruktur **78**
3.1 Kapitaleinsatz 79
3.2 Boden- und Pachtmarkt 81
3.3 Betriebe und Betriebsgrößen 89
3.4 Betriebs- und Rechtsformen 100
3.5 Arbeitskräfte und Auszubildende 108
3.6 Agrarstrukturen in der EU 114
3.7 Forstwirtschaft 120

4–Agrarpolitik und Agrarförderung **126**
4.1 EU-Agrarhaushalt / Mehrjähriger Finanzrahmen 127
4.2 Weiterentwicklung der GAP 2023 – 2027 133
4.3 GAP-Förderung und Umweltleistungen 139
4.4 „Zweite Säule“ – Förderung ländlicher Räume 145
4.5 Bundesagrarhaushalt und Agrarsubventionen 149

5–Fakten zur wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft **158**
5.1 Konjunkturentwicklung 159
5.2 Buchführungsergebnisse 166
5.3 Landwirtschaftliche Gesamtrechnung 180

6–Erzeugung und Märkte **182**
6.1 Pflanzliche Erzeugung 183
6.2 Tierische Erzeugung 203
6.3 Betriebsmittel / Futtermittel 228

7–Internationale Agrarentwicklung **234**
7.1 Agrarpreise und Agrarrohstoffmärkte 235
7.2 Agraraußenhandel 245

Stichwortverzeichnis 254



1 Landwirtschaft und Gesamtwirtschaft

1.1	Wirtschaftliche Bedeutung des Agrarsektors	7
1.2	Jahrhundertvergleich	16
1.3	Nahrungsmittel – Verbrauch und Preise	20
1.4	Ernährungswirtschaft	25
1.5	Lebensmittelhandel und Verbrauchertrends	32
1.6	Ökologischer Landbau	44
1.7	Bioenergie und Nachwachsende Rohstoffe	52

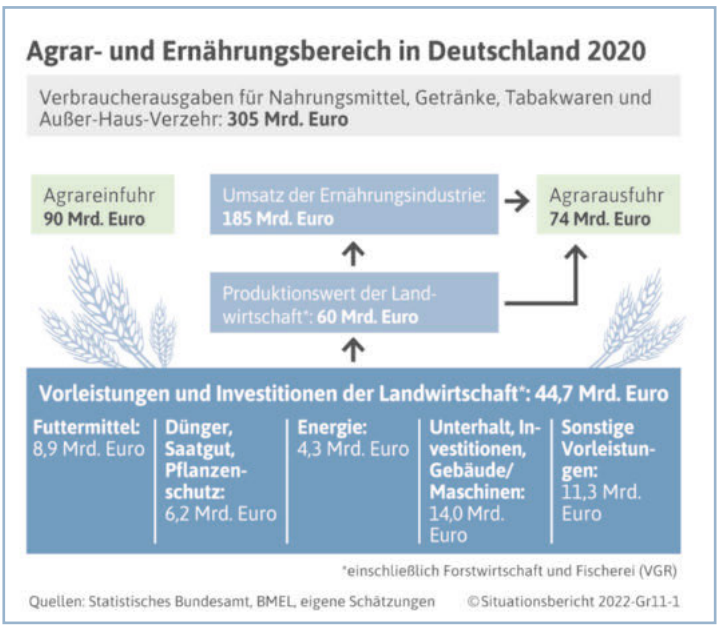
1.1 Wirtschaftliche Bedeutung des Agrarsektors

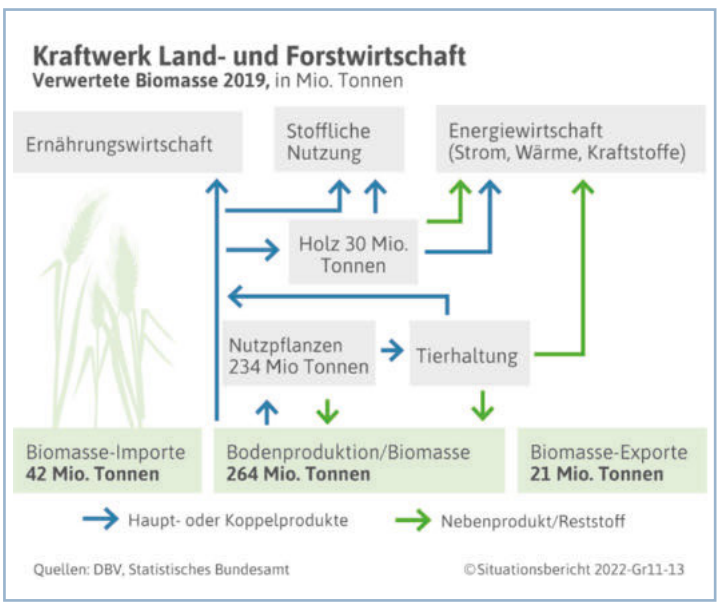
Hohe wirtschaftliche Leistung der Landwirtschaft

Die Land-, Forstwirtschaft und Fischerei ist als Teil der Volkswirtschaft in Deutschland nach wie vor ein bedeutender Wirtschaftsbereich. Ihr Anteil an der Bruttowertschöpfung macht heute (2020) zwar nur 0,8 Prozent, am Produktionswert der deutschen Volkswirtschaft 1,0 Prozent und an den Erwerbstätigen rund 1,3 Prozent aus, doch ist die volkswirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft wesentlich größer. Die deutsche Land-, Forstwirtschaft und Fischerei erzielte 2020 einen Produktionswert von 59,8 Milliarden Euro. Das ist erheblich mehr als der Produktionswert des gesamten deutschen Textil-, Bekleidungs- und Schuhgewerbes mit 22,1 Milliarden Euro, des Papiergewerbes mit 39,5 Milliarden Euro oder der pharmazeutischen Industrie mit 53,9 Milliarden Euro.

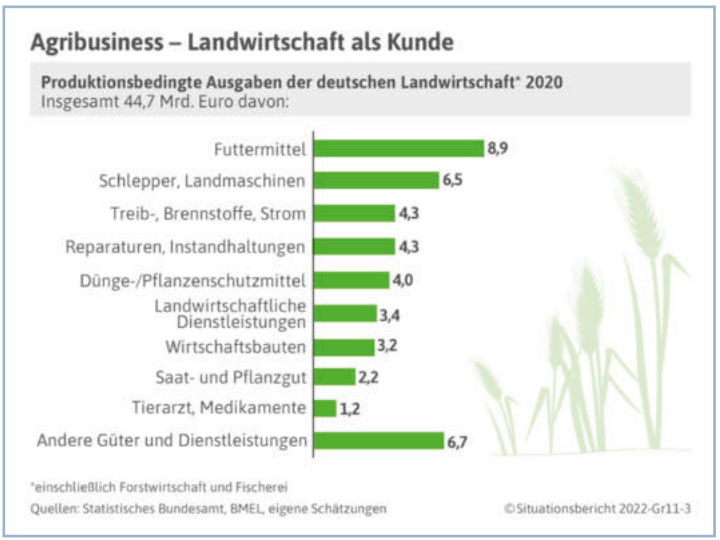
Einkäufe der Landwirtschaft stützen die übrige Wirtschaft

Landwirte fragen viele Betriebsmittel, Investitionsgüter und Dienstleistungen nach. Es sind vor allem kleinere und mittlere Betriebe aus Handel, Handwerk und Gewerbe, die wirtschaftlich stark mit der Landwirtschaft verbunden sind. Viele Höfe nutzen darüber hinaus









eine breite Palette von Dienstleistungen. Diese reichen von der Beratung über Wartungsarbeiten bis hin zu Tiergesundheits- und Qualitätsüberwachung. Die produktionsbedingten Ausgaben der deutschen Landwirtschaft betrugen 2020 44,7 Milliarden Euro, wovon 9,7 Milliarden Euro auf Investitionen in Bauten und Maschinen entfallen. Zu den betriebsbedingten Ausgaben kommen u. a. die privaten Konsumausgaben der Land- und Forstwirte hinzu, die sich 2020 auf 7,5 Milliarden Euro beliefen.

Jeder 10. Arbeitsplatz steht mit dem Agribusiness in Verbindung

Das Agribusiness umfasst die gesamte Lebensmittelkette und damit alle Schritte von der Urproduktion bis zum Verbraucher: Die Landwirtschaft gewinnt mit Produktionsmitteln aus den vorgelagerten Wirtschaftsbereichen die pflanzlichen und tierischen Rohstoffe, die vom Ernährungsgewerbe, also dem Handwerk und der Industrie, weiterverarbeitet werden. Hinzu kommen der Lebensmittelgroß- und -einzelhandel sowie die Gastronomie.

Volkswirtschaftliche Eckdaten des Sektors Land-, Forstwirtschaft und Fischerei (2020)

- Produktionswert: 59,8 Milliarden Euro
  (- 3,6 Prozent gegenüber 2019)
- Bruttowertschöpfung: 24,8 Milliarden Euro
  (- 8,5 Prozent gegenüber 2019)
- Erwerbstätige: 580.000 Personen
  (- 3,2 Prozent gegenüber 2019)
- Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen: 42.693 Euro
  (- 5,5 Prozent gegenüber 2019)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Das Agribusiness ist einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige

Das Agribusiness hatte in 2020 in rund 700.000 Betrieben insgesamt 4,4 Millionen Beschäftigte. Damit sind fast 10 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland direkt oder indirekt damit beschäftigt, Menschen mit Essen und Trinken zu versorgen bzw. pflanzliche Rohstoffe für Nicht-Nahrungsmittelzwecke zu erzeugen. Ein

Großteil dieser Arbeitsplätze – vor allem in Landwirtschaft, Gastronomie, Handwerk und Einzelhandel – ist im ländlichen Raum angesiedelt. Mit zahlreichen attraktiven Ausbildungsberufen und -plätzen stellt das Agribusiness jeden 8. Ausbildungsplatz in Deutschland. So starten jedes Jahr rund 160.000 junge Menschen im Agribusiness in ihr Berufsleben.

Schlüsselbranche Landwirtschaft

Der Erwerbstätigenanteil der Landwirtschaft am gesamten Agribusiness beträgt gut 12 Prozent. Das heißt: Einem landwirtschaftlichen Arbeitsplatz stehen sieben weitere Arbeitsplätze in den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen gegenüber. Das gesamte Agribusiness erbrachte 2020 einen Produktionswert von geschätzten 472 Milliarden Euro oder knapp 8 Prozent des gesamtwirtschaftlichen Produktionswertes. Gemessen an der volkswirtschaftlichen Bruttowertschöpfung beträgt der Anteil des Agribusiness gut 6 Prozent.

Landwirtschaftlicher Erwerbstätigenanteil bei 1,3 Prozent

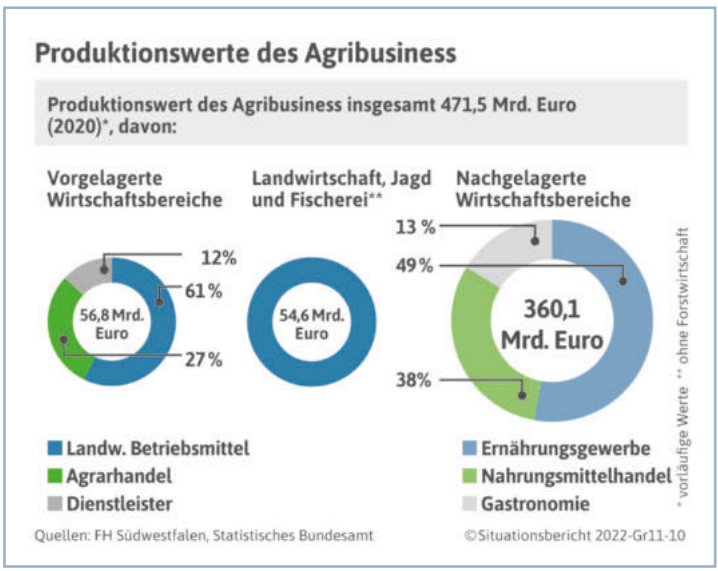
In Deutschland übten 2020 580.000 Personen oder 1,3 Prozent aller Erwerbstätigen ihre überwiegende Erwerbstätigkeit in der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei aus. Gut 38 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft sind als eigenständige Unternehmer tätig. Ihr Anteil an den Selbständigen in Deutschland beläuft sich auf 5,5 Prozent. Gemessen am gesamten Arbeitsvolumen der deutschen Wirtschaft beträgt der Anteil der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei 1,6 Prozent.

Wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft und der ihr vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche

Wirtschaftsbereiche	Bruttowertschöpfung			Erwerbstätige		
	2018	2019	2020[v)]	2018	2019	2020[v)]
	in Mrd. Euro			in 1.000		
Vorgelagerte Wirtschaftsbereiche	24,2	25,3	24,6	224	227	226
Landwirtschaft (einschl. Fischerei)	19,5	24,6	22,5	569	560	542
Nachgelagerte Wirtschaftsbereiche	153,1	156,7	141,4	3.837	3.872	3.630
Agribusiness zusammen	**196,8**	**206,6**	**188,5**	**4.630**	**4.659**	**4.398**
Alle Wirtschaftsbereiche	3.035,2	3.130,7	3.050,3	44.858	45.268	44.898
dar. Agribusiness in Prozent	***6,5***	***6,6***	***6,2***	***10,3***	***10,3***	***9,8***

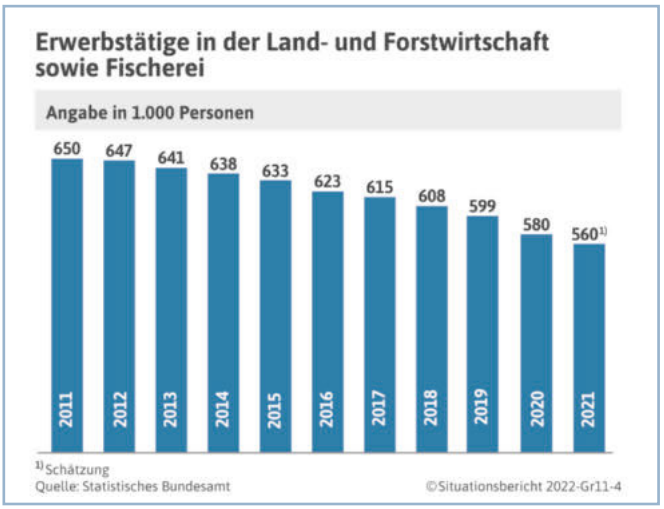
v) vorläufig

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachhochschule Südwestfalen SB22-T11-1

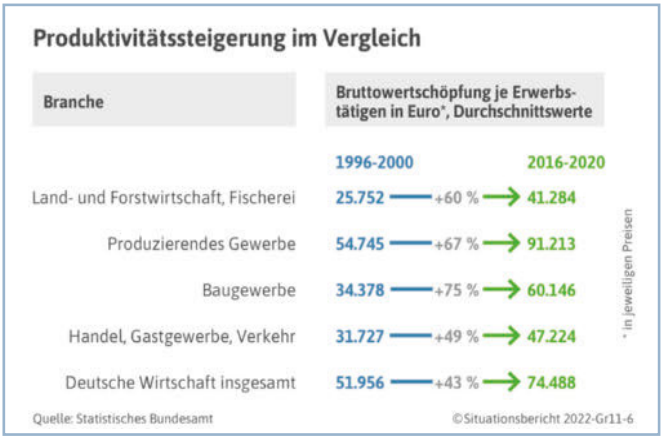


Selbständige arbeiten länger

Ein Erwerbstätiger in Deutschland arbeitete im Jahr 2020 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Durchschnitt 1.324 Stunden. Überdurchschnittlich hoch fällt die Stundenzahl in der







Land- und Forstwirtschaft mit 1.675 Stunden aus. Mit 2.246 Stunden liegen auch die Arbeitszeiten von Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft deutlich höher als bei den Selbständigen in der übrigen Wirtschaft mit 1.727 Stunden. Der Einsatz moderner Technik hat maßgebend dazu beitragen, dass körperliche Arbeit und Arbeitszeiten in der Landwirtschaft deutlich zurückgegangen sind. Der Umgang mit Natur, Umwelt und Tieren erfordert allerdings eine relativ hohe zeitliche Flexibilität.

Arbeitsproduktivität der Landwirtschaft relativ stark gestiegen

Gemessen an der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen hat der Agrarsektor in Deutschland seine Produktivität in den letzten 20 Jahren stark gesteigert (+ 60 Prozent). Zum Vergleich: Im Durchschnitt der deutschen Wirtschaft stieg die Produktivität um 43 Prozent. In absoluten Zahlen bleibt jedoch ein Abstand zu anderen Wirtschaftsbereichen.

Moderne Landtechnik aus Deutschland stark gefragt

Die Landtechnik-Industrie ist ein wichtiger Vorlieferant der Landwirtschaft. In der Branche sind über 200 Unternehmen mit rund 39.000 Beschäftigten tätig. 2020 wurde in Deutschland Landtechnik im Wert von 6,15 Milliarden Euro verkauft. Ein Fokus der gegenwärtigen technologischen Entwicklung liegt auf

der Vernetzung, Automatisierung und Autonomisierung von Arbeitsprozessen. Die Landtechnik-Industrie am Standort Deutschland erreichte 2020 mit einem Umsatz von 9,05 Milliarden Euro ein historisches Allzeithoch. Für 2021 wird mit einem Industrie-Umsatz auf noch höherem Niveau gerechnet. Das Exportgeschäft macht im Branchendurchschnitt rund 75 Prozent des Umsatzes aus.

Landtechnik-Handwerk und -Handel als Bindeglied

Die rund 5.600 in der Handwerksrolle eingetragenen Landmaschinen-Fachbetriebe machten mit ihren knapp 42.500 Mitarbeitern 2020 einen Umsatz von rund 10,9 Milliarden Euro. Das war gegenüber dem Vorjahr ein kräftiges Plus. Die Coronakrise hatte der Branche im Frühjahr 2020 zunächst einen Dämpfer gegeben, der aber im Laufe des Jahres mehr als überwunden werden konnte. Für 2021 rechnet der LandBauTechnik Bundesverband für das Landtechnik-Handwerk und den Landmaschinenhandel mit keinem weiteren Umsatzzuwachs. Dafür war die Nachfrage zu verhalten bzw. die Lieferfähigkeit der Industrie nicht sicher genug.

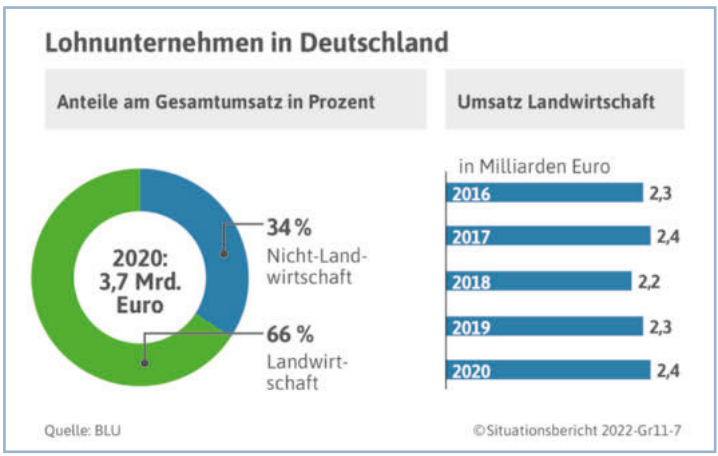
Lohnunternehmen und Maschinenringe senken die Technikkosten

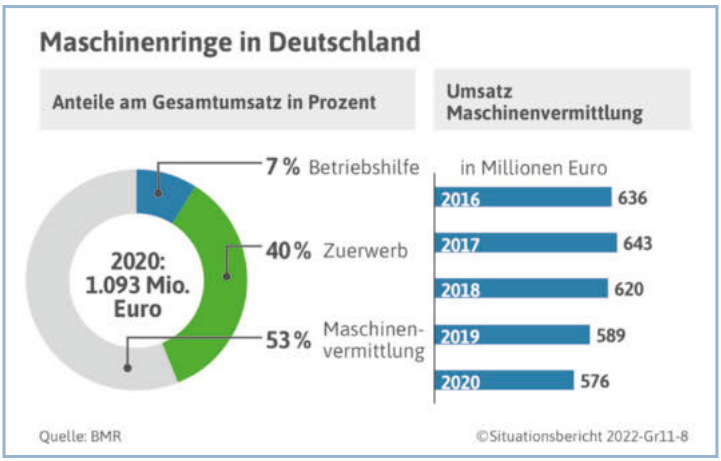
Lohnunternehmen sind technische Dienstleister der Landwirte. 3.100 professionelle Lohnunternehmer mit gut 20.000 Vollzeitkräften und ebenso vielen saisonalen Teilzeitkräften erzielten 2020 einen Umsatz von etwa 3,7 Milliarden Euro, davon 2,4 Milliarden Euro im Einsatz für Land- und Forstwirte. Damit bleiben die Dienstleistungen für die Landwirtschaft von der Aussaat bis zur Ernte das Kerngeschäft der Lohnunternehmen. Für 2021 wird mit einem leicht steigenden Branchenumsatz gerechnet. Die von Landwirten gegründeten 239 Maschinenringe mit rund 186.000 landwirtschaftlichen Mitgliedsbetrieben erwirtschafteten 2020 mit ihren rund 10.000 Mitarbeitern und Betriebshelfern einen Umsatz von 1,1 Milliarden Euro. Mit dem Ziel, Maschinen besser auszulasten und zusätzliche Erwerbsquellen zu erschließen, haben sich die Ma-

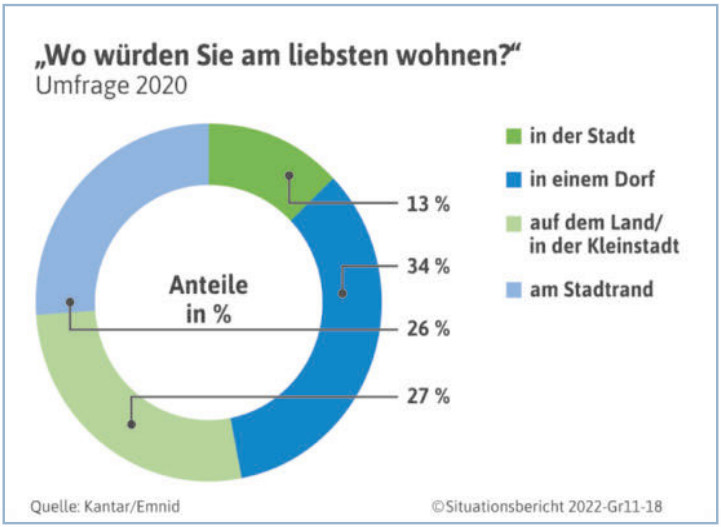
Landtechnik in Deutschland

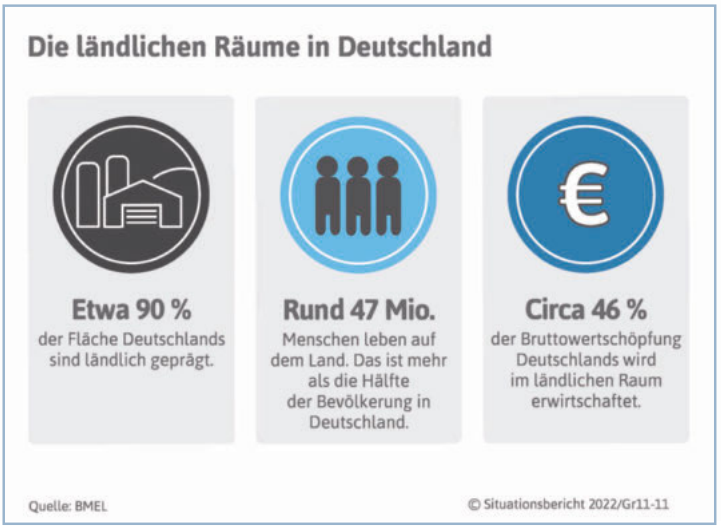
	Marktvolumen Inland	Traktor-neuzulassungen	Produktion	Export
	Mrd. Euro	Stück	Mrd. Euro	Mrd. Euro
2011	4,76	35.977	6,98	5,00
2012	5,42	36.264	7,66	5,52
2013	5,56	36.248	8,39	6,12
2014	5,49	34.611	7,68	5,51
2015	5,40	32.220	7,38	5,33
2016	5,21	28.248	7,18	5,33
2017	5,61	33.659	7,87	5,65
2018	6,27	27.670	8,63	6,36
2019	6,26	28.977	8,60	6,45
2020	6,15	32.039	9,05	6,82
2021[1)]	**6,70**	**33.350**	**10,30**	**7,73**

1) geschätzt
Quelle: VDMA Landtechnik
SB22-T11-2









schinenringe in vielen Regionen zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor entwickelt.

Landwirtschaft und ländliche Räume sind untrennbar miteinander verbunden

Etwa 90 Prozent der Fläche Deutschlands zählen zu den ländlichen Räumen. Rund 57 Prozent der Einwohner Deutschlands leben in Dörfern, Gemeinden und Städten auf dem Land. Ländliche Räume sind Lebensraum und Wirtschaftsstandort. Sie umfassen land- und forstwirtschaftliche Nutzräume ebenso wie Natur- und Erholungsräume.

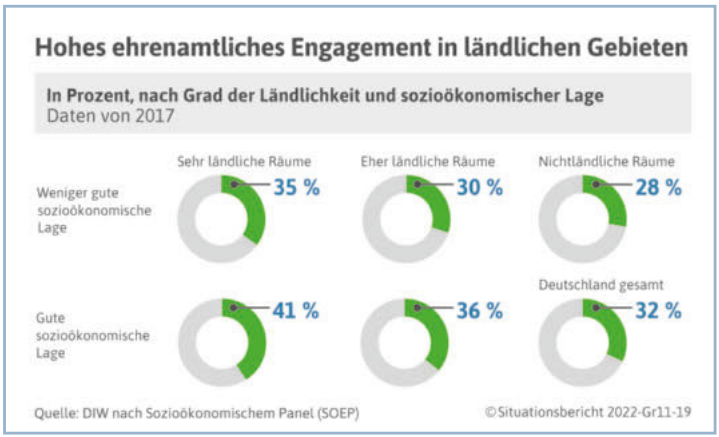
Periphere ländliche Regionen vor großen Herausforderungen

Nach der Prognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBSR) bleibt die Bevölkerung bis zum Jahr 2040 mit einem Rückgang um ein Prozent auf 81,9 Millionen Personen relativ stabil, doch sind damit weiterhin deutliche regionale Veränderungen verbunden. Die Prognose geht von einer stark schrumpfenden Bevölkerung von bis zu 26 Prozent in peripher gelegenen Regionen aus, besonders in einigen ostdeutschen Regionen. Demgegenüber wird die Einwohnerzahl in den Ballungsräumen und ihrem Umland weiterhin steigen, teilweise um bis zu 10 Prozent. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Personen im erwerbsfähigem Alter gegenüber 2017 um 11 Prozent auf 44,3 Millionen im Jahr 2040. Beson-

ders peripher gelegene Regionen stehen damit von großen Herausforderungen auf dem Arbeits- und Fachkräftemarkt. Ihnen fehlen vor allem die jungen Erwerbstätigen.

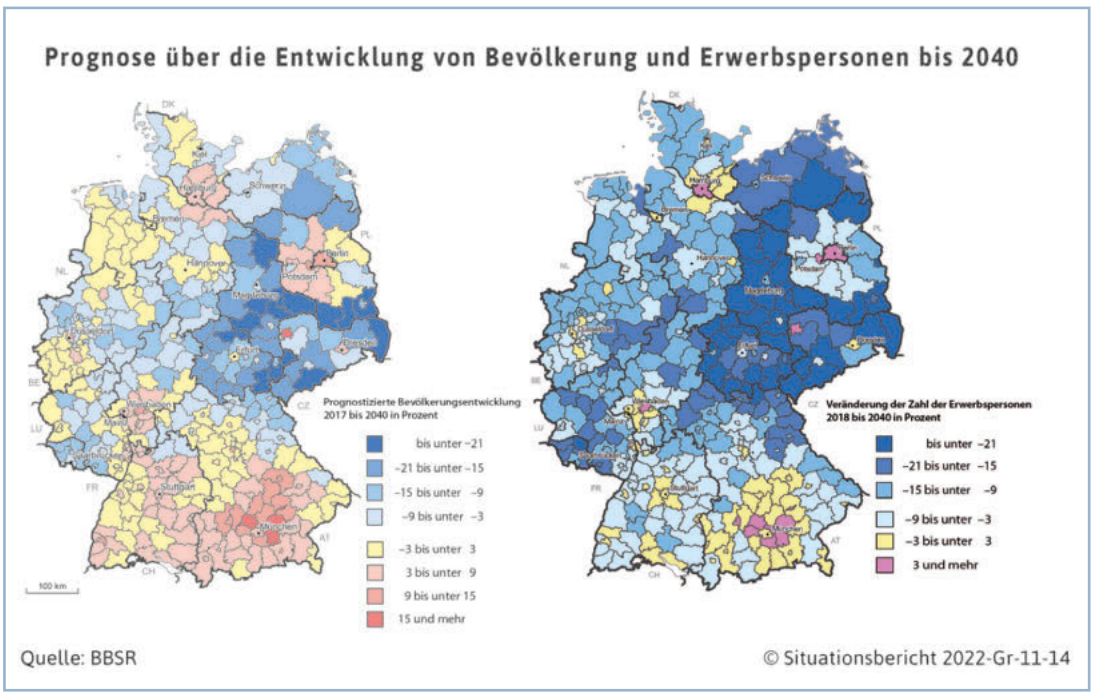
Regionen im Wettbewerb

Viele Gebiete stehen angesichts der demografischen Entwicklung, der Abwanderung vor allem junger Menschen vor der Aufgabe, eine sich selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung und eine ausreichende Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Die Attraktivität ländlicher Räume als Arbeits-, Wohn- und Freizeiträume wird zunehmend von der Verfügbarkeit schnellen Internets und der regionalen Anbindung an überregionale Verkehrsinfrastrukturen geprägt. Das erleben auch landwirtschaftliche Betriebe, für die es besonders in Regionen mit rückläufigem Arbeitskräftepotential schwieriger wird, Berufsnachwuchs zu finden.



Umfrage zum Leben auf dem Land

Die große Mehrheit der Deutschen findet das Leben auf dem Land attraktiver als das Leben in der Stadt. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Kantar/Emnid aus 2020 hervor. Auf die Frage „Wo würden



Daten und Fakten zum Landtourismus

Bundesweit gibt es **10.300 Ferienhöfe** mit **160.000 Betten** (inkl. Camping und Heuherbergen)

Für jeden **2. Anbieter** ist der Beherbergungsumsatz von signifikanter Bedeutung (macht mehr als ein **Viertel des Gesamtumsatzes des Betriebes** aus)

Die Ferienbetriebe generieren jährlich ein Übernachtungsvolumen von **16 Mio. Übernachtungen** (inkl. Camping und Heuherbergen)

45 Prozent der Anbieter sind **gewerblich**, **55 Prozent** sind **private** Vermieter.

80 Prozent der Betriebe **halten Tiere.**

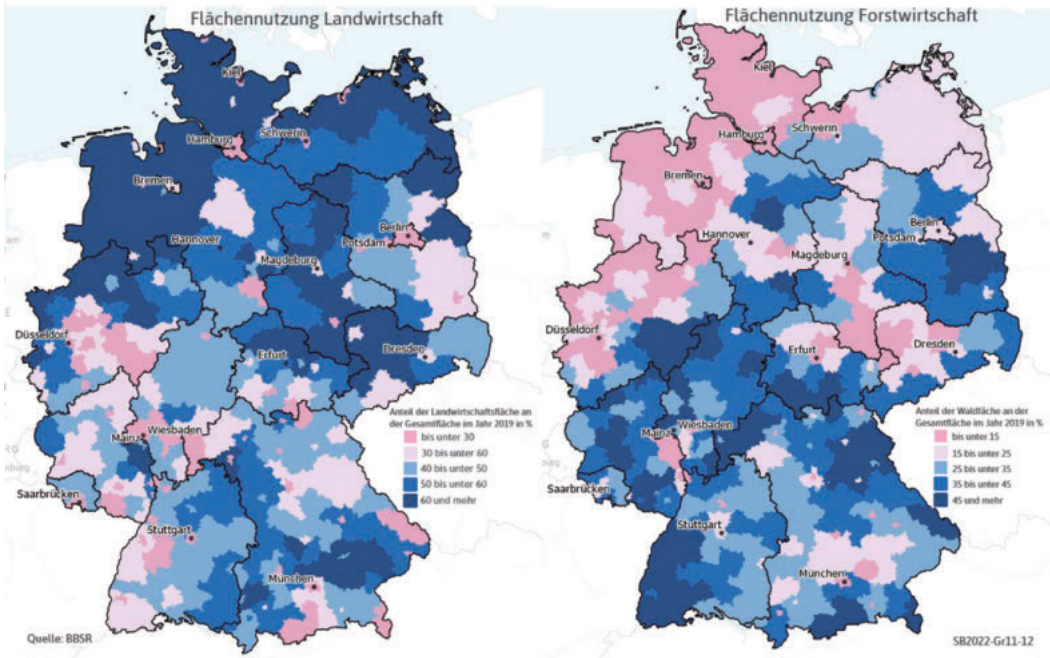
900 Millionen Euro beträgt der **jährliche Bruttoumsatz** durch die **agrotouristische Nachfrage**.

Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft für Urlaub auf dem Bauernhof

© Situationsbericht 2022/Gr11-9

Sie am liebsten wohnen?“ sprachen sich 61 Prozent der mehr als 2.500 Befragten für das Leben in einem Dorf oder auf dem Land aus, nur 39 Prozent gaben an, lieber in der Stadt oder am Stadtrand leben zu wollen. Beim Landleben besonders geschätzt werden das Familienleben statt Single-Dasein, nachbarschaftliches Miteinander statt anonymes Nebeneinander, traditionelle Werte und eine hohe Lebensqualität in Verbindung mit Natur, Erholung und Freizeit. Das ehrenamtliche Engagement ist in ländlichen Räumen mit guter sozioökonomischer Lage besonders hoch.

Land- und forstwirtschaftliche Flächenanteile im regionalen Vergleich

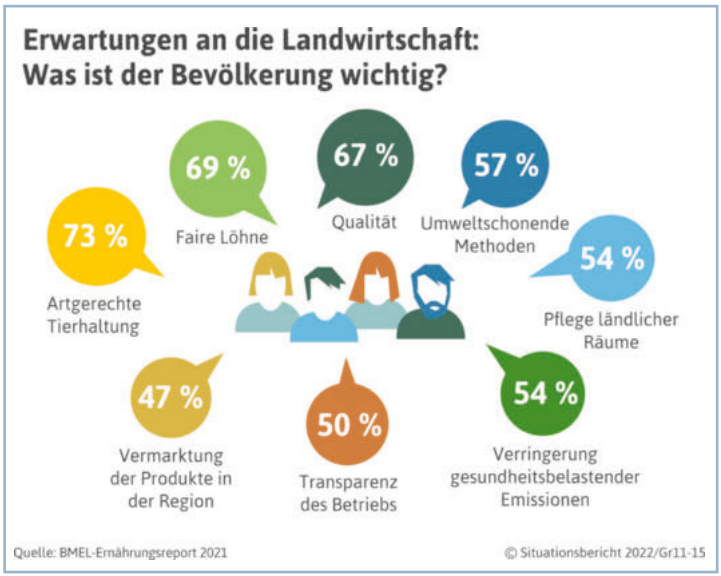


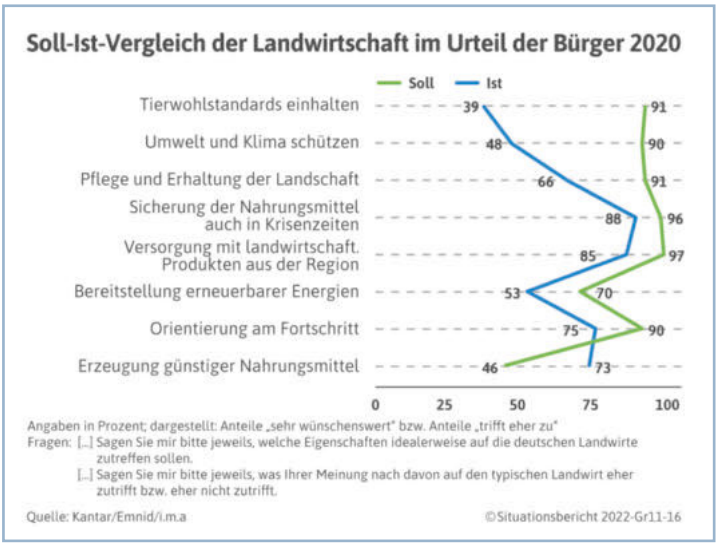
Feld und Wald sind auch wertvoll für Freizeit und Tourismus

Auf der Skala der Erholungsaktivitäten rangieren die landschaftsbezogenen Freizeitaktivitäten vorn, wie Spazierengehen, Spielen im Freien, Wandern und Radfahren. Die Land- und Forstwirtschaft erhält und pflegt 28,9 Millionen Hektar Acker, Wiesen und Wald. Das sind mehr als 80 Prozent der Fläche. Deutschland ist damit als Kulturlandschaft geprägt.

Landtourismus erfreut sich großer Beliebtheit

9,35 Millionen Deutsche favorisierten in 2021 Urlaub auf dem Bauernhof/Land als bevorzugtes Reiseziel. Die Tendenz ist in der Corona-Pandemie deutlich steigend. Das zeigen aktuelle Ergebnisse der Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse. Als klare Hauptmotive für diese Urlaubsform werden die Ruhe des Landlebens, die Nähe zur Natur, die authentischen Einblicke in die Landwirtschaft und die persönliche Betreuung der Gastgeber angegeben. Bundesweit gibt es 160.000 entsprechende Bettenangebote. Unter den rund 10.300 von der Agrarstatistik erfassten landwirtschaftlichen Betrieben mit „Urlaub auf dem Bauernhof“ (knapp 4 Prozent aller Betriebe) befinden sich 2020 2.900 Ferienhöfe, die „Urlaub auf dem Bauernhof“ als rechtlich ausgelagerten Betrieb betreiben. Durch die Folgen der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Lockdowns mussten die Anbieter von Urlaub auf dem Bauernhof in 2020 und 2021 erhebliche Umsatzeinbußen hinnehmen.







Hohe Erwartungen an die Landwirtschaft

Zahlreiche Befragungen zeigen unter dem Strich zwar eine hohe Wertschätzung der Landwirtschaft. Jedoch sind bei aller Wertschätzung aber auch die Erwartungen hoch. Nach einer repräsentativen Befragung von Kantar/Emnid im Auftrag der i.m.a aus Mai 2020 macht die Ansprüche der Bevölkerung an die Landwirtschaft deutlich: Die Versorgung mit Nahrungsmitteln rangiert vor dem Einhalten von Tierwohlstandards und hat für die Menschen ebenso viel Bedeutung wie der Erhalt und die Pflege der Kulturlandschaften. Damit einher geht die Erwartung, dass sich die Landwirte für den Umwelt- und Klimaschutz engagieren und dabei zugleich fortschrittlich agieren, die Artenvielfalt fördern und zur Energieversorgung beitragen. Relativ wenig interessiert zeigen sich die Verbraucher in Deutschland dagegen an der Erzeugung günstiger Lebensmittel.

Besonders hoch sind die Erwartungen beim Tierwohl

Die hohen Erwartungen der Bevölkerung an die Landwirtschaft spiegeln sich besonders bei der Frage des Tierwohls und der artgerechten Tierhaltung wider. 91 Prozent der Bevölkerung erwarten von den Landwirten, dass die Tierwohlstandards eingehalten werden. Aber nur 39 Prozent sind der Meinung, dass diese Standards auch wirklich eingehalten werden. Auch bei Umwelt- und Klimaschutz sowie bei der Pflege und Erhaltung der Landschaft klaffen Wunsch und Wirklichkeit deutlich auseinander. In einem Punkt werden die Erwartungen der Bevölkerung an die Landwirtschaft allerdings übertroffen: Fast drei Viertel der Befragten erkennen an, dass die Landwirtschaft preiswerte Nahrungsmittel produziert. Erwartet hatten das gerade mal 46 Prozent der Bevölkerung.

Herausforderungen der Landwirtschaft aus Sicht der Verbraucher

Nach der repräsentativen Befragung von Kantar/Emnid im Auftrag der i.m.a aus dem Jahr 2020 bezeichnen 86 Prozent der Befragten den Klimawandel als künftig größte Herausforderung für die deutschen Landwirte. An zweiter Stelle folgt eine „unsichere Preis- und Einkommenssituation" mit 80 Prozent. 77 Prozent sind die Schwierigkeiten bewusst, die mit der Suche nach einem Nachfolger für die Hofübergabe verbunden sind. Einer mangelnden Wertschätzung der Landwirtschaft in der Öffentlichkeit sind sich bundesweit 69 Prozent der Befragten bewusst.

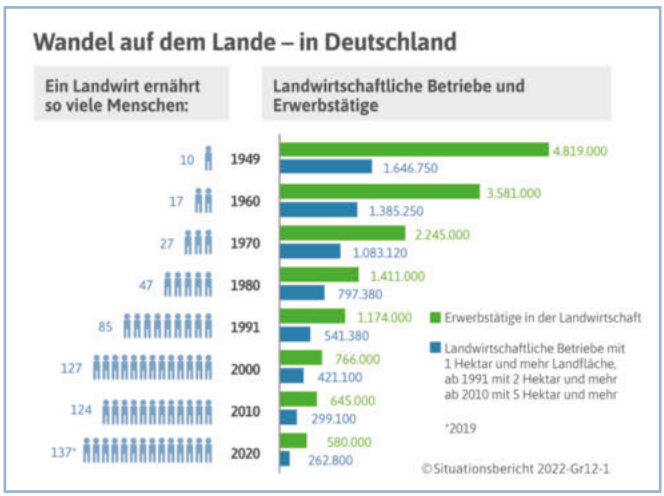
1.2 Jahrhundertvergleich

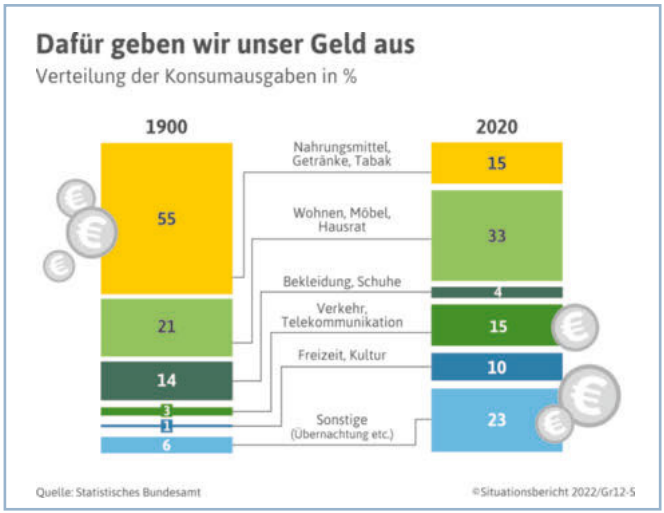
Vor hundert Jahren war Deutschland noch Agrarstaat

Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts lag der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft Erwerbstätigen bei 38 Prozent. Mit zunehmender Industrialisierung und mit der Entwicklung des Dienstleistungssektors sank der landwirtschaftliche Erwerbstätigenanteil fast kontinuierlich. Dieser betrug Anfang der 50er Jahre 24 Prozent und im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts etwa 2 Prozent. 2020 lag der landwirtschaftliche Erwerbstätigenanteil nur noch bei 1,3 Prozent.

In den letzten 120 Jahren wurden enorme Produktivitätssteigerungen erzielt

Immer mehr Menschen werden von einem Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche ernährt. Der Hektarertrag für Weizen zum Beispiel lag vor 120 Jahren bei 18,5 Dezitonnen. 2020 lag der Hektarertrag mit 78,2 Dezitonnen mehr als viermal so hoch.

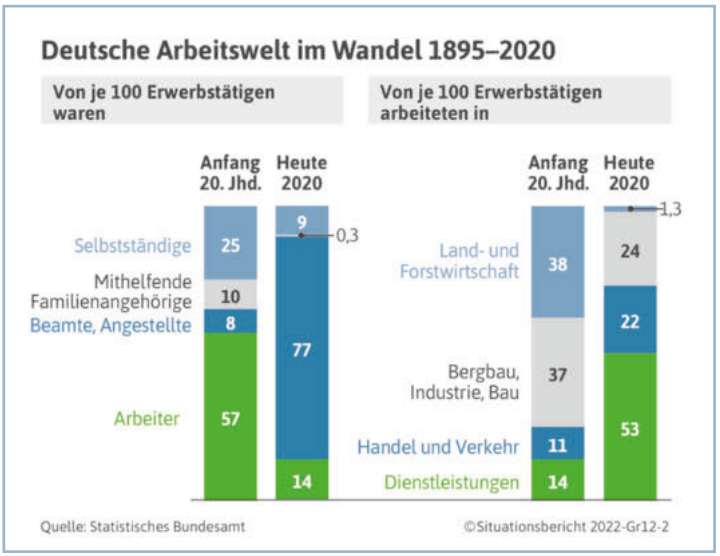




Landwirtschaft im Jahrhundertvergleich – Wirtschaftskennziffern

Kennziffer	Einheit	1900	1950	2000	2020
Nutzfläche je Einwohner	ha/Einw.	0,63	0,29	0,21	0,20
Erwerbstätigenanteil	Prozent	38,2	24,3	2,5	1,3
Anteil an Bruttowertschöpfung	Prozent	29,0	11,3	1,2	0,8
Arbeitskräftebesatz (AK)	AK/100 ha	30,6	29,2	3,6	2,9

Angaben für 1950 beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet
Quelle: Statistisches Bundesamt SB22-T12-1



Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln in Deutschland

	Selbstversorgungsgrad[2] in Prozent					
	1995/96	2000/01	2005/06	2010/11	2018/19	2019/20[v]
Selbstversorgungsgrad insgesamt	94	95	87	87	85	88
Selbstversorgungsgrad ohne Auslandsfutter[1]	85	87	80	82	75	80
	Ein Landwirt „ernährt" ... Menschen					
	1995	2000	2005	2010	2018	2019[v]
mit Auslandsfutter	115	144	128	132	145	151
ohne Auslandsfutter[1]	104	127	117	124	128	137

1) ohne tierische Produktion auf der Basis importierter Futtermittel
2) Nahrungsmittelproduktion in Prozent des Nahrungsmittelverbrauchs
v) vorläufig
Quelle: BLE
SB21-T12-2

Landwirtschaft im Jahrhundertvergleich – Hektarerträge

Erzeugnis	Einheit	1898-1902	1950-1955	2010-2015	2020	2021
Weizen	dt	18,5	27,4	77,1	78,2	73,3
Roggen	dt	14,9	23,8	53,6	55,2	52,9
Kartoffeln	dt	129,8	217,3	435,7	428,3	410,2
Zuckerrüben	dt	276,8	344,9	706,1	741,5	818,0

Angaben für 1950 bis 1955 beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet
Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Schätzungen
SB22-T12-3

Ein Landwirt ernährt heute 137 Personen

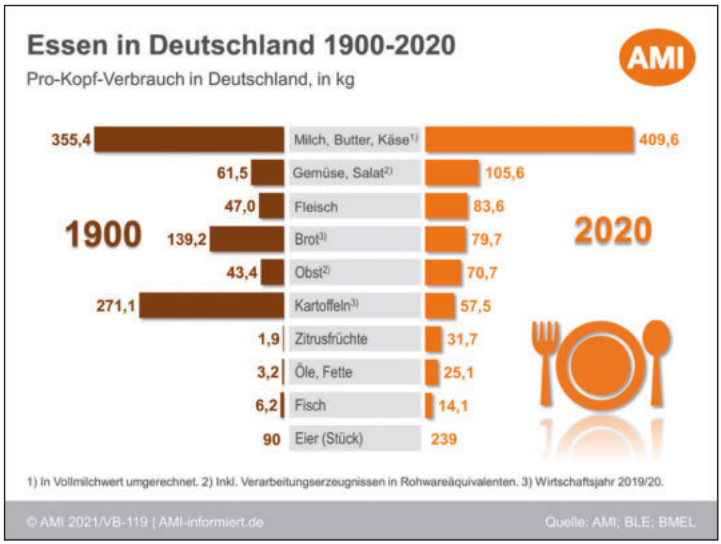
Ein Landwirt erzeugte 1900 Nahrungsmittel in einem Umfang, um etwa 4 Personen ernähren zu können. 1950 ernährte ein Landwirt 10 und 2019 137 Personen (ohne Erzeugung aus Auslandsfuttermitteln). Trotz dieser starken Produktivitätssteigerung blieb Deutschland stets ein Nettoimportland an Agrar- und Ernährungsgütern. 1900 lag der Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln bei 87 Prozent. Am Anfang des 21. Jahrhunderts liegt der deutsche Selbstversorgungsgrad bei jährlichen Schwankungen weiter deutlich unter 100 Prozent. Angesichts der Arbeitsteilung in einer globalisierten Wirtschaft und der vom Verbraucher gewünschten Vielfalt war der Selbstversorgungsgrad bis vor der Corona-Krise allerdings kaum noch von gesellschaftspolitischer Relevanz.

Fortschritt als Ursache für enorme Produktivitätssteigerung

Die enorme Erzeugungssteigerung hat ihre Ursache in der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Produktionsweisen. Moderne Maschinen und Ställe, die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und Mineraldüngern sowie Zuchtfortschritte bei Pflanzen und Tieren haben dazu geführt, dass die Landwirte heute wesentlich stabilere und höhere Erträge erzielen als früher.

Immer weniger Landwirte erzeugen immer mehr

1900 gab es im damaligen Reichsgebiet noch über 5,6 Millionen Betriebe mit gut 26 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche und 20,7 Millionen Großvieheinheiten an Nutztieren. Das sind 0,79 Großvieheinheiten je Hektar. In dem heutigen Deutschland sind es 262.800 Betriebe (2020), die rund 16,6 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche bearbeiten und pflegen und 12,0 Millionen Großvieheinheiten halten, was 0,72 Großvieheinheiten je Hektar entspricht. 1950 waren es in den Grenzen des heutigen Deutschlands entsprechend noch 15,2 Millionen Großvieheinheiten. Die aus den heute 12,0 Millionen Großvieheinheiten resultierende Gesamterzeugung liegt gegenüber dem weitaus flächengrößeren Deutschland in den Grenzen von 1900 um ein Vielfaches höher.



Nur noch jeder sechste Euro für Nahrungs- und Genussmittel

Im langfristigen Vergleich zeigt sich eine enorme Steigerung des Wohlstands der Verbraucher. Anfang des 20. Jahrhunderts betrug der Anteil der Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel am gesamten Konsum noch über 50 Prozent; heute beträgt dieser Anteil nur 15,1 Prozent (ohne Genussmittel 12,0 Prozent). Qualität und Verarbeitung der Nahrungsmittel haben sich in dieser Zeit enorm verbessert.

Viehbestände – Langfristentwicklung in Deutschland

	1900[1]	1950[2]	2000	2020
in Millionen Stück				
Rinder	18,9	14,8	14,5	11,3
Schweine	16,8	17,6	25,6	26,3
Geflügel	64,1	74,1	122,1	173,1
Schafe	9,7	2,7	2,7	1,8
Ziegen	3,3	1,4	0,1	0,2
Pferde	4,2	2,3	0,5	0,5
in Millionen Großeinheiten (GVE)*				
Rinder	13,5	10,6	10,5	8,1
Schweine	1,9	1,8	3,0	2,6
Geflügel	0,26	0,30	0,47	0,69
Schafe	0,79	0,23	0,22	0,15
Ziegen	0,27	0,11	0,01	0,01
Pferde	3,98	2,18	0,44	0,45
Insgesamt	**20,7**	**15,2**	**14,6**	**12,0**

1) Gebietsstand: Reichsgebiet 1930
2) Bundesrepublik Deutschland + DDR
*Großvieheinheit: Tiergewichte (Einzeltier oder Gruppe) von 500 kg Lebendmasse
Quellen: Statistisches Bundesamt, Statistisches Amt der DDR, eigene Berechnungen

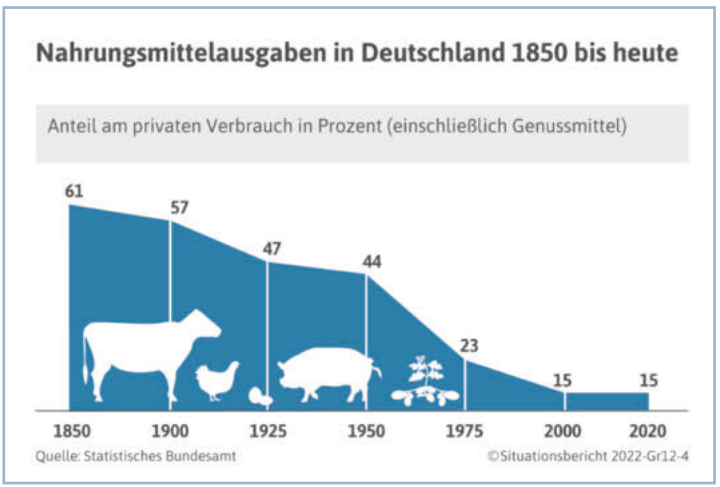
SB22-T12-4



Landwirtschaft im Jahrhundertvergleich – Tierische Leistungen

	Einheit	um 1900	um 1950	2020
Milchleistung	kg/Kuh	2.165	2.480	8.400
Legeleistung	Eier/Henne	.	120	301
Durchschnittliches Schlachtgewicht				
Rinder	kg	248	254	333
Schweine	kg	91	100	96

Angaben für 1950 beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet
Quellen: Statistisches Bundesamt, BLE SB22-T12-5



Leistungen enorm gestiegen

Brot und Brötchen gehören zu den Grundnahrungsmitteln in Deutschland, etwa 80 Kilogramm Backwaren werden pro Kopf und Jahr verzehrt. Damit ist Deutschland in der Europäischen Union Spitzenreiter. Dank der erheblichen Ertragssteigerungen durch Züchtung und Anbautechnik „wachsen" heute auf einem Hektar Weizen mit rund 80 Doppelzentnern Ertrag etwa 9.400 Weizenbrote à 1 Kilogramm. Das Mehl von 850 Gramm Weizen reicht zum Backen von einem Kilogramm Brot. In einem solchen Brot ist das Mehl von 17.000 Körnern verarbeitet worden. 16.000 Körner wachsen je Quadratmeter. Zur Ernte dieser Körnermenge hat der Landwirt im Herbst knapp 400 Körner ausgesät. Mehr als das 40-fache kann er somit im Sommer nach genügend Regen und Sonne und ackerbaulicher Pflege ernten.

1.3 Nahrungsmittel – Verbrauch und Preise

Deutlicher Preisanstieg bei Nahrungsmitteln

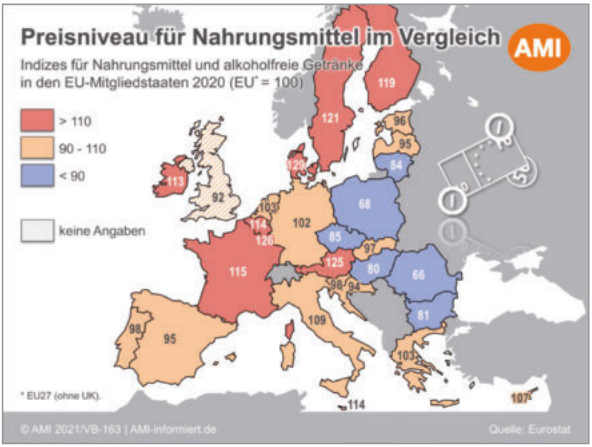
Die Inflationsrate, gemessen an der Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert, lag in Deutschland 2020 bei 0,5 Prozent. Das Preisniveau für Nahrungsmittel stieg mit plus 2,3 Prozent deutlich stärker an. Für 2021 wird mit einer Inflationsrate von 3,2 Prozent und mit einem Preisanstieg bei Nahrungsmitteln von 3,0 Prozent gerechnet. Die gestiegene Inflationsrate ist auf die Mehrsteuerabsenkung in der 2. Jahreshälfte 2020 (Basiseffekt), die Einführung der CO_2-Bepreisung zu Jahresanfang 2021 sowie deutlich höhere Energie- und Rohstoffpreise zurückzuführen.

Nahrungsmittelpreise waren langfristig gesehen eine Inflationsbremse

Die Verbraucherpreise für Lebensmittel sind über viele Jahre hinweg deutlich langsamer angestiegen als die Verbraucherpreise insgesamt. Die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise wirkte damit inflationsbremsend. In den letzten Jahren allerdings stiegen die Nahrungsmittelpreise etwas stärker an als die übrigen Lebenshaltungskosten. In 2021 ist die Teuerung etwa gleich.





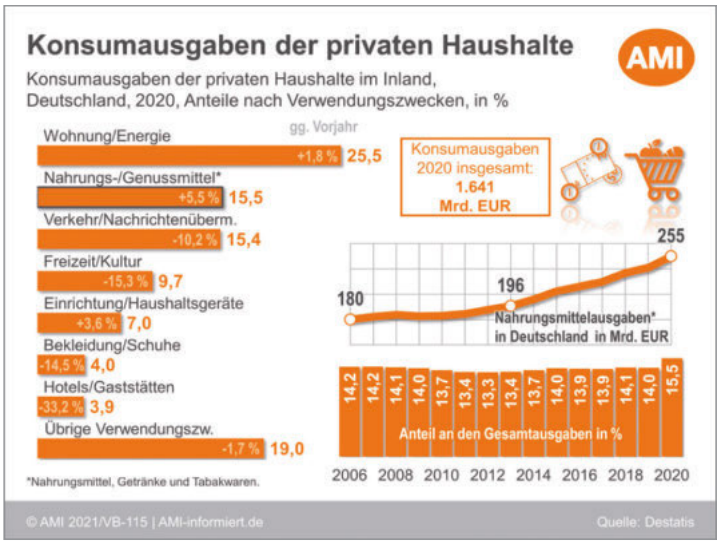


Nahrungsmittelausgaben – Prozentanteil an den Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland[1)]

	1970	1980	1990	2000	2010	2020
Nahrungs- und Genussmittel	**24,5**	**20,5**	**17,6**	**14,6**	**13,7**	**15,5**
Nahrungsmittel (inkl. alkoholfreie Getränke)	18,8	15,9	13,4	10,9	10,3	12,0
Bekleidung, Schuhe	9,7	9,1	8,1	6,0	5,0	3,9
Mieten, Heizung, Strom	17,6	20,1	20,3	23,5	25,3	25,6
Möbel, Haushaltsgeräte	9,4	9,1	8,3	7,9	6,3	7,0
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	12,5	13,3	15,3	16,7	15,5	15,4
Hotels, Gaststätten	4,9	4,7	5,7	5,3	4,9	3,9
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	9,5	9,1	9,3	10,0	10,4	9,6
Sonstiges	12,0	14,0	15,5	16,1	18,9	19,1
Gesundheitspflege	2,2	2,6	3,0	3,8	5,1	5,3
Finanz- und Versicherungsleistungen	4,7	6,1	7,2	5,8	6,4	5,8
Insgesamt	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**

1) bis einschließlich 1990 früheres Bundesgebiet
Quelle: Statistisches Bundesamt

SB22-T13-1



Nahrungsmittel waren 2020 in Deutschland 2 Prozent teurer als im EU-Durchschnitt. Besonders hochpreisig waren Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke in Dänemark. Dort lagen sie in 2020 um 29 Prozent über dem EU-Durchschnitt. Das Preisniveau eines vergleichbaren Warenkorbs lag in Dänemark etwa doppelt so hoch wie in Rumänien (65 Prozent des EU-Durchschnitts). Auch in Polen (68 Prozent) oder Ungarn und Bulgarien (80 bzw. 81 Prozent) sind die Nahrungsmittel im EU-Vergleich besonders günstig.

Verbraucher geben nur einen kleinen Teil ihres Einkommens für Nahrungs- und Genussmittel aus

Die gesamten Verbraucherausgaben beliefen sich 2020 auf 1.641,0 Milliarden Euro. Davon entfielen 254,2 Milliarden Euro oder 15,5 Prozent auf Nahrungs- und Genussmittel. Dazu kommen trotz „Corona“ 51,3 Milliarden Euro für Verpflegung in Gaststätten und Kantinen. Der Anteil der Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel an den gesamten Konsumausgaben ist in 2020 auf Grund der Auswirkungen der Corona-Pandemie deutlich angestiegen, im langjährigen Zeitvergleich ist dieser jedoch deutlich zurückgegangen. Der Grund für diesen Langfristtrend liegt in den Einkommenssteigerungen und in dem unterdurchschnittlichen Anstieg der Nahrungsmittelpreise. Der höhere Lebensstandard kommt besonders in zunehmenden Ausgaben für Wohnen, Verkehr, Freizeitaktivitäten und Gesundheitspflege zum Ausdruck.

Von einem Euro Verbraucherausgaben für Nahrungsmittel erhält der Landwirt heute nur noch 21 Cent

Der Anteil der landwirtschaftlichen Verkaufserlöse an den Verbraucherausgaben für Nahrungsmittel inländischer Herkunft lag im Jahr 2020 bei 21 Prozent. Anfang der 70er Jahre lag der entsprechende Anteil mit 48 Prozent mehr als dop-

pelt so hoch. Bei Milch und Milcherzeugnissen betrug der Anteil in 2020 35 Prozent, bei Fleisch- und Fleischwaren 21 Prozent. Am niedrigsten ist der Erlösanteil nach wie vor bei Brotgetreide und Brotgetreideerzeugnissen mit 4 Prozent.

Getreidepreise haben geringe Auswirkungen auf den Brotpreis

Landwirtschaftliche Erzeugerpreise für Backweizen von 200 Euro je Tonne stellen nur einen geringen Kostenfaktor bei der Brotherstellung dar. So entfallen bei einem Brötchen weniger als 7 Prozent des Preises auf seinen Getreideanteil. Für die Herstellung eines Brötchens benötigt der Bäcker etwa 34 Gramm Mehl. Bei einem Ausmahlungsgrad von rund 75 Prozent sind das lediglich 45 Gramm Weizen. Um den Brötchenpreis um nur einen Cent anzuheben, müsste sich der Getreidepreis verdoppeln. Schwerwiegender in der Preiskalkulation der Bäcker sind dagegen die Kosten für Energie und Arbeit.

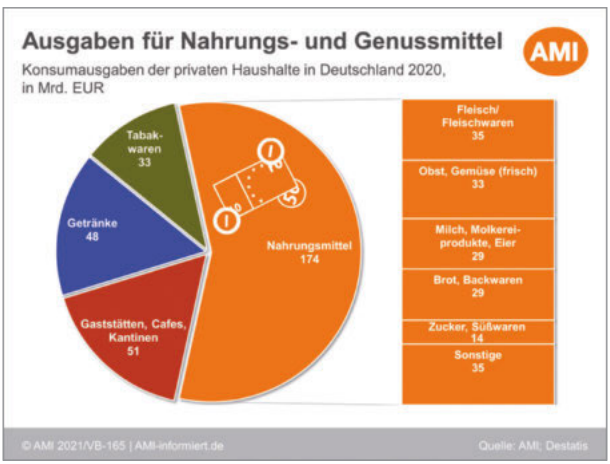
Seit 1950 sind die Löhne um das 25-fache und die Brotpreise um das 12-fache gestiegen – die Getreidepreise sind dagegen unverändert geblieben

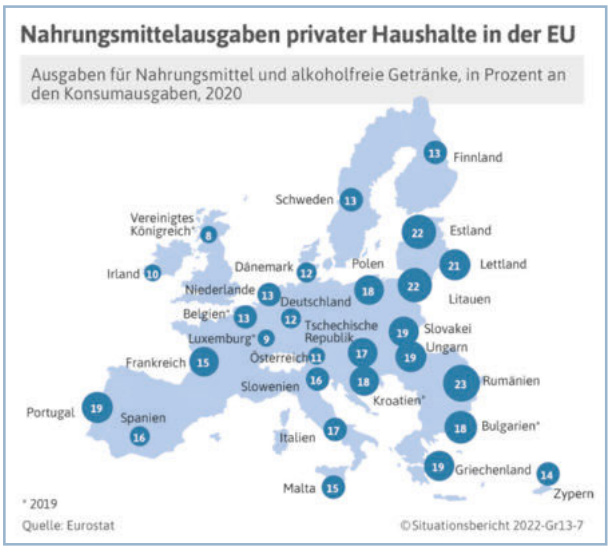
Von 1950 bis 2020 hat sich der Nettostundenverdienst eines Industriearbeiters auf mehr als das 25-fache erhöht. Da die Brotpreise nur um das 12-fache gestiegen sind, kann sich der Industriearbeiter für seinen Stundenlohn heute (2020) mehr als doppelt so viel

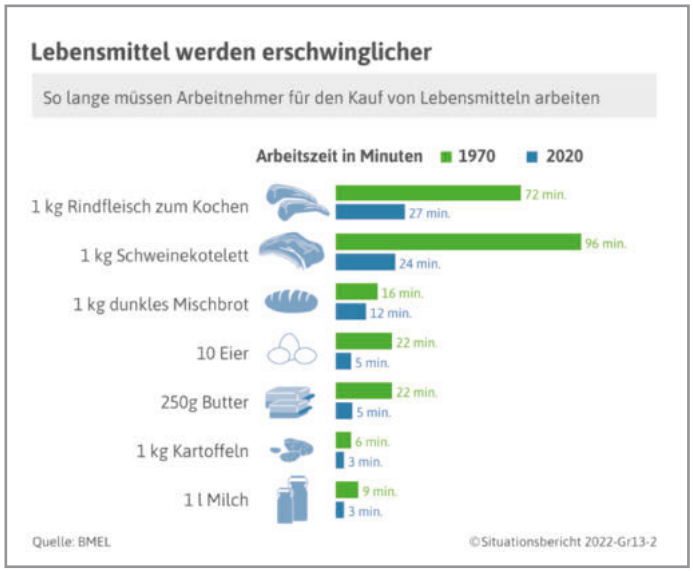
Anteil der Verkaufserlöse der Landwirtschaft an den Verbraucherausgaben
- Angaben in Prozent -

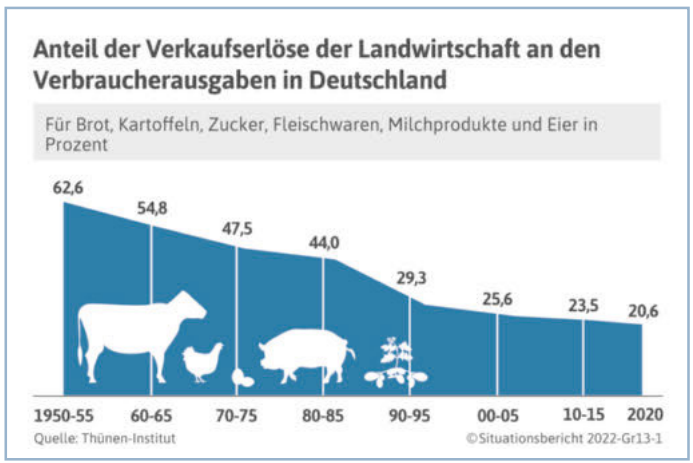
Erzeugnisse	1950/51 bis 1954/55	1970/71 bis 1974/75	1990/91 bis 1994/95	2010 bis 2015	2020
Ausgewählte pflanzliche Erzeugnisse					
Brot/Brotgetreide	44,6	17,7	6,1	5,1	3,9
Zuckerrüben/Zucker	44,2	42,0	38,2	36,8	28,1
Kartoffeln	.	57,9	32,5	29,7	26,1
Ausgewählte tierische Erzeugnisse					
Fleisch/Fleischwaren	66,8	45,8	28,9	22,6	20,5
Milch/Milcherzeugnisse	64,2	56,9	44,2	39,2	34,9
Alle Erzeugnisse	**62,6**	**47,5**	**29,3**	**23,5**	**20,6**

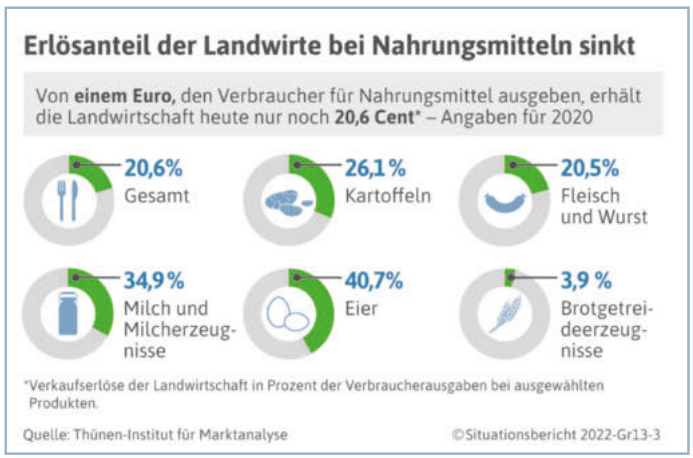
Berechnungsmethode wiederholt geändert, so dass Ergebnisse nicht voll vergleichbar sind
Quelle: Thünen-Institut für Markanalyse SB22-T13-2











Brot kaufen wie noch vor 70 Jahren. Der Weizenerzeugerpreis lag 2020 in etwa auf dem Niveau von 1950; bezogen auf das Endprodukt wie ein dunkles Mischbrot erlöst der Landwirt nur knapp 6 Prozent. Demgegenüber waren es 1950 entsprechend noch zwei Drittel des Brotpreises. Wären die Weizenpreise seit 1950 genauso stark gestiegen wie die Inflationsrate, dann könnten die landwirtschaftlichen Erzeuger für einen Doppelzentner (100 kg) heute (2020) etwa 98 Euro erlösen.

Unterschiedliche Verbrauchsentwicklungen bei den einzelnen Nahrungsmitteln

Der Verbrauch bei den einzelnen Nahrungsmitteln hat sich in den letzten Jahren unterschiedlich entwickelt. Steigende Verbrauchszahlen je Kopf der Bevölkerung werden bei Geflügel-, Rindfleisch, Getreideerzeugnissen und Eiern gemessen. Rückläufig ist dagegen der Verbrauch bei Schweinefleisch, während er bei vielen anderen Produkten von Jahr zu Jahr schwankt. Bei Fleisch ist der Unterschied zwischen dem Verzehr und dem Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung zu beachten, denn ein erheblicher Teil der Schlachtungen kann nicht für den menschlichen Verzehr verwendet werden.

Hopfen und Gerste praktisch ohne Einfluss auf den Bierpreis

- Hopfen für 1 Cent

Ein Liter Bier enthält etwa 1,5 Gramm Hopfen. Bei einem Preis von rund 700 Euro für einen Doppelzentner (100 kg) erhält der Landwirt für seinen Hopfenanteil kaum mehr als 1 Cent je Liter Bier.

- Braugerste für 4 Cent

Ein Liter Bier entsteht im Schnitt aus etwa 215 Gramm Gerste. Bei einem Preis von rund 18 Euro für einen Doppelzentner erhält der Landwirt für seinen Gerstenanteil 4 Cent je Liter Bier.

Quellen: BBV, DBV

Selbstversorgungsgrad fällt sehr unterschiedlich aus

Bei Weizen, Kartoffeln, Zucker, Milch und Schweinefleisch liegt der deutsche Selbstversorgungsgrad deutlich über 100 Prozent. Bei Obst, Gemüse, Eiern, Rind- und Schaffleisch dagegen liegt der Selbstversorgungsgrad zum Teil erheblich unter der 100 Prozent-Marke. Der Selbstversorgungsgrad, der das Verhältnis inländischer Erzeugung zum inländischen Verbrauch darstellt, schwankt bei pflanzlichen Erzeugnissen in Abhängigkeit von Witterung und Ernte von Jahr zu Jahr relativ stark.

Preisvergleich – Arbeitslöhne, Brot- und Weizenpreise

Löhne und Preise	Einheit	1950	1960	1970	1980	1990	2000	2010	2020
Arbeitslöhne*	€ je Std.	0,65	1,27	2,68	5,51	8,12	11,36	13,13	16,17
Brotpreis (dunkles Mischbrot)	€ je kg	0,26	0,43	0,67	1,33	1,73	2,12	2,43	3,18
Brotweizenpreis	€ je kg	0,17	0,21	0,20	0,24	0,18	0,12	0,17	0,18

*Nettostundenverdienst je Industriearbeiter

Quellen: Statistisches Bundesamt, BMEL SB22-T13-3

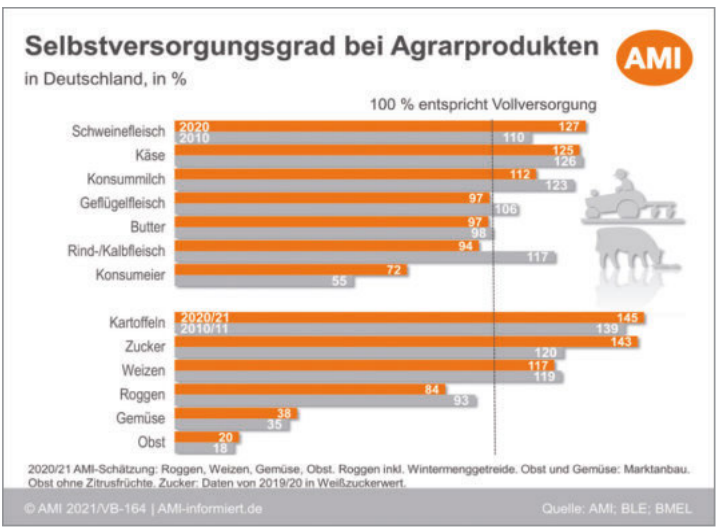
Pro-Kopf-Verbrauch bedeutender landwirtschaftlicher Erzeugnisse
Deutschland

	Verbrauch[1] wichtiger pflanzlicher Erzeugnisse in kg je Kopf und Jahr					
Pflanzliche Erzeugnisse	**2013/14**	**2014/15**	**2015/16**	**2016/17**	**2017/18**	**2018/19**
Getreideerzeugnisse (Getreidewert)	96,7	99,2	96,8	102,1	101,9	107,5
Kartoffeln	57,7	58,1	56,8	56,3	60,4	55,5
Zucker	33,9	35,4	33,8	33,7	34,8	34,6
Gemüse	96,7	100,4	98,5	101,4	104,3	96,4
Obst	104,4	101,9	102,2	99,3	103,3	104,9
Tierische Erzeugnisse	**2014**	**2015**	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**
Rind- und Kalbfleisch[2]	13,3	13,9	14,2	14,5	14,4	14,6
Schweinefleisch[2]	53,6	53,0	51,9	50,0	49,5	47,3
Schaf- u. Ziegenfleisch[2]	0,8	0,9	0,9	0,9	1,0	0,9
Geflügelfleisch[2]	19,5	20,1	20,8	20,8	23,2	23,3
Fleisch insgesamt[2]	89,4	89,9	89,8	87,9	88,8	86,8
Butter	5,7	6,0	6,0	6,0	5,8	5,8
Käse	24,2	24,6	25,0	23,9	24,4	25,1
Eier (in Stück)	232	233	235	230	234	236

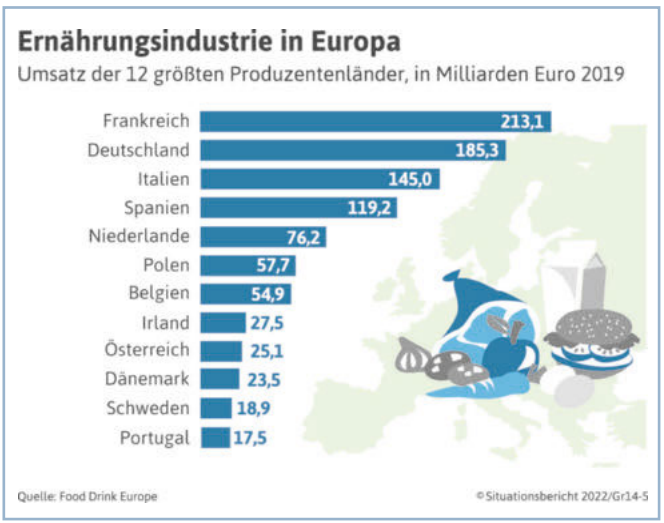
1) Bei Brotgetreide Verbrauch für Nahrungszwecke, bei Zucker Weißzuckerwert (einschließlich Außenhandel); bei den übrigen Erzeugnissen einschließlich Verarbeitungserzeugnissen, bei Gemüse und Obst einschließlich nicht abgesetzter Mengen.

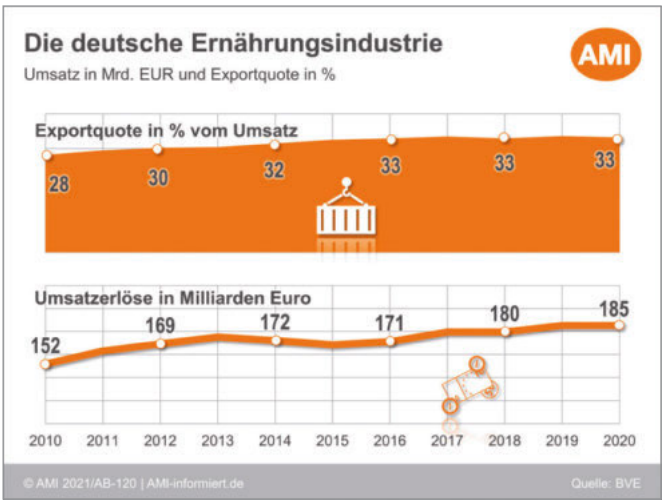
2) Einschließlich Knochen, Futter, industrieller Verwertung und Verlusten.

Quelle: AMI SB22-T13-4



1.4 Ernährungswirtschaft





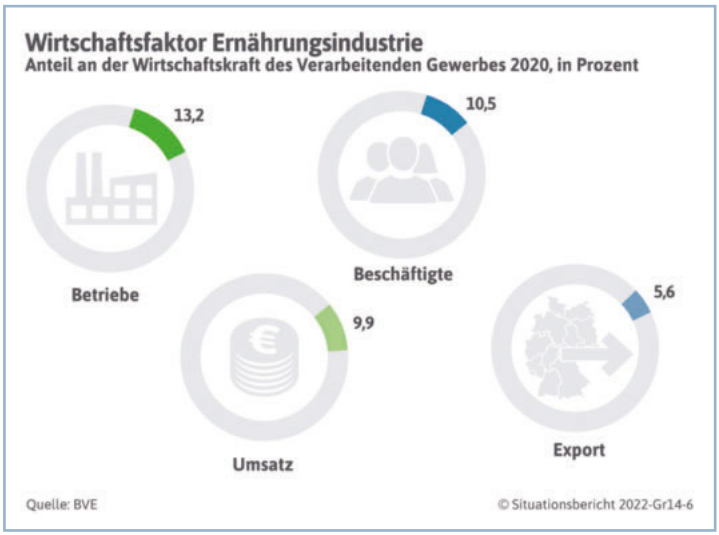
Ernährungsindustrie ist ein starker Zweig der deutschen Wirtschaft

Mehr als vier Fünftel der landwirtschaftlichen Erzeugung werden über das Lebensmittelhandwerk und die Ernährungsindustrie zu hochwertigen Lebensmitteln weiterverarbeitet. Die deutsche Ernährungsindustrie erreichte 2020 einen Gesamtumsatz von 185,3 Milliarden Euro – davon 123,7 Milliarden Euro im Inland und 61,6 Milliarden Euro im Ausland. Der Export ist für die Ernährungsindustrie ein wichtiges Standbein – jeder dritte Euro (33,2 Prozent) wird im Ausland verdient. Die Exporte sind gegenüber dem Vorjahr etwas zurückgegangen (- 1,4 Prozent), während das Inlandsgeschäft leicht zugenommen hat (+ 0,7 Prozent). 2020 waren in 6.163 Betrieben der Ernährungsindustrie (Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten) rund 614.000 Menschen beschäftigt. Die stark von kleinen und mittelständischen Unternehmen geprägte Ernährungsindustrie ist vom Umsatz her nach dem Fahrzeugbau, dem Baugewerbe und dem Maschinenbau die viertgrößte Branche der deutschen Industrie. Die deutsche Lebensmittelindustrie ist nach der in Frankreich die umsatzstärkste in Europa. Mit insgesamt 170.000 verschiedenen Produkten gibt es kaum ein Produktsegment, das nicht in Deutschland hergestellt wird.

Image deutscher Lebensmittel im Ländervergleich führend

Deutsche Lebensmittel haben im Vergleich zu Ware aus anderen Ländern beim Verbrauchervertrauen einen großen Vorsprung. Dies ist das Ergebnis einer aktuellen Umfrage, die das Marktforschungsunternehmen PanelWizard Direct im Auftrag der niederländischen Bank ABN Amro in Deutschland durchgeführt hat. Danach gaben 78

Prozent der befragten Bundesbürger an, darauf zu vertrauen, dass in Deutschland erzeugte Nahrungsmittel nicht gesundheitsschädlich sind. Deutlich schlechter fielen die Ergebnisse für Lebensmittel aus Frankreich und den Niederlanden mit 57 und 51 Prozent aus. Ware aus Belgien kam lediglich auf 48 Prozent, gefolgt von Lebensmitteln aus dem Vereinigten Königreich mit nur 39 Prozent.



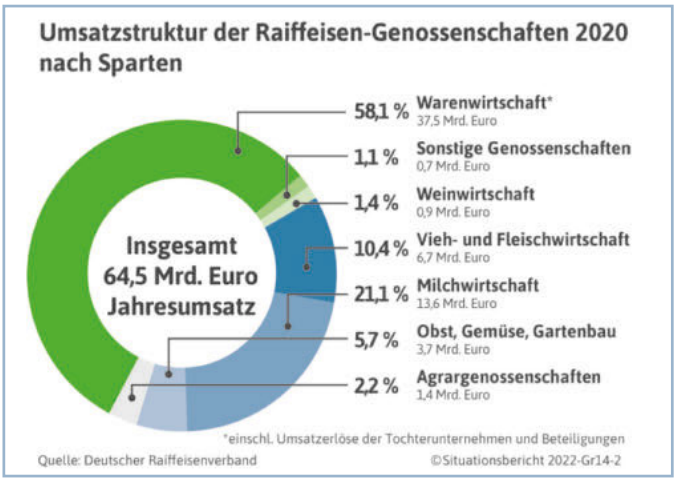
2021: Schwaches Inlandsgeschäft, etwas mehr Export

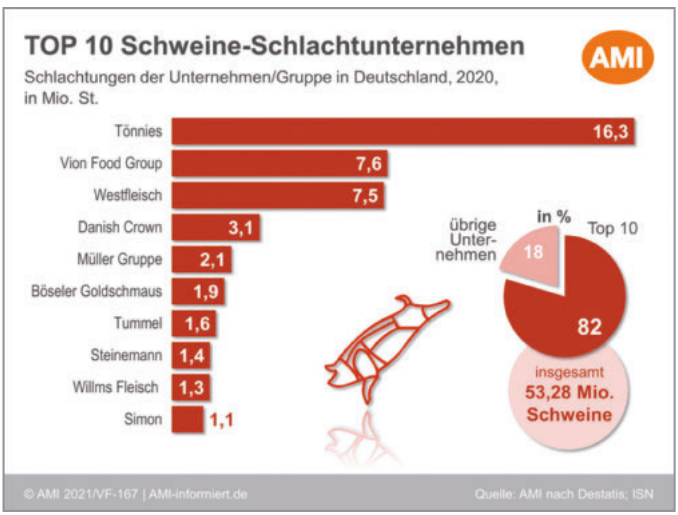
In den ersten neun Monaten des Jahres 2021 lag der Umsatz der deutschen Ernährungsindustrie um 1,8 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahresstand. Einem schwachen Inlandsgeschäft (- 3,9 Prozent) steht ein wachsender Exportmarkt (+ 2,4 Prozent) gegenüber. Vor allem Rückgänge im Außer-Haus-Verzehr, stark gestiegene Energiekosten und die Zunahme von Regulierungen lassen auch 2021 kein Umsatzwachstum zu. Der Export ist zwischen 2010 und 2020 um 44 Prozent gestiegen und trägt heute (2020) 33,2 Prozent zum Gesamtumsatz bei. 2010 lag der Anteil noch bei knapp 28,2 Prozent. Sichere, qualitativ hochwertige Lebensmittel sind ein Markenzeichen im Export. 71 Prozent der deutschen Lebensmittelexporte werden im EU-Binnenmarkt abgesetzt. Besonders gefragt sind deutsche Süß-, Backwaren, Fleisch- und Milchprodukte.

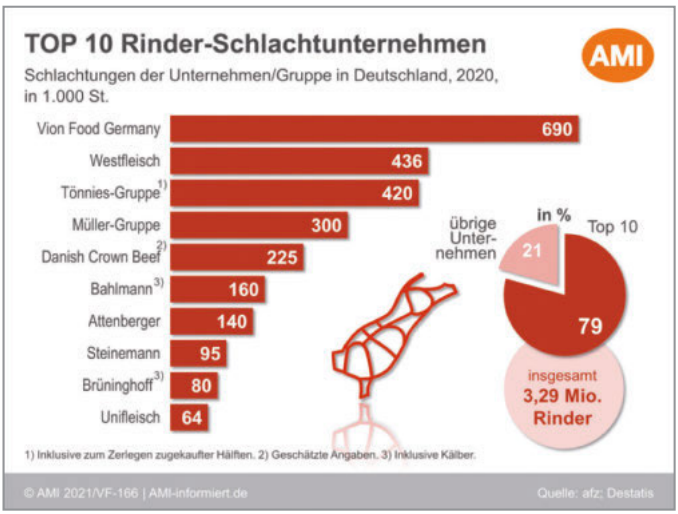
Mittelständische Ernährungsindustrie unter hohem Wettbewerbsdruck

Angesichts der dominanten Marktposition des Lebensmittelhandels kann die Ernährungsindustrie gestiegene Kosten häufig nur schwer auf die Verkaufspreise überwälzen. Die Konzentration der Unternehmen der Ernährungsindustrie hat zwar weiter zugenommen, ist aber im Vergleich zum Lebensmitteleinzelhandel oder zu anderen Wirtschaftsbereichen weiterhin relativ gering. 90 Prozent der Beschäftigten in der deutschen Ernährungsindustrie arbeiten in Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern. Durch die überwiegend ländlichen Produktionsstandorte sichert die Branche Stabilität und Beschäftigung in allen Regionen Deutschlands. Der Umsatzdurchschnitt je Betrieb liegt bei rund 30,1 Millionen Euro. Nach einer aktuellen









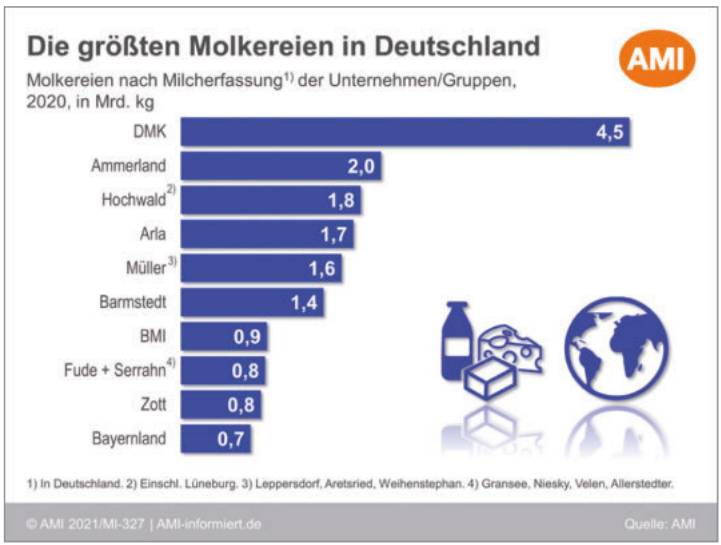
Branchenumfrage wird an erster Stelle der Zukunftstrends der Preis- und Margendruck gesehen, von dem 84 Prozent der Branchenexpertinnen und -experten annehmen, dass er sich fortsetzen wird. Ähnlich hoch bewerten die Befragten den Komplex „New Work". Unter diesem Begriff wird der Rückgang von Dienstreisen sowie die weitere Zunahme von flexiblen Arbeitsformen und Homeoffice zusammengefasst. Darüber hinaus werden Nachhaltigkeit und Digitalisierung als branchenübergreifende Trends das weitere Handeln im Ernährungssektor bestimmen.

Immer weniger Bäckereien und Fleischereien

Die Zahl der Bäckereien und Fleischereien geht weiter zurück. Ende 2020 wurden in der Betriebsstatistik des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) insgesamt 10.200 Bäckereien gezählt. Ende 2010 waren es in Deutschland noch 14.600 Betriebe, was einem Rückgang von 30 Prozent entspricht. Für das Fleischerhandwerk verzeichnet die Statistik für Ende 2020 12.400 Betriebe. Zehn Jahre zuvor lag die Zahl der Fleischerbetriebe noch bei 17.200 (- 28 Prozent). Gründe für diese Entwicklung sind komplexer werdende Rahmenbedingungen im Lebensmittelhandwerk und ein harter Wettbewerb mit dem Einzelhandel.

Raiffeisen-Genossenschaften trotz Corona 2020 mit stabilen Umsätzen

Die Raiffeisen-Genossenschaften sind mit ihren 92.000 Beschäftigten Marktpartner von Landwirtschaft, Ernährungsindustrie und Lebensmittelhandel. Ihre Zahl ist über die Jahre deutlich rückläufig, was vor allem dem Fusions- und Kooperationsbestreben der Unternehmen geschuldet ist. Die 1.766 Raiffeisen-Genossenschaften erzielten 2020 einen Umsatz von 64,5 Milliarden Euro. Trotz Corona-Pandemie ist das gegenüber dem Vorjahr nur ein Rückgang von 0,4 Milliarden Euro. Beim Blick auf einzelne Geschäftsfelder zeigt sich ein differenziertes Bild. Während die Nachfrage aus dem Lebensmitteleinzelhandel zeitweise deutlich angestiegen ist, ist der Absatz im Bereich des Außer-Haus-Verzehrs eingebrochen. Die genossenschaftlich organisierte Milchwirtschaft verzeichnete 2020 einen Umsatz von 13,6 Milliarden Euro. Die Vieh- und Fleischgenossenschaften generierten 2020 Umsätze in Höhe von 6,7 Milliarden Euro. Umsatzstärkste Genossenschafts-Sparte ist mit 37,5 Milliarden Euro die Warenwirtschaft.
Ausgehend von rund 262.800 landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland und rund 415.000 Mitgliedschaften von Landwirten, Winzern und Gärtnern ist statistisch betrachtet jeder Betrieb an nahezu zwei Genossenschaften beteiligt.



Fleischbranche mit einem Umsatz von 44,5 Milliarden Euro

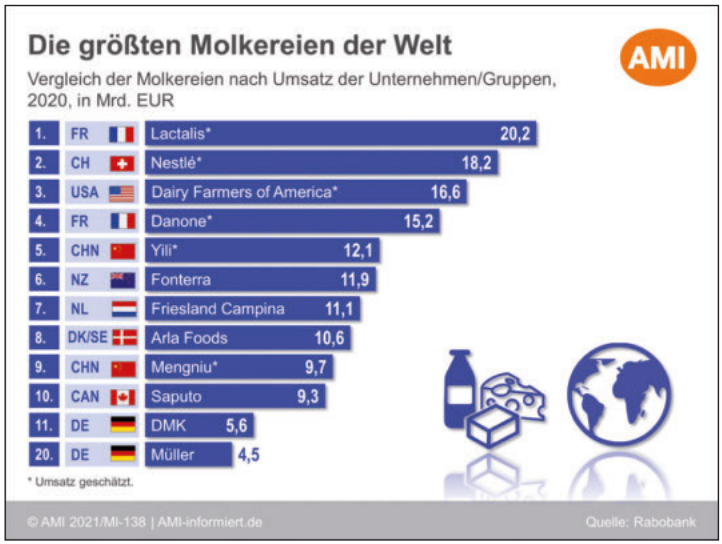
Der Umsatz der Fleischbranche mit ihren 128.400 Beschäftigten betrug in 2020 45,0 Milliarden Euro, davon 10,4 Milliarden Euro oder 23,1 Prozent im Auslandsgeschäft. Die Fleischbranche macht mit ihrem Umsatz fast ein Viertel (24,0 Prozent) des Gesamtumsatzes des deutschen Ernährungsgewerbes aus.

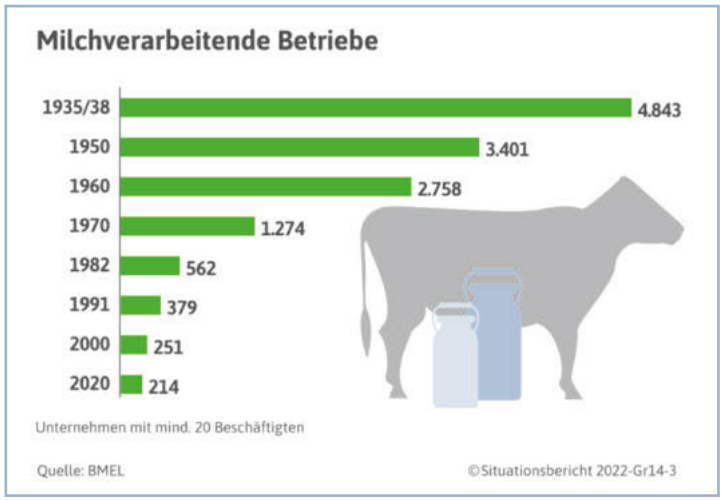
Drei Schlachtunternehmen beliefern 59 Prozent des Marktes

Die Konzentration in der Fleischbranche schreitet weiter fort. Die drei größten Schlachtunternehmen – Tönnies, Vion und Westfleisch – schlachteten 2020 59 Prozent der 53,3 Millionen in Deutschland geschlachteten Schweine. Das Ranking der Schweine-Schlachtunternehmen führt die Tönnies-Gruppe mit 16,3 Millionen Schweine-Schlachtungen an. An zweiter und dritter Stelle rangieren der niederländisch-deutsche Vion-Konzern und die Westfleisch mit 7,6 bzw. 7,5 Millionen Tieren. Bei den Rinderschlachtungen führt der Vion-Konzern die Rangliste vor der Tönnies-Gruppe und der Westfleisch.

Handelsketten mit Fleischwerken

Die Konzentration im Schlachtviehbereich kommt auch darin zum Ausdruck, dass viele Schlachtunternehmen durchgehende Verarbeitungsketten vom Lebendtier bis zum verpackten Frischfleisch oder zur Wurst aufgebaut haben. Bedeutende Akteure sind mittlerweile die Fleischwerke des Handels. Spitzenreiter sind Edeka Südwest Fleisch und Kaufland/Lidl mit ei-





nem Jahresumsatz von jeweils um die 850 Millionen Euro. Unter den 10 umsatzstärksten Fleischwerken des Handels mit einem Gesamtumsatz von 5,4 Milliarden Euro (2020) befinden sich sieben regionale Edeka-Fleischwerke (Edeka Südwest Fleisch, Bauerngut, Rasting, Südbayerische Fleischwaren, Fleischwerk Edeka-Nord, Franken-Gut und Hessengut). Auf sie entfällt ein Umsatz von gut 3,4 Milliarden Euro.

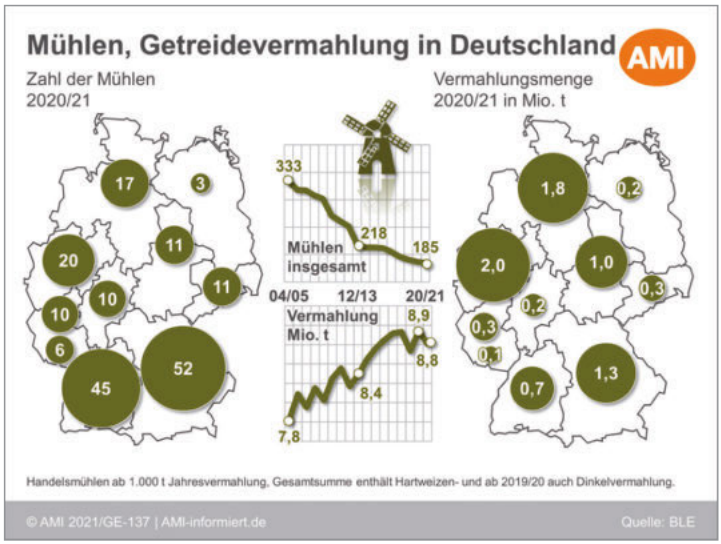
Molkereibranche weiter im Umbruch

Im Ranking der weltweit größten Milchverarbeiter führt das französische Lactalis, gefolgt vom Nestlé-Konzern und von Dairy Farmers of America. Unter den TOP 20-Molkereien der Welt befinden sich mit dem Deutschen Milchkontor (Platz 12) und Müller Milch (Platz 20) auch zwei deutsche Unternehmen. Experten gehen von einem weiteren Konzentrationsprozess der Milchverarbeitungsunternehmen aus.

Deutsche Milchwirtschaft wächst über den Export

Die deutsche Milchwirtschaft ist mit einem Umsatz von 28,4 Milliarden Euro (ohne Speiseeis) und rund 41.500 Beschäftigten (2020) die zweitgrößte Sparte der deutschen Ernährungsindustrie. 32 Prozent der von den Molkereien verarbeiteten Milch ist für den Export bestimmt. Rund zwei Drittel der in Deutschland erzeugten Milch

werden von genossenschaftlichen Unternehmen verarbeitet. Die Zahl der Milch verarbeitenden Unternehmen in Deutschland hat im Zeitverlauf stark abgenommen. 2020 gab es noch 214 Milch verarbeitende Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten. Täglich werden von den deutschen Molkereien zusammen rund 89.200 Tonnen Milch zu hochwertigen Lebensmitteln verarbeitet.



Mühlen- und Stärkebranche mit starker Bindung zur Landwirtschaft

Mit rund 6.000 Beschäftigten erwirtschaftete die Mühlenbranche im Wirtschaftsjahr 2020/21 einen Umsatz von rund 2,75 Milliarden Euro. Die Mühlen vermahlen jährlich etwa ein Drittel der deutschen Weizen- und Roggenernte (2020 8,8 Millionen Tonnen). Gab es 1950/51 in Deutschland 18.935 Mühlen, sind es heute 550 Mühlen, davon 185, die mindestens 1.000 Tonnen vermahlen. 41 große Mühlen mit einer Jahresvermahlung von 50.000 Tonnen und mehr haben einen Anteil an der Gesamtvermahlung von gut 81 Prozent. Aus der Vermahlung resultieren rund 6,0 Millionen Tonnen Weizenmehl, rund 588.000 Tonnen Roggenmehl, 242.000 Dinkelmehl sowie etwa 345.000 Tonnen Mahlerzeugnisse aus Hartweizen (Wirtschaftsjahr 2020/21). Knapp 10 Prozent der Mahlerzeugnisse werden exportiert. Nach Angaben des Verbandes der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft (VGMS) gehen 30 Prozent der Erzeugnisse an Handwerksbäcker, 55 Prozent an Betriebe der Backwaren- und Lebensmittelindustrie, 10 Prozent an Spezialverarbeiter wie Teig- und Nudelwarenhersteller und nur etwa 5 Prozent direkt an den Endverbraucher. Mühlennachprodukte, wie Kleie oder Nachmehle, werden zu Futtermitteln verarbeitet.

Mit gut 2.700 Beschäftigten und einem Umsatz von 1,7 Milliarden Euro produzierte die Stärkewirtschaft im Jahr 2020 aus 4,6 Millionen Tonnen Rohstoffen 1,6 Millionen Tonnen Stärke. Unter den Stärkeprodukten haben solche aus Weizen mit 38 Prozent den höchsten Anteil, gefolgt von Kartoffeln mit 35 Prozent und Mais mit 23 Prozent. Auch wenn der technisch-stoffliche Bereich für die Stärke bedeutend ist, liegt der Einsatz im Lebensmittelbereich in Deutschland bei einem Anteil von 53 Prozent über dem Einsatz in der Non-Food-Nutzung mit 47 Prozent.

Deutsche Zuckerwirtschaft wird von vier Unternehmen bestimmt

Von 61 Unternehmen der Zuckerindustrie in den Jahren 1950/51 existieren heute noch vier mit insgesamt 18 Fabriken, rund 5.070 Beschäftigten und einem Umsatz von 2,0 Milliarden Euro (2020). Die Südzucker AG in Mannheim, die Nordzucker AG in Braunschweig, die Pfeifer & Langen GmbH & Co.KG in Köln und die niederländische Cosun Beet Company GmbH & Co. KG mit der Zuckerfabrik in Anklam teilen sich den deutschen Markt. 23.600 Landwirte beliefern diese Unternehmen mit Zuckerrüben. Auch in Europa sind die drei verbliebenen deutschen Unternehmen



führend und produzieren zusammen etwa die Hälfte des EU-Zuckers. Der größte Zuckerhersteller der Welt ist mit 17.900 Beschäftigten die Südzucker-Gruppe. Sie erreichte in der Kampagne 2020/21 eine Zuckerproduktion aus Rüben von 3,7 Millionen Tonnen. Vom Gesamtumsatz des Südzuckerkonzerns in Höhe von 6,7 Milliarden Euro (2020/21) entfallen 2,3 Milliarden Euro auf den Zuckerbereich. Im Wirtschaftsjahr 2019/20 wurden in Deutschland 2,8 Millionen Tonnen Zucker abgesetzt. 86 Prozent davon gingen an die Zucker verarbeitende Industrie, das Handwerk und die chemische Industrie. 14 Prozent werden als Haushaltszucker über den Lebensmitteleinzelhandel verkauft.

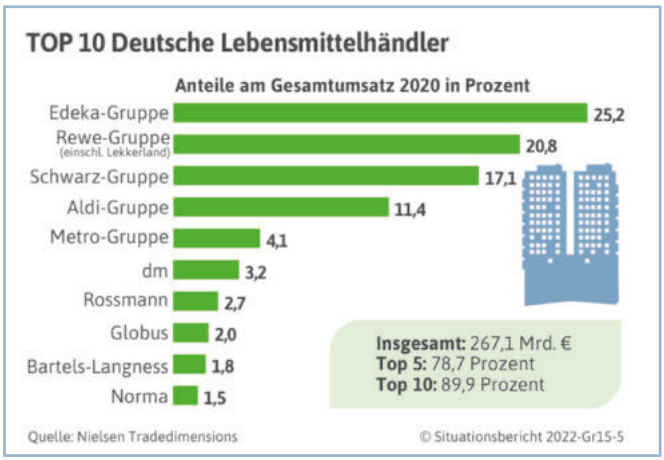
Deutsche Brauereien relativ kleinstrukturiert

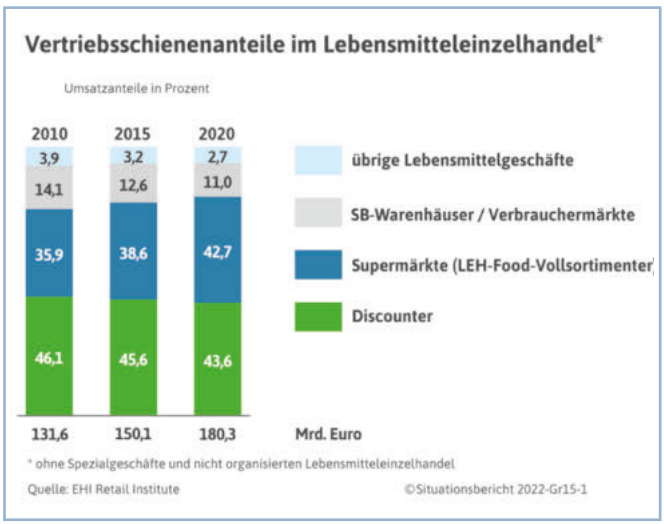
In 1.528 Braustätten in Deutschland mit ihren 27.300 Beschäftigten wurden 2020 rund 5.000 Biersorten gebraut. Der Bierausstoß lag bei 87,0 Millionen Hektolitern, der Umsatz bei 7,6 Milliarden Euro. Etwa 17 Prozent der deutschen Bierproduktion werden exportiert. Der Pro-Kopf-Verbrauch bei Bier ist in den letzten Jahren zurückgegangen, besonders stark durch die Folgen der Corona-Pandemie im Jahr 2020. Von 99,7 Litern pro Person in 2019 ging der Verbrauch auf 94,6 in 2020 zurück. Nach den Ausstoßzahlen stehen deutsche Brauereien im weltweiten Vergleich damit an fünfter Stelle hinter China, den USA, Brasilien und Mexiko. Ein regionaler Schwerpunkt der Biererzeugung liegt in Bayern, wo sich fast jede zweite deutsche Braustätte befindet. Unter den vierzig größten Brauereien der Welt befinden sich acht deutsche Gruppen: Die Radeberger-Gruppe belegt als größtes deutsches Unternehmen Platz 22 mit 11,1 Millionen Hektolitern. Die acht größten deutschen Brauereien machen zusammen nur einen Weltmarktanteil von 2,8 Prozent aus. Weltmarktführer ist die in Belgien ansässige Brauereigruppe AB InBev, die 25,7 Prozent der weltweiten Bierproduktion von 1.820 Millionen Hektolitern Bier herstellt, gefolgt von Heineken mit 12,2 Prozent und Carlsberg mit 6,0 Prozent (2020).

1.5 Lebensmittelhandel und Verbrauchertrends

Marktmacht des Lebensmittelhandels ist groß

Der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) in Deutschland ist der größte Absatzkanal für die deutschen Lebensmittelhersteller. Er erzielte 2020 einen Umsatz einschließlich Non Food von 267,1 Milliarden Euro. Durch die Corona-bedingten Mehrumsätze ist das gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 5,5 Prozent. Der darin enthaltene Food-Bereich stieg sogar um 5,9 Prozent auf 222,7 Milliarden Euro. Die Unternehmenskonzentration ist hoch, die fünf größten Unternehmen – Edeka, Rewe, Schwarz-Gruppe, Aldi und Metro – vereinen knapp 79 Prozent Marktanteil auf sich. Ihnen gegenüber stehen über 6.100 überwiegend kleine und mittelständische Lebensmittelhersteller. Durch diese ungleich verteilten Verhandlungspositionen entstehen unter den Lebensmittelherstellern ein harter Qualitäts- und Preiswettbewerb und damit ein intensiver Wettbewerb um die Listenplätze der Handelsunternehmen.

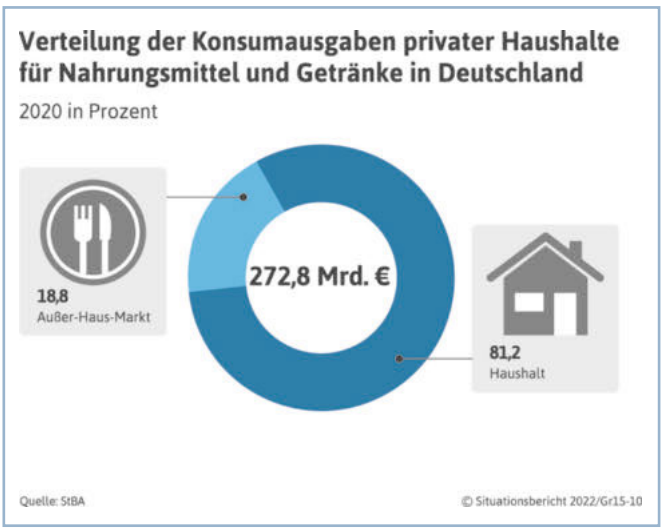




Konzentration des Handels nimmt weiter zu

Die mit Abstand größte deutsche Handelskette ist die Edeka-Gruppe mit einem Umsatzanteil von 25,2 Prozent (2020). Danach folgen die Rewe-Gruppe mit 20,8 Prozent, die Schwarz-Gruppe (Lidl) mit 17,1 Prozent und die Aldi-Gruppe mit 11,4 Prozent. Die deutschen Konsumenten werden heute (2020) von 37.400 Filialen des Lebensmitteleinzelhandels täglich mit frischen Lebensmitteln und Getränken versorgt. Zehn Jahre zuvor (2010) waren es noch entsprechend 39.300 Geschäfte. Binnen 10 Jahren ist die Anzahl der Lebensmittelgeschäfte damit um 5 Prozent zurückgegangen. Für das Jahr 2021 erwarten die Lebensmittelhändler unter dem Strich ein Umsatzwachstum von knapp einem Prozent.





Discounter und Vollsortimenter im Wettbewerb

Im internationalen Vergleich ist der Marktanteil der Discounter in Deutschland mit 43,6 Prozent weiterhin sehr hoch. Während Vollsortimenter wie Edeka und Rewe verstärkt auf flexible Angebote (Aktionsgeschäft), Service, Eigenmarken und offensive Marketingstrategien setzen, bieten Discounter wie Aldi und Lidl günstigere Preise und nehmen mehr Markenartikel und Frischeprodukte in die Regale. Um sich am Markt zu profilieren, werden zunehmend Produktprogramme eingeführt, bei denen Nachhaltigkeitsaspekte im Vordergrund stehen.

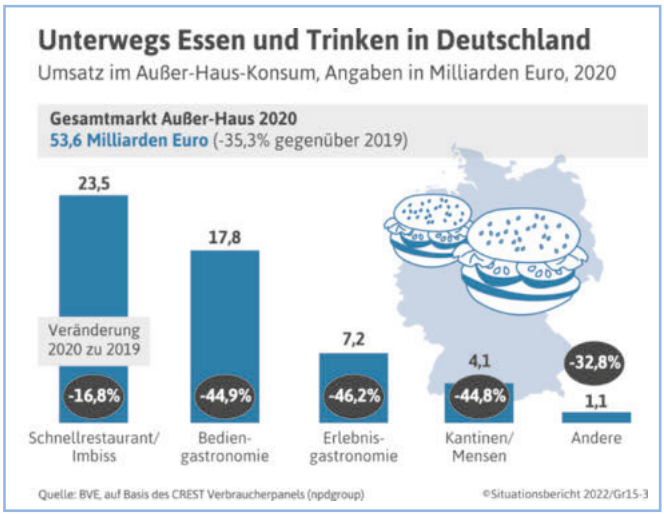
Convenience mit den meisten Produktinnovationen

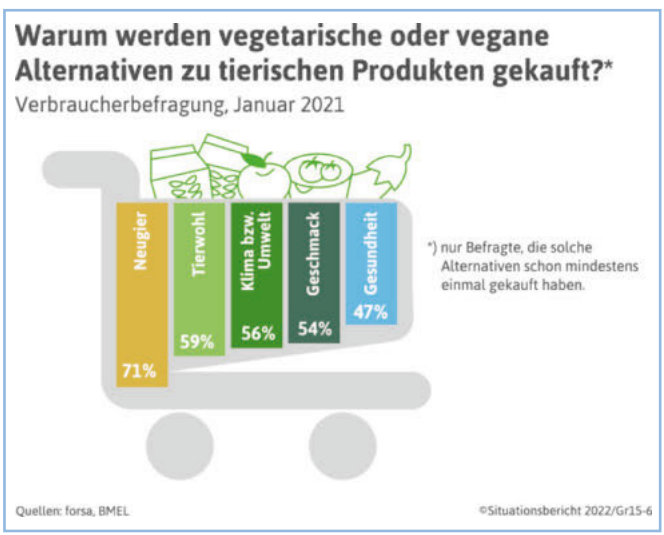
Das Lebensmittelangebot in Deutschland umfasst mehr als 170.000 Produkte. Gut 40.000 neue Produkte erweitern jährlich das Angebot und lassen auch neue Marktsegmente entstehen. Nur gut 13.000 davon behaupten sich über zwei Jahre hinaus, der Rest weicht neuen Trends. Fertigprodukte, im Englischen Convenience-Produkte genannt, liegen dabei auf Platz eins der wichtigsten Innovationstreiber. Auf Platz 2 und 3 der Innovationstreiber folgen nach einer aktuellen Trendstudie die Attribute „gesund“ und „nachhaltig“.

Corona-Pandemie sorgt für Trend beim Kochen

80 bis 90 Prozent aller in Deutschland konsumierten Lebensmittel sind Fertigprodukte. Während Versorgungssicherheit und lange Haltbarkeit die Ursprungsideen von Fertigprodukten waren, stehen heute die Arbeitsverringerung im Haushalt, schnelle und einfache Nahrungszubereitung sowie die Anpassung an einen flexiblen Lebensstil im Vordergrund. Soziodemografische Trends wie die steigende Anzahl an Ein-Personen-Haushalten oder eine höhere Erwerbstätigenquote befördern diese Entwicklung. Hinzu kommt ein Wertewandel, der zu einer höheren Freizeitorientierung und einem Rückgang von festen Mahlzeitstrukturen führt. Auch mehr Flexibilität im Berufsleben sorgt für eine Abkehr von traditionellen Ernährungsmustern. 82 Prozent der Menschen in Deutschland sehen in Fertigprodukten eine große Erleichterung im Alltag. Gleichzeitig aber geben nach einer forsa-Umfrage von Anfang

2021 77 Prozent der Deutschen an, gerne zu kochen. Rund die Hälfte der Befragten (52 Prozent) kocht nahezu jeden Tag – das sind 13 Prozentpunkte mehr als noch Anfang 2020. Der starke Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist der Corona-Krise geschuldet. Ideen für neue Gerichte und Rezepte kommen dabei am häufigsten aus dem Internet (68 Prozent).





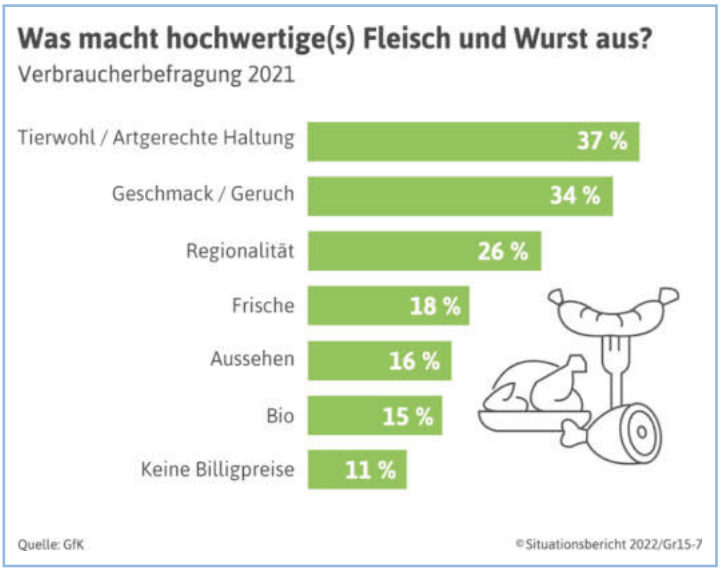
Umsatzeinbruch in der Gastronomie

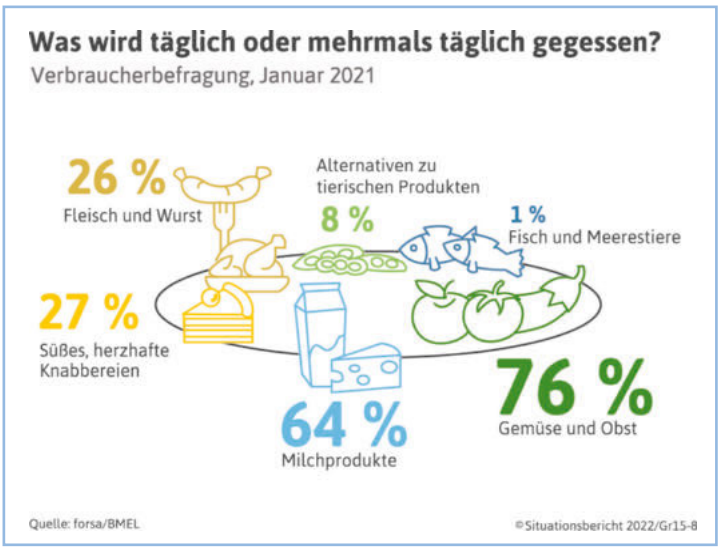
Der Außer-Haus-Markt ist in Deutschland nach dem Lebensmitteleinzelhandel der zweitwichtigste Absatzkanal. Er litt in 2020 und auch 2021 erheblich unter den Lockdowns der Corona-Krise. 2020 wurden beim Außer-Haus-Markt „nur" 53,6 Milliarden Euro umgesetzt (ohne Verpflegung im Gesundheitssektor). Gegenüber dem Vorjahr sind das gut 35 Prozent weniger. Dieser Markt umfasst im Wesentlichen vier Teilbereiche: Die klassische Bediengastronomie in Gaststätten, Restaurants und Hotels (gegenüber 2019 minus 44,9 Prozent), Imbisse und Schnellrestaurants (- 16,8 Prozent), die Erlebnisgastronomie (- 46,2 Prozent) sowie die Arbeits- und Ausbildungsplatzverpflegung (- 44,8 Prozent). In 2021 wird auf Grund der insgesamt weniger starken Corona-bedingten Absatzbeschränkungen wieder mit einem Anstieg des Außer-Haus-Marktes gerechnet, der aber das Minus des Vorjahres bei weitem nicht ausgleichen kann.

Immer mehr Menschen hierzulande probieren zudem Lieferdienste aus. 2021 gaben 67 Prozent der Befragten einer forsa-Umfrage im Rahmen des BMEL-Ernährungsreports 2021 an, sich mindestens einmal im Monat fertige Gerichte nach Hause liefern zu lassen. Anfang 2020 lag der entsprechende Anteil noch bei 58 Prozent.

Steigende Nachfrage nach vegetarischen und veganen Produkten

Mehr Menschen verzichten teilweise oder ganz auf Lebensmittel vom Tier. Die Anzahl der Menschen in Deutschland, die sich selbst als Vegetarier einordnen, lag im Jahr 2021 laut der Allensbacher Markt- und Werbeträger-Analyse unter





23.000 Bürgern im Alter von 14 Jahren an bei 7,5 Millionen. Damit waren es rund eine Million Personen mehr als noch ein Jahr zuvor. Der Anteil an Befragten, die sich vegetarisch ernähren, liegt damit bei gut 10 Prozent. Der Anteil der Veganerinnen und Veganer ist 2021 auf 2 Prozent gestiegen.

Tierwohlaspekte treten immer mehr in der Vordergrund

Gefragt nach Gründen für den Kauf der Alternativprodukte, ist nach Angaben des BMEL-Ernährungsreportes 2021 die Neugier entscheidend (71 Prozent). Für 59 Prozent, und damit deutlich mehr als 2020, sind Tierschutzgründe ausschlaggebend. Bei Fleisch und Wurstwaren wird nach einer groß angelegten Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) aus 2021 Qualität stark mit nicht unmittelbar wahrnehmbaren Aspekten wie Tierhaltung und Regionalität verknüpft. Daneben wird die Wertigkeit auch über die Sensorik vermittelt, in erster Linie über den Geschmack. Der Trend des auf diese Weise nachhaltiger werdenden Fleischkonsums kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Anzahl von Fleischprodukten mit Nachhaltigkeitskennzeichnung seit 2017 stark zugenommen hat.

Lust auf Gemüse und Obst gestiegen

76 Prozent der Anfang 2021 von forsa befragten Verbraucher essen Obst und Gemüse täglich. Ein Jahr zuvor waren es noch entsprechend 70 Prozent. Für 99 Prozent von ihnen gilt: Sie greifen zu Gemüse und Obst, weil es ihnen schmeckt. Zudem begründen es 96 Prozent auch mit gesundheitlichen Aspekten. Absolute Spitzenreiter auf den täglichen Speiseplänen sind daneben Milchprodukte wie Käse und Joghurt (64 Prozent). Alternativen zu tierischen Produkten wie Soja-Drinks, Tofu-Würstchen oder vegane Käse-Alternativen nehmen acht Prozent der Befragten nach eigenen Angaben mindestens einmal täglich zu sich. Besonders bei den 14- bis 29-Jährigen sind diese Produkte beliebter geworden. 17 Prozent essen diese mindestens einmal täglich.

Veggie-Trend

Laut GfK-Haushaltspanel gaben die privaten Haushalte 2020 rund 1,25 Milliarden Euro für vegetarische und vegane Alternativen zu Fleisch- und Milcherzeugnissen aus. Dabei ist die Margarine als „Mutter aller pflanzenbasierten Alternativen" nicht berücksichtigt. Auch Ei-Alternativen sind nicht dabei. Im Jahr 2020 produzierten die Unternehmen hierzulande im Vergleich zum Vorjahr knapp 39 Prozent mehr Fleischersatzprodukte: Von knapp 60.400 Tonnen stieg die Produktion nach Angaben des Statistischen Bundesamtes auf gut 83.700 Tonnen. Der Wert dieser Produkte erhöhte sich binnen Jahresfrist von 273 auf 375 Millionen Euro (+37 Prozent). Trotz dieses Anstiegs fällt der Wert von pflanzlichen Fleischersatzprodukten im Vergleich zu Fleischprodukten verhältnismäßig gering aus. Der Wert von in Deutschland produziertem Fleisch und Fleischerzeugnissen betrug im Jahr 2020 rund 38,6 Milliarden Euro – und damit mehr als das Hundertfache des Wertes der Fleischersatzprodukte wie zum Beispiel vegetarischer Brotaufstrich, Tofu-Produkte, vegetarische oder vegane Lebensmittel, die dem äußeren Anschein nach Wurst ähneln. Bei Fleisch aus Zellkulturen („In-vitro-Fleisch") übersteigen die Produktionskosten die Kosten traditioneller Produkte immer noch um ein Vielfaches.
Der Konsum von Hafer-Lebensmitteln ist ausgehend von einem relativ niedrigen Niveau stark gestiegen. Die Verarbeitungsmengen in den Hafermühlen haben sich in den vergangenen zehn Jahren um 70 bis 80 Prozent erhöht. Produktinnovationen wie Porridge-Mischungen oder verschiedene Arten von Haferdrinks beflügeln das Wachstum. Die Hafer-Anbauflächen in Deutschland sind zwischen 2011 und 2021 um 34.000 Hektar auf 177.000 Hektar ausgedehnt worden.

Lebensmittelauswahl verschiedener Ernährungsformen des Vegetarismus

Bezeichnung	Fleisch	Fisch	Eier	Milch
Ovo-lacto-Vegetarier	×	×	✓	✓
Ovo-Vegetarier	×	×	✓	×
Lacto-Vegetarier	×	×	×	✓
Pesco-Vegetarier	×	✓	✓	✓
Veganer	×	×	×	×

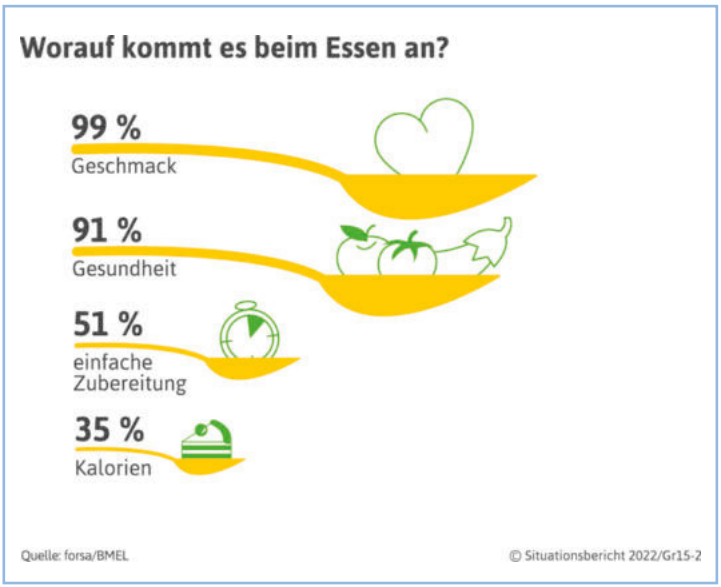
©Situationsbericht 2022-Gr15-13

Ansprüche an Lebensmittel steigen und werden immer vielfältiger

Proteinreiche, vegetarische, vegane, amerikanische oder mit Superfoods angereicherte Lebensmittel (Funktional Food) sind die Trendprodukte der letzten Jahre. Aber auch Produkte mit besonderen Merkmalen wie regional, nachhaltig, Fair Trade und Bio sind am Markt ständig verfügbar. Auf alle ernährungsphysiologischen Eigenschaften von glutenfrei, laktosefrei, kalorienarm bis eiweiß- oder ballaststoffreich wird Rücksicht genommen. Die Produktauswahl wächst. Zu jedem Produkt bzw. Fertigprodukt gibt es eine vermehrte Zahl von Alternativen. Gleichzeitig können sich die Konsumenten auf Grund von Digitalisierungsfortschritten einfacher im Markt orientieren, schneller bezahlen oder personalisierter einkaufen.

Geschmack und Gesundheit haben beim Essen den höchsten Stellenwert

Was beim Essen wichtig ist, prägt auch den Einkauf. Mit rund 96 Prozent der gut 1.000 von forsa Anfang 2021 repräsentativ befragten Bundesbürger legt eine große Mehrheit der Befragten Produkte in den Einkaufskorb, die ihnen schmecken. Für Menschen jeden Alters ist damit der Geschmack nach wie vor das bedeutsamste Kriterium bei der Essensauswahl. Sehr wichtig ist für die Befragten



auch, dass die Lebensmittel aus ihrer Region kommen (82 Prozent) und dass das jeweilige Gemüse oder Obst gerade Saison hat (78 Prozent). 54 Prozent der Befragten achten zudem auf Inhaltsstoffe oder den Kaloriengehalt eines Produkts. Der Preis spielt für 48 Prozent eine Rolle beim Einkauf, das gilt vor allem für Jüngere von 14 bis zu 29 Jahren: Unter ihnen geben 60 Prozent an, sehr auf den Preis zu achten.



Siegel immer wichtiger

Das Vertrauen in Nahrungsmittel ist gestiegen: 83 Prozent der Befragten aus der forsa-Studie im BMEL-Ernährungsreport 2021 vertrauen voll und ganz oder eher der Sicherheit der Lebensmittel in Deutschland. Im Vorjahr waren es 74 Prozent. Viele Verbraucher interessiert aber auch, wie die Produkte hergestellt wurden. Immer mehr schauen beim Einkauf daher auf Siegel: 68 Prozent der Befragten achten auf das Regionalfenster, das über die regionale Herkunft eines Produkts informiert. Auf das Biosiegel achten 64 Prozent und damit mehr Befragte als noch ein Jahr zuvor (50 Prozent). Auf Tierwohllabel, welche Fleisch aus besonders tiergerechter Haltung kennzeichnen, achten 55 Prozent.

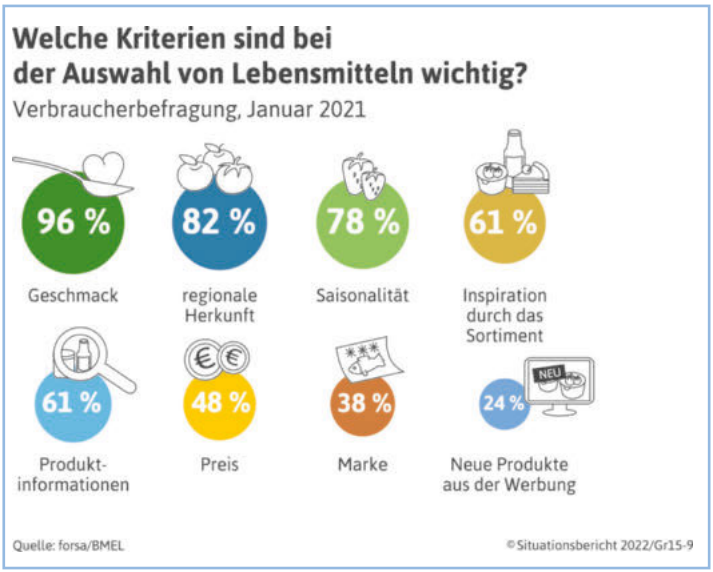
Nutri-Score – neues Kennzeichnungssystem

Das im November 2020 auf freiwilliger Basis eingeführte Nährwertkennzeichen Nutri-Score wurde bereits zwei Monate später im Januar 2021 von 44 Prozent der Verbraucher wahrgenommen. Es soll verschiedene Produkte innerhalb einer Produktgruppe miteinander hinsichtlich ihres Nährwerts vergleichbar machen. Die fünfstufige Farb-Buchstabenkombination des Nutri-Score reicht von einem grünen A bis zu einem roten E und zeigt den Nährwert eines Lebensmittels an. Zu einer ausgewogenen und gesunden Ernährung kann Nutri-Score allerdings nur bedingt

Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL)

Die ZKL empfiehlt, „die derzeitige Inflation von Kennzeichnungssystemen unterschiedlicher und nicht durchschaubarer Güte" abzubauen. An ihre Stelle müssten verbindliche staatliche, EU-weit harmonisierte Mindeststandards für Nachhaltigkeitskennzeichnungen treten. Sie nennt fünf Bereiche, für die auf europäischer Ebene verständliche und verbindliche Kennzeichnungen eingeführt werden sollten. Das sind die Tierwohlkennzeichnung, eine Kennzeichnung der Herkunft für die Primärzutaten in verarbeiteten Lebensmitteln, Mindeststandards für die Kennzeichnung von Regionalität, die Nährwertkennzeichnung in Form eines wissenschaftlich fundierten Nutri-Scores sowie perspektivistisch eine Nachhaltigkeitskennzeichnung, und zwar basierend auf wissenschaftlich festgelegten Kriterien.

Quelle: ZKL

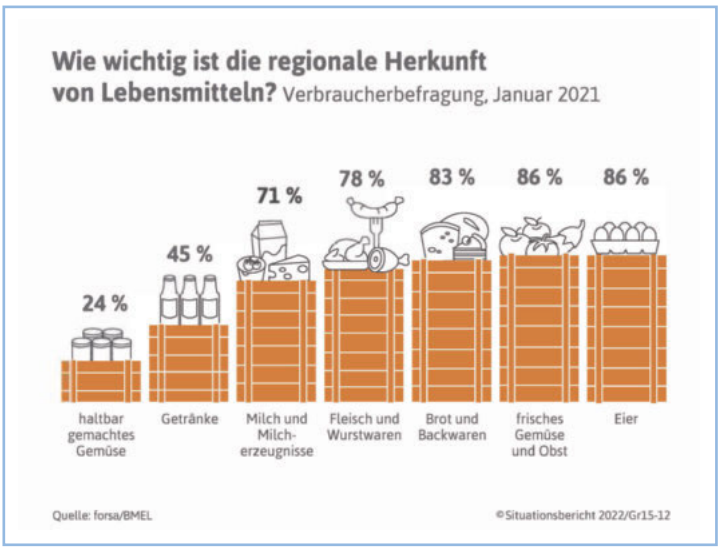


beitragen, da diese in der Regel aus einer Kombination verschiedener Nahrungsmittel besteht. Am deutschen Nutri-Score-System nahmen Anfang Oktober 2021 233 Unternehmen mit 452 Marken teil.

„Green Claims" als Kaufkriterium

Informationen über verwendete Inhaltsstoffe, Herkunft und Anbaubedingungen der Rohwaren und zunehmend auch über den ökologischen Fußabdruck entwickeln sich immer mehr zu einem Kaufkriterium. Bekannte und bereits am Markt etablierte Angaben wie „Frei von Zusatzstoffen" und „Bio" sind allerdings immer noch wichtige Kriterien, warum sich deutsche Verbraucher für ein bestimmtes Produkt entscheiden. Zusätzliche Angaben wie pflanzenbasierte Rezepturen, faire Arbeitsbedingungen und Tierwohl sowie eine nachhaltige Rohwarenbeschaffung und Produktion haben in den letzten Jahren an Einfluss gewonnen. In einer 2020 unter deutschen Verbrauchern durchgeführten Innova





Market Insights-Umfrage bejahten drei von vier Teilnehmenden die folgende Aussage: „Für mich ist die Produktinformation sehr wichtig. Ich möchte wissen, was das Produkt enthält." Knapp die Hälfte (47 Prozent) gab darüber hinaus an, dass sie mehr über die Herstellung ihrer Lebensmittel und den Ursprung der Zutaten erfahren will. Lebensmittelhersteller reagieren darauf mit zusätzlichen Angaben und Labels auf den Verpackungen, QR- und Tracking-Codes mit weiterführenden Informationen und ausführlichen Berichten auf Webseiten.

Was sollte auf den Verpackungen stehen?

Verpackungen sollen aus Sicht der Verbraucher vor allem informativ sein. Rund 88 Prozent der von forsa Anfang 2021 befragten Bundesbürger erwarten, dass sie bei Produkten tierischen Ursprungs Angaben zu den Haltungsbedingungen finden. Frauen geben das etwas häufiger an als Männer (93 Prozent versus 83 Prozent). In der Rangliste der wichtigsten Angaben folgen gesetzlich vorgeschriebene Angaben zum Mindesthaltbarkeitsdatum (86 Prozent), zum Zutatenverzeichnis und zum Herkunftsland (je 85 jeweils Prozent). Ähnlich vielen Befragten sind Angaben zur umweltverträglichen Erzeugung und zu fairen Produktionsbedingungen wichtig (jeweils 84 Prozent). Vor allem Angaben zur umweltverträglichen Erzeugung haben an Bedeutung gewonnen. Binnen eines Jahres ist der Anteil derer um acht Prozentpunkte gestiegen, denen solche Angaben wichtig bis sehr wichtig sind.

Lebensmittel aus der Region weiter im Aufwärtstrend

Lebensmittel sollen aus der Region kommen – darauf legen 82 Prozent der Befragten beim Einkauf Wert. Damit ist der Anteil seit 2016 (73 Prozent) weiter deutlich gestiegen. Besonders den über 60-Jährigen (89 Prozent) und Frauen (88 Prozent) ist dies wichtig. Vergleichsweise weniger wichtig ist das Kriterium für die 14- bis 29-Jährigen (70 Prozent). Je nach Produkt gibt es aber Unterschiede: Vor allem bei frischem Gemüse und Obst sowie Eiern ist die regionale Herkunft wichtig – für je 86 Prozent der Befragten ist sie von Bedeutung. Bei Fleisch und Wurstwaren gilt das für drei Viertel der Befragten (78 Prozent). Deutlich weniger achten hingegen beim Kauf von haltbar gemachtem Gemüse und Obst (24 Prozent) oder bei Teigwaren (18 Prozent) auf die regionale Herkunft.

Was ist regional?

Bundesweit gibt es nahezu unzählige Marken, Qualitätszeichen und Siegel, die Regionalität betonen. Allerdings sind Bezeichnungen wie „aus der Region" und „heimisch" nicht geschützt. Die Anbieter von regionalen Erzeugnissen können selbst bestimmen, wie groß ihre Region ist. Auch wird der Begriff „regional" in der Bevölkerung unterschiedlich interpretiert. Dies reicht von einem Umkreis von 10 bis 50 km, über das Bundesland bis hin zu Deutschland. Mit regionalen

Regionalfenster

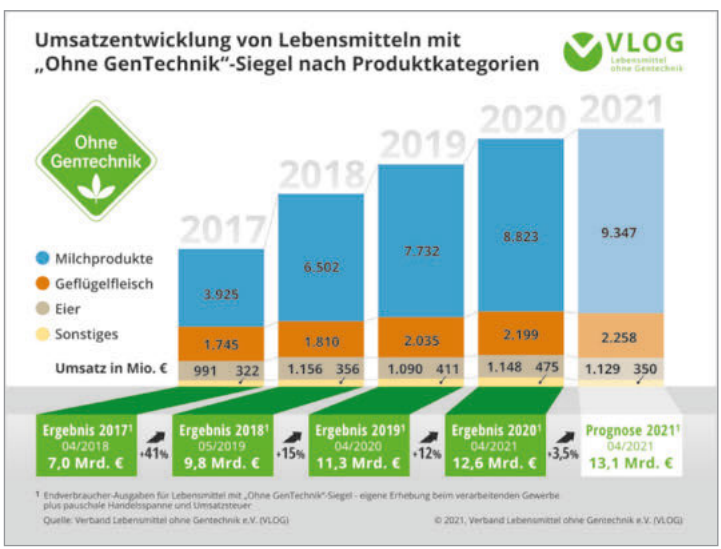
Das vom BMEL 2014 eingeführte „Regionalfenster“ soll eine zuverlässige und transparente Kennzeichnung beim Einkauf von regionalen Lebensmitteln schaffen. Rund 5.200 Lebensmittel, Blumen und Zierpflanzen deutschlandweit tragen das Deklarationsfeld „Regionalfenster“ (Stand Juli 2021). Als Lizenznehmer sind über 900 Anbieter registriert. Am häufigsten gekennzeichnet sind Gemüse und Kräuter, Obst, Fleisch und Wurst.

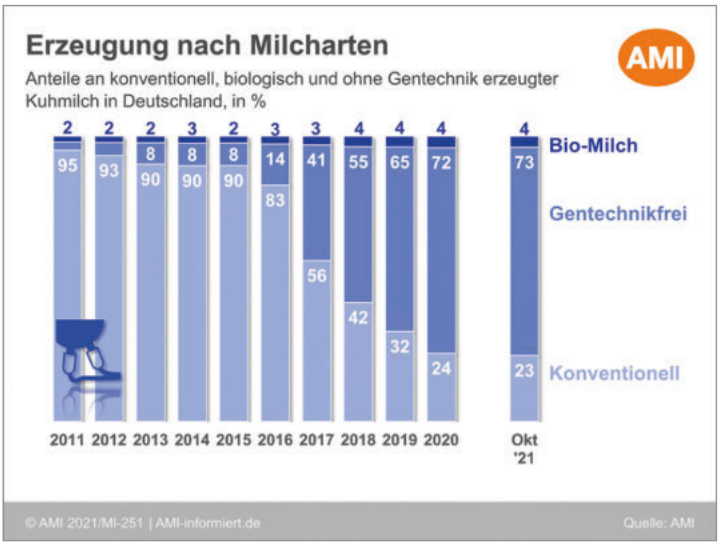


Regionalfenster: Die Definition der Region muss klar und transparent sein, z. B. durch die Angabe von administrativen Grenzen (Benennung eines Landkreises, eines Bundeslandes etc.) oder durch die Angabe eines Radius bzw. Umkreises in Kilometern (z. B. „aus dem Radius 100 km um XY“ oder „aus dem Umkreis 50 km um XY“). Die Region muss kleiner als Deutschland sein, sie kann jedoch bei Naturräumen Staats- oder Ländergrenzen überschreiten. Mindestens ein Teil der definierten Region muss in Deutschland liegen. Der Hersteller kann die Regionsangabe frei wählen, sie muss jedoch für den Verbraucher eindeutig nachvollziehbar sein.



Lebensmitteln verbinden Verbraucher Geschmack, Qualität und Frische, aber auch Heimat, einen engeren Bezug zum Lebensmittel, kurze Transportwege, Schließung von Nährstoffkreisläufen und Unterstützung der regionalen Wirtschaft. Mit der Corona-Krise haben sich die Ess- und Einkaufsgewohnheiten besonders im Hinblick auf die Bedeutung und Wertschätzung von regionalen Lebensmitteln geändert. Das Interesse an der Herkunft der Lebensmittel ist weiter deutlich gestiegen.



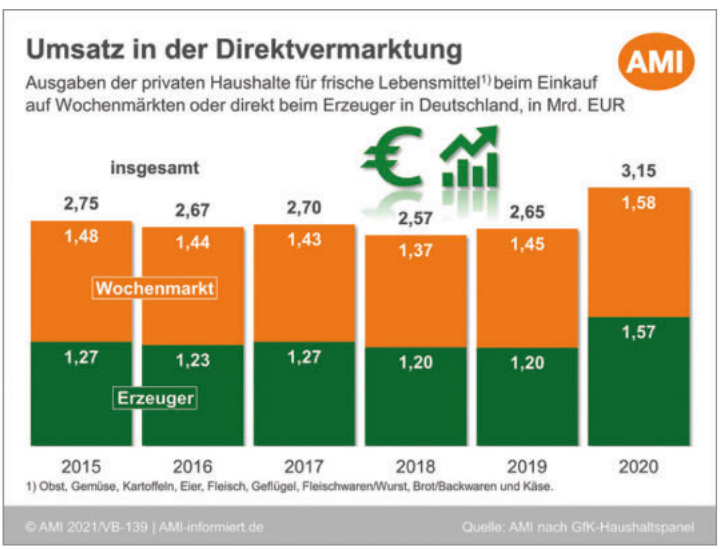


Regionale Lebensmittel stehen vor allem für Frische

Regionale Ware wird im Vergleich zu anderen Lebensmitteln als frischer (77 Prozent) wahrgenommen. Bei Bio-Ware haben nur 29 Prozent der Verbraucher in Deutschland diesen Eindruck. Die meisten regionalen Produkte werden im Lebensmitteleinzelhandel gekauft.

Gentechnikfrei

Mit dem „Ohne Gentechnik"-Siegel versehene Produkte werden immer häufiger vermarktet. Mittlerweile tragen mehr als 15.500 Lebensmittel in Deutschland diese Kennzeichnung. Tierische Erzeugnisse wie Eier, Fleisch- oder Milchprodukte dürfen das Siegel nur tragen, wenn die hierfür gehaltenen Tiere nicht mit gentechnisch veränderten Futtermitteln ernährt wurden. Produkte mit „Ohne Gentechnik"-Siegel haben 2020 einen Gesamt-Jahresumsatz von 12,6 Milliarden Euro erzielt. Für 2021 wird von Experten des Verbandes Lebensmittel ohne Gentechnik ein Umsatz von 13,1 Milliarden Euro erwartet, davon entfallen 71 Prozent auf Milch und Milcherzeugnisse.



Trend zu digitalem Shopping auch bei Lebensmitteln

Der Lebensmittelhandel im Internet hat in der Corona-Krise in Deutschland einen kräftigen Schub erhalten. Mit der Pandemie brachen viele Konsumenten mit ihren Gewohnheiten und kauften häufiger Lebensmittel online. Dennoch hält die E-Food-Branche in Deutschland immer noch einen eher geringen Anteil am gesamten Lebensmittelmarkt. Im Jahr 2020 kam der Online-Handel mit Lebensmitteln auf einen Umsatz von knapp 1,8 Milliarden Euro und damit auf einen Marktanteil von rund zwei Prozent. Das waren 0,4 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Gemessen am gesamten E-Commerce-Umsatz von 83,2 Milliarden Euro sind das 2,2 Prozent. Überwiegend werden Süßwaren, Fertiggerichte, Konserven und spezielle Lebensmittel im Web gekauft. Fleisch- und Wurstwaren, Milchprodukte sowie Obst und Gemüse rangieren hingegen unten auf der Online-Einkaufsliste. Auch werden Lebensmittel aus der landwirtschaftlichen Direktvermarktung über das Internet vermarktet.

Wachsende Bedeutung der Direktvermarktung

Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen haben dazu geführt, dass die privaten Haushalte 2020 deutlich mehr für frische Lebensmittel ausgaben als noch 2019 (+ 13 Prozent). Die Direktvermarktung verzeichnete dabei im Frische-Bereich neben dem Online-Handel die höchsten Zuwachsraten. Die Direktvermarktung von Lebensmitteln steht wie kein anderer Vertriebsweg für den Verkauf von regionalen Produkten. Zielgruppe sind Verbraucher, die wissen möchten, woher ihre Lebensmittel kommen und dazu den direkten Kontakt zum Erzeuger suchen. Regionale Lebensmittel werden häufig mit hoher Qualität, Frische und mit etwas höheren Preisen in Verbindung gebracht. Die landwirtschaftliche Direktvermarktung konnte 2020 auf rund 3,15 Milliarden Euro Jahresumsatz zulegen. Die Fördergemeinschaft „Einkaufen auf dem Bauernhof" hat das Ziel, in der Werbung und Öffentlichkeitsarbeit ein markantes Profil zu vermitteln, mit dem sich Direktvermarkter von anderen Einkaufsstätten eindeutig unterscheiden.

Kennzeichnung des Lebensmitteleinzelhandels

Um das Haltungssystem der Tiere bei Kauf von Fleischwaren schnell zu erkennen, haben die großen Lebensmittelhändler in Deutschland seit dem 1. April 2019 eine einheitliche „Haltungsform"-Kennzeichnung eingeführt. Die Lebensmittelkennzeichnung auf Fleischprodukten ist bei fast allen Händlern zu finden – ob im Supermarkt oder beim Discounter. Die einheitliche „Haltungsform"-Kennzeichnung unterscheidet vier Stufen, siehe Kasten. Die Umsetzung eines staatlichen Tierwohlkennzeichens läßt weiter auf sich warten.

Die vier Stufen der einheitlichen „Haltungsform"-Kennzeichnung

Stufe 4: Premium

Mit dem grünen Label der Stufe 4 wird z. B. Biofleisch gekennzeichnet, das die Anforderungen an die europäische Öko-Verordnung und ihre Richtlinien erfüllt. Aber auch Fleisch aus anderen Programmen kann so gekennzeichnet werden, wenn die entsprechenden Mindestanforderungen eingehalten werden.

Stufe 3: Außenklima

Mit dem orangefarbenen Label der Stufe 3 wird Fleisch gekennzeichnet, das von Tieren stammt, die u.a. mehr Platz im Stall und Außenklimakontakt haben.

Stufe 2: Stallhaltung Plus

Mit dem blauen Label der Stufe 2 wird Fleisch gekennzeichnet, das aus einer Haltung stammt, die über die gesetzlichen Standards hinausgeht – darunter fällt auch das Fleisch aus Betrieben der Initiative Tierwohl. Das bedeutet u.a., Tiere haben mindestens zehn Prozent mehr Platz im Stall als gesetzlich vorgeschrieben und es steht ihnen zusätzliches Beschäftigungsmaterial zur Verfügung.

Stufe 1: Stallhaltung

Fleisch von Tieren, das mit dem roten Label der Stufe 1 gekennzeichnet ist, kommt aus Tierhaltung, die dem gesetzlichen Standard entspricht und QS zertifiziert ist.

Initiative Tierwohl mit hoher Marktdurchdringung

Die Initiative Tierwohl (ITW) ist ein Zusammenschluss der Landwirtschaft, Fleischwirtschaft und des Lebensmitteleinzelhandels. Tierhalter, die an der Initiative Tierwohl teilnehmen, setzen Tierwohlkriterien um, die über die gesetzlichen Standards hinausgehen. Mit Stand Juni 2021 nehmen an der ITW 7.500 Schweine und 2.700 Geflügel haltende Betriebe teil. Damit werden 80 Prozent der in Deutschland erzeugten Hähnchen

Betriebe und Marktanteile von Qualitäts- und Tierwohlprogrammen 2020

	QS / QM** KAT*	ITW	Tierschutz-bund	Neuland	Bio[1)]
Tierschutzlabel					
Stufen „Haltungsform"-Kennzeichnung LEH	1	2	3	4	4
Schweine					
Anzahl Betriebe	28.748	4.238	46	44	1.566
%-Anteil Produktion	95	21	< 0,1	< 0,1	0,8
Mastgeflügel					
Anzahl Betriebe	3.212	2.551	47	8	764
%-Anteil Produktion	95	65	< 0,1	< 0,1	1,9
Legehennen					
Anzahl Betriebe	1.586	-	34	9	5.373
%-Anteil Produktion	80	-	< 0,1	< 0,1	5,2
Rinder					
Anzahl Betriebe	72.163	-	-	56	13.003
%-Anteil Produktion	85	-	-	< 0,1	7,6
Milch					
Anzahl Betriebe	43.000	-	260	-	4.785
%-Anteil Produktion	95	-	< 0,1	-	5,8

* KAT – Kontrollierte alternative Tierhaltungsformen bei Legehennen ** QM-Milch
1) Angaben auf Basis Landwirtschaftszählung 2020
Quelle: Deutscher Bauernverband SB22-T15-1

und Puten sowie 34 Prozent der erzeugten Mastschweine nach den Vorgaben der Initiative Tierwohl gehalten. An der ITW beteiligen sich des Weiteren 64 Schlachtbetriebe und 10 Unternehmensgruppen aus Handel und Gastronomie. Für die Umsetzung der Tierwohl fördernden Maßnahmen erhielt der Landwirt bislang ein bestimmtes vom Lebensmittelhandel finanziertes Tierwohlentgelt, mit dem der entstehende Mehraufwand kompensiert werden soll.

ITW entwickelt sich weiter

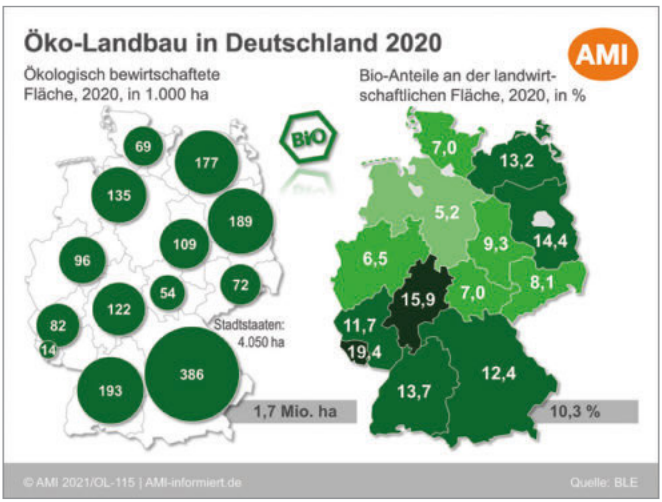
Seit Januar 2021 sind die teilnehmenden Schweine- und Geflügelhalter in die dritte Programmphase der Initiative Tierwohl getreten. Mit den erweiterten Anforderungen ist auch die Finanzierung der Tierwohlleistungen umgestellt worden. Das neue Finanzierungsmodell folgt dem marktwirtschaftlichen Prinzip, nämlich der Bezahlung für eine Leistung – in diesem Fall das Tierwohl-Plus im Stall. Schweinemäster zum Beispiel erhalten einen Preisaufschlag in Höhe von 5,28 Euro pro Mastschwein über ihren ITW-Schlachtbetrieb.

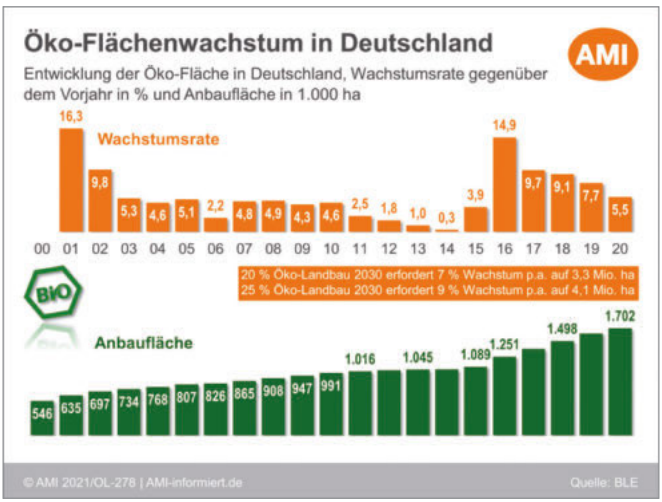


1.6 Ökologischer Landbau

Was zeichnet den ökologischen Landbau aus?

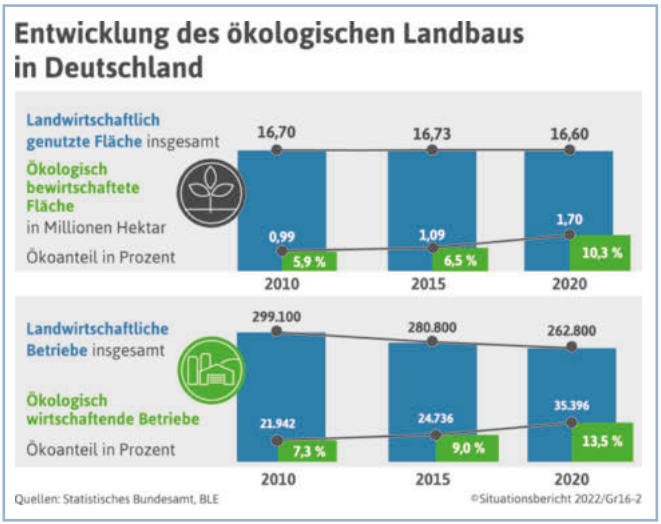
Im ökologischen Landbau werden möglichst geschlossene betriebliche Kreisläufe angestrebt. Futter und Nährstoffe für Tier und Pflanze sollen weitgehend auf eigener Betriebsfläche erzeugt werden, ein Zukauf externer Betriebsmittel ist stark eingeschränkt und muss bis auf wenige Ausnahmen ebenfalls aus ökologischer Erzeugung stammen. Der ökologische Landbau verfolgt das Ziel, besonders umweltfreundlich, bodenschonend und tiergerecht zu wirtschaften. Ökologisch wirtschaftende Landwirtschaftsbetriebe werden entsprechend der EU-Öko-Verordnung jährlich mindestens einmal von einer neutralen Stelle kontrolliert.

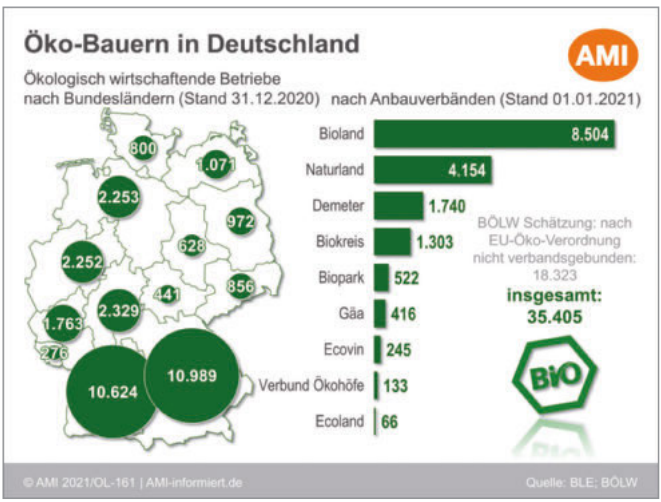




Reformierte EU-Öko-Verordnung ab 2022

In der EU gibt es seit 1992 eine Öko-Verordnung. Eine grundlegende Neufassung tritt ab 2022 in Kraft. Unter anderem sollen dann für Öko-Produkte aus Nicht-EU-Ländern dieselben Standards gelten wie für solche aus dem EU-Binnenmarkt. Mit der neuen Verordnung wird auch die Öko-Pflanzenzüchtung erleichtert, gleichzeitig aber der Einsatz von konventionellem Pflanz- und Saatgut weiter eingeschränkt. Für die Stallflächen der verschiedenen Tierarten gelten neue Vorgaben. Schweine und Geflügel müssen mit der neuen Verordnung 100 Prozent Öko-Fütterung erhalten. Nur Jungtiere dürfen dann noch bis 5 Prozent konventionelle Futtermittel, in der Regel Eiweißfuttermittel, in der Ration angeboten bekommen. Die Futterversorgung mit hochwertigen essenziellen Aminosäuren ab 2022 wird in der Branche als große Herausforderung gesehen.





1,7 Millionen Hektar Öko-Fläche in 35.400 Betrieben

Ende 2020 wirtschafteten in Deutschland rund 35.400 Betriebe auf über 1,7 Millionen Hektar Fläche ökologisch. Der Anteil der ökologisch wirtschaftenden Betriebe an der Gesamtzahl der Betriebe stieg damit auf 13,5 Prozent (Vorjahr 12,9 Prozent). 2010 waren es entsprechend noch 7,3 Prozent.

Der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche ist 2020 auf 10,3 Prozent gestiegen (Vorjahr 9,7 Prozent). 2010 waren es noch entsprechend 5,9 Prozent. Nach der BMEL-„Zukunftsstrategie ökologischer Landbau" sollen bis 2030 20 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen ökologisch bewirtschaftet werden. Marktexperten sehen dies bei entsprechender Nachfrageentwicklung und weiterer staatlicher Öko-Landbau-Förderung für möglich an.

Jeder siebte Betrieb ein Öko-Betrieb – regionale Unterschiede

Den höchsten Öko-Flächenanteil haben die Bundesländer Saarland (19,4 Prozent), Hessen (15,9 Prozent), Brandenburg (14,4 Prozent) und Baden-Württemberg (13,7 Prozent). Den absolut größten Öko-Flächenumfang haben die Bundesländer Bayern (rund 23 Prozent der Ökofläche Deutschlands), Baden-Württemberg und Brandenburg (jeweils 11 Prozent), gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (10 Prozent). Während im Bundesdurchschnitt jeder 7. Betrieb ein Öko-Betrieb ist, sind es im Saarland und Baden-Württemberg mehr als jeder 4. Betrieb und in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen hingegen nur jeweils jeder 15. Betrieb.

1,1 Millionen Hektar von Öko-Anbauverbänden zertifiziert

Die Anbaufläche, die nach den Standards der Öko-Anbauverbände bewirtschaftet wird, lag Ende 2020 bei 1,1 Millionen Hektar. Das sind rund 63 Prozent aller Ökoflächen in Deutschland. Nicht gebundene Bio-Bauern, die nach den Regeln der EU-Öko-Verordnung arbeiten, bewirtschafteten Ende 2020 eine Fläche von gut 0,6 Millionen Hektar. 880.000 Hektar werden im Ökolandbau als Grünland genutzt,

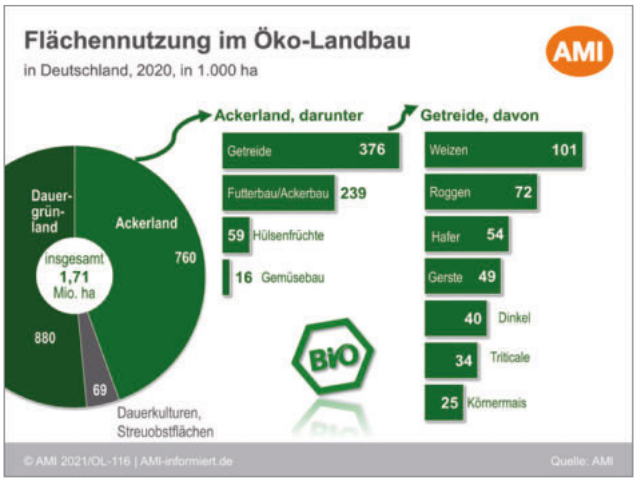
die ökologische Ackerfläche umfasst 760.000 Hektar. Die restliche Fläche sind Obst- und Gemüsekulturen sowie Streuobstflächen.

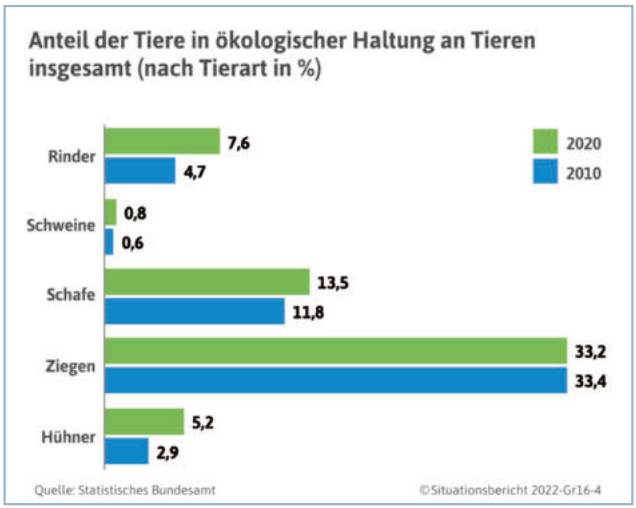
Weiterhin relativ hohes Umstellungsinteresse

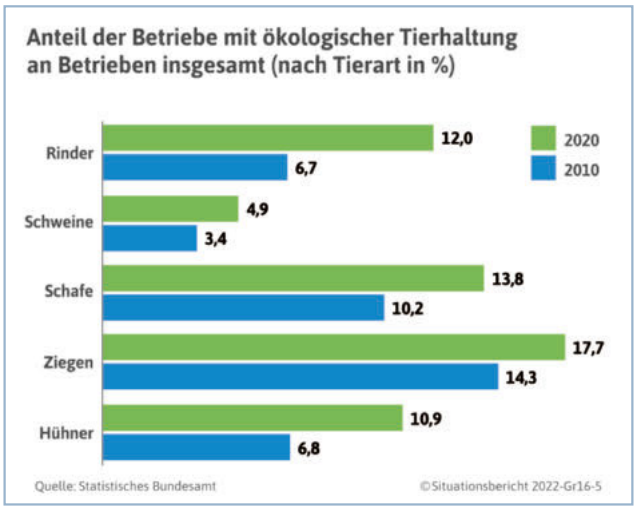
Nach Ergebnissen des Konjunkturbarometer Agrar vom Dezember 2020 interessieren sich gut 17 Prozent der deutschen Landwirte für den Öko-Landbau, vor allem Futterbaubetriebe. Das Umstellungsinteresse hat zwar damit gegenüber dem Vorjahr (gut 18 Prozent) etwas nachgelassen, ist aber im Zeitvergleich weiterhin relativ hoch. 2018 lag die Quote der Umstellungsinteressierten bei knapp 17 Prozent, 2017 und 2016 bei jeweils 16 Prozent und in den vier Jahren zuvor zwischen 10 und 13 Prozent. Das größte Umstellungsinteresse findet sich in Süd- und Ostdeutschland. Als wichtige Voraussetzung für eine wirtschaftlich nachhaltige Umstellung nennen die befragten Landwirte angemessene Erzeugerpreise, gesicherte Abnahmeverträge und eine hinreichende Förderung.

Jeder zehnte Tierhaltungsbetrieb ist ein Öko-Betrieb

Nach den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2020 ist die Zahl der Betriebe, die ökologische Tierhaltung betreiben, in den letzten zehn Jahren um 41 Prozent von 12.300 auf 17.300 Betriebe gestiegen. Insgesamt betrachtet war in 2020 somit jeder zehnte der



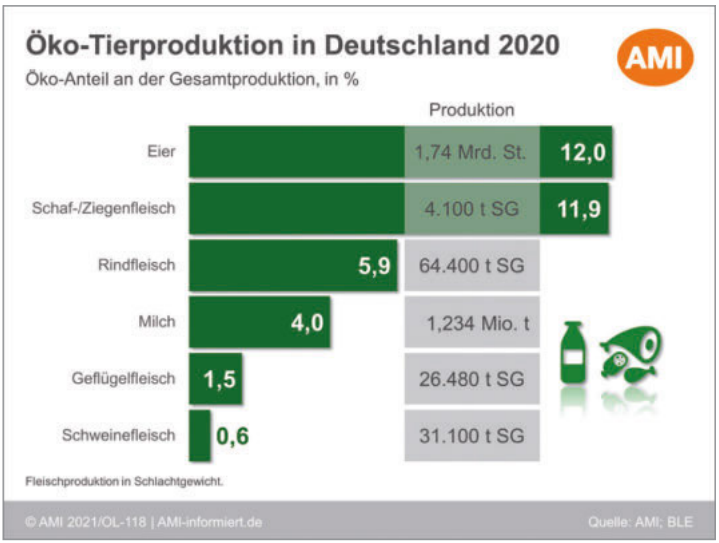




Viehbestand in Betrieben mit konventionellem und ökologischem Landbau 2020

Tierart	Viehhaltung insgesamt		darunter: mit ökologischer Wirtschaftsweise in der Viehhaltung		Anteil ökologische Tiere
	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	
	Anzahl	in 1.000	Anzahl	in 1.000	Prozent
Rinder	108.032	11.275	13 003	861	7,6
- Milchkühe	54.304	3.932	4.785	227	5,8
- Mutterkühe	37.636	621	4.662	180	29,0
Schweine	31.852	26.300	1 566	212	0,8
Schafe	19.870	1.809	2 744	244	13,5
Ziegen	10.459	155	1 853	51	33,2
Hühner	49.388	159.118	5 373	8.297	5,2
Enten, Gänse, Truthühner	8.300	14.030	764	265	1,9
Pferde	41.432	454	4 973	42	9,2

Quelle: Statistisches Bundesamt SB22-T16-1



deutschlandweit 168.800 tierhaltenden Betriebe ein Ökobetrieb; 2010 traf dies nur auf 6 Prozent der Betriebe zu. Große Unterschiede bestehen zwischen den einzelnen Tierarten. Mutterkühe, Ziegen und Schafe werden zu relativ hohen Anteilen in ökologischer Bewirtschaftung gehalten. Dagegen ist der Anteil der ökologischen Schweinehaltung in Deutschland mit unter 1 Prozent gering.

Ökologischer Landbau in Europa und weltweit

Weltweit betrug die registrierte Ökolandbaufläche nach zuletzt für 2019 vorliegenden Angaben 72,3 Millionen Hektar. Australien war mit 35,7 Millionen Hektar das Land mit dem größten Areal, gefolgt von Argentinien mit 3,7 Millionen Hektar und Spanien mit 2,4 Millionen Hektar. Damit entfällt die Hälfte der globalen Öko-Anbaufläche auf Australien mit größtenteils extensiv bewirtschaftetem Weideland; dahinter folgen Europa mit einem Anteil von 23 Prozent und Lateinamerika mit einem Anteil von 12 Prozent.

Die Umsätze am weltweiten Markt für Lebensmittel kletterten 2019 auf gut 106 Milliarden Euro. Der größte Markt waren 2019 die USA mit umgerechnet 44,7 Milliarden Euro, gefolgt von Deutschland mit 12,0 Milliarden Euro (2020 15,0 Mrd. Euro) und Frankreich mit 11,3 Milliarden Euro. Den höchsten Ökoanteil am Lebensmittelmarkt wies 2019 Dänemark mit 12,1 Prozent auf, gefolgt von der

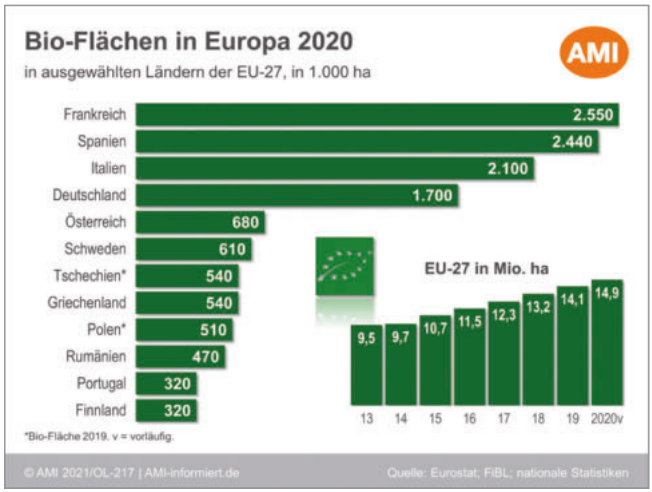
Schweiz (10,4 Prozent), Österreich (9,3 Prozent) und Schweden (9,0 Prozent). Deutlich darunter liegen die Werte für 2019 für die USA (5,8 Prozent) und Deutschland (5,7 Prozent), dessen Wert in 2020 auf 6,4 Prozent anstieg.

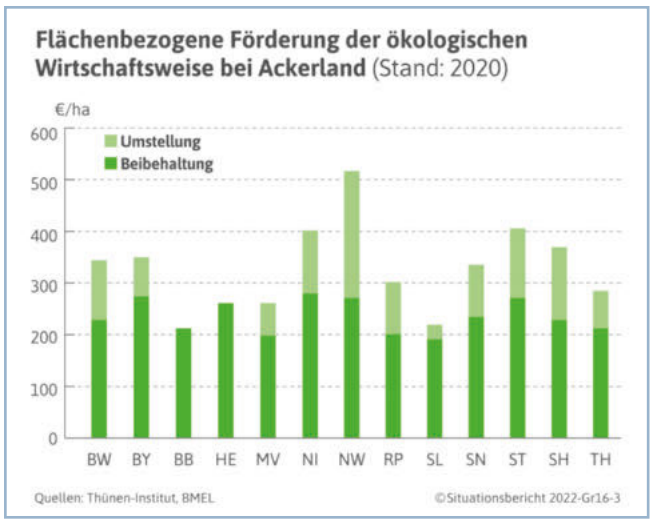
Öko-Landbau braucht höhere Erlöse

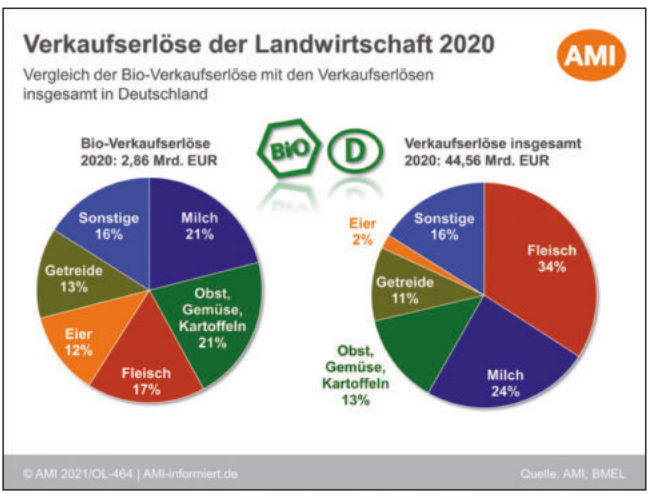
Wegen eines niedrigen Ertragsniveaus und eines höheren Arbeitsaufwands sind Öko-Landwirte trotz deutlich geringerer Ausgaben für Betriebsmittel auf höhere Erzeugerpreise und Ökoprämien angewiesen, um wirtschaftlich bestehen zu können. Während der meist zweijährigen Übergangsphase eines Betriebes von konventioneller auf ökologische Landwirtschaft entstehen außerdem hohe Umstellungskosten, die nur teilweise durch staatliche Öko-Förderung aufgefangen werden, die in den Bundesländern unterschiedlich hoch ausfällt. Nach Angaben für 2020 wurden in Deutschland genau 300 Millionen Euro aus Mitteln der Europäischen Union, des Bundes und der Länder für die Flächenförderung des ökologischen Landbaus aufgewandt. Davon entfallen zwei Drittel auf EU-Mittel.

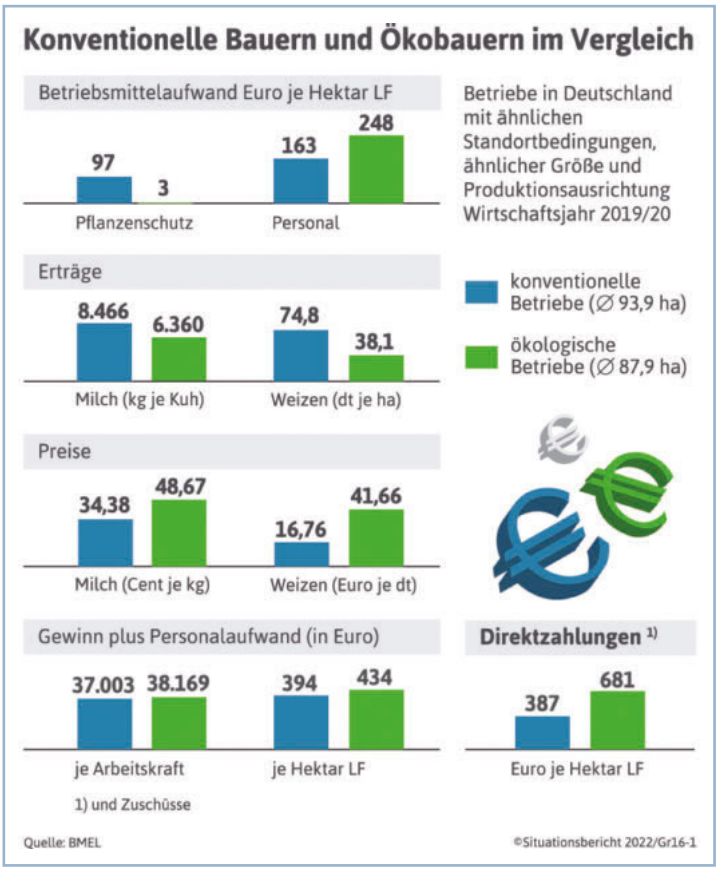
Bio-Landwirte stellen gut 6 Prozent der Verkaufserlöse der Landwirtschaft

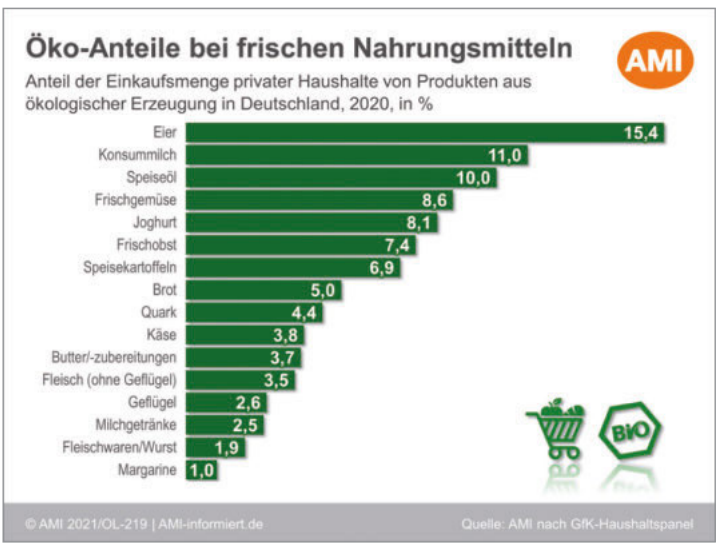
Die Verkaufserlöse der Bio-Landwirte sind 2020 um 12 Prozent auf 2,86 Milliarden Euro gestiegen. Damit fällt das Wachstum nach











einem Anstieg von 4 Prozent im Jahr 2019 wieder zweistellig aus. Grund sind vor allem höhere Preise für verschiedene Produkte, und in kleinerem Umfang größere Produktionsmengen. Die führenden Marktsegmente bei Bioprodukten sind andere als im konventionellen Bereich. 50 Prozent der Erlöse stammen aus der pflanzlichen Erzeugung, während der entsprechende Anteil im gesamten Landbau nur 39 Prozent beträgt. Eine besonders große Rolle spielen mit 21 Prozent Erlösanteil der Öko-Gemüse- und -Kartoffelabsatz. In der tierischen Erzeugung ist der Unterschied besonders deutlich bei Bio-Eiern. Diese stellen 12 Prozent der Bio-Verkaufserlöse, jedoch nur 2 Prozent im konventionellen Bereich. Entgegengerichtet ist das Verhältnis der Verkaufserlöse der Produktgruppe Fleisch, in der Bio einen vergleichsweise geringen Anteil hat.

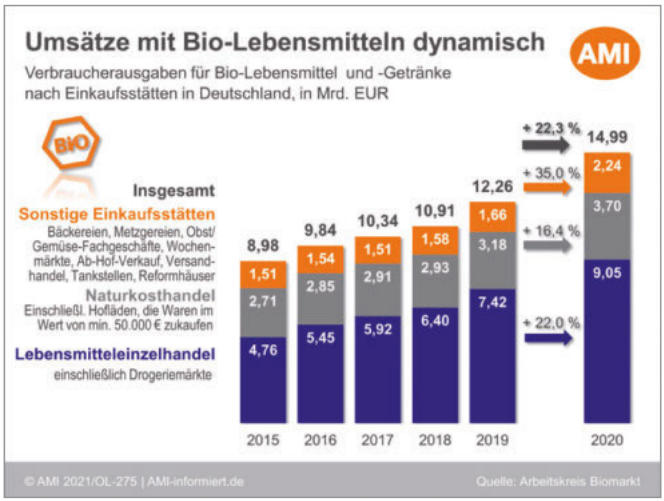
Umsatz mit Öko-Lebensmitteln 2020 bei 15 Milliarden Euro

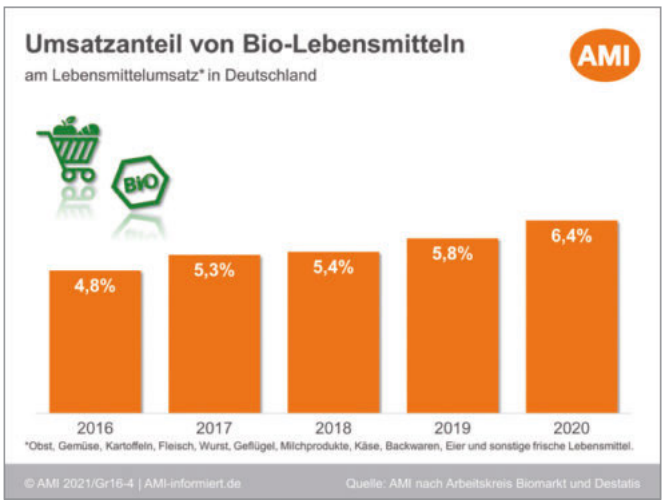
Die Nachfrage nach Bio-Produkten in Deutschland ist stark steigend. Das durchschnittliche Nachfragewachstum der 10 Jahre bis 2019 lag jährlich bei knapp 8 Prozent. Seit dem Lockdown im März 2020 ist besonders die Nachfrage nach frischen Öko-Lebensmitteln erheblich gestiegen. Der deutsche Öko-Markt wuchs 2020 gegenüber dem Vorjahr um 22 Prozent auf 14,99 Milliarden Euro. Die Nachfrage kann aber nur teilweise durch deutsche Öko-Produkte befrie-

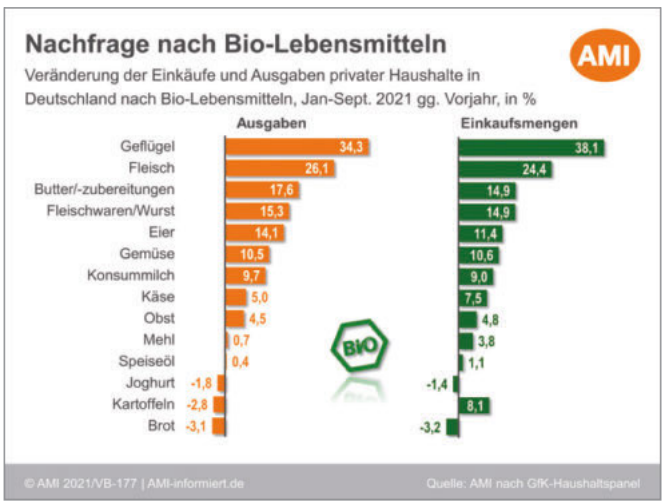
digt werden. So kamen 2019/20 schätzungsweise 15 Prozent des Bio-Getreides, 28 Prozent der Bio-Trinkmilch und 27 Prozent des Bio-Schweinefleisches aus dem Ausland.

Weiteres Wachstum in 2021 erwartet

Vom gesamten Öko-Umsatz in Deutschland entfallen 9,1 Milliarden Euro oder gut 60 Prozent auf den Lebensmitteleinzelhandel und 3,7 Milliarden Euro oder knapp 25 Prozent auf den Naturkostfachhandel. In sonstigen Geschäften (Bäckereien, Hofläden, Wochenmärkten etc.) wurden 2020 Bio-Produkte im Wert von 2,2 Milliarden Euro (15 Prozent) gekauft. Der Bio-Anteil an der Verbrauchernachfrage nach Lebensmitteln lag 2020 bei 6,4 Prozent. Die höchsten Öko-Umsatzanteile am gesamten Lebensmittelmarkt erreichten Öko-Eier mit 14 Prozent und Öko-Konsummilch mit 10 Prozent. In 2020 sorgte Corona für eine stark steigende Nachfrage nach Ökoprodukten aller Produktkategorien. Das deutsche Bio-Siegel nutzen rund 6.300 Lizenznehmer für die Kennzeichnung von rund 93.300 Produkten (Stand 30.06.2021). Für 2021 zeichnet sich ein weiterer, allerdings abgeschwächter Nachfrageboom bei Öko-Lebensmitteln ab.







1.7 Bioenergie und Nachwachsende Rohstoffe

Bioenergie als starker Pfeiler der Erneuerbaren Energien

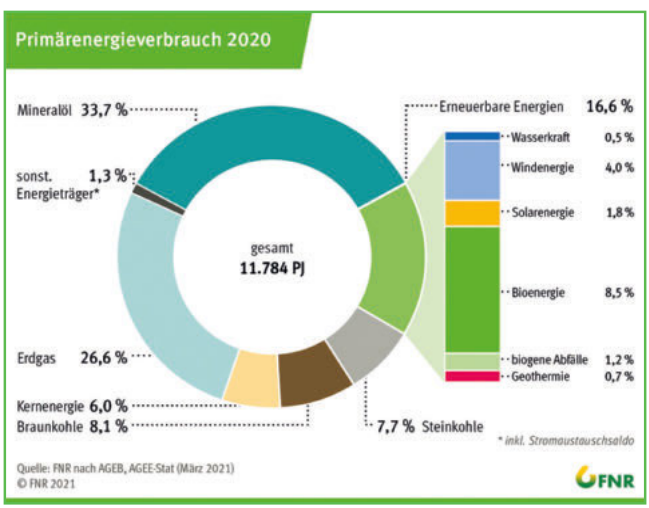
Der Anteil Erneuerbarer Energien am gesamten Energieverbrauch lag 2020 in Deutschland bei 16,6 Prozent. Bioenergie stellte 2020 51 Prozent der Erneuerbaren Energien bereit, weitere 7 Prozent stammen aus biogenen Abfällen. Biomasse für Strom, Wärme und Biokraftstoffe machte 2020 mit 11,6 Milliarden Euro knapp zwei Drittel der Umsätze des Sektors Erneuerbare Energien aus. 112.000 Arbeitsplätze bestehen im Bioenergie-Sektor.

Nachwachsende Rohstoffe mit großer Bedeutung

Landwirtschaftliche Nutzpflanzen zur Energiegewinnung und zur stofflichen Nutzung nehmen in Deutschland 2,58 Millionen Hektar ein (2020). Das entspricht 22 Prozent der Ackerfläche bzw. 16 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Hauptenergiepflanzen sind Silomais und Raps. 234.000 Hektar entfallen auf Industriepflanzen, vor allem Stärkekartoffeln und Raps. Der langjährige Aufwärtstrend des Anbaus nachwachsender Rohstoffe ist seit 2016 zum Stillstand gekommen, bei Raps sogar deutlich rückläufig.

Mais und Raps sind wichtigste „NawaRos“

Silomais nimmt im Anbaujahr 2021 eine Fläche von 2,2 Millionen Hektar ein, davon entfallen etwa 1,0 Millionen Hektar auf Energiemais. Der deutlich überwiegende Teil dient der Fütterung des Viehs. Mais zählt zu den ertragsstärksten Energiepflanzen für die Biogasproduktion. Die flächenmäßig zweitwichtigste Energie- und Industriepflanze in Deutschland ist mit etwa 593.000 Hektar Anbaufläche in 2021 der Raps, bei einer Raps-Gesamtfläche von 1.001.000 Hektar.

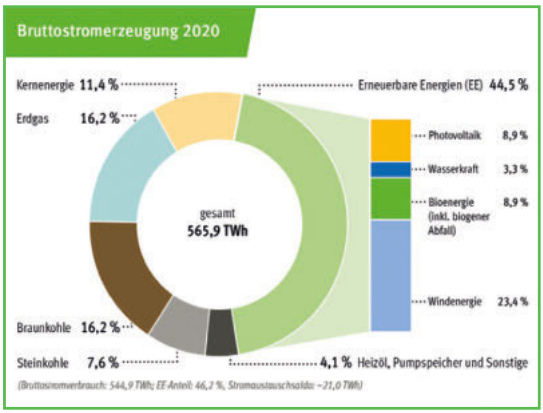


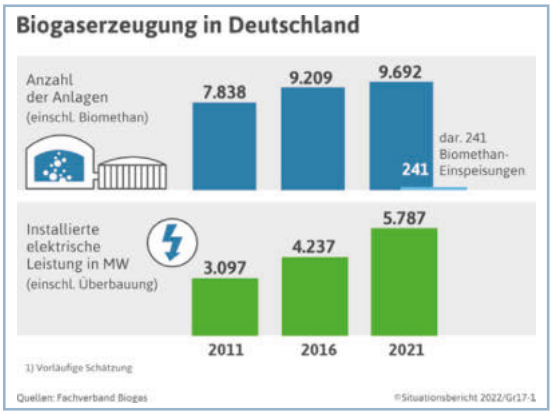
Erneuerbare Energie für Wärme und Verkehr zu fast 90 Prozent aus Biomasse

In allen Bereichen der Energiewirtschaft spielt die Bioenergie eine Rolle. Bei der Mobilität hat die Elektromobilität im Verkehr derzeit noch deutlich weniger Bedeutung als Biokraftstoffe. In der Wärmenutzung ist Biomasse ohne staatliche Förderung konkurrenzfähig. Bei der Stromerzeugung ist Biomasse im Vergleich zu Wind und Sonne besser regelbar, speicherbar und damit verlässlicher.

Fast 45 Prozent Strom aus Erneuerbaren Energien

Der Strom aus Erneuerbaren Energien erreichte im Jahr 2020 einen Umfang von 252 Milliarden Kilowattstunden. Das sind 44,5 Prozent der deutschen Stromerzeugung. Corona-bedingt lag die gesamte Stromerzeugung um 7,5 Prozent niedriger als 2019. Die Erneuerbare Stromerzeugung ist 2020 um etwa 7 Milliarden Kilowattstunden





gewachsen. 50 Milliarden Kilowattstunden und damit etwa 8,9 Prozent des Stroms wurden in 2020 aus Biomasse gewonnen.

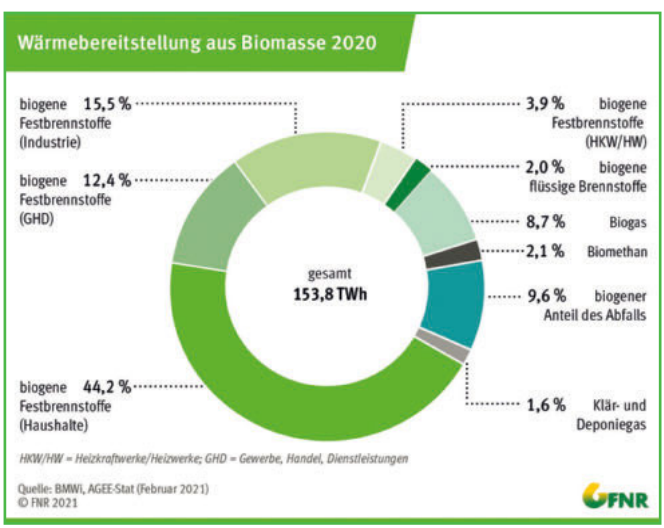
Biogas liefert 5,9 Prozent der Stromerzeugung

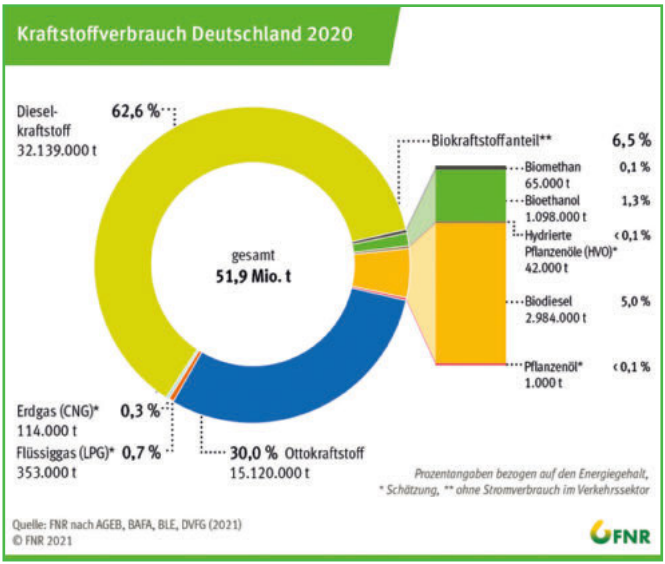
In 2021 waren in Deutschland 9.692 Biogasanlagen mit einer elektrischen Gesamtleistung von 5.800 Megawatt installiert. 241 Biogasanlagen bereiten das Biogas zu Biomethan auf und speisen es ins Gasnetz ein. Ein Zubau von Anlagen findet derzeit fast ausschließlich für die Flexibilisierung statt, das heißt, es werden weitere Generatoren für die Stromerzeugung bei Spitzenlasten zugebaut. Daneben werden einige Gülle-Kleinanlagen neu gebaut. 2020 produzierten Biogasanlagen etwa 33,2 Milliarden Kilowattstunden Strom, was 5,9 Prozent des deutschen Stromverbrauchs entspricht. Weitere 12,8 Milliarden Kilowattstunden werden als Wärme genutzt. Seit 2016 ist die von Biogas- und Biomethananlagen erzeugte Strommenge kaum noch gewachsen.

Nachwachsende Rohstoffe – Anbauflächen in Deutschland (ha)

Rohstoff / Kulturart	Ernte 2020	Ernte 2021[1)]
Industriepflanzen		
Industriestärke (v.a. Kartoffeln)	115.000	114.000
Technisches Rapsöl	92.000	101.000
Industriezucker	11.000	11.000
Technisches Leinöl	3.000	3.000
Technisches Sonnenblumenöl	10.000	9.000
Faserpflanzen	5.000	6.000
Arznei- und Farbstoffe	12.000	12.000
Energiepflanzen		
Biodiesel/Pflanzenöl (Raps)	472.000	492.000
Bioethanol (Zuckerrüben, Getreide)	262.000	260.000
Biogas (Mais, Getreide, Zuckerrüben etc.)	1.590.000	1.560.000
Festbrennstoffe (Agrarholz, Miscanthus etc.)	11.000	11.000
Anbau Nachwachsende Rohstoffe gesamt	**2.580.000**	**2.580.000**

Quelle: FNR/BMEL 1) zum Teil geschätzt SB22-T17-1





Wärme aus Biomasse

Im erneuerbaren Wärmemarkt ist die Biomasse der mit Abstand wichtigste Energieträger. Der Anteil der Erneuerbaren Energie am Gesamtwärmeverbrauch liegt bei 15,2 Prozent. Von der Erneuerbaren Energie Wärme stammen etwa 86 Prozent aus der Nutzung von Biomasse. Der Löwenanteil von 76 Prozent wird als Holzenergie zur Wärmeerzeugung genutzt. Besonders effizient ist die so genannte Kraft-Wärme-Kopplung, bei der aus den biogenen Energieträgern gleichzeitig Strom und Wärme gewonnen werden.

Biokraftstoffbranche mit 6,5 Prozent Marktanteil

2020 wurden 2,98 Millionen Tonnen Biodiesel, 1,1 Millionen Tonnen Bioethanol und 42.000 Tonnen hydrierte Pflanzenöle als Kraftstoff verwendet. Außerdem wurden 65.000 Tonnen Biomethan im Verkehr eingesetzt. Zusammen entspricht das 6,5 Prozent des gesamten Energieverbrauches im Verkehrssektor (Vorjahr 4,9 Prozent). Damit ist der Biokraftstoffabsatz so hoch wie seit einem Jahrzehnt nicht mehr. Biokraftstoffe ersetzen nicht nur fossile Energieträger, sie lassen sich auch mit einem vergleichsweise geringen (fossilen) Primärenergieaufwand herstellen.

Treibhausgasminderung von etwa 13 Millionen Tonnen CO_2 bei Biokraftstoffen

In Deutschland wird die Biokraftstoffquote im Wege einer Treibhausgasminderungsverpflichtung umgesetzt. Damit erhalten Einsatzstoffe wie Gülle, Stroh oder Bioabfälle, die eine besonders hohe Treibhausgasminderung erbringen, einen Vorteil im Markt. Diese Quote ist auf 6,0 Prozent festgelegt und wird in den 2020er Jahren weiter ansteigen, um die Ziele im Klimaschutz erfüllen zu helfen. Im Vergleich zu Diesel und Benzin fallen bei den Biokraftstoffen durchschnittlich 83 Prozent weniger Treibhausgase an (2019). 2015 lag diese Minderung noch bei 70 Prozent.

Nachhaltige Bioenergie ist von der CO_2-Bepreisung befreit

In 2020/21 lagen die Heizölpreise zunächst unter den Preisen für Holzpellets, Scheitholz und Hackschnitzel. Seit Anfang 2021 sind die Öl- und Gaspreise wieder deutlich gestiegen, ebenso bei Pflanzenöl. Gleichwohl bleibt aus fester Biomasse erzeugte Wärme vergleichsweise günstig. Deswegen bleiben Holz- oder Pelletheizungen für viele Hausbesitzer attraktiv. Die ab 2021 geltende CO_2-Bepreisung von Brenn- und Treibstoffen bedeutet Preiserhöhungen bei Heizöl von ca. 7,9 Cent/Liter in 2021, die bis 2025 auf 17,4 Cent/Liter einschl. Mehrwertsteuer ansteigen. Bioenergie ist klimaschonend und daher von dieser Emissionsabgabe befreit.

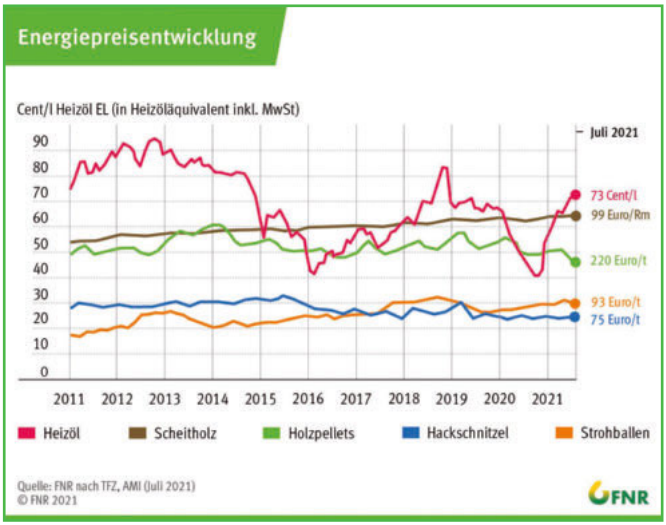
Bioenergie führt zu einer positiven Klimabilanz der Landwirtschaft

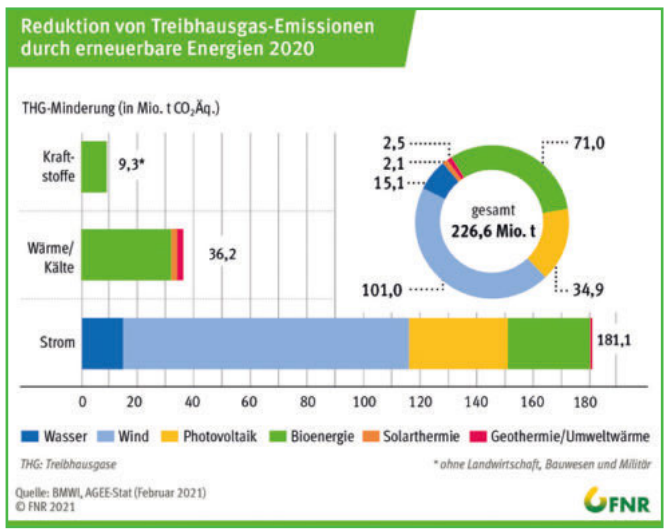
Durch den Einsatz von Bioenergie für Strom, Wärme und Kraftstoffe werden in Deutschland (2020) insgesamt 71 Millionen Tonnen Treibhausgas-Emissionen vermieden. Dies übersteigt die Menge an Klimagasen, die die Landwirtschaft selbst verursacht (66 Millionen

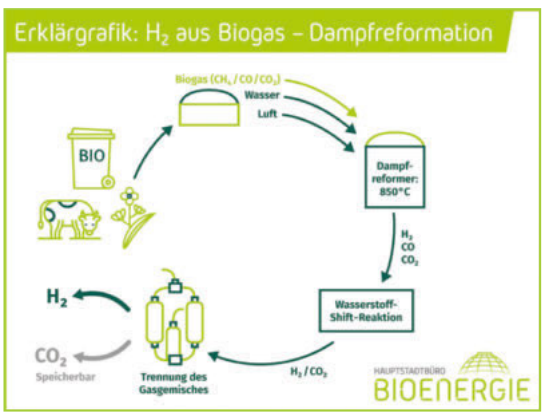
Tonnen CO_2-Äquivalent in 2020). In der offiziellen Klimastatistik werden die durch Bioenergie erreichten Emissionsminderungen aber nicht der Land- und Forstwirtschaft zugeschrieben, sondern dem Energie- und Verkehrssektor (siehe Kapitel 2.3 Klimaschutz).

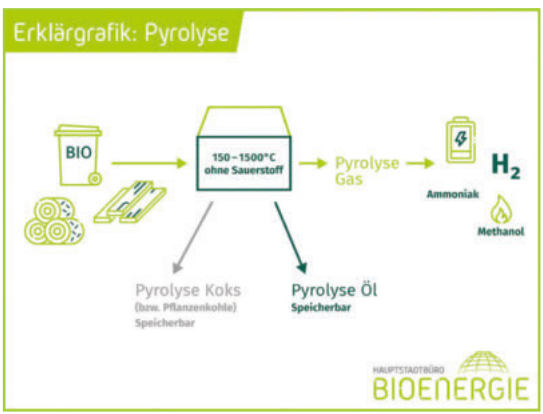
Mit Hilfe der Bioenergie CO_2 binden und einspeichern

Über die Verwertung der Bioenergie kann CO_2 über Fotosynthese „eingefangen" und in anschließenden Verarbeitungsprozessen abgeschieden und anschließend gespeichert werden. Zum Beispiel kann über die Pyrolyse Pflanzenkohle erzeugt und anschließend ackerbaulich zum Humusaufbau genutzt werden. Die Dampfreformation kann eingesetzt werden, um grünen Wasserstoff zu erzeugen und CO_2 als Nebenprodukt abzuscheiden. Dieses Verfahren ist eine wirtschaftliche Alternative zur Elektrolyse. Mit biotechnologischen Verfahren kann so ein wichtiger Beitrag auf dem Weg zur Klimaneutralität geleistet werden.











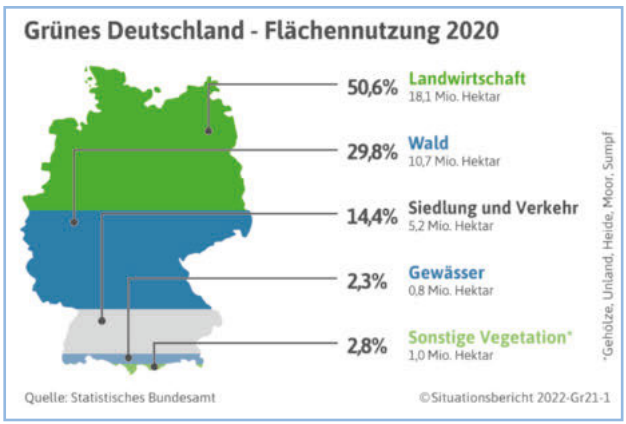
2 Ressourcenschutz und Klima

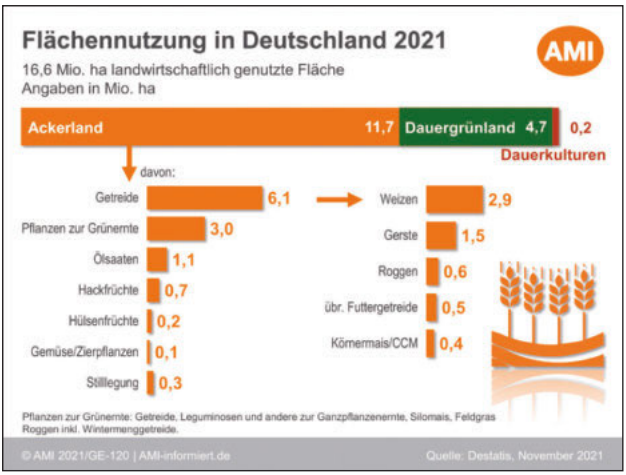
2.1 Flächennutzung 57
2.2 Nachhaltige Bewirtschaftungsmethoden 60
2.3 Klimaschutz 68
2.4 Folgen des Klimawandels 72

2.1 Flächennutzung

Grünes Deutschland

Die Land- und Forstwirtschaft erhält und pflegt 28,8 Millionen Hektar Acker, Wiesen und Wald. Das sind mehr als 80 Prozent der Fläche Deutschlands. Sie erhält die natürlichen Lebensgrundlagen und sichert die Ernährung. Vielfältige Landschaften, darunter auch die von der Landwirtschaft gepflegten Kulturlandschaften, dienen als Freizeit- und Erholungsräume und stellen darüber hinaus einen wichtigen Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten dar.





Auf den Ackerflächen dominiert Getreide

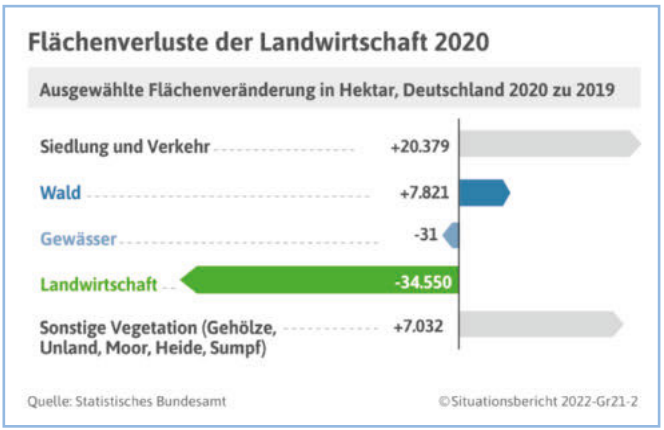
Auf den 11,7 Millionen Hektar Ackerland wurden 2021 rund 6,1 Millionen Hektar Getreide angebaut, vor allem Weizen (2,9 Millionen Hektar). Ölpflanzen, hauptsächlich Winterraps, wurden auf 1,1 Millionen Hektar angebaut. Der Anbau von Silomais beträgt 2,2 Millionen Hektar. Der Anbau von Hülsenfrüchten liegt bei 245.000 Hektar, die Flächenstilllegung bei 345.000 Hektar.

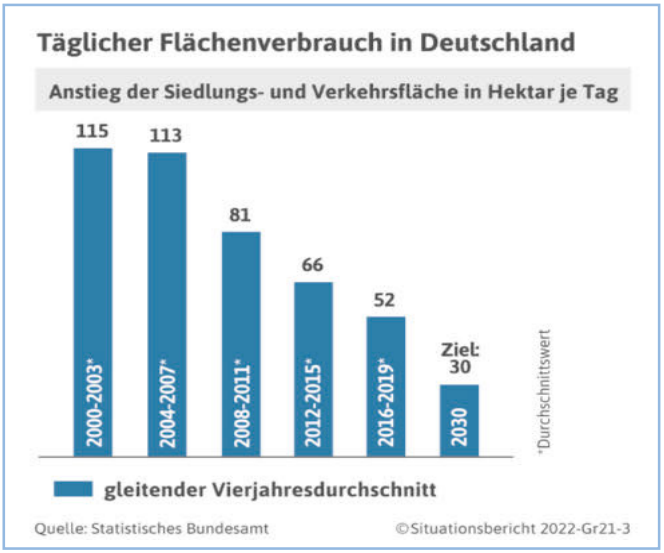
Umfang des Grünlandes bleibt stabil

In Deutschland wurden 2020 laut Statistischem Bundesamt rund 4,73 Millionen Hektar als Dauergrünland bewirtschaftet, davon knapp 2,61 Millionen Hektar als Weiden, 1,88 Millionen Hektar als Wiesen und 0,23 Millionen Hektar als ertragsarmes Dauergrünland. Dazu kommen Ackerflächen mit Feldgrasanbau von ca. 335.000 Hektar. Zusammen sind das 5,1 Millionen Hektar Grünlandfläche. Sie entspricht fast einem Drittel der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland.

Flächenverbrauch statt Ressourcenschutz

Durch den Flächenverbrauch geht die Ressource Boden als nicht vermehrbare Produktionsgrundlage für den Anbau von Lebens- und Futtermitteln sowie von nachwachsenden Rohstoffen verloren. Auch der Natur- und Landschaftsschutz ist betroffen, denn durch neue Siedlungs- und Verkehrsflächen





werden Landschaften zersiedelt und Lebensräume für Tiere und Pflanzen eingeschränkt.

Flächenverbrauch rückläufig, aber weiter hoch

Der Flächenverbrauch durch Siedlungs- und Verkehrsmaßnahmen beträgt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes derzeit 52 Hektar pro Tag (Durchschnitt der Jahre 2016-2019). Es werden selbst in Regionen mit Bevölkerungsrückgang mehr Flächen neu versiegelt als entsiegelt.

1,38 Millionen Hektar Flächenverlust zu Lasten der Landwirtschaft

Die für Siedlung und Verkehr genutzte Fläche ist seit 1992 um knapp 1,2 Millionen Hektar auf 5,2 Millionen Hektar angewachsen. Die Gebäude- und Freiflächen, also Wohn- und Gewerbegebiete, machen den größten Anteil der überbauten Flächen aus. Den amtlichen Liegenschaftskatastern zufolge hat die Landwirtschaftsfläche von 1992 bis 2020 um etwa 1,45 Millionen Hektar abgenommen. Das ist fast so viel wie die gesamte Fläche des Landes Schleswig-Holstein (1,58 Millionen Hektar).

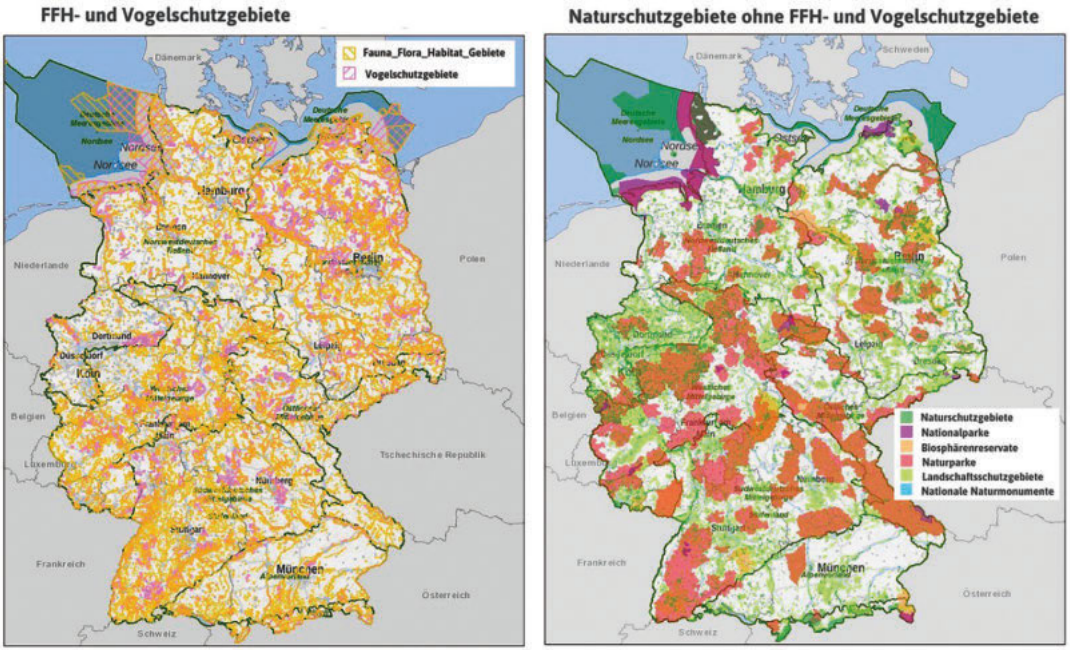
Ansatzpunkte zur Minderung des Flächenverbrauchs

- Innenentwicklung und Baulückenschließung statt Bauen „auf der Grünen Wiese"
- Flächenrecycling und Entsiegelung
- Naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen flexibel und flächenneutral durchführen (in die landwirtschaftliche Produktion integrierte Kompensationsmaßnahmen; Aufwertung vorhandener Biotope)
- Schutz landwirtschaftlicher Flächen analog zum Bundeswaldgesetz

Quelle: Deutscher Bauernverband

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Nach dem Bundesnaturschutzgesetz müssen Eingriffe in Natur und Landschaft durch Baumaßnahmen soweit wie möglich minimiert bzw. ausgeglichen oder kompensiert werden. Die Kompensationsflächen für diese Eingriffe betragen bisweilen das Mehrfache der eigentlich versiegelten Fläche. Häufig werden gerade die fruchtbarsten Böden

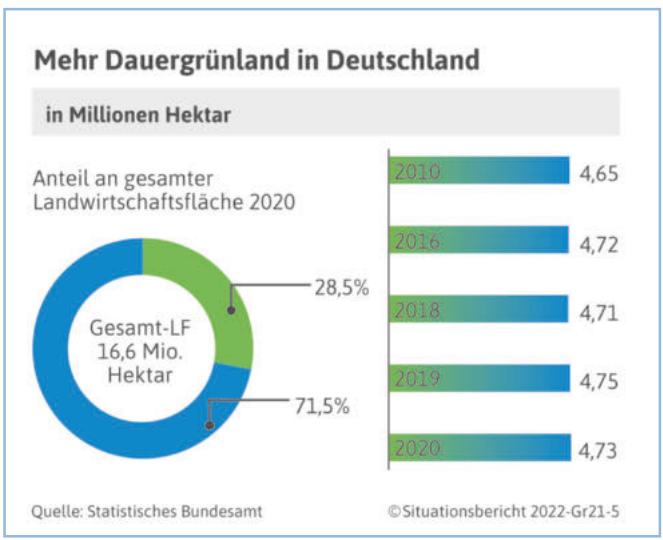


Quellen: Bundesamt für Naturschutz, GeoBasis DE, EuroGeographics, Bundesamt für Seeschifffahrt

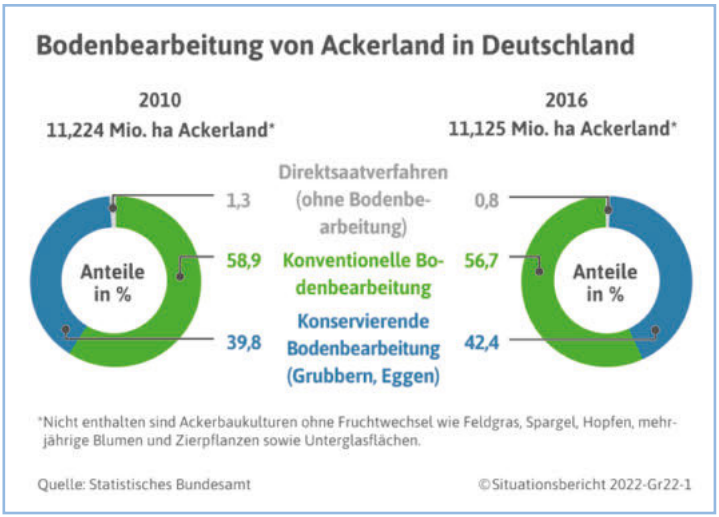
als Kompensationsflächen für den Natur- und Landschaftsschutz verwendet, weil diesen aus Naturschutzsicht eine geringe Wertigkeit und damit ein großes Aufwertungspotenzial beigemessen werden.

Hohe Flächenanteile unter Natur- und Landschaftsschutz

Der Naturschutz in Deutschland geht bis auf den Beginn des 20. Jahrhunderts zurück. Ein Kerninstrument ist die Erhaltung der Lebensräume von Tier- und Pflanzenarten durch die Ausweisung von Schutzgebieten. In den vergangenen Jahren kamen zahlreiche neue Schutzgebiete hinzu. Allein in den FFH- und Vogelschutzgebieten sind jeweils 9 bzw. 11 Prozent der Landesfläche unter Schutz gestellt, durch Überlappungen sind dies insgesamt ca. 15 Prozent. Vorrangiges Ziel ist dabei häufig nicht unmittelbar der Schutz von bestimmten Arten, sondern eine großflächige Unterschutzstellung von Lebensräumen. Im Vergleich zu anderen dicht besiedelten Ländern ist in Deutschland ein vergleichsweise hoher Anteil der Landesfläche unter Schutz gestellt.



2.2 Nachhaltige Bewirtschaftungsmethoden



Veränderte Produktionsmethoden in Feld und Stall

In den Agrarstrukturerhebungen 2010 und 2016 wurden Fragen zur Bodenbearbeitung gestellt, die Aufschluss über Trends nachhaltiger Erzeugungsweisen geben. Die Landwirtschaftszählung 2020 hatte dazu keine Fragen gestellt.

Schonung des Bodengefüges

Zu den wichtigen Bodeneigenschaften gehören der Boden- und Lufthaushalt, die Durchwurzelbarkeit und die Verfügbarkeit von Nährstoffen, etwa für Pflanzen. Als Faustregel gilt hierbei: Je dichter ein Boden ist, desto ungünstiger sind dessen Bodeneigenschaften. Es gibt viele Möglichkeiten, den Boden zusätzlich zu schonen und Verdichtungen vorzubeugen. So sind z.B. breite Reifen oder sogar Raupenfahrwerke für Schlepper und Erntefahrzeuge üblich, die das Gewicht auf eine größere Fläche verteilen. Die gleiche Wirkung erzielen Reifendruckregelanlagen, mit der der Landwirt auf dem Acker per Knopfdruck den Reifendruck senken kann. Das vergrößert die Auflagefläche der Reifen und verringert den Bodendruck. In den letzten Jahren haben konservierende Bodenbearbeitungsverfahren deutlich zugenommen.

Pflugeinsatz dominiert – ist aber rückläufig

Die Bodenbearbeitung auf dem Ackerland erfolgt zur Stoppelbearbeitung, Grundbodenbearbeitung und Saatbettbereitung. Knapp 57 Prozent des Ackerlandes wurden nach zuletzt für das Wirtschaftsjahr 2015/16 vorliegenden Angaben mit dem Pflug beackert. Nach den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2010 waren es

Gute fachliche Praxis bei der landwirtschaftlichen Bodennutzung

- Jegliche Bearbeitung soll die Verbesserung oder zumindest Erhaltung der Bodenstruktur ermöglichen.
- Bodenverdichtungen, etwa durch zu intensives Befahren oder unsachgemäße Bearbeitung, sollen generell vermieden werden.
- Bodenabtragung und damit der Verlust von fruchtbaren Boden soll durch eine standortangepasste Nutzung vermieden werden.
- Naturbetonte Strukturelemente der Feldflur (Hecken, Feldgehölze, Feldraine und Ackerterrassen), die zum Schutz des Bodens notwendig sind, sollen erhalten bleiben.
- Die biologische Aktivität des Bodens soll durch entsprechende Fruchtfolgegestaltung gefördert oder zumindest erhalten werden.
- Der standorttypische Humusgehalt des Bodens soll erhalten werden.

Quelle: BZL/BLE

noch entsprechend 59 Prozent. Der Pflug wird auf 6,3 Millionen Hektar Ackerfläche eingesetzt und ist damit das dominierende Verfahren bei der Grundbodenbearbeitung in Deutschland.

Konservierende Bodenbearbeitung nimmt zu

39 Prozent der Ackerbaubetriebe verzichten auf ihren Ackerflächen zumindest teilweise auf das Pflügen und setzen auf eine konservierende Bodenbearbeitung, z. B. mit Grubbern oder Eggen. Diese reduzierte Form der Bodenbearbeitung wird auf gut 42 Prozent der Ackerfläche angewendet. Das sind gegenüber Angaben aus der Landwirtschaftszählung 2010 fast 3 Prozentpunkte mehr. Direktsaatverfahren ohne Bodenbearbeitung sind weiterhin kaum verbreitet (0,8 Prozent der Ackerfläche). Auf 93.900 Hektar wurde die Saat 2016 direkt in den unbearbeiteten Boden eingebracht (2010 146.300 Hektar, 1,3 Prozent).

Bodenbearbeitung ist auch eine Frage der Betriebsgröße

Mit zunehmender Größe der Betriebe werden weniger intensive Bearbeitungsverfahren eingesetzt. Werden beispielsweise in Betrieben bis zu einer Fläche von 30 Hektar Ackerland 83 Prozent der Flächen mit Pflug bewirtschaftet, so setzen Betriebe mit einer Fläche ab 200 Hektar Ackerland nur auf 39 Prozent ihrer Flächen den Pflug ein.

Landwirtschaftliche Betriebe mit Zwischenfruchtanbau

	2009/2010		2015/2016		2019/2020			
	Betriebe in 1.000	Anbaufläche 1.000 ha	Betriebe in 1.000	Anbaufläche 1.000 ha	Betriebe in 1.000	Anbaufläche 1.000 ha	%-Veränd. 2019/2020 zu 2009/10	
Zwischenfruchtanbau insgesamt	**86,9**	**1.188,5**	**108,5**	**1.738,5**	**107,2**	**1.973,5**	**23,3**	**66,0**
Sommerzwischenfruchtanbau	43,6	420,6	30,7	307,4	34,2	447,8	-21,5	6,5
Gründüngung	35,3	351,0	26,0	268,3	29,1	390,5	-17,6	11,3
Futtergewinnung	10,4	48,1	5,9	29,1	6,8	44,8	-34,8	-7,0
Biomasseerzeugung*	1,3	21,5	0,8	10,0	0,8	12,5	-37,5	-41,8
Winterzwischenfruchtanbau	54,2	768,0	88,2	1.431,0	83,6	1.525,7	54,2	98,7
Gründüngung	47,0	656,1	83,4	1.303,2	76,7	1.336,1	63,4	103,6
Futtergewinnung	8,5	73,0	9,3	91,1	12,6	157,0	48,1	114,9
Biomasseerzeugung*	2,0	38,8	1,8	36,7	1,6	32,7	-17,9	-15,9

* zur Energiegewinnung

Quelle: Statistisches Bundesamt SB22-T22-1

Bodenbedeckung und Erosionsschutz auf Ackerflächen in Deutschland



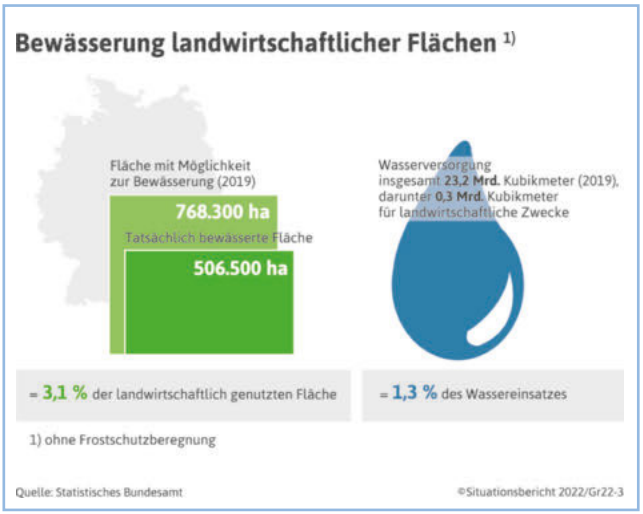
*Ackerkulturen ohne Fruchtwechsel wie Feldgras, Erdbeeren und Hopfen.

Quelle: Statistisches Bundesamt ©Situationsbericht 2022-Gr22-2

93 Prozent des Ackerlandes im Winter mit Bodenbedeckung

Nach Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2020 waren von den 11,7 Millionen Hektar Ackerland im Winter 2019/20 61 Prozent mit Winterkulturen wie Getreide bestellt. Weitere 32 Prozent der Ackerflächen waren mit Restbewuchs der vorangegangenen Kultur, Winterzwischenfrüchten oder mit nicht umgebrochenen Ackerbaukulturen bedeckt. Nur etwa 7





Prozent der Ackerflächen waren im Winter 2019/20 ohne Bodenbedeckung. Zehn Jahre zuvor waren es entsprechend 19 Prozent.

Zwischenfruchtanbau hat sich durch die GAP verdoppelt

Die Winterbegrünung durch Zwischenfrüchte hat sich vor allem als Folge der Einführung des Greening der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in 2015 verdoppelt. Wurden nach Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2010 noch rund 768.000 Hektar Winterzwischenfrüchte angebaut, waren es nach den aktuellen Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2020 1,526 Millionen Hektar. Zusammen mit dem Sommerzwischenfruchtanbau umfasst der Zwischenfruchtanbau in Deutschland mittlerweile knapp 2,0 Millionen Hektar und damit 17 Prozent der Ackerfläche. Zehn Jahre zuvor waren es noch 1,2 Millionen Hektar (10 Prozent).

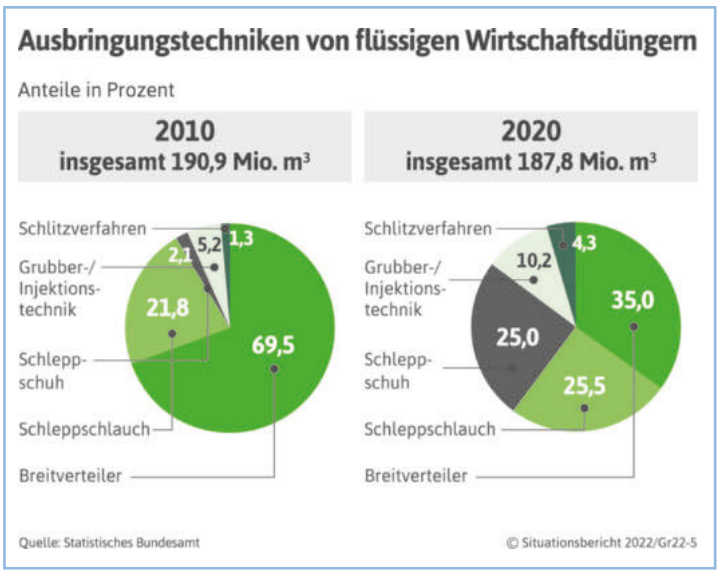
1,3 Prozent der Wassernutzung entfällt auf die Landwirtschaft

Deutschland ist ein wasserreiches Land. Potentiell stehen jährlich 188 Milliarden Kubikmeter Wasser aus Grund-, Oberflächenwasser und Quellen zur Verfügung. Davon werden nach zuletzt für 2019 vorliegenden Angaben 23,2 Milliarden Kubikmeter genutzt (12,3 Prozent). Das für landwirtschaftliche Zwecke eingesetzte Wasser macht davon nur 0,3 Milliarden Kubikmeter oder 1,3 Prozent aus.

Nur 3,1 Prozent der LF werden bewässert

Nach den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2020 wurden im Jahr 2019 rund 506.500 Hektar bewässert. Das sind 3,1 Prozent der Gesamt-LF in 14.900 Betrieben (5,7 Prozent aller Betriebe). Mit 278.200 Hektar liegen die meisten Beregnungsflächen (55 Prozent) in Niedersachsen. Mit weitem Abstand folgen Nordrhein-Westfalen (52.600 ha), Brandenburg (32.000

ha), Bayern (26.700 ha), Mecklenburg-Vorpommern (21.700 ha) und Rheinland-Pfalz (21.200 ha). Rund zwei Drittel der Beregnungsflächen entfallen auf Getreide und Hackfrüchte (Kartoffeln und Zuckerrüben).



Hohe Bedeutung der Wirtschaftsdünger

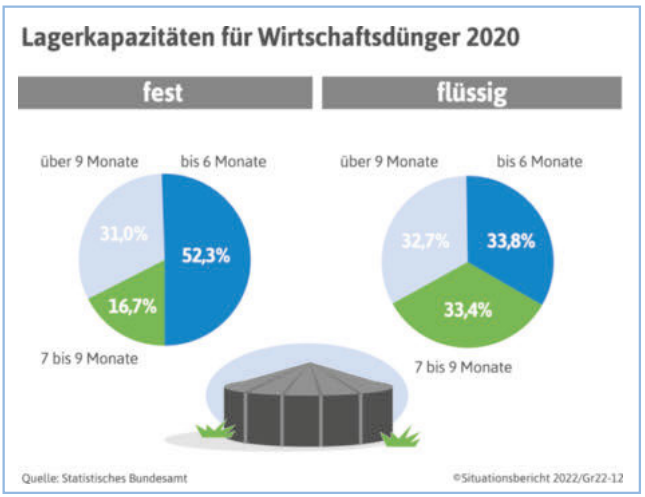
Die in der Gülle und dem Mist aus der Tierhaltung enthaltenen Nährstoffe werden in einer Kreislaufwirtschaft wieder dem Boden zugeführt. Zusätzlich zu den Nährstoffen enthalten Gülle und Mist organische Substanz wie vor allem Stroh, das als Ausgangsstoff für die Humusbildung im Boden dient und für viele Bodenlebewesen eine wichtige Nahrungsgrundlage darstellt. Je mehr Gülle oder Mist genutzt werden kann, umso weniger sind Landwirte auf den Zukauf von Mineraldüngern angewiesen. So erhalten nur 69 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) in Deutschland Mineraldüngergaben. Die übrige LF erfährt eine Düngung ausschließlich mit Wirtschaftsdüngern oder keine Düngung.

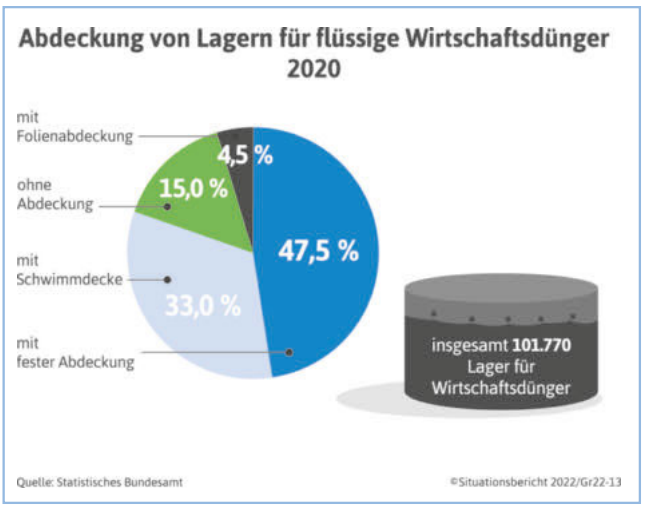
Gülle wird im hohem Umfang überbetrieblich eingesetzt

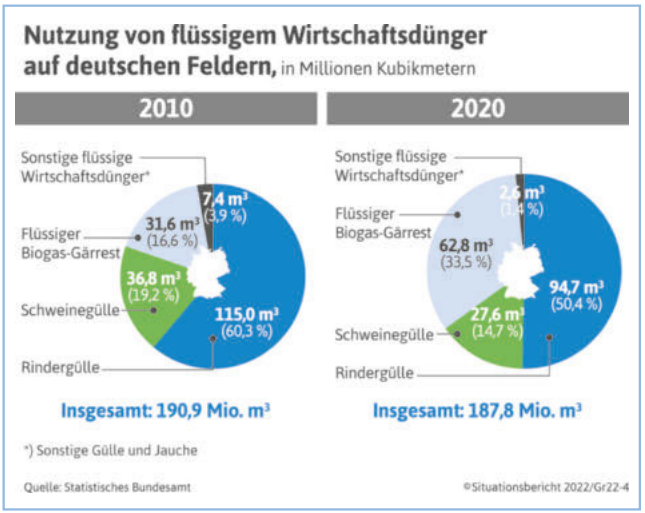
Besonders in den Veredlungsregionen fällt in den Betrieben häufig mehr Wirtschaftsdünger an als zur Düngung der Flächen im Betrieb erforderlich ist. Die überschüssigen Mengen werden an andere Landwirte abgegeben. 2020 waren das 46,8 Millionen Kubikmeter flüssiger Wirtschaftsdünger wie Gülle, Jauche oder Biogas-Gärrest. Aufgenommen von Dritten haben landwirtschaftliche Betriebe 2020 sogar 68,6 Millionen Kubikmeter. Die Differenz ist auf die Einfuhr von Wirtschaftsdüngern aus Nachbarländern zurückzuführen. Die von landwirtschaftlichen Betrieben aufgenommenen flüssigen Wirtschaftsdünger Dritter machten 2020 ein gutes Drittel (37 Prozent) der auf den Feldern ausgebrachten Mengen aus.

Emissionsmindernde Ausbringungstechniken weit verbreitet

Der Anteil des flüssigen Wirtschaftsdüngers, der in der Landwirtschaft emissionsmindernd ausgebracht wird, ist in den vergangenen zehn Jahren deutlich gestiegen. Nach Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2020 wurden im Zeitraum März 2019 bis Februar 2020 in Deutschland von insgesamt 188 Millionen Kubikmetern flüssigem Wirtschaftsdünger 122 Millionen Kubikmeter oder 65 Prozent mit emissionsmindernder Technik ausgebracht. Zehn Jahre zuvor hatte der Anteil bei nahezu gleich gebliebener Ausbringungsmenge (191 Millionen Kubikmeter) noch bei 31 Prozent gelegen. Im Gegensatz zu festen Wirtschaftsdüngern, bei denen es keine Alternative zur Ausbringung mit dem Streuwerk gibt, können moderne Ausbringungstechniken wie Schleppschlauch, Schleppschuh, Schlitzverfahren oder Güllegrubber bei flüssigem Wirtschaftsdünger maßgeblich dazu beitragen, die Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft zu senken. Gerüche, Emissionen und Nährstoffverluste werden minimiert.







Breitverteiler hat stark an Bedeutung verloren

Die übrigen 35 Prozent des flüssigen Wirtschaftsdüngers (66 Millionen Kubikmeter) wurden 2020 mit dem Breitverteiler ausgebracht, drei Fünftel davon auf das Grünland. Ein Vergleich der vergangenen zehn Jahre zeigt, dass der Breitverteiler als Ausbringungstechnik stark an Bedeutung verloren hat. So wurden 2010 noch 69 Prozent des flüssigen Wirtschaftsdüngers mittels Breitverteiler ausgebracht.

Trend: Mehr Gärreste, weniger Gülle

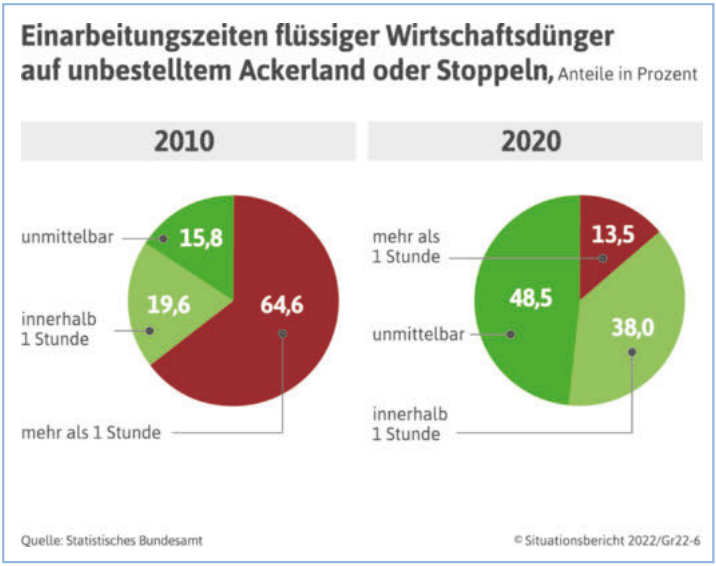
Die Verfahren zur Ausbringung flüssigen Wirtschaftsdüngers haben sich im Zeitvergleich erheblich geändert, verbunden mit weniger Geruchsbelästigung, mehr Ressourceneffizienz und weniger Klimagasen. Die ausgebrachte Rinder- und Schweinegülle ist gegenüber 2010 deutlich zurückgegangen. Dagegen haben sich die flüssigen Biogasgärreste auf 63 Millionen Kubikmeter mehr als verdoppelt. Mit der Vergärung von Gülle in Biogasanlagen werden die aus der Gülle austretenden Klimagase aufgefangen und zur Energieerzeugung genutzt. Erhebliche Mengen an energieintensiv hergestelltem Mineraldünger können dadurch ersetzt werden. Auch sind die Geruchsemissionen bei der Ausbringung von Gärresten in der Regel deutlich geringer.

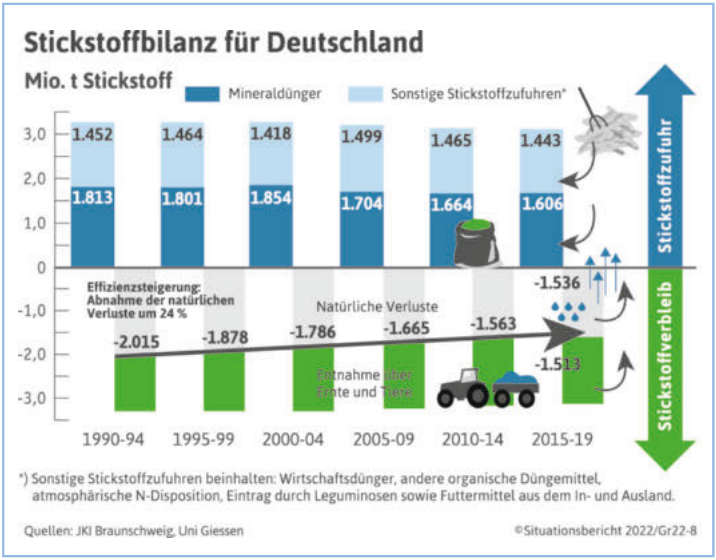
Einsatz fester Wirtschaftsdünger deutlich rückläufig

Unter den festen Wirtschaftsdüngern werden vor allem Festmist, aber auch Geflügeltrockenkot und feste Biogas-Gärreste eingesetzt. Von den 21,4 Millionen Tonnen festen Wirtschaftsdüngern in 2020 entfielen 88 Prozent auf Festmist, 9 Prozent auf Biogas-Gärreste und 3 Prozent auf Geflügeltrockenkot. Mit Ausnahme der Biogas-Gärreste ist der Einsatz von festen Wirtschaftsdüngern insgesamt deutlich rückläufig, gegenüber 2010 minus 24 Prozent. Zu den 21,4 Millionen Tonnen festen Wirtschaftsdüngern in 2020 kommen noch 5,3 Millionen Tonnen „organischer und abfallbasierter Dünger" wie Klärschlamm, Kompost und Grünschnitt.

85 Prozent der Lageeinrichtungen für flüssigen Wirtschaftsdünger sind abgedeckt

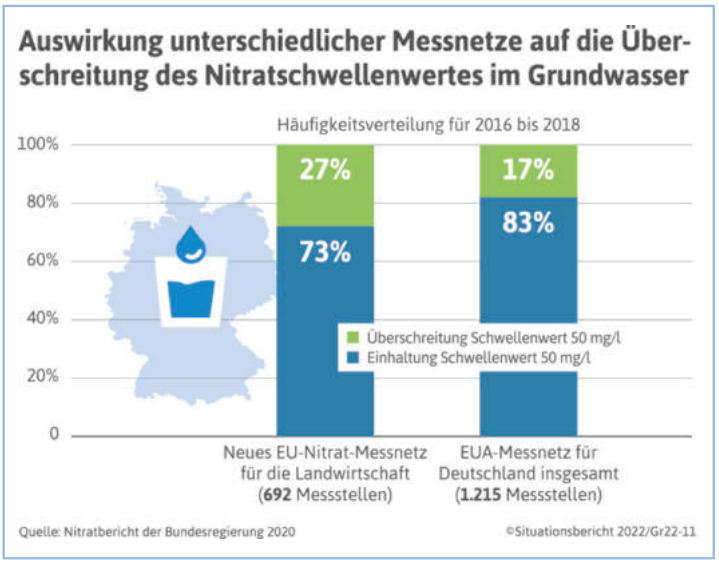
Zur Vermeidung von Emissionen trägt darüber hinaus die Abdeckung der gelagerten Wirtschaftsdünger bei. Abdeckungen verringern den Luftkontakt des Wirtschaftsdüngers und damit klimaschädliche Emissionen. Laut Landwirtschaftszählung 2020 sind 85 Prozent der Lagereinrichtungen für flüssigen Wirtschaftsdünger mit natürlichen oder künstlichen Abdeckungen versehen. Nur 15 Prozent der Behälter für flüssigen Wirtschaftsdünger sind ohne Abdeckung.

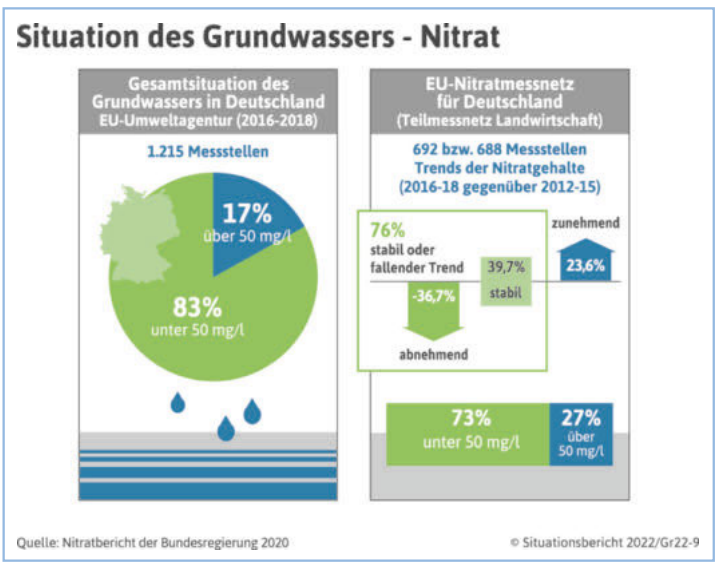




87 Prozent der Gülle werden sofort oder binnen einer Stunde eingearbeitet

Gülle verursacht nach dem Ausbringen auf landwirtschaftliche Flächen u. a. Ammoniakemissionen. Diese können durch eine zügige Einarbeitung in den Boden deutlich reduziert werden. 2020 wurden rund 49 Prozent der flüssigen Wirtschaftsdünger auf Stoppeln oder unbestelltem Ackerland direkt eingearbeitet. Weitere 38 Prozent wurden binnen einer Stunde eingearbeitet. Nur noch bei gut 13 Prozent des flüssigen Wirtschaftsdüngers betrug die Einarbeitungs-





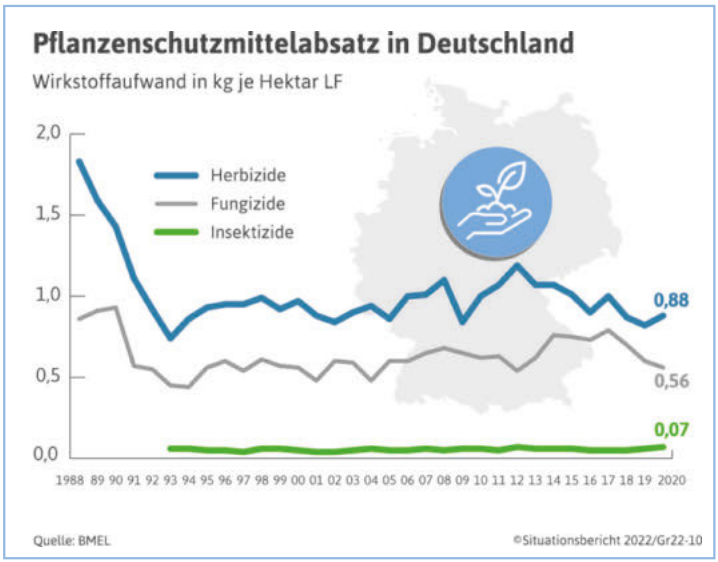
zeit mehr als eine Stunde. 2010 lag dieser Anteil mit 65 Prozent fast fünfmal so hoch. Festmist wurde nach letztem Stand (2020) zu 75 Prozent binnen vier Stunden eingearbeitet.

Der schnellen Einarbeitung stehen häufig betriebliche Zwänge entgegen. Kleinere Betriebe verfügen seltener über kostspielige Spezialtechnik und können die zeitnahe Einarbeitung des Düngers auch aus arbeitswirtschaftlichen Gründen heraus nicht immer bewerkstelligen. Viele Landwirte nutzen hierfür Dienstleistungen von Lohnunternehmen und Maschinenringen.

Stabile bis positive Trends bei der Grundwasserqualität – Örtliche Probleme

Der Nitratbericht 2020 der Bundesregierung zeigt eine leichte Verbesserung der Grundwasserqualität auf. Es gibt mehr Grundwassermessstellen mit fallenden Nitratkonzentrationen als solche mit steigenden. Die Bewertung des chemischen Zustands der Grundwasserkörper erfolgt nach strengen Kriterien der Grundwasserverordnung. Danach verfehlt ein Grundwasserkörper bereits dann einen guten chemischen Zustand, wenn an nur 20 Prozent der Messstellen einer der Schwellenwerte, u.a. Nitrat, überschritten wird. Für Nitrat wird nach dem EUA-Messnetz deutschlandweit an 17 Prozent der Messstellen der Schwellenwert überschritten. Dies führt mit der Bewertung nach Grundwasserverordnung dazu, dass 26 Prozent der Grundwasserkörper im Hinblick auf Nitrat als im schlechten chemischen Zustand eingestuft werden. Dies entspricht 29 Prozent der Fläche Deutschlands. In vielen Bundesländern werden die Einzugsgebiete der Messstellen genauer geprüft, inwieweit die Messergebnisse mit der Landbewirtschaftung erklärbar sind.

Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist deutlich zurückgegangen



Sichere und qualitativ hochwertige Ernten sind ohne biologische und/oder chemische Pflanzenschutzmittel kaum möglich. Ein Verzicht auf den Einsatz dieser Mittel führt zu einer Verringerung der Lebensmittelerzeugung, zu höheren Produktionskosten sowie zu höheren Gesundheits- und Hygienerisiken. Die Zulassung und Anwendung von Pflanzenschutzmitteln unterliegt strikten gesetzlichen Vorgaben. Das europäische und das deutsche Pflanzenschutzrecht gewährleisten, dass nur Pflanzenschutzmittel in Verkehr gebracht werden, die auf ihre Umweltwirkungen geprüft wurden. Die Mittel müssen wirksam und schädliche Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt ausgeschlossen sein. Die Umweltprüfung erfolgt im Rahmen des Zulassungsverfahrens durch das Umweltbundesamt. Der Absatz an Pflanzenschutzmitteln in Deutschland ist auch im Jahr 2020 weiter gesunken.

Welche Messnetze gibt es für die Nitratüberwachung im Grundwasser?

Für Nitrat im Grundwasser gibt es unterschiedliche Messnetze. Das EU-Nitratmessnetz wird seit dem Nitratbericht 2016 verwendet und enthält aktuell 692 Messstellen. Die Messstellendichte beträgt dabei 1,9 Messstellen je 1.000 km². Das EU-Nitratmessnetz dient der Berichterstattung an die EU-Kommission zur Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie. Darüber hinaus ist das Nitratmessnetz Teil des mit 1.215 Messstellen größten Messnetzes für die Berichterstattung an die EU-Umweltagentur (EUA-Messnetz). Dieses EUA-Messnetz ist am repräsentativsten für Deutschland insgesamt mit einer Messstellendichte von 3,5 Messstellen je 1.000 km². Die Messstellendichte ist aber immer noch deutlich unter dem EU-Durchschnitt.

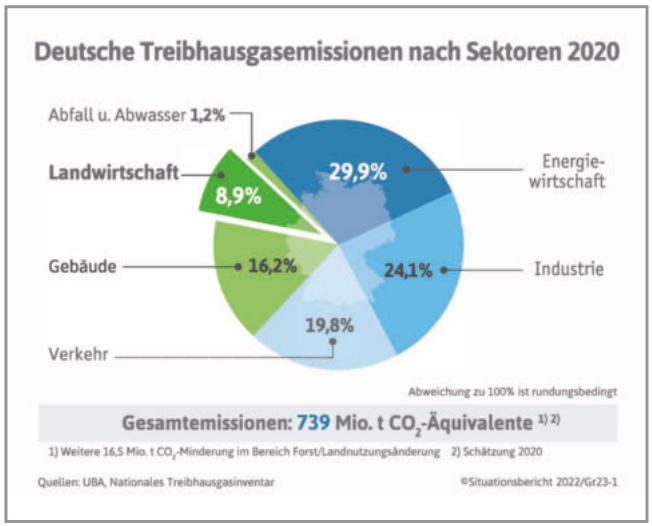
Daneben besteht ein Messnetz zur Berichterstattung nach der Wasserrahmenrichtlinie mit knapp 7.000 Messstellen. Davon sind allein 4.000 Messstellen dem Teilmessnetz „Güte" zuzuordnen. Eine noch detailliertere Angabe der Gewässerbeschaffenheit Deutschlands wäre in diesem Zusammenhang ohne das Anlegen neuer Messstellen möglich und würde somit die Repräsentativität ohne Mehraufwand erhöhen.

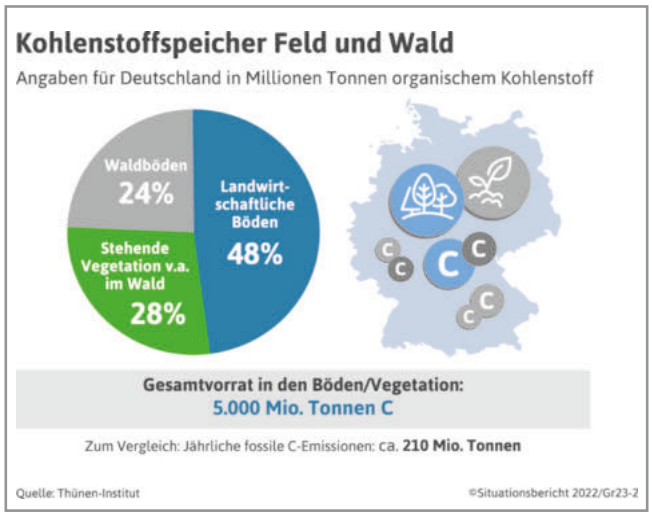
Über die Lage der Messstellen für die Nitratberichte und die Wasserrahmenrichtlinie informiert eine Online-Karte https://https://bit.ly/3kYK2Xa

2.3 Klimaschutz

Besondere Rolle der Landwirtschaft

Das Pariser Klimaschutzabkommen 2015 hat der Ernährungssicherung und Beendigung des Hungers eine „fundamentale Priorität" zuerkannt. Klimaschutz und eine Anpassung an den Klimawandel sollen so erfolgen, dass die Lebensmittelproduktion nicht gefährdet wird. Dies auch vor dem Hintergrund, dass eine treibhausgasfreie Produktion von Lebensmitteln nicht möglich ist, da die Landwirtschaft mit natürlichen Prozessen wie Verdauung und Nährstoffversorgung arbeitet. Möglich ist eine Effizienzsteigerung. 2020 stammten 8,9 Prozent der deutschen Gesamtemissionen an Treibhausgasen aus der Landwirtschaft (einschl. Brenn- und Treibstoffen des Agrarsektors).





Klimaschutz mit Landwirtschaft und Bioenergie

Durch den Einsatz von Bioenergie für Strom, Wärme und Kraftstoffe wurden 2020 insgesamt 71 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen vermieden. Damit entspricht diese Vermeidungsleistung für andere Sektoren etwa 108 Prozent der Emissionen, die die Landwirtschaft selbst verursacht.

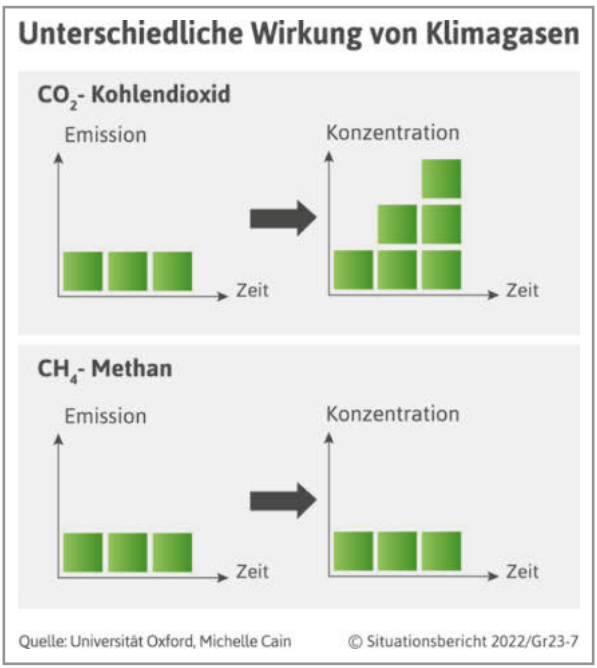
Landnutzungsänderungen und Kohlenstoffsenke

Die Nutzung von Böden als Acker oder Grünland sowie Umwandlungen von Acker- in Grünland oder umgekehrt führen zu Veränderungen des Gehalts an Bodenkohlenstoff. Damit werden Treibhausgase, hauptsächlich Kohlenstoffdioxid, fixiert oder freigesetzt. Ebenso tragen Aufforstung, Entwaldung und Waldbewirtschaftung zu Veränderungen im Kohlenstoffhaushalt bei und sind damit klimawirksam. Die Treibhausgasemissionen in diesen Bereichen werden als „Landnutzung, Landnutzungsänderung und

Landwirtschaft: Methan und Lachgas in der Diskussion

Die Treibhausgasemissionen der deutschen Landwirtschaft von 66 Millionen Tonnen CO_2-Äquivalent bestehen zum größten Teil aus den Klimagasen Methan (CH_4) und Lachgas (N_2O) und nur zu einem kleinen Teil aus Kohlenstoffdioxid (CO_2). Methan wird beispielsweise von Wiederkäuern bei der Verdauung produziert und Lachgas entsteht durch die Umsetzung von Stickstoffverbindungen im Boden.

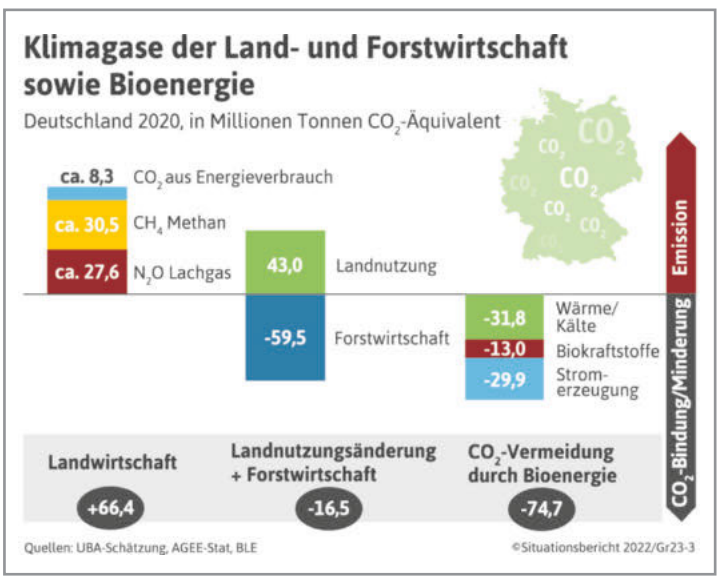
In der Bilanzierung von Treibhausgasen wird die Klimawirkung von Methan (CH_4) mit dem 25-fachen und die von Lachgas (N_2O) mit dem 298-fachen von CO_2 ausgewiesen. Methan wird in der Atmosphäre mit Sauerstoff zu CO_2 und Wasser abgebaut. Die Halbwertszeit von Methan in der Atmosphäre beträgt nach neueren Forschungen nur 12 Jahre und ist damit geringer als bisher angenommen. Wenn Wiederkäuer den Aufwuchs von Grünland nutzen, ist der CO_2-Kreislauf wieder geschlossen. Bleibt der Ausstoß von Methangasen aus der Tierhaltung konstant, löst dies keinen zusätzlichen Treibhausgaseffekt aus.

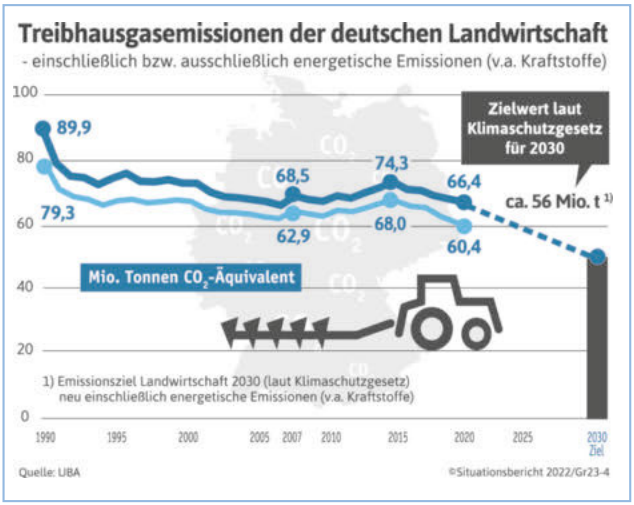


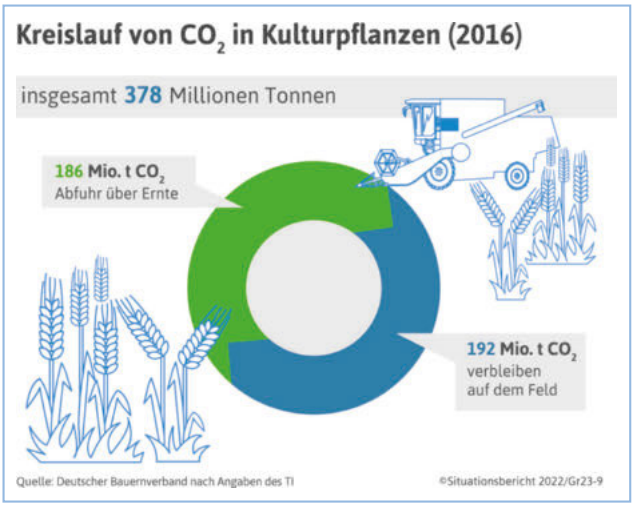
Forst“ erfasst und unter der international gebräuchlichen Bezeichnung LULUCF (Land Use, Land Use Change and Forestry) abgekürzt.

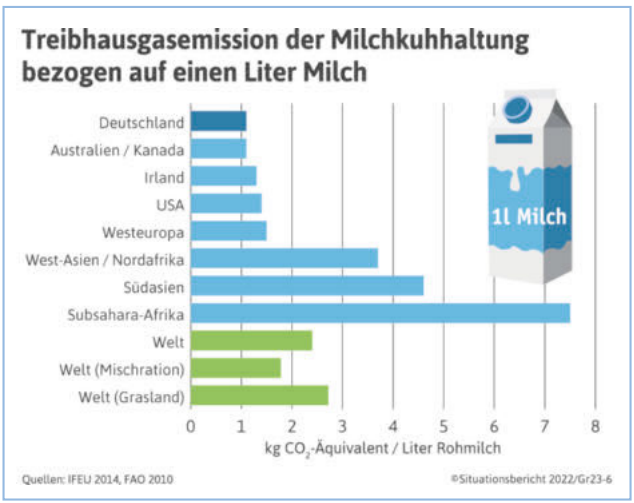
Emissionen seit 1990 um 24 Prozent gesunken

Seit 1990 – dem Bezugsjahr des ersten Klimaschutzabkommens, des Kyoto-Protokolls – hat die deutsche Landwirtschaft die Treibhausgasemissionen bereits von rund 89,9 Mio. t CO_2-Äquivalent auf 66,4 Mio. Tonnen CO_2-Äquivalent in 2020 gesenkt. Dies entspricht einer Reduzierung der Emissionen um 26 Prozent. In 2020 sind die landwirtschaftlichen Emissionen im Vergleich zum Vorjahr um fast 3 Prozent zurückgegangen.









Klimaeffiziente Landwirtschaft

Geringere Tierbestände verbunden mit Effizienzsteigerungen in der landwirtschaftlichen Erzeugung haben dazu geführt, dass die Treibhausgasemissionen gesenkt und gleichzeitig die Produktion gesteigert werden konnten. Die Landwirtschaft produziert heute mehr und belastet das Klima dabei deutlich weniger als noch 1990.

Landwirtschaft im weltweiten Vergleich

Auch im internationalen Vergleich ist die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland besonders klimaschonend. Bei der Produktion von einem Liter Milch zum Beispiel werden durch die Entstehung von Methan in Deutschland ca. 1,1 kg CO_2-Äquivalente freigesetzt. Das liegt deutlich unter dem weltweiten Durchschnitt von 2,4 kg und ist weit entfernt von den Emissionswerten Afrikas und Asiens mit 7,5 beziehungsweise 3,5 kg CO_2-Äquivalente je Liter Milch.

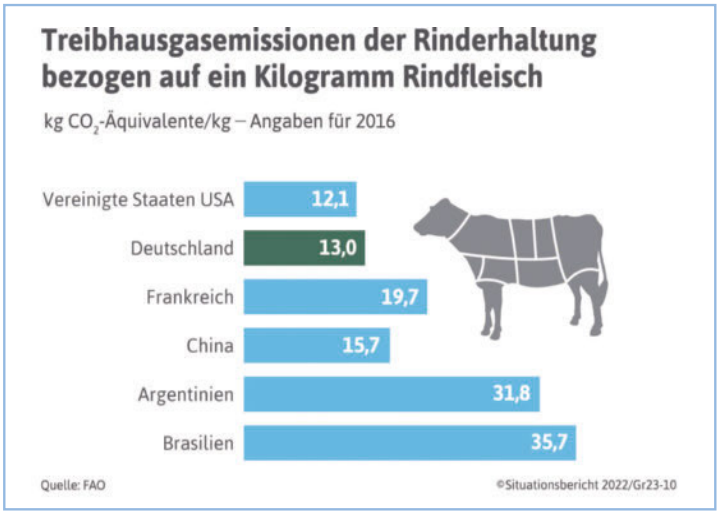
Ernährung taugt nur eingeschränkt zum Klimaschutz

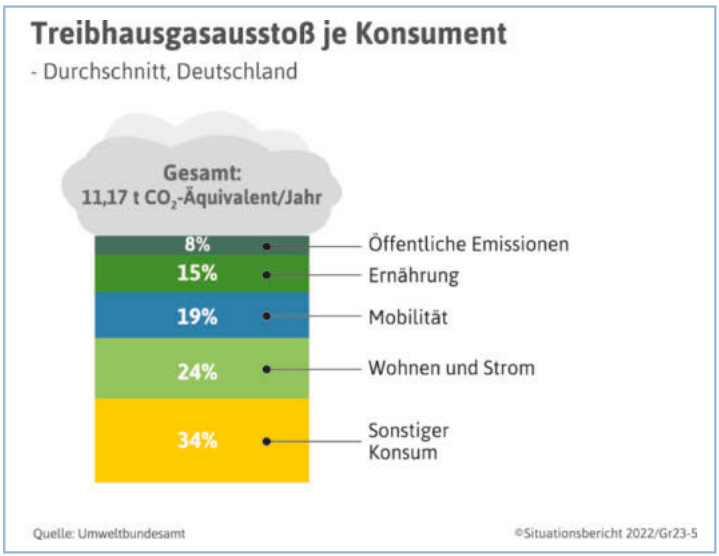
Die Ernährung ist lebensnotwendig. Sie kann im Gegensatz zum Verkehr oder täglichen Konsum an Gebrauchsgegenständen nicht aufgegeben werden. Allerdings kann die Klimaeffizienz von Ernährung weiter verbessert werden. Etwa 15 Prozent der Klimaemissionen der Verbraucher gehen in Deutschland auf die Ernährung zurück. Oft

wird das Potenzial der Ernährung für den Klimaschutz überschätzt, ebenso wie eine mögliche Umstellung von Ernährungsgewohnheiten. Die energiebedingten Emissionen übersteigen die Emissionen der Ernährung (inklusive Lebensmitteltransport) bei weitem.

Deutschland mit verschärftem Klimaschutzgesetz 2021

Mit dem Klimaschutzgesetz werden verbindliche Ziele zur Minderung der Treibhausgasemissionen bis 2030 gesetzt. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes wurden die Ziele erhöht. Ergänzend wurde im Herbst 2019 ein umfangreiches Förderpaket sowie die Einführung eines nationalen Emissionshandelssystems für Brenn- und Treibstoffe beschlossen. Aus den Einnahmen des Emissionshandels und aus Steuermitteln werden umfangreiche Fördermaßnahmen für den Klimaschutz finanziert, darunter auch für die Land- und Forstwirtschaft. Für den Agrar- und Forstsektor sind im Haushaltsentwurf 2022 der früheren Bundesregierung 492 Millionen Euro aus dem Energie- und Klimafonds vorgesehen.



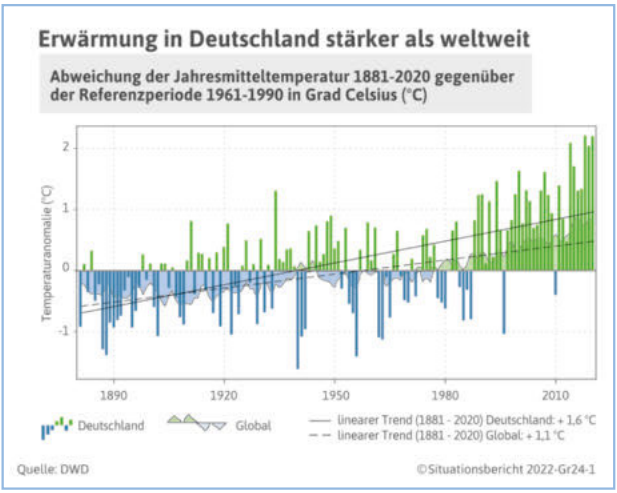


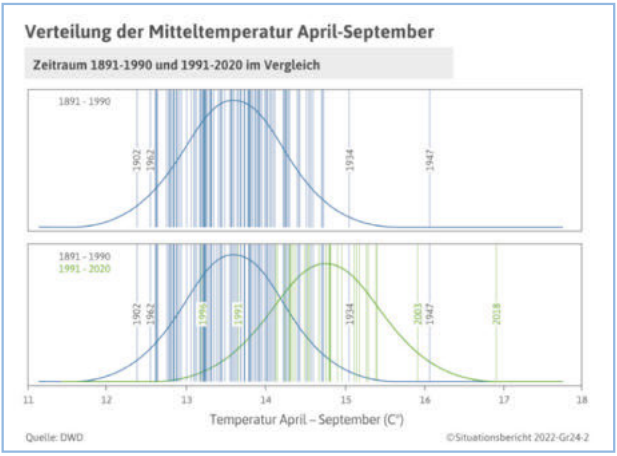
Emissionsziele des Klimaschutzgesetzes für Deutschland

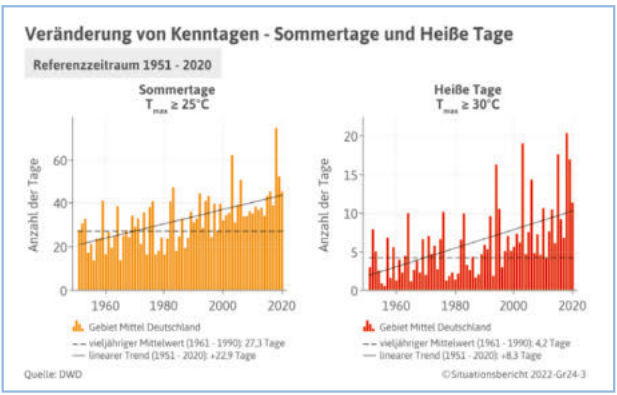
in Millionen Tonnen CO_2-Äquivalent	Ist 2020	Ziel 2020	Ziel 2030
Energiewirtschaft	221	280	108
Industrie	178	186	118
Gebäude	120	118	67
Verkehr	146	150	85
Landwirtschaft (einschl. Energie-Emissionen)	66	70	56
Abfallwirtschaft und sonstiges	9	9	4
Insgesamt	**739**	**813**	**438**

Quelle: Bundesregierung SB22-T23-1

2.4 Folgen des Klimawandels







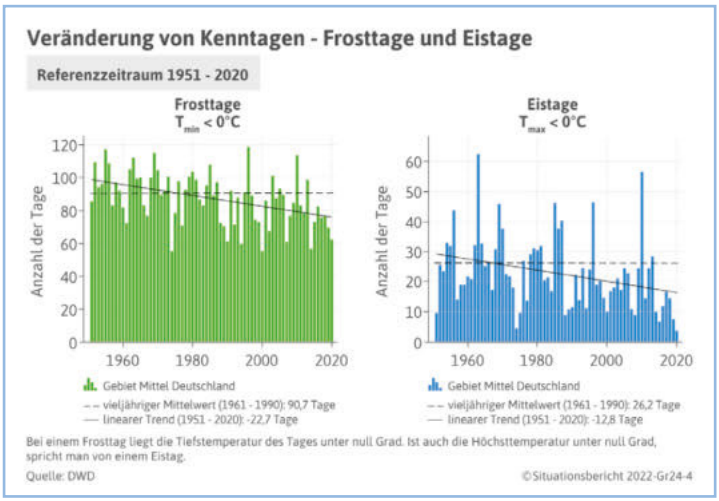
Extreme Wetterereignisse nehmen zu

Naturkatastrophen und extreme Wetterlagen gibt es seit Menschengedenken. Fluten, Erdbeben und Dürreperioden finden schon in der Bibel Erwähnung. Deutschland ist in dieser Hinsicht ein vergleichsweise sicheres Land, wie der WeltRisiko-Index der Vereinten Nationen belegt (Rang 161 von in 2021 181

Weltklimarat

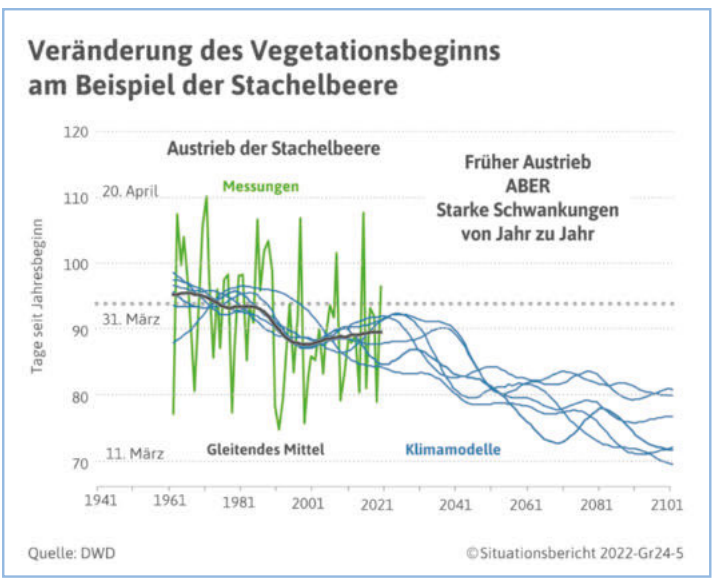
Nach dem jüngsten Bericht des Weltklimarates (IPCC) von August 2021 sind vom Menschen verursachte (anthropogene) Treibhausgasemissionen eindeutig die Ursache für die bisherige und die weitere Erwärmung des Klimasystems. Der Anstieg der globalen mittleren Oberflächentemperatur von 1,5 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Niveau wird wahrscheinlich bereits Anfang der 2030er erreicht, und damit zehn Jahre früher als noch 2018 prognostiziert. Dem Bericht zufolge kann das Ziel, die Erwärmung unter zwei Grad zu halten, nur mit weitreichenden Klimaschutzmaßnahmen erreicht werden. Bis etwa 2050-2070 müsse global die Klimaneutralität erreicht werden – also dass nur so viel Treibhausgase in die Atmosphäre abgegeben werden, wie auch wieder entzogen werden können.

bewerteten Staaten). Wetterlagen wie extreme Dürre, Hitze, Dauer- und Starkregen, Sturm, Früh-, Spät- und Kahlfrost können aber auch die deutsche Land- und Forstwirtschaft vor große Herausforderungen stellen. Angesichts des Klimawandels wird erwartet, dass derartige extreme Wetterereignisse zunehmen. Nach den bisherigen Beobachtungen ist die Intensität solcher Schadereignisse in Deutschland regional unterschiedlich und daher im Einzelfall kaum vorhersehbar.



Höhere CO_2-Konzentration fördert das Pflanzenwachstum

Der Anstieg der atmosphärischen CO_2-Konzentration führt nicht nur zu einer Erderwärmung, sondern hat auch Auswirkungen auf das Pflanzenwachstum auf Grund höherer Photosynthese-Leistungen. Neben dem CO_2-Düngeeffekt kommt es zu einer verbesserten Wassernutzungseffizienz, jedenfalls in Ländern wie Deutschland.



Auch längere Vegetationszeit bringt Vorteile

Wetteraufzeichnungen für Deutschland zeigen einen ungebrochenen Trend der Erwärmung. Seit 1881 ist die Jahresmitteltemperatur nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes (DWD) um 1,5 Grad Celsius angestiegen. Gleichzeitig hat die Zahl der Sommertage zugenommen und die der Frosttage abgenommen. Damit verbunden ist eine längere Vegetationszeit.

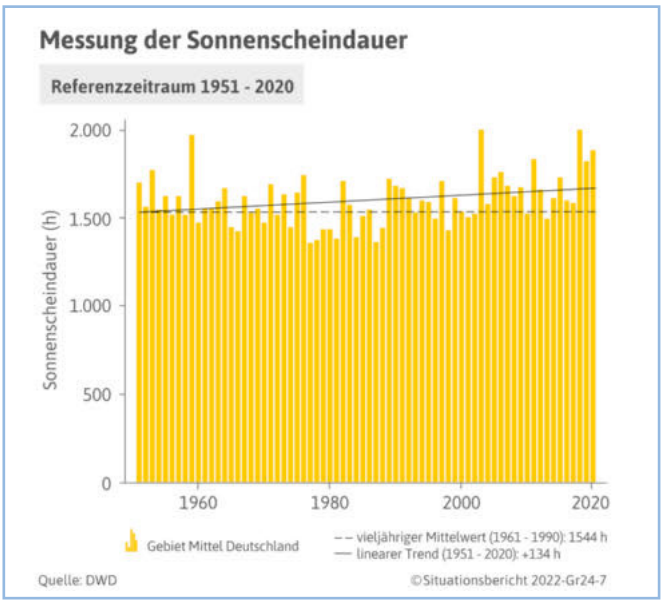
Aber Risiken durch Spätfröste wachsen

Der Temperaturanstieg führt tendenziell zu einer Verfrühung der Pflanzenentwicklung. Es kommt zu einer Verschiebung der phänologischen Jahreszeiten. Die Vegetationszeit beginnt früher. Der frühere Austrieb ist allerdings mit starken Schwankungen von Jahr zu Jahr verbunden. Durch den früheren Vegetationsbeginn wächst zugleich die Gefahr von Schadereignissen durch Spätfröste. Insbesondere Obst, Wein und andere Sonderkulturen sind betroffen.



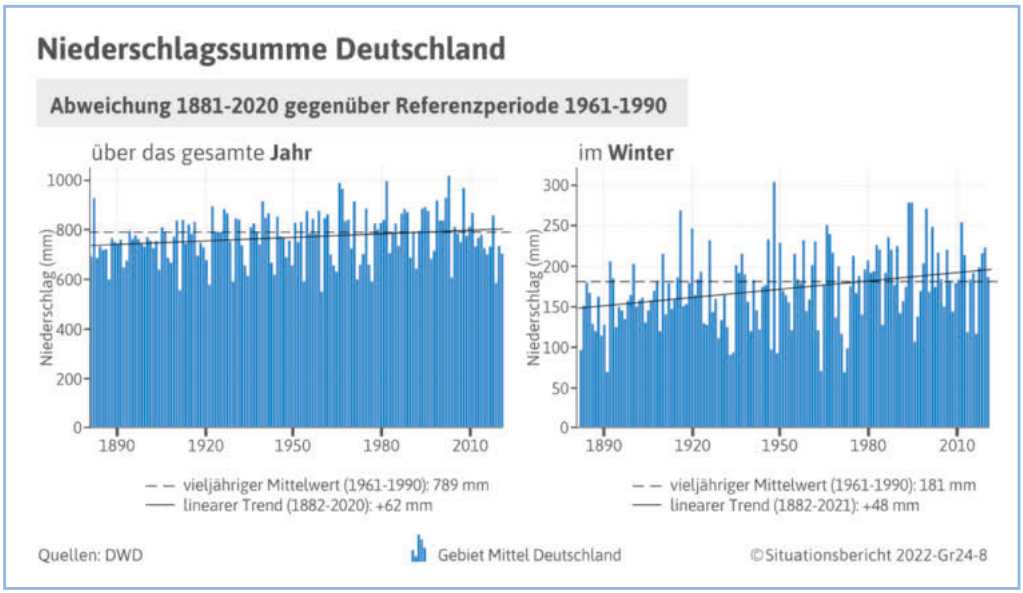
Wärmere Winter stellen geringere Härteanforderungen an die Pflanzen

Mit dem Temperaturanstieg verbunden ist aber auch eine frühere Ernte im Herbst infolge beschleunigter Wachstumsentwicklung. Die Frostgefahr im Winter nimmt ab, die Anzahl der Frosttage und die Frosthärte gehen zurück. Pflanzen kommen auch mit einer geringeren Frosthärte zurecht. Warme Winter können aber auch teilweise zu fehlenden Vernalisationsanreizen führen. Die Vernalisation bezeichnet den Blühimpuls bei Pflanzen nach einer längeren Kälteperiode. Diese ist art- und sortenspezifisch. Der Kältereiz muss über einen längeren Zeitraum zwischen 0 und 10°C liegen.



Mehr Niederschläge, aber weniger dann, wenn die Pflanzen darauf angewiesen sind

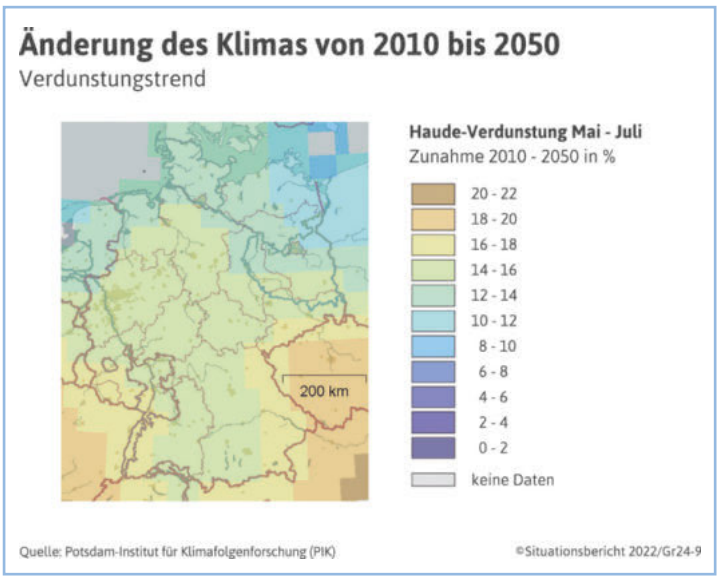
Nicht nur bei den Temperaturen, sondern auch bei den Niederschlägen ist langfristig eine deutliche Zunahme der Jahresniederschlagsmengen zu beobachten, seit 1861 um etwa 10 bis 15 Prozent bei regionalen Unterschieden. Der Niederschlagsanstieg wird vor allem im Winter registriert (+ 20 bis + 30 Prozent), im Sommer aber gehen die Niederschlagsmengen zurück (0 bis minus 5 Prozent). Das führt zu geringerer Bodenfeuchte und damit zu mehr Frühjahrs- und Sommertrockenheit in der Haupt-



vegetationszeit. Die größeren Niederschlagsmengen im Winter dagegen können zu Bodenerosion und verstärkter Nährstoffauswaschung führen. Mit dem Klimawandel ist auch ein vermehrtes Auftreten von Extremwetterereignissen wahrscheinlich. Extreme Niederschlagsereignisse wie Starkregen treten häufiger auf.

Mehr Hitzestress bei Pflanzen und Tieren

Weniger Sommer-Niederschläge und höhere Verdunstung durch größere Sommerhitze und mehr Sommertage führen tendenziell zu mehr Hitzestress bei Pflanzen und Tieren. Bei Pflanzen kann dies vermehrt zu früherer Abreife, zu Notreife und Sonnenbrand, zum Beispiel bei Äpfeln, führen. Für viele Nutzpflanzen-Schädlinge werden dagegen die Überlebenschancen besser. Der Obst-, Wein- und Waldbau zum Beispiel hat zunehmend mit invasiven Arten wie der Kirschessigfliege oder dem Asiatischen Laubholzbockkäfer zu kämpfen, die in hiesigen Gefilden keine natürlichen Feinde haben. Folgeschäden durch Extremwetterlagen entstehen durch Insekten, Pilze und Bakterien (zum Beispiel Borkenkäfer im geschädigten Wald). Es gibt auch Nutzpflanzen, die mit den höheren Temperaturen und wenig Niederschlägen gut zurechtkommen. Dazu gehören zum Beispiel tiefwurzelnde Rebstöcke.

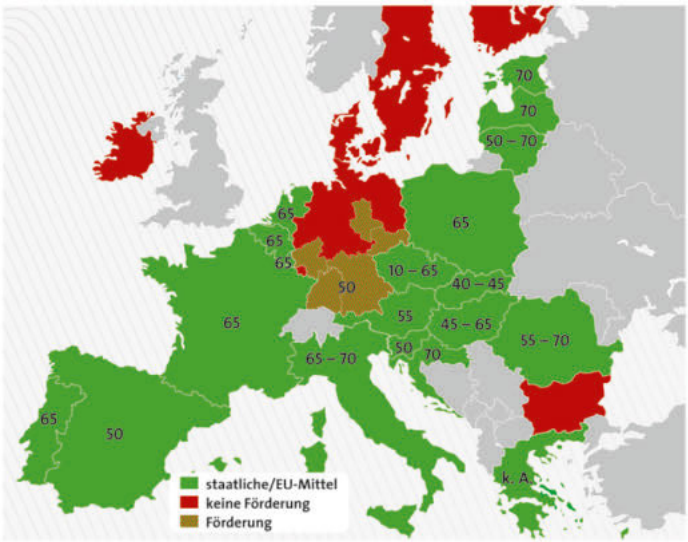


Kosten einer staatlichen Unterstützung von Mehrgefahrenversicherungen im Ackerbau
Unterstützungsleistungen bei 50 % Prämienzuschuss, in Millionen Euro

Flächenabdeckung in Prozent der Hagelversicherungsfläche (8,0 Mio. ha)	20 Prozent	60 Prozent	100 Prozent
H-S-R-F-T Hagel-Sturm-Starkregen-Frost-Trockenheit			
20 Prozent Selbstbehalt*	96,8	223,4	350,0
30 Prozent Selbstbehalt*	88,6	212,6	336,5
S-R-F-T Sturm-Starkregen-Frost-Trockenheit			
20 Prozent Selbstbehalt*	63,3	189,9	316,5
30 Prozent Selbstbehalt*	62,0	185,9	309,9
Trockenheit			
50 % des Versicherungswertes	44,9	134,8	224,7

*bei Trockenheit 50 Prozent des Versicherungswertes
Quelle: Vereinigte Hagel SB22-T24-1

Förderung von Mehrgefahrenversicherungen in der EU
in Prozent der Versicherungsprämien



Quelle: VEREINIGTE HAGEL © Situationsbericht 2022-Gr24-10

Hitze ist für landwirtschaftliche Nutztiere das größte Wetterrisiko

Auch landwirtschaftliche Nutztiere können durch hohe sommerliche Temperaturen gestresst sein. Zunehmend längere Phasen mit steigenden Temperaturen wirken sich damit unmittelbar auf das Tierwohl aus. Wenn die im Stoffwechsel der Tiere erzeugte Wärme nicht abgeführt wird, steigt die Körpertemperatur. Das beeinträchtigt nicht nur die Leistungsfähigkeit der Tiere, sondern erhöht auch ihre Anfälligkeit für Krankheiten. Eine Vielzahl von Maßnahmen ist gefragt. Besonders in der Schweine- und Geflügelhaltung können Ventilatoren und Wassersprühanlagen die natürliche Thermoregulation der Tiere unterstützen und die negativen Auswirkungen von Hitzestress reduzieren.

Starke Schwankungen von Jahr zu Jahr

Die Variabilität der Witterung nimmt tendenziell zu. Trockenperioden wechseln mit Starkregen, besonders im Sommer. Bezüglich anderer Extremwetterereignisse wie Tornados und Hagel können die Wetterforscher, was Deutschland anbelangt, keine eindeutigen Tendenzen ausmachen. Wetterforscher weisen ausdrücklich darauf hin, dass die Feststellung von Wettertrends mindestens einen Beobachtungszeitraum von 40 Jahren umfassen sollte. Nicht jedes Extremwetterereignis ist somit auf den Klimawandel zurückzuführen.

Staatlich unterstützte Versicherungslösungen in der Diskussion

Da die Risiken in der Landwirtschaft besonders durch Spätfröste, Starkregen und Trockenheit in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben und einzelbetriebliche Anpassungsstrategien des Risikomanagements nur bedingt Abhilfe schaffen, gewinnen Forderungen nach Stärkung der einzelbetrieblichen Risikovorsorge durch staatlich unterstützte Versicherungslö-

sungen an Bedeutung. Ziel soll es dabei sein, eine breite Mehrheit der Landwirte für eine Teilnahme an derartigen Versicherungslösungen zu gewinnen, um letztlich staatliche „Ad hoc-Hilfen" überflüssig zu machen. In Deutschland wird ein Zuschuss von mindestens 50 Prozent zur Versicherungsprämie bei den Gefahren Spätfrost, Starkregen, Trockenheit und Sturm diskutiert. Modellrechnungen ergeben im Ackerbau einschließlich Sonderkulturbereich einen Bedarf an öffentlichen Mitteln von etwa 350 bis 400 Millionen Euro in den ersten Jahren der Einführung. Unterstellt sind dabei ein gewisser Selbstbehalt und die Annahme, dass so etwa zwei Drittel der Acker- und Sonderkulturflächen Deutschlands versichert werden können. Pilotprojekte in einigen Bundesländern lassen erkennen, dass eine derartig unterstützte Versicherungslösung sowohl für den Steuerzahler als auch für den Landwirt kalkulierbarer ist und am Ende finanziell günstiger zu stehen kommt als „Ad hoc-Hilfen".

GAK-Förderung und verbesserte Versicherungsangebote

Staatliche „Ad hoc-Hilfen" fallen ebenso wie die Unterstützung von Versicherungslösungen grundsätzlich in die Zuständigkeit der Länder. Unterstützend kann auch der Bund finanzielle Hilfen leisten. Vor diesem Hintergrund wäre eine staatliche Unterstützung von Mehrgefahrenversicherungen als eigenständige Maßnahme in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur" (GAK) prädestiniert. Mit der seit Januar 2020 eingeführten ermäßigten Versicherungssteuer von 0,3 Promille der Versicherungssumme auch für Dürreversicherungen sowie mit der investiven Förderung von Bewässerungsmaßnahmen beim Frostschutz und von Hagelnetzen wurden bereits erste Schritte zur Unterstützung des einzelbetrieblichen Risikomanagements unternommen . Die Versicherungswirtschaft ist gefordert, praxisgerechtere, zielgenauere und kostengünstige Angebote für Versicherungen insbesondere bei Trockenschäden zu entwickeln.

Mögliche landwirtschaftliche Anpassungsstrategien

- Risiko streuen durch Anbaudiversifizierung
- Züchtung trocken-, hitzetoleranter und widerstandsfähiger Pflanzen
- Wasserhaltefähigkeit der Böden u.a. über konservierende Bodenbearbeitung steigern
- Effiziente Be- und Entwässerungstechnik
- Geeignete Frost- und Hagelschutztechnik
- Klimagerechte Stallbauten
- Versicherungslösungen

Quelle: DLG





3 Agrarstruktur

3.1	Kapitaleinsatz	79
3.2	Boden- und Pachtmarkt	81
3.3	Betriebe und Betriebsgrößen	89
3.4	Betriebs- und Rechtsformen	100
3.5	Arbeitskräfte und Auszubildende	108
3.6	Agrarstrukturen in der EU	114
3.7	Forstwirtschaft	120

3.1 Kapitaleinsatz

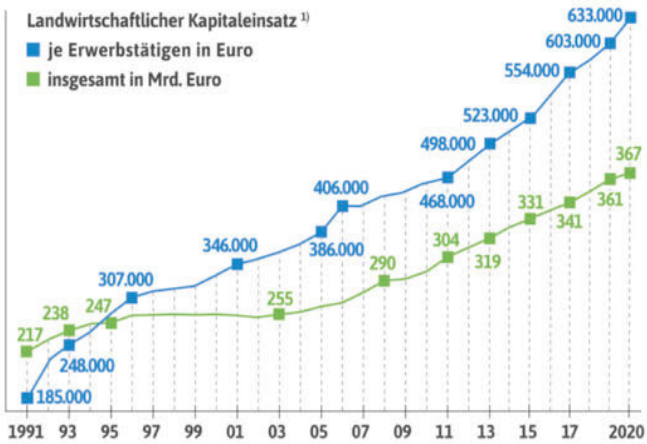
Landwirtschaft arbeitet sehr kapitalintensiv

Der Kapitalstock der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, definiert als Bruttoanlagevermögen (ohne Boden) zu Wiederbeschaffungspreisen, ist in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Noch wesentlich stärker nahm der Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen (Kapitalintensität) zu. Mit heute 633.000 Euro Kapital je Erwerbstätigen gehört die Landwirtschaft zu den kapitalintensivsten Branchen. Im produzierenden Gewerbe (Industrie) zum Beispiel fällt die Kapitalintensität mit 353.000 Euro je Erwerbstätigen deutlich niedriger aus. Im Handel sind es nur 157.500 Euro und im Baugewerbe 49.500 Euro.

Land- und forstwirtschaftliches Vermögen nur zu einem Drittel fremdfinanziert

Das Nettoanlagevermögen (Bruttoanlagevermögen vermindert um die Abschreibungen, ohne Boden) der deutschen Land-, Forstwirtschaft und Fischerei lag Ende 2020 bei 164,7 Milliarden Euro. Davon entfallen 31 Prozent auf Ausrüstungsgüter (Maschinen und Geräte) und 69 Prozent auf Bauten und Anlagen. Finanziert wird das Sachkapital der deutschen Land-, Forstwirtschaft und Fischerei zu

Landwirtschaftliche Arbeitsplätze kosten immer mehr



1) Bruttoanlagevermögen (ohne Boden) zu Wiederbeschaffungspreisen

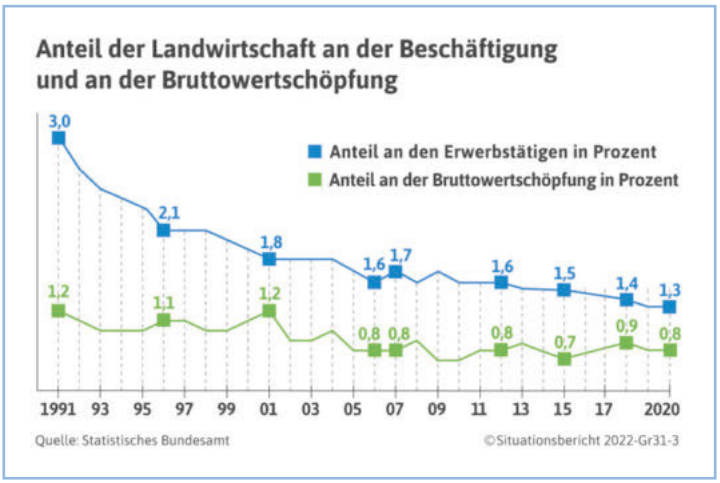
Quelle: Statistisches Bundesamt ©Situationsbericht 2022-Gr31-1

Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen

	Kapitaleinsatz 1) je Erwerbstätigen in Euro		Veränderung in Prozent
	2000	2020	2000-2020
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	330.700	632.700	+91
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	238.200	353.000	+48
Baugewerbe	35.900	49.500	+38
Handel, Verkehr Gastgewerbe	86.400	157.500	+82
Deutsche Wirtschaft insgesamt	279.100	475.500	+70

1) Bruttoanlagevermögen (ohne Boden) zu Wiederbeschaffungspreisen

Quelle: Statistisches Bundesamt ©Situationsbericht 2022-Gr31-2



34 Prozent mit Fremdkapital und zu 66 Prozent mit Eigenkapital. Im Vergleich zu gewerblichen Unternehmen ist der Fremdfinanzierungsanteil relativ gering.

56,0 Milliarden Euro Fremdkapitalbestand der deutschen Landwirtschaft

Der Fremdkapitalbestand in der deutschen Land- und Forstwirtschaft erreichte Ende Juni 2021 mit 56,0 Milliarden Euro einen Stand, der damit im Vorjahresvergleich um 1,2 Prozent zugenommen hat. Gut 84 Prozent des Kreditbestandes sind langfristige Kredite und dienen damit der Finanzierung langfristiger Investitionen. Kurz- und mittelfristige Kredite mit einer Laufzeit von unter 1 bzw. 5 Jahren spielen mit einem Anteil von knapp 16 Prozent eine untergeordnete Rolle. Die deutsche Land- und Forstwirtschaft nutzt Fremdkapital vorwiegend zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Ergebnisse. Dazu trägt auch das günstige Zinsniveau bei.

3.2 Boden- und Pachtmarkt

Anstieg der Bodenpreise hat sich weiter verlangsamt

Die Preise für Agrarland sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2020 weiter angestiegen. Im Bundesdurchschnitt mussten Käufer 26.800 Euro je Hektar ausgeben, gut 1 Prozent mehr als in 2019. Im Jahr zuvor waren die Preise im Mittel um knapp 4 Prozent gestiegen, 2018 um 6 Prozent, 2017 um 8 Prozent, 2016 um 14 Prozent. Der prozentuale Preisanstieg fiel 2020 im Westen und im Osten mit jeweils plus 4 Prozent gleich stark aus. Im westlichen Bundesgebiet wurden 2020 durchschnittlich 39.900 Euro, im östlichen Bundesgebiet durchschnittlich 17.000 Euro gezahlt. Die größten Preissteigerungen gab es in Rheinland-Pfalz und Thüringen (jeweils + 15 Prozent) sowie in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg (jeweils + 10 Prozent). Rückläufig dagegen waren die Bodenpreise in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert blieben die Bodenpreise in Bayern.

Verkäufe landwirtschaftlicher Grundstücke in Deutschland[1]

	Veräußerte FdlN[2] in ha			Hektar je Fall	Kaufpreis in Euro/ha		
	2019	2020	%-Veränd. zum Vj.	2020	2019	2020	%-Veränd. zum Vj.
Baden-Württemberg	3.409	2.978	-12,6	0,73	28.677	29.577	+3,1
Bayern	8.388	6.407	-23,6	1,40	63.649	63.986	0,5
Hessen	3.853	3.246	-15,8	0,84	15.389	16.251	5,6
Niedersachsen	12.506	12.154	-2,8	2,73	38.182	40.916	7,2
Nordrhein-Westf.	3.013	2.963	-1,7	1,40	53.948	59.470	10,2
Rheinland-Pfalz	3.264	2.865	-12,2	0,81	13.770	15.794	14,7
Saarland	658	603	-8,4	0,66	9.799	10.678	9,0
Schleswig-Holst.	3.896	3.253	-16,5	4,79	29.411	30.460	3,6
Früheres Bundesgebiet	**38.988**	**34.469**	**-11,6**	**1,42**	**38.396**	**39.893**	**3,9**
Brandenburg	11.750	10.470	-10,9	4,54	11.754	12.951	10,2
Mecklenburg-Vorp.	11.269	11.250	-0,2	7,89	21.649	21.237	-1,9
Sachsen	5.623	6.643	18,1	3,97	14.624	13.417	-8,3
Sachsen-Anhalt	12.170	12.928	6,2	4,37	18.319	19.603	7,0
Thüringen	5.030	4.734	-5,9	1,97	11.656	13.351	14,5
Neue Länder	**45.843**	**46.025**	**0,4**	**4,28**	**16.270**	**16.953**	**4,2**
Deutschland	**84.831**	**80.494**	**-5,1**	**2,30**	**26.439**	**26.777**	**1,3**

1) Verkäufe zum Verkaufswert ohne Gebäude und ohne Inventar
2) FdlN: Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (im Wesentlichen Acker- und Grünland)

Quelle: Statistisches Bundesamt SB22-T32-1

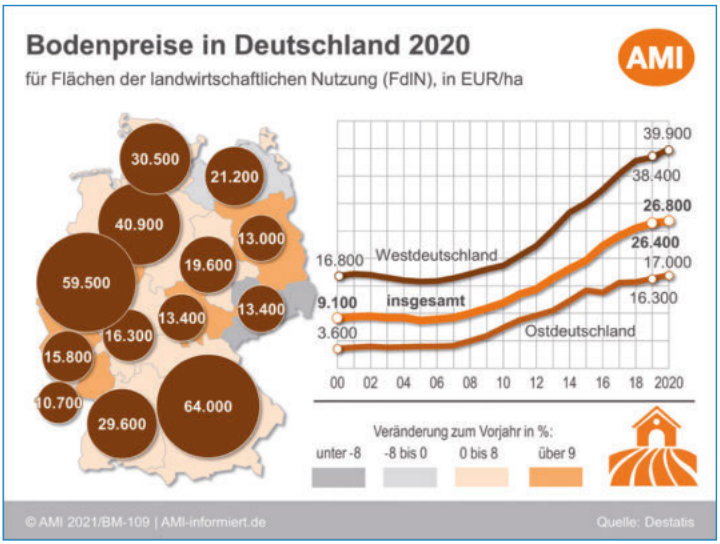
Flächenumsatz nur bei 0,5 Prozent der Agrarfläche

Wie aus den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen hervorgeht, wechselten 2020 80.500 Hektar landwirtschaftliche Flächen den Eigentümer. Das sind gegenüber dem Vorjahr gut 5 Prozent weniger und erheblich weniger gegenüber weiter zurückliegenden Jahren, in denen die Verkaufsflächen bei jährlich weit über 100.000 Hektar lagen. Gemessen an der gesamten Agrarfläche Deutschlands macht die Verkaufsfläche aktuell 0,5 Prozent aus. Während die Verkaufsfläche 2020 im früheren Bundesgebiet um fast 12 Prozent auf 34.500 Hektar zurückgegangen ist, blieb sie in den neuen Ländern gegenüber dem Vorjahr mit 46.000 Hektar nahezu unverändert. An der Spitze in Sachen Bodenmobilität lag in 2020 Sachsen-Anhalt mit einer verkauften Fläche von 12.900 Hektar, gefolgt von Niedersachsen mit 12.200 Hektar, Mecklenburg-Vorpommern

Ausgaben für Flächenkauf und Landpacht

	1991	2000	2010	2020
Flächenkauf in ha LF	57.218	103.823	113.866	80.494
Kaufsumme in Mio. Euro	769	943	1.350	2.155
Flächenpacht in Tsd. ha LF	9.087	10.811	10.042	9.971
Pachtentgelt in Mio. Euro	1.281	1.741	2.049	3.280

Quelle: Statistisches Bundesamt SB22-T32-2



BVVG: Rund 1,5 Millionen Hektar veräußert

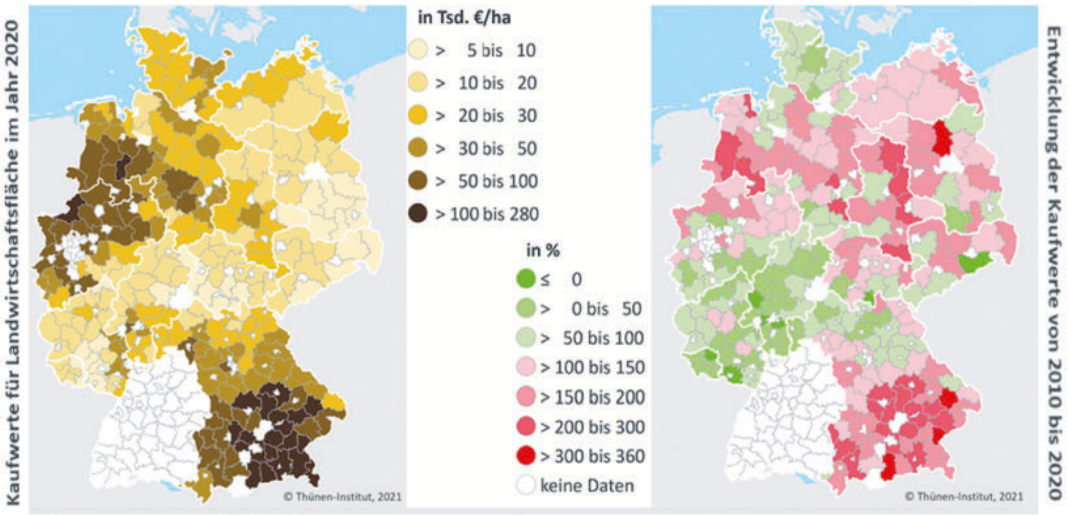
Die Bodenverwaltungs- und -verwertungsgesellschaft (BVVG) hatte den Bereich Land- und Forstwirtschaft Mitte 1992 aus der damaligen Treuhandhandanstalt übernommen. Seit 1992 hat die BVVG 884.700 Hektar landwirtschaftliche Flächen verkauft, darunter 441.400 Hektar (49 Prozent) zu einem gesetzlich reduzierten Preis nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG). Der Kaufpreis von Agrarflächen der BVVG lag 2020 im Durchschnitt bei 20.625 Euro je Hektar. Neben den landwirtschaftlichen Flächen wurden bislang 597.400 Hektar Wald privatisiert, darunter 476.900 Hektar zu begünstigten Preisen nach dem EALG. Die BVVG hat bislang insgesamt mehr als 105.000 Hektar Naturschutzflächen, Flächen für den Trinkwasserschutz sowie weitere Gewässerflächen an die ostdeutschen Länder bzw. von ihnen benannten Stiftungen und Organisationen übertragen, davon rund 65.000 Hektar unentgeltlich. Hinzu kommen rund 83.200 Hektar sogenannte Umwidmungsflächen, die zu Gewerbe- und Siedlungszwecken veräußert wurden. Mit Stand 31. Dezember 2020 hatte die BVVG noch etwa 100.000 Hektar landwirtschaftliche Flächen verpachtet. Diese Flächen sollen bis Ende 2030 privatisiert werden, vornehmlich über Ausschreibungen.

mit 11.300 Hektar und Brandenburg mit 10.500 Hektar. Mit 4,28 Hektar lag die durchschnittliche Fläche je Veräußerungsfall im Osten Deutschlands wesentlich höher als im Westen mit 1,42 Hektar.

Stark differierende Bodenpreise

Je nach Bodengüte, Nutzungsart oder regionaler Lage sind die Preisunterschiede beim Kauf von Agrarflächen erheblich. Für den relativ hohen Preisstand in Bayern (besonders Regierungsbezirke Ober- und Niederbayern mit 112.100 bzw. 100.300 Euro je Hektar) und Nordrhein-Westfalen (besonders Regierungsbezirke Münster und Düsseldorf mit 89.500 bzw. 82.900 Euro je Hektar) sind vor allem die starke Nachfrage nach Bebauungs-, Verkehrs- und Ausgleichsflächen maßgebend. Umgekehrt finden sich die niedrigsten Kaufwerte je Hektar im Regierungsbezirk Gießen (10.200 Euro) und im Saarland (10.700 Euro). Es folgen Brandenburg (13.000 Euro), Sachsen und Thüringen (jeweils 13.400 Euro), der Regierungsbezirk Kassel (14.500 Euro) und Rheinland-Pfalz (15.800 Euro). Für 2020 ergibt sich bei Agrarlandverkäufen ein Gesamtumsatz von 2,155 Milliarden Euro. Das sind gegenüber dem Vorjahr fast 4 Prozent weniger.

Kaufwerte für landwirtschaftlichen Boden in Deutschland: Kleinräumige Unterschiede



Quelle: Thünen Institut

Große regionale Unterschiede

Zwischen 2010 und 2020 zeigte der Bodenmarkt deutlich mehr Preisdynamik als zuvor. So stiegen seither die Agrarlandpreise in Niedersachsen und Bayern um das Anderthalbfache, in Nordrhein-Westfalen um mehr als das Doppelte. In Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, im Saarland oder in Hessen dagegen sind die Bodenpreise im Zehnjahresvergleich am wenigsten angestiegen. Im Durchschnitt des früheren Bundesgebietes stiegen die Kaufpreise für Agrarland um 110 Prozent. Mit plus 129 Prozent etwas stärker war der prozentuale Anstieg in den neuen Ländern, allerdings auf Basis niedriger Ausgangswerte. Besonders stark war hier die Bodenpreisdynamik in Sachsen-Anhalt (+ 137 Prozent) und in Mecklenburg-Vorpommern (plus 131 Prozent).

Kaufwerte-Statistik

Die Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke basiert auf Angaben der Finanzämter oder der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte. Erfasst werden die Verkäufe von landwirtschaftlichen Grundstücken, bei denen die veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung mindestens 0,1 ha groß ist. Die durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke werden in der Bundesstatistik nach Bundesländern/Regierungsbezirken und Merkmalen wie Ertragsmesszahl- und Flächengrößenklassen dargestellt. Eine Differenzierung nach Acker- und Grünland erfolgt nicht. Die Ertragsmesszahl (EMZ) kennzeichnet die naturale Ertragsfähigkeit des Bodens aufgrund der natürlichen Ertragsbedingungen, insbesondere der Bodenbeschaffenheit, der Geländegestaltung und der klimatischen Verhältnisse. Die Eigentümerwechsel von Agrarflächen, die im Rahmen von Anteilsverkäufen („Share deals“) erfolgen, fließen nicht in die amtliche Statistik ein.

Kaufpreisentwicklung bei landwirtschaftlichem Boden nach Bundesländern
in Euro je Hektar

	2010	2020	% Veränd. 2020 zu 2010
Baden-Württemberg	19.824	29.577	49,2
Bayern	25.866	63.986	147,4
Hessen	12.499	16.251	30,0
Niedersachsen	16.716	40.916	144,8
Nordrhein-Westfalen	28.051	59.470	112,0
Rheinland-Pfalz	10.017	15.794	57,7
Saarland	8.706	10.678	22,7
Schleswig-Holstein	16.923	30.460	80,0
Früheres Bundesgebiet	**18.719**	**39.272**	**109,8**
Brandenburg	6.334	12.951	104,5
Mecklenburg-Vorpommern	9.187	21.237	131,2
Sachsen	6.742	13.417	99,0
Sachsen-Anhalt	8.264	19.603	137,2
Thüringen	6.350	13.351	110,3
Neue Länder	**7.405**	**16.953**	**128,9**
Deutschland	**11.854**	**26.777**	**125,9**

Quelle: Statistisches Bundesamt SB22-T32-3

Bedeutung von Unternehmensverbünden

Die Landwirtschaftszählung 2020 bietet erstmals Ergebnisse zu Unternehmensverflechtungen. Von den insgesamt rund 262.800 landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland firmieren rund 10.200 Betriebe in der Rechtsform einer juristischen Person oder einer Personenhandelsgesellschaft. Diese bewirtschafteten zusammen eine landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) von rund 3,630 Millionen Hektar. Davon waren 3.741 Betriebe Teil einer Unternehmensgruppe (UG). Auf sie entfiel eine LF von 1,836 Millionen Hektar. Dies entspricht 51 Prozent der LF der juristischen Personen und Personenhandelsgesellschaften und mehr als 11 Prozent der gesamtdeutschen LF. Es zeigt sich, dass in den ostdeutschen Ländern der Anteil dieser Betriebe, die einer Unternehmensgruppe angehören (48 Prozent), höher ist als im Westen (26 Prozent). Entsprechendes gilt für den Anteil der durch Unternehmensgruppen bewirtschafteten Flächen an der Fläche der juristischen Personen und Personenhandelsgesellschaften insgesamt. Im Westen lag er bei 31 Prozent, im Osten bei 53 Prozent. An der gesamten ostdeutschen LF machen die UG einen Anteil von 31 Prozent aus, im Westen von entsprechend nur 1 Prozent.



Struktur der Verbünde

Von den rund 2.200 Unternehmensgruppen mit insgesamt 3.741 landwirtschaftlichen Betrieben wurden 37 Prozent von einem landwirtschaftlichen Gruppenoberhaupt geführt und gut 58 Prozent von Unternehmensgruppen mit einem nicht-landwirtschaftlichem Gruppenoberhaupt. Bei 5 Prozent liegt das Gruppenoberhaupt im Ausland. Als Gruppenoberhaupt wird in diesem Zusammenhang immer das höchste Kontrollorgan in einer Gruppe bezeichnet, das von

Kreisdaten zu Pachtdaten online

Mit der Landwirtschaftszählung 2020 wurden - erstmals nach zehn Jahren - wieder die Pachtpreise bis auf Kreisebene erhoben. Eine interaktive Karte des Statistischen Bundesamt zeigt die wichtigsten Kennziffern des Pachtmarktgeschehens auf Kreisebene auf, siehe https://bit.ly/3cGi1iB

keiner anderen Einheit kontrolliert wird. Gleichwohl bewirtschafteten die Unternehmensgruppen mit einem landwirtschaftlichen Gruppenoberhaupt über 60 Prozent der Fläche und waren mit einer Flächenausstattung von rund 1.380 Hektar je Gruppe 2,6-mal größer als die Unternehmensgruppen mit einem nicht-landwirtschaftlichen Gruppenoberhaupt.

Mehr Pacht- als Eigenflächen

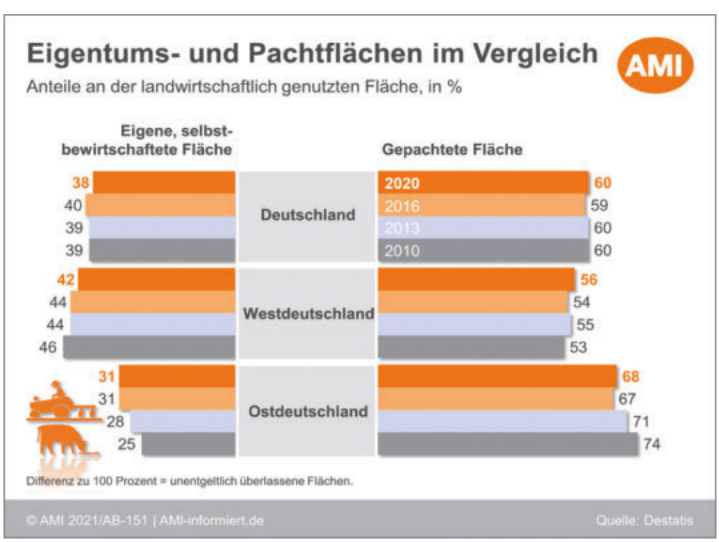
Von der landwirtschaftlich genutzten Fläche Deutschlands, die 2020 eine Größe von insgesamt rund 16,6 Millionen Hektar umfasste, sind gut 60 Prozent Pachtflächen, rund 38 Prozent selbst bewirtschaftete Eigenflächen und knapp zwei Prozent Flächen, die den Nutzenden unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden.

Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform juristische Personen und Personenhandelsgesellschaften[1] 2020 nach Zugehörigkeit zu einer Unternehmensgruppe (UG) und Bundesländern

	Insgesamt		dar. Betriebe, die Teil einer Unternehmensgruppe sind		%-Anteil der Betriebe, die Teil einer UG sind, an den jur. Personen[3]		an allen Betrieben	
	Betriebe in 1.000	ha LF in 1.000	Betriebe in 1.000	ha LF in 1.000	Betriebe	ha LF	Betriebe	ha LF
Deutschland	**10.189**	**3.630**	**3.741**	**1.836**	**37**	**51**	**1**	**11**
Baden-Württemberg	603	35	149	13	25	37	0	1
Bayern	905	56	206	16	23	29	0	1
Brandenburg	1.235	826	585	426	47	52	11	33
Hessen	234	19	62	7	26	37	0	1
Mecklenburg-Vorp.	1.189	737	575	400	48	54	12	30
Niedersachsen	1.359	146	518	43	38	30	1	2
Nordrhein-Westfalen	1.612	53	263	13	16	24	1	1
Rheinland-Pfalz	275	12	79	4	29	34	0	1
Saarland	23	2	5	1	22	35	0	1
Sachsen	804	541	406	304	50	56	6	34
Sachsen-Anhalt	919	606	390	272	42	45	9	23
Schleswig-Holstein	271	34	91	13	34	38	1	1
Thüringen	731	561	406	324	56	58	11	42
Früh. Bundesgeb.[2]	**5.282**	**358**	**1.373**	**110**	**26**	**31**	**1**	**1**
Neue Bundesländer	**4.878**	**3.271**	**2.362**	**1.726**	**48**	**53**	**10**	**31**

1) Personenhandelsgesellschaft: Offene Handelsgesellschaft (OHG), Kommanditgesellschaft (KG) und Gesellschaft mit beschränkter Haftung und Compagnie Kommanditgesellschaft (GmbH & Co. KG)
2) Ohne Stadtstaaten
3) Juristische Personen und Personenhandelsgesellschaften
Quellen: Statistisches Bundesamt, BMEL

SB22-T32-6



Verhältnis von Pacht- zu Bodenpreisen bei Agrarflächen

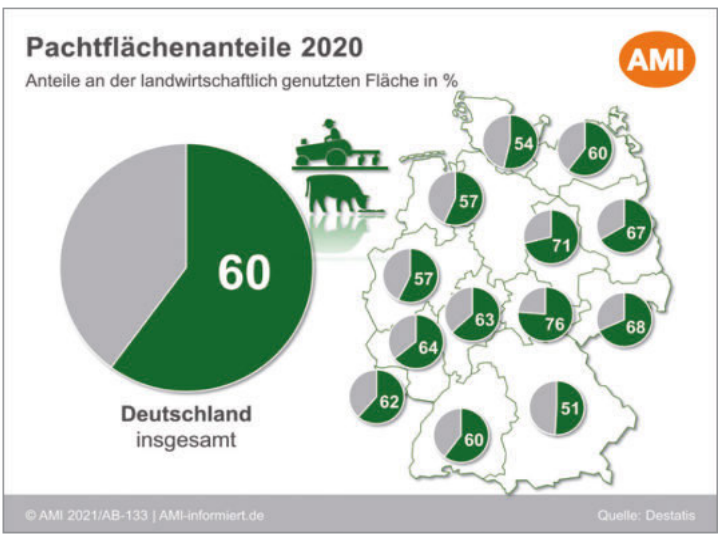
	Einheit	1999	2003	2007	2010	2013	2016	2020
Früheres Bundesgebiet								
Boden	€/ha LF	16.530	16.489	16.394	18.719	25.189	32.503	39.272
Neu-Pachten	€/ha LF	249	258	279	347	442	493	522
Pacht/Boden	%	1,51	1,56	1,70	1,84	1,78	1,52	1,33
Neue Länder								
Boden	€/ha LF	3.421	3.831	4.047	7.405	10.510	13.811	16.953
Neu-Pachten	€/ha LF	108	128	129	166	206	242	264
Pacht/Boden	%	3,16	3,34	3,19	2,24	1,96	1,75	1,56

Neu-Pachten: Pachten in den letzten 2 Jahren
Quelle: Statistisches Bundesamt SB22-T32-4

Pachtpreisentwicklung landwirtschaftlicher Flächen in Deutschland
- in Euro je Hektar -

	Ackerland	Dauergrünland	Insgesamt
1991	149	129	141
1995	160	118	147
1999	173	119	158
2003	193	121	174
2007	205	123	183
2010	230	130	204
2013	277	153	243
2016	328	175	288
2020	**375**	**198**	**329**

Quelle: Statistisches Bundesamt SB22-T32-5



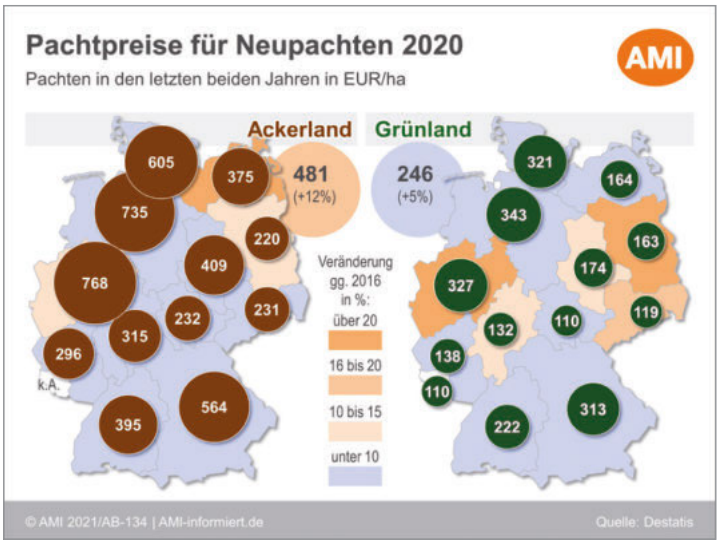
Pachtflächenanteil steigt im Westen und geht im Osten zurück

Der Pachtflächenanteil liegt in Deutschland seit 2010 relativ konstant bei rund 60 Prozent und näherte sich in dieser Zeit zwischen West- und Ostdeutschland stetig an. Während der Anteil gepachteter Flächen in Westdeutschland von 2010 bis 2020 von rund 53 auf 56 Prozent anstieg, verringerte er sich in Ostdeutschland deutlich von 74 auf rund 68 Prozent.
In den einzelnen Bundesländern variiert der Pachtflächenanteil 2020 zwischen 51 Prozent (Bayern) und 76 Prozent (Thüringen). Gegenüber 2010 nahm der Pachtflächenanteil in den Ländern mit dem höchsten Anteil an eigenen Flächen (Bayern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen) zu, in allen anderen Ländern hingegen ab.
Für kleinere Betriebe mit weniger als 20 Hektar ergab sich 2020 ein Pachtanteil von 30 Prozent an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche, bei mittleren Betrieben (50 bis 100 Hektar) waren es 57 Prozent und bei größeren Betrieben mit z. B. über 500 Hektar sind mehr als zwei Drittel der gesamten Fläche gepachtet.

Guter Boden, hohe Pachtpreise

Pachtpreise werden gleichzeitig von einer Vielzahl verschiedener Faktoren beeinflusst. Für Böden mit überdurchschnittlichem Ertragspotenzial müssen vergleichsweise

hohe Pachtpreise gezahlt werden. Deshalb liegen die Pachtentgelte beispielsweise im Bereich des Kölner Beckens, der Magdeburger Börde oder des Thüringer Beckens deutlich über dem Durchschnittswert des jeweiligen Bundeslandes. Erheblich niedriger ist der Pachtpreis für Flächen mit leichten Böden und geringer Ertragsfähigkeit, wie beispielsweise in Südbrandenburg.



Dauerkulturflächen deutlich teurer

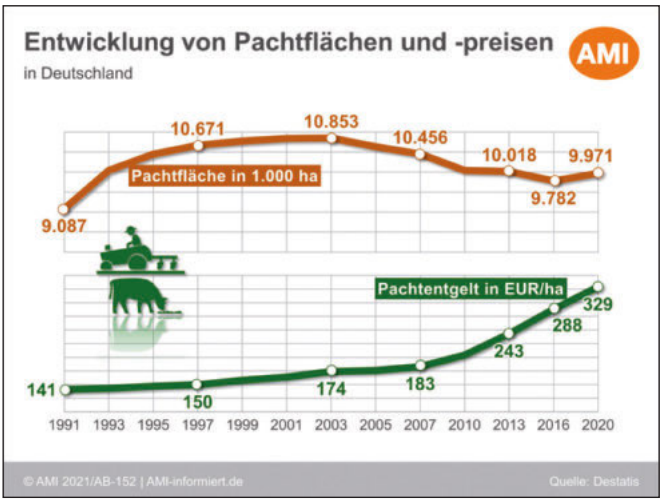
Der Pachtpreis für Ackerland lag 2020 in Deutschland bei durchschnittlich 375 Euro je Hektar, während er bei Dauergrünland nur bei 198 Euro je Hektar lag. Hohe Pachtpreise werden für Flächen erzielt, die für den Wein- oder Obstanbau genutzt werden. Separate Pachtpreise für Rebflächen werden für Rheinland-Pfalz erfasst. Für Rebflächen wurde hier 2020 ein durchschnittliches Pachtentgelt von 1.032 Euro je Hektar gezahlt. Auch die regionale Lage der landwirtschaftlichen Flächen spielt bei der Pachtpreisfindung eine wichtige Rolle. In marktnäheren Regionen oder in Gegenden mit einer Konzentration an Veredlungsbetrieben werden häufig höhere Pachten gezahlt. Zur Ausbringung von Wirtschaftsdünger werden Flächen benötigt. Hier fallen vielfach Pachtpreise von über 800 Euro je Hektar an. Ebenfalls überdurchschnittlich hohe Pachtentgelte sind in Gebieten mit intensiver gärtnerischer Nutzung – wie z. B. in Großstädten und ihrem Umland – zu verzeichnen. In den ostdeutschen Bundesländern liegt das Pachtpreisniveau meist niedriger als in den westdeutschen, näherte sich in den letzten Jahren jedoch deutlich an.

Kräftiger Anstieg der Pachtpreise

2020 betrug für Deutschland der durchschnittliche Pachtpreis 329 Euro je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche, bei Ackerland lag der Wert bei 375 Euro je Hektar und bei Dauergrünland bei 198 Euro je Hektar. Gegenüber der Landwirtschaftszählung 2010 bedeutet dies einen Anstieg um 62 Prozent bezogen auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt, um 64 Prozent bei Ackerland sowie um 53 Prozent bei Dauergrünland.

Pachtpreise in Nordrhein-Westfalen am höchsten, Schlusslicht Saarland

Die höchsten durchschnittlichen Pachtentgelte mussten Landwirte im Westen und im Norden Deutschlands zahlen. Spitzenreiter mit 518 Euro je Hektar war in 2020 Nordrhein-Westfalen, knapp gefolgt von Niedersachsen (514 Euro je ha) und Schleswig-Holstein (460 Euro je ha). Mit Abstand am geringsten waren die Pachtentgelte im Saarland (94 Euro je ha). Aber auch Brandenburg lag mit 146 Euro je Hektar deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Die genannte Rangfolge der Pachtpreise zeigt sich auch bei den Neupachten der letzten 2 Jahre: Nordrhein-Westfalen mit 657 Euro je Hektar gefolgt von Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit entsprechend 650 und 526 Euro. Schlusslicht im Bundesländervergleich ist das Saarland mit 140 Euro je Hektar. Aber auch





Thüringen, Brandenburg und Sachsen bleiben mit 203 bis 208 Euro je Hektar Neupacht deutlich hinter dem Bundesdurchschnitt (425 Euro je ha) zurück.

Pachtausgaben bei jährlich etwa 3,3 Milliarden Euro

Die Pachtausgaben der deutschen Landwirtschaft sind von 2,1 Milliarden Euro in 2010 über 2,8 Milliarden Euro in 2016 auf fast 3,3 Milliarden Euro in 2020 angestiegen. – Wird die Eigentumsfläche der Landwirte mit dem kapitalisierten durchschnittlichen Pachtpreis multipliziert, beläuft sich der Bodenkapitalstock der deutschen Landwirtschaft auf 40,5 Milliarden Euro.

Landwirtschaftlicher Pachtmarkt unterliegt vielfältigen Einflüssen

Die jährlichen Pachtausgaben der Landwirte betragen derzeit mit rund 3,3 Milliarden Euro (2020) das 2,3-fache der Pachtzahlungen vor Einführung der Direktzahlungen, dem Jahr 1992 (1,4 Mrd. Euro). Sie orientieren sich offensichtlich vornehmlich an den Renditen und sind damit auf verbesserte Bodenfruchtbarkeit, höhere Erlöserwartungen, Flächenknappheit durch Flächenverbrauch und Ausgleichsflächen sowie auf Notwendigkeiten zur Wirtschaftsdüngerverwertung zurückzuführen. Auch die Renditeerwartungen von außerlandwirtschaftlichen Investoren dürften eine Rolle spielen. Der Einfluss landwirtschaftlicher Direktzahlungen und ein „Durchreichen" an die Verpächter der Flächen spielt dagegen im Bundesdurchschnitt offensichtlich nur eine untergeordnete Rolle. Die landwirtschaftlichen Direktzahlungen betragen 4,8 Milliarden Euro (2020) und sind an zunehmenden kostenträchtigen Bewirtschaftungsauflagen geknüpft. Zudem sind sie im langjährigen Vergleich rückläufig. Der stete Anstieg der Pacht- und Bodenpreise hat sich gegenläufig und unabhängig davon entwickelt. Von den 4,8 Milliarden Euro Direktzahlungen entfallen 1,9 Milliarden Euro auf die Eigentumsflächen der Landbewirtschafter.

3.3 Betriebe und Betriebsgrößen

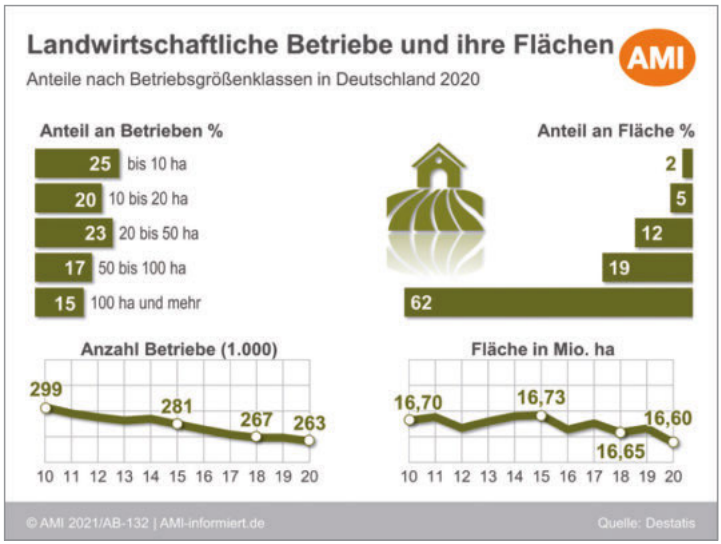
262.800 landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland

In Deutschland gab es 2020 262.800 landwirtschaftliche Betriebe mit mehr als 5 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF), einschließlich 21.500 Betrieben mit weniger als 5 Hektar LF, die auf Grund ihrer Tierbestände oder von Spezialkulturen zu den berichtspflichtigen Betrieben gehören. Diese Betriebe bewirtschafteten 2020 rund 16,595 Millionen Hektar LF. Die durchschnittliche Flächenausstattung der landwirtschaftlichen Betriebe erreichte 2020 63,2 Hektar LF. Nach ersten Ergebnissen der amtlichen Statistik für 2021 ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um knapp 1 Prozent auf mit 261.000 Betrieben zurückgegangen.

Agrarstruktur – Betriebe nach Hektargrößenklassen 2020

Betriebsgröße	Betriebe		Fläche	
von ... bis ...	Anzahl	Anteil	Hektar LF	Anteil
unter ... Hektar LF	in 1.000	in Prozent	in 1.000	in Prozent
unter 5	21,5	8,2	36,6	0,2
5 bis 10	44,8	17,0	324,8	2,0
10 bis 20	52,6	20,0	781,7	4,7
20 bis 50	61,1	23,2	2.034,8	12,3
50 bis 100	44,7	17,0	3.171,7	19,1
100 bis 200	24,9	9,5	3.398,3	20,5
200 bis 500	9,4	3,6	2.721,2	16,4
500 bis 1.000	2,4	0,9	1.703,8	10,3
1.000 und mehr	1,5	0,6	2.422,1	14,6
Insgesamt	**262,8**	**100,0**	**16.595,0**	**100,0**

Quelle: Statistisches Bundesamt SB22-T33-1



Strukturwandel geht weiter

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe nahm zwischen 2010 und 2020 um 36.400 auf 262.800 Betriebe ab. Das sind 12,2 Prozent weniger. Pro Jahr entspricht dies einer Abnahmerate von fast 1,2 Prozent. Damit scheint sich der landwirtschaftliche Strukturwandel etwas verlangsamt zu haben. Denn in den Jahrzehnten zuvor lag die durchschnittliche jährliche Abnahmerate der Betriebe bei etwa 3 Prozent, was statistisch alle 20 Jahre eine Halbierung der Zahl der Betriebe entspricht. Bei der augenscheinlich rückläufigen Abnahmerate ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Grenze der statistisch erfassten Betriebe auf 5 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) angehoben worden ist. Unter der Annahme, dass die Zahl der seit 2007 nicht mehr erfassten Betriebe seitdem um die Hälfte bis zwei Drittel zurückgegangen ist,

Agrarstrukturwandel 2010 bis 2020

Gebiet	Zahl der Betriebe ab 5 ha LF (in 1.000)		Jährliche Veränderung in Prozent
	2010	2020	2020 zu 2010
Früheres Bundesgebiet	274,6	238,1	- 1,3
Neue Länder	24,5	24,7	0,1
Deutschland	299,1	262,8	- 1,2

Quelle: Statistisches Bundesamt SB22-T33-3

Agrarstruktur – Landwirtschaftliche Betriebe nach Bundesländern 2020

Gebiet	Zahl der Betriebe in 1.000	Anteil in %	LF in 1.000 ha	Anteil in %
Baden-Württemberg	38,1	14,5	1.408,1	8,5
Bayern	84,8	32,3	3.107,7	18,7
Brandenburg	5,4	2,1	1.310,4	7,9
Hessen	15,1	5,7	764,7	4,6
Mecklenburg-Vorpommern	4,8	1,8	1.343,5	8,1
Niedersachsen	35,4	13,5	2.571,3	15,5
Nordrhein-Westfalen	33,6	12,8	1.473,2	8,9
Rheinland-Pfalz	16,4	6,2	699,2	4,2
Saarland	1,1	0,4	74,0	0,4
Sachsen	6,5	2,5	898,4	5,4
Sachsen-Anhalt	4,3	1,6	1.162,7	7,0
Schleswig-Holstein	12,2	4,6	982,8	5,9
Thüringen	3,7	1,4	774,8	4,7
Deutschland	**262,8**	**100,0**	**16.595,0**	**100,0**

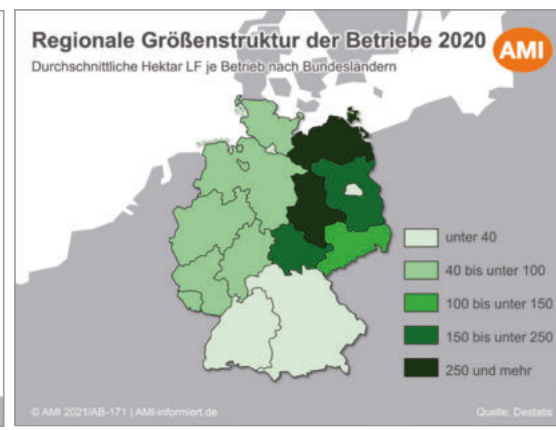
Quelle: Statistisches Bundesamt SB22-T33-2

liegt die jährliche Abnahme der landwirtschaftlichen Betriebe in den letzten 10 Jahren bei etwa 2,4 Prozent.

Wachstumsschwelle verschiebt sich nach oben

Die sogenannte Wachstumsschwelle, unterhalb derer die Zahl der Betriebe ab- und oberhalb derer die Zahl der Betriebe zunimmt, steigt kontinuierlich an. Die Zahl der Betriebe in den Größenklassen unter 100 Hektar LF nimmt ab. Die Zahl der Betriebe mit 100 Hektar und mehr hingegen nimmt zu, zwischen 2010 und 2020 bundesweit um 4.600 auf 38.200 Betriebe oder knapp 15 Prozent aller Betriebe. Diese Betriebe bewirtschaften etwa 62 Prozent der LF in Deutschland. Im Niveau der Wachstumsschwelle gibt es allerdings regional große Unterschiede.





Regionale Unterschiede und betriebsspezifische Situationen

Bei regionaler Betrachtung wird ein Nord-Süd-Gefälle der Betriebsgrößen deutlich. Die Flächenausstattung allein lässt jedoch noch keine Aussage über die betriebliche Wettbewerbsfähigkeit zu, die auch bei geringerer Flächenausstattung etwa durch den Anbau von Sonderkulturen, besondere Vermarktungsformen bzw. durch eine intensive Tierhaltung gegeben sein kann. Während in Bayern und Baden-Württemberg aufgrund der früher angewendeten Erbaufteilung auf alle Nachfahren eher kleinere Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von durchschnittlich etwa 36 Hektar verbreitet sind, weisen die Betriebe im Norden Deutschlands aufgrund des vermehrt angewendeten Anerbenrechts mit durchschnittlich 82 Hektar in Schleswig-Holstein und 73 Hektar in Niedersachsen eine deutlich größere Flächennutzung auf. Die größten landwirtschaftlichen Betriebe gibt es nach wie vor im Osten Deutschlands, wo nach der Wende die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) in entsprechend große Nachfolgebetriebe überführt wurden. An der Spitze bei den Betriebsgrößen liegen Mecklenburg-Vorpommern mit durchschnittlich 281 Hektar LF pro Betrieb und Sachsen-Anhalt mit 270 Hektar LF pro Betrieb.

Strukturwandel landwirtschaftlicher Betriebe

Betriebsgröße von ... bis unter ... ha LF	2010	2020	%-Veränderung 2020 zu 2010
	Zahl der Betriebe in 1.000		
unter 5	27,4	21,5	-21,5
5 – 10	47,3	44,8	-5,3
10 – 20	63,2	52,6	-16,8
20 – 50	76,1	61,1	-19,7
50 - 100	51,6	44,7	-13,4
100 - 200	22,8	24,9	9,2
200 - 500	7,2	9,4	30,6
500 - 1.000	2,1	2,4	14,3
1.000 und mehr	1,5	1,5	0,0
Insgesamt	**299,1**	**262,8**	**-12,2**

Quelle: Statistisches Bundesamt — SB22-T33-4

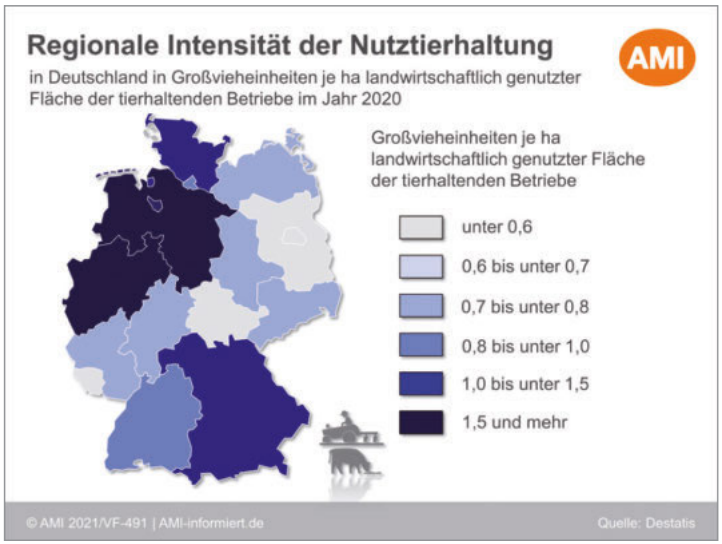
Entwicklung von Betrieben und Betriebsgrößen nach Bundesländern

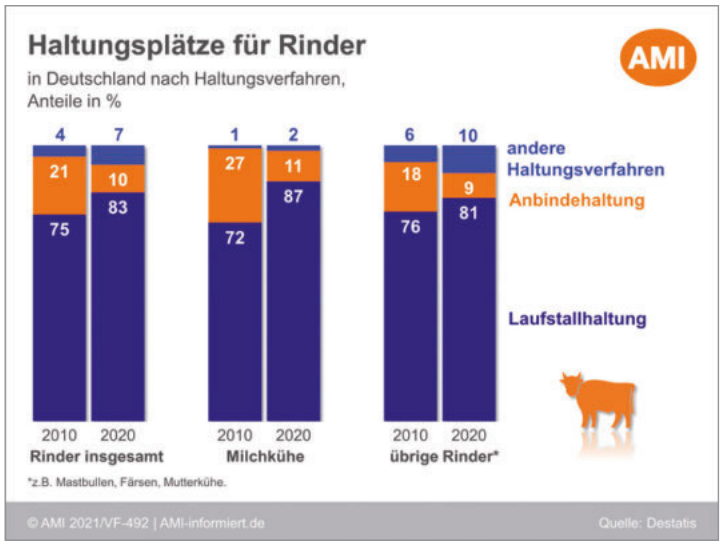
	2010		2020		%-Veränderung 2020 zu 2010	
	Betriebe in 1.000	ha LF je Betrieb	Betriebe in 1.000	ha LF je Betrieb	Anzahl Betriebe	ha LF je Betrieb
Baden-Württemberg	44,5	31,7	39,4	36,0	-11,5	13,7
Bayern	97,9	32,0	84,6	36,3	-13,6	13,2
Brandenburg	5,6	236,4	5,4	242,7	-3,6	2,7
Hessen	17,8	43,1	15,1	50,8	-15,2	18,0
Mecklenburg-Vorp.	4,7	287,4	4,8	280,6	2,1	-2,4
Niedersachsen	41,7	61,8	35,5	72,8	-14,9	17,8
Nordrhein-Westfalen	35,8	40,9	33,6	44,0	-6,1	7,7
Rheinland-Pfalz	20,6	34,2	16,4	43,3	-20,4	26,4
Saarland	1,3	59,9	1,1	67,5	-15,4	12,7
Sachsen	6,3	144,9	6,5	138,1	3,2	-4,7
Sachsen-Anhalt	4,2	279,3	4,3	270,1	2,4	-3,3
Schleswig-Holstein	14,1	70,6	12,2	81,6	-13,5	15,6
Thüringen	3,7	212,6	3,7	209,4	0,0	-1,5
Deutschland	**299,1**	**55,8**	**263,5**	**63,1**	**-11,9**	**12,9**
dar. neue Länder	24,5	226,4	24,7	222,3	0,8	-1,8
dar. früh. Bundesgebiet	274,6	40,6	238,8	46,6	-13,0	14,6

Quelle: Statistisches Bundesamt — SB22-T33-7

Anteil viehloser Betriebe stark angestiegen

Während die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe zwischen 2010 und 2020 um gut 12 Prozent zurückging, verringerte sich die Zahl der darin enthaltenen Betriebe mit Nutztierhaltung um 22 Prozent. Mit 25 Prozent noch





stärker war der Rückgang bei den Sonderkulturbetrieben. Zum Stichtag 1. März 2020 wurden in 167.900 landwirtschaftlichen Betrieben Tiere gehalten – anteilig sind das 64 Prozent aller Betriebe, 9 Prozentpunkte weniger als in 2010. Entsprechend stark gewachsen ist der Anteil viehloser Betriebe, von 27 auf 36 Prozent. Anders als bei den halbjährlichen bzw. jährlichen Viehzählungen werden in den Agrarstrukturerhebungen und der zuletzt in 2020 durchgeführten Landwirtschaftszählung auch Betriebe mit Nutztieren erfasst, die unterhalb der statistischen Erfassungsgrenzen der Viehzählungen liegen.

Regionale Unterschiede

Die Tierhaltung erfolgt in den verschiedenen Regionen Deutschlands mit unterschiedlicher Intensität – gemessen an der Relation des Tierbestandes (in GVE Großvieheinheiten – entspricht 500 Kilogramm Lebendgewicht) und der zur Verfügung stehenden landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) eines tierhaltenden Betriebes. Im Bundesländervergleich relativ hohe Werte weisen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (jeweils 1,6 GVE je ha LF) auf. Auch Bayern (1,2 GVE je ha LF) liegt noch über dem Bundesdurchschnitt von 1,1 GVE je ha LF. – Die Tierhaltung wird in den einzelnen Bundesländern von unterschiedlichen Tierarten bestimmt: In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wird mehr als die Hälfte aller Schweine in Deutschland gehalten. Die Geflügelhaltung ist mit 49 Prozent der gesamten Haltungsplätze besonders auf Niedersachsen konzentriert. Spitzenreiter bei der Rinderhaltung ist weiterhin Bayern – hier stehen 26 Prozent des Gesamtbestandes, gefolgt von Niedersachsen (22 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (11 Prozent).

Starker Rückgang der Anbindehaltung

Von den insgesamt 11,5 Millionen Stallhaltungsplätzen für Rinder (Stand 1. März 2020) entfallen 83 Prozent auf die Laufstallhaltung. Nur noch 10 Prozent aller Haltungsplätze befanden sich

in Ställen mit Anbindehaltung und auf weiteren 7 Prozent der Haltungsplätze wurden andere Haltungsverfahren praktiziert wie beispielsweise Kälberiglus. Insgesamt verringerte sich die Anzahl der Haltungsplätze für Rinder seit dem Jahr 2010 um 2,6 Millionen (minus 18 Prozent). Den deutlichsten Rückgang von Haltungsplätzen verzeichnete die Anbindehaltung. Deren Zahl sank von 3,0 Millionen (2010) auf rund 1,1 Millionen (2020) und damit um 62 Prozent. Von den Betrieben mit Anbindehaltung betrieben 52 Prozent auch Weidehaltung. Dagegen hielten 48 Prozent dieser Betriebe die Rinder ganzjährig in Anbindehaltung.

Haltungsverfahren Rinder, Schweine und Legehennen

Haltungsplätze	2010		2020	
	in 1.000	in Prozent	in 1.000	in Prozent
Rinder	**14.062**	**100,0**	**11.463**	**100,0**
Anbindestall	3.016	21,4	1.138	9,9
Laufstall	10.452	74,3	9.496	82,8
andere Stallhaltungsverfahren	594	4,2	828	7,2
Schweine	**28.548**	**100,0**	**27.758**	**100,0**
Vollspaltenboden	19.058	66,8	21.962	79,1
Teilspaltenboden	7.199	25,2	4.670	16,8
Planbefestigter Boden mit	1.710	6,0	686	2,5
andere Stallhaltungsverfahren	581	2,0	440	1,6
Legehennen	**42.528**	**100,0**	**60.853**	**100,0**
Freiland	7.121	16,7	18.788	30,9
Bodenhaltung	28.104	66,1	39.417	64,8
Käfighaltung	7.303	17,2	2.648	4,4

Quelle: Statistisches Bundesamt SB22-T33-6

Rund ein Drittel aller Rinder geht auf die Weide

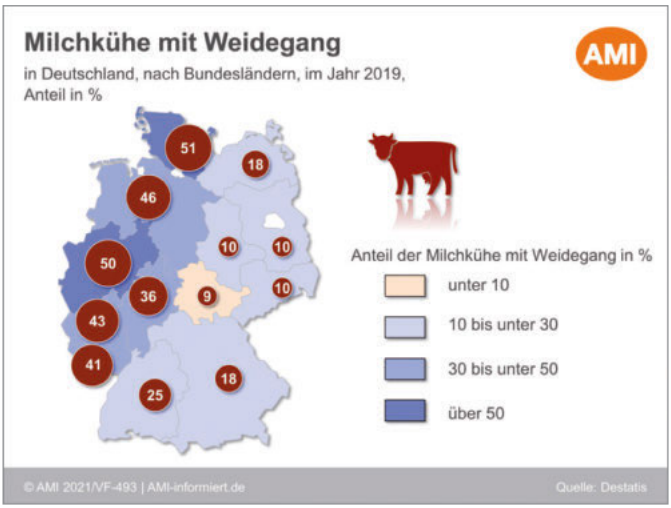
Im Laufe des Jahres 2019 konnten 3,6 Millionen Rinder und damit rund 31 Prozent aller Rinder in Deutschland auf Weiden grasen. Im Zehnjahresvergleich zeigt sich ein Rückgang der Weidehaltung, da 2010 noch 37 Prozent der Rinder die Möglichkeit zum Weidegang hatten. Regional gibt es große Unterschiede in der Weidehaltung. In Bayern lag der Anteil der Weidenutzung 2019 bei 17 Prozent. In Niedersachsen hatten 34 Prozent der Rinder eine Möglichkeit zur Weidenutzung. Was die Weidehaltung in der Milchviehhaltung angeht, sind Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein die Spitzenreiter. Hier hat etwa die Hälfte der Milchkühe Zugang zur Weide.

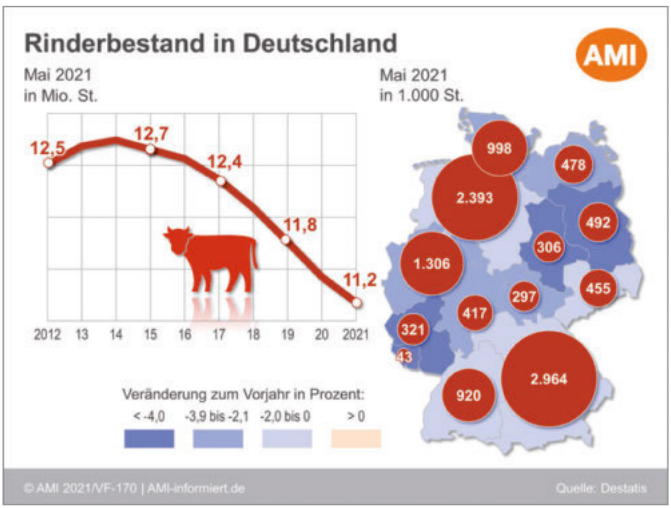
Schweinehaltung: Vier Fünftel auf Vollspaltenboden

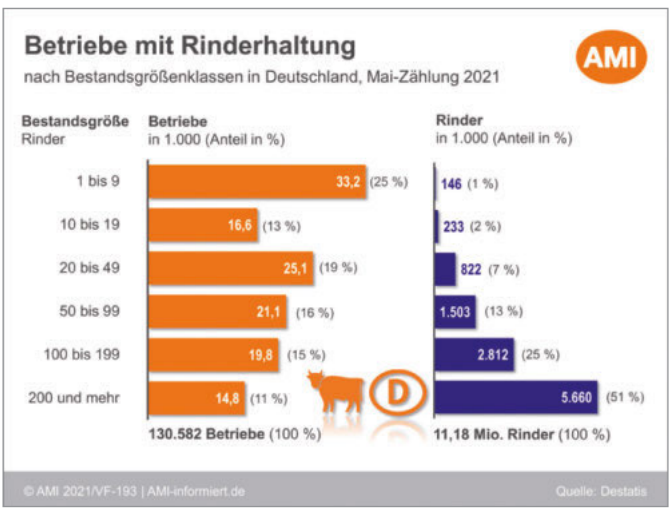
Zum Stichtag 1. März 2020 hatten in Deutschland 34.800 Betriebe rund 27,8 Millionen Stallhaltungsplätze für Schweine. 2010 waren es noch 65.200 Betriebe (- 47 Prozent) mit 28,5 Millionen Stallhaltungsplätzen (- 3 Prozent). Von den insgesamt 27,8 Millionen Plätzen in der Schweinehaltung nahmen Ställe mit Vollspaltenboden den größten Anteil ein, nämlich etwa 79 Prozent aller Haltungsplätze. Gegenüber 2010 ist das ein Anstieg um 12 Prozentpunkte. Der Anteil der Plätze in Ställen mit Teilspaltenboden lag zuletzt bei 17 Prozent gegenüber 25 Prozent im Jahr 2010. Andere Haltungsverfahren, wie beispielsweise Haltungsplätze mit Tiefstreu, waren mit nur 4 Prozent kaum verbreitet. Nur 1 Prozent der Haltungsplätze für Schweine war mit einem Zugang zu einem Auslauf versehen.

Legehennen: Freilandhaltung gewinnt weiter an Bedeutung

46.700 Betriebe hatten im Jahr 2020 insgesamt 60,9 Millionen Haltungsplätze für Legehennen. Die Anzahl der Haltungsplätze für Legehennen stieg in den vergangenen zehn Jahren um 43 Prozent, während die Anzahl der Betriebe mit Legehennenhaltung in diesem Zeitraum um 11.600 Betriebe (- 20 Prozent) abnahm. Zwischen 2010 und 2020 ist die Zahl der Bodenhaltungsplätze von 28,1 auf 39,4 Millionen und damit um 40 Prozent angestiegen, wodurch die Bodenhaltung in 2020 mit einem







Anteil von 65 Prozent weiterhin die dominierende Haltungsform bei Legehennen ist (2010: 66 Prozent). Der Anteil der Freilandhaltung hat in den vergangenen zehn Jahren von 17 auf 31 Prozent zugenommen und war damit 2020 die zweitwichtigste Haltungsform. Nur noch 4 Prozent der Haltungsplätze für Legehennen (2,6 Millionen) waren in der ausgestalteten Käfighaltung vorhanden. 2010 waren es noch 17 Prozent. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt im Verbot und der nahenden Auslauffrist dieser Haltungsform im Jahr 2025.

Enormer Strukturwandel in der Tierhaltung

Das Statistische Bundesamt zählt im Halbjahresrhythmus die Viehbestände in Deutschland. Nach den Mai-Ergebnissen hält der starke Strukturwandel in der deutschen Nutztierhaltung auch in 2021 weiterhin an. Mit diesem Strukturwandel einher geht eine deutliche Abstockung der Viehbestände in Deutschland.

Weniger Rinder, weniger Rinderhalter

Nach den Ergebnissen der Mai-Zählung 2021 lag die Zahl der in Deutschland gehaltenen Rinder bei rund 11,2 Millionen Stück. Damit ist der deutsche Rinderbestand gegenüber Mai 2020 weiter zurückgegangen (- 2,2 Prozent). Die Zahl der Rinderhalter verringerte sich auf 130.600 (- 2,0 Prozent).

76 Prozent der Rinder in Beständen mit 100 und mehr Rindern

Der Anteil der Betriebe mit 100 und mehr Rindern liegt zwar nur bei gut 26 Prozent, sie halten aber drei Viertel aller Tiere (76 Prozent). Dabei treten deutliche regionale Unterschiede auf. Während in den östlichen Ländern der Anteil der Tiere in den Größenklassen ab 100 Rinder um die 90 Prozent liegt, werden in Süddeutschland etwa drei Fünftel der Rinder in Beständen mit 100 und mehr Rindern gehalten.

36 Prozent weniger Milchviehhalter binnen 10 Jahren

In 2021 ist die Zahl der Milchkuhhalter in Deutschland weiter stark zurückgegangen. Im Mai 2021 wurden 55.800 Milchviehhalter und damit im Jahresvergleich 4,3 Prozent weniger gezählt. Bereits in den Vorjahren war die Zahl der Milchviehhalter stark geschrumpft (- 5,6 Prozent in 2017, - 5,0 Prozent in 2018, - 4,5 Prozent jeweils in 2019 und 2020). Damit hat sich die Zahl der Milchviehhalter in den vergangenen 10 Jahren um 36 Prozent verringert. Die Zahl der Milchkühe reduzierte sich gegenüber Mai 2020 um 2,0 Prozent auf 3,891 Millionen Tiere. Im 10 Jahresvergleich fällt das Tierbestandsminus mit 7,0 Prozent deutlich größer aus.

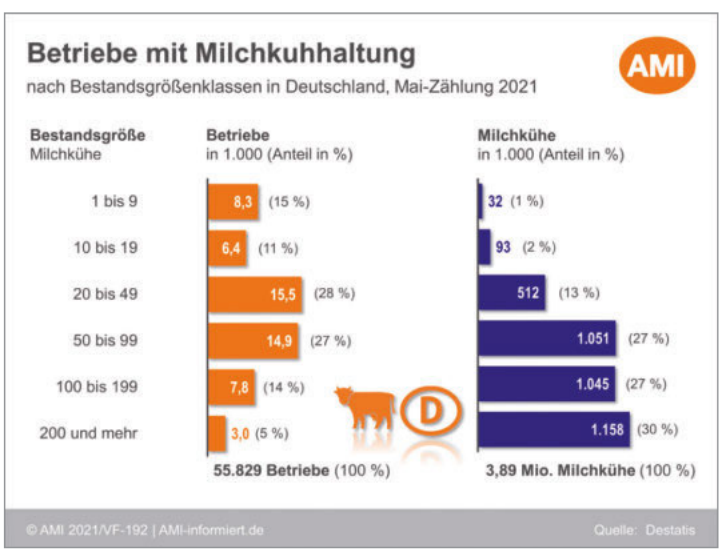
Agrarstruktur – Prozent-Anteil der Betriebe mit größeren Tierbeständen 2020*

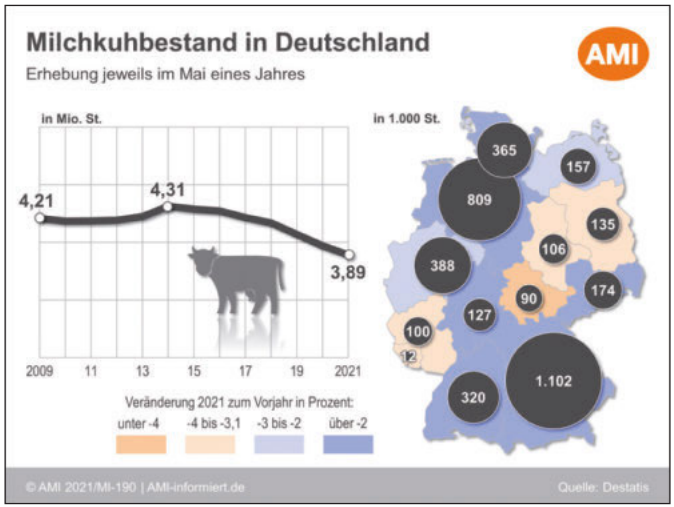
Bundesland	Anteil der Betriebe mit größeren Tierbeständen in Prozent							
	200 und mehr Rinder		100 und mehr Milchkühe		1.000 und mehr Schweine		200 und mehr Zuchtsauen	
	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere
Baden-Württemb.	7,7	32,8	13,0	35,7	16,2	64,8	20,7	58,1
Bayern	6,2	22,9	5,7	18,7	14,7	57,0	11,3	43,5
Brandenburg	23,7	83,5	73,4	97,3	29,4	97,9	40,3	98,4
Hessen	7,6	37,6	22,8	52,9	8,4	62,8	11,7	57,7
Mecklenburg-Vorp.	30,3	86,9	64,8	96,5	40,7	98,5	47,4	99,0
Niedersachsen	27,2	66,9	41,6	71,4	44,7	85,4	46,0	82,7
Nordrhein-Westf.	15,1	52,2	28,3	61,7	40,2	71,2	40,3	75,2
Rheinland-Pfalz	10,7	41,3	22,9	54,2	11,3	62,0	6,5	26,6
Saarland	10,7	42,4	28,1	59,6	.	.	.	.
Sachsen	12,8	79,5	48,4	91,3	14,0	95,2	30,1	97,0
Sachsen-Anhalt	25,7	85,4	77,0	96,2	36,2	98,5	62,1	99,3
Schleswig-Holst.	32,1	71,5	47,4	73,6	46,3	88,8	40,3	86,8
Thüringen	17,8	84,6	60,7	95,1	15,7	96,8	31,8	97,4
Deutschland	**13,6**	**52,3**	**19,6**	**55,7**	**27,8**	**78,5**	**29,2**	**78,3**

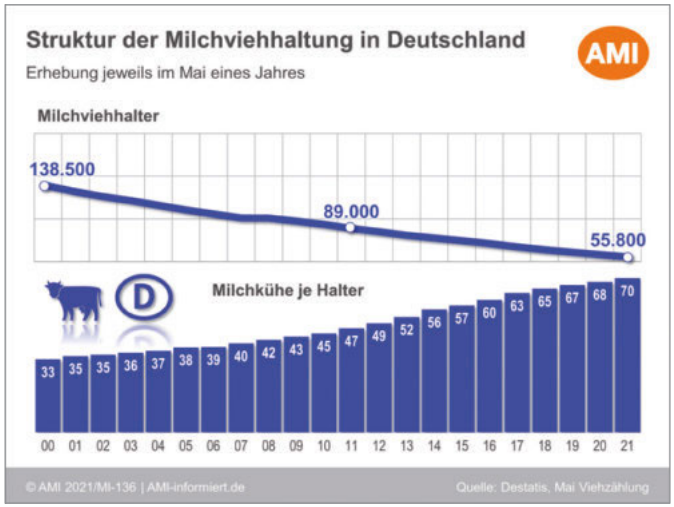
Quelle: Statistisches Bundesamt * Landwirtschaftszählung SB22-T33-5

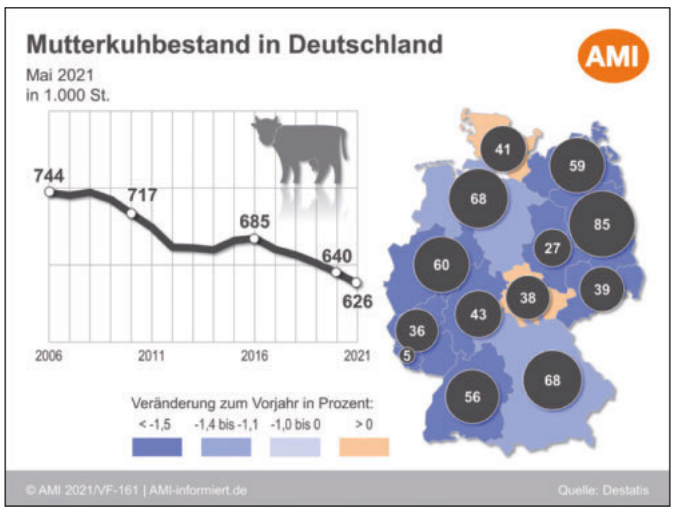
Durchschnittlicher Bestand bei 70 Milchkühen

Im Bundesdurchschnitt hält ein Milchviehhalter 70 Milchkühe. Groß sind die regionalen Unterschiede. Die größten Herden befinden sich in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit Durchschnittsgrößen von 234 bzw.









246 Kühen. Relativ klein sind die durchschnittlichen Milchviehbestände in Bayern (43 Kühe), Hessen und Baden-Württemberg (54 bzw. 55 Kühe).

57 Prozent der Milchkühe in Beständen mit 100 und mehr Milchkühen

In Beständen mit 100 und mehr Milchkühen – das sind 19 Prozent aller Milchviehhaltungen – standen im Mai 2021 rund 57 Prozent der deutschen Milchkühe. Die Anzahl der Milchviehhaltungen mit über 500 Milchkühen stieg 2021 auf 561. Deren Milchviehherden machen mit 463.800 Tieren fast 12 Prozent des deutschen Milchviehbestandes aus.

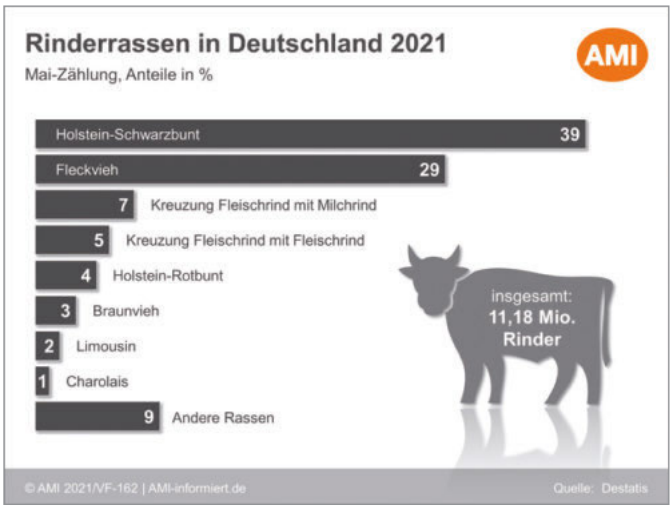
Etwas weniger Ammen- und Mutterkühe

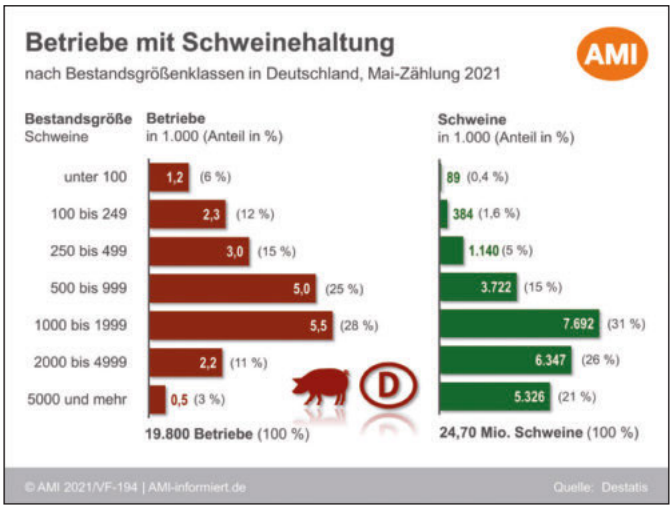
Im Mai 2021 wurden in Deutschland 625.500 Ammen- und Mutterkühe gezählt. Damit ist der Bestand an Ammen- und Mutterkühen im Jahresvergleich um 2,3 Prozent zurückgegangen. Die Zahl ihrer Halter ist weiter leicht rückläufig (gegenüber 2020 - 0,6 Prozent). Die insgesamt 49.100 Ammen- und Mutterkuhhalter hielten zuletzt im Durchschnitt 13 Ammen- und Mutterkühe. Der Schwerpunkt dieser Art von Rinderhaltung liegt in Ostdeutschland, wo 40 Prozent aller deutschen Ammen- und Mutterkühe gehalten werden. Die meisten Ammen- und Mutterkühe werden mit rund 84.500 Tieren in Brandenburg gehalten. Der Durch-

schnittsbestand liegt dort bei 33 Ammen- und Mutterkühen.

Holstein-Schwarzbunt und Fleckvieh sind die dominierenden Rinderrassen

Die mit Abstand bedeutendsten Rinderrassen sind die Milchnutzungsrasse „Holstein-Schwarzbunt" mit rund 4,39 Millionen Tieren, gefolgt von der Doppelnutzungsrasse „Fleckvieh" mit rund 3,14 Millionen Tieren. Mit großem Abstand folgen Kreuzungstiere aus verschiedenen Fleischrinderrassen und die Milchnutzungsrasse „Holstein-Rotbunt" mit 0,49 Millionen Tieren. Bei der Viehzählung werden auch Büffel und Bisons erfasst. Davon gab es im Mai 2021 10.500 Tiere. Das Gesamtergebnis wird davon kaum beeinflusst.



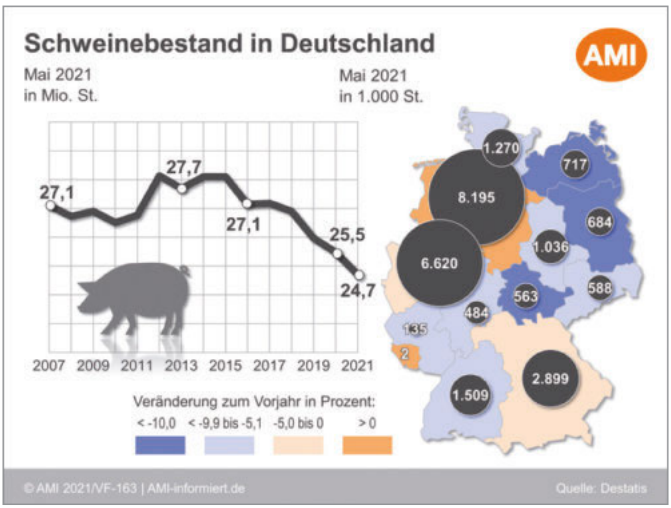


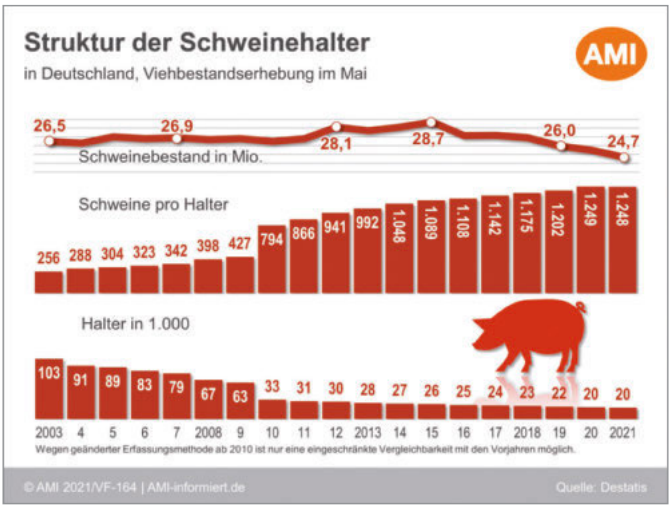
Deutsche Schweineerzeugung weiter im Sinkflug

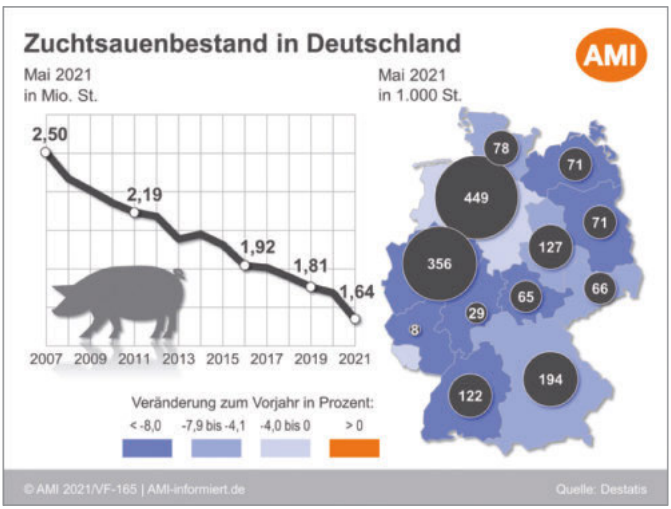
Nach den amtlichen Angaben der Agrarstatistik hat die Schweinehaltung in Deutschland offensichtlich ihren Zenit überschritten. Der seit 2015 bestehende Trend rückläufiger Bestände hat sich zuletzt weiter fortgesetzt. Der im Mai 2021 gezählte Bestand von 24,7 Millionen Schweinen fällt gegenüber den Boomjahren 2012 bis 2015 um 12 Prozent niedriger aus. Besonders stark ist der Rückgang der Sauenhaltung (minus 21 Prozent). Nach Befragungsergebnissen sehen die Landwirte, unabhängig von der Marktlage, einen wesentlichen Grund für diese starke Produktionseinschränkung in unsicheren gesetzlichen Rahmenbedingungen vor allem bei den Tierhaltungsstandards.

Immer weniger Schweinehalter

Zum Stichtag 3. Mai 2021 standen in deutschen Ställen rund 24,7 Millionen Schweine. Das sind gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert gut 3 Prozent weniger. Gleichzeitig ging die Anzahl der Schweine haltenden Betriebe um 2,9 Prozent auf 19.800 Betriebe zurück. Bereits in den beiden Vorjahren schrumpfte die Zahl der Schweinehalter mit - 5,6 bzw. - 5,7







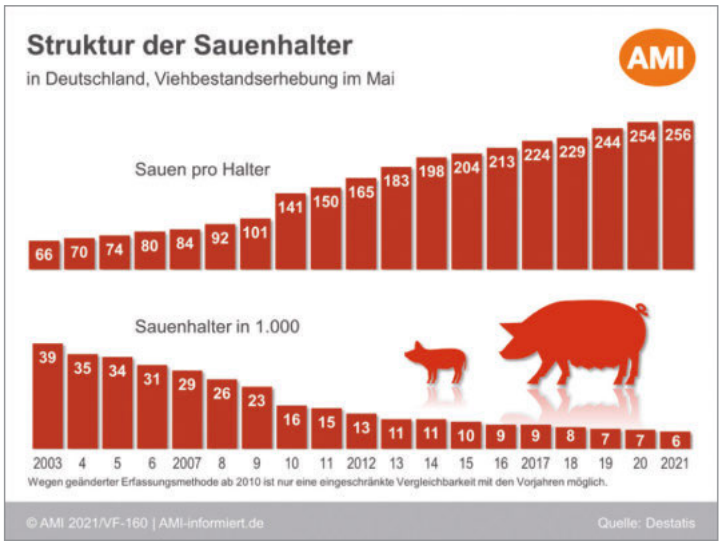
Prozent deutlich. Im 10 Jahresvergleich ist die Zahl der Schweinehalter um 36 Prozent oder 11.100 Betriebe zurückgegangen, während der Schweinebestand um 8 Prozent oder 2,1 Millionen Tiere niedriger ausfällt. Die Entwicklung zu größeren Beständen schreitet in der Schweinehaltung weiter fort. 78 Prozent aller in Deutschland gehaltenen Schweine standen im Mai 2021 in den 8.200 Beständen mit 1.000 und mehr Schweinen. Der durchschnittliche Schweinebestand hat sich von 866 Schweinen in 2011 auf 1.248 Schweinen in 2021 erhöht (+ 44 Prozent).

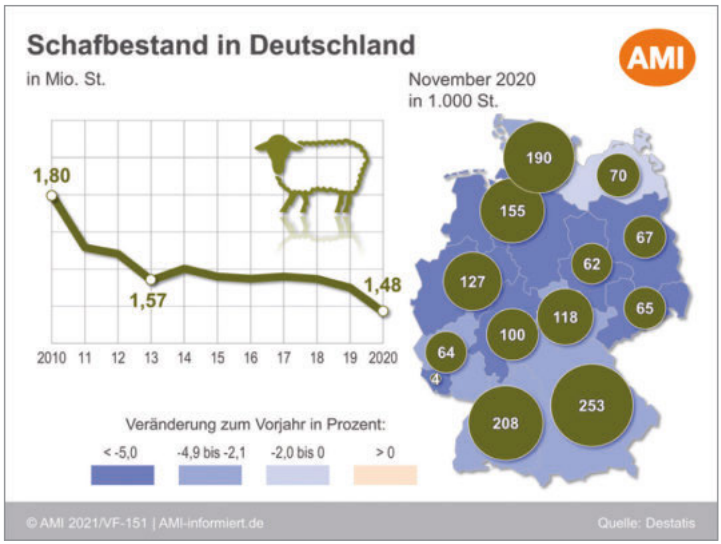
Starke Schrumpfung der Sauenhaltung

Mit rund 1,637 Millionen Tieren wurden im Mai 2021 bundesweit deutlich weniger Zuchtsauen gezählt als ein Jahr zuvor (- 7,8 Prozent). Die Zahl ihrer Halter ging fast ebenso stark zurück, und zwar um rund 600 oder fast 9 Prozent auf 6.400. Binnen 10 Jahren hat mehr als jeder zweite Sauenhalter seine Ferkelerzeugung eingestellt (- 54 Prozent). Die Zahl der gehaltenen Sauen hat sich im gleichen Zeitraum um 25 Prozent vermindert. Die Anzahl der gehaltenen Sauen pro Betrieb hat sich weiter erhöht, und zwar auf durchschnittlich 256 Tiere. 70 Prozent aller in Deutschland gehaltenen Sauen stehen in den rund 1.900 Beständen mit 250 und mehr Zuchtsauen.

Treiber der Strukturentwicklung

- Schwache Marktstellung – Internationaler Wettbewerb
- Technischer und züchterischer Fortschritt
- Wirtschaftliche Größenvorteile
- Gesetzlicher Regelungsdruck
- Wachsende Kundenanforderungen
- Kritische öffentliche Diskussion über Landwirtschaft





Rückläufige Schafbestände

Die Schafbestände werden von der amtlichen Statistik nur einmal im Jahr erfasst, und zwar im November. Im November 2020 wurden insgesamt 1,48 Millionen Schafe gezählt. Das ist ein Rückgang um 72.800 Tiere (- 4,7 Prozent) im Vergleich zum November 2019. Die Anzahl der Schafhalter ging dagegen im Jahresvergleich um gut 3 Prozent auf 9.100 zurück. Seit 2011 sind Schafhalter und Schafbestände um 12 bzw. 11 Prozent zurückgegangen. Rund 900 Betriebe halten 500 Schafe und mehr. Auf sie entfielen im November 2020 52 Prozent des Schafbestandes in Deutschland. In der jährlichen Stichtags-Viehzählung werden nur Betriebe erfasst, die mindestens 20 Schafe halten.
Nach der Landwirtschaftszählung dagegen werden auch Betriebe mit weniger als 20 Schafen erfasst, soweit sie über andere Tierarten oder die Fläche zu den erhebungspflichtigen Betrieben gehören.
Nach Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2020 gab es 19.900 Schafhalter mit 1,81 Millionen Schafen.

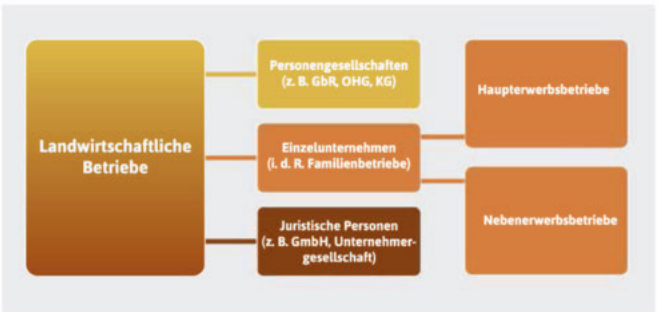
3.4 Betriebs- und Rechtsformen

Landwirtschaftliche Betriebe nach Rechtsformen 2020

Rechtsform	Betriebe		Fläche		Durchschnittl. Betriebsgröße (ha LF)
	Zahl in 1.000	Anteil in Prozent	LF in 1.000 ha	Anteil in Prozent	
			Früheres Bundesgebiet		
Einzelunternehmen	210,3	88,6	8.797,1	79,4	42
Personengesellschaften	24,9	10,5	2.146,7	19,4	86
Juristische Personen	2,1	0,8	137,2	1,2	66
Betriebe insgesamt	**237,3**	**100,0**	**11.080,9**	**100,0**	**47**
			Neue Länder		
Einzelunternehmen	17,3	70,0	1.508,3	27,5	87
Personengesellschaften	3,6	14,4	1.247,9	22,7	351
Juristische Personen	3,9	15,6	2.733,7	49,8	708
Betriebe insgesamt	**24,8**	**100,0**	**5.489,8**	**100,0**	**222**
			Deutschland		
Einzelunternehmen	228,3	86,9	10.324,4	62,2	45
Personengesellschaften	28,6	10,9	3.399,0	20,5	119
Juristische Personen	5,9	2,2	2.871,7	17,3	483
Betriebe insgesamt	**262,8**	**100,0**	**16.595,0**	**100,0**	**63**

Quelle: Statistisches Bundesamt SB22-T34-1

Rechtsformen der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt © Situationsbericht 2022/Gr34-7

Einzelunternehmen dominieren

Nach Rechtsformen betrachtet dominieren die landwirtschaftlichen Einzelunternehmen, die in der Regel als Familienbetriebe geführt werden. Nach Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2020 zählen 87 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe Deutschlands zu den Einzelunternehmen und 11 Prozent zu den Personengesellschaften. 2 Prozent der Betriebe gehören zur Rechtsform der juristischen Personen (GmbH, Genossenschaft, AG).

Juristische Personen besonders in den neuen Bundesländern

Vor allem durch zahlreiche neu entstandene GmbHs ist die Zahl der juristischen Personen zwischen 2010 und 2020 von rund 5.100 auf rund 5.900 angestiegen (einschließlich juristische Personen des öffentlichen Rechts). In den neuen Bundesländern ist eine vergleichsweise hohe Zahl von 3.900 Kapitalgesellschaften, eingetragenen Genossenschaften und Aktiengesellschaften tätig. Im früheren Bundesgebiet haben 2.100 Unternehmen die Rechtsform einer juristischen Person gewählt. Von den juristischen Personen werden in Deutschland rund 17 Prozent der Landwirtschaftsfläche bewirtschaftet, Tendenz insgesamt leicht abnehmend. Während der

Flächenanteil der Agrargenossenschaften deutlich rückläufig ist, nimmt der Bewirtschaftungsanteil der GmbHs kräftig zu. Juristische Personen bewirtschaften im Durchschnitt über 483 Hektar.

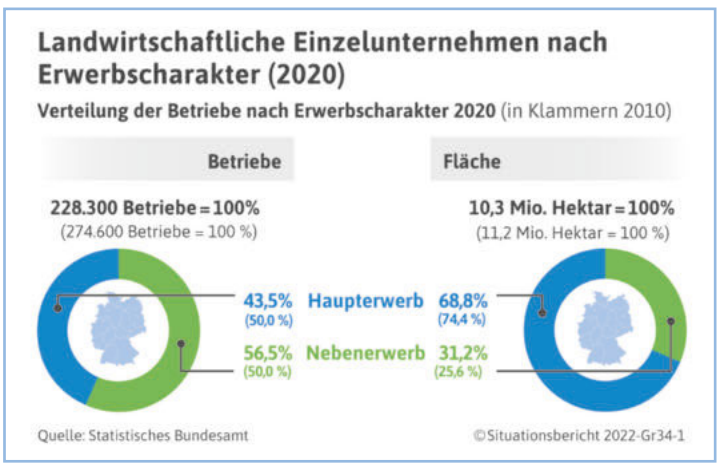
Starker Zuwachs bei den Personengesellschaften

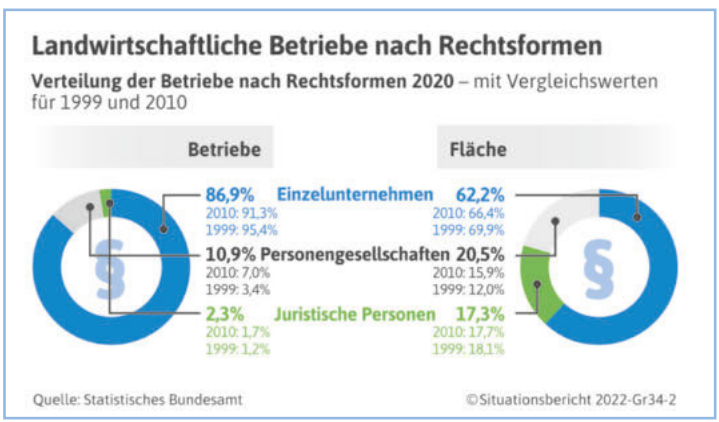
Die Entscheidung, weiter – ganz oder teilweise – von der Landwirtschaft zu leben, ist auch von der Perspektive auf eine Hofnachfolge abhängig. Dies zeigt sich unter anderem in der Zunahme von Personengesellschaften; diese Rechtsform hatten knapp elf Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in der Landwirtschaftszählung 2020 angegeben. Insbesondere die Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR) verzeichneten eine starke Zunahme seit 2010. Sie sind ein beliebtes Instrument für die gemeinsame Wahrnehmung der Betriebsleitung durch Eltern und Kinder, bieten aber auch außerhalb der eigenen Familie die Möglichkeit, die Verantwortung auf mehrere Schultern zu verteilen. Von den Personengesellschaften werden mittlerweile fast 21 Prozent der LF Deutschlands bewirtschaftet. 1999 und 2010 waren es noch entsprechend 12 und 16 Prozent. Die durchschnittliche Flächenausstattung der Personengesellschaften lag 2020 bei 119 Hektar.
Von der ebenfalls stark gestiegenen Zahl der GmbHs werden mittlerweile 9 Prozent der Agrarfläche Deutschlands bewirtschaftet. Im Osten Deutschlands sind es sogar

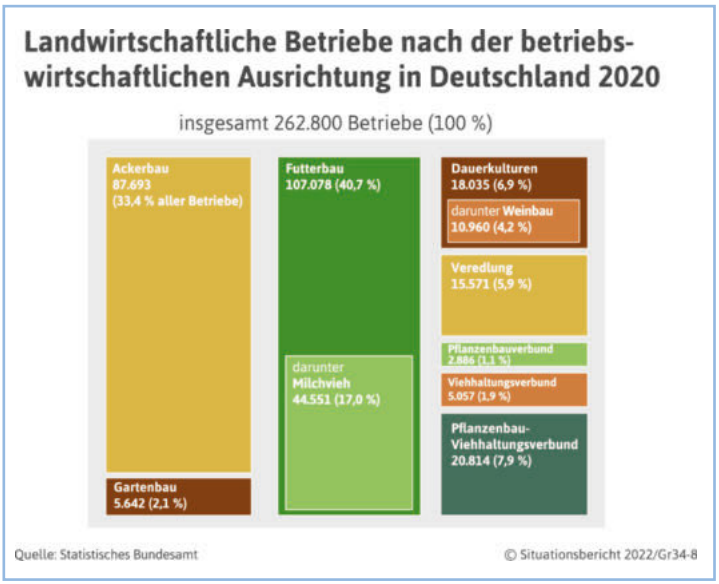
Entwicklung der Zahl der Personengesellschaften und juristischen Personen

	1999	2010	2020
Deutschland			
Personengesellschaften	16.148 (12,0)	21.042 (15,9)	28.570 (20,5)
dar. GbR	13.777 (9,5)	17.639 (12,4)	23.619 (15,8)
Juristische Personen	5.419 (18,1)	5.062 (17,7)	5.947 (17,3)
dar. Genossenschaften	1.366 (10,0)	1.067 (8,3)	1.101 (7,3)
dar. GmbH	2.407 (7,1)	2.841 (8,3)	3.656 (9,0)
dar.: Neue Länder			
Personengesellschaften	3.199 (23,5)	3.204 (22,3)	3.559 (22,7)
dar. GbR	2.679 (15,8)	2.412 (14,1)	2.513 (12,9)
Juristische Personen	3.248 (53,7)	3.528 (51,3)	3.859 (49,8)
dar. Genossenschaften	1.205 (30,4)	983 (24,9)	877 (21,6)
dar. GmbH	1.755 (21,5)	2.246 (24,5)	2719 (26,5)

Quelle: Statistisches Bundesamt (in Klammern Flächenanteil an der Gesamt-LF) SB22-T34-2







entsprechend 27 Prozent. Weitere 22 Prozent der Fläche befinden sich dort in der Bewirtschaftung von Agrargenossenschaften.

Nur noch knapp zwei Drittel der Fläche von Einzelunternehmen bewirtschaftet

Die Zahl der landwirtschaftlichen Einzelunternehmen in Deutschland und ihr Anteil an allen landwirtschaftlichen Betrieben ist im Zeitvergleich deutlich zurückgegangen. Die Einzelunternehmen stellen nach Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2020 zwar 87 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe, bewirtschaften aber nur 62 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Zehn Jahre zuvor betrug ihr Bewirtschaftungsanteil noch 66 Prozent, zwei Jahrzehnte zuvor lag ihr Anteil sogar noch bei 70 Prozent. Die durchschnittliche Flächenausstattung lag 2020 bei 45 Hektar je Betrieb – wobei die Spanne von 31 bzw. 34 Hektar in Baden-Württemberg und Bayern bis 139 Hektar in Mecklenburg-Vorpommern reicht.

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung beschreibt die Spezialisierung eines Betriebes

Die betriebswirtschaftliche Ausrichtung benennt den Schwerpunkt der landwirtschaftlichen Produktion. Entfallen in einem Betrieb mehr als zwei Drittel des Geldwerts der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf einen einzelnen Produktionszweig, zählt er zu den spezialisierten Betrieben, wobei zwischen den betriebswirtschaftlichen Ausrichtungen Ackerbau, Gartenbau, Dauerkulturen, Futterbau und Veredlung unterschieden wird. Betriebe, deren Produktion sich stärker auf mehrere Produktionszweige verteilt, werden als Verbundbetriebe bezeichnet.

Futter- und Ackerbau dominieren

Die häufigste betriebswirtschaftliche Ausrichtung war nach Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2020 in Deutschland mit rund 107.100 Betrieben der Futterbau, darunter gut 44.600 Betriebe mit dem Schwerpunkt Milchviehhaltung. Es folgt der Ackerbau mit 87.700 Betrieben. Rund 23.700 Betriebe waren Gartenbau- und Dauerkulturbetriebe, hierunter fällt z. B. auch der Weinbau. Futterbau und Ackerbau sind damit die dominierenden Produktionsschwerpunkte. Sie stellen zusammen 74 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe und erwirtschaften mit 25,3 Milliarden Euro mehr als die Hälfte (55 Prozent) des gesamten

Standardoutputs der deutschen Landwirtschaft (46,5 Milliarden Euro). Der Standardoutput ist dabei der durchschnittliche Geldwert der landwirtschaftlichen Bruttoerzeugung, welcher durch die monetäre Bewertung von Flächen und Tieren der Betriebe ermittelt wird. Dazu werden die durchschnittlichen Erträge der Anbaufrüchte und aus der tierischen Erzeugung mit einem Durchschnittspreis multipliziert. Der Durchschnittspreis wird aus den regionalen Erlöspreisen der letzten fünf Jahre ermittelt.

Landwirtschaftszählung 2020

Landwirtschaftliche Betriebe nach ihrer betriebswirtschaftlichen Ausrichtung

	Betriebe		Hektar LF		Standard-output		Viehbestand	
	Anzahl	%	1.000 ha	%	Mrd. €	%	1.000 GVE	%
Ackerbaubetriebe	87.693	33,4	6.345	38,2	9,643	20,7	188	1,6
Gartenbaubetriebe	5.642	2,1	61	0,4	3,053	6,6	2	0,0
Dauerkulturbetriebe	18.035	6,9	218	1,3	2,120	4,6	5	0,0
dar. spezialisierte Weinbaubetriebe	10.960	4,2	88	0,5	1,104	2,4	1	0,0
Futterbaubetriebe	107.078	40,7	6.058	36,5	15,700	33,8	7.484	62,3
dar. spezialisierte Milchviehbetriebe	44.551	17,0	3.859	23,3	12,448	26,8	5.417	45,1
dar. spezialisierte Ri.aufzucht/-mast	30.162	11,5	1.222	7,4	1,869	4,0	1.209	10,1
dar. spezialisierte Schafbetriebe	7.864	3,0	259	1,6	0,242	0,5	139	1,2
Veredlungsbetriebe	15.571	5,9	898	5,4	8,916	19,2	2.608	21,7
dar. spezialisierte Schweinebetriebe	11.945	4,5	708	4,3	5,845	12,6	1.937	16,1
dar. spezialisierte Geflügelbetriebe	3.244	1,2	155	0,9	2,758	5,9	579	4,8
Verbundbetriebe	28.757	10,9	3.015	18,2	7,072	15,2	1.729	14,4
Betriebe insgesamt	**262.776**	**100,0**	**16.595**	**100,0**	**46,503**	**100,0**	**12.016**	**100,0**

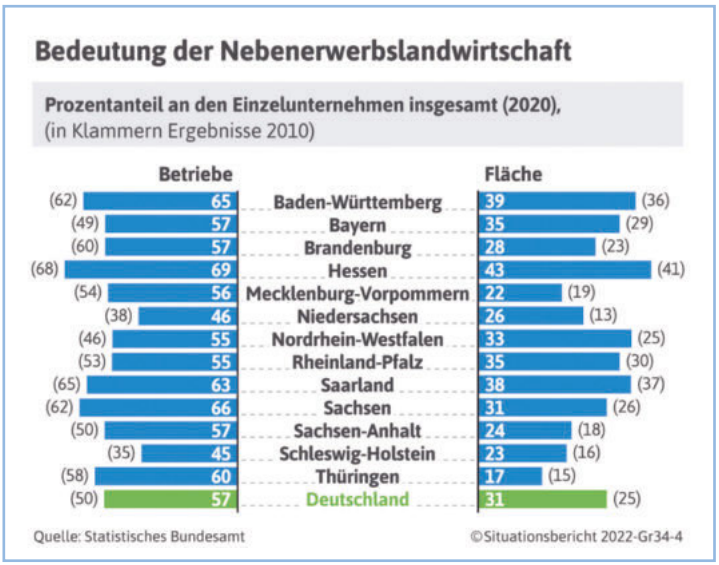
Quelle: Statistisches Bundesamt SB22-T34-3

Betriebswirtschaftliche Ausrichtungen in den Bundesländern

In den südlichen Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern dominieren die Futterbaubetriebe mit einem Anteil von rund 34 bzw. 53 Prozent am Standardoutput. Demgegenüber nehmen im Nordosten Deutschlands die Ackerbaubetriebe eine bedeutsame Stellung ein: Auf sie entfallen in Mecklenburg-Vorpommern rund 37 Prozent und in Sachsen-Anhalt rund 38 Prozent des landesweiten Standardoutputs. Im Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen tragen die Veredlungsbetriebe neben dem in ähnlichem Maße bedeutenden Futterbau mit rund 29 Prozent bzw. rund 30 Prozent zum jeweiligen landesweiten Standardoutput bei. Veredlungsbetriebe sind solche, die ihren Standardoutput zu mehr als zwei Dritteln aus der Zucht bzw. Mast von Schweinen und/oder Geflügel generieren. Erwartungsgemäß ist im Südwesten der Weinbau bedeutend für die wirtschaftliche Stärke der Landwirtschaft, dies wird am beachtlichen Anteil der Dauerkulturen in Rheinland-Pfalz von rund 41 Prozent des landesweiten Standardoutputs deutlich. Bezogen auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche ist die Wertschöpfung bei den Gartenbaubetrieben mit 49.900 Euro je Hektar am größten, die geringste Wertschöpfung haben die Ackerbaubetriebe mit 1.500 Euro je Hektar.

Anteil der Nebenerwerbsbetriebe steigt stark

Die landwirtschaftlichen Einzelunternehmen können nach ihrem Erwerbscharakter unterschieden werden. Aufgrund des Verhältnisses von betrieblichem Einkommen und dem Einkommen aus außerbetrieblichen Quellen erfolgt die Zuordnung: Die Haupterwerbsbetriebe beziehen mehr als 50 Prozent ihres Einkommens aus dem landwirtschaftlichen Betrieb, die Nebenerwerbsbetriebe weniger als 50 Prozent. Nach dieser Definition werden nach Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2020





mittlerweile 57 Prozent der Einzelunternehmen im Nebenerwerb und 43 Prozent im Haupterwerb geführt. 2010 lagen die Anteile noch bei jeweils 50 Prozent. In Baden-Württemberg, Hessen, Saarland und Sachsen liegt der Anteil der Einzelunternehmen im Nebenerwerb bei rund zwei Drittel. Im Vergleich zu 2010 ist der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe in allen Bundesländern deutlich angestiegen. Diese Entwicklung geht einher mit der relativ stark abnehmenden Zahl Vieh haltender Betriebe.

Flächenausstattung sehr unterschiedlich

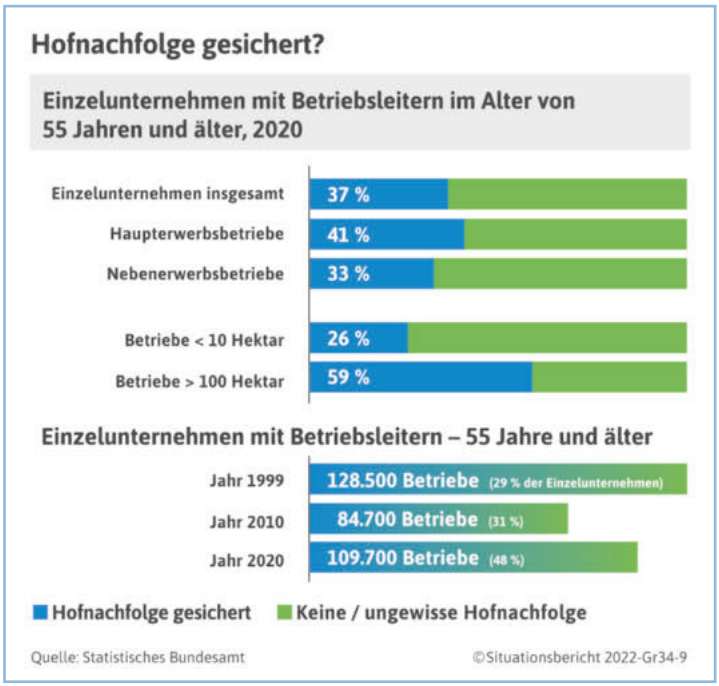
Der Nebenerwerb kann sowohl Übergangsstadium als auch stabile Form einzelbetrieblicher Entwicklungen sein. Die im Nebenerwerb geführten Familienbetriebe bewirtschaften gut 2,9 Millionen Hektar LF – das sind durchschnittlich 25 Hektar je Betrieb. Die im Haupterwerb geführten Betriebe bewirtschaften mit durchschnittlich 72 Hektar eine fast dreimal größere LF als die Nebenerwerbsbetriebe. Dabei haben die Haupterwerbsbetriebe der neuen Bundesländer eine höhere durchschnittliche Flächenausstattung als die Betriebe im früheren Bundesgebiet. Sie sind beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern durchschnittlich rund dreimal so groß wie im Bundesdurchschnitt (244 Hektar zu 72 Hektar).

Hofnachfolge bei vielen Familienbetrieben offen

Ist die Hofnachfolge gesichert? Das wurden bei der Landwirtschaftszählung 2020 explizit Inhaber landwirtschaftlicher Einzelunternehmen gefragt, die mindestens 55 Jahre alt waren; 2020 war das bei etwa 110.000 Betrieben der Fall. Andere Unternehmensformen, beispielsweise GbR, die Familien für den Übergabeprozess gründen, sind dabei nicht berücksichtigt. Bei gut 40.200 Betrieben, rund 37 Prozent der Einzelunternehmen, war die Hofnachfolge gesichert. Mit etwa 36 Prozent lag der Anteil bei der Erhebung im Jahr 2010 ähnlich

hoch. Allerdings waren damals nur 31 Prozent der Betriebsinhaber von Einzelunternehmen 55 Jahre und älter, 2020 sind es 48 Prozent.

Der Anteil der Betriebe, in denen die Nachfolge geregelt ist, variiert in den Bundesländern: In Rheinland-Pfalz und im Saarland ist es etwa ein Viertel, in Bayern und Nordrhein-Westfalen sind es über 40 Prozent. Dabei stellen Männer die große Mehrheit der künftigen Hofnachfolger dar. Etwa 18 Prozent der Betriebe werden Frauen übernehmen: Der Frauenanteil bei der Hofnachfolge ist damit seit der Landwirtschaftszählung 2010 um vier Prozentpunkte gestiegen.



Von vielen Faktoren abhängig

Die Hofnachfolge ist in Haupterwerbsbetrieben deutlich häufiger gesichert als in Nebenerwerbsbetrieben. Nur 33 Prozent der Betriebsinhaber von Nebenerwerbsbetrieben im Alter ab 55 Jahren hatten 2020 Nachfolger, bei den Haupterwerbsbetrieben waren es 41 Prozent. Im Vergleich zur Landwirtschaftszählung 2010 haben sich die Unterschiede zwischen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben verringert. Damals war die Hofnachfolgefrage in den Nebenerwerbsbetrieben nur zu 29 Prozent geklärt, bei den Haupterwerbsbetrieben aber zu 43 Prozent. Die Nachfolge hängt auch von den Standortverhältnissen, der Marktnähe und der Betriebsgröße ab. So ist die Hofnachfolge offenbar eher bei größeren Betrieben geregelt. 59 Prozent der Betriebsinhaber von Einzelunternehmen mit 100 Hektar und mehr gehen von einer gesicherten Hofnachfolge aus. Die durchschnittliche Größe der Höfe mit gesicherter Nachfolge liegt bei 57 Hektar, die derjenigen mit ungesicherter Nachfolge bei 33 Hektar.

Auch die betriebliche Ausrichtung spielt eine Rolle

Unterschiede weisen die Zahlen auch im Hinblick auf die betriebswirtschaftliche Ausrichtung auf: Weniger als ein Viertel der Betriebsinhaber von Dauerkultur- und Gartenbaubetrieben im Alter von mindestens 55 Jahren gibt eine gesicherte Hofnachfolge an. Unterdurchschnittlich ist dieser Anteil mit 35 Prozent auch in den Ackerbaubetrieben. Die Futterbaubetriebe liegen mit etwa 38 Prozent geringfügig über dem Durchschnitt. Mit 53 Prozent überdurchschnittlich oft ist die Frage der Hofnachfolge dagegen in den Veredlungsbetrieben geklärt. Allerdings ist diese Zahl etwas zu relativieren: Der Befragungszeitpunkt lag vor der Corona-Pandemie und es gab damals aus Sicht der Erzeuger ein wesentlich positiveres Marktumfeld als in der Zeit danach.

Wer nachfolgt

In den Einzelunternehmen, deren über 55-jährige Betriebsinhaber die Hofnachfolge bereits gesichert haben, waren zum Zeitpunkt der

LandwirtschaftL Betriebe mit landwirtschaftsnahen Einkommenskombinationen 2020

	Betriebe mit Einkommenskombinationen			
	Betriebe	davon mit rechtlich ausgelagerten Betrieben	Anteil an allen Betrieben (262.800 Betriebe)	Anteil an Betrieben mit Einkommens-kombinationen
	Anzahl	Anzahl*	Prozent	Prozent
Gesundheits-, Sozial- oder Bildungsleistungen	4.510	720	1,7	3,4
Verarbeitung und Direktvermarktung	22.840	2.510	8,7	17,5
Fremdenverkehr, Freizeitaktivitäten	10.260	2.910	3,9	7,8
Pensions- und Reitsport-pferdehaltung	16.570	1.000	6,3	12,7
Erzeugung erneuerbarer Energien	61.660	28.040	23,4	47,2
Herstellung von hand-werklichen Erzeugnissen	760	.	0,3	0,6
Be- und Verarbeitung von Holz	15.030	950	5,7	11,5
Fischzucht und Fischerzeugung	1.150	.	0,4	0,9
Arbeiten für andere landw. Betriebe	32.780	2.870	12,4	25,1
Arbeiten außerhalb der Landwirtschaft	11.350	3.270	4,3	8,7
Forstwirtschaft	38.450	1.600	14,6	29,4
Sonstige Einkommenskomb.	14.650	6.170	5,6	11,2
Betriebe insgesamt	**130.750**	**38.730**	**49,6**	**100,0**

*) nur Einzelunternehmen
Quelle: Statistisches Bundesamt SB22-T34-4

Befragung 26 Prozent der Nachfolger jünger als 25 Jahre. 52 Prozent entfallen auf die Altersgruppe von 25 bis 35 Jahre; 22 Prozent sind 35 Jahre und älter. Im Vergleich zu 2010 sind die designierten Hofnachfolger damit älter geworden: Bei der damaligen Landwirtschaftszählung waren noch 29 Prozent jünger als 25 Jahre und nur 18 Prozent 35 Jahre und älter.

Bindung an den Hof

Im Rahmen des Konjunkturbarometer Agrar hat die Landwirtschaftliche Rentenbank im Jahr 2018 rund 800 von Familien geführte landwirtschaftliche Unternehmen zur Hofnachfolge befragen lassen. Auf die Frage „Wie oft wurde Ihr Betrieb schon in der Familie an die nachfolgende Generation weitergegeben?" gab fast die Hälfte der befragten Betriebsleiter an, ihn mindestens in der vierten Generation zu bewirtschaften. Im Durchschnitt wurden die Betriebe an fünf Generationen weitergegeben. Etwa die Hälfte der Befragten fühlte sich der Familie oder der Tradition des Hofes wegen verpflichtet, den Betrieb zu übernehmen – im Süden Deutschlands mehr, im Norden und insbesondere im Osten Deutschlands weniger. Die andere Hälfte gab an, dieses Pflichtgefühl kaum oder gar nicht zu haben.

Einkommenskombination als Strategie

Laut der Landwirtschaftszählung erzielte 2020 die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland Einnahmen aus landwirtschaftsnahen Tätigkeiten als Ergänzung zur Primärproduktion. Unter diesen rund 130.800 landwirtschaftlichen Betrieben waren viele mit einer oder mehreren rechtlich ausgelagerten Einkommenskombinationen. Gegenüber 2010 ist der Anteil der Betriebe mit Einkommenskombinationen stark angestiegen.

Erzeugung von erneuerbaren Energien ein besonders wichtiges Einkommensstandbein

Bei der Landwirtschaftszählung 2020 wurden zwölf zusätzliche Einkommensquellen der landwirtschaftlichen und rechtlich ausgelagerten Betriebe erfasst. Die vorherrschende – neben der eigentlichen landwirtschaftlichen Produktion – zusätzliche Einkommensquelle war die Erzeugung erneuerbarer Energien. Von den rund 130.800 landwirtschaftlichen

Betrieben mit zusätzlichen Einkommensquellen gaben 47 Prozent die Erzeugung erneuerbarer Energien als weiteres betriebliches Standbein an. Darauf folgt die Forstwirtschaft mit 29 Prozent, die in engem Zusammenhang mit der Be- und Verarbeitung von Holz (11 Prozent) steht. An dritter Stelle mit 25 Prozent wird die Übernahme von Arbeiten wie Feldarbeiten für andere landwirtschaftliche Betriebe genannt. Mit etwas Abstand folgen die Verarbeitung und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (17 Prozent) sowie die Pensions- und Reitpferdehaltung mit 13 Prozent. Ein landwirtschaftlicher Betrieb kann mehrere zusätzliche Einkommensquellen haben.



Starker Trend zu zusätzlichen Geschäftsbereichen

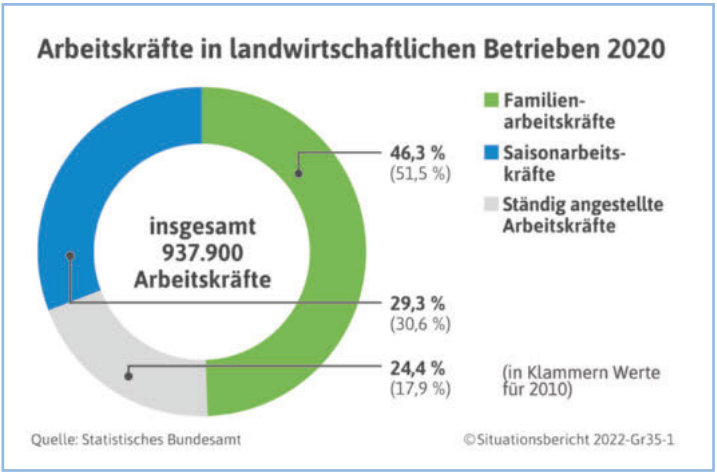
In den 130.800 Betrieben mit landwirtschaftsnahen Einkommenskombinationen sind in der Landwirtschaftszählung 2020 erstmalig auch landwirtschaftsnahe Einkommenskombinationen aus rechtlich ausgelagerten Betrieben enthalten. Ohne Berücksichtigung dieser rechtlich ausgelagerten Betriebe hatten 2020 110.600 landwirtschaftliche Betriebe auf mindestens eine landwirtschaftsnahe Einkommensquelle zurückgegriffen. Das sind 42 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland. Im Jahr 2010 lag der entsprechende Anteil noch bei 33 Prozent und damit neun Prozentpunkte niedriger als im Jahr 2020.

Für knapp ein Viertel dieser Betriebe stellen die landwirtschaftsnahen Aktivitäten mehr als 50 Prozent des Erwerbseinkommens. Der Produktionswert derartiger Erwerbsaktivitäten wird für 2020 auf 3,4 Milliarden Euro geschätzt.

3.5 Arbeitskräfte und Auszubildende

Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft weiter rückläufig

Nach den repräsentativen Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2020 waren in Deutschland rund 938.000 Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig. Gegenüber der Landwirtschaftszählung 2010 entspricht dies einem Rückgang von 13 Prozent. Im gleichen Zeitraum ging die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe um gut 12 Prozent zurück. Infolgedessen blieb die durchschnittliche Anzahl von 3,6 Arbeitskräften pro Betrieb gegenüber dem Jahr 2010 nahezu stabil. Dagegen hat sich die Zahl der Arbeitskräfte je 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche von 6,6 Arbeitskräften im Jahr 2010 auf 5,6 Arbeitskräfte in 2020 verringert. Diese Entwicklung ist insbesondere auf die wachsenden Betriebsgrößen, die weiter voranschreitende Technisierung und die dadurch bedingten Effizienz- und Produktivitätssteigerungen zurückzuführen.



Arbeitskräfte und Erwerbstätige

Die Statistiken über die in der Landwirtschaft tätigen Personen gehen auf unterschiedliche Erhebungen zurück:

- Arbeitskräfte werden in der Agrarstrukturerhebung bzw. Landwirtschaftszählung erhoben. Diese werden nach dem Grad der Beschäftigung (Vollzeit/Teilzeit) erhoben und auch nach Arbeitskraft-Einheiten (AKE) ausgewertet.
- Erwerbstätige werden in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nach ihrer Haupterwerbstätigkeit erfasst und den Wirtschaftszweigen zugeordnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Arbeitskräftebesatz geht auf 2,9 AK-Einheiten je 100 Hektar zurück

Nicht alle Arbeitskräfte arbeiten in Vollzeit. Deshalb wird die Maßzahl Arbeitskräfteeinheit (AKE) berechnet, die die Teilzeitbeschäftigung auf Vollzeitäquivalente wiedergibt. Die betriebliche Arbeitsleistung belief sich 2020 auf insgesamt 485.000 AK-Einheiten. Gegenüber 2010 entspricht dies einem Rückgang von gut 11 Prozent. Üblicherweise werden Arbeitskräfteeinheiten je 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche ausgewiesen, daraus ergibt sich der Arbeitskräftebesatz. Im Jahr 2020 lag der Arbeitskräftebesatz in der deutschen Landwirtschaft bei 2,9 Vollzeitäquivalenten je 100 Hektar. Zehn Jahre zuvor lag er noch entsprechend bei 3,3. Beim Einsatz von Arbeitskräften gibt es deutliche regionale Unterschiede. Die Spanne liegt zwischen einem Arbeitskräftebesatz von 1,2 je 100 Hektar in den Bundesländern

Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt und 4,7 je 100 Hektar im Sonderkultur intensiven Rheinland-Pfalz.

Knapp die Hälfte sind Familienarbeitskräfte

Die Landwirtschaft ist ein Wirtschaftsbereich, in dem die Arbeit zum größten Teil von Unternehmern und ihren Familienangehörigen geleistet wird. Von den 937.900 Arbeitskräften in der deutschen Landwirtschaft waren nach Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2020 434.400 Familienarbeitskräfte (46 Prozent aller Arbeitskräfte). Hinzu kommen 228.900 ständig angestellte ständige Arbeitskräfte und rund 274.700 Saisonarbeitskräfte.

Rückgang der Familienarbeitskräfte – Anstieg der angestellten Arbeitskräfte

Während die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zwischen 2010 und 2020 um 13 Prozent zurückging, schrumpfte die Zahl der Familienarbeitskräfte sogar um 22 Prozent. Dagegen stieg die Zahl der ständig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um 19 Prozent. Die von externen Dienstleistern wie Lohnunternehmen und Maschinenringe erledigten Arbeiten und die dazu benötigten Arbeitskräfte sind darin nicht enthalten. Diese externen Dienstleistungen nehmen tendenziell zu.

Landwirtschaftlicher Arbeitskräfteeinsatz im Zeitvergleich
- Angaben jeweils in 1.000 -

Jahr	Familienarbeitskräfte		Ständige Arbeitskräfte		Saisonarbeitskräfte	Arbeitskräfte	Betriebliche Arbeitsleistung in AK-Einheiten
	insgesamt	darunter vollbeschäftigt	insgesamt	darunter vollbeschäftigt		insgesamt	
				Früheres Bundesgebiet			
1999*	902	222	99	65	267	1.268	500
2010	526	184	112	55	290	928	445
2013	477	170	121	62	273	871	426
2016	422	152	128	64	246	797	398
2020	**408**	**138**	**156**	**73**	**239**	**803**	**399**
				Neue Länder			
1999*	39	9	97	86	33	169	113
2010	29	10	80	64	39	148	98
2013	27	10	79	60	40	145	95
2016	26	10	77	61	41	143	93
2020	**26**	**8**	**73**	**54**	**35**	**135**	**86**
				Deutschland			
1999*	941	232	196	151	300	1.437	612
2010	556	195	193	119	331	1.080	546
2013	506	181	201	123	314	1.021	523
2016	449	162	205	125	286	940	490
2020	**434**	**146**	**229**	**127**	**275**	**938**	**485**

*) Wegen Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen und Änderungen des Erhebungskonzeptes sind die Angaben mit denen der Folgejahre nur bedingt vergleichbar.

Quellen: BMEL, Statistisches Bundesamt SB22-T35-1

Agrarstruktur – Arbeitskräftebesatz landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland 2020

	Einzelunternehmen	Juristische Personen	Personengesellschaften
		Früheres Bundesgebiet	
AK-Einheiten je Betrieb	1,5	.	3,2
AK-Einheiten je 100 ha LF	3,5	6,9	3,7
		Neue Länder	
AK-Einheiten je Betrieb	1,3	11,8	5,2
AK-Einheiten je 100 ha LF	1,5	1,7	1,5
		Deutschland	
AK-Einheiten je Betrieb	1,5	9,3	3,4
AK-Einheiten je 100 ha LF	3,2	1,9	2,9

Quellen: Statistisches Bundesamt, BMEL SB22-T35-2

Beschäftigungsstruktur regional unterschiedlich

Regionale Unterschiede in den Betriebsstrukturen spiegeln sich in der Beschäftigtenstruktur wider: Auch in 2020 überwogen in den westlichen Bundesländern die in Einzelunternehmen tätigen Familienarbeitskräfte mit rund 408.600 Personen. Das sind 51 Prozent aller Arbeitskräfte in Westdeutschland. 19 Prozent der in der Landwirtschaft tätigen Personen zählten hier zu den ständig angestellten Arbeitskräften und 30 Prozent waren Saisonarbeitskräfte.
In Ostdeutschland dominieren aufgrund der Vielzahl von Personengesellschaften und juristischen Personen die ständig angestellten Arbeitskräfte. Von den insgesamt 135.000 Arbeitskräften in Ostdeutschland zählten 2020 55 Prozent zu den ständig angestellten Arbeitskräften, 19 Prozent zu den Familienarbeitskräften und 26 Prozent zu den Saisonarbeitskräften.

Saisonale Beschäftigung von großer Bedeutung

Knapp ein Drittel (29 Prozent) der Arbeitskräfte in der deutschen Landwirtschaft sind Saisonarbeitende. Hierbei handelt es sich um Arbeitskräfte mit einem auf weniger als sechs Monate befristeten Arbeitsvertrag. Sie sind überwiegend als Erntehelferinnen und -helfer beschäftigt. Ihr Anteil schwankt zwischen 11 Prozent im Saarland und 50 Prozent in Rheinland-Pfalz.

Von den in 2020 gezählten 274.700 Saisonarbeitskräften in der deutschen Landwirtschaft sind nach Einschätzung des Gesamtverbandes der Deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände (GLFA) etwa 95 Prozent nichtdeutscher Herkunft. Die Anzahl der Arbeitskräfte aus Polen ist in den letzten Jahren zurückgegangen, die Anzahl der Arbeitskräfte aus Rumänien deutlich gestiegen. Von den ausländischen Saisonarbeitskräften stammen nach Einschätzung des GFLA etwa 65 Prozent aus Rumänien, 30 Prozent aus Polen und der Rest aus anderen osteuropäischen Staaten (vorwiegend Bulgarien, Baltikum sowie Studenten aus der Ukraine).

Mehr als zwei Drittel der Arbeitskräfte in Teilzeit beschäftigt

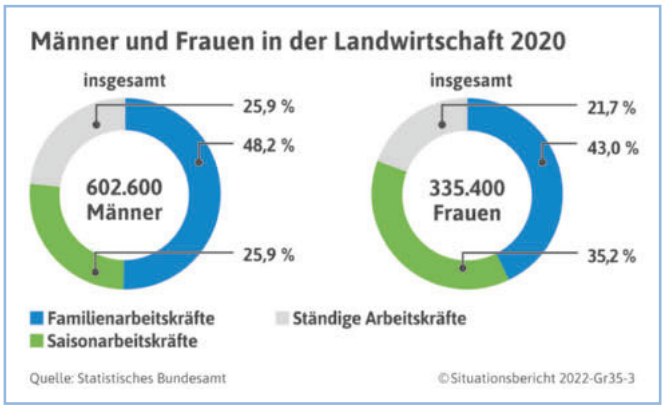
In den landwirtschaftlichen Betrieben arbeiten im Jahresdurchschnitt 29 Prozent der Beschäftigten in Vollzeit. Der hohe Anteil von 71 Prozent in Teilzeitbeschäftigung resultiert vor allem aus der hohen Zahl an befristet angestellten Saisonarbeitskräften und den Personen der Nebenerwerbsbetriebe. Von den Familienarbeitskräften waren 2020 34 Prozent mit betrieblichen Tätigkeiten vollbeschäftigt; bei den ständig angestellten Arbeitskräften waren es 55 Prozent. Mit zunehmender Betriebsgröße steigt die Vollbeschäftigung deutlich an. Die Unterscheidung in Haupt- und Nebenerwerb zeigt: Während von den 227.500 Familienarbeitskräften in Nebenerwerbsbetrieben lediglich 12 Prozent vollbeschäftigt sind, liegt der entsprechende Anteil bei den 206.900 Familienarbeitskräften in Haupterwerbsbetrieben bei 58 Prozent.

Frauenanteil in der deutschen Landwirtschaft bei gut einem Drittel

Jede dritte (36 Prozent) in den landwirtschaftlichen Betrieben Deutschlands tätige Arbeitskraft war 2020 eine Frau. Zehn Jahre zuvor lag der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte etwas höher bei 38 Prozent. Der niedrigste Frauenanteil in den Flächenländern ist mit 28 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern festzustellen. Der höchste Wert mit 38 Prozent wurde im Bundesland Nordrhein-Westfalen ermittelt. In den Einzelunternehmen liegt der Frauenanteil mit 36 Prozent im Bundesdurchschnitt. Jedoch sind in den im Haupterwerb geführten Betrieben mit 38 Prozent anteilmäßig mehr Frauen tätig als in den Nebenerwerbsbetrieben mit 32 Prozent.
Während der Frauenanteil bei den Familienarbeitskräften (33 Prozent) und den ständig Beschäftigten (32 Prozent) unterdurchschnittlich ausfällt, liegt er mit 43 Prozent bei den Saisonarbeitskräften wesentlich höher. Insgesamt standen 2020 602.600 männlichen Arbeitskräften 335.400 weibliche Arbeitskräfte gegenüber.

Anteil weiblicher Führungskräfte relativ gering – Tendenz aber steigend

Landwirtschaftliche Betriebe werden überwiegend von Männern geleitet. Deutschlandweit werden 89 Prozent der 262.800 landwirtschaftlichen Betriebe von Männern geleitet. Von Frauen werden gut 28.400 Betriebe oder 11 Prozent aller Betriebe geleitet. Im Vergleich zur Landwirtschaftszählung 2010 hat sich der Anteil der leitenden Frauen um gut 2 Prozentpunkte erhöht. Brandenburg hat mit 18 Prozent den höchsten Frauenanteil an den Geschäftsführungen, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen mit jeweils 17 Prozent. Den niedrigsten Betriebsleiterinnenanteil weist Bayern mit 9 Prozent aus. Der Frauenanteil unter den Führungskräften in der deutschen Wirtschaft liegt bei gut 29 Prozent. Zu den Führungspositionen zählen Vorstände und Geschäftsführerinnen/Geschäftsführer sowie Führungskräfte in Handel, Produktion und Dienstleistungen. Der weibliche Anteil an allen Erwerbstätigen lag 2020 bei 47 Prozent.

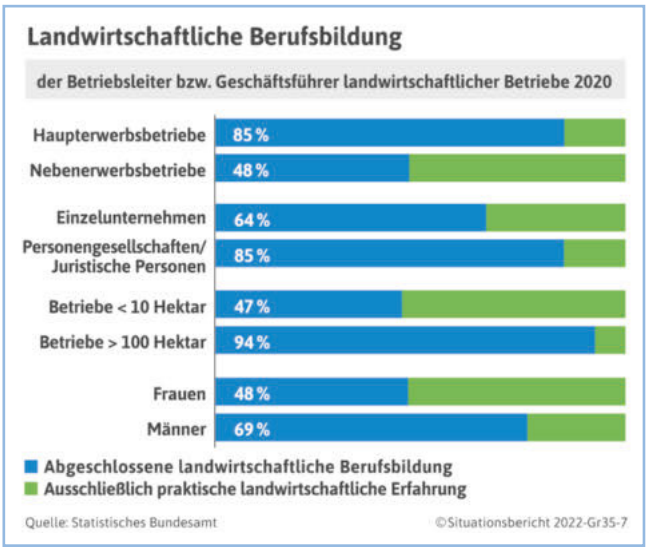


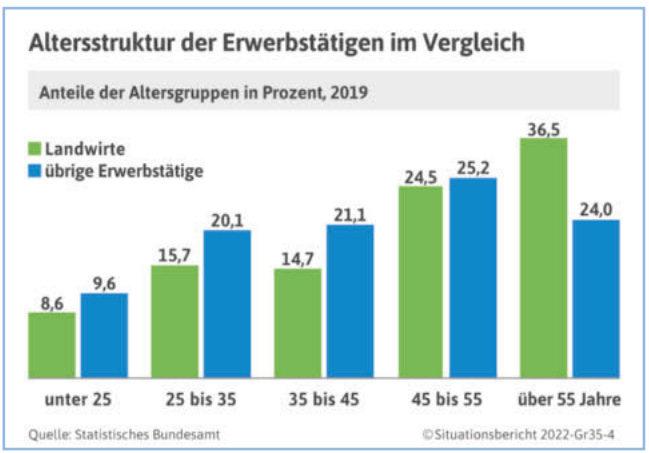


Hoher Ausbildungsstand

67 Prozent der Geschäftsführungen oder Betriebsleitungen landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland verfügen über einen Bildungsabschluss im Bereich Landwirtschaft bzw. Gartenbau. Das sind 175.500 Betriebsleiter/innen. Davon hatten knapp 50 Prozent eine berufliche Lehre, eine Berufsschule oder eine einjährige Fachschule und 36 Prozent eine Fortbildung zum Meister oder eine höhere Landbauschule absolviert; knapp 14 Prozent verfügten über ein abgeschlossenes Hochschulstudium. In größeren Betrieben haben fast alle Betriebsleiter/Geschäftsführer eine abgeschlossene landwirtschaftliche Berufsausbildung. Auch in Haupterwerbsbetrieben, Personengesellschaften und juristischen Personen ist der landwirtschaftliche Ausbildungsgrad mit 85 Prozent relativ hoch.

Über ausschließlich praktische landwirtschaftliche Erfahrungen verfügten bundesweit 33 Prozent der Geschäftsführungen und Betriebsleitungen. Dieser Anteil variiert zwischen 22 Prozent in Sachsen-Anhalt und 47 Prozent in Hessen. In den Nebenerwerbsbetrieben besitzen 52 Prozent der Geschäftsführungen und Betriebsleitungen ausschließlich praktische landwirtschaftliche Erfahrungen, ohne eine spezielle landwirtschaftliche Berufsausbildung abgeschlossen zu haben.





2,0 Millionen Menschen sind mit der Landwirtschaft besonders eng verbunden

Die landwirtschaftlichen Betriebe sind nicht nur Arbeitsplatz und Erwerbsquelle, sondern auch gleichzeitig Wohn- und Lebensraum. In Deutschland wirtschaften oder leben etwa 900.000 Personen als Betriebsinhaber und Familienangehörige auf den landwirtschaftlichen Betrieben. Hinzu kommen weitere 1,1 Millionen Personen, die als angestellte Arbeits-/Saisonarbeitskräfte zusammen mit ihren Familienangehörigen mit dem landwirtschaftlichen Umfeld besonders eng verbunden sind.

Gut ein Drittel der Landwirte ist älter als 55 Jahre

Von der Altersstruktur her sind die Erwerbstätigen in der Landwirtschaft im Vergleich zur übrigen Erwerbsbevölkerung deutlich älter. Während in der Landwirtschaft 36 Prozent aller Erwerbstätigen älter als 55 Jahre sind, beträgt der entsprechende Anteil in der übrigen Erwerbsbevölkerung 24 Prozent. Die Altersstruktur der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft deutet damit auf einen weiteren strukturellen Wandel hin. Im europäischen Vergleich zählen die deutschen Landwirte allerdings zu den jüngeren.

Anteil der älteren Betriebsinhaber hat deutlich zugenommen

Aber nicht nur die Altersstruktur der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft deutet auf einen weiteren strukturellen Wandel hin. Vor allem hat der Anteil der älteren Betriebsinhaber im Zeitvergleich stark zugenommen. Das zeigen Ergebnisse der Landwirtschaftszählungen 2010 und 2020. Waren 2010 32 Prozent aller Betriebsinhaber/innen 55 Jahre und älter, so ist dieser Anteil bis 2020 auf 47 Prozent angestiegen. Andererseits ist der Anteil jüngerer Betriebsinhaber (unter 45 Jahre) von 32 auf 24 Prozent zurückgegangen.

Relativ stabile Zahlen in den landwirtschaftlichen Ausbildungsberufen

Rund 32.500 junge Männer und Frauen erlernten zum Stand 31. Dezember 2020 einen „grünen" Beruf. Das waren geringfügig mehr als im Vorjahr (+ 0,4 Prozent). Nach wie vor ist der Beruf Gärtner/in mit 13.400 Auszubildenden der mit Abstand bedeutendste unter

den „grünen“ Berufen, gefolgt vom Beruf Landwirt/in mit 8.500 Personen. Das waren gegenüber Vorjahresfrist 2,4 Prozent weniger. Zu den 14 „grünen Berufen“ gehören neben dem Landwirt und dem Gärtner auch die Ausbildungsberufe Hauswirtschafterin, Winzer oder Tierwirt.

Weniger Ausbildungsverträge in der deutschen Wirtschaft, aber nicht bei den agrarwirtschaftlichen Berufen

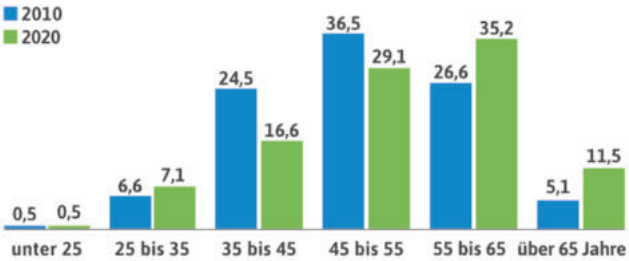
Die Zahl der Ausbildungsverhältnisse in der Gesamtwirtschaft ist in 2020 mit 1,289 Millionen gegenüber dem Vorjahr um 3,0 Prozent geringer ausgefallen. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ging in dem Corona-Jahr 2020 sogar um 11,0 Prozent zurück. In den agrarwirtschaftlichen Berufen kamen dagegen mit 13.400 Abschlüssen im Jahresvergleich deutlich mehr neue Ausbildungsverträge zustande (+ 3,5 Prozent).

Nur 24 Prozent der „grünen“ Azubis sind Frauen

Von den Auszubildenden im Agrarbereich waren 2020 insgesamt 7.632 Frauen (24 Prozent). Ihr Anteil hat sich in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert. Die höchsten Frauenanteile gibt es in der ländlichen Hauswirtschaft, in den Laborantenberufen und im Beruf Pferdewirt/in. Beim Ausbildungsberuf Landwirt/in sind dagegen nur 19 Prozent Frauen. Allerdings ist die Tendenz steigend.

Altersstruktur landwirtschaftlicher Betriebsleiter im Zeitvergleich

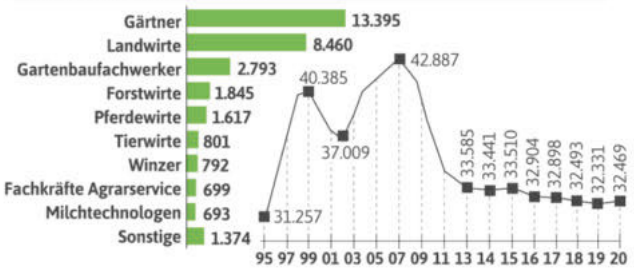
Anteile der Altersgruppen in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt ©Situationsbericht 2022-Gr35-5

Ausbildung in „Grünen Berufen“

Auszubildende in land- und forstwirtschaftlichen Berufen (Stand jeweils Ende des Jahres)



Quelle: Statistisches Bundesamt ©Situationsbericht 2022-Gr35-6

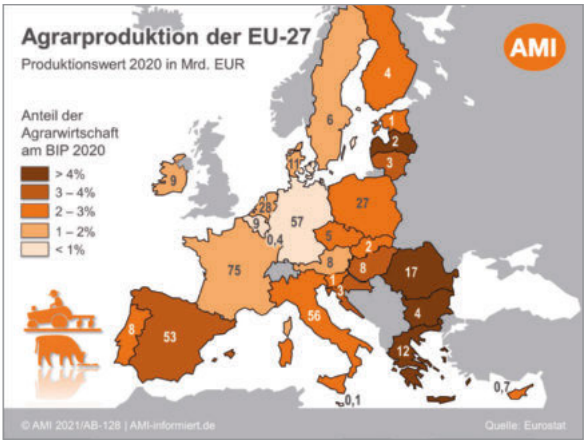
Auszubildende und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den landwirtschaftlichen Berufen zum Stichtag 31.12.2020

(in Klammern Veränderung zum Vorjahr)

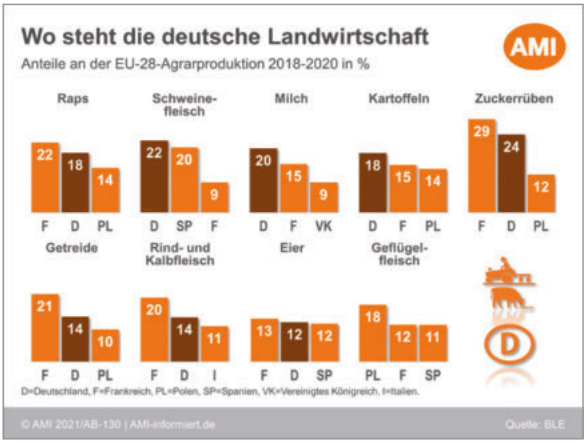
Anzahl Auszubildende		Anzahl neuer Ausbildungsverträge
8.460 (-2,4 %)	Landwirt/in	3.804 (-0,7 %)
105 (-2,8 %)	Hauswirtschafter/in (LW)	54 (-14,3 %)
801 (+0,8 %)	Tierwirt/in	345 (+1,8 %)
789 (+0,8 %)	Winzer/in	315 (+7,1 %)
13.395 (+2,6 %)	Gärtner/in	5.307 (+6,8 %)
699 (-1,3 %)	Fachkraft Agrarservice	291 (+3,2 %)
1.584 (-0,4 %)	Pferdewirt/in	789 (+11,9 %)
189 (+3,3 %)	Fischwirt/in	61 (-15,3 %)
1.839 (+5,5 %)	Forstwirt/in	693 (+4,5 %)
66 (+29,4 %)	Revierjäger/in	48 (+77,8 %)
693 (-3,8 %)	Milchtechnologe/-in	234 (-4,9 %)
456 (-3,8 %)	Milchw. Laborant/in	147 (-12,5 %)
132 (+10,0 %)	Pflanzentechnologe/-in	60 (+25,0 %)
3.252 (-2,3 %)	Ausbildung Behinderter	1.215 (-0,5 %)
32.460 (+0,4 %)	Insgesamt	13.363 (+3,5 %)

Quellen: Statistisches Bundesamt und BMEL ©Situationsbericht 2022-Gr35-8

3.6 Agrarstrukturen in der EU







Bedeutung der Landwirtschaft

Der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zur volkswirtschaftlichen Bruttowertschöpfung lag 2020 in der EU 27 bei 1,7 Prozent. In Deutschland, der größten Volkswirtschaft der EU, steuert die Landwirtschaft etwa 0,8 Prozent zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung bei. Deutlich höher ist dieser Anteil mit 1,6 bzw. 2,0 Prozent in Frankreich und Italien. Am größten ist der Anteil der Landwirtschaft in Griechenland und Lettland (4,2 bzw. 4,0 Prozent), gefolgt von Rumänien (3,8 Prozent) und Ungarn (3,4 Prozent).

Deutschland zweitgrößter Agrarproduzent in der EU

Größter Agrarproduzent der EU-27 ist Frankreich mit einem Gesamtwert der landwirtschaftlichen Produktion von 75 Milliarden Euro (2020). Damit erwirtschaftet Frankreich rund 18 Prozent der europäischen Agrarproduktion. Mit deutlichem Abstand folgen Deutschland mit einem Produktionswert von 57 Milliarden Euro und Italien mit einem Produktionswert von 56 Milliarden Euro. Ihre Anteile an der europäischen Agrarproduktion liegen jeweils bei etwa 14 Prozent.

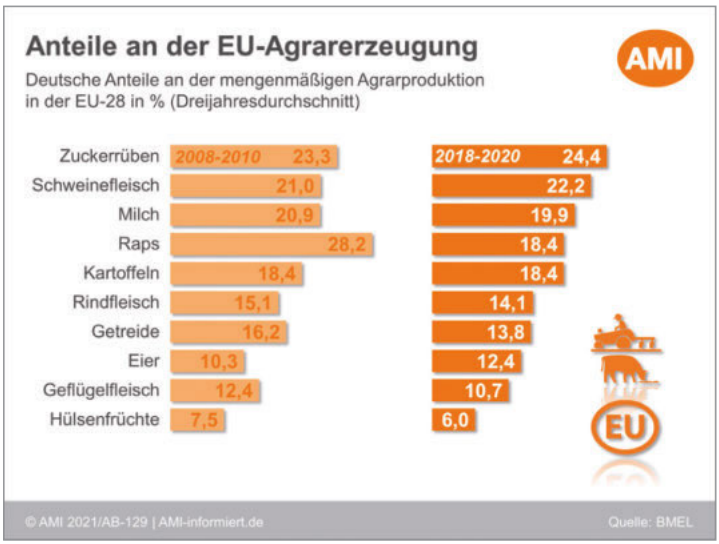
EU-Vergleich über die Bedeutung der Land- und Agrarwirtschaft in 2020

EU-Staaten	%-Anteil der Landwirtschaft einschl. Forstwirtschaft und Fischerei an Gesamtwirtschaft		Agrarhandel	
	Bruttowert-schöpfung	Erwerbstätige	%-Anteil am Gesamtimport	%-Anteil am Gesamtexport
Belgien	0,6	1,2	8,9	10,1
Dänemark	1,3	2,4	13,6	18,1
Deutschland	**0,8**	**1,3**	**7,9**	**5,6**
Frankreich	1,6	2,6	9,9	13,4
Italien	2,0	3,7	9,7	9,7
Niederlande	1,6	2,1	10,0	13,0
Österreich	1,1	3,4	7,8	8,3
Polen	2,5	9,5	8,7	13,6
Rumänien	3,8	21,4	9,8	9,5
Spanien	3,1	3,6	10,9	18,1
Tschechien	1,9	3,0	5,7	4,4
EU (27)	**1,7**	**4,5**	.	.

Agrarhandel (Nahrungsmittel, Getränke u. Tabak – SITC 0+1)
Quelle: EUROSTAT SB22-T36-1

Deutschland: Größter Milch-, Schweine- und Kartoffelproduzent der EU

Im Vergleich der europäischen Länder gehören die deutschen Landwirte bei acht wichtigen Agrarprodukten zum Spitzentrio. Bei Milch, Schweinefleisch und Kartoffeln ist Deutschland sogar der größte europäische Produzent. Bei Getreide, Raps, Zucker, Rindfleisch und Eiern produzieren die französischen Landwirte die größte Menge. Etwa ein Fünftel der gesamten europäischen Milch- und Schweineerzeugung wird von deutschen Landwirten erzeugt. Bei einer ganzen Reihe von Agrarprodukten übersteigt die Produktion zudem den Inlandsbedarf. Diese Mengen werden in andere europäische Länder oder am Weltmarkt abgesetzt. Anders bei Obst und Gemüse, wo die deutsche Erzeugung geringe Marktanteile erreicht.



EU-Agrarstrukturvergleich – Landwirtschaftliche Betriebe 2016

EU-Staaten	Zahl der Betriebe	LF	Durchschnittl. Betriebsgröße	Pachtflächenanteil*	Anteil der Betriebe ab 100 ha LF	Anteil der LF ab 100 ha LF
	in 1.000	in 1.000 ha	in ha LF		in Prozent	
Belgien	36	1.354	37,4	64,0	6,7	26,8
Bulgarien	185	4.492	24,3	67,8	3,0	81,6
Dänemark	34	2.615	76,5	36,1	21,9	72,4
Deutschland	**272**	**16.715**	**61,4**	**60,4**	**13,3**	**59,1**
Estland	16	995	61,9	65,4	11,4	77,6
Finnland	49	2.194	44,3	36,5	10,3	36,4
Frankreich	448	27.814	62,0	80,4	21,9	63,8
Griechenland	679	4.554	6,7	56,6	0,2	34,5
Irland	138	4.884	35,5	25,8	3,6	24,2
Italien	1.144	12.598	11,0	40,5	1,5	26,6
Kroatien	133	1.563	11,8	57,8	1,2	43,2
Lettland	70	1.931	27,7	34,4	4,6	56,6
Litauen	150	2.925	19,5	45,3	3,5	50,0
Luxemburg	2	131	67,0	59,6	24,4	57,7
Malta	9	11	1,2	78,2	.	.
Niederlande	54	1.796	33,0	39,3	4,7	22,4
Österreich	131	2.670	20,3	44,5	2,1	17,9
Polen	1.405	14.406	10,3	18,1	0,9	21,1
Portugal	258	3.642	14,1	34,0	2,4	58,0
Rumänien	3.342	12.503	3,7	50,4	0,4	47,8
Schweden	62	3.021	48,6	37,9	12,8	58,8
Slowakei	24	1.890	79,0	72,9	9,4	88,6
Slowenien	70	488	7,0	30,8	0,2	6,9
Spanien	927	23.230	25,1	41,0	5,5	55,5
Tschechien	26	3.455	132,1	73,1	17,8	87,5
Ungarn	365	4.671	12,8	57,7	2,0	63,4
Ver. Königreich	183	16.394	89,7	46,6	21,6	74,6
Zypern	35	112	3,2	58,2	0,3	18,7
EU (28)	**10.248**	**173.052**	**16,9**	**51,3**	**3,3**	**52,7**

Quelle: EUROSTAT

*einschl. unentgeltlich überlassene Flächen und Gemeinschaftsflächen SB22-T36-2

Verschiebungen bei den Marktanteilen

Im Zehnjahresvergleich hat Deutschland seine Marktanteile bei Schweinefleisch, Eiern und Zuckerrüben etwas ausbauen können. Bei Rind- und Geflügelfleisch sowie bei Milch und Getreide sind jedoch niedrigere Marktanteile zu verzeichnen. Der rückläufige deutsche Anteil an der EU-Rapserzeugung steht im Zusammenhang mit dem Ausbau der Biodieselerzeugung auf Rapsbasis in anderen EU-Mitgliedstaaten.

Bedeutung der Landwirtschaft am Arbeitsmarkt sehr unterschiedlich

In den Ländern Süd- und Mittelosteuropas ist der landwirtschaftliche Erwerbstätigenanteil vergleichsweise hoch. Er fällt in Rumänien (21 Prozent) und Bulgarien (17 Prozent) sowie auch in Griechenland (10 Prozent) und Polen (9 Prozent) besonders hoch aus. Relativ niedrig ist der landwirtschaftliche Erwerbstätigenanteil dagegen im Vereinigten Königreich, Belgien und Deutschland mit gut 1 Prozent.

Starker landwirtschaftlicher Strukturwandel

Im Zehnjahreszeitraum von 2010 bis 2020 sind 16 Prozent der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft weggefallen. Fast drei Viertel der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze in der EU entfallen auf nicht entlohnte Familien-Arbeitskräfte.

Große Strukturunterschiede in der EU-Landwirtschaft

28 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in der EU werden von Frauen geführt. In Deutschland liegt dieser Anteil mit knapp 10 Prozent (2016) deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Die von juristischen Personen geführten Betriebe machen EU-weit zwar nur knapp 3 Prozent aller Betriebe aus. Sie bewirtschaften aber 22 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche in der EU-28. Besonders von Ländern im Süden und Osten Europas wird die Agrarstruktur von relativ kleinen Betrieben dominiert.

Fast ein Drittel der Betriebsleiter in der EU ist älter als 65 Jahre

In den meisten Ländern der Europäischen Union werden die Betriebe erst relativ spät an die Nachfolgegeneration übergeben. 33 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebsleiter in der EU waren 2016 65 Jahre und älter. Nur rund 11 Prozent waren jünger als 40 Jahre. Spitzenreiter bei den Junglandwirten sind Österreich und Polen, wo etwa 22 bzw. 20 Prozent der Betriebsleiter jünger als 40 Jahre sind. Die relativ günstige Altersstruktur der Betriebsinhaber in Deutschland ist unter anderem Folge der deutschen Alterssicherung der Landwirte, die bis 2018 an die Betriebsaufgabe geknüpft war.

EU-Agrarstrukturvergleich – Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft
in Arbeitskrafteinheiten (AKE)

EU-Staaten	2010	2020	%-Veränd. 2020 zu 2010	Anteile in Prozent 2020	
	in 1.000			nicht entlohnt	entlohnt
Belgien	61,9	54,7	-11,6	77,5	22,5
Dänemark	54,2	52,1	-3,8	42,9	57,1
Deutschland	**522,0**	**465,0**	**-10,9**	**54,0**	**46,0**
Frankreich	809,1	720,3	-11,0	61,3	38,7
Italien	1.079,3	1.084,2	0,5	67,1	32,9
Niederlande	152,9	153,8	-0,6	52,0	48,0
Österreich	127,9	113,8	-11,0	81,9	18,1
Polen	1.914,8	1.675,8	-12,5	89,7	10,3
Rumänien	1.639,0	1.331,0	-18,8	88,4	11,6
Spanien	963,8	784,6	-18,6	50,6	49,4
Tschechien	108,8	102,0	-6,2	28,9	71,1
Ver. Königreich	291,0	295,1	-1,4	67,4	32,6
EU (28)	**10.072,0**	**8.494,4**	**15,7**	**73,4**	**26,6**

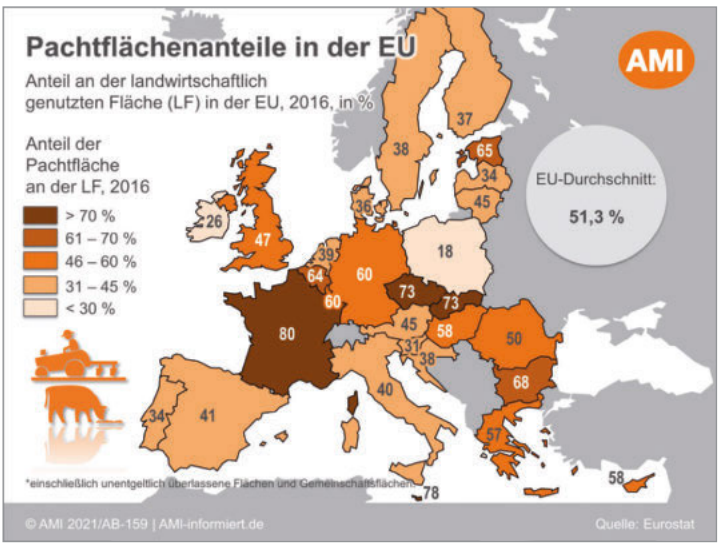
Quelle: Eurostat SB22-T36-6

EU-Agrarstrukturvergleich – Ausgewählte Kennziffern 2016

EU-Staaten	Anteil Frauen als Betriebsleiter		Anteil Juristischer Personen		Anteil Betriebe < 5 ha LF	
	Betriebe	Flächen	Betriebe	Flächen	Betriebe	Flächen
	in Prozent		in Prozent		in Prozent	
Belgien	14,5	11,7	15,8	17,5	13,9	0,9
Dänemark	7,7	3,8	3,8	8,5	4,4	0,1
Deutschland	**9,6**	**7,2**	**5,2**	**17,3**	**8,7**	**0,3**
Frankreich	21,3	12,9	25,3	38,4	24,3	0,8
Italien	31,5	21,7	1,4	7,2	58,7	11,4
Niederlande	6,0	3,0	7,3	6,4	20,2	1,3
Österreich	31,1	24,5	1,3	3,1	31,0	3,8
Polen	29,4	17,3	0,3	8,2	54,3	13,2
Rumänien	33,5	18,1	0,7	32,7	91,8	28,7
Spanien	22,5	14,1	6,5	24,5	51,6	4,3
Tschechien	12,1	6,5	11,8	69,9	18,7	0,3
Ver. Königreich	15,1	7,3	3,0	8,2	10,2	0,3
EU (28)	**28,4**	**13,4**	**2,8**	**22,4**	**65,4**	**6,1**

Quelle: Eurostat SB22-T36-5





Mehr als jeder zweite Hektar in Betrieben mit 100 Hektar und mehr

Zwar bewirtschaften nur gut 3 Prozent der Betriebe in der EU 100 Hektar LF und mehr. Die von diesen Betrieben bewirtschaftete Fläche aber macht 53 Prozent der EU-Agrarfläche aus. Deutschland liegt nach den Angaben für das Jahr 2016 mit entsprechend 13 Prozent der Betriebe und 59 Prozent der Fläche deutlich über dem EU-Durchschnitt.

51 Prozent der Flächen in der EU sind Pachtflächen

Etwa 51 Prozent der Agrarflächen in der EU sind gepachtet. Besonders hoch sind die Pachtflächenanteile in Frankreich mit nahezu 80 Prozent. Aber auch in Deutschland liegt der Pachtflächenanteil (60 Prozent, einschließlich unentgeltlich überlassener Flächen) deutlich über dem EU-Durchschnitt. In den letzten Jahren ist der Pachtflächenanteil in vielen Ländern weiter angestiegen.

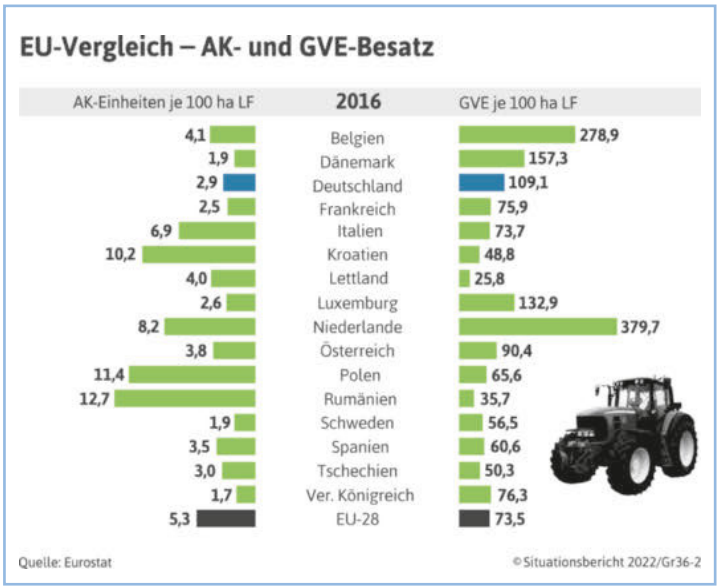
Boden- und Pachtpreise ziehen EU-weit an

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in fast allen anderen EU-Ländern sind sowohl die Kauf- als auch die Pachtpreise für Landwirtschaftsflächen in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Am höchsten sind die Bodenpreise in den Niederlanden, am niedrigsten in den baltischen und einigen anderen osteuropäischen Ländern. Hinter den nationalen Durchschnittswerten stecken große regionale Unterschiede. Auch ist die statistische Vergleichbarkeit häufig nur bedingt gegeben.

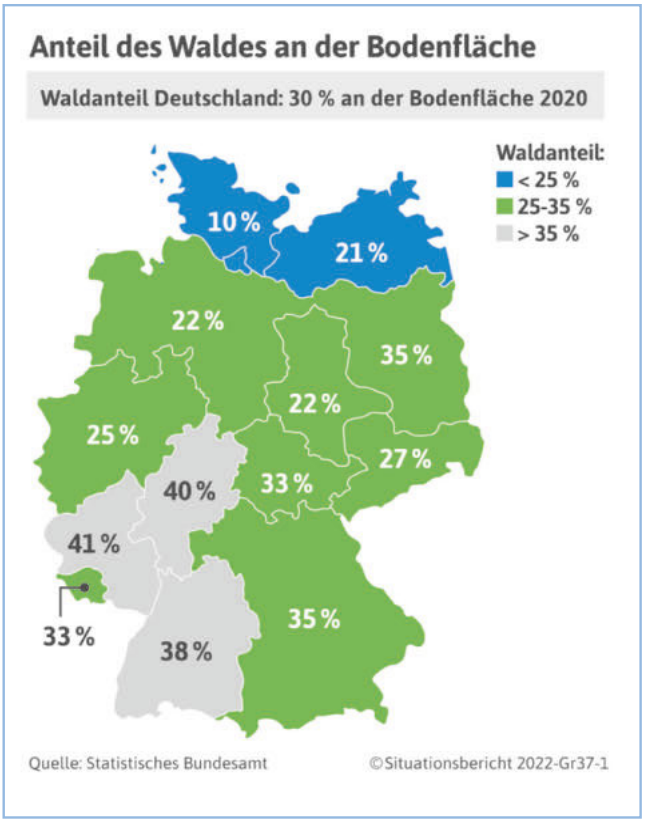
EU-Agrarstrukturvergleich – Entwicklung der Kauf- und Pachtpreise bei Boden

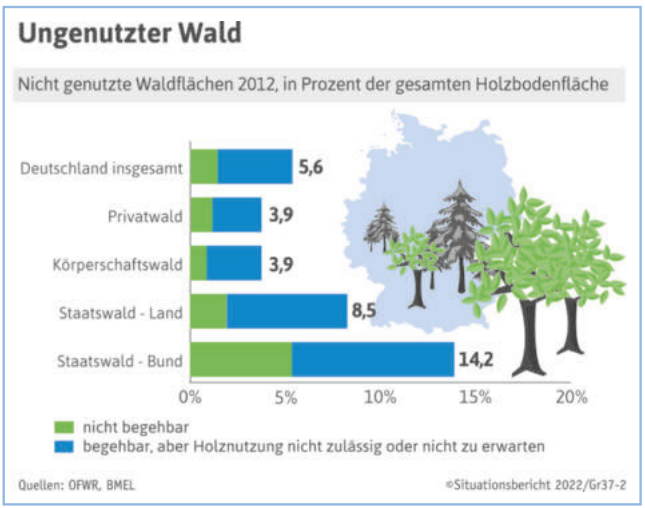
	Kaufpreise Ackerland			Pachtpreise Acker- und Grünland		
	2014	2019	% Veränd. 2019 zu 2014	2014	2019	% Veränd. 2019 zu 2014
Bulgarien	3.620	5.382	48,7	210	248	18,1
Tschechien	4.282	7.594	77,3	73	121	65,8
Dänemark	17.209	17.724	3,0	535	544	1,7
Deutschland	**16.381[1)]**	**25.485[1)]**	**55,6**	**243****	**329*****	**35,4**
Estland	2.426	3.174	30,8	48	64	33,3
Irland	23.449	27.457	17,1	255	307	20,4
Spanien	12.192	13.023	6,8	138	156	13,0
Frankreich	5.940	6.020	1,3	167	147	-12,0
Italien	39.247	30.569	-22,1	.	819	.
Litauen	2.320	3.890	67,7	80	105	31,3
Luxemburg	27.438	35.110	28,0	220	255	15,9
Ungarn	3.042	4.662	53,3	131	173	32,1
Niederlande	56.944	70.320	23,5	720	819	13,8
Österreich	.	.	.	276	295	6,9
Polen	7.723	10.441	35,2	.	175*	.
Rumänien	2.423	4.914	102,8	.	.	.
Finnland	8.090	8.380	3,6	223	242	8,5
Schweden	7.408	8.842	19,4	174	150*	-13,8
Ver. Königreich	26.634	23.412	-12,1	.	.	.

Quelle: EUROSTAT 1) Ackerland und Grünland *2018 **2013 ***2020 SB22-T36-7



3.7 Forstwirtschaft





Knapp ein Drittel der Fläche Deutschlands ist Wald

Der Wald übernimmt wichtige Funktionen. Er reinigt die Luft, produziert Sauerstoff, sorgt für Trinkwasser und ist Heimat für viele Tier- und Pflanzenarten. Im dicht besiedelten Deutschland bietet er Raum für Erholung und Naturerlebnis. Nicht zuletzt liefert der Wald den bedeutendsten nachwachsenden Rohstoff: Holz. Er leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Beschäftigung und Wertschöpfung im ländlichen Raum. Rund 10,7 Millionen Hektar, 30 Prozent der Bodenfläche Deutschlands, sind mit Wald bedeckt. Regional schwankt der Bewaldungsanteil stark, zwischen 3 Prozent im Landkreis Dithmarschen (Schleswig-Holstein) und 64 Prozent im Landkreis Regen (Bayern). Seit 1990 hat die Waldfläche in Deutschland um rund 100.000 Hektar zugenommen. 47 Prozent der Wälder sind Landschaftsschutzgebiete. Nicht zum Wald zählen nach dem Bundeswaldgesetz Kurzumtriebsplantagen (KUP), Agroforstwirtschaft sowie in der Flur oder im bebauten Gebiet gelegene kleinere Flächen, die mit einzelnen Baumgruppen, Baumreihen oder mit Hecken bestockt sind oder als Baumschulen verwendet werden.

Wald als Wirtschaftsfaktor

Als Lieferant der nachwachsenden Ressource „Holz“ wird der Wald seit jeher wirtschaftlich genutzt – sei es als Bau- und Brennmaterial oder für Möbel und Spielzeug. Die deutschen Wälder sind weit überwiegend sogenannte Wirtschaftswälder. Das dem Bundeslandwirtschaftsministerium nachgeordnete Thünen-Institut schätzt, dass demgegenüber rund 5,6 Prozent der Waldfläche nutzungsfrei sind. Der Wald bietet Einkommen für rund zwei Millionen Waldbesitzer. Rund 115.200 Unternehmen der Branche Forst und Holz beschäftigen 1,0 Millionen Menschen – hauptsächlich in den ländlichen Räumen. Die Branche erwirtschaftete 2019 einen Umsatz von 183 Milliarden Euro und eine Bruttowertschöpfung von 57 Milliarden Euro (1,9 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung Deutschlands).

Wald mit seinen vielfältigen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen

Wald und die Verwendung von Holzprodukten entlasten die Atmosphäre von Kohlendioxid. Denn der Wald speichert Kohlendioxid im Holz und im Boden. Zu den Nutzfunktionen des Waldes gehören auch die Reinhaltung der Luft, die Leistungen zum Wasserhaushalt, zur Bodenfruchtbarkeit, zur Biodiversität, zum Landschaftsbild und zur Erholung der Bevölkerung. Zwei Drittel der Bevölkerung nutzen den Wald für Freizeit und Erholung.

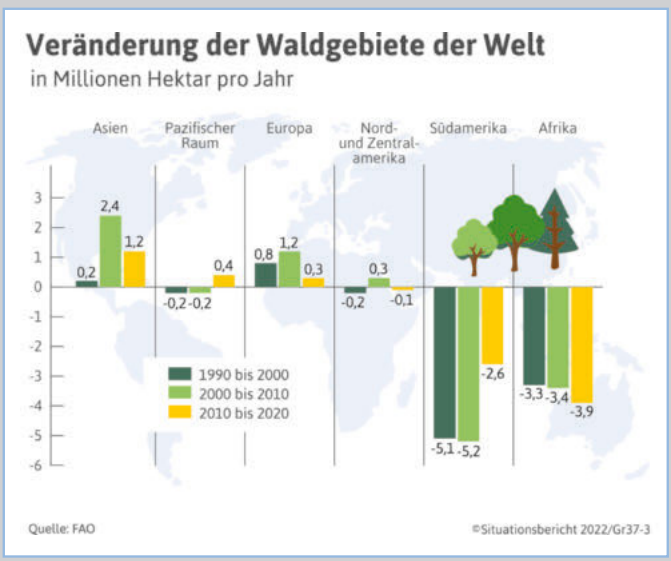
Volkswirtschaftliche Zahlen zum Cluster Forst und Holz in 2019

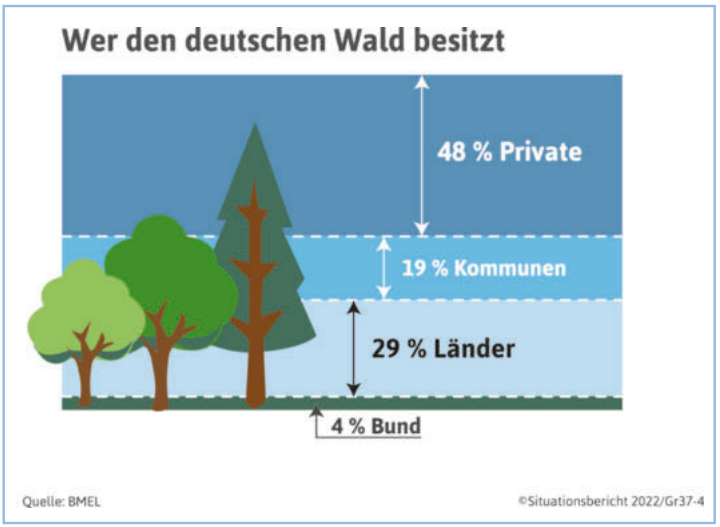
Wirtschaftszweige	Umsatz in Mrd. €	Beschäftigte in 1.000	Bruttowertschöpfung in Mrd. €
Forstwirtschaft	4,0	45,0	1,7
Forstwirtschaftliche Dienstleistungen	1,8	12,7	1,1
Gesamte Forstwirtschaft	**5,8**	**57,7**	**2,8**
Holzindustrie und -handel	83,7	526,0	24,2
Papiergewerbe	42,3	130,9	11,2
Verlags- u. Druckgewerbe	51,6	310,9	19,0
Cluster Forst und Holz gesamt	**183,4**	**1.025,3**	**57,2**

Quelle: Thünen-Institut SB22-T37-1

Wald global

Weltweit gibt es etwa 4 Milliarden Hektar Wald. Laut FAO sind seit dem Jahr 1990 insgesamt 420 Millionen Hektar Wald abgeholzt worden. Zwar wurden auch Gebiete aufgeforstet, wird beides gegeneinander aufgerechnet, bleibt allerdings ein Nettoverlust von 178 Millionen Hektar. Die Geschwindigkeit, mit der Waldflächen verloren gehen, hat in den letzten 30 Jahren deutlich nachgelassen. Lag die Rate in den 1990er Jahren netto noch bei 7,8 Millionen Hektar pro Jahr, sank sie zwischen 2010 und 2020 auf 4,7 Millionen Hektar pro Jahr. Positiv bemerkbar macht sich auch, dass die verbliebenen Wälder mehr Kohlenstoff speichern.





Knapp die Hälfte des deutschen Waldes ist Privatwald

48 Prozent des deutschen Waldes sind Privatwald. 29 Prozent sind Staatswald der Länder. 19 Prozent gehören Körperschaften wie etwa Kommunen oder auch Berufsgenossenschaften. Vier Prozent des Waldes sind Bundeswald. Dabei bestehen erhebliche regionale Unterschiede. Der Anteil des Privatwaldes reicht von 24 Prozent in Hessen bis 67 Prozent in Nordrhein-Westfalen. Er überwiegt häufig in den dünner besiedelten ländlichen Regionen. Der Staatswaldanteil liegt zwischen 17 Prozent in Nordrhein-Westfalen und 50 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Der Körperschaftswald hat in Rheinland-Pfalz einen Anteil von 46 Prozent, in Brandenburg etwa 7 Prozent, in Niedersachen und Sachsen-Anhalt rund 9 Prozent.

2 Millionen Privatwaldbesitzer

Der Privatwald in Deutschland ist überwiegend kleinstrukturiert, teilweise zersplittert. Die Zahl Die Zahl der körperschaftlichen und privaten Waldeigentümer in Deutschland wird auf rund zwei Millionen geschätzt. Die Eigentümer kleiner Waldflächen sind oftmals wegen räumlicher Distanzen, urbaner Lebensweise oder ihrer beruflichen Tätigkeiten kaum noch mit den Erfordernissen einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung vertraut. Zudem sind die finanziellen Erträge aus der Waldbewirtschaftung an den Gesamteinkünften des Eigentümers oftmals gering. Rund die Hälfte der Privatwaldfläche entfällt auf Betriebe mit weniger als 20 Hektar. Nur 13 Prozent des Privatwaldes gehören zu Betrieben mit einer Größe über 1.000 Hektar.

Kleinwaldbesitz mit besonderen Herausforderungen

Klein- und Kleinstprivatwaldeigentümer werden durch forstwirtschaftliche Beratung und Betreuung von staatlichen Forsteinrichtungen und privaten Forstbetriebsgemeinschaften als Selbsthilfeeinrichtungen unterstützt. In Deutschland gibt es rund 3.600 forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse mit 430.000 Waldbesitzern, die zusammen ca. 3,5 Millionen Hektar Wald betreuen, um den spezifischen Nachteilen der zersplitterten Besitzstrukturen besser begegnen zu können.

Landwirte bewirtschaften 1,4 Millionen Hektar Wald

Nach Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2020 entfallen auf die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland rund 1,4 Millionen Hektar Wald. Von den 5,5 Millionen Hektar Privatwald bewirtschaften die deutschen Bauern damit jeden vierten Hektar (25 Prozent). Von den 139.100 landwirtschaftlichen Betrieben mit Wald – das ist mehr als jeder zweite landwirtschaftliche Betrieb – haben 27.200

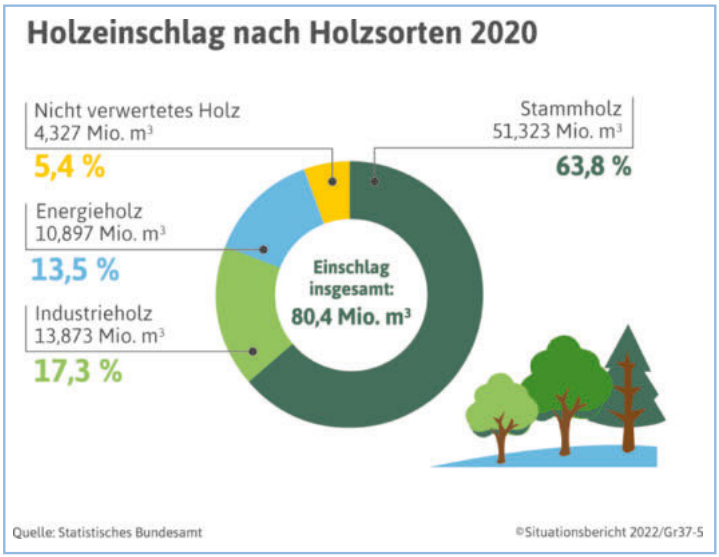
mindestens 10 Hektar Wald in der Bewirtschaftung. Rund 1.500 landwirtschaftliche Betriebe bewirtschaften Kurzumtriebsplantagen (KUP) über insgesamt 5.700 Hektar. 2010 lagen die entsprechenden Zahlen mit 800 Betrieben und einer KUP-Fläche von 3.500 Hektar noch deutlich niedriger.

Immer mehr Laubbäume

Der Flächenanteil von Laubbäumen beträgt 44 Prozent, derjenige von Nadelbäumen rund 56 Prozent. Der Nadelbaumanteil, insbesondere der der Fichte, nimmt seit einigen Jahren ab, der Laub- und Mischwaldanteil nimmt dagegen zu. Dieser Waldumbau steht im Gegensatz zur Marktnachfrage nach Holz und zur Tatsache, dass die CO_2-Bindung von Nadelholzarten in der Regel stärker ausgeprägt ist als bei Laubbäumen. Neben mehr Laubbäumen ist auch ein deutlicher Trend zu mehr alten und dicken Bäumen und mehr Totholz zu verzeichnen.

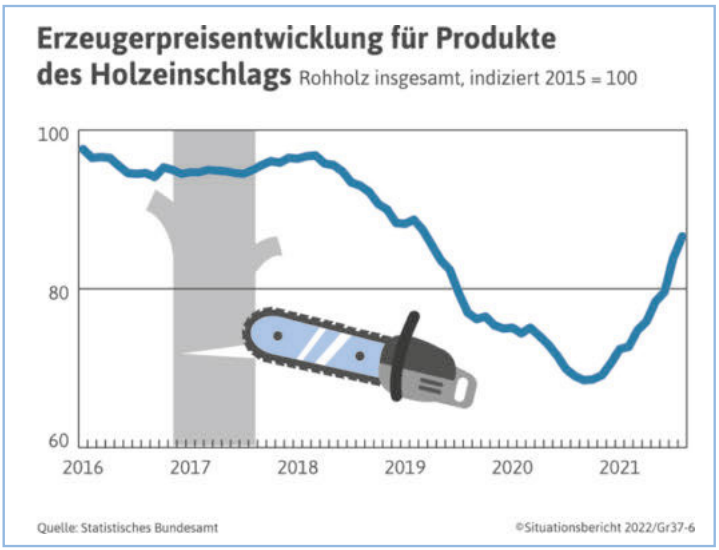
Holzvorrat angestiegen

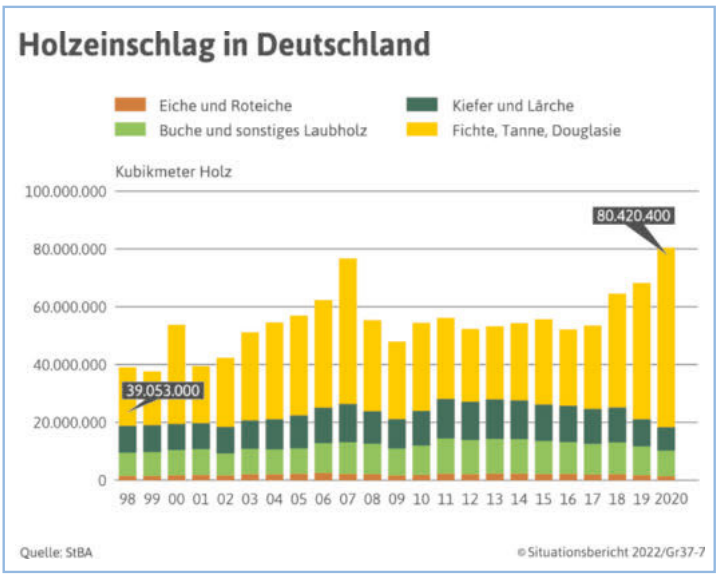
Nach Ergebnissen der Kohlenstoffinventur 2017 liegt der Holzvorrat im deutschen Wald bei 358 Kubikmetern pro Hektar. Damit liegt Deutschland nach der Schweiz und Österreich an der Spitze der europäischen Länder. 3,9 Milliarden Kubikmeter beträgt der Gesamtvorrat im deutschen Wald. Darin sind 1,23 Milliarden Tonnen Kohlenstoff gebunden (2017). Das sind 5 Prozent mehr als fünf Jahre zuvor. Pro Jahr wachsen in normalen Jahren etwa 117 Millionen Kubikmeter Holz nach. Etwa drei Viertel dieser Menge werden eingeschlagen oder gehen durch natürliche Ursachen verloren. Ein Viertel hat den lebenden Bestand vermehrt. Es wächst somit mehr Holz nach als geerntet wird. Die Nutzung bleibt im Schnitt der Jahre deutlich hinter dem Zuwachs zurück. Die Wälder sind somit eine Kohlenstoffsenke.



Holzeinschlag bei 80 Millionen Kubikmetern – hoher Schadholzanteil

Stürme, Hitze und Schädlinge haben dem deutschen Wald schwer zugesetzt. Mit 60,1 Mio. Kubikmetern fiel 2020 fast fünfmal mehr Schadholz an als noch im Jahr 2015 (12,9 Mio. Kubikmeter). Insgesamt wurde 2020 die neue Rekordmenge von 80,4 Millionen Kubikmeter eingeschlagen. In „normalen" Jahren liegt der Einschlag zwischen 50 und 60 Millionen Kubikmetern. Der Schadholzanteil lag 2020 bei 75 Prozent. Fast drei Viertel (72 Prozent) der insgesamt eingeschlagenen Schadholzmenge von 60,1 Mio. Kubikmetern lässt sich unmittelbar auf Insektenbefall zurückführen, 17 Prozent auf Wind und Sturm. Dabei ist zu berücksichtigen, dass durch Insektenbefall geschwächte Bäume auch anfälli-





ger für Wind und Sturm sind. 99 Prozent des durch Insektenbefall verursachten Schadholzeinschlages entfielen 2020 auf Nadelbäume wie Fichten, Tannen und Kiefern. Mit Stand 31. Dezember 2020 schätzte das BMEL eine geschädigte Waldfläche von insgesamt 277.000 Hektar, die wieder zu bewalden ist.

Vier von fünf Bäumen weisen Schäden auf

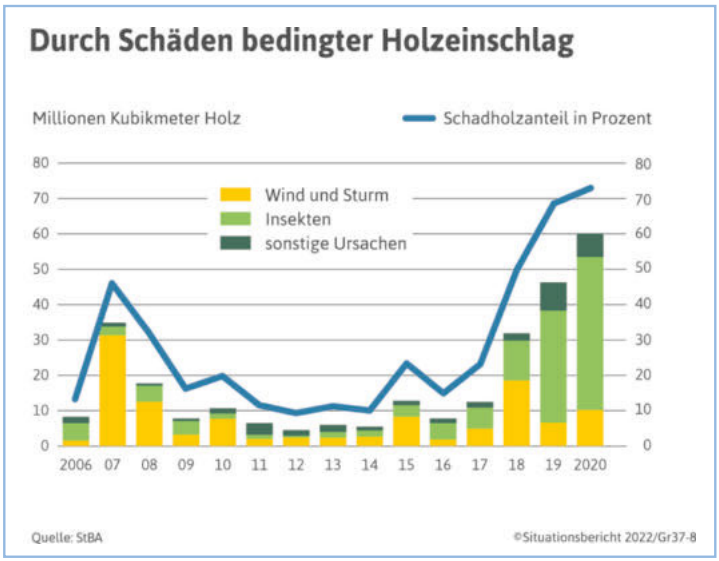
Insektenbefall und längere Trockenperioden können bei Bäumen zu Nadel- und Blattverlusten führen. Verlichtete Kronen sind daher ein nach außen sichtbares Zeichen für Waldschäden. Der Anteil an Bäumen mit deutlichen Kronenverlichtungen stieg laut BMEL-Waldzustandserhebung auf 37 Prozent im Jahr 2020 (2015: 24 Prozent) – das ist der höchste Wert seit Beginn der Erhebungen im Jahr 1984. Nur gut ein Fünftel der Bäume (21 Prozent) wies demnach im Jahr 2020 gar keine lichteren Kronen auf. Verschlechtert hat sich besonders der Zustand von Fichten und Buchen.

Enorme finanzielle Schäden

Die Waldbesitzer sind durch die Schäden im Wald sowie die dadurch ausgelösten Verwerfungen auf dem Holzmarkt wirtschaftlich stark betroffen. Die Kalamitäten seit Herbst 2017 hatten bei Nadelstamm- und Industrieholz einen drastischen Rückgang der Holzpreise zur Folge.

Bund und Länder stellen Hilfen über 1,5 Milliarden Euro bereit

Zusammen 800 Millionen Euro stellen Bund und Länder über die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur (GAK) über die Jahre 2020-2023 privaten und kommunalen Waldeigentümern zur Bewältigung der Waldschäden, für Wiederaufforstungen sowie zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel zur Verfügung. Zudem sind für den Wald im Corona-Konjunkturpaket der Bundesregierung in den Jahren 2020 und 2021 zusätzlich 700 Millionen Euro Bundesmittel vorgesehen, davon 500 Millionen Euro als flächenbezogene Waldprämie für den Erhalt und die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder. Die Einführung einer dauerhaften Waldklimaprämie ist in der Diskussion.





4 Agrarpolitik und Agrarförderung

4.1	EU-Agrarhaushalt / Mehrjähriger Finanzrahmen	127
4.2	Weiterentwicklung der GAP 2023 – 2027	133
4.3	GAP-Förderung und Umweltleistungen	139
4.4	„Zweite Säule" – Förderung ländlicher Räume	145
4.5	Bundesagrarhaushalt und nationale Agrarförderung	149

4.1 EU-Agrarhaushalt / Mehrjähriger Finanzrahmen

EU-Haushalt 2021: 170,6 Milliarden Euro

Der EU-Haushalt des Jahres 2021 umfasst einschließlich der Nachtragshaushalte (Stand Juli 2021) 170,6 Milliarden Euro an Zahlungsermächtigungen. Zahlungsermächtigungen sind Mittel, die im Haushaltsjahr tatsächlich für Ausgaben zur Verfügung stehen. Die in EU-Haushaltsplänen ebenfalls veranschlagten Mittel für Verpflichtungen (Verpflichtungsermächtigungen) geben an, bis zu welcher Höhe die EU im jeweiligen Jahr Ausgaben beschließen kann. Sie sind für das Haushaltsjahr 2021 mit 168,8 Milliarden Euro veranschlagt.

Unter der Haushaltsrubrik „Natürliche Ressourcen und Umwelt" fallen 2021 bei den Zahlungsermächtigungen 37,4 Milliarden Euro auf Direktzahlungen und 2,6 Milliarden Euro auf Marktmaßnahmen. 15,0 Milliarden Euro sind für die ländliche Entwicklung (ohne Wiederaufbaufonds-Mittel) vorgesehen. Größter Ausgabenbereich im Brüsseler Etat ist die Förderung über die Fonds für Regionalförderung und Kohäsion mit 45,7 Milliarden Euro. Für das Haushaltsjahr 2022 sollen sich die Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen auf 169,5 bzw. 170,6 Milliarden Euro belaufen. Rat und Parlament hatten sich auf diesen Haushalt mit der Kommission im November 2021 einigen können.

EU-Haushalt 2021 kurzgefasst

Der EU-Haushalt für das Jahr 2021 hat ein Volumen von 170,6 Milliarden Euro.

Einnahmen:

- 73 % Beiträge der Mitgliedstaaten entsprechend ihrem Bruttosozialprodukt
- 11 % Mehrwertsteuer-Abgaben
- 10 % Zölle auf Waren aus Drittländern, Agrarzölle, Zuckerabgaben
- 6 % übrige Einnahmen

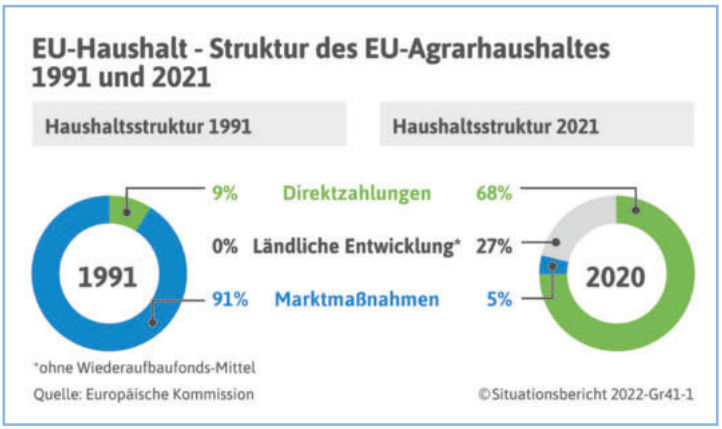
Ausgaben:

- 24 % Agrarausgaben: Direktzahlungen und Marktmaßnahmen
- 9 % Entwicklung des ländlichen Raumes („2. Säule")
- 53 % Struktur- und Kohäsionspolitik, Digitalisierung, Innovation, Forschung etc.
- 8 % Externe und interne Politikbereiche (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, humanitäre Hilfe, Unionsbürgerschaft, besondere Instrumente)
- 6 % Verwaltungsausgaben

Quelle: Europäische Kommission

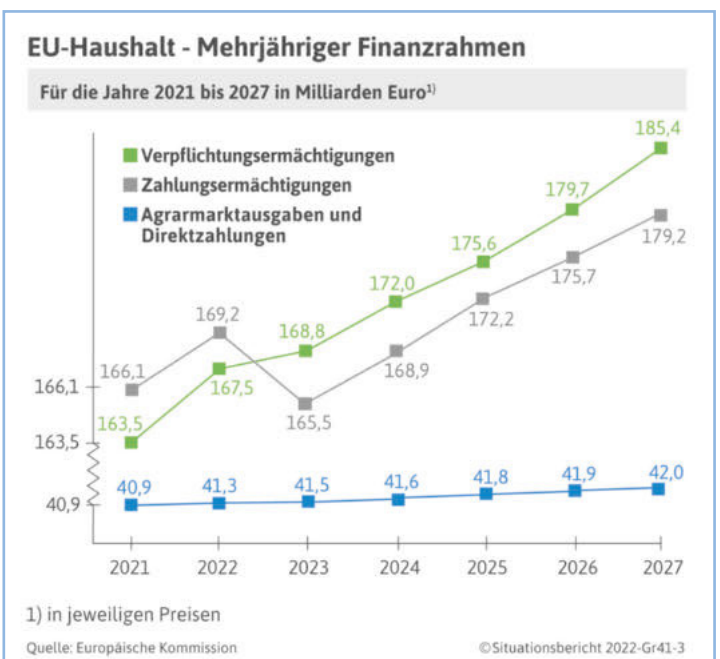
Extra: Wiederaufbaufonds

Zum EU-Haushalt dazu kommen Mittel aus dem Corona-Krise bedingten neuen Aufbauinstrument der Europäischen Union, „NextGenerationEU" (NGEU). Dieser Fonds hat für den Zeitraum von 2021 bis 2023 ein Gesamtvolumen von 750 Milliarden Euro (in Preisen von 2018) bzw. von 807 Milliarden Euro



zu jeweiligen Preisen. NextGenerationEU gilt als „Notfallinstrument", das für einen befristeten Zeitraum (bis Ende 2023 für Mittel für Verpflichtungen) eingerichtet wurde und für Krisenreaktions-, Aufbau- und Resilienzmaßnahmen eingesetzt werden soll. Der nicht rückzahlbare Teil dieses Wiederaufbaufonds liegt über den Zeitraum 2020-2023 bei 421,1 Milliarden Euro, der auf langfristige Darlehen entfallende Teil beträgt 385,9 Milliarden Euro. 2022 beträgt das nicht rückzahlbare Mittelvolumen 143,5 Milliarden Euro (Verpflichtungsermächtigungen). Das ist fast so viel wie der gewöhnliche EU-Haushalt. Davon dienen 5,7 Milliarden Euro der Aufstockung der ELER-Mittel, weitere Einzelheiten dazu siehe Kapitel 4.4.

Das Aufbauinstrument der Europäischen Union („European Union Recovery Instrument" - EURI) stellt die zusätzlichen ELER-Mittel für die Jahre 2021 und 2022 bereit. Sie sind bis Ende 2025 zu verausgaben. Diese Mittel unterliegen den gleichen Regeln wie die originären ELER-Mittel (Ausnahme: keine nationale Kofinanzierung erforderlich), es gelten jedoch bestimmte Vorgaben hinsichtlich ihrer Verwendungsmöglichkeiten.



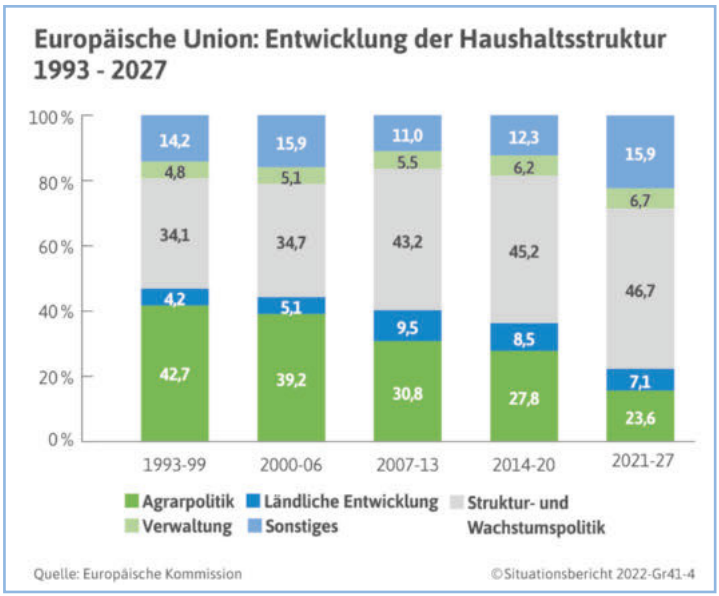
Direktzahlungen dominieren Agrarhaushalt

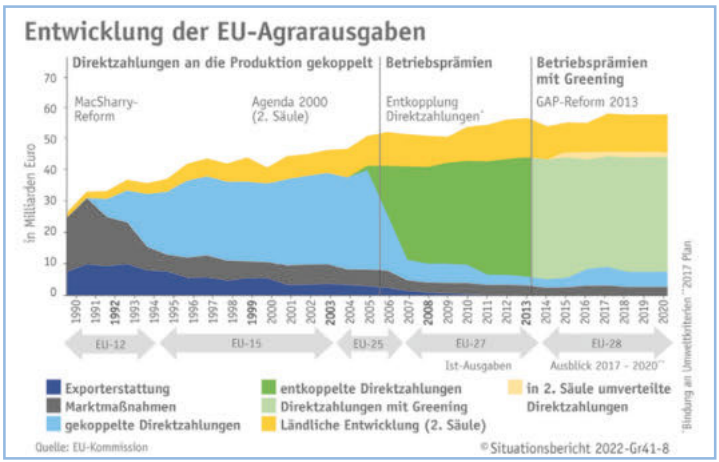
2021 entfallen 68 Prozent der EU-Agrarausgaben von 56,0 Milliarden Euro auf Direktzahlungen, 5 Prozent auf Agrarmarktausgaben, 27 Prozent kommen der Ländlichen Entwicklung zu Gute. 1991 wurden noch 91 Prozent der EU-Agrarausgaben für die Marktstützung (Exporterstattungen, Lagerhaltung) verwendet. Kehrseite dieser Entwicklung ist, dass die Landwirtschaft in relativ hohem Maße von den Direktzahlungen abhängig geworden ist. Unter den EU-Agrarausgaben für die Marktstützung spielen die Exporterstattungen seit Mitte 2013 keine Rolle mehr. Im Jahr 1993 betrugen die Exporterstattungen noch über 10 Milliarden Euro.

Anteil des Agrarbudgets geht weiter zurück

Während die Gesamtausgaben der EU ansteigen, geht das darin enthaltende Budget für Direktzahlungen und Marktmaßnahmen zurück. Dessen Anteil am EU-Gesamtbudget (einschl. Mittel außerhalb des MFR, Verpflichtungsermächtigungen) ist von 31 Prozent in der Förderperiode 2007-2013 auf rund 28 Prozent in der Förderperiode 2014-2020 zurückgegangen. Nach dem MFR 2021-2027 geht der Agraranteil weiter auf rund 24 Prozent zurück.

Die scheinbare Agrarlastigkeit des EU-Haushaltes hat ihre Gründe. Bis heute ist die Gemeinsame Agrarpolitik der einzige voll gemeinschaftlich finanzierte Politikbereich. Dies erklärt den relativ hohen Anteil des Agrarbereichs am EU-Haushalt. Im Durchschnitt zahlt jeder EU-Bürger 25 Cent am Tag für die EU-Agrarpolitik mit ihren Direktzahlungen und Marktmaßnahmen als Beitrag für gesunde, sichere Nahrungsmittel, eine vielfältige Kulturlandschaft und intakte ländliche Räume.



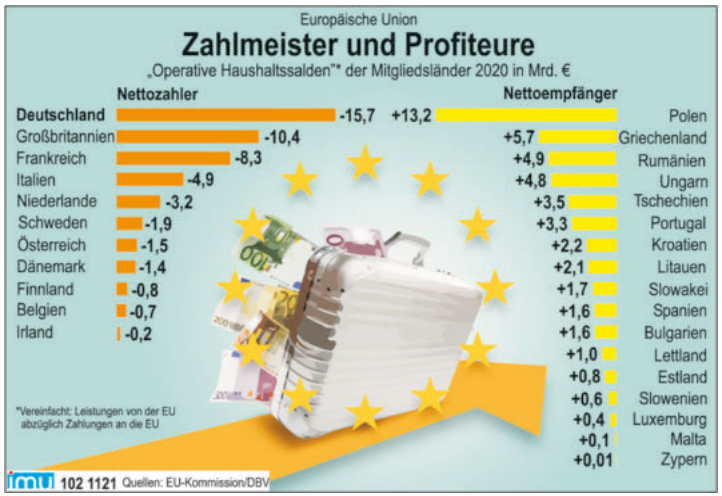


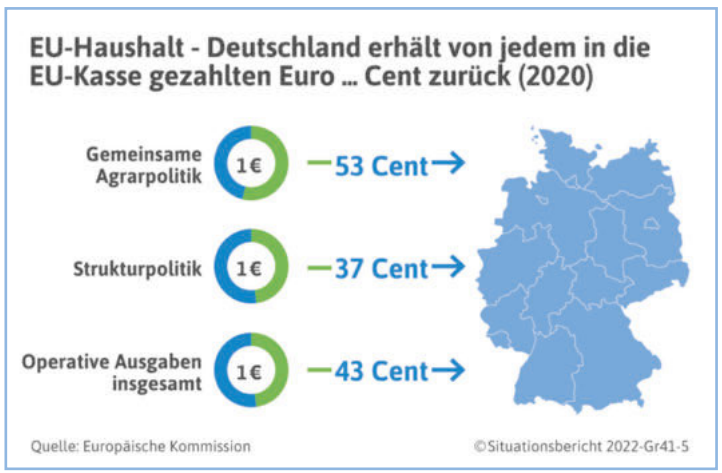
Deutschland größter Nettozahler

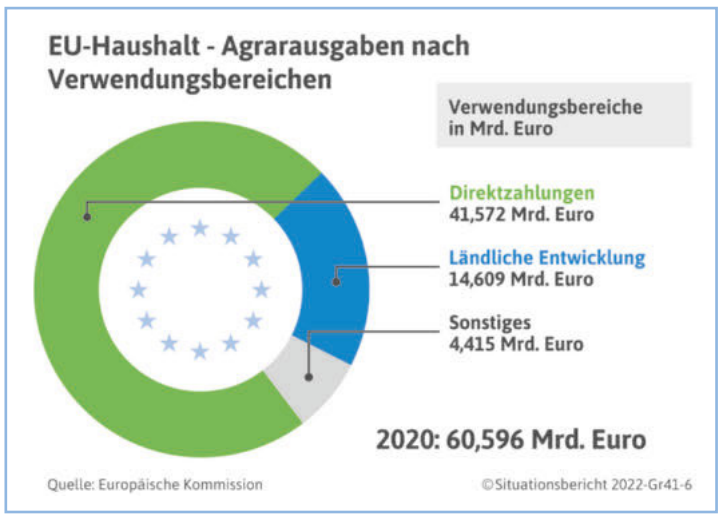
Ohne Berücksichtigung der Finanzierung der EU-Verwaltungsausgaben hat Deutschland 2020 nach Kommissionsangaben 15,7 Milliarden Euro weniger aus dem EU-Haushalt bekommen als es darin eingezahlt hat. Das sind 0,46 Prozent des deutschen Bruttonationaleinkommens (BNE). Der deutsche Beitragsanteil am EU-Haushalt betrug 2020 20,0 Prozent. Gemessen daran fällt der Anteil der EU-Rückflüsse mit 8,5 Prozent relativ bescheiden aus. Mit anderen Worten: Von jedem Euro, den Deutschland in die Brüsseler Kasse gibt, erhält es nur 43 Cent zurück. Etwas günstiger sieht es bei den Ausgaben zur „Gemeinsamen Agrarpolitik" (GAP, einschließlich

Deutscher Nettotransfer wird ansteigen

Durch den Austritt des Vereinigten Königreiches als bislang bedeutendem Nettozahler steigen die Nettobeiträge Deutschlands ab 2021 deutlich an. Das Vereinigte Königreich, das bis zu seinem Ausscheiden aus dem Binnenmarkt Ende 2020 noch in den Haushalt einzahlte, überwies 2020 netto 10,4 Milliarden Euro.







„Ländliche Entwicklung") aus. Den deutschen Leistungen zur GAP in Höhe von etwa 11,8 Milliarden Euro standen 2020 Rückflüsse von 6,2 Milliarden Euro gegenüber.

Polen größter Nettoempfänger

Zu den großen Nettoempfängern zählen die mittel- und osteuropäischen Länder sowie Griechenland, Portugal und Spanien. Polen verbuchte 2020 in absoluten Zahlen mit 13,2 Milliarden Euro den größten Überschuss, das entspricht etwa 2,6 Prozent des polnischen Bruttonationaleinkommens (BNE). Die Differenz zwischen Ein- und Auszahlungen lässt allerdings nicht unmittelbar darauf schließen, welches Land letztlich von der Politik der Union am meisten profitiert. Die Vorteile etwa des Binnenmarktes schlagen sich in den nationalen Steuereinnahmen oder auch in den Exportmöglichkeiten der Wirtschaft nieder.

EU-Mitgliedschaft erhöht Wohlstand

Ein internationales Forscherteam unter der Leitung des Institutes für Weltwirtschaft (IfW) hat berechnet, dass die gegenseitige Anerkennung von Standards und die Angleichung der Regeln im Binnenmarkt den Mitgliedstaaten der EU insgesamt jedes Jahr zusätzlichen Wohlstand von etwa 640 Milliarden Euro bescheren. Davon entfallen rund 130 Milliarden Euro oder 21 Prozent auf Deutschland. Werden neben dem Binnenmarkt auch die Zollfreiheit, der Schengen-Raum,

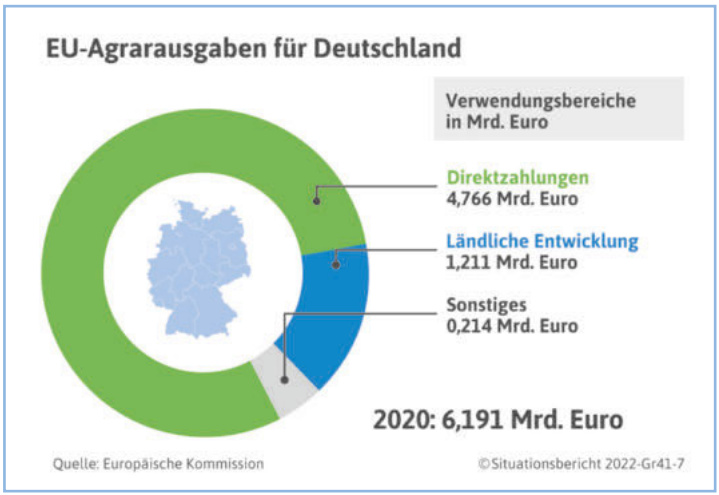
Handelsabkommen und der Euro berücksichtigt, erhöht sich der Wohlstandsgewinn in der EU auf jährlich 940 Milliarden Euro. Davon entfallen auf Deutschland rund 170 Milliarden Euro (18 Prozent).

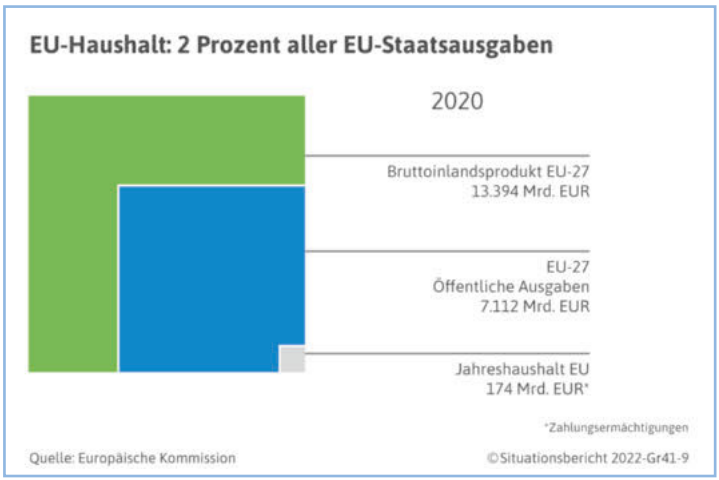
Begrenzung der EU-Ausgaben durch den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)

Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) gibt den Rahmen für die jährlichen EU-Haushalte vor, die zwischen Kommission, Rat und Parlament ausgehandelt werden. Mit diesem Verfahren soll vermieden werden, dass es jedes Jahr zu heftigem Streit über die Finanzen kommt. 80 Prozent der EU-Mittel werden von nationalen oder regionalen Regierungen verausgabt. Die meisten von der EU finanzierten Projekte werden von den Mitgliedstaaten ausgewählt und verwaltet.

Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027

Nach dem 2021 beschlossenen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027, einschließlich Konjunktur- und Investitionsprogramm gegen die Folgen der Corona-Krise, betragen die GAP-Ausgaben 386,7 Milliarden Euro. Das sind nominal gegenüber 2020 (mal 7) gut 1 Prozent mehr. Der ursprüngliche MFR-Kommissionsvorschlag vom 2. Mai 2018 sah hierfür nur 365,0 Milliarden Euro vor (- 5 Prozent). Die darin enthaltenen Mittel für Direktzahlungen gehen allerdings um rund 1 Prozent zurück, wegen der externen Konvergenz (Angleichung der Direktzahlungen unter den Mitgliedstaaten) für Deutschland sogar um 2 Prozent. Die Mittel der 2. Säule steigen nominal um rund 3 Prozent auf 95,6 Milliarden Euro, für Deutschland sogar um etwas mehr als 5 Prozent auf 8,6 Milliarden Euro. Der ursprüngliche Kommissionsvorschlag sah für die 2. Säule nur 78,8 Milliarden Euro vor (- 15 Prozent).





Neuer Mechanismus bei der „Agrarkrisenreserve“

Im Rahmen des Agrarbudgets gibt es für die „Agrarkrisenreserve“ künftig einen neuen Mechanismus. Danach werden nicht ausgegebene Mittel der Agrarkrisenreserve über 450 Millionen Euro auf das nächste Haushaltsjahr übertragen. Werden Mittel der Agrarkrisenreserve in Anspruch genommen, wird die Agrarkrisenreserve im folgenden

Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 – GAP-Ausgaben, in laufenden Preisen

	Vorschlag der EU-Kommission vom 2. Mai 2018		Beschluss des Europäischen Rates vom 21. Juli 2020	
	Angabe in Mrd. Euro	Veränd. in % zu 2020 (x 7) (ohne VK)	Angabe in Mrd. Euro	Veränd. in % zu 2020 (x 7) (ohne VK)
GAP insgesamt	**365,0**	**-4,6**	**386,7**	**1,1**
1. Säule	286,5	-1,1	291,1	0,6
Direktzahlungen	264,5	-3,0[1)]	270,0	-1,0[2)]
2. Säule	78,8	-15,3	95,6	2,9[3)]

1) Im EU-Durchschnitt, nach externer Konvergenz für Deutschland -3,9 Prozent
2) Im EU-Durchschnitt, nach externer Konvergenz für Deutschland -2,0 Prozent
3) Deutschland +5,1 Prozent
Quellen: EU-Kommission, BMEL SB22-T41-1

MFR 2021-2027 - GAP-Mittel für Deutschland im Vergleich
in Millionen Euro (laufende Preise)
einschließlich Mittel aus dem Corona-Wiederaufbaufonds

	Gesamt	pro Jahr	Differenz pro Jahr	Differenz in %
Direktzahlungen für Deutschland				
Referenzjahr 2020 (x 7)	35.129	5.018		
KOM-Vorschlag Mai 2018	33.762	4.823	-195,3	-3,9
MFR-Beschluss Juli 2020	34.410	4.916	-102,7	-2,1
ELER Mittel für Deutschland				
Referenzjahr 2020 (x 7)	8.181	1.169		
KOM-Vorschlag Mai 2018	6.929	990	-178,9	-15,3
MFR-Beschluss Juli 2020*	8.598	1.228	59,5	+5,1
Gesamt Direktzahlungen + ELER für Deutschland				
Referenzjahr 2020 (x 7)	43.310	6.187		
KOM-Vorschlag Mai 2018	40.691	5.813	-374,2	-6,0
MFR-Beschluss Juli 2020	43.008	6.144	-43,1	-0,7

*Beschluss des Europäischen Rates vom 21. Juli 2020: Wiederaufbaumittel für den ELER für die EU 27 in Höhe von 10 Mrd. Euro in Preisen 2018. Hiervon entfallen auf Deutschlands Mittel für den ELER in Höhe von rd. 710 Mio. Euro in laufenden Preisen.
Quelle: BMEL SB22-T41-3

Funktionsweise der „Finanziellen Disziplin“

Die Gewährung der Direktzahlungen (Betriebsprämien) gegen Jahresende erfolgt aus dem EU-Haushalt des Folgejahres. Die Haushaltsjahre beginnen jeweils am 16. Oktober. Die so genannte „Finanzielle Disziplin“ kommt dann zur Anwendung, wenn die Prognosen für die Finanzierung der Direktzahlungen und der marktbezogenen Ausgaben erkennen lassen, dass die entsprechende finanzielle Obergrenze des MFR überschritten wird. Sie führt automatisch zu einer Kürzung der Direktzahlungen an die Landwirte. Die Regelung musste bisher nicht angewendet werden.

Haushaltsjahr zunächst aus nicht genutzten Mitteln für Marktmaßnahmen und zweckgebundenen Einnahmen wieder aufgefüllt. Reicht dies nicht aus, greift der Mechanismus der „Finanziellen Disziplin“, verbunden mit einer Kürzung der Direktzahlungen. Um den Fonds für die Agrarkrisenreserve über 450 Millionen Euro in 2023 erstmalig aufzufüllen, sollen in 2022 ungenutzte Mittel der bisherigen Agrarkrisenreserve übertragen werden. Der bisherige Mechanismus der direkten Kopplung der Agrarkrisenmittel mit den Direktzahlungen entfällt.

4.2 Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) 2023 – 2027

EU-Agrarpolitik seit 1992 – Abkehr von der Markt- und Preisstützung

Seit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) verfolgt die „Gemeinsame Agrarpolitik" (GAP) das Ziel, die Versorgung mit Nahrungsmitteln zu gewährleisten und die Einkommen der Landwirte zu sichern. Seit der Uruguay-Runde 1992 der Welthandelsorganisation (WTO) sind auch Agrarprodukte den internationalen Regeln des Warenhandels unterworfen. Deshalb wurden Preisstützung und Regulierung der Agrarmärkte durch Marktordnungen Schritt für Schritt aufgegeben. Im Gegenzug bekommen die Landwirte seitdem an Umweltauflagen gebundene Direktzahlungen, die seit 2005 grundsätzlich von der Produktion entkoppelt sind und flächenbezogen gewährt werden (siehe Kapitel 4.3). Ergänzend werden Fördermaßnahmen für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum in der „2. Säule" der GAP angeboten (siehe Kapitel 4.4).

Weiterentwickelte Ziele der GAP-Förderung

2018 hatte die EU-Kommission ihre Vorschläge für die GAP nach 2020 vorgelegt. Zu einer Einigung mit dem Agrarministerrat und dem Europäischen Parlament kam es erst im Juni 2021. Die GAP-Förderung verfolgt drei allgemeine Ziele: a) die Förderung einer intelligenten, krisenfesten und diversifizierten Landwirtschaft zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit, b) die Stärkung von Umweltpflege und Klimaschutz und c) die Stärkung der ländlichen Gebiete. Insgesamt sind in der neuen GAP neun spezifische Ziele verankert. Diese reichen von der Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen und der Stärkung der Position der Landwirte in der Lebensmittel-Wertschöpfungskette bis hin zu Klimaschutz und Erhalt der biologischen Artenvielfalt. Im Fokus stehen auch die ländliche Entwicklung und junge Landwirte. Die im so genannten Green Deal und in der Farm-to-Fork-Strategie vorgesehene stärkere Orientierung auf Umwelt- und Klimaziele soll in den GAP-Strategieplänen der Mitgliedstaaten berücksichtigt werden.



Ergebnisorientierung der Förderung – Mehr nationale Verantwortung

Die EU will die Ergebnisse ihrer Förderpolitik künftig systematischer erfassen. Die Mitgliedstaaten sollen ein Indikatoren-System zur kontinuierlichen Nachweisführung von jährlichen Umsetzungsergebnissen und zur Überprüfung langfristiger Wirkung einführen. Ebenfalls sollen die Mitgliedstaaten quantitative Ziele zur Inanspruchnahme der einzelnen Fördermaßnahmen festlegen. Anhand dieser Outputgrößen soll der Erfolg

GAP-Reform – Verwendung der „Ersten Säule" in Deutschland (in Mio. Euro)

Stand: Nov. 2021	2023	2024	2025	2026	2027
Direktzahlungs-Obergrenze	4.915,7	4.915,7	4.915,7	4.915,7	4.915,7
./. Umschichtung in die 2. Säule	491,6	540,7	614,5	737,4	737,4
= Nettoobergrenze	4.424,1	4.375,0	4.301,2	4.178,3	4.178,3
./. Umverteilungsprämie	530,9	525,0	516,1	501,4	501,4
./. Junglandwirtezuschlag	147,5	147,5	147,5	147,5	147,5
./. Schaf-/Ziegenprämie	44,2	43,7	43,0	41,8	41,8
./. Mutterkuhprämie	44,2	43,7	43,0	41,8	41,8
./. Eco Schemes	1.017,5	1.006,2	989,3	961,0	961,0
= Basisprämie	2.639,7	2.608,7	2.562,3	2.484,9	2.484,9

Quelle: BMEL SB22-T42-1

der GAP-Förderung gemessen und gegebenenfalls nachjustiert werden. Insgesamt gibt die EU damit die Verantwortung für die Umsetzung europäischer Ziele stärker in die Hand der Mitgliedstaaten.

Ein nationaler GAP-Strategieplan je Mitgliedstaat

Die EU-Staaten müssen für die GAP-Förderung der Jahre 2023 bis 2027 einen nationalen „GAP-Strategieplan" erarbeiten, der beide Säulen der GAP umfasst. Dazu gehört eine SWOT-Analyse (Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken-Analyse), um sektor- bzw. gebietsbezogene Handlungsbedarfe und Strategien herauszuarbeiten. Daran knüpfen dann die jeweiligen „Interventionen" (Fördermaßnahmen) an. Mit dem „GAP-Strategieplan" sollen die EU-Staaten ferner ihre Ansätze zur Vereinfachung und Modernisierung der GAP-Förderung darlegen. Für Deutschland ist eine enge Abstimmung zwischen Bund und Ländern notwendig, da die Fördermaßnahmen der 2. Säule in der Verantwortung der Länder liegen. Die GAP-Strategiepläne sollen zur Jahreswende 2021/22 der EU-Kommission zur Genehmigung vorgelegt werden.

Kernelemente der GAP-Direktzahlungen (1. Säule) 2023 bis 2027 in Deutschland

- Budget jährlich 4,916 Mrd. Euro
- Höhere Umschichtung von der 1. Säule in die 2. Säule: 8% in 2022; 10% in 2023; 11% in 2024; 15% in 2026
- Keine Kappung und Degression
- Keine gemeinsame Veranlagung verbundener Unternehmen
- Ausbau der Umverteilungsprämie zugunsten der ersten 60 Hektare auf 12 % der Nettoobergrenze: ca. 64 - 69 Euro/ha für die ersten 40 ha eines Betriebs; ca. 38 - 42 Euro/ha für weitere 20 ha
- 25% Eco Schemes: Etwa 23% der Nettoobergrenze (ca. 1.017 - 961 Mio. Euro) für Eco-Scheme-Maßnahmen; Erfüllung weiterer 2% über Agrarumweltmaßnahmen der 2. Säule
- Jährlich 147,5 Mio. Euro bzw. 3,3 - 3,5 % der Nettoobergrenze für die Junglandwirteprämie mit ca. 115 Euro/ha für bis zu 120 ha je Junglandwirt bis 40. Lebensjahr für max. 5 Jahre (neu ist ein Qualifikationsnachweis)
- 1 % bzw. 44-42 Mio. Euro für Mutterschafe/-ziegen; ca. 35 - 33 Euro/Tier
- 1 % bzw. 44-42 Mio. Euro für Mutterkühe; ca. 78 -74 Euro/Tier
- Deutliche Absenkung der Basisprämie auf 156 bis 146 Euro/ha (2021 ca. 254 Euro/ha)
- Nachweis des „Aktiven Landwirts" über Mitgliedschaft in der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung
- Entfall der Zahlungsansprüche ab 2023
- Entkopplung der Tierkennzeichnungs-/Tierregistrierungspflichten vom Kürzungs-/Sanktionssystem der Direktzahlungen

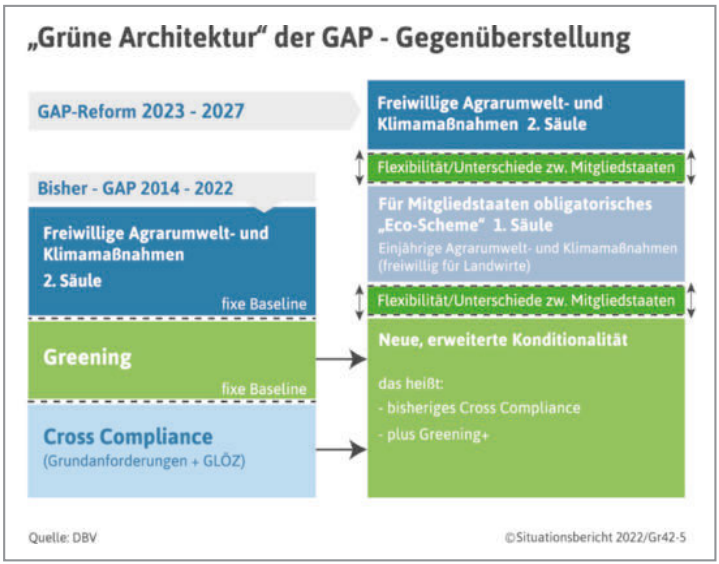
Quellen: BMEL, EU-Kommission (Stand Nov. 2021)

Beschlüsse zur GAP-Umsetzung getroffen, viele Details aber noch offen

Nach dem Bund-Länderkonsens der Agrarministerkonferenz vom April 2021 hat der Bundestag im Juni 2021 das GAP-Direktzahlungsgesetz und das GAP-Konditionalitätengesetz beschlossen. Damit wurden die wichtigsten Entscheidungen zur Verteilung der Direktzahlungsmittel in Deutschland getroffen. Vor allem durch die neuen Eco Schemes und die erhöhte Umschichtung der Direktzahlungen in die 2. Säule wird die Basisprämie ab 2023 auf ca. 156 bis 146 Euro je Hektar deutlich abgesenkt – bei gleichzeitig deutlich anspruchsvolleren Auflagen (Konditionalität).
Im November 2021 hat das Bundeskabinett Entwürfe für Verordnungen zu den beiden Gesetzen vorgelegt. Diese enthalten Detailregelungen unter anderem zu den neuen Eco Schemes und zur Konditionalität. Darüber sollte der Bundesrat im Dezember 2021 entscheiden.

„Grüne Architektur" der GAP soll stimmig sein

Die Direktzahlungen werden ab 2023 an eine „erweiterte Konditionalität" gebunden. Danach sollen die Anforderungen aus Cross Compliance angehoben und um die bisherigen „Greening"-Bedingungen erweitert werden. Die Einhaltung dieser sogenannten „Baseline" ist Voraussetzung zur Gewährung der





GAP-Reform – Geplante Eco Schemes in Deutschland 2023

	Prämie	Zielfläche	Planbudget
	Euro/ha	Hektar	Mio. Euro
1 - Flächen zur Verbesserung der Biodiversität	1.300 - 200	517.000	326,3
2 - Anbau vielfältiger Kulturen mind. 5 Fruchtarten, mind. 10 % Leguminosen -	30	3.427.000	102,8
3 - Beibehaltung von Agroforst	60	25.000	1,5
4 - Extensivierung des gesamten Dauergrünlands	115	1.978.000	227,5
5 - Extensivierung von Dauergrünlandflächen mit Nachweis von mind. 4 regionalen Kennarten	240	641.000	153,7
6 - Acker- oder Dauerkulturflächen unter Verzicht von chem.-synthetischen Pflanzenschutzmitteln	130/50	1.288.000	135,8
7 – Landwirtschaftl. Fläche im Natura 2000 Gebiet	40	1.749.000	70,0
Gesamtbudget der Eco Schemes 2023			**1.017,5**

Quelle: Entwurf der Bundesregierung vom November 2021 SB22-T42-2

„Basisprämie". Für die Landwirte führen diese zusätzlichen Auflagen zu einer weiteren „Entwertung" der bisherigen Direktzahlungen. Die EU-Kommission hat angekündigt, bei der Prüfung der nationalen GAP-Strategiepläne darauf zu achten, dass das „Umweltambitionsniveau" der Agrarförderung in beiden Säulen der GAP steigt.

Basisprämie nur noch etwa 150 Euro je Hektar – 2,5 Milliarden Euro für Agrarumweltmaßnahmen

Die Agrarumweltmaßnahmen in beiden Säulen der GAP werden in Deutschland auf etwa 2,5 Milliarden Euro pro Jahr anwachsen. Vor allem durch die höhere Umschichtung von Mitteln in die 2. Säule und die Einführung der Eco Schemes schrumpft die Basisprämie auf etwa 156 Euro je Hektar in 2023 und in den Jahren danach sukzessive auf etwa 146 Euro je Hektar in den Folgejahren. Die Greening-Prämie entfällt. Basisprämie und Greening-Prämie betragen 2021 etwa 254 Euro je Hektar.

Was sind Eco Schemes?

Zu der neuen „Grünen Architektur" gehören sogenannte „Eco Schemes" (Öko-Regelungen) in der 1. Säule der GAP. Hier handelt es sich um freiwillige, einjährige flächenbezogene Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM), die in Deutschland bundeseinheitlich angeboten werden. Daneben werden in der 2. Säule der GAP von den Bundesländern AUKM weiter angeboten, die mehrjährig sind. In beiden Programmen müssen die gestellten Anforderungen über die erweiterte „Konditionalität" hinausgehen. Die flächenbezogene „Eco Scheme"-Prämie soll als Zahlung zum Ausgleich der Management- und Opportunitätskosten kalkuliert werden. Zu den Managementkosten gehören zum Beispiel die Pflege der Flächen oder die Bewirtschaftungskosten eines Blühstreifens.

7 Eco Schemes für Deutschland

Mit dem GAP-Direktzahlungsgesetz hat der Bundestag 7 Eco Schemes für Deutschland beschlossen. Die Maßnahmen reichen von zusätzlicher Ackerbrache, Blüh- und Altgrasstreifen über vielfältige Ackerkulturen und Grünlandextensivierung bis zum Ausgleich für Natura 2000 Flächen. Der bundeseinheitliche Förderkatalog enthält relativ viele Überschneidungen mit etablierten und deutlich höher dotierten Fördermaßnahmen der Länder in der 2. Säule. Für Grünlandbetriebe sind die Mög-

lichkeiten zur Teilnahme an den Eco Schemes eingeschränkter als für Ackerbaubetriebe. Die fachliche und politische Diskussion um die Eco Schemes dauerte zur Jahreswende 2021/22 an. Liegen die Management- und Opportunitätskosten von Eco Schemes oder Agrarumweltmaßnahmen der 2. Säule über den angebotenen Prämiensätzen, werden Landwirte diese Förderangebote in der Regel nicht in Anspruch nehmen. Einige Agrarregionen drohen bei den diskutierten Fördersätzen für Eco Schemes aus der Förderung herauszufallen.

Saldierungsverfahren zwischen den Eco Schemes

Die Eco Schemes können vom Landwirt erstmals im Antragsverfahren zum 15. Mai 2023 beantragt werden. Der Landwirt kann eine oder mehrere Maßnahmen auswählen. Danach ermitteln Bund und Länder im Herbst 2023, ob die geplanten Budgets für die 7 Maßnahmen ausreichen. Bei Über- bzw. Unterbeantragung können die tatsächlich ausgezahlten Prämien um bis zu 10 Prozent nach unten oder oben abweichen. Wird das Budget für die Eco Schemes insgesamt überbeantragt, so erfolgt ein Rückgriff auf das Budget der Basisprämie.

Was sind Opportunitätskosten?

Diese werden auch Verzichts- oder Nutzungskosten genannt.

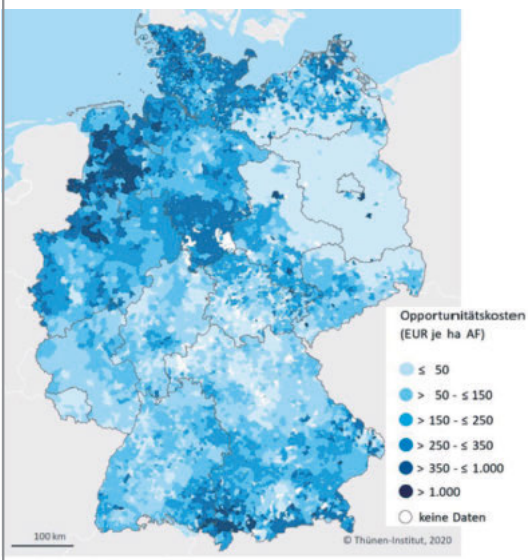
Konkret geht es bei Ackerbrachen und Altgrasstreifen um die entgangenen Ernteerträge und die Mehrkosten, z. B. für Ersatzbeschaffung von Tierfutter.

Quelle: DBV

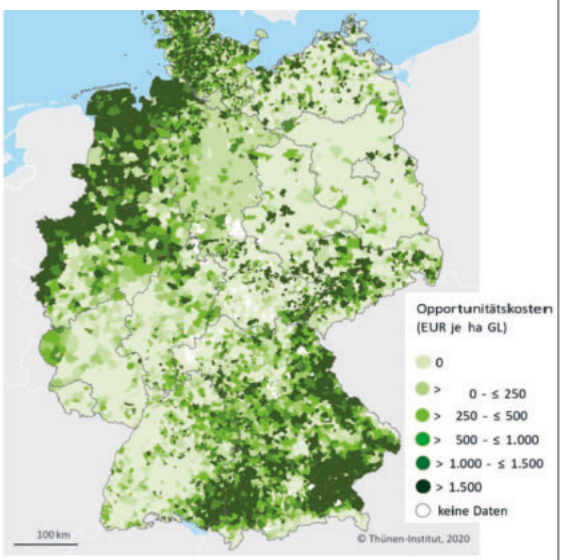
Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik nur punktuell

Ab 2023 sollen die EU-Staaten den „Aktiven Landwirt“ wieder prüfen, der 2018 in Deutschland entfallen konnte. In Deutschland soll der

Opportunitätskosten für Ackerbrache*



Opportunitätskosten für Altgrasstreifen*



Quelle: Thünen-Institut

* Grenzopportunitätskosten bei 6 Prozent Ackerbrache (einjährig) und bei 6 Prozent Grünland-Altgrasstreifen

Nachweis relativ einfach über die Mitgliedschaft in der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung erfolgen. Bei der Konditionalität (bisher Cross Compliance) werden die Tierkennzeichnung und -registrierung entfallen. Bei den europäischen und nationalen Regelungen zum Erhalt von Dauergrünland sind die Vorgaben komplizierter geworden. Die EU fordert auch künftig die Berücksichtigung der ökologisch fragwürdigen Fünfjahresfrist für die Entstehung von Dauergrünland.

Monitoring – Fernüberwachung aller Flächen

In der künftig eingeführten digitalen und Geodaten basierten Beantragung von flächenbezogenen Prämien wird mittelfristig Vereinfachungspotenzial gesehen. Dies bedeutet aber die flächendeckende Fernüberwachung aller Antragsflächen. Spätestens ab 2024 müssen die EU-Staaten sogenannte Flächenmonitoringsysteme in der GAP-Förderung einsetzen.

Konditionalität

Die Konditionalität bündelt ab 2023 die bisherigen Cross Compliance- und Greening-Anforderungen zu einem Auflagensystem für alle flächenbezogenen Direktzahlungen. Die Beschlüsse auf EU-Ebene geben den Mitgliedstaaten bei verschiedenen GLÖZ-Kriterien Auslegungsspielräume, die in Deutschland im Herbst 2021 noch nicht vollständig entschieden waren. Eine Verpflichtung zur Brache von 4 Prozent der Ackerfläche bzw. alternativ zur Anlage von Landschaftselementen wird ab 2023 gelten. Die bisherige Regelung aus dem Greening zur Fruchtartendiversifizierung wird durch eine jährliche Fruchtwechselregelung abgelöst.

Anforderungen an den „Guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand" (GLÖZ)

- GLÖZ 1: Erhalt des Dauergrünlands – Verhältnis der Dauergrünlandfläche zur Landwirtschaftsfläche
- GLÖZ 2: Mindestschutz von Feuchtgebieten und Mooren
- GLÖZ 3: Verbot des Abbrennens von Ackerstoppeln
- GLÖZ 4: Pufferstreifen entlang von Wasserläufen
- GLÖZ 5: Mindestpraktiken der Bodenbearbeitung zur Begrenzung des Risikos der Degradierung von Böden einschließlich der Berücksichtigung der Hangneigung
- GLÖZ 6: Mindestanforderungen an die Bodenbedeckung
- GLÖZ 7: Fruchtwechsel auf Ackerland
- GLÖZ 8: Mindestanteil von Ackerland als nichtproduktive Flächen oder Landschaftselemente (4 Prozent)
- GLÖZ 9: Verbot der Umwandlung oder des Pflügens von als umweltsensibel eingestuften Dauergrünlandflächen in Natura-2000-Gebieten

Quellen: BMEL, EU-Kommission

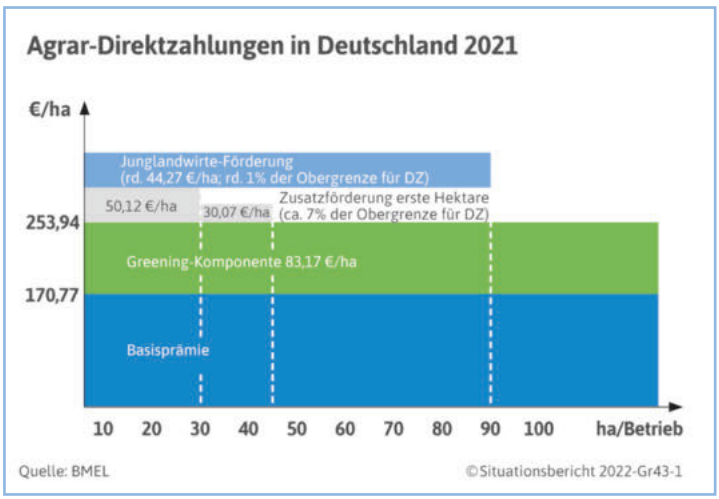
4.3 GAP-Förderung und Umweltleistungen

Gemeinsame Agrarpolitik 2014 bis 2022

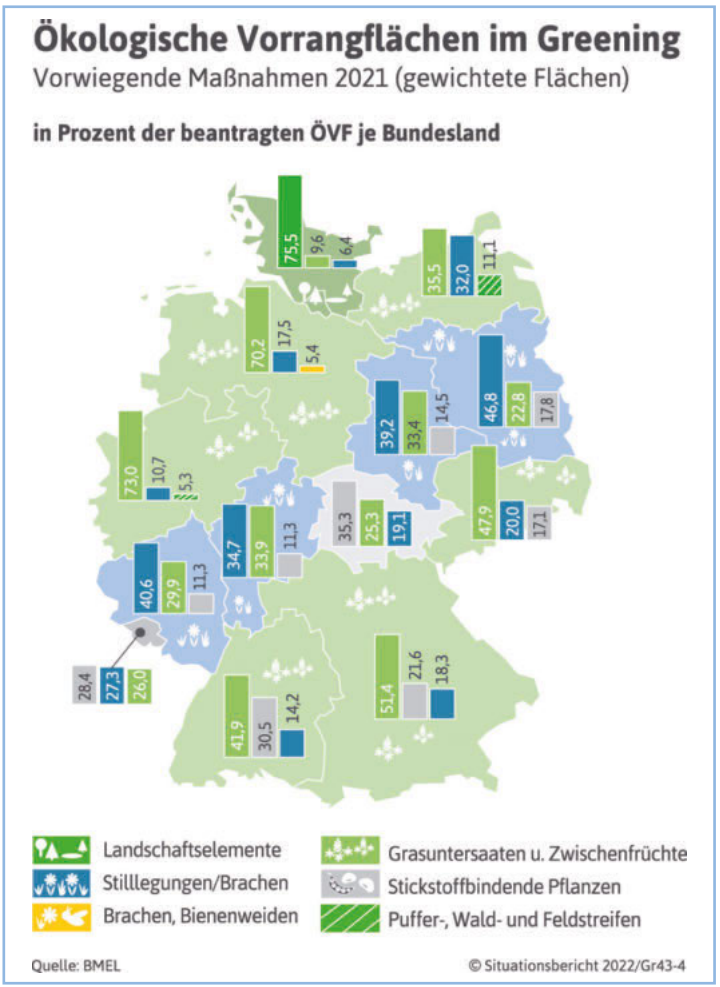
Mit dem „Greening" der Agrarreform 2013 (d. h. Erhalt von Dauergrünland, Bereitstellung von Ökologischen Vorrangflächen, Fruchtartenvielfalt) in der 1. Säule hat ein weiterer Schritt zur Ausrichtung auf gesellschaftliche Anforderungen stattgefunden. Im Jahr 2019 erhielten die rund 6,2 Millionen Antragsteller in der EU-28 im Durchschnitt 256 Euro/ha Direktzahlungen. Darin ist ein Anteil von 10 Prozent der Direktzahlungen enthalten, die an die Produktion gekoppelt sind. 2021 und 2022 gelten als Übergangsjahre, bevor ab dem Jahr 2023 die reformierte GAP-Förderung bis 2027 in Kraft tritt (siehe Kapitel 4.2).

Weniger Direktzahlungen – Anhebung der Umschichtung in die 2. Säule

Durch die Angleichung der Direktzahlungsbeträge zwischen den EU-Staaten und durch die allgemeine Kürzung der EU-Direktzahlungen stehen den Landwirten in Deutschland ab 2021 rund 2 Prozent weniger Direktzahlungsmittel zur Verfügung (Vergleich 2021 zum Referenzjahr 2020 ohne das Vereinigte Königreich). Durch die national auch für 2021 beschlossene Umschichtung von 6 Prozent der Direktzahlungsmittel in die 2. Säule gehen den deutschen Landwirten weitere Direktzahlungsmittel von 295 Millionen Euro verloren. Der Betrag wächst in 2022 auf 393 Millionen Euro an, dann werden 8 Prozent der Direktzahlungen in die 2. Säule umgeschichtet werden. Die Bundesländer sind übereingekommen, die Mittel zweckgebunden für die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft zu verwenden.







Cross Compliance von EU-Agrarzahlungen

Mit Cross Compliance, auch Auflagenbindung genannt, sind die EU-Direktzahlungen an die Landwirte seit der Agrarreform von 2003 an die Erfüllung von Auflagen im Bereich Umweltschutz, Tier- und Pflanzengesundheit und Tierschutz sowie an den Erhalt der Flächen in gutem Bewirtschaftungs- und Umweltzustand gebunden. Im internationalen Vergleich setzt die EU damit hohe Standards. Bis einschließlich 2022 umfassen die Cross-Compliance-Regelungen 13 Einzelvorschriften über die Grundanforderungen an die Betriebsführung (GAB) und 7 Regelungen zur Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ), mit denen u. a. Bodenerosion reduziert, die Beseitigung von Landschaftselementen verhindert, aus der Erzeugung genommene Flächen begrünt und Gewässer geschützt werden sollen.

Landwirte sind also nicht nur durch das Fachrecht, sondern noch stärker über das Förderrecht an die Einhaltung von Auflagen aus einem von circa 100 Seiten umfassenden Katalog gebunden. Verstöße führen zu Kürzungen bzw. Sanktionen der EU-Gelder. Den Cross-Compliance-Verpflichtungen unterliegen auch die Zahlungen für flächen- und tierbezogene Maßnahmen der 2. Säule (u. a. Agrarumweltmaßnahmen, Ausgleichszulage, Förderung Öko-Landbau). Ab dem Jahr 2023 werden die bisherigen Cross-Compliance-Regelungen durch die so genannte Konditionalität abgelöst.

Zwischenfrüchte, Untersaaten und Brachen sind wichtigste Ökologische Vorrangflächen

In 2021 haben die Landwirte in Deutschland Ökologische Vorrangflächen (ÖVF) beim „Greening" im Umfang von 1,41 Millionen Hektar angegeben, nach Anwendung der ökologischen Gewichtungsfaktoren entspricht dies 715.000 Hektar ÖVF. Damit wurde das Mindestmaß von 5 Prozent Ökologischer Vorrangfläche bezogen auf die beantragte Ackerfläche um gut einen Prozentpunkt überschritten. Die Ökologischen Vorrangflächen wurden 2021 zu etwa 44 Prozent über die Variante Zwischenfrüchte bzw. Untersaaten erbracht. Danach folgen Ackerbrache mit anteilig etwa 24 Prozent und Leguminosen mit 13 Prozent. Seit 2018 wird die Option der Honigbrachen angeboten. Davon wurden 2021 Ackerflächen im Umfang von 22.700 Hektar angelegt.

Agrar-Direktzahlungen 2021 in Deutschland: Vier Förderelemente in der 1. Säule

- Basisprämie: 2021 170,77 Euro/ha
- Greeningprämie: 2021 83,17 Euro/ha
- Zuschlag für die ersten Hektare (Umverteilungsprämie): 50,12 Euro/ha für die ersten 30 Hektar; 30,07 Euro/ha für die Hektare 31 bis 46
- Junglandwirtezuschlag: 44,27 Euro/ha für bis zu 90 Hektar

Quelle: BMEL

Umsetzung des Greening bei Ökologischen Vorrangflächen 2021

Angaben in Hektar [1]

Ökologische Vorrangflächen	Fläche ungewichtet	Gewichtungs-faktor	Fläche nach Gewichtung
Puffer-, Wald- und Feldrandstreifen	23.862	1,5	35.793
Brachliegende Flächen	169.085	1,0	169.085
Stickstoffbindende Pflanzen	95.873	1,0	95.873
Zwischenfrüchte und Untersaaten	1.059.514	0,3	317.854
Kurzumtriebsplantagen	1.638	0,5	819
Aufforstungsflächen	241	1,0	241
Landschaftselemente	31.457	(1,0-2,0) [2]	58.510
Seit 2018 in Deutschland mögliche Maßnahmen			
Brachliegende Flächen mit Bienenweiden	22.743	1,5	34.115
Chinaschilf (Miscanthus)	968	0,7	678
Durchwachsene Silphie	2.494	0,7	1.746
Summe	**1.407.875**	**(0,3-2,0)**	**714.714**

[1] Auf Basis der beantragten Flächen
[2] Unterschiedliche Gewichtungsfaktoren nach Art der Maßnahme

Quelle: DBV auf Basis von Angaben des BMEL, November 2021 SB22-T43-3

Relativ wenig Landschaftselemente und Randstreifen im Greening-System

Die relativ geringe Beantragung von Landschaftselementen lässt sich zu großen Teilen mit bürokratischen Hemmnissen erklären. Ein positives Beispiel, weil bürokratiearm, ist dagegen die Beantragung von Landschaftselementen in Schleswig-Holstein: Dort wird ein Großteil der Ökologischen Vorrangflächen über Landschaftselemente wie Hecken und Gräben erbracht. Im übrigen Bundesgebiet liegt der Anteil deutlich darunter. Auch vorhandene Randstreifen werden von Landwirten oft nicht als ÖVF angegeben, weil sie mit förderrechtlichen Risiken verbunden sind.

Kleinerzeugerregelung zur Vereinfachung

Landwirte konnten 2015 einmalig in ein vereinfachtes Antragsverfahren im Rahmen der sogenannten Kleinerzeugerregelung wechseln. Mit der damit verbundenen Freistellung von Cross Compliance, dem „Greening" und dem Regime der Zahlungsansprüche ist der Anspruch auf Direktzahlungen für den Kleinerzeuger auf jährlich maximal 1.250 Euro begrenzt. In 2020 waren rund 22.700 Landwirte als Kleinerzeuger angemeldet.

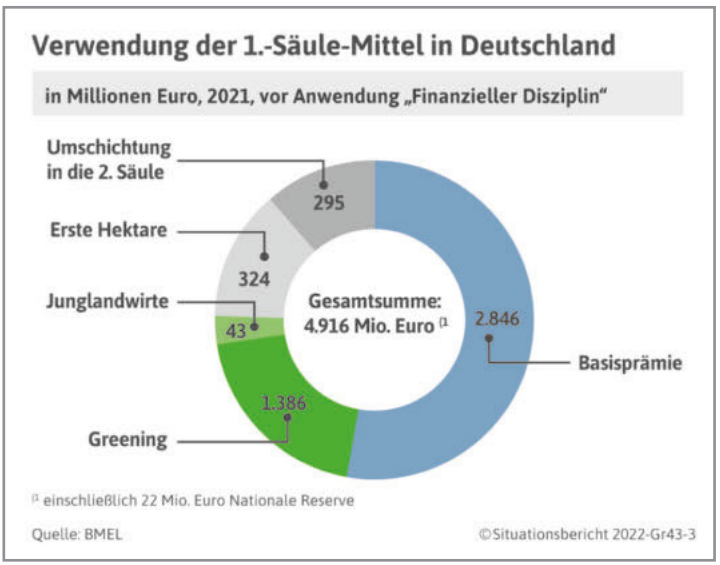
Begrenzte Koppelung der Direktzahlungen

Auf Drängen vieler EU-Staaten sind an die Produktion gekoppelte Zahlungen weiterhin in begrenztem Umfang möglich. Bis zu 13 Prozent des nationalen Finanzrahmens für Direktzahlungen können hierfür verwendet werden. Dazu können bis zu 2 Prozent für die Förderung des Eiweißpflanzenanbaus gewährt werden. Mit Ausnahme von Deutschland werden gekoppelte Zahlungen in allen anderen EU-Staaten vor allem in den Bereichen Rinder-, Milchvieh-, Schaf- und Ziegenhaltung sowie im Pflanzenbau angeboten, was auf den Erzeugermärkten zu Wettbewerbsverzerrungen führen kann. Für das Jahr 2021 meldeten die 26 betreffenden EU-Staaten insgesamt 260 gekoppelte Fördermaßnahmen mit einem Budget von 4,2 Milliarden Euro, was einem Anteil von rund 10 Prozent der EU-Direktzahlungen entspricht.

EU-Direktzahlungen 2021: Beantragte Flächen und Zahl der Betriebe

	Beantragte Fläche	dar.: erste Hektare (bis 46 ha)	Antrag-steller	Jungland-wirte
	ha	ha		
Baden-Württemberg	1.403.171	812.190	40.957	3.616
Bayern	3.140.323	2.003.107	100.765	10.153
Brandenburg/Berlin	1.300.185	150.067	5.567	410
Hessen	779.342	393.467	19.574	1.749
Mecklenburg-Vorpommern	1.334.260	137.381	4.733	341
Niedersachsen/Bremen	2.612.720	1.089.266	45.345	3.507
Nordrhein-Westfalen	1.494.683	806.675	39.780	3.095
Rheinland-Pfalz	687.732	322.857	16.326	1.226
Saarland	77.984	31.744	1.337	110
Sachsen	890.186	144.173	7.292	580
Sachsen-Anhalt	1.147.709	122.643	4.191	298
Schleswig-Holst./Hamburg	1.028.039	352.333	14.313	1.098
Thüringen	770.165	87.517	4.389	385
Deutschland (Durchschnitt)	**16.666.503**	**6.453.420**	**304.569**	**26.568**

Quelle: DBV-Schätzung auf Basis von Angaben des BMEL SB22-T43-2



Bundeseinheitliche Flächenprämie und Zuschlag für erste Hektare

In den Jahren 2017 bis 2019 erfolgte die bundesweite Angleichung der Basisprämie. Der Zuschlag für die ersten 46 Hektare (Umverteilungsprämie) eines Betriebs gilt seit 2014. Eine betriebliche Kappung bzw. Degression der Direktzahlungen findet wegen des Zuschlags für die ersten Hektare in Deutschland nicht statt. Ab 2023 wird der Zuschlag für die ersten 60 Hektare ausgebaut.

Zuschlag für Junglandwirte

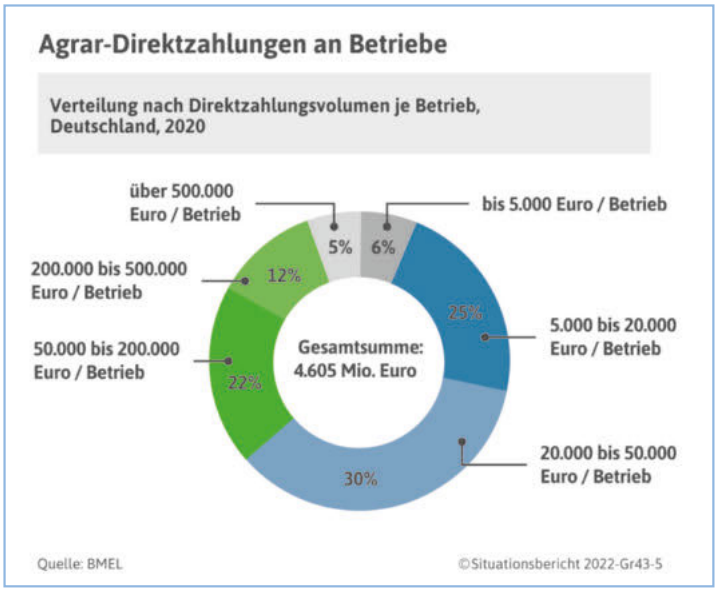
Einen Prämienzuschlag können alle Landwirte unter 40 Jahre erhalten, die erstmals einen landwirtschaftlichen Betrieb übernehmen. Der Zuschlag wird 5 Jahre lang gewährt. Für junge Gesellschafter in Personengesellschaften (z.B. GbR) und junge Gesellschafter juristischer Personen (z.B. Genossenschaft, GmbH) wird die Förderung analog gewährt, soweit sie Mitentscheidungsrechte über wichtige Vorgänge im Unternehmen haben. Dafür werden in Deutschland bis 2022 etwa 44 Euro je Hektar für bis zu 90 Hektar gezahlt. Im Jahr 2021 haben rund 26.600 Betriebe Anträge auf Junglandwirteförderung gestellt. Die der beantragten Junglandwirteförderung zu Grunde gelegte Fläche beträgt rund 970.000 Hektar. Ferner wurden in 2021 knapp 1.000 Neueinsteiger bei den Direktzahlungen erfasst.

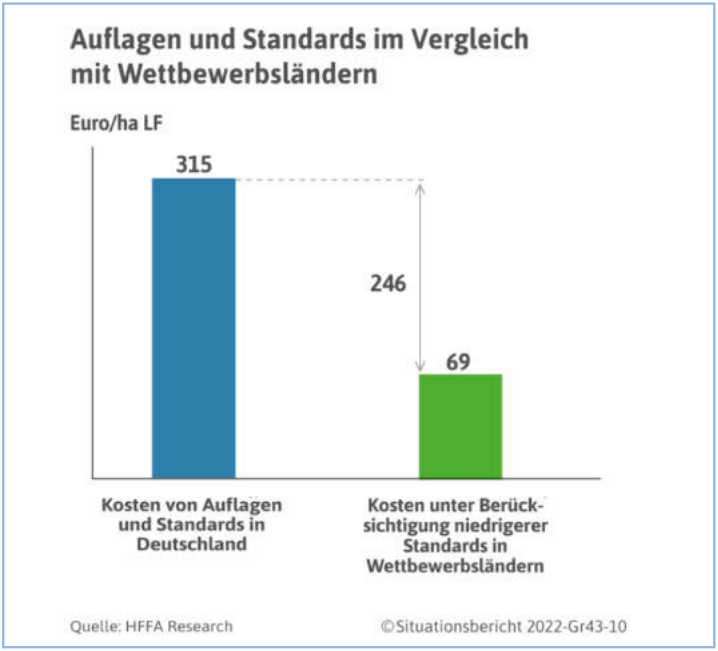
Studie über die Kosten der EU-Standards

Das HFFA Research Institut in Berlin hat berechnet, welche Kosten mit den relativ hohen EU-Anforderungen für die deutsche Landwirtschaft verbunden sind. In der HFFA-Studie werden unter „Mehrkosten" sowohl Steigerungen von Produktionskosten als auch Minderungen von Erlösen erfasst, und zwar vor allem bei Produktionsstandards mit Umweltbezug.

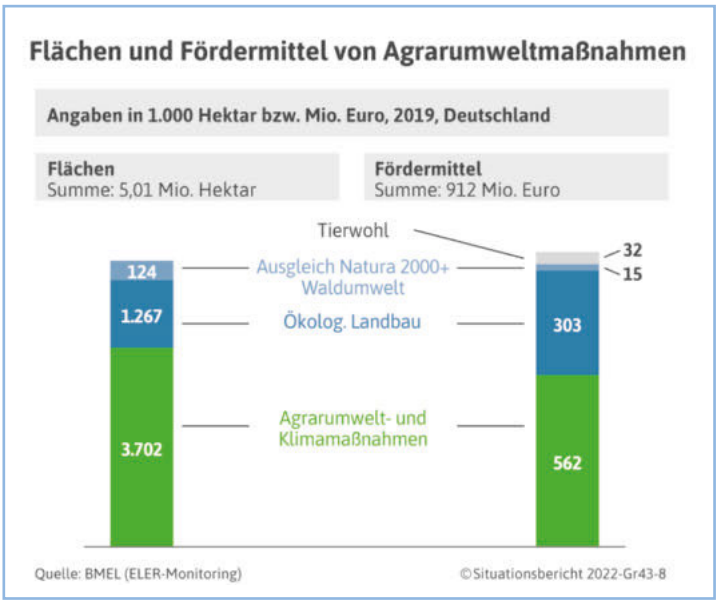
Viele EU-Umweltstandards sind weltweit einzigartig

Eine ganze Reihe von EU-Standards und Auflagen hat in Drittländern wie Australien, Neuseeland, USA, Brasilien, Kanada oder die Ukraine keine Entsprechung. Dazu gehören das Greening der GAP, die Auflagen aus der Düngeverordnung oder aus der EU-Pflanzenschutzgesetzgebung oder Cross Compliance-Vorgaben im Rahmen der EU-Direktzahlungen. Die Berliner Forscher des HFFA ermittelten im Rahmen von Fallstudien zwar Unterschiede in den Auflagen der Hauptbewerber außerhalb der EU, jedoch sind diese grundsätzlich durchweg wesentlich niedriger als in der deutschen bzw. europäischen Landwirtschaft.





Berechnet werden konnten die folgenden EU-Standards und Auflagen: EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), neue Düngeverordnung, EU-Regeln über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, spezifische Standards und Auflagen in der Tierhaltung, Bürokratie und Cross Compliance im Rahmen der GAP, Greening der EU-Direktzahlungen sowie die Novelle der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft. Nicht erfasst sind dagegen Standards und Auflagen, deren Kosten sich nur schwer oder gar nicht erfassen lassen. Unterschiedliche Sozialstandards blieben in der Studie unberücksichtigt.



Wettbewerbsnachteil der deutschen Landwirtschaft von gut 4 Milliarden Euro

Die berücksichtigten EU-Standards und Auflagen sind für die deutsche Landwirtschaft mit Kosten von rund 5,3 Milliarden Euro oder 315 Euro je Hektar verbunden. Nur etwa 1,2 Milliarden Euro oder 69 Euro je Hektar würden an entsprechenden Kosten anfallen, wenn in der EU vergleichbare Wettbewerbsbedingungen wie in wichtigen Wettbewerbsländern außerhalb der EU gelten würden. Damit haben die deutschen Landwirte gegenüber ihren Berufskollegen im Wettbewerb und bei offenen Märkten einen Nachteil von 4,1 Milliarden Euro oder 246 Euro je Hektar.

Hohe Inanspruchnahme von Agrarumweltmaßnahmen

Nach Ergebnissen des ELER-Monitoring für das Jahr 2019 wirtschafteten landwirtschaftliche Betriebe auf etwa 5,0 Millionen Hektar besonders umwelt- und klimaschonend und/oder förderten die Biodiversität. Für dadurch entstehende höhere Kosten und/oder niedrigere Erträge zahlten EU, Bund und Länder in 2019 etwas mehr als 900 Millionen Euro. Darunter fällt auch der Öko-Landbau mit den Umstellungs- und Beibehaltungsprämien. 2019 brachten EU, Bund und Länder dafür 303 Millionen Euro auf.

4.4 „Zweite Säule“ – Förderung ländlicher Räume

Die „zweite Säule“ der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union ist auf die Förderung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume ausgerichtet. Aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) werden die EU-Direktzahlungen und EU-Marktmaßnahmen in der „ersten Säule“ der GAP finanziert, siehe Kapitel 4.3. Aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) wird die „zweite Säule“ der GAP finanziert. Die 2. Säule fördert u.a. Investitionen in der Landwirtschaft, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und den Strukturwandel abzufedern. Mit Agrarumweltmaßnahmen und der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete soll eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen sichergestellt werden. Viele weitere Maßnahmen haben die Förderung ländlicher Infrastrukturen im Fokus.

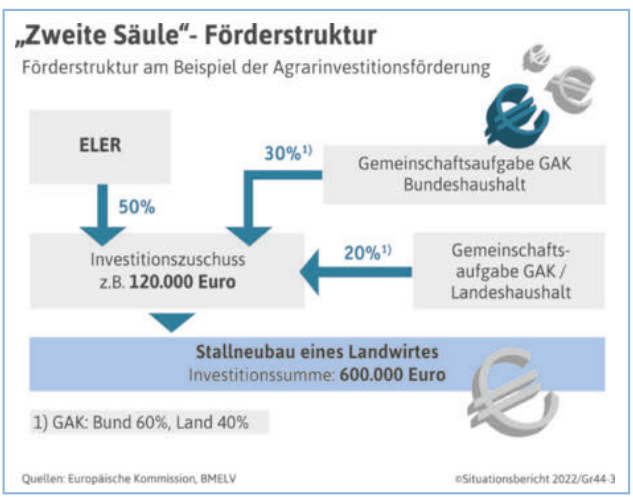




Bundesländer entscheiden

Im Vergleich zur 1. Säule, wo die EU die Finanzierung zu 100 Prozent trägt, müssen die EU-Mittel der 2. Säule grundsätzlich mit nationalen öffentlichen Mitteln von Bund und Ländern ergänzt werden. Die Umsetzung der Förderung der Ländlichen Entwicklung (2. Säule) liegt in Deutschland in der Zuständigkeit der Bundesländer. Die Förderschwerpunkte der einzelnen Bundesländer sind unterschiedlich. Eingang in die Länderprogramme finden auch Maßnahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), siehe Kapitel 4.5. Unabhängig von der Maßnahmenfinanzierung durch EU, Bund und/oder Land, für den einzelnen Fördernehmer vor Ort sind ausschließlich die Förderbestimmungen seines Bundeslandes maßgebend.





Mittelvolumen für 2014-2020 bei 2,4 Milliarden Euro pro Jahr

In Deutschland standen in der Förderperiode 2014-2020 knapp 16,9 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln (EU, Bund und Länder) für die Förderung der ländlichen Entwicklung zur Verfügung. Das waren durchschnittlich rund 2,4 Milliarden Euro pro Jahr. Einige Länder setzten über die ELER-Programme hinaus zusätzliche Mittel in Höhe von zusammen gut 2,7 Milliarden Euro ein. Hinzu kamen insgesamt gut 1,1 Milliarden Euro EU-Mittel aus der Umschichtung der Direktzahlungen aus der ersten Säule in die 2. Säule. Wie bisher sollen auch künftig die Umschichtungsmittel für landwirtschaftsnahe Maßnahmen der 2. Säule eingesetzt werden, wie die Stärkung von Grünlandstandorten, die Förderung von der Natur benachteiligter Gebiete, Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, Ökolandbau und tiergerechte Haltungsverfahren.

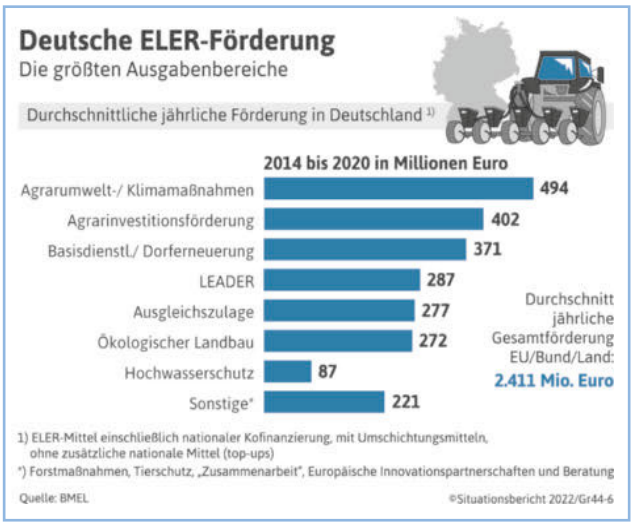
ELER-Förderung als Kofinanzierung

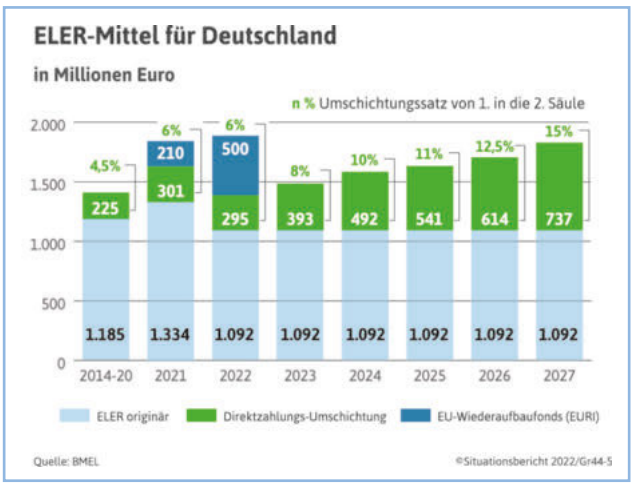
Der maximale EU-Kofinanzierungssatz an den öffentlichen Ausgaben einer ELER-Maßnahme beträgt bislang 53 Prozent (Basissatz) und geht nach zwei Übergangsjahren in der neuen Förderperiode ab 2023 auf 43 Prozent zurück. Für Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen einschließlich der Ökolandbauförderung gilt bisher ein maximaler EU-Kofinanzierungssatz von 75 Prozent, ab 2023 von 80 Prozent. Als „Übergangsregionen“ haben die meisten Gebiete in den neuen Bundesländern sowie die Regierungsbezirke Lüneburg und Trier einen besonderen Förderstatus: Sie können ihre EU-Kofinanzierungssätze ab 2023 auf bis 60 Prozent anheben, bislang bis 75 Prozent. Für umgeschichtete EU-Mittel aus der 1. Säule sowie Mittel aus dem EU-Wiederaufbaufonds gilt die Ausnahme, dass deren Einsatz nicht mit nationalen Mitteln kofinanziert werden muss.

Nationaler GAP-Strategieplan greift ab 2023

Die Bundesländer haben bisher in ihren Programmen zur ländlichen Entwicklung (Entwicklungsprogramme Ländlicher Raum, EPLR) die konkreten Fördermaßnahmen und deren Dotierung festgelegt.

Die Europäische Kommission hat diese genehmigt, auch für die Übergangsjahre 2021 und 2022. Wesentliche Teile der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) wurden von der EU-Kommission als sogenannte Nationale Rahmenregelung (NRR) genehmigt. Die Länder-Programme nehmen darauf Bezug. Im Prinzip gilt dies auch für die neue Förderperiode, die nach zwei Übergangsjahren erst in 2023 mit der Umsetzung des Nationalen GAP-Strategieplans beginnen wird. Dieser umfasst Maßnahmen der 1. und 2. Säule und damit im Zeitraum 2023-2027 ein „Projektvolumen“ über insgesamt gut 30 Milliarden Euro EU-Mittel. Ausgangspunkt ist eine SWOT-Analyse (Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken-Analyse). Auf der SWOT-Analyse bauen dann die „Analyse der Bedarfe“ und die zu ergreifenden Maßnahmen (Interventionen) auf. Maßnahmen der 1. Säule bleiben weiterhin in der Regelungskompetenz des Bundes, während die Ausgestaltungs- und Durchführungskompetenz für die 2. Säule-Maßnahmen unverändert bei den Bundesländern liegt. Die Bundesländer setzen mit den ihnen zugeteilten EU-Mitteln (ELER) und Bundesmitteln (GAK) sowie den gebotenen Ländermitteln ihre eigenen Prioritäten. Die Bundesländer können auch ohne finanzielle Beteiligung der EU ELER-konforme und im Nationalen Strategieplan aufgeführte Maßnahmen durchführen (nationale top ups).





Erheblich mehr Mittel für 2. Säule-Maßnahmen

In der bisherigen Förderperiode standen Deutschland jährlich 1,411 Milliarden Euro ELER-Mittel (einschließlich Umschichtungsmittel aus der 1. Säule) zur Verfügung. In der neuen Förderperiode sind es unter Einbeziehung der EU-Wiederaufbaufonds-Mittel und der vorgesehenen Umschichtungsmittel mit jährlich 1,707 Milliarden Euro rund 296 Millionen Euro oder 21 Prozent mehr. Zu den ELER-Mitteln kommen die nationalen Kofinanzierungsmittel und nationale top-ups (nationale Maßnahmen ohne ELER-Kofinanzierung) hinzu.

Nationaler GAP-Strategieplan noch in Arbeit

Der Gesamtumfang an Mitteln für 2. Säule-Maßnahmen wird frühestens erst Anfang 2022 feststehen, wenn der Nationale GAP-Strategieplan mit der dann voraussichtlich

ELER-Mittelverteilung nach Bundesländern im Förderperiodenvergleich

	ELER-originär in Mio. Euro			ELER-insgesamt* in Mio. Euro		
	2014-2020	2021-2027	%-Veränd.	2014-2020	2021-2027	%-Veränd.
Baden-Württemberg	618,0	639,7	3,5	710,0	994,4	40,1
Bayern	1.292,4	1.309,4	1,3	1.516,4	2.100,1	38,5
Brandenburg	965,8	785,5	-18,7	1.050,8	1.107,8	5,4
Hamburg	0,0	23,2		0,0	25,2	
Hessen	268,3	304,3	13,4	319,3	492,7	54,3
Mecklenburg-Vorpom.	847,0	690,9	-18,4	937,0	1.009,0	7,7
Niedersachsen	938,6	1.021,3	8,8	1.119,6	1.636,6	46,2
Nordrhein-Westfalen	512,1	571,8	11,7	618,1	934,9	51,3
Rheinland-Pfalz	258,7	299,4	15,7	299,7	464,1	54,8
Saarland	28,6	52,1	82,0	33,6	70,6	109,9
Sachsen	816,9	653,2	-20,0	878,9	886,6	0,9
Sachsen-Anhalt	777,6	638,5	-17,9	859,6	917,3	6,7
Schleswig-Holstein	348,4	376,7	8,1	419,4	613,5	46,3
Thüringen	625,7	505,8	-19,2	679,7	701,9	3,3
Deutschland	**8.298,1**	**7.871,7**	**-5,1**	**9.442,1**	**11.954,7**	**26,6**

*einschließlich Wiederaufbaufondsmittel für 2021 und 2022, einschließlich Umschichtungsmittel aus 1. Säule

Quelle: BLE SB22-T44-1

Schlüssel zur Verteilung der ELER-Mittel auf die Bundesländer

Kriterium	Gewicht für 2023-27
Landwirtschaftliche Fläche (LF)	0,45
Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe	0,10
Tierbestand	0,05
Waldfläche	0,05
FFH-Fläche	0,05
regionale Wirtschaftskraft (EU-BIP nach Fläche)	0,075
regionale Wirtschaftskraft (D-BIP nach Einwohner)	0,075
Einwohner ländlicher Raum	0,075
Ländlichkeit (Einwohner*BIP)	0,075
Summe	**1,0**

BIP = Bruttoinlandsprodukt

Quelle: BMEL SB22-T44-2

feststehenden nationalen Ausgestaltung von erster und zweiter Säule Brüssel zur Genehmigung vorgelegt werden wird. Dann stehen auch vorbehaltlich der Zustimmung durch die Kommission die Förderschwerpunkte der Länder bei den 2. Säule-Maßnahmen fest. Durch die deutliche Anhebung der Konditionalität und die Einführung vieler Eco Scheme-Maßnahmen in der 1. Säule stehen zahlreiche Agrarumweltmaßnahmen der Länder in der 2. Säule auf dem Prüfstand oder sogar zur Disposition. Weil der Nationale GAP-Strategieplan die EU-rechtliche Grundlage für die GAP-Zahlungen ab 2023 darstellt, wird eine Genehmigung durch Brüssel bis Ende 2022 als zwingend erforderlich angesehen.

Neuer Verteilungsschlüssel der ELER-Mittel

Mit Beginn der Förderperiode 2021-2027 greift nach ersten Anpassungen in 2021 und 2022 ab 2023 ein neuer Verteilungsschlüssel der ELER-Mittel auf die Bundesländer. Im neuen Verteilungsschlüssel spielen der Umfang der landwirtschaftlichen Fläche und die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe eine wesentliche Rolle. Es finden aber auch eine Reihe von Kriterien Berücksichtigung, die auf Bevölkerung, Wirtschaftskraft im ländlichen Raum und Ländlichkeit abzielen. Die Anpassung des Schlüssels war die Folge der Umstellung auf ein gesamtdeutsches Fördersystem. Die ostdeutschen Bundesländer haben dadurch ihren seit der deutsch-deutschen Wiedervereinigung bestehenden Förder-Sonderstatus verloren. Mit der Umstellung des ELER-Verteilungsschlüssels bekommen westdeutsche Bundesländer deutlich mehr ELER-Mittel.

4.5 Bundesagrarhaushalt und Agrarsubventionen

Kräftiger Anstieg des Bundesagrarhaushalts in 2021

Wie der Bundeshaushalt 2020 ist auch der Bundeshaushalt 2021 von der Ausnahmesituation der Corona-Pandemie geprägt. Er sieht Ausgaben über 498,2 Milliarden Euro vor. Für den darin enthaltenen Bundesagrarhaushalt (Einzelplan 10) sind 7,676 Milliarden Euro vorgesehen. Das sind gegenüber dem Vorjahr 654 Millionen Euro oder 9,3 Prozent mehr. Der Zuwachs geht im Wesentlichen auf die Einführung des Investitions- und Zukunftsprogramms Landwirtschaft 2021-2024 („Bauernmilliarde") sowie auf die zweite und letzte Tranche des Corona-Konjunkturpakets (Investitionsförderung Stallbau und Konjunkturmaßnahmen Wald und Holz) zurück (+ 547 Mio. Euro).

Investitions- und Zukunftsprogramm Landwirtschaft (IuZ)

	2021	2022	2023	2024	Insgesamt
	in Millionen Euro				
Investitionsmaßnahmen	207	228	228	153	816
GAK-Sonderrahmenplan Insektenschutz	35	35	35	35	140
Innovationsförderung	3	7	7	7	24
Digitalisierung	5	5	5	5	20
Insgesamt	**250**	**275**	**275**	**200**	**1.000**

Quelle: BMEL SB22-T45-2

Corona Konjunkturpaket 2020 und 2021

	2020	2021	Insgesamt
	in Millionen Euro		
Investitionsförderung Stallumbau zwecks Tierwohl	100	200	300
Erhalt und nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder (Waldprämie)	170	330	500
Förderung von klimafreundlichem Bauen mit Holz	30	70	100
Investitionsförderung moderne Forst- u. Holztechnik	30	70	100
Insgesamt	**330**	**670**	**1.000**

Quelle: BMEL SB22-T45-3

Bundesagrarhaushalt 2022 noch nicht beschlossen

Im Juni 2021 hatte die frühere Bundesregierung den Entwurf des Bundeshaushalts 2022 beschlossen. Danach gehen die für den Bundesagrarhaushalt (Einzelplan 10) vorgesehenen Mittel gegenüber 2021 stark zurück, von 7,676 Milliarden Euro in 2021 auf 7,261 Milliarden Euro in 2022. Das ist ein Minus von 415 Millionen Euro. Wesentliche Ursache dafür ist das Auslaufen des Corona-Konjunkturpaketes in 2021 (minus 670 Mio. Euro). Der zusätzliche Zuschuss zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung (LUV) in Höhe von 77 Millionen Euro läuft gemäß bisherigem Koalitionsvertrag in 2021 aus. Der Bundeszuschuss zur LUV reduziert sich demzufolge von 177 auf 100 Millionen Euro. Eine Zunahme des Bundesagrarhaushaltes ist dagegen beim Zukunfts- und Investitionsprogramm Landwirtschaft (plus 71 Mio. Euro), beim Insektenschutz (plus 65 Millionen Euro) und durch das Klimaschutz-Sofortprogramm (plus 190 Mio. Euro für GAK, Wald

Agrarhaushalt des Bundes (Einzelplan 10) – Haushaltssoll in Millionen Euro

Gliederung	2020	2021	Veränd. in Prozent
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	4.111,0	4.208,8	2,4
davon Alterssicherung	2.420,0	2.476,0	2,3
Unfallversicherung	177,0	177,0	0,0
Krankenversicherung	1.465,0	1.510,0	3,1
Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur u. Küstenschutz (GAK)	1.135,1	1.161,3	2,3
GAK-Sonderrahmenplan ländliche Entwicklung	200,0	200,0	0,0
GAK-Sonderrahmenplan Insektenschutz	50,0	85,0	70,0
Investitions- und Zukunftsprogramm (IuZ)	0,0	207,0	.
Investitionsförderung Stallumbau	100,0	200,0	100,0
Konjunkturmaßnahmen Wald und Holz	230,0	470,0	104,3
Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation	463,8	441,2	-4,9
Nachwachsende Rohstoffe	84,8	89,6	5,7
Eiweißpflanzenstrategie	5,8	4,8	-17,1
Innovationsförderung	53,0	54,4	2,6
Bundesprogramm Ökolandbau	28,9	33,4	15,7
Modell- und Demonstrationsvorhaben	4,8	4,7	-0,7
Bundesprogramm Ländliche Entwicklung	72,7	62,7	-6,8
Digitalisierung Landwirtschaft (einschl. KI)	25,5	36,0	41,2
Bundesprogramm Nutztierhaltung	36,7	38,0	3,8
Maßnahmen Tierwohl	28,0	0,0	-100,0
Tierwohllabel	20,0	20,0	0,0
Ackerbaustrategie	23,0	19,5	-15,2
Marktordnung, Notfallvorsorge	150,2	175,4	16,8
Internationale Maßnahmen	76,7	68,5	-10,8
Gesundheitl. Verbraucherschutz/Ernährung	213,2	212,5	-0,3
Bundesministerium	119,2	119,1	-0,1
Bundesinstitute im BMEL-Geschäftsbereich	382,0	365,8	-4,2
Agrarhaushalt (Einzelplan 10) insgesamt	**7.021,8**	**7.676,1**	**9,3**
% Anteil Agrarhaushalt am Bundeshaushalt	*1,38*	*1,54*	.
Nachrichtlich (in Zuständigkeit BMEL):			
Energie- und Klimafonds (EKF)	**69,6**	**190,3**	**173,4**
- Waldklimafonds	25,0	30,0	20,0
- Energieeffiziente Landwirtschaft u. Gartenbau	44,6	42,0	-5,8
- Wirtschaftsdünger	0,0	58,6	100,0
- Humuserhalt und -aufbau	0,0	4,7	100,0
- Moorbodenschutz	0,0	55,1	100,0

Quelle: BMEL SB22-T45-1

und Forschung) vorgesehen. Die neue Bundesregierung wird einen neuen Bundeshaushalt 2022 einbringen, der sich vom bisherigen Entwurf unterscheiden wird. Unabhängig vom Einzelplan 10 sind die landwirtschaftsbezogenen Mittel des Energie- und Klimafonds (EKF) zu betrachten. Sie sollen auf Grund des Klimaschutz-Sofortprogramms in 2022 um 301 auf 492 Millionen Euro ansteigen, um Energieeffizienz, Humuserhalt/-aufbau und Moorbodenschutz stärker zu fördern. Neue EKF-Maßnahme soll die Honorierung der Ökosystemleistung Wald (200 Mio. Euro) werden.

Investitions- und Zukunftsprogramm Landwirtschaft

Die Regierungskoalition hatte am 28. Januar 2020 eine Milliarde Euro zusätzliche Bundesmittel („Bauernmilliarde") über die Jahre 2021 bis 2024 für die Anpassung der Landwirtschaft an das neue Düngerecht vereinbart. Als Investitions- und Zukunftsprogramm Landwirtschaft (IuZ) sollen über die Jahre 2021 bis 2024 vor allem Investitionen in Lagerung, Ausbringungstechnik und Aufbereitung von Wirtschaftsdüngern gefördert werden. Die Antragstellung erfolgt über die Landwirtschaftliche Rentenbank. Die Förderung beträgt grundsätzlich 40 Prozent der förderfähigen Kosten. Für den investiven Teil des IuZ stehen über den Vierjahreszeitraum 816 Millionen

Euro Bundesmittel zur Verfügung. Weitere 140 Millionen Euro, pro Jahr 35 Millionen Euro, dienen der Stärkung des GAK-Sonderrahmenplans Insektenschutz. Die übrigen 44 Millionen Euro des IuZ sind zur Mittelaufstockung bei der Innovationsförderung und bei der „Digitalisierung der Landwirtschaft" vorgesehen.

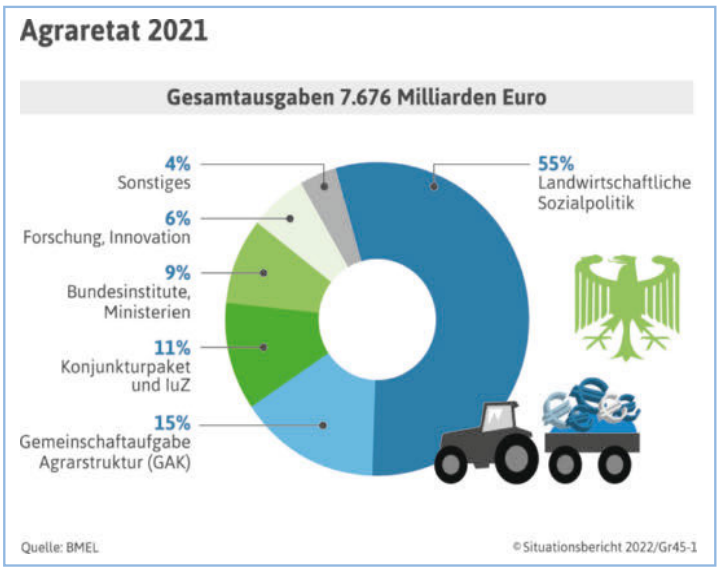
Konjunkturpaket und Investitionsprogramm Stallumbau

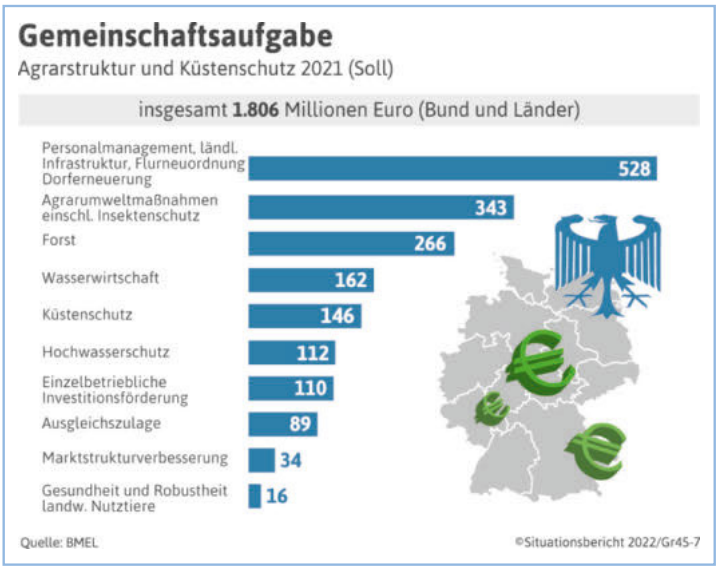
Im Rahmen des Mitte 2020 beschlossenen Corona-Konjunkturpaktes steht der Land- und Forstwirtschaft in 2020 und 2021 ein Förderbetrag von einer weiteren Milliarde Euro zur Verfügung. Davon entfallen 300 Millionen Euro auf das „Investitionsförderprogramm Stallumbau", das die Förderung von Stallumbauten in der Sauenhaltung zum Ziel hat. Das Programm endete zum 30. September 2021. Die insgesamt 130 Förderanträge ergaben ein Investitionsvolumen von etwa 75 Millionen Euro, das mit rund 30 Millionen Euro gefördert wird..

Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) – Bundesmittel

	2020	Veränd. zu Vorjahr	2021	Veränd. zu Vorjahr
	in Millionen Euro		in Millionen Euro	
Sonderrahmenplan Präventiver Hochwasserschutz	100	0	100	0
Sonderrahmenplan ländliche Entwicklung	200	50	200	0
Sonderrahmenplan Insektenschutz (neu)*	50	50	85	35
Sonderrahmenplan Küstenschutz	25	0	25	0
Mehraufwendungen Tierwohl (zg)	15	15	15	0
Nährstoffmanagement (zg)[1)]	0	16	0	-16
Waldumbau	40	40	40	0
Bewältigung der Folgen der Extremwetterereignisse im Wald	98	88	93	-5
Unterhaltungsaufwendungen Wolf (zg)	1	1	1	0
Übrige GAK	.	-25	.	12
GAK-Bundesmittel insgesamt	**1.135**	**235**	**1.161**	**26**

1) in 2021 nicht mehr zweckgebunden
zg=zweckgebunden
Quellen: BMEL, eigene Zusammenstellung SB22-T45-4





Aufwuchs der Mittel in der Agrarsozialpolitik

Der Bundesagrarhaushalt 2021 erfährt durch gesetzlich bedingte Mehrausgaben auch eine Steigerung in der Agrarsozialpolitik (+ 98 Millionen Euro). Ein weiterer Zuschuss an die Landwirtschaftliche Krankenkasse über 30 Millionen Euro aus dem „Gesundheitsfonds" für entstandene Mehrausgaben infolge der Corona-Pandemie steht im Etat des Bundesgesundheitsministeriums und ist nicht Bestandteil des Bundesagrarhaushalts. Dieser Zuschuss soll in 2022 auf 84 Millionen Euro erhöht werden.

Energie- und Klimafonds mit zusätzlichen Mitteln

Aus dem Energie- und Klimafonds (EKF) stehen dem Bundeslandwirtschaftsministerium 2021 190 Millionen Euro zur Verfügung (2020 70 Millionen Euro), um die Anpassungen der Land- und Forstwirtschaft an den Klimawandel wirksam zu flankieren. Damit werden das Bundesprogramm Energieeffizienz in Landwirtschaft und Gartenbau mit 42 Millionen Euro und der Waldklimafonds mit 30 Millionen fortgeführt. Erstmals sind Mittel eingeplant für die energetische Nutzung von Wirtschaftsdünger, den Humuserhalt und -aufbau im Boden und den Moorbodenschutz.

Förderung der Forst- und Holzwirtschaft

Von der einen Milliarde Euro für die Land- und Forstwirtschaft aus dem Corona-Konjunkturpaket entfielen in 2020 und 2021 700 Millionen Euro auf die Forst- und Holzwirtschaft. Davon wiederum entfallen 100 Millionen Euro auf die Förderung von klimafreundlichem Bauen mit Holz und 100 Millionen Euro auf das Investitionsprogramm Wald und Holz (Förderung moderner Forsttechnik über die Landwirtschaftliche Rentenbank). Schließlich dienten 500 Millionen Euro einer einmaligen flächenbezogenen Waldprämie zur Unterstützung des Privat- und Kommunalwaldes (7,7 Millionen Hektar). Da jeder zweite Landwirt in Deutschland Wald besitzt – zusammen 1,4 Millionen Hektar, ergibt sich hieraus auch eine Unterstützung der Landwirtschaft. Die Antragstellung erfolgte über die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR).
Unabhängig vom Konjunkturpaket erfolgt die in 2019 beschlossene GAK-Förderung zur „Förderung von Maßnahmen zur Bewältigung der durch Extremwetterereignisse verursachten Folgen im Wald". Zusammen mit den Länder-Kofinanzierungsmitteln sind hierfür für die vier Jahre 2020 bis 2023 knapp 800 Millionen Euro vorgesehen.

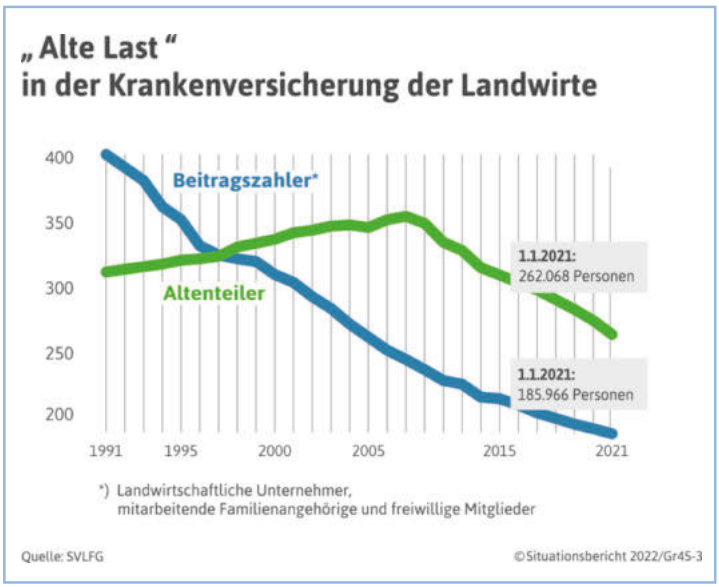
Weitere GAK-Mittelaufstockung

Nachdem die GAK-Bundesmittel in 2020 kräftig aufgestockt worden sind, fällt die Steigerung in 2021 vergleichsweise gering aus. Maßgebend für den Zuwachs um rund 26 Millionen Euro in 2021 ist die Aufstockung des Sonderrahmenplans Insektenschutz mit Mitteln des Investitions- und Zukunftsprogramms Landwirtschaft (IuZ). Zum Ausgleich für Pflanzenschutzmittelanwendungsverbote in bestimmten Gebieten („Erschwernisausgleich Pflanzenschutz") sollen im Rahmen des GAK-Sonderrahmenplans Insektenschutz in 2022 weitere 65 Millionen Euro Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden.

GAK 2021: Rund 1,8 Milliarden Euro Bundes- und Ländermittel

Im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) stellten Bund und Länder 2021 1,806 Milliarden Euro bereit. Bund und Länder teilen sich die Ausgaben im Verhältnis 60 zu 40 (Küstenschutz 70 zu 30). Aus Sicht der Landwirtschaft haben die einzelbetrieblichen Maßnahmen einen besonders hohen Stellenwert, darunter die Agrarinvestitionsförderung, die Agrarumweltmaßnahmen und die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete.





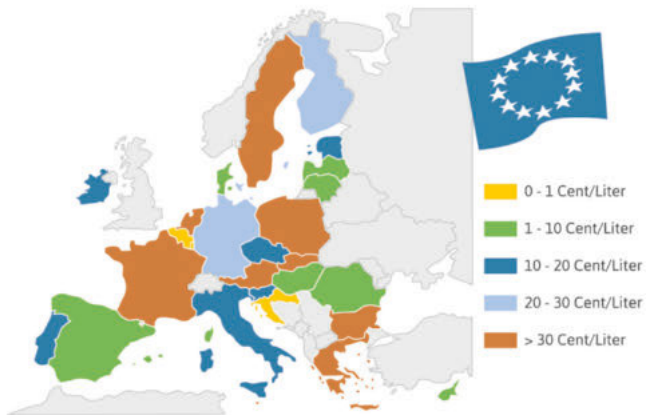
Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes, in Millionen Euro

	2019	2020	2021*	2022**
Gewerbliche Wirtschaft (ohne Verkehr)	12.023	15.026	20.350	21.876
- Bergbau	966	1.998	340	318
- Rationelle Energieverwendung, erneuerbare Energien	941	1.769	4.789	5.396
- Hilfen für bestimmte Wirtschaftssektoren	24	24	783	856
- Regionale Strukturmaßnahmen	359	311	643	467
- Technologie und Innovationsförderung	711	654	954	640
- sonstige Maßnahmen	9.022	10.271	12.841	14.200
Wohnungswesen	2.775	3.027	5.972	8.349
Verkehr	2.997	2.697	6.427	6.938
Sparförderung und Vermögensbildung	546	576	636	650
Sonstige Finanzhilfen und Steuervergünstigungen	4.374	3.711	5.595	6.733
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	1.885	2.037	3.160	2.696
Summe der Subventionen	**24.600**	**27.075**	**42.140**	**47.242**
Anteil Agrarsubventionen in Prozent	*7,7*	*7,5*	*7,5*	*5,7*

*Soll **Schätzung, Basis Regierungsentwurf

Quelle: Bundesfinanzministerium SB21-T45-5

Agrardieselsteuer in den EU-Mitgliedstaaten 2021



Quelle: LWK Österreich ©Situationsbericht 2022/Gr-45-4

55 Prozent sind Agrarsozialausgaben

Vom Bundesagrarhaushalt 2021 entfallen 55 Prozent auf Sozialausgaben (4,2 Milliarden Euro), um die strukturwandelbedingten Defizite in der Alterssicherung und Krankenversicherung der Landwirte auszugleichen. In der Krankenversicherung der Landwirte erfolgen 2021 gesetzlich vorgegebene Aufstockungen des Bundeszuschusses von 45 Millionen Euro, in der Alterssicherung der Landwirte von 56 Millionen Euro. Der Bundeszuschuss zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung bleibt mit 177 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr unverändert. Ab 2022 ist nach bisheriger Koalitionsvereinbarung hierfür nur noch ein Zuschuss von 100 Millionen Euro vorgesehen.

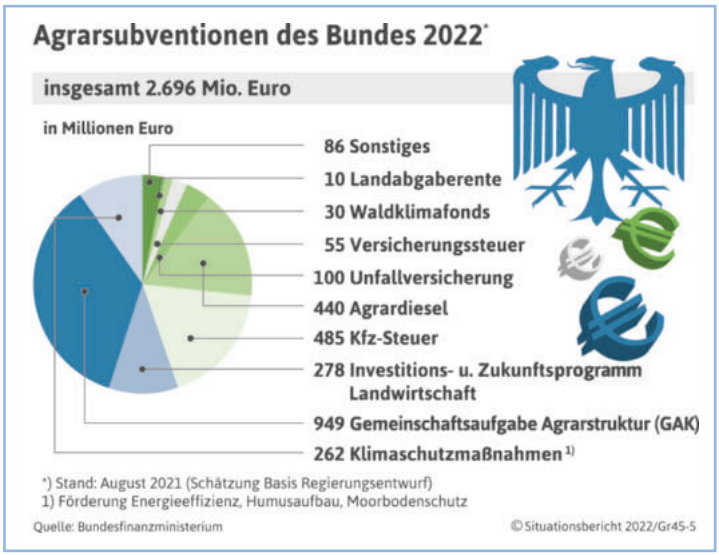
In der Altershilfe der Landwirte betrug die Zahl der Beitragszahler im 1. Quartal 2021 171.900. Ein Jahr zuvor waren es noch 178.500. Von der Personenzahl her noch stärker zurück ging die Zahl der Rentenempfänger, und zwar von 575.900 auf 563.100. Die Beiträge der Landwirte betragen 2021 gegenüber Vorjahr nahezu unverändert 536 Millionen Euro. Mit 2,335 Milliarden Euro waren die Bundesmittel mehr als viermal so hoch wie die Beitragszahlungen.

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft führt dazu, dass die Zahl der Beitragszahler auch in der Krankenversicherung der Landwirte weiter sinkt, von 2020 auf 2021 um rund 3.900. Zugleich sinkt aber

auch die Zahl der Altenteiler um 10.700 Personen. Um ein ähnliches Beitragsniveau wie in der allgemeinen gesetzlichen Sozialversicherung sicherzustellen, wird auch weiterhin der Einsatz von Bundesmitteln für erforderlich gehalten.

Alterssicherung der Landwirte

Der Einheitsbetrag in der Alterssicherung der Landwirte wurde seit 1999 schrittweise erhöht, in den alten Ländern von monatlich 167 Euro (1999) auf monatlich 258 Euro im Jahr 2021. In den neuen Ländern beträgt der Beitrag 245 Euro je Monat. Bei der Höhe der monatlichen Beträge ist zu berücksichtigen, dass das System der landwirtschaftlichen Altershilfe nur eine Teilabsicherung darstellt. Als Folge des starken Strukturwandels standen 100 Beitragszahlern im 1. Quartal 2021 etwa 328 Altenteiler gegenüber, was eine Steigerung von 5 Personen im Vergleich zu 2020 bedeutet. Damit bleibt die landwirtschaftliche Alterssicherung auf eine Übernahme der strukturellen Defizite durch den Staat angewiesen.
Im Jahr 2020 haben Landwirte durchschnittlich im Alter von 72,3 Jahren erstmalig Rentenleistungen aus der Alterssicherung der Landwirte (AdL) bezogen. Dieses relativ hohe Alter hängt mit dem Wegfall der Hofabgabeverpflichtung zusammen, denn im Jahr 2018 hat das entsprechende Alter noch bei 66,6 Jahren gelegen. Im Vergleich dazu lag das durchschnittliche Renteneintrittsalter in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) 2020 bei 64,2 Jahren.

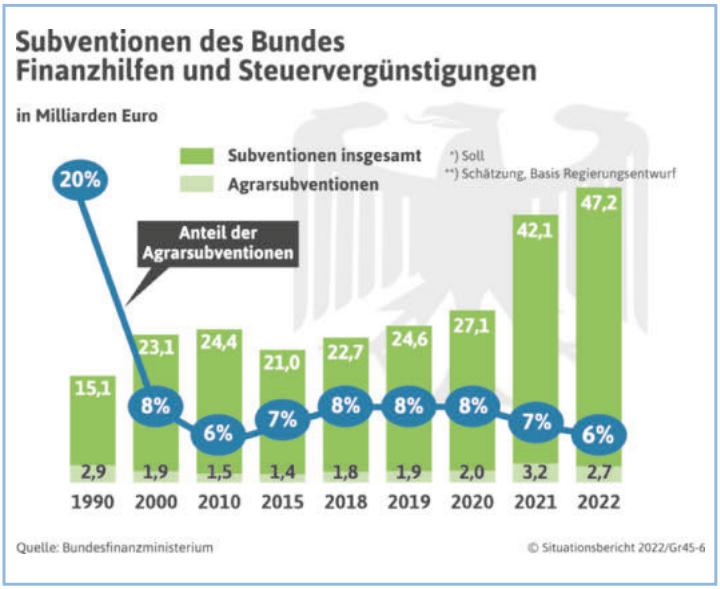


Entlastung beim Agrardiesel

Die steuerlichen Rückvergütungen beim Agrardiesel machen im Jahr 440 Millionen Euro aus. Durch eine teilweise Erstattung der Energiesteuer wird die deutsche Land- und Forstwirtschaft entlastet, um ihre Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten zu erhalten. Die Besteuerung von Diesel in der Landwirtschaft ist in den einzelnen Mitgliedstaaten der EU unterschiedlich geregelt. Ein Landwirt in Deutschland zahlt nach Rückvergütung mit rund 25,6 Cent pro Liter immer noch deutlich mehr Steuern für Diesel als Landwirte in den meisten anderen EU-Staaten.

Was sind Subventionen?

Bei der Definition von Subventionen kommt es auf die Zielsetzung der Vergünstigungen an. Nach dem Subventionsbericht der Bundesregierung bestehen Subventionen aus Finanzhilfen und Steuervergünstigungen, die vorrangig auf die Unterstützung wirtschaftlicher Tätigkeiten ausgerichtet sind. Eine staatliche Vorgabe für Marktpreise, wie zum Beispiel beim Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG), gilt nicht als staatliche Subvention. Die Bekämpfung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise mit zahlreichen Maßnahmen haben zu einer deutlichen Ausweitung des Subventionsbegriffs geführt. Darauf aber wird im Folgendem nicht weiter eingegangen.



Agrarsubventionen machen nur knapp 6 Prozent aller Subventionen des Bundes aus

Nach dem Subventionsbericht der Bundesregierung von August 2021 steigen die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes durch Corona-Krisenmaßnahmen und durch weitere Maßnahmen zur Unterstützung von Umwelt- und Klimazielen in 2021 und 2022 stark an. Die drei größten Subventionsempfänger sind die gewerbliche Wirtschaft, der Verkehrssektor sowie das Wohnungswesen. Von den für 2022 in 2021 geschätzten 47,2 Milliarden Euro Subventionen des Bundes entfallen auf den Agrarbereich 2,7 Milliarden Euro oder 5,7 Prozent. 1990 machten die Agrarsubventionen des Bundes mit 2,9 Milliarden Euro noch 20 Prozent an den Gesamtsubventionen aus.

Subventionscharakter verschiedener Maßnahmen umstritten

Die Maßnahmen im Landwirtschaftsbereich dienen insbesondere dazu, die Existenz der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zu sichern und den Strukturwandel sozial zu flankieren. Von den für 2022 ausgewiesenen 2,696 Milliarden Euro Agrarsubventionen entfallen 949 Millionen Euro auf die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), 485 Millionen Euro auf die Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Zugmaschinen sowie hinter diesen mitgeführte Anhänger und 440 Millionen Euro

auf die steuerlichen Rückvergütungen beim Agrardiesel. Auch das Investitions- und Zukunftsprogramm Landwirtschaft (278 Mio. Euro) und die Förderung von Klimaschutzmaßnahmen (262 Mio. Euro), die ermäßigte Versicherungssteuer bei Hagel- und Mehrgefahrenversicherungen (55 Mio. Euro) sowie der Waldklimafonds (30 Mio. Euro) schlagen zu Buche.

Der Subventionscharakter verschiedener Maßnahmen aber ist umstritten. Die Hilfen des Bundes für die Landwirtschaftliche Unfallversicherung (2022 100 Millionen Euro) könnten eher sozialpolitischen Zwecken zugeordnet werden. Auch bei den landschafts- und klimarelevanten Maßnahmen ist der Subventionscharakter umstritten. So werden bei diesen Maßnahmen in erster Linie Mehraufwand bzw. Minderertrag aus freiwilligen Bewirtschaftungseinschränkungen ausgeglichen.

Mehrwertsteuersätze in der EU

in Prozent — Stand 1. Januar 2021

Mitgliedstaaten	Normalsatz	Ermäßigter Satz	Landw. Güter: Allgemein Betriebsmittel	Landw. Güter: Pflanzenschutzmittel, Dünger	Landw. Güter: Schnittblumen, Pflanzen zur Ernährung	Diesel
Belgien	21	6/12	6/12/21	6/12/21	6	21
Bulgarien	20	9	20	20	20	20
Tschechische Republik	21	10/15	15/21	21	15	21
Dänemark	25	-	25	25	25	25
Deutschland	**19**	**7**	**7**	**19/7**	**7**	**19**
Estland	20	9	20	20	20	20
Griechenland	24	6/13	13/24	24	13/24	24
Spanien	21	10	10	10	21	21
Frankreich	20	5,5/10	10/20	10/20	5,5	20
Kroatien	25	5/13	13/25	25	25	25
Irland	23	9/13,5	0/4,8/13,5	23/0	0	23
Italien	22	5/10	4/10/22	22/4	10	22
Zypern	19	5/9	5/19	5	5	19
Lettland	21	5/12	21	21	21	21
Litauen	21	5/9	21	21	21	21
Luxemburg	17	8	3/17	17/3	3	17
Ungarn	27	5/18	27	27	27	27
Malta	18	5/7	18	18	0	18
Niederlande	21	9	.	21	9	21
Österreich	20	10/13	10/13	20/13	10	20
Polen	23	5/8	5/8/23	8	5/8/23	23
Portugal	23	6/13	6/13/23	6	6	13/23
Rumänien	19	5/9	9/19	9	9/19	19
Slowenien	22	5/9,5	9,5	9,5	9,5	22
Slowakische Republik	20	10	20	20	20	20
Finnland	24	10/14	24/14	24	14	24
Schweden	25	6/12	25	25	25	25

Quelle: Europäische Kommission — SB22-T45-8



5 Fakten zur wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft

5.1 Konjunkturentwicklung 159
5.2 Buchführungsergebnisse 166
5.3 Landwirtschaftliche Gesamtrechnung 180

5.1 Konjunkturentwicklung

Krise allmählich überwunden?

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrem Herbstgutachten für 2021 von einem Aufschwung aus, der deutlich kleiner ausfällt als noch im Frühjahr 2021 erwartet. Es wird mit einer Zunahme der Bruttosozialproduktes um 2,4 Prozent gerechnet. Beeinträchtigungen durch Pandemie und Lieferengpässe werden sich der Prognose zufolge nach und nach auflösen, sodass in 2022 mit einem Wirtschaftswachstum um 4,8 Prozent gerechnet werden kann. Die Wirtschaftsforschungsinstitute nennen drei große Herausforderungen, die den Wachstumstrend in den kommenden Jahrzehnten prägen werden: die Alterung der Bevölkerung, der Klimawandel sowie die Digitalisierung.

Eckdaten der Konjunkturentwicklung in Deutschland

	Einheit	2020	2021[1)]	2022[1)]	2023[1)]
Bruttoinlandsprodukt (real)	%-Veränd.	-4,6	2,4	4,8	1,9
Private Konsumausgaben	%-Veränd.	-5,3	3,1	10,3	3,6
Konsumausgaben des Staates	%-Veränd.	7,0	3,9	1,3	2,7
Ausrüstungsinvestitionen	%-Veränd.	-10,0	6,6	9,0	6,2
Bauinvestitionen	%-Veränd.	4,4	7,9	8,1	4,5
Exporte	%-Veränd.	-9,7	13,3	10,8	5,7
Importe	%-Veränd.	-10,8	15,9	11,6	5,6
Erwerbstätige	Tausend	44.898	44.918	43.368	45.764
Registrierte Arbeitslose	Tausend	2.695	2.636	2.448	3.556
Arbeitslosenquote[2)]	%	5,9	5,7	5,3	5,1
Verbraucherpreise	%-Veränd.	0,5	3,0	2,5	1,7

1) Prognose
2) Registrierte Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen
Quelle: Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute, 14. Oktober 2021

SB22-T51-1



Agrarkonjunktur und gesamtwirtschaftliche Entwicklung hängen zusammen

Abgesehen von den Jahren 2015 und 2016 (Milchkrise) und der aktuellen Coronakrise zeigt sich ein weitgehender Gleichlauf der Trends in der Landwirtschaft und der Gesamtwirtschaft. Dies ergibt ein Vergleich des Konjunkturbarometer Agrar mit dem ifo Geschäftsklimaindex.



Konjunkturbarometer Agrar – Repräsentative Befragung zur wirtschaftlichen Lage und Investitionsbereitschaft

Das Investitions- und Konjunkturbarometer Agrar untersucht, wie Landwirte ihre wirtschaftliche Situation und die Rahmenbedingungen einschätzen und welche Investitionen sie planen. Dazu führt das Marktforschungsinstitut Produkt + Markt im Auftrag des Deutschen Bauernverbandes, der Landwirtschaftlichen Rentenbank und des VDMA Fachverbandes Landtechnik viermal im Jahr eine repräsentative Befragung bei mindestens rund 850 Landwirten durch. In der Dezember-Erhebung gibt es entsprechend 1.500 Befragte.

Berechnung des Konjunkturbarometer-Index:

- In den Index des Konjunkturbarometer Agrar gehen die Antworten auf zwei Fragen an die landwirtschaftlichen Betriebsleiter ein.
  - – Wie ist die aktuelle wirtschaftliche Lage des Betriebes?
  - – Wie sind die Zukunftserwartungen für die nächsten 2 bis 3 Jahre?
- Zur Berechnung des Index wird jeweils der Saldo der prozentualen positiven und negativen Antworten auf die beiden oben genannten Fragen gebildet. Die beiden Salden der wirtschaftlichen Lage und der Zukunftserwartungen werden zu einem Indexwert zusammengefasst.
- Der Indexwert 0 entspricht dem langjährigen Mittel der Jahre 2000 bis 2006.

Quelle: Deutscher Bauernverband

Zahl der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft rückläufig

Nach Schätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute nimmt die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland 2021 gegenüber dem Corona-Krisenjahr 2020 kaum zu. Ein deutlicher Anstieg um etwa 450.000 Personen wird allerdings für 2022 erwartet. Die Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft dürfte auch in 2021 weiter abnehmen, und zwar schätzungsweise um etwa 20.000 auf 560.000, und folgt damit dem Trend der letzten Jahre.

Relativ starker Anstieg bei den Nahrungsmittelpreisen

Die Inflationsrate in Deutschland, gemessen am Verbraucherpreisindex, dürfte in 2021 auf Grund der Mehrwertsteuerabsenkung in der 2. Jahreshälfte 2020 (Basiseffekt), der Einführung der CO_2-Bepreisung zu Jahresanfang 2021 sowie durch deutlich höhere Energie- und Rohstoffpreise auf gut 3 Prozent ansteigen. Die Preise für Nahrungsmittel steigen in 2021 mit geschätzten plus 3,0 Prozent in etwa so stark an wie die übrigen Lebenshaltungskosten.

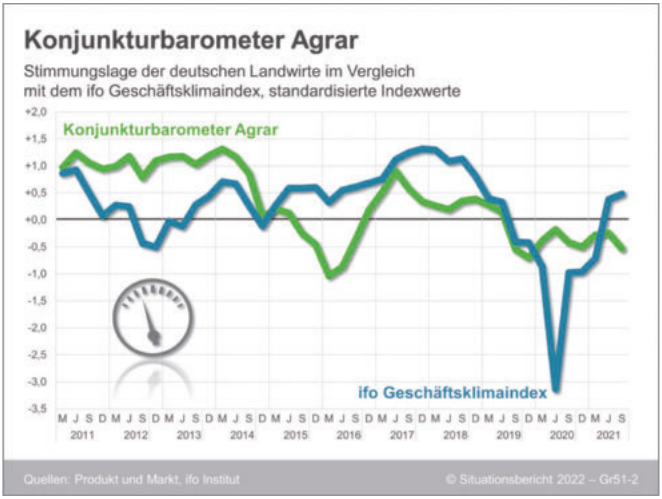
Zurückhaltung bei den Investitionen

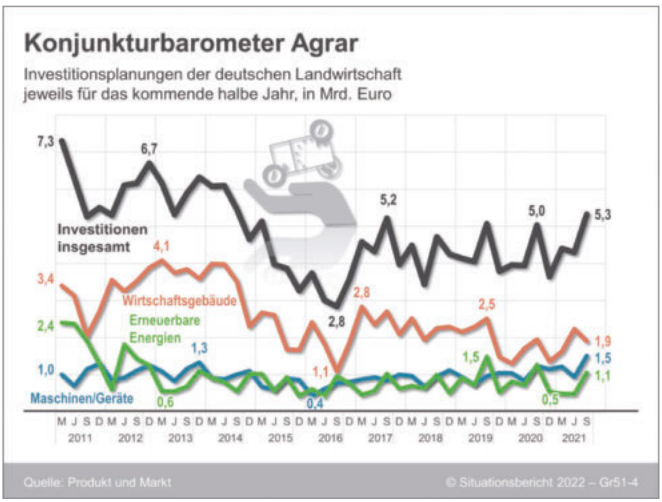
Während in der gewerblichen Wirtschaft Lieferengpässe eine Erholung der Investitionen verschieben, sind die Gründe für die Investitionszurückhaltung in der

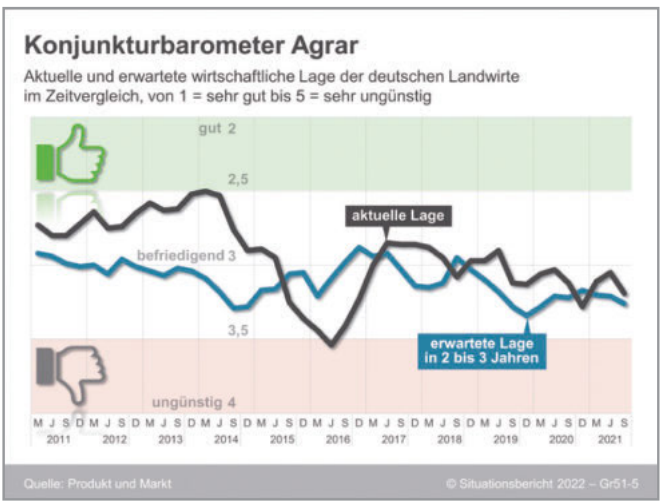
Landwirtschaft vor allem unklare politische und gesetzgeberische Rahmenbedingungen und fehlende Planungssicherheit. Das zeigt sich nach den Ergebnissen des Konjunkturbarometer Agrar besonders in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung.

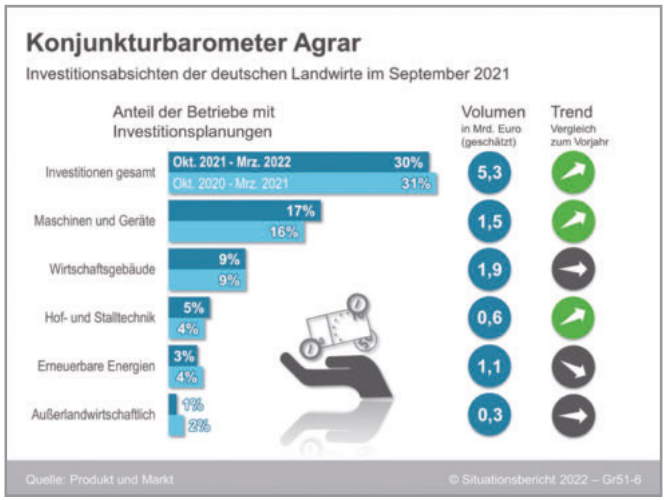
Investitionstätigkeit der Landwirte bleibt verhalten

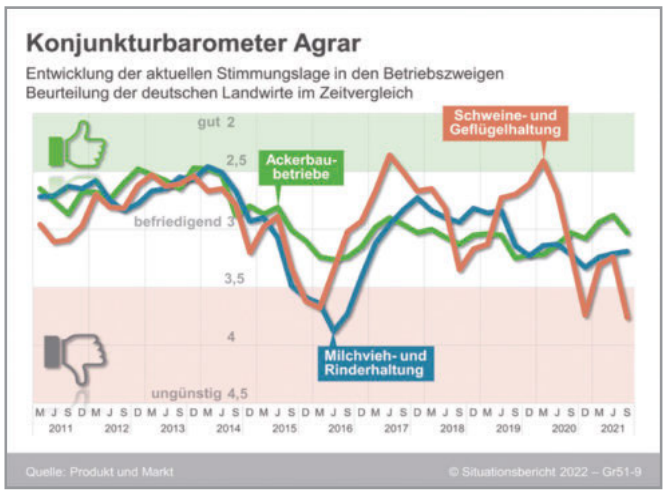
Laut Konjunkturbarometer Agrar vom September 2021 bleibt die Investitionstätigkeit der Landwirte eher verhalten. Nur 30 Prozent der Landwirte wollen in den sechs Folgemonaten investieren. Das für diesen Zeitraum geplante Investitionsvolumen liegt mit 5,3 Milliarden Euro um 0,3 Milliarden Euro über dem entsprechenden Vorjahresstand. Deutlichen Mehrinvestitionen in Technik steht ein verminderter Kapitaleinsatz bei Erneuerbaren Energien und in Wirtschaftsgebäude gegenüber. Eine deutliche Mehrheit der Landwirte ist im September 2021 der Auffassung, dass momentan weniger in die Landwirtschaft hinein investiert wird als noch vor 2 bis 3 Jahren. Unter den TOP 2-Gründen für die geringere Investitionsbereitschaft werden vor allem „wenig Planungssicherheit“ (56 Prozent) und „hohe gesetzliche Auflagen“ (47 Prozent) angeführt. Erst an dritter und vierter Stelle folgen „schwierige Marktlage“ (40 Prozent) und „hohe Investitionskosten“ (29 Prozent). „Wenig Planungssicherheit“ wird besonders häufig von den Tier haltenden Landwirten













sowie von den Landwirten mit größeren Betrieben im Norden und Osten Deutschlands genannt. „Hohe gesetzliche Auflagen" beklagen vor allem die Veredlungsbetriebe.

Relativ schlechte Stimmungslage unter den deutschen Landwirten

Nach den Ergebnissen des Konjunkturbarometer Agrar für den Monat September 2021 hat sich die Stimmungslage unter den deutschen Landwirten im Herbst 2021 gegenüber relativ stabilen Frühjahrs- und Sommerwerten wieder verschlechtert. Der Indexwert des Konjunkturbarometer Agrar fällt mit 10,6 im September gegenüber 14,7 aus der vorangegangenen Befragung von Juni deutlich schwächer aus. Sowohl die Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage als auch die Erwartung an die zukünftige wirtschaftliche Lage haben sich gegenüber Sommer eingetrübt.

Zukunftserwartungen schlechter als die aktuelle Lage

Auf der Notenskala von 1 bis 5 wird die aktuelle wirtschaftliche Situation im Durchschnitt der Betriebe im September 2021 mit 3,19 etwas günstiger beurteilt als die zukünftigen Aussichten mit einem Wert von 3,26. Die aktuelle wirtschaftliche Lage hat sich gegenüber Juni in den Veredlungsbetrieben drastisch verschlechtert. Ackerbaubetriebe schätzen ihre wirtschaftliche Lage auf Grund enttäuschter Ernteer-

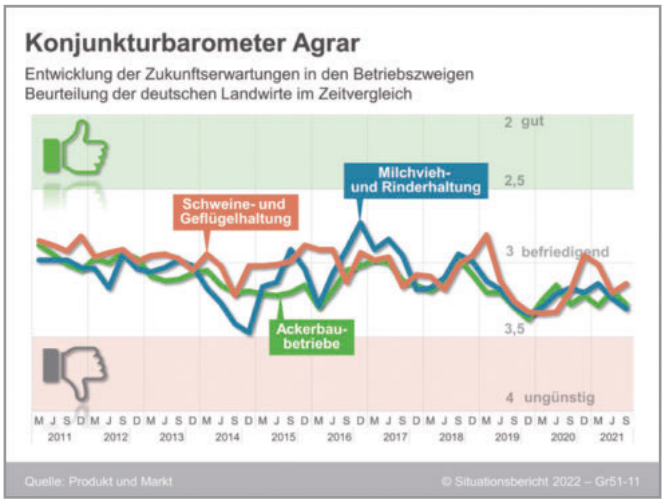
wartungen ebenfalls schlechter ein als im Sommer. Die Bewertung der Futterbaubetriebe bleibt unverändert. Im Jahresvergleich werden zwar die Preise für Getreide, Rindfleisch und Milch spürbar besser bewertet. Wirtschaftlich belastend werden dagegen aber die Preise für Schweine und wichtige Betriebsmittel wie Dünge-, Futtermittel und Energie eingeschätzt.

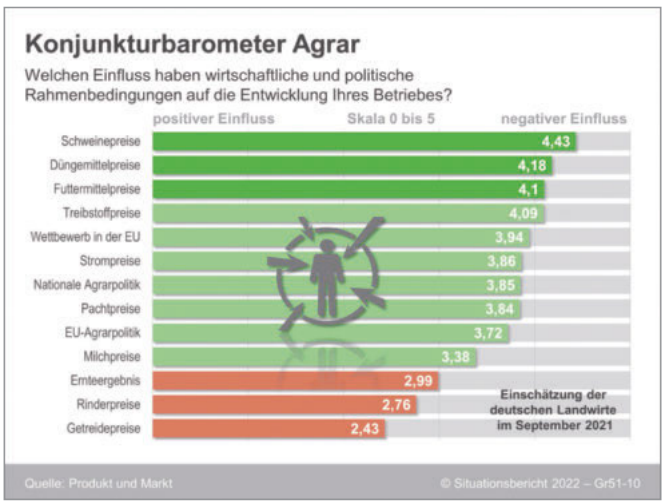
Liquiditätslage insgesamt kaum verändert

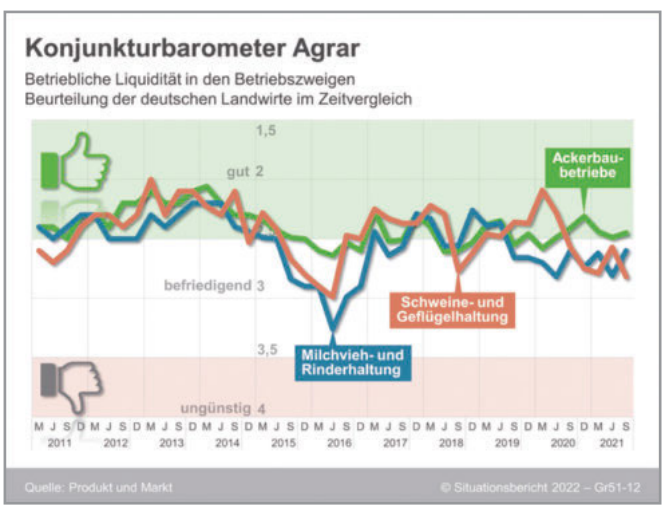
Die betriebliche Liquidität hat sich im Durchschnitt der Betriebe gegenüber Sommer 2021 geringfügig verbessert. Im September 2021 gaben 15 Prozent der Betriebe an, dass ihre Liquiditätslage angespannt oder sehr angespannt ist. Besonders hoch ist dieser Anteil unter den Veredlungsbetrieben (30 Prozent).

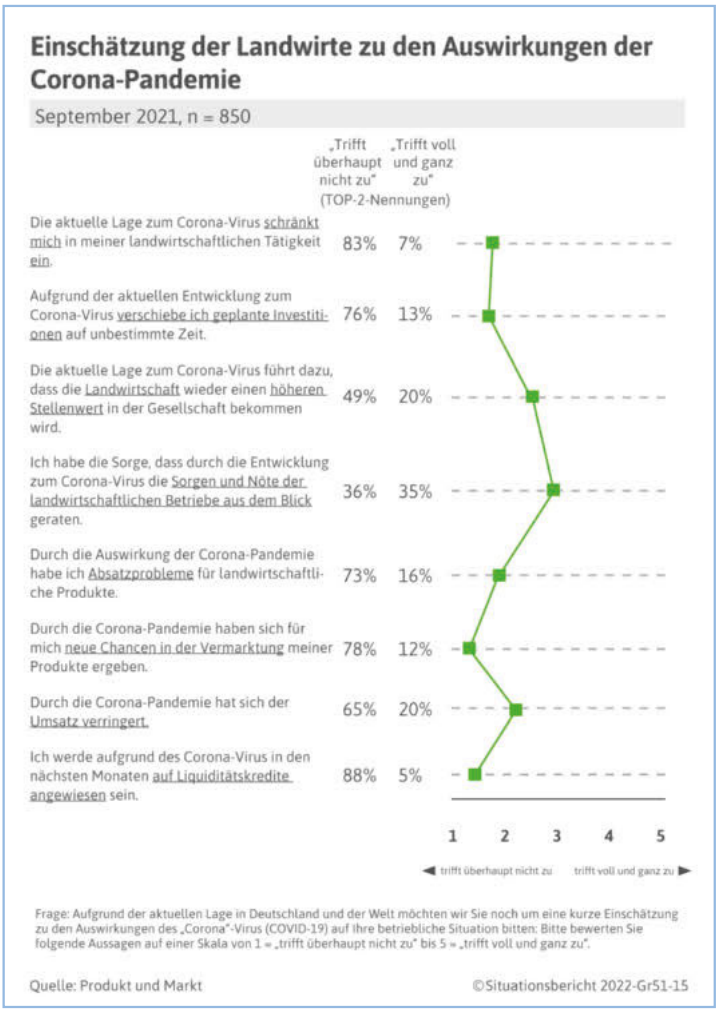
Spuren der Corona-Krise in der Landwirtschaft

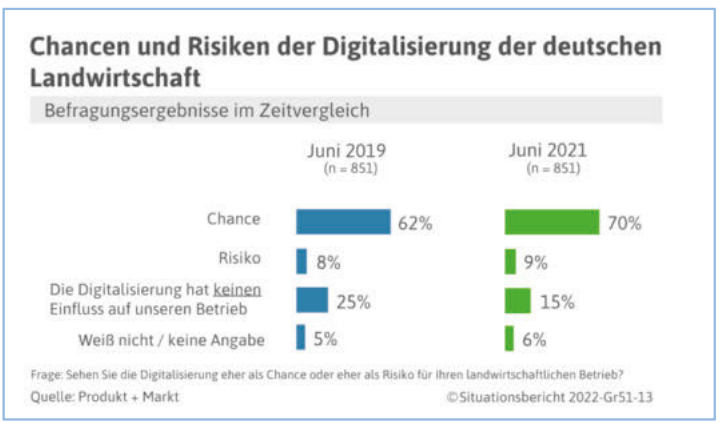
Die Corona-Pandemie hinterlässt ihre Spuren weiterhin auch in der Landwirtschaft. Im September 2021 fühlen sich 7 Prozent der repräsentativ befragten Landwirte von der Corona-Krise in ihrem Wirken beeinträchtigt (September 2020 8 Prozent) und 13 Prozent wollen ihre geplanten Investitionen deswegen auf unbestimmte Zeit verschieben (September 2020 18 Prozent). Während 20 Prozent der Landwirte angeben, durch die Corona-Pandemie Umsatzverluste erlitten zu haben, gehen 12 Prozent











davon aus, zu Corona bedingten neuen Absatzchancen gekommen zu sein. Nur noch 20 Prozent der Landwirte teilen die Einschätzung, dass mit der Corona-Situation die Landwirtschaft wieder einen höheren Stellenwert in der Gesellschaft bekommt. In der September-Erhebung 2020 waren es noch 25 Prozent. 35 Prozent der Landwirte (September 2020 44 Prozent) sind dagegen der Meinung, dass durch das Virus die Sorgen und Nöte der landwirtschaftlichen Betriebe aus dem Blick geraten.

Landwirte beklagen zunehmend eine unzureichende Internetversorgung

Nach Befragungsergebnissen im Rahmen des Konjunkturbarometer Agrar sind die Landwirte in Deutschland mit ihrer Internetversorgung zunehmend unzufrieden. 46 Prozent der im Juni 2021 befragten Landwirte sehen in einer unzureichenden Internetversorgung ein Haupthemmnis bei der weiteren Digitalisierung der Landwirtschaft. Zwei Jahre zuvor (Juni 2019) waren es nur 39 Prozent der befragten Landwirte. Mit Ausnahme von Landwirten in Schleswig-Holstein, dem Bundesland mit der derzeit höchsten Breitbandverfügbarkeit in Deutschland, wird die unzureichende Internetversorgung von den Landwirten in allen Bundesländern deutlich häufiger als Hindernisgrund genannt. Der voranschreitende Netzausbau kann offensichtlich nicht Schritt halten mit den gestiegenen Anforderun-

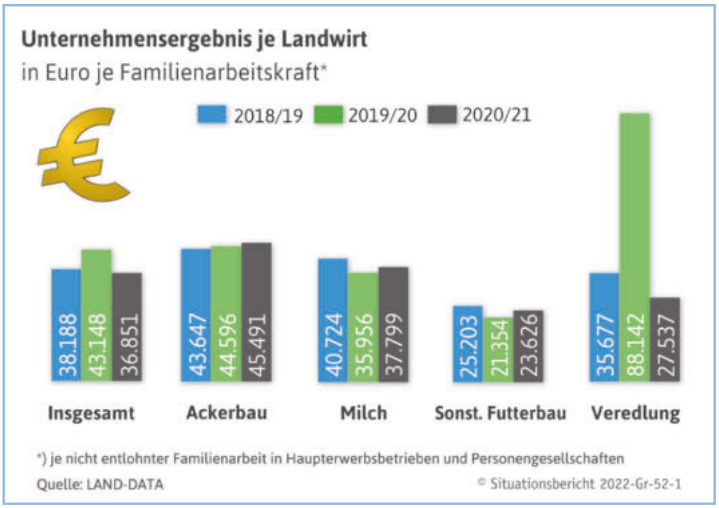
gen der Landwirte und des ländlichen Raums.

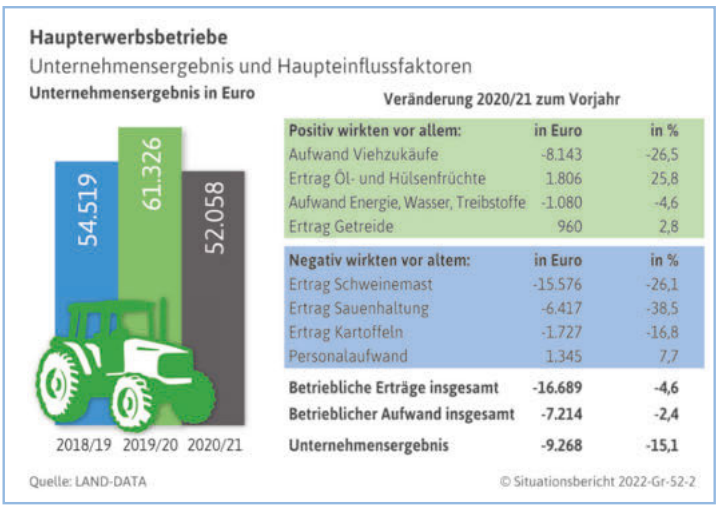
Digitalisierungschancen überwiegen

Eine wachsende Mehrheit der Landwirte sieht in der Digitalisierung große Chancen. Nach den Befragungsergebnissen aus Juni 2021 sehen 70 Prozent der befragten Landwirte in der Digitalisierung eine Chance für den eigenen Betrieb. Im Juni 2019 waren es noch entsprechend 62 Prozent. Für nur 9 Prozent der Landwirte überwiegen die Risiken (Juni 2019 8 Prozent). Der Rest steht der Digitalisierung indifferent gegenüber.
Zu den TOP-3-Hemmnissen der Digitalisierung der Landwirtschaft sehen die Landwirte neben einer unzureichenden Internetversorgung in den „hohen Investitionskosten" das Haupthemmnis (Juni 2021 53 Prozent, Juni 2019 49 Prozent). Mit großem Abstand in den Nennungen folgen dann an dritter und vierter Stelle die „Sorge um die IT-Sicherheit und Datensicherheit" (31 Prozent) sowie „um den Verlust der Hoheit über die eigenen Daten" (28 Prozent). Die entsprechenden Werte für Juni 2019 lagen bei 30 bzw. 24 Prozent. Digitale Kompetenzen werden immer selbstverständlicher. Landwirte sehen unzureichende Kompetenzen nur zu einem geringen Teil als Digitalisierungshemmnis (Juni 2021 19 Prozent, Juni 2019 20 Prozent).



5.2 Buchführungsergebnisse





Haupterwerbsbetriebe

Wirtschaftsanalyse auf der Basis von 9.500 Buchführungsabschlüssen

Der Analyse zur wirtschaftlichen Lage der deutschen Landwirtschaft liegen 9.507 Jahresabschlüsse von landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben zu Grunde. Es handelt sich dabei um Buchführungsabschlüsse der LAND-DATA, des Landwirtschaftlichen Buchführungsverbandes Kiel und anderer regionaler Buchstellen. Durch die Umstellung der Hochrechnungsgrundlage von der Agrarstrukturerhebung 2016 auf die Landwirtschaftszählung 2020 sowie durch die Verwendung aktueller Standardoutputs sind die aktuellen Ergebnisse nur bedingt mit den Ergebnissen der Buchführungsauswertungen der Vorjahre vergleichbar. Bei den Ergebnissen zu den Agrargenossenschaften konnte auf die Unterstützung des Fachprüfungsverbandes (FPV) sowie des Genossenschaftsverbandes zurückgegriffen werden.

Wirtschaftsjahr 2020/21 mit starkem Gewinnminus

Nach einer gewissen Erholung der Unternehmensergebnisse im Wirtschaftsjahr 2019/20 hat sich die wirtschaftliche Situation der deutschen Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 2020/21 wieder deutlich verschlechtert. Grund dafür waren vor allem Corona bedingte starke Umsatzeinbrüche in der Schweinehaltung. Im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe (Personengesellschaften und Einzelunternehmen) blieb das Unternehmensergebnis mit 52.100 Euro um 15 Prozent hinter dem Vorjahresergebnis von 61.300 Euro zurück. Die Veredlungsbetriebe verloren im Wirtschaftsjahr 2020/21 gut zwei Drittel ihres Unternehmensgewinns. In der Rinder- und Milchviehhaltung dagegen konnten Gewinnzuwächse verzeichnet werden. Ackerbaubetriebe haben ihr Vorjahresergebnis in etwa halten können. Die Wirtschaftszahlen in den Regionen spiegeln die Entwicklung der Betriebszweige wider. Grund für regionale Unterschiede sind auch unterschiedliche Witterungsbedingungen und Ernteerträge.

Buchführung - Haupterwerbsbetriebe - Kennzahlen im Überblick

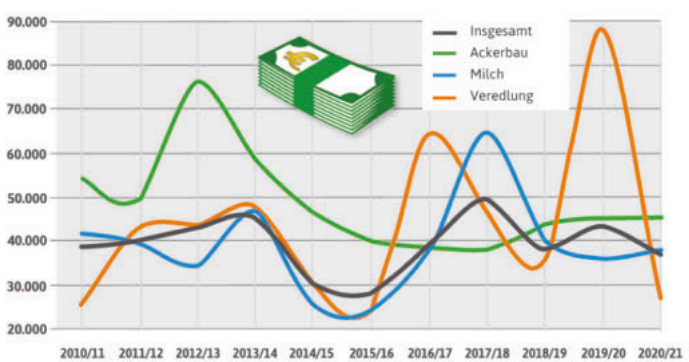
	Einheit	Wirtschaftsjahr 2018/19	2019/20	2020/21	%-Veränd. 2020/21 zu Vorjahr
Landw. genutzte Fläche		91,3	91,8	92,3	0,5
Viehbestand	GV	75,1	73,0	70,9	-2,9
	GV/100 ha LF	82,2	79,5	76,8	-3,4
Arbeitskräfte	AK	1,96	1,98	2,01	1,3
	AK/100 ha LF	2,15	2,16	2,17	0,8
Pflanzliche Erträge	Euro	92.375	94.403	98.650	4,5
Tierische Erträge	Euro	192.160	205.388	183.994	-10,4
Betriebliche Erträge	Euro	348.665	364.728	348.039	-4,6
Betriebliche Aufwendungen	Euro	288.721	297.831	290.617	-2,4
Unternehmensergebnis (UE)	**Euro**	**54.519**	**61.326**	**52.058**	**-15,1**
UE je nFAK[1]	**Euro**	**38.188**	**43.148**	**36.851**	**-14,6**
UE plus Personalaufw./AK	**Euro**	**36.304**	**39.826**	**35.379**	**-11,2**
Bruttoinvestitionen	Euro	60.530	59.365	60.185	1,4
- dar. Maschinen	Euro	30.577	31.467	32.879	4,5
Investitionsquote[2]	Prozent	18,6	18,1	18,1	.
Nettoinvestitionen	Euro	12.771	9.695	10.699	10,4
Eigenkapital	Euro	718.811	730.072	737.309	1,0
Eigenkapitalveränderung	Euro	6.492	11.261	7.237	.
Fremdkapital	Euro	218.359	220.505	225.818	2,4
Fremdkapitalveränderung	Euro	9.616	2.146	5.313	.
Eigenkapitalrentabilität	Prozent	0,8	1,5	0,3	.
Relative Faktorentlohnung[3]	Prozent	81,4	84,9	75,8	.

1) Nicht entlohnte Familienarbeitskräfte
2) Verhältnis von Investitionen zu Gesamtausgaben
3) Verhältnis von Betriebseinkommen zu den gesamten Faktorkosten

Quelle: LAND-DATA SB22-T52-1

Die Einkommen der Bauern

Unternehmensergebnis in Euro je Familienarbeitskraft*



*) je selbstständiger/nicht entlohnter Familienarbeit in Haupterwerbsbetrieben und Personengesellschaften

Quelle: LAND-DATA © Situationsbericht 2022-Gr-52-8

Ausblick auf das Wirtschaftsjahr 2021/22

Nach den sich Ende November 2021 abzeichnenden Entwicklungen auf den Agrarmärkten und den Märkten für Betriebsmittel ist unsicher, ob bzw. inwieweit sich die Unternehmensergebnisse im

Buchführung - Haupterwerbsbetriebe - Unternehmensergebnis nach Betriebsformen und Bundesländern

Angaben in Euro	Wirtschaftsjahr			Veränderung 2020/21 zu Vorjahr	
	2018/19	2019/20	2020/21	in Euro	in Prozent
Alle Betriebe	**54.519**	**61.326**	**52.058**	**-9.268**	**-15,1**
a) Betriebsformen					
Ackerbau	56.250	57.205	57.979	774	1,4
Futterbau Milch	61.392	54.007	56.400	2.393	4,4
Futterbau sonstige	33.832	28.647	31.501	2.854	10,0
Veredlung	48.508	118.646	36.755	-81.891	-69,0
Dauerkultur Weinbau	90.843	77.806	86.806	9.000	11,6
Verbund	42.973	55.795	40.390	-15.405	-27,6
Ökobetriebe[1)]	70.678	69.611	76.024	6.413	9,2
b) Bundesländer					
Schleswig-Holstein	47.213	57.549	55.597	-1.952	-3,4
Niedersachsen	65.757	81.918	54.719	-27.199	-33,2
Nordrhein-Westfalen	42.352	65.863	37.678	-28.185	-42,8
Rheinland-Pfalz/Saar	82.269	76.913	79.512	2.599	3,4
Hessen	46.567	57.551	50.444	-7107	-12,4
Baden-Württemberg	49.505	54.859	51.965	-2.894	-5,3
Bayern	52.477	51.001	47.449	-3.552	-7,0
Neue Bundesländer	57.756	52.674	72.577	19.903	37,8

1) Alle Betriebsformen (nicht hochgerechnet)
Quelle: LAND-DATA SB22-T52-2

Buchführung - Haupterwerbsbetriebe - Unternehmensergebnis je nicht entlohnter Familienarbeitskraft nach Betriebsformen und Bundesländern

Angaben in Euro	Wirtschaftsjahr			Veränderung 2020/21 zu Vorjahr	
	2018/19	2019/20	2020/21	in Euro	in Prozent
Alle Betriebe	**38.188**	**43.148**	**36.851**	**-6.297**	**-14,6**
a) Betriebsformen					
Ackerbau	43.647	44.596	45.491	895	2,0
Futterbau Milch	40.724	35.956	37.799	1.843	5,1
Futterbau sonstige	25.203	21.354	23.626	2.272	10,6
Veredlung	35.677	88.142	27.537	-60.605	-68,8
Dauerkultur Weinbau	47.688	41.338	46.231	4.893	11,8
Verbund	30.125	39.355	28.469	-10.886	-27,7
Ökobetriebe[1)]	48.337	47.458	52.158	4.700	9,9
b) Bundesländer					
Schleswig-Holstein	37.466	45.774	44.346	-1.428	-3,1
Niedersachsen	50.179	63.094	42.498	-20.596	-32,6
Nordrhein-Westfalen	31.926	49.738	28.656	-21.082	-42,4
Rheinland-Pfalz/Saar	44.889	42.171	43.758	1.587	3,8
Hessen	32.994	40.492	35.570	-4.922	-12,2
Baden-Württemberg	33.148	36.924	35.210	-1.714	-4,6
Bayern	35.859	34.951	32.694	-2.257	-6,5
Neue Bundesländer	41.470	38.379	53.362	14.983	39,0

1) Alle Betriebsformen (nicht hochgerechnet)
Quelle: LAND-DATA SB22-T52-3

Wirtschaftsjahr 2021/22 im Durchschnitt der Betriebe wieder erholen werden. Sich weiter festigende Preise bei vielen pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen stehen starke Verteuerungen beim Zukauf von Futter-, Düngemitteln und Energie gegenüber. Schweineerzeuger dürften zunächst weiter unter erheblichem wirtschaftlichen Druck stehen. Bei Milch- und Rindererzeugern sowie Ackerbauern könnte die deutlich verbesserte Ertragssituation die Aufwandssteigerung durch die starke Verteuerung der Betriebsmittel übertreffen. Vieles hängt jedoch noch von den Marktentwicklungen im Laufe des ersten Halbjahres 2022 ab.

Je Landwirt 36.900 Euro

Das Unternehmensergebnis je Familienarbeitskraft beträgt im Wirtschaftsjahr 2020/21 im Durchschnitt der Betriebe 36.900 Euro. Die Landwirte haben damit ein „Bruttomonatseinkommen" (monatliches Unternehmensergebnis je Familien-Arbeitskraft) von etwa 3.100 Euro erzielt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Teil des Unternehmensergebnisses für die Finanzierung von Existenz sichernden Neuinvestitionen aufzuwenden ist. Auch die Zahlungen für die Landwirtschaftliche Alters- und Krankenversicherung müssen aus dem Unternehmensergebnis getragen werden. Diese betrugen im Durchschnitt der Betriebe im Wirtschaftsjahr 2020/21 rund 8.400 Euro oder 700 Euro pro Monat.

Unzureichende Faktorentlohnung

Unter der Annahme eines Lohnansatzes für die durchschnittlich 1,41 Familienarbeitskräfte, wie er für fremde Arbeitskräfte einschließlich Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung gezahlt wird, eines Zinsansatzes von 3,5 Prozent für das eingesetzte Eigenkapital und eines Pachtansatzes für die Eigentumsflächen müsste das durchschnittliche Unternehmensergebnis bei 66.400 Euro liegen. Das tatsächliche Unternehmensergebnis im Wirtschaftsjahr 2020/21 lag mit 52.100 Euro deutlich darunter. Zum Vergleich: Die EU-Direktzahlungen betrugen im Wirtschaftsjahr 2020/21 25.500 Euro je Haupterwerbsbetrieb und machten damit fast die Hälfte des erzielten Unternehmensgewinns aus.

Um 4,6 Prozent niedrigere Erträge

Die betrieblichen Erträge sind im Durchschnitt aller Haupterwerbsbetriebe im Wirtschaftsjahr 2020/21 um 4,6 Prozent zurückgegangen. Die mit Abstand wichtigste Ursache dafür waren die preisbedingten starken Umsatzrückgänge in der Schweinehaltung. Dagegen konnten sich die Erträge aus der pflanzlichen Erzeugung, mit Ausnahme von Kartoffeln, deutlich erholen. Die Erträge aus der Milchviehhaltung und Rindermast erreichten in etwa das Vorjahresniveau.

Buchführung - Haupterwerbsbetriebe - Unternehmensergebnisse nach Betriebsgrößen - Wirtschaftsjahr 2020/21

Angaben in Euro	Kleinere Betriebe[1]		Mittlere Betriebe[2]		Größere Betriebe[3]		Insgesamt	
	in Euro	%-Änd. zu Vorj.	in Euro	%-Änd. zu Vorj.	in Euro	%-Änd. zu Vorj.	in Euro	%-Änd. zu Vorj.
Alle Betriebe	**24.531**	**1,6**	**44.018**	**-3,4**	**80.078**	**-23,1**	**52.058**	**-15,1**
Ackerbau	25.851	5,4	50.530	6,6	109.488	-2,6	57.979	1,4
Futterbau Milch	25.897	4,7	43.746	3,3	84.057	5,0	56.400	4,4
sonstiger Futterbau	18.052	10,8	32.302	10,4	68.182	8,8	31.501	10,0
Veredlung	14.622	-56,7	18.615	-66,8	43.137	-69,5	36.755	-69,0
Dauerkultur Weinbau	46.881	-6,2	79.153	9,5	172.568	25,1	86.806	11,6

1) Betriebe mit 50.000 bis unter 100.000 Euro Standardoutput
2) Betriebe mit 100.000 bis unter 250.000 Euro Standardoutput
3) Betriebe mit über 250.000 Euro Standardoutput

Quelle: LAND-DATA SB22-T52-4

Buchführung - Notwendige Faktorentlohnung in den landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben im Wirtschaftsjahr 2020/21

• Lohnansatz für 1,41 Familien-Arbeitskräfte einschließlich Betriebsleiterzuschlag	50.131 Euro
• Zinsansatz von 3,5 Prozent* auf das betriebliche Eigenkapital (ohne Boden)	8.164 Euro
• Pachtansatz für 30,9 Hektar Eigentumsflächen	8.091 Euro
Summe aller kalkulatorischen Faktoransätze	**66.386 Euro**

*Verzinsungssatz orientiert sich am langjährigen Durchschnitt von Aktienrenditen

Quelle: LAND-DATA SB22-T52-5

Buchführung - Landwirtschaftliche Erzeugerpreise Deutschland (ohne MwSt.)

Erzeugnisse	Einheit	Wirtschaftsjahr			%-Veränd. 2020/21 zu Vorjahr
		2018/19	2019/20	2020/21	
Brotweizen	Euro/100 kg	18,08	16,44	18,94	15,2
Futtergerste	Euro/100 kg	17,58	14,68	17,08	16,3
Raps	Euro/100 kg	35,31	36,51	42,71	17,0
Kartoffeln	Euro/100 kg	28,95	23,23	10,78	-53,2
Rinder (Jungbullen R3)	Euro/kg SG	3,67	3,54	3,73	5,4
Schweine (E)	Euro/kg SG	1,51	1,86	1,39	-25,3
Ferkel (28 kg)	Euro/Stück	46,91	69,35	41,30	-40,4
Milch (4,0 % Fett, 3,4 % Eiw.)	Euro/100 kg	33,93	32,68	33,00	0,9

Quelle: AMI SB-22-T52-6

Buchführung - Haupterwerbsbetriebe - Ertragskennzahlen pflanzliche Produktion, tierische Produktion und Zulagen/Zuschüsse

Kennzahlen	Einheit	Wirtschaftsjahr			%-Veränd. 2020/21 zu Vorjahr
		2018/19	2019/20	2020/21	
Betriebliche Erträge	**Euro**	**348665**	**364728**	**348039**	**-4,6**
	Euro/ha	3.819	3.972	3.773	-5,0
	Euro/AK	177.709	184.113	173.499	-5,7
dar. pflanzliche Produktion	**Euro**	**92.375**	**94.403**	**98.650**	**4,5**
	Euro/ha	1.012	1.028	1.069	4,0
Getreide	Euro	32.395	34.960	35.920	2,8
- Winterweizen	dt/ha	68,2	73,7	74,9	1,6
- Wintergerste	dt/ha	61,9	69,7	66,4	-4,7
- Roggen*	dt/ha	49,2	55,9	58,6	4,8
Öl- und Hülsenfrüchte	Euro	8.135	6.998	8.804	25,8
- Winterraps	dt/ha	30,9	34,6	36,8	6,5
Zuckerrüben	Euro	4.759	5.181	5.501	6,2
- Zuckerrüben	dt/ha	660	742	741	-0,1
Kartoffeln	Euro	10.629	10.269	8.542	-16,8
Futter-/ Energiepfl.	Euro	6.797	7.438	7.894	6,1
dar. tierische Produktion	**Euro**	**192.160**	**205.388**	**183.994**	**-10,4**
	Euro/GV	2.559	2.814	2.596	-7,7
Milch	Euro	92.148	91.799	91.285	-0,6
- Milchleistung	kg/Kuh	8.057	8.306	8.330	0,3
Rindermast	Euro	26.770	25.045	25.374	1,3
- Mastbullen SG*	kg/Stück	390	388	384	-1,0
Schweinemast	Euro	48.617	59.689	44.113	-26,1
- Mastschweine SG*	kg/Stück	97	97	99	2,1
Sauenhaltung	Euro	12.698	16.675	10.258	-38,5
- Aufgezogene Ferkel	Stück/Sau	27,9	27,9	28,7	2,7
dar. sonstige betriebliche Erträge	**Euro**	**49.898**	**49.919**	**50.148**	**0,5**
dar. Zulagen und Zuschüsse	**Euro**	**38.038**	**38.424**	**38.665**	**0,6**
- EU-Betriebsprämie	Euro	18.400	18.250	17.734	-2,8
- Greeningpämie	Euro	6.183	6.306	6.187	-1,9
- Umverteil.prämie	Euro	1.389	1.418	1.407	-0,8
- Junglandwirteprämie	Euro	281	326	185	-43,1
- Ausgleichszulage	Euro	1.240	1.258	1.257	0,0
- Agrarumweltmaßn.	Euro	4.577	4.937	5.235	6,0

GV = Großvieheinheit *LAND-DATA-Branchenanalyse
Quelle: LAND-DATA SB22-T52-7

Um 2,4 Prozent niedrigere Aufwendungen

Die Aufwendungen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe gingen im Wirtschaftsjahr 2020/21 weniger stark zurück als die Erträge. Sie lagen im Durchschnitt der Betriebe um 2,4 Prozent unter dem Vorjahresstand. Die mit Abstand größte Kostenentlastung gab es beim Viehzukauf. Aber auch bei Energie und Düngemitteln gab es nennenswerte Einsparungen. Dagegen stieg der Aufwand für Löhne deutlich an. Auch die Pachtausgaben zogen weiter an. Etwas höhere Abschreibungen und leichte Ausgabensteigerungen gab es bei Futtermitteln und der Unterhaltung der Sachanlagen. Trotz höheren Fremdmitteleinsatzes ging der Zinsaufwand deutlich zurück.

Ackerbaubetriebe mit leichtem Gewinnplus

Haupterwerbsbetriebe mit Produktionsschwerpunkt Ackerbau konnten im Wirtschaftsjahr 2020/21 im Durchschnitt ihre wirtschaftliche Situation leicht verbessern. Höheren Erlösen aus dem Ackerbau, mit Ausnahme Kartoffelanbau, und verringerten Aufwendungen bei Energie und Düngemitteln standen vor allem Einbußen in der Schweinehaltung gegenüber, die in Ackerbaubetrieben häufig ein wichtiges wirtschaftliches Standbein darstellt. Unter dem Strich lag das Unternehmensergebnis der Ackerbaubetriebe im Wirtschaftsjahr 2020/21 bei durchschnittlich

58.000 Euro. Das sind gegenüber dem Vorjahreswert gut 1 Prozent mehr. Je nicht entlohnter Familienarbeitskraft errechnen sich daraus 45.500 Euro.

Milchviehbetriebe mit etwas besseren Unternehmensergebnissen

Die wirtschaftliche Entwicklung der auf Milchviehhaltung spezialisierten Futterbaubetriebe war im Wirtschaftsjahr 2020/21 von leicht höheren Milchpreisen und wieder etwas erholten Rinderpreisen geprägt. Mit 56.400 Euro je Unternehmen wird das Unternehmensergebnis des Vorjahres um gut 4 Prozent überschritten. Je nicht entlohnter Familienarbeitskraft errechnet sich daraus ein Ergebnis von 37.800 Euro. Die im Schnitt der Milchviehbetriebe erzielte Ergebnisverbesserung reicht allerdings bei weitem nicht aus, das Minus aus dem Vorjahr auszugleichen.

Buchführung - Haupterwerbsbetriebe - Aufwandskennzahlen

Kennzahlen	Einheit	Wirtschaftsjahr 2018/19	2019/20	2020/21	%-Veränd. 2020/21 zu Vorjahr
Betriebliche Aufwendungen	**Euro**	**288.721**	**297.831**	**290.617**	**-2,4**
	Euro/ha	3.163	3.243	3.150	-2,9
	Euro/AK	147.156	150.344	144.874	-3,6
Materialaufwand	Euro	169.189	174.279	164.105	-5,8
- Saat-/Pflanzgut	Euro	9.722	9.746	9.472	-2,8
- Düngemittel	Euro	12.531	12.516	11.661	-6,8
- Pflanzenschutz	Euro	10.044	9.538	9.487	-0,5
- Futtermittel	Euro	49.730	48.518	49.128	1,3
- Viehzukäufe	Euro	24.953	30.699	22.556	-26,5
- Energie, Treibstoffe, Wasser	Euro	23.598	23.268	22.188	-4,6
Personalaufwand	Euro	16.724	17.570	18.915	7,7
Abschreibungen	Euro	36.884	38.083	38.657	1,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	Euro	65.619	67.571	68.656	1,6
-Unterhalt Sachanlagen	Euro	20.225	21.375	21.506	0,6
-Pachten (Flächen)	Euro	20.227	20.688	21.166	2,3
	Euro/ha	336	340	345	1,4
Zinsaufwand	Euro	4.679	4.559	4.241	-7,0

Quelle: LAND-DATA SB22-T52-9

Ackerbaubetriebe

Unternehmensergebnis und Haupteinflussfaktoren

Unternehmensergebnis in Euro



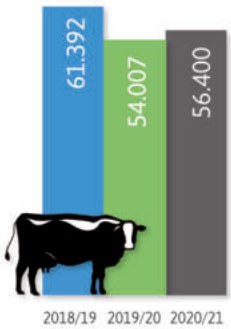
Veränderung 2020/21 zum Vorjahr

Positiv wirkten vor allem:	in Euro	in %
Ertrag Öl- und Hülsenfrüchte	4.938	26,2
Aufwand Viehzukäufe	-2.320	-32,3
Aufwand Energie, Wasser, Treibstoffe	-1.457	-6,3
Aufwand Düngemittel	-1.455	-6,1
Ertrag Getreide	1.303	1,4
Negativ wirkten vor allem:	**in Euro**	**in %**
Ertrag Kartoffeln	-6.993	-19,5
Ertrag Schweinemast	-4.939	-32,0
Personalaufwand	1.502	8,6
Betriebliche Erträge insgesamt	**-2.490**	**-0,8**
Betrieblicher Aufwand insgesamt	**-2.802**	**-1,1**
Unternehmensergebnis	**774**	**1,4**

Quelle: LAND-DATA © Situationsbericht 2022-Gr-52-3

Futterbaubetriebe Milch

Unternehmensergebnis und Haupteinflussfaktoren



Veränderung 2020/21 zum Vorjahr

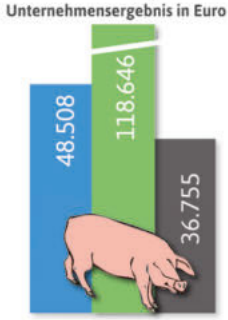
Positiv wirkten vor allem:		
Ertrag Milch	1.072	0,5
Aufwand Düngemittel	-576	-7,9
Aufwand Energie, Wasser, Treibstoffe	-643	-2,5
Ertrag Futter- und Energiepflanzen	556	16,5
Negativ wirkten vor allem:	**in Euro**	**in %**
Personalaufwand	1.056	6,3
Zulagen und Zuschüsse	-963	-2,7
Aufwand Futtermittel	858	1,4
Betriebliche Erträge insgesamt	**1.779**	**0,5**
Betrieblicher Aufwand insgesamt	**-283**	**-0,1**
Unternehmensergebnis	**2.393**	**4,4**

Quelle: LAND-DATA

© Situationsbericht 2022-Gr-52-4

Veredlungsbetriebe

Unternehmensergebnis und Haupteinflussfaktoren



Veränderung 2020/21 zum Vorjahr

Positiv wirkten vor allem:	in Euro	in %
Aufwand Viehzukäufe	-43.603	-30,9
Zulagen und Zuschüsse	3.024	9,4
Ertrag Öl- und Hülsenfrüchte	2.036	28,1
Negativ wirkten vor allem:	**in Euro**	**in %**
Ertrag Schweinemast	-83.184	-25,0
Ertrag Sauenhaltung	-46.740	-37,0
Aufwand Futtermittel	5.267	3,6
Personalaufwand	1.366	9,8
Betriebliche Erträge insgesamt	**-120.469**	**-18,6**
Betrieblicher Aufwand insgesamt	**-38.121**	**-7,3**
Unternehmensergebnis	**-81.891**	**-69,0**

Quelle: LAND-DATA

© Situationsbericht 2022-Gr-52-5

Haupterwerbsbetriebe im ökologischen Landbau

Unternehmensergebnis und Haupteinflussfaktoren



Veränderung 2020/21 zum Vorjahr

Positiv wirkten vor allem:	in Euro	in %
Ertrag Milch	4.742	3,8
Ertrag Getreide	2.752	10,6
Ertrag Rindermast	2.375	10,3
Ertrag Öl- und Hülsenfrüchte	1.173	28,2
Ertrag Zuckerrüben	1.127	40,1
Negativ wirkten vor allem:	**in Euro**	**in %**
Personalaufwand	3.628	15,4
Ertrag Schweinmast	-1.620	-9,3
Zulagen und Zuschüsse	-1.251	-1,9
Ertrag Futter- und Energiepflanzen	-1.243	-33,7
Betriebliche Erträge insgesamt	**11.864**	**3,5**
Betrieblicher Aufwand insgesamt	**6.234**	**2,4**
Unternehmensergebnis	**6.413**	**9,2**

Quelle: LAND-DATA

© Situationsbericht 2022-Gr-52-6

Auch Rindermastbetriebe mit positiver Ergebnisentwicklung

Die stärker auf Rindermast und Mutterkuhhaltung spezialisierten „sonstigen Futterbaubetriebe" konnten im Wirtschaftsjahr 2020/21 mit 31.500 Euro Unternehmensgewinn eine deutliche Ergebnisverbesserung erreichen (+ 10 Prozent), ihr durchschnittliches Gewinnniveau ist mit 31.500 Euro je Unternehmen allerdings das mit Abstand schlechteste unter den Betriebsformen. Der Gewinn je nicht entlohnter Familien-AK beträgt nur 23.600 Euro.

Wirtschaftlicher Absturz bei den Veredlungsbetrieben

Nach dem durch relativ hohe Schweinepreise gekennzeichneten guten Wirtschaftsjahr 2019/20 folgte im Wirtschaftsjahr 2020/21 der wirtschaftliche Absturz der Veredlungsbetriebe. Grund dafür waren vor allem die Auswirkungen und Folgen der Corona-Krise, aber auch von Handelsbeschränkungen im Zuge der Afrikanischen Schweinepest auf dem inländischen Schweinemarkt. Die Erzeugerpreise für Schlachtschweine lagen im Durchschnitt des Wirtschaftsjahres 2020/21 um ein Viertel unter dem Vorjahresniveau. Auch höhere Futtermittelkosten trugen zu der Ergebnisverschlechterung bei, während deutliche Minderausgaben für Viehzukauf entlasteten. Mit durchschnittlich 36.800 Euro Unternehmensgewinn mussten die Veredlungsbetriebe im

Durchschnitt ein Wirtschaftsergebnis hinnehmen, das um 69 Prozent unter dem Vorjahreswert lag. Je nicht entlohnter Familien-Arbeitskraft sind das im Wirtschaftsjahr 2020/21 nur 27.500 Euro. Für die auf Ferkelerzeugung spezialisierten Betriebe stellen sich wirtschaftliche Lage und ihre Entwicklung im Wirtschaftsjahr 2020/21 besonders ungünstig dar. Auch wenn nicht so stark wie die Schweinehalter, so mussten auch die Geflügelhalter im Wirtschaftsjahr 2020/21 kräftige Gewinneinbußen hinnehmen.

Weinbaubetriebe mit Plus – Obstbaubetriebe mit Minus

Die auf Weinbau ausgerichteten Dauerkulturbetriebe verzeichneten im Wirtschaftsjahr 2020/21 einen Anstieg ihrer Wirtschaftsergebnisse um durchschnittlich 12 Prozent. Bei großen regionalen Unterschieden liegt das durchschnittliche Unternehmensergebnis dieser Betriebsgruppe bei 86.800 Euro. Das sind je nicht entlohnter Familienarbeitskraft 46.200 Euro. Die auf Obstanbau ausgerichteten Dauerkulturbetriebe konnten dagegen ihre wirtschaftliche Situation nicht weiter verbessern. Sie schnitten im Wirtschaftsjahr 2020/21 mit einem Minus gegenüber Vorjahr von etwa 11 Prozent ab.

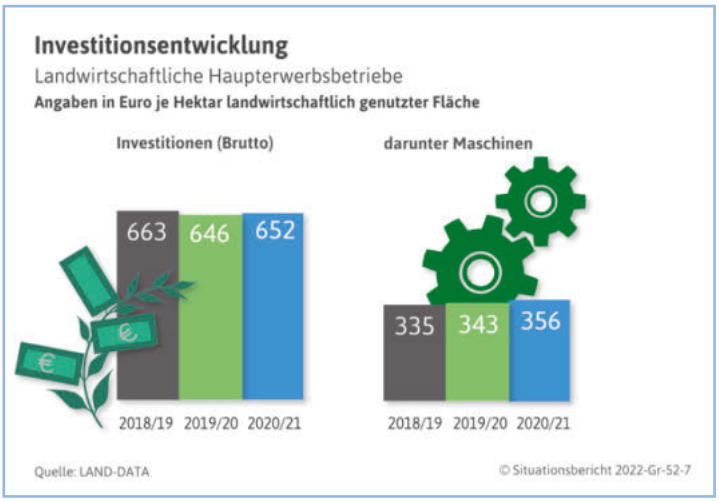
Buchführung – Haupterwerbsbetriebe – Unternehmensergebnisse nach Bundesländern und Betriebsform

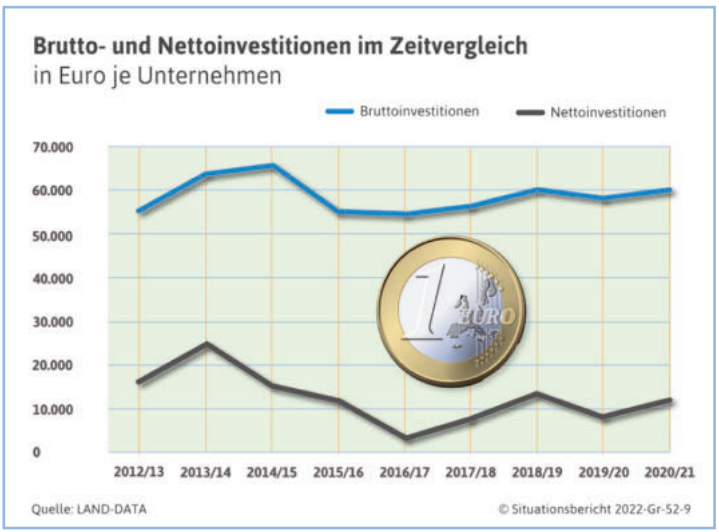
Wirtschaftsjahr 2020/21	Unternehmensergebnis		Unternehmensergebnis je nicht entlohnter Familien-AK	
	in Euro/Unt.	%-Veränd. zum Vj.	in Euro/FAK	%-Veränd. zum Vj.
Schleswig-Holstein	**55.597**	**-3,4**	**44.346**	**-3,1**
Ackerbau	62.334	13,9	56.843	12,7
Futterbau Milch	64.546	9,1	46.420	9,7
Veredlung	47.081	-58,4	39.601	-58,4
Niedersachsen	**54.719**	**-33,2**	**42.498**	**-32,6**
Ackerbau	55.014	-25,9	44.513	-24,8
Futterbau Milch	75.110	2,3	53.405	2,0
Veredlung	46.224	-70,6	40.399	-69,7
Nordrhein-Westf.	**37.678**	**-42,8**	**28.656**	**-42,4**
Ackerbau	45.454	-10,9	37.919	-10,6
Futterbau Milch	48.435	-6,5	34.744	-5,0
Veredlung	23.212	-78,0	17.662	-77,9
Rh.-Pfalz/ Saarland	**79.512**	**3,4**	**43.758**	**3,8**
Ackerbau	55.801	-5,4	38.985	-4,8
Futterbau Milch	73.564	-2,4	45.741	-3,2
Veredlung	54.042	-53,8	32.772	-54,0
Hessen	**50.444**	**-12,4**	**35.570**	**-12,2**
Ackerbau	52.145	5,2	40.375	4,5
Futterbau Milch	65.268	-5,0	41.336	-2,8
Veredlung	68.412	-46,7	44.091	-46,8
Baden-Württemberg	**51.965**	**-5,3**	**35.210**	**-4,6**
Ackerbau	46.480	5,9	33.277	6,6
Futterbau Milch	58.696	12,6	37.799	13,9
Veredlung	39.893	-58,8	25.547	-58,6
Bayern	**47.449**	**-7,0**	**32.694**	**-6,5**
Ackerbau	53.427	3,8	40.522	3,7
Futterbau Milch	49.023	4,5	32.504	5,2
Veredlung	43.413	-60,0	29.453	-59,9
Neue Bundesländer	**72.577**	**37,8**	**53.362**	**39,0**
Ackerbau	87.636	44,4	70.044	47,3
Futterbau Milch	63.083	49,3	35.710	50,0

Quelle: LAND-DATA SB22-T52-10

Öko-Betriebe mit Ergebnissteigerung

Unter den Haupterwerbsbetrieben konnten auch 505 Betriebe des ökologischen Landbaus ausgewertet werden. Davon sind 57 Prozent Milchviehbetriebe. Bei gegenüber Vorjahr deutlich gestiegenen monetären Erträgen, aber auch höheren betrieblichen Auswendungen (u. a. Personalaufwand plus 15 Prozent), hat sich das durchschnittliche Unternehmensergebnis der ausgewerteten Öko-Betriebe im Wirtschaftsjahr 2020/21 um 9 Prozent auf 76.000 Euro (nicht hochgerechnet) verbessert. Je nicht ent-





lohnter Familien-Arbeitskraft sind das 52.200 Euro. Die Öko-Betriebe weisen im Wirtschaftsjahr 2020/21 Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen einschließlich Prämien für den ökologischen Landbau von durchschnittlich 27.600 Euro aus. Im Durchschnitt aller Haupterwerbsbetriebe betragen die Zahlungen für derartige Maßnahmen 5.200 Euro.

Mehr Fremdkapital – weniger Zinsaufwand

Der durchschnittliche Fremdkapitalbestand je Haupterwerbsbetrieb betrug im Wirtschaftsjahr 2020/21 225.800 Euro. Das sind gegenüber dem Stand des Vorjahres rund 5.000 Euro mehr. Je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche beträgt der Fremdkapitaleinsatz rund 2.400 Euro. Vom gesamten betrieblichen Fremdkapital entfallen durchschnittlich 51.400 Euro (23 Prozent) auf kurzfristige Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von unter einem Jahr. Die Zinsaufwendungen fielen im Wirtschaftsjahr 2020/21 um 7 Prozent auf 4.200 Euro je Unternehmen.

Geringere Eigenkapitalbildung

Die verschlechterte wirtschaftliche Situation im Durchschnitt aller Haupterwerbsbetriebe führte im Wirtschaftsjahr 2020/21 zu einer Eigenkapitalbildung, die mit 7.200 Euro gegenüber dem Vorjahresniveau um 4.000 Euro geringer ausfiel. Zur Sicherung der Existenz eines Haupterwerbsbetriebes werden jährlich pauschal zwischen 10.000 und 20.000 Euro für erforderlich gehalten.

Trotz verschlechterter Lage leichter Investitionsanstieg

Die Bruttoinvestitionen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe lagen im Wirtschaftsjahr 2020/21 trotz verschlechterter wirtschaftlicher Lage mit 60.200 Euro leicht über dem Vorjahresniveau (+ 1 Prozent). Während die Maschineninvestitionen deutlich zunahmen (+ 4 Prozent), waren die Gebäudeinvestitionen rückläufig (- 2 Prozent). Unsicherheiten über rechtliche Rahmenbedingungen dürften Grund für die Investitionszurückhaltung bei der Errichtung von neuen Wirtschaftsgebäuden und Ställen gewesen sein. Die

Nettoinvestitionen und damit Investitionen, die über die Abschreibungen hinausgehen, stiegen im Wirtschaftsjahr 2020/21 sogar um gut 10 Prozent auf 10.700 Euro.

Nachhaltige Wirtschaftlichkeit ein wichtiges Kriterium

Wegen der relativ starken Schwankungen der Gewinne in der Landwirtschaft wird die wirtschaftliche Lage in den Betrieben zusätzlich auch anhand mehrjähriger Durchschnitte beurteilt. Im Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 2018/19 bis 2020/21 erzielten die Haupterwerbsbetriebe ein durchschnittliches Unternehmensergebnis von 56.000 Euro. In 43 Prozent der Betriebe lag das Unternehmensergebnis im Schnitt der drei Wirtschaftsjahre bei mehr als 50.000 Euro. Das durchschnittliche Unternehmensergebnis dieser Gruppe betrug 103.100 Euro. Auch Brutto- und Nettoinvestitionen lagen mit 84.800 Euro bzw. 19.700 Euro erheblich über dem Durchschnitt aller Haupterwerbsbetriebe. Ganz anders stellen sich die Verhältnisse in den Betrieben unter 30.000 Euro nachhaltigem Unternehmensgewinn dar. Hier fanden im Durchschnitt der letzten drei Wirtschaftsjahre mit rund 3.200 Euro kaum noch Nettoinvestitionen statt. Das Eigenkapital wurde jährlich um rund 3.300 Euro abgebaut.

Haupterwerbsbetriebe – Nachhaltige Nettoinvestitionen je Unternehmen - Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 2018/19 bis 2020/21

	Schichtung nach Nettoinvestitionen in Euro				
	unter -15.000 Euro	-15.000 bis -5.000 Euro	-5.000 bis 5.000 Euro	5.000 bis 20.000 Euro	über 20.000 Euro
Anteil der Betriebe in Prozent	**22,3**	**18,6**	**18,6**	**16,4**	**24,1**
Standard-Output	306.364	185.253	198.899	240.005	378.193
Hektar LF	105,2	67,9	68,0	83,5	121,8
Viehbestand (GVE)	85,1	55,7	57,5	64,3	92,9
Unternehmensergebnis	**51.495**	**40.561**	**45.110**	**53.810**	**81.877**
Eigenkapitalveränderung	-9.904	-2.015	5.208	10.393	34.252
Fremdkapitalveränderung	-19.627	-5.328	-1.413	4.054	44.315
Eigenkapital	814.021	596.005	583.810	626.225	966.579
Fremdkapital	275.087	112.534	117.286	171.555	371.816
Bruttoinvestitionen	30.403	20.560	30.431	53.232	145.502
Nettoinvestitionen	-33.227	-9.762	-310	11.341	76.829

Quelle: LAND-DATA SB22-T52-13

Haupterwerbsbetriebe - Nachhaltiger Gewinn je Unternehmen - Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 2018/19 bis 2020/21

	Schichtung nach Unternehmensgewinn in Euro				
	bis 10.000 Euro	10.000 bis 30.000 Euro	30.000 bis 50.000 Euro	50.000 bis 70.000 Euro	über 70.000 Euro
Anteil der Betriebe in Prozent	**14,0**	**22,3**	**20,6**	**13,6**	**29,5**
Standard-Output	190.923	160.936	195.004	251.311	452.370
Hektar LF	78,2	68,6	75,2	85,2	130,5
Viehbestand (GVE)	56,9	49,7	58,1	75,3	107,7
Unternehmensergebnis	**-7.569**	**20.192**	**39.640**	**58.523**	**123.622**
Eigenkapitalveränderung	-7.497	-675	3.611	8.023	2.6145
Fremdkapitalveränderung	12.958	3.295	7.671	2.298	4.219
Eigenkapital	554.125	536.146	617.311	738.575	1.058.020
Fremdkapital	278.180	140.788	160.329	181.670	317.905
Bruttoinvestitionen	47.472	34.618	44.480	53.985	98.930
Nettoinvestitionen	3.537	2.938	6.899	7.976	25.116

Quelle: LAND-DATA SB22-T52-11

Haupterwerbsbetriebe - Nachhaltige Eigenkapitalveränderung je Unternehmen Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 2018/19 bis 2020/21

	Schichtung nach Eigenkapitalveränderung in Euro				
	unter -15.000 Euro	-15.000 bis -5.000 Euro	-5.000 bis 5.000 Euro	5.000 bis 20.000 Euro	über 20.000 Euro
Anteil der Betriebe in Prozent	**17,3**	**15,3**	**23,6**	**19,8**	**24,0**
Standard-Output	301.284	200.012	226.386	218.920	378.056
Hektar LF	103,0	76,5	70,4	80,3	123,9
Viehbestand (GVE)	83,7	63,2	63,4	62,0	90,0
Unternehmensergebnis	**39.902**	**35.145**	**41.114**	**53.304**	**97.598**
Eigenkapitalveränderung	-35.577	-9.556	90	11.593	56.790
Fremdkapitalveränderung	20.806	4.544	3.481	2.360	438
Eigenkapital	828.078	573.285	535.501	641.243	1.050.556
Fremdkapital	293.595	151.006	172.755	164.092	310.921
Bruttoinvestitionen	54.851	33.245	36.526	48.253	113.591
Nettoinvestitionen	-6.749	-3.171	1.477	8.957	44.087

Quelle: LAND-DATA SB22-T52-12

Haupterwerbsbetriebe - Nachhaltige Fremdkapitalveränderung je Unternehmen - Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 2018/19 bis 2020/21

	Schichtung nach Fremdkapitalveränderung in Euro				
	unter -10.000 Euro	-10.000 bis 0 Euro	0 bis 10.000 Euro	10.000 bis 30.000 Euro	über 30.000 Euro
Anteil der Betriebe in Prozent	**27,8**	**26,0**	**21,3**	**10,9**	**14,0**
Standard-Output	338.714	193.597	189.254	277.630	393.960
Hektar LF	112,1	66,4	71,1	106,9	118,3
Viehbestand (GVE)	90,0	55,4	58,1	80,0	89,0
Unternehmensergebnis	**69.859**	**46.502**	**44.858**	**57.247**	**61.844**
Eigenkapitalveränderung	18.304	4.133	2.605	9.756	3.916
Fremdkapitalveränderung	-31.171	-3.712	3.414	18.132	90.049
Eigenkapital	868.479	645.989	577.754	704.181	909.331
Fremdkapital	294.433	87.170	101.028	246.437	491.726
Bruttoinvestitionen	51.833	31.054	37.373	74.621	153.060
Nettoinvestitionen	-12.729	-1.600	3.976	23.260	82.973

Quelle: LAND-DATA SB22-T52-14

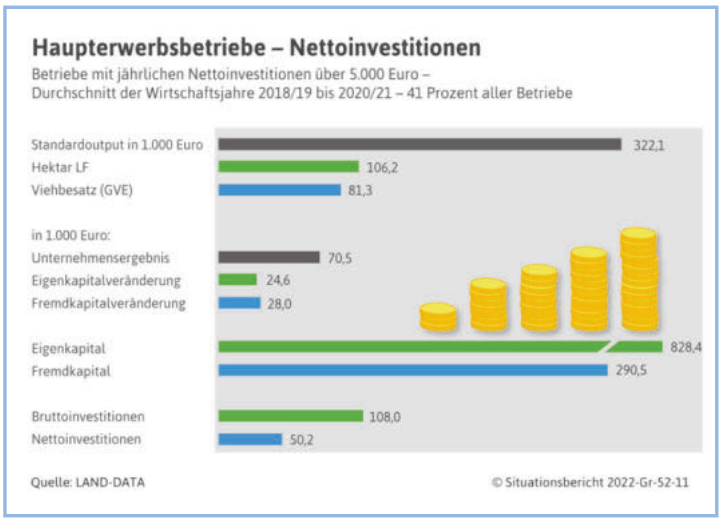
36 Prozent der Betriebe mit Eigenkapitalbildung über 10.000 Euro

Die nachhaltige Eigenkapitalbildung der drei Wirtschaftsjahre 2018/19 bis 2020/21 betrug im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe 8.300 Euro. Als pauschale Messgröße zur Sicherung der Existenz eines Haupterwerbsbetriebes gilt eine jährliche Eigenkapitalbildung von mindestens 10.000 bis 20.000 Euro. Von der Gesamtheit der Haupterwerbsbetriebe erwirtschafteten im Durchschnitt der letzten drei Wirtschaftsjahre 36 Prozent eine Eigenkapitalbildung von mindestens 10.000 Euro. Die durchschnittliche Eigenkapitalbildung dieser Betriebe betrug 43.000 Euro. Die Bruttoinvestitionen dieser Betriebe lagen bei jährlich 93.500 Euro, die Nettoinvestitionen bei entsprechend 33.500 Euro. In den 33 Prozent der Haupterwerbsbetriebe mit nachhaltigen Eigenkapitalverlusten von jährlich mehr als 5.000 Euro dagegen wurde besonders viel zusätzliches Fremdkapital aufgenommen und nicht über die Abschreibungen hinaus investiert.

Viele Betriebe auf dem Rückzug aus der Landwirtschaft

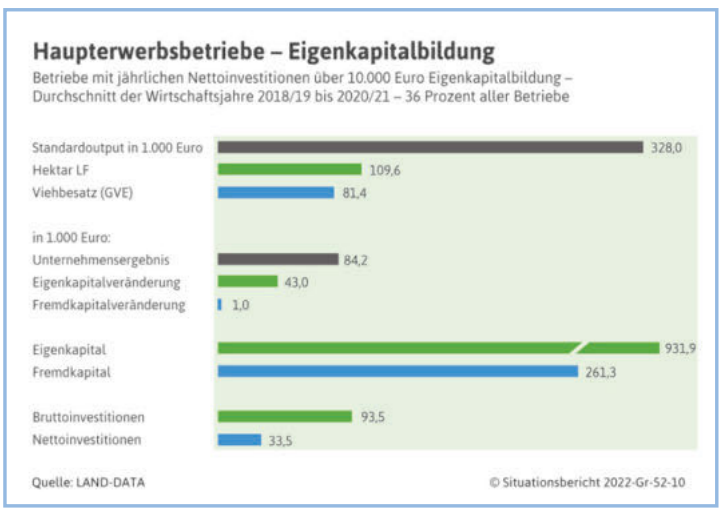
Etwa 41 Prozent der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe investierten in den zurückliegenden drei Wirtschaftsjahren netto mehr als 5.000 Euro im Jahr, im Durchschnitt 50.200 Euro. Ihr Unternehmensergebnis war mit jährlich 70.500 Euro ebenso über-

durchschnittlich wie die Eigenkapitalbildung mit 24.600 Euro und die Fremdkapitalzunahme mit 28.000 Euro. Anders bei den Betrieben, in denen Vermögen abgebaut wurde: Etwa 41 Prozent der Betriebe hatten in den letzten drei Wirtschaftsjahren negative Nettoinvestitionen von jährlich mehr als 5.000 Euro. Neben einem relativ schwachen Unternehmensergebnis sind Eigen- und Fremdkapitalabbau und damit Minderung des Unternehmensvermögens kennzeichnend für die Situation dieser Betriebe.



Fremdkapital ist in vielen Betrieben ein wichtiges Finanzierungsinstrument

Etwa 25 Prozent der Betriebe nahmen im Durchschnitt der letzten drei Wirtschaftsjahre jährlich mehr als 10.000 Euro Fremdkapital auf, im Durchschnitt dieser Betriebe waren es 58.700 Euro. Kennzeichen dieser Betriebe ist vor allem eine hohe Investitionstätigkeit. Betriebe dagegen, die ihren Fremdkapitaleinsatz in den letzten Jahren nachhaltig reduzierten, investierten auch weniger, zeichnen sich aber durch überdurchschnittliche Unternehmensergebnisse und Eigenkapitalbildung aus.



Buchführung - Nebenerwerbsbetriebe - Kennzahlen im Überblick

	Einheit	Wirtschaftsjahr			%-Veränd. 2020/21 zu Vorj.
		2018/19	2019/20	2020/21	
Standard-Output	Euro	46.758	41.247	37.430	-9,3
Landw. genutzte Fläche	ha LF	35,8	35,0	34,2	-2,3
Viehbestand	GV	8,7	6,6	5,1	-22,3
	GV/100 ha	24,4	18,8	15,0	-20,5
Arbeitskräfte	AK	1,1	1,0	1,0	-0,7
	AK/100 ha	2,9	3,0	3,0	1,7
Betriebliche Erträge	Euro	82.480	78.511	76.519	-2,5
Betriebliche Aufwendungen	Euro	69.270	66.516	63.005	-5,3
Unternehmensergebnis (UE)	**Euro**	**11.887**	**10.598**	**12.150**	**14,6**
UE je nFAK [1)]	Euro	12.121	10.891	12.570	15,4
Bruttoinvestitionen	Euro	17.591	17.227	19.607	13,8
Nettoinvestitionen	Euro	604	887	3.616	.
Eigenkapital	Euro	343.951	347.942	356.162	2,3
Eigenkapitalveränderung	Euro	360	3.991	8.220	.
Fremdkapital	Euro	43.684	41.711	41.880	0,4
Fremdkapitalveränderung	Euro	605	-1.973	169	.
Eigenkapitalrentabilität	Prozent	-8,7	-9,3	-8,6	.

1) nFAK = nicht entlohnte Familien-Arbeitskraft
Quelle: LAND-DATA SB22-T52-15

Nebenerwerbsbetriebe

Deutliches Plus bei den Nebenerwerbsbetrieben

Das durchschnittliche Unternehmensergebnis der Nebenerwerbsbetriebe lag im Wirtschaftsjahr 2020/21 bei 12.200 Euro. Dies sind 1.600 Euro oder 15 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Ergebnisse beruhen auf 1.015 ausgewerteten Nebenerwerbsbetrieben. Die meisten davon (65 Prozent) sind auf Ackerbau ausgerichtet. Schweinehaltung spielt in den ausgewerteten Nebenerwerbsbetrieben nahezu keine Rolle. Die durchschnittliche Größe der ausgewerteten Nebenerwerbsbetriebe beträgt 34 Hektar LF. Gegenüber dem Vorjahr sind insbesondere die Viehbestände stark zurückgegangen, die landwirtschaftlich genutzte Fläche dagegen wenig. Die Entwicklung bei einer Reihe von Ertrags- und Aufwandspositionen deutet darauf hin, dass sich die ausgewerteten Nebenerwerbsbetriebe einerseits stärker auf die Bodenbewirtschaftung, andererseits immer mehr auf außerlandwirtschaftliche Erwerbs- und Einkommensquellen konzentrieren.

Agrargenossenschaften

Wirtschaftliches Plus bei den Agrargenossenschaften

Den ausgewerteten 296 Agrargenossenschaften aus den neuen Ländern liegen Buchführungsabschlüsse zugrunde, die überwiegend nach Kalenderjahren und nur zu einem kleinen Teil nach Wirtschaftsjahren abgeschlossen haben. Für den Durchschnitt der Agrargenossenschaften brachte das aktuelle Buchführungsjahr einen Jahresüberschuss von 44.000 Euro. Im Vorjahr gab es noch einen durchschnittlichen Jahresfehlbetrag von 12.000 Euro. Gemessen an der Kennzahl „Unternehmensergebnis plus Personalaufwand", die einen Vergleich zwischen den Betrieben verschiedener Rechtsformen ermöglicht, wurden je Arbeitskraft 34.400 Euro erzielt. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 7 Prozent. Bei den Haupterwerbsbetrieben betrug der entsprechende Wert im Wirtschaftsjahr 2020/21 35.400 Euro (- 11 Prozent). Hinter der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in den Agrargenossenschaften steckt vor allem die deutlich verbesserte Situation im Ackerbau und die Tatsache, dass die Schweinehaltung in diesen Betrieben kaum eine Rolle spielt. Die ausgewerteten Agrargenossenschaften bewirtschaften im Durchschnitt 1.678 Hektar. Mit durchschnittlich 27,8 Vollarbeitskräften liegt der AK-Besatz bei 1,7 je 100 Hektar.

Buchführung - Agrargenossenschaften - Kennzahlen im Überblick

	Einheit	Kalenderjahr // Wirtschaftsjahr			%-Veränd. 2020 // 2020/21 zu Vorj.
		2018 // 2018/19	2019 // 2019/20	2020// 2020/21	
Landw. gen. Fläche	ha LF	1.662	1.651	1.678	1,6
- Ackerfläche	ha	1.386	1.382	1.393	0,8
- Pachtfläche	ha	1.133	1.114	1.123	0,8
Mitglieder	Anzahl	40	39	39	-2,8
Arbeitskräfte	AK	27,2	27,1	27,8	2,6
	AK/100 ha LF	1,7	1,7	1,7	-0,5
Umsatzerlöse	1.000 Euro	2.863	3.010	3.251	8,0
- Pflanzenproduktion	1.000 Euro	1.035	1.075	1.213	12,8
- Tierproduktion	1.000 Euro	1.591	1.603	1.662	3,7
- Sonstige Umsätze	1.000 Euro	238	331	376	13,6
Materialaufwand	1.000 Euro	1.603	1.638	1.715	4,7
Personalaufwand	1.000 Euro	844	896	915	2,1
sonst. betr. Aufwand	1.000 Euro	733	739	737	-0,3
Jahresüberschuss	**1.000 Euro**	**-55**	**-12**	**44**	**.**
Jahresüberschuss	**1.000 EUR/AK**	**29,2**	**32,1**	**34,4**	**7,0**
Eigenkapital	1.000 Euro	5.499	5.475	5.454	-0,4
Eigenkapitalveränderung	1.000 Euro	.	-24	-21	.
Fremdkapital	1.000 Euro	3.217	3.179	3.540	11,3
Fremdkapitalveränderung	1.000 Euro	.	-38	+361	.
Eigenkapitalrentabilität	Prozent	-1,3	-0,5	+0,5	.

Quellen: Genossenschaftsverband, Fachprüfungsverband SB22 -T52-16

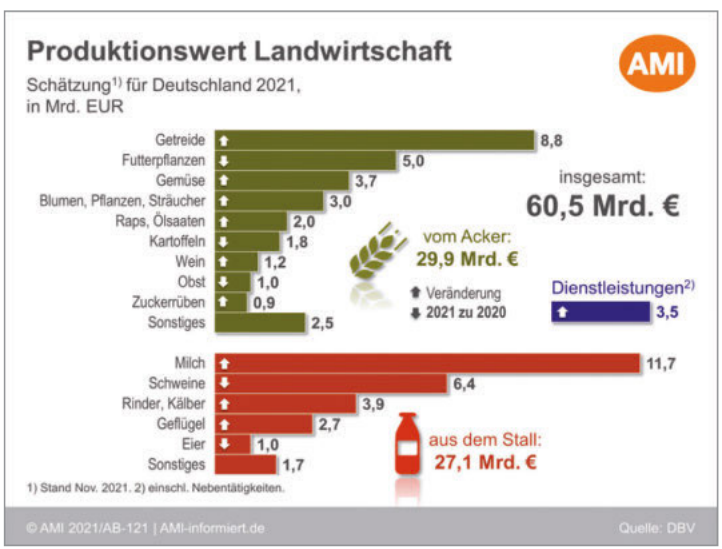
5.3 Landwirtschaftliche Gesamtrechnung

Produktionswert 2021 steigt auf über 60 Milliarden Euro

Der Produktionswert der deutschen Landwirtschaft wird in der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LGR) für 2021 auf 60,5 Milliarden Euro geschätzt. Das sind gegenüber dem Vorjahr 2,9 Milliarden Euro oder 5 Prozent mehr. Gegenüber 2020 ist vor allem der Produktionswert der pflanzlichen Erzeugung gestiegen.

Unterschiedliche Entwicklungen bei den einzelnen landwirtschaftlichen Produkten

Der starke Anstieg des Produktionswertes bei den pflanzlichen Erzeugnissen ist vornehmlich Erzeugerpreis-bedingt. Das gilt für fast alle Produkte. Ausnahmen sind neben den Kartoffeln die Futterpflanzen, wo reichliche Ernten die Preise drückten und zu deutlich niedrigeren Erzeugungswerten führten. Uneinheitlich ist die Entwicklung in der tierischen Erzeugung. Deutlich höheren Produktionswerten bei Rind-, Schaf-, Geflügelfleisch und Milch stehen erhebliche Verluste in der Schweinehaltung gegenüber, die im Wesentlichen in den Aus- und Folgewirkungen der Corona-Krise begründet sind. Auch Eier konnten das Vorjahresniveau wertmäßig nicht halten. Unter dem Strich steigt der Produktionswert tierischer Erzeugnisse 2021 gegenüber dem Vorjahr nur leicht an.



Starke Zunahme der Kosten

Die Summe aller Vorleistungen beläuft sich 2021 auf geschätzt 39,3 Milliarden Euro. Das sind gegenüber dem Vorjahr etwa 2,3 Milliarden Euro oder gut 6 Prozent mehr. Ursache für die starke Steigerung der Vorleistungen sind vor allem erheblich höhere Aufwendungen für Futtermittel, Energie und Düngemittel. Deutliche Mehrbelastungen gibt es auch bei der Unterhaltung von Maschinen und Gebäuden. Die Abschreibungen nehmen weiter moderat zu. Vor allem das Investitions- und Zukunftsprogramm Landwirtschaft (InvZ) und die Corona-Überbrückungshilfen haben in 2021 zu einer Erhöhung der Position der Ausgleichszahlungen geführt, wozu vor allem die als Betriebsprämien gewährten EU-Direktzahlungen gehören.

In 2021 leichte Verbesserung der wirtschaftlichen Lage

Die landwirtschaftliche Nettowertschöpfung – vergleichbar mit dem Betriebseinkommen – steigt im Kalenderjahr 2021 nach der vorliegenden Schätzung auf etwa 16,8 Milliarden Euro. Je Arbeitskraft-Einheit (AK) errechnet sich daraus eine Nettowertschöpfung von etwa 36.100 Euro. Das sind gegenüber dem Vorjahr 4 Prozent

mehr. Das Minus aus dem Vorjahr von über 10 Prozent wird damit nicht aufgefangen.

Unsichere wirtschaftliche Entwicklung in 2022

Unter der Annahme durchschnittlicher Ernten und sich weiter festigender Erzeugerpreise dürften die sich im November 2021 abzeichnenden Entwicklungen auf den internationalen und nationalen Märkten in 2022 zu einer insgesamt weiteren Stärkung der Ertragslage der deutschen Landwirtschaft führen. Große Unsicherheiten zu dieser Prognose berühren die beiden Fragen, wie nachhaltig die Aufwärtsentwicklung auf den Agrarmärkten ist und wie stark Kostensteigerungen bei Futtermitteln, Energie und Düngemitteln diesen positiven Ertragsentwicklungen entgegenwirken. Die Position der Ausgleichszahlungen dürfte sich in 2022 kaum ändern. Höheren Leistungen im Rahmen des Investitions- und Zukunftsprogramms Landwirtschaft (IuZ) und dem vorgesehenen „Erschwernisausgleich Pflanzenschutz" in der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) stehen geringere Mittel im Bereich der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung und bei den EU-Direktzahlungen gegenüber. Beim „Erschwernisausgleich Pflanzenschutz" geht es in definierten Gebieten um den Verzicht auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, der für die Landwirte mit erheblichen Mindererträgen verbunden ist.

Wertschöpfung und Sektoreinkommen

	Kalenderjahre in Milliarden Euro					%-Veränd. zu Vorjahr	
	2018	2019	2020	2021[1]	2022[2]	2021	2022
Pflanzliche Erzeugung	23,5	27,9	27,5	29,9	32,0	8,8	7,0
Tierische Erzeugung	26,7	27,4	26,7	27,1	27,4	1,5	1,3
Lw. Dienstleistungen	3,4	3,3	3,4	3,5	3,5	1,8	1,7
= Produktionswert	**53,5**	**58,5**	**57,6**	**60,5**	**63,0**	**5,0**	**4,2**
./. Vorleistungen	36,7	36,4	37,0	39,3	41,3	6,3	5,2
= Bruttowertschöpfung	**16,8**	**22,1**	**20,6**	**21,2**	**21,6**	**2,7**	**2,2**
./. Abschreibungen	10,5	10,8	11,0	11,2	11,5	2,5	2,0
./. Abgaben	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	-0,1	0,0
+ Ausgleichszahlungen	7,1	7,2	6,9	7,1	7,1	2,9	-0,4
= Nettowertschöpfung	**13,2**	**18,2**	**16,3**	**16,8**	**17,0**	**3,1**	**1,2**
Nettowertschöpfung je AK in 1.000 Euro	***27,8***	***38,7***	***34,7***	***36,1***	***36,9***	***3,9***	***2,3***

1) 2021 geschätzt 2) 2022 Prognose

Quelle: Deutscher Bauernverband SB22-T53-1

Vorsichtiger Optimismus für 2022

Die Nettowertschöpfung, die der Entlohnung von Arbeit, Boden und Kapital dient, dürfte in 2022 nach der vorliegenden eher konservativen und mit vielen Unwägbarkeiten behafteten Schätzung mit 17,0 Milliarden Euro den Vorjahresstand leicht übertreffen. Bei der Nettowertschöpfung je Arbeitskraft ergibt sich ein kleines Plus von etwa 2 Prozent (Stand November 2021).



6 Erzeugung und Märkte

6.1 Pflanzliche Erzeugung 183
6.2 Tierische Erzeugung 203
6.3 Betriebsmittel / Futtermittel 228

6.1 Pflanzliche Erzeugung

Welt-Getreidevorräte gehen weiter zurück

Mit 2,786 Milliarden Tonnen übertrifft die globale Getreideernte einschließlich Reis in 2021 das Vorjahresergebnis um knapp 74 Millionen Tonnen (+ 2,7 Prozent). Bei kaum veränderter Weizenerzeugung ist vor allem die Produktion von Grobgetreide, was im Wesentlichen Futtergetreide ist, deutlich angestiegen. Der internationale Getreidehandel nimmt im laufenden Wirtschaftsjahr 2021/22 gegenüber dem Vorjahr nach Einschätzungen des USDA um gut 11 Millionen Tonnen zu. Der Verbrauch steigt mit plus 59 Millionen Tonnen (+ 2,2 Prozent) etwas weniger stark als die Produktion. Bis Ende des Wirtschaftsjahres 2021/22 dürften die Weltgetreidebestände um gut 3 Millionen Tonnen (- 0,4 Prozent) auf insgesamt 794 Millionen Tonnen zurückgehen. Damit setzt sich der Trend rückläufiger Welt-Getreidebestände weiter fort.

Weltagrarmärkte – Weltversorgungsbilanz für Getreide
in Millionen Tonnen

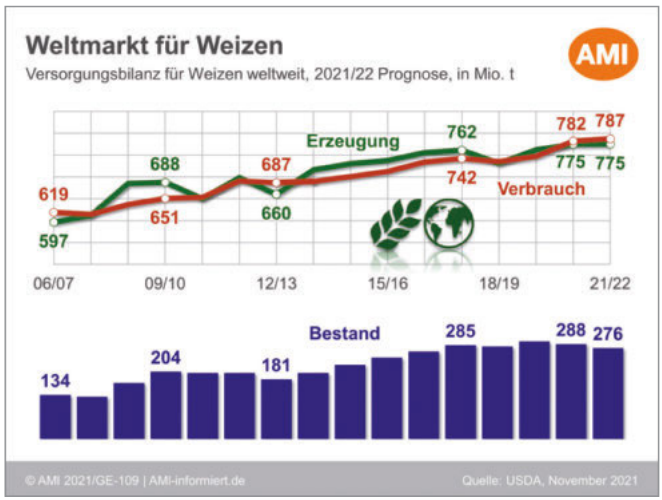
	2017/18	2018/19	2019/20	2020/21[1]	2021/22[2]	%-Veränd. zu Vorjahr
Produktion insgesamt	**2.619,2**	**2.630,9**	**2.677,4**	**2.712,4**	**2.786,0**	**2,7**
Weizen	761,5	731,4	762,2	774,7	775,3	0,1
Grobgetreide	1.362,7	1.401,7	1.416,3	1.430,4	1.499,0	4,8
Reis	495,0	497,8	498,9	507,3	511,7	0,9
Handel insgesamt	**427,3**	**429,1**	**454,6**	**480,9**	**492,3**	**2,4**
Weizen	187,0	178,1	194,9	198,0	205,0	3,5
Grobgetreide	192,0	207,0	214,5	233,6	238,6	2,2
Reis	48,3	43,9	45,2	49,3	48,7	-1,3
Verbrauch insgesamt	**2.600,9**	**2.643,1**	**2.672,2**	**2.729,9**	**2.789,3**	**2,2**
Weizen	742,4	735,3	747,4	782,2	787,4	0,7
Grobgetreide	1.376,8	1.422,8	1.431,0	1.446,1	1.490,6	3,1
Reis	481,7	484,9	493,7	501,6	511,3	1,9
Endbestände insgesamt	**821,2**	**809,0**	**814,1**	**796,7**	**793,5**	**-0,4**
Weizen	284,6	280,7	295,5	288,0	275,8	-4,2
Grobgetreide	372,9	351,7	336,9	321,3	329,7	2,6
Reis	163,7	176,6	181,8	187,5	187,9	0,2

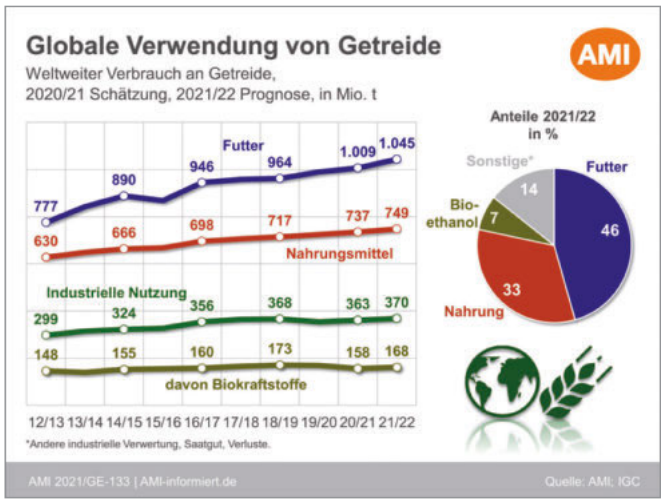
Quelle: USDA Stand November 2021 1) Schätzung 2) Prognose SB22-T61-1

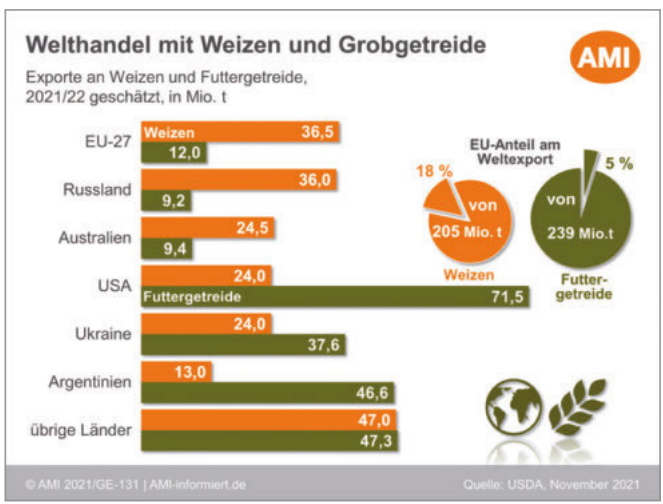


EU wieder Spitzenreiter beim Export von Weizen

Wenn auch nicht so stark wie in den Vorjahren, so dominieren die USA weiterhin den globalen Handel mit Getreide. Bei Grobgetreide stehen die USA mit knapp 72 Millionen Tonnen Exporten unangefochten auf Platz 1, weit vor







Argentinien, der Ukraine und Brasilien mit 47, 38 und 29 Millionen Tonnen. Damit beträgt der Anteil der USA am Welthandel mit Grobgetreide 30 Prozent. Am Weltweizenmarkt stehen die USA auf Platz 3 der weltweit größten Exporteure und können im Wirtschaftsjahr 2021/22 voraussichtlich etwa 24 Millionen Tonnen in andere Länder vermarkten. Export-Spitzenreiter mit 36 bis 37 Millionen Tonnen werden den Prognosen für das laufende Wirtschaftsjahr zufolge die Europäische Union und Russland sein.

Weltweite Weizenvorräte können den Bedarf von gut vier Monaten abdecken

Das US-Landwirtschaftsministerium (USDA) schätzt die weltweite Weizenernte 2021/22 auf 775 Millionen Tonnen. Das ist kaum mehr als im Vorjahr. Der Verbrauch dürfte dagegen gegenüber dem Vorjahr um gut 5 Millionen Tonnen ansteigen. Die weltweiten Lagervorräte bei Weizen dürften bis zum Ende des Wirtschaftsjahres 2021/22 auf 276 Millionen Tonnen zurückgehen. Das sind gegenüber dem Vorjahr minus 12 Millionen Tonnen. Rein rechnerisch deckt diese Weizenmenge den Bedarf von gut vier Monaten bzw. 128 Tagen.

Wieder Anstieg der Bestände an Futtergetreide

Auf dem Weltmarkt für Grobgetreide (alle Getreidearten außer Weizen und Reis) ist dagegen in

2021/22 mit einem Bestandsaufbau zu rechnen. Nach Angaben des US-Landwirtschaftsministeriums (USDA) steht der auf 1.499 Millionen Tonnen angewachsenen Futtergetreideerzeugung voraussichtlich ein Verbrauch von 1.491 Millionen Tonnen gegenüber. Gegen Ende des Wirtschaftsjahres 2021/22 werden Grobgetreidebestände von weltweit 330 Millionen Tonnen erwartet. Das wären im Jahresvergleich gut 8 Millionen Tonnen mehr. Damit folgt nach Jahren des Rückgangs der Bestände wieder eine etwas bessere globale Versorgungssituation bei Grobgetreide.

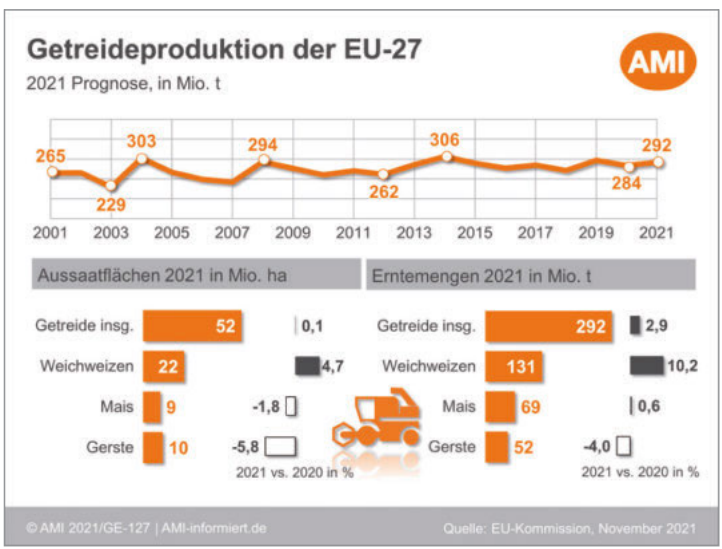
Überdurchschnittliche EU-Getreideernte

Die EU-Getreideernte 2021 der EU-27 beträgt nach der November-Schätzung der Europäischen Kommission 292 Millionen Tonnen. Das sind gegenüber dem Vorjahresergebnis 8 Millionen Tonnen oder 3 Prozent mehr. Die 2021er Getreideernte liegt damit auch deutlich über dem Durchschnitt der vorangegangenen fünf Jahre. Ursache für den Anstieg der Erntemenge 2021 sind höhere Hektarerträge (+ 3 Prozent). Die Anbaufläche dagegen blieb gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Bei wenig verändertem Verbrauch und einem angenommenen Anstieg der Exporte um rund 5 Prozent dürften die EU-Getreidebestände nach Schätzung der EU-Kommission bis Ende des Wirtschaftsjahres 2021/22 mit 44 Millionen Tonnen

EU-27 – Entwicklung des Getreidemarktes
in Millionen Tonnen

	2017/18	2018/19	2019/20	2020/21[1)]	2021/22[2)]
Anfangsbestände	30,9	39,6	39,5	42,6	38,6
Ernte	285,0	271,3	297,0	280,6	294,8
Verwendbare Erzeug.	282,4	268,9	294,4	278,1	292,2
Importe Drittländer	25,0	30,2	25,8	21,0	19,7
Verfügbares Getreide	**338,4**	**338,7**	**359,8**	**341,8**	**350,4**
Inlandsverbrauch EU	261,0	261,1	260,3	258,6	260,1
- Nahrungsmittel	59,0	58,9	58,5	58,4	58,6
- Saatgut	9,3	9,1	9,1	9,0	9,0
- Industrie	31,0	30,6	29,6	28,7	30,3
dav. Bioethanol	11,9	12,2	11,4	11,0	11,9
- Tierfutter	161,6	162,5	163,0	162,5	162,2
Verluste	2,2	2,2	1,8	1,7	1,8
Exporte	35,7	35,9	55,1	42,9	44,8
Gesamtverbrauch	**298,8**	**299,2**	**317,2**	**303,2**	**306,7**
Endbestände	39,6	39,5	42,6	38,6	43,8
%-Selbstversorgungsgrad	**108,2**	**103,0**	**113,1**	**107,5**	**112,3**

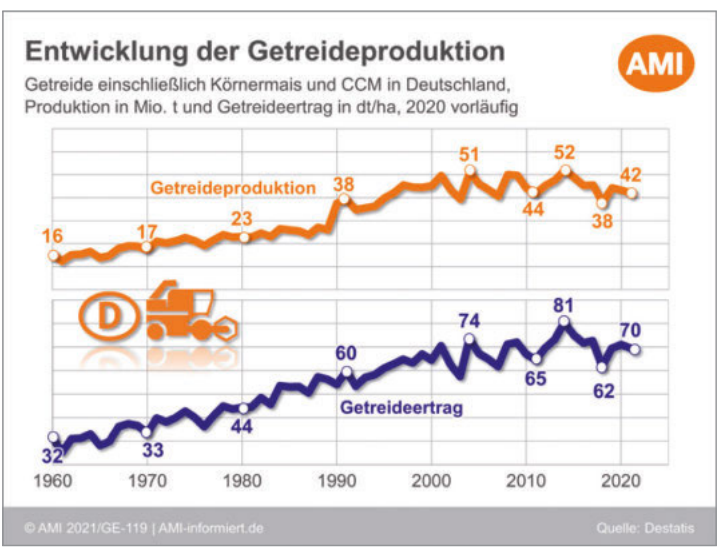
Quelle: EU-Kommission, Stand Okt. 2021 1) Schätzung 2) Prognose SB22-T61-2



Pflanzliche Erzeugung in Deutschland[1] - Feldfrüchte

Fruchtart	Anbaufläche		Hektarertrag		Erntemenge	
	2020	2021	2020	2021	2020	2021
	1.000 Hektar		Dezitonnen (dt)		1.000 Tonnen	
Weizen	2.836	2.948	78,2	73,3	22.172	21.618
Winterweizen	2.759	2.880	78,8	73,8	21.752	21.254
Sommerweizen	43	31	55,5	51,5	237	157
Hartweizen	34	37	53,8	55,4	183	207
Roggen/Wintermenggetreide	636	632	55,2	52,9	3.513	3.344
Triticale	341	329	59,7	58,5	2.036	1.922
Gerste	1.667	1.546	64,6	67,7	10.769	10.458
Wintergerste	1.304	1.247	67,3	71,5	8.777	8.906
Sommergerste	363	299	54,9	51,8	1.993	1.552
Hafer	157	177	46,0	43,7	722	773
Sommermenggetreide	9	7	37,1	36,4	32	27
Körnermais und CCM	419	419	95,9	96,1	4.020	4.029
Getreide insgesamt	**6.065**	**6.058**	**71,3**	**69,6**	**43.265**	**42.171**
Erbsen	419	98	36,0	30,7	298	301
Ackerbohnen	83	58	40,2	38,6	236	223
Süßlupinen	59	29	15,3	18,4	34	53
Sojabohnen	22	34	26,8	30,3	91	104
Sonnenblumen	34	38	20,6	24,9	58	95
Kartoffeln	273	259	428,3	410,2	11.715	10.637
Raps und Rübsen	958	1.004	36,8	35,0	3.527	3.515
Winterraps	954	1.000	36,9	35,1	3.522	3 507
Getreide Ganzpflanzenernte	126	131	249,2	305,8	3.131	3.991
Silomais	2.300	2.233	423,9	451,0	97.487	100.706

Quelle: Statistisches Bundesamt 1) Ergebnisse 2020 endgültig, 2021 vorläufig SB22-T61-3



gegenüber dem Vorjahr um etwa 5 Millionen Tonnen höher ausfallen.

Unterdurchschnittliche deutsche Getreideernte

Die deutsche Getreideernte 2021 wird auf 42,2 Millionen Tonnen geschätzt. Damit bleibt die Ernte um gut 1 Million Tonnen oder 2,5 Prozent unter Vorjahr und um fast 5 Prozent hinter dem Mittel der Jahre 2015 bis 2020 (44,2 Mio. Tonnen). Bei nahezu unveränderter Anbaufläche waren niedrigere Hektarerträge dafür ausschlaggebend.

Deutsche Getreideausfuhren in 2020/21 weiter angestiegen

11,1 Millionen Tonnen Getreide exportierte Deutschland im Wirtschaftsjahr 2020/21. Das waren 3 Prozent mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig stieg der Bedarf an Auslandsgetreide um 6 Prozent auf 9,9 Millionen Tonnen. Das Außenhandelsjahr 2020/21 war geprägt von rückläufigen Weizenexporten und gestiegenen Gersten-, Roggen- und Maisexporten.

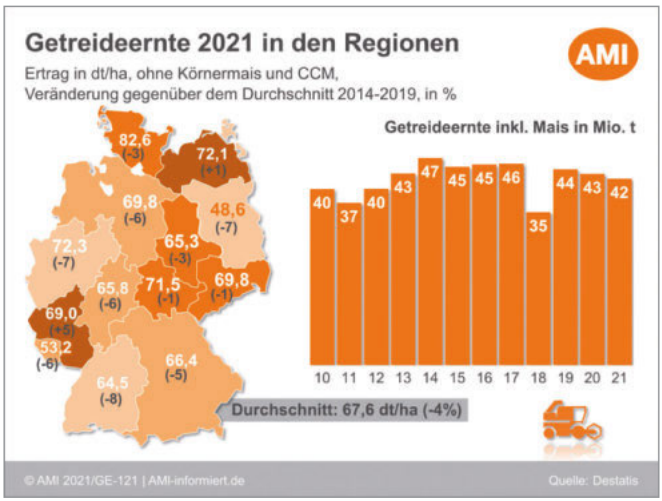
Ansteigende Weltmarktpreise für Getreide

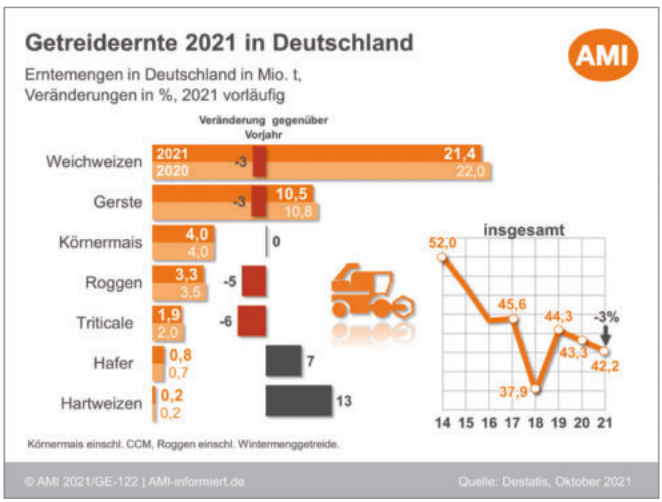
Der FAO-Getreidepreisindex legte nach zuletzt für Oktober 2021 vorliegenden Angaben weiter zu. Der Grund dafür waren vor allem gestiegene Weizenpreise. Verwiesen wird auf das knappe Weizenangebot wegen rückläufiger Ernten in den wichtigen Exportländern wie

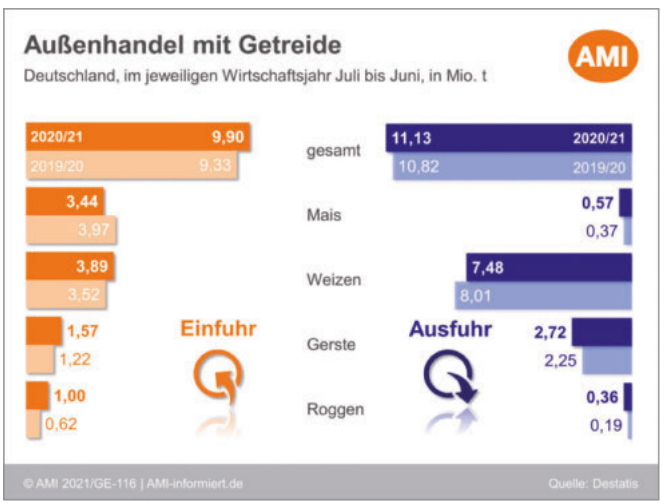
Kanada, Russland und den USA. Eingeschränkter Export aufgrund von Rohstoffknappheit oder logistische Engpässe bei gleichzeitig starker weltweiter Nachfrage treiben die internationalen Getreidepreise in die Höhe. Der FAO-Getreidepreisindex lag im Oktober 2021 um 3,2 Prozent höher als im Vormonat. Der entsprechende Vorjahreswert wurde um 22,2 Prozent übertroffen. Der FAO-Getreidepreisindex wird gebildet auf Basis der Exportpreise für Weizen, Mais und Reis an den wichtigsten globalen Handelsplätzen.

Mittelfristig mit weiteren moderaten Preissteigerungen zu rechnen

FAO und OECD rechnen für den Zeitraum bis 2030 mit nominal moderat steigenden Getreidepreisen. So wird zum Beispiel bei Weizen eine Preissteigerung von 234 US-Dollar je Tonne in 2021 auf 254 US-Dollar je Tonne 2030 prognostiziert. Real und damit unter Berücksichtigung der Inflation wird allerdings ein Rückgang vorhergesagt. Annahmen dabei sind ein verhaltenes weiteres Bevölkerungswachstum, begrenzte Anbauflächen, verringerte Produktivitätsfortschritte und damit eher gedämpfte Erwartungen an die Erntemenge. Es werden weiterhin große Preisausschläge (Volatilitäten) erwartet. Da sich makroökonomische Rahmenbedingungen wie die Entwicklung des Ölpreises ändern und globale Extremwetterereignisse und Handelskonflikte













kaum abschätzbar sind, stellen die Agrarmarkt-Projektionen von FAO und OECD eher eine grobe Richtschnur dar.

Getreidepreise in 2022 weiter steigend?

Im Wirtschaftsjahr 2020/21 erlösten die deutschen Landwirte für ihr Getreide deutlich mehr als im vorangegangenen Wirtschaftsjahr. Die um knapp 3 Prozent geringere Ernte wurde durch höhere Erzeugerpreise weit mehr als kompensiert. So lagen die Erzeugerpreise für Brotweizen mit 189 Euro je Tonne im Durchschnitt des Wirtschaftsjahres 2020/21 um 15 Prozent über dem Vorjahresstand. Bei Futtergerste betrug das Plus mit 171 Euro je Tonne sogar 16 Prozent. Reduzierte Ernteprognosen in wichtigen Erzeugungsregionen der Welt sowie eine verstärkte globale Nachfrage nach Getreide lassen für das laufende Wirtschaftsjahr 2021/22 weiter anziehende Erzeugerpreise erwarten. Anfang November 2021 lag das Preisniveau für Brotweizen mit 25,89 Euro je Dezitonne um rund 23 Prozent über dem Stand von August 2021 und um rund 44 Prozent über dem entsprechenden Vorjahresstand. Die Erzeugerpreise für Futtergerste lagen mit 22,77 Euro je Dezitonne um 23 Prozent über dem Stand von August 2021 und sogar um 46 Prozent über dem entsprechenden Vorjahresstand. Orientierung für den deutschen und europäischen Getreidemarkt geben vor allem die Preise an der Euronext-Börse in Paris. Diese

zeigten Anfang November 2021 auf den vorderen Terminen bis März 2022 weiter feste Getreidepreise. Die rege Nachfrage am Weltmarkt und die nicht in allen Regionen üppige Angebotslage stützen die Erwartungen an weiterhin feste Getreidepreise.

Die Getreidepreise haben kaum Auswirkungen auf den Brotpreis

Während die Entwicklung der Erzeugerpreise für Brotweizen im Zeitverlauf durch ein starkes Auf und Ab gekennzeichnet ist, sind die Verbraucherpreise für Brot und Gebäck relativ stabil geblieben. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass der Rohstoffanteil an den Verbraucherpreisen für Brot und Backwaren nur bei etwa drei bis sechs Prozent liegt. Wie Berechnungen der Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH (AMI) zeigen, bleiben die Verbraucherpreise für Brot von der Entwicklung der Erzeugerpreise für Weizen unbeeindruckt. Größeres Gewicht haben dagegen steigende Preise für Energie und Transport sowie Lohnsteigerungen.

Globale Ölsaatenerzeugung steigt weiter deutlich an

Die weltweite Produktion der sieben wichtigsten Ölsaaten dürfte im Wirtschaftsjahr 2021/22 mit geschätzten 628 Millionen Tonnen weiter deutlich ansteigen. Gegenüber dem Vorjahr wären das rund 26 Millionen Tonnen oder gut 4 Prozent mehr. Die mit Abstand wichtigste Ölsaat bleibt 2021/22

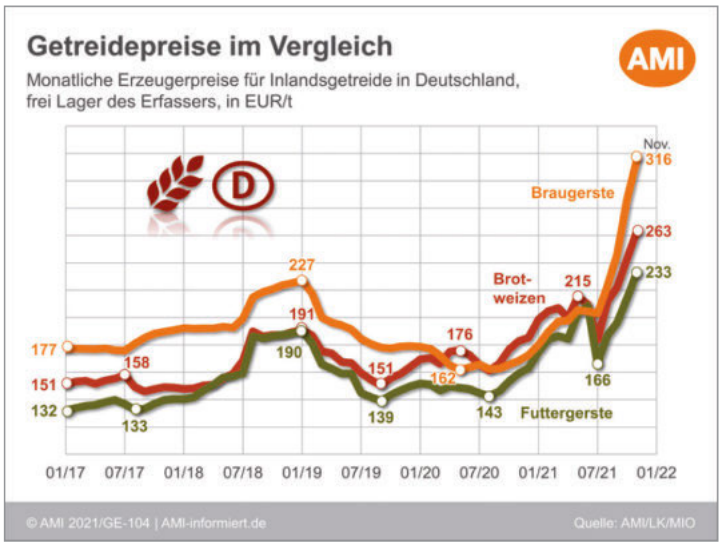
Erzeugerpreisentwicklung für Getreide und Raps in Deutschland[1)]

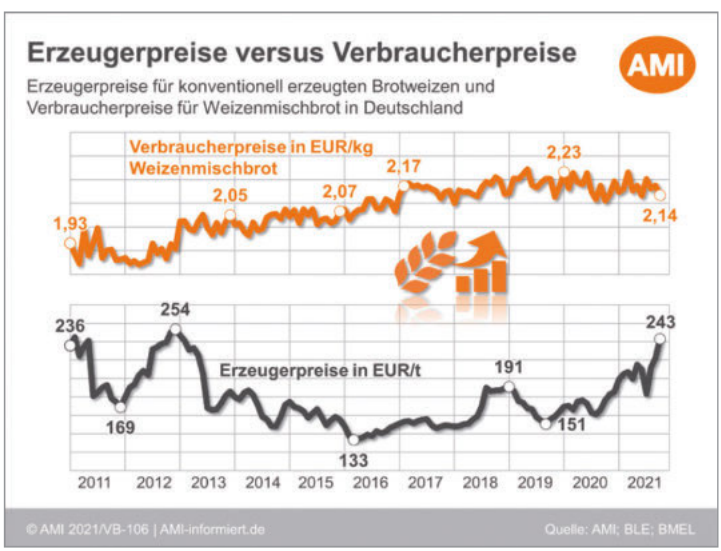
zur Ernte (jeweils Ende August), in Euro je Dezitonne

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Brotweizen	23,58	16,63	15,63	15,24	14,25	14,48	18,65	15,26	16,15	21,97
Brotroggen	20,02	12,77	13,45	12,87	11,98	13,88	17,91	13,79	13,57	18,43
Futterweizen	22,55	15,96	13,95	14,94	13,41	14,07	18,47	15,07	15,93	20,93
Futtergerste	21,36	15,50	13,54	13,97	12,33	13,09	18,40	14,11	14,31	19,34
Raps	48,35	34,99	29,47	33,66	35,33	34,74	35,83	36,30	36,23	54,09

1) Einkaufspreise des Handels, der Genossenschaften und der Verarbeitungsbetriebe für Inlandsgetreide vom Erzeuger frei Lager des Erfassers, ohne Mehrwertsteuer

Quelle: AMI SB22-T61-4

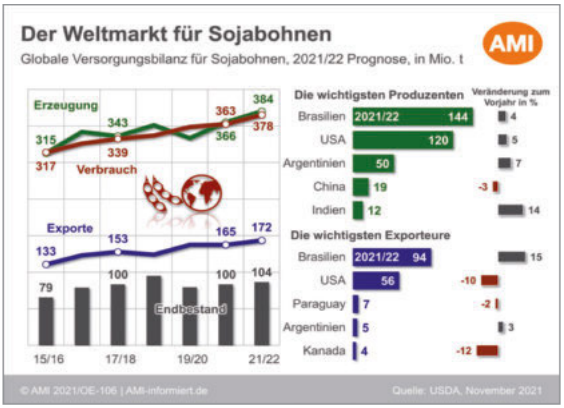


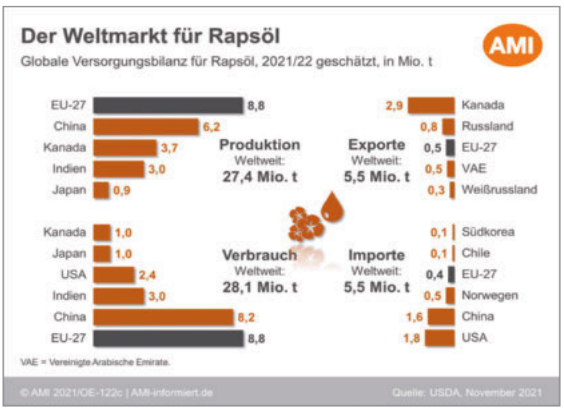


Weltagrarmärkte – Welterzeugung Ölsaaten, in Millionen Tonnen

	2017/18	2018/19	2019/20	2020/21	2021/22[1)]
Ölsaaten insgesamt	**583,4**	**600,2**	**580,8**	**602,3**	**628,0**
Sojabohnen	**343,4**	**361,3**	**339,9**	**366,2**	**384,0**
USA	120,1	120,5	96,7	114,7	120,4
Brasilien	123,4	119,7	128,5	138,0	144,0
Argentinien	37,8	55,3	48,8	46,2	49,5
China	15,3	16,0	18,1	19,6	19,0
EU-27	2,5	2,7	2,6	2,6	2,8
Raps	**75,3**	**72,9**	**69,2**	**72,7**	**67,5**
EU-27	20,0	18,0	15,2	16,3	17,1
China	13,3	13,3	13,5	14,0	14,0
Kanada	19,6	20,7	19,6	19,5	13,0
Sonnenblumen	**48,0**	**50,7**	**53,9**	**49,1**	**56,0**
Ukraine	15,2	15,0	16,5	14,1	17,0
Russland	10,9	12,7	15,3	13,3	15,0
EU-27	10,1	9,5	9,5	8,9	10,2
Erdnüsse	**47,1**	**47,0**	**48,4**	**49,6**	**50,6**
Baumwollsaat	**45,1**	**43,1**	**44,4**	**41,1**	**44,2**
Palmölkerne	**18,7**	**19,5**	**19,3**	**19,0**	**19,9**

Quellen: USDA, Europäische Kommission 1) Prognose November 2021 SB22-T61-5





die Sojabohne mit 384 Millionen Tonnen, gefolgt von Raps mit fast 68 Millionen Tonnen, Sonnenblumen mit 56 Millionen Tonnen, Erdnüssen mit 51 Millionen Tonnen und Baumwollsaat mit 44 Millionen Tonnen.

Brasilien, USA und Argentinien dominieren den Sojaanbau

Sojabohnen werden hauptsächlich in Form von Schrot zu Tierfutter verarbeitet. Sie zeichnen sich durch einen hohen Eiweißgehalt aus, der mit 40 Prozent mehr als doppelt so hoch ist wie beim Raps. Zudem enthalten Sojabohnen rund 20 Prozent Öl. Der weltgrößte Erzeuger von Sojabohnen in 2021/22 ist Brasilien mit geschätzten 144,0 Millionen Tonnen, gefolgt von den USA mit 120,4 Millionen Tonnen und Argentinien mit 49,5 Millionen Tonnen. Hauptimporteur von Sojabohnen ist China mit 100,0 Millionen Tonnen, mit weitem Abstand gefolgt von der EU mit 14,7 Millionen Tonnen (EU-Kommission) bis 15,0 Millionen Tonnen (USDA). Die für das Wirtschaftsjahr 2021/22 geschätzte Welt-Sojabohnenernte liegt bei 384,0 Millionen Tonnen. Das sind gegenüber dem Vorjahr rund 18 Millionen Tonnen oder 5 Prozent mehr. Maßgebend für diese Entwicklung sind deutlich höhere Erntemengen in den USA, Brasilien und Argentinien.

China wieder großer Sojabohnen-Importeur mit 100 Millionen Tonnen

Chinas Sojabohnenimporte und der Verbrauch von Sojaschrot im Land waren auf Grund des Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest (ASP) deutlich zurückgegangen. Seit dem Wirtschaftsjahr 2019/20 steigen die Importe wieder kräftig an und dürften im Wirtschaftsjahr 2021/22 wie im Vorjahr voraussichtlich wieder 100 Millionen Tonnen erreichen. Die Ölsaatenerzeugung Chinas dagegen bleibt trotz staatlicher Anbauanreize mit geschätzten rund 65 Millionen Tonnen, darunter 19 Millionen Tonnen Sojabohnen, wenig verändert.

EU-27 – Importe von Ölsaaten, Ölsaatenschroten und pflanzlichen Ölen
in Millionen Tonnen

	2017/18	2018/19	2019/20	2020/21[1]	2021/22[2]
Ölsaaten insgesamt	**18,2**	**19,3**	**21,9**	**21,6**	**21,2**
Raps	4,2	4,3	6,2	5,9	5,7
Sojabohnen	13,5	14,4	14,7	15,0	14,7
Sonnenblumen	0,6	0,5	1,0	0,8	0,8
Ölschrote insgesamt	**21,2**	**20,3**	**20,3**	**19,8**	**19,4**
Raps	0,4	0,6	0,5	0,5	0,4
Sojabohnen	17,4	16,5	16,8	16,6	16,3
Sonnenblumen	3,5	3,2	3,0	2,7	2,7
Pflanzliche Öle	**9,1**	**9,7**	**10,4**	**8,8**	**9,0**
Raps	0,3	0,5	0,5	0,3	0,4
Sojabohnen	0,3	0,4	0,5	0,5	0,4
Sonnenblumen	1,6	1,7	2,3	1,7	1,9
Palm	6,9	7,1	7,1	6,3	6,2

Quelle: EU-Kommission, Stand Oktober 2021 1) Schätzung 2) Prognose SB22-T61-6

Palm- und Sojaöl beherrschen den Pflanzenölmarkt

Der weltweite Pflanzenölmarkt wird vom Palmöl dominiert. Im Wirtschaftsjahr 2021/22 macht die Palmölerzeugung mit etwa 76,5 Millionen Tonnen 36 Prozent der globalen Pflanzenölerzeugung von insgesamt 214,8 Millionen Tonnen aus. Die Palmfrucht liefert im Schnitt einen Pflanzenölertrag von 3,3 Tonnen je Hektar im Plantagenanbau. Bei Raps sind es 1,4 Tonnen je Hektar und bei Sonnenblumen entsprechend 1,1 Tonnen. Die größten Palmölproduzenten der Welt sind Indonesien und Malaysia mit zusammen 84 Prozent Marktanteil. Sojaöl nimmt mit einer Weltproduktion von 61,7 Millionen Tonnen und einem Anteil

Weltagrarmärkte – Versorgungsbilanz für Ölsaaten, Ölkuchen und Pflanzenöle[1]
in Millionen Tonnen

	2017/18	2018/19	2019/20	2020/21[2]	2021/22[3]	%-Veränd. zu Vorjahr
Produktion						
Ölsaaten	583,4	600,2	580,8	603,3	628,0	4,1
Ölkuchen	330,9	333,3	346,8	349,3	361,3	3,2
Pflanzliche Öle	198,5	203,9	207,3	206,6	214,8	4,0
Handel						
Ölsaaten	173,3	171,6	190,8	190,8	195,5	2,4
Ölkuchen	90,8	95,2	94,4	96,7	99,0	2,4
Pflanzliche Öle	81,1	87,3	86,8	84,0	90,8	8,2
Verbrauch						
Ölsaaten	573,3	581,1	601,1	602,2	623,4	3,5
Ölkuchen	325,9	328,8	341,7	346,3	355,2	2,6
Pflanzliche Öle	191,7	198,3	202,4	206,0	211,8	2,8
Endbestände						
Ölsaaten	118,5	133,8	112,6	113,7	115,2	1,3
Ölkuchen	19,9	19,1	18,9	16,6	17,0	2,4
Pflanzliche Öle	25,0	25,7	26,5	25,0	24,0	-4,1

1) Bezogen auf die sieben weltweit wichtigsten Ölpflanzen und -produkte
Quelle: USDA, Stand November 2021 2) Schätzung 3) Prognose SB22-T61-7

EU-27 – Entwicklung der Märkte für Ölsaaten, Ölsaatenschrote und Pflanzenöle
in Millionen Tonnen

	2017/18	2018/19	2019/20	2020/21[1)]	2021/22[2)]
			Ölsaaten		
Produktion insgesamt	**32,9**	**30,8**	**28,4**	**27,6**	**30,4**
Raps	19,9	18,0	15,4	16,2	17,0
Sojabohnen	2,7	2,8	2,7	2,6	2,8
Sonnenblumen	10,4	10,0	10,2	8,9	10,6
Verbrauch	**48,3**	**49,2**	**50,0**	**49,9**	**50,3**
Raps	22,9	22,1	21,8	22,9	22,5
Sojabohnen	15,2	17,2	17,7	17,8	17,2
Sonnenblumen	10,2	9,9	10,6	9,3	10,6
			Ölsaatenschrote		
Produktion insgesamt	**28,1**	**29,0**	**29,4**	**29,5**	**29,5**
Raps	12,6	12,1	12,0	12,6	12,4
Sojabohnen	10,6	12,0	12,3	12,4	12,0
Sonnenblumen	5,0	5,1	5,1	4,5	5,1
Verbrauch	**47,5**	**47,7**	**47,7**	**47,1**	**47,1**
Raps	12,4	12,2	11,8	12,3	12,3
Sojabohnen	27,2	27,9	28,3	28,2	27,5
Sonnenblumen	7,9	7,6	7,5	6,6	7,3
			Pflanzenöle		
Produktion insgesamt	**15,5**	**15,5**	**15,6**	**15,6**	**15,9**
Raps	9,0	8,7	8,6	9,0	8,9
Sojabohnen	2,7	3,0	3,1	3,1	3,0
Sonnenblumen	3,8	3,7	3,9	3,5	3,9
Palm	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Verbrauch	**22,3**	**22,9**	**23,8**	**21,9**	**22,5**
Raps	9,0	9,0	8,7	8,6	9,0
Sojabohnen	1,9	2,4	2,6	2,6	2,5
Sonnenblumen	4,7	4,7	5,5	4,4	5,1
Palm	6,6	6,8	6,9	6,2	6,0

Quelle: EU-Kommission, Stand Okt. 2021 1) Schätzung 2) Prognose SB-22-T61-8

Sojabohnenanbau in Deutschland und der Welt (in 1.000 Hektar)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Deutschland	16	19	24	29	34	34
Italien	288	322	327	273	256	286
EU-27	831	962	955	908	935	965
USA	33.470	36.240	35.450	30.330	33.430	34.980
Argentinien	17.340	16.600	16.660	16.700	16.470	16.400
Brasilien	33.900	35.150	35.900	36.900	38.900	40.400
Welt	**119.990**	**124.750**	**125.230**	**122.890**	**127.610**	**131.890**

Quellen: USDA, Eurostat SB22 T61-10

Raps füllt Teller, Trog und Tank

In 2021 wurden in Deutschland 3,5 Millionen Tonnen Raps geerntet. Rein rechnerisch entstehen daraus in deutschen Ölmühlen etwa 1,4 Millionen Tonnen Rapsöl und rund 2,1 Millionen Tonnen Rapskuchen und -extraktionsschrote. Jährlich gehen etwa 400.000 Tonnen des Öls in die menschliche Ernährung. Rapsspeiseöl ist seit Jahren das meistverwendete Pflanzenöl in den Haushalten. Mit den übrigen 1,0 Millionen Tonnen Rapsöl bzw. Rapsölmethylester (Biodiesel) können ca. 1,1 Millionen Pkw ein Jahr lang betrieben werden. Das bei dieser Biodieselmenge in der Verarbeitungskette anfallende Rapsschrot ersetzt gleichzeitig den Import von 1,3 Millionen Tonnen Import-Sojaschrot aus Übersee. Das entspricht etwa 0,5 Millionen Hektar Sojaanbaufläche, die nicht „importiert" werden. Rapsschrot ist gentechnikfrei und bedarf auch keines Nachweises der Erzeugung aus „entwaldungsfreiem" Anbau.

Quelle: UFOP

von knapp 29 Prozent an der Gesamtproduktion den zweiten Platz bei den pflanzlichen Ölen ein. Es folgen Raps- und Sonnenblumenöl mit 27,4 Millionen Tonnen (13 Prozent) und 21,8 Millionen Tonnen (10 Prozent).

Pflanzenölmarkt mit dynamischer Entwicklung

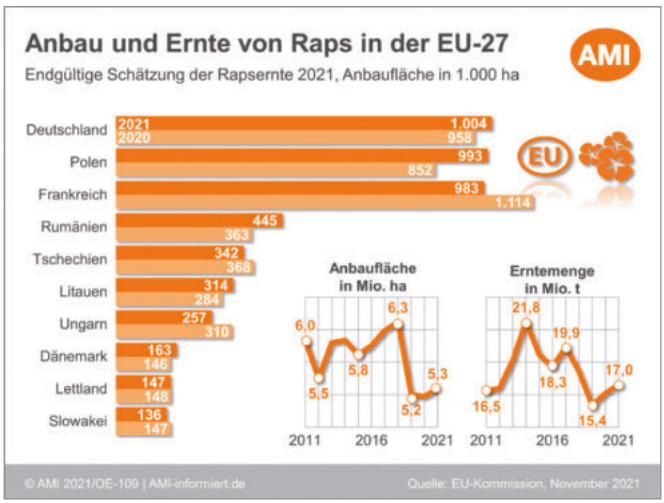
Die Erzeugung der weltweit neun wichtigsten pflanzlichen Öle (aus Sojabohnen, Raps, Sonnenblumen, Baumwoll- und Erdnusssaat sowie aus Palm und Palmkernen, Kokos und Oliven) dürfte im Wirtschaftsjahr 2021/22 auf 214,8 Millionen Tonnen steigen. Dies sind 8,2 Millionen Tonnen oder 4,0 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Ausschlaggebend für das Mengenplus ist vor allem eine größere Palmöl-, Sojaöl- und Sonnenblumenölerzeugung. Mit plus 5,8 Millionen Tonnen weniger stark wachsen dürfte die globale Nachfrage. Angebot und Nachfrage zeigen bereits seit Jahren eine starke dynamische Entwicklung. Pflanzenöl wird zu einem hohen Anteil im Nahrungsmittelbereich eingesetzt. Etwa ein Fünftel geht in die oleo-chemische Industrie oder wird zur Herstellung von Biodiesel verwendet.

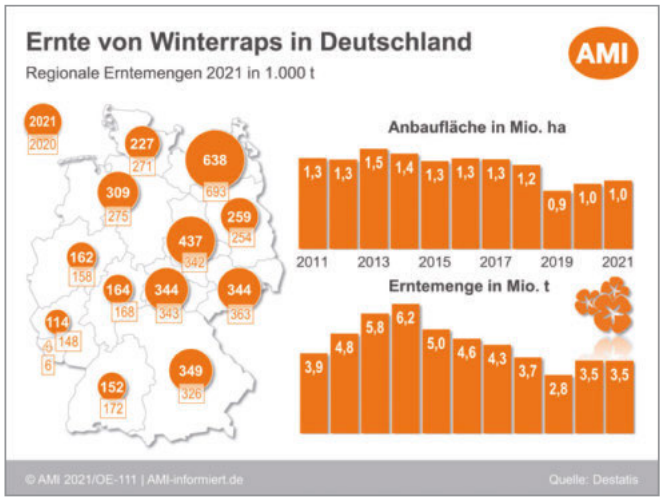
Größere EU-Rapsernte

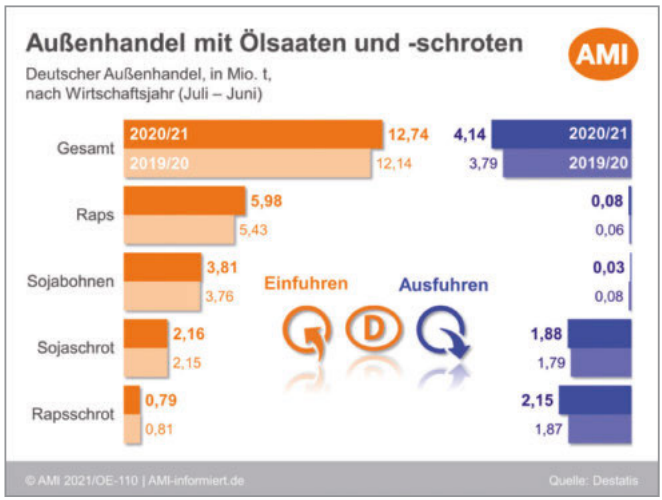
Die Rapsanbaufläche in der EU-27 fällt in 2021 mit rund 5,3 Millionen Hektar gegenüber dem Vorjahr etwas höher aus.
Sie bleibt damit weiter erheblich hinter den Anbauarealen vorangegangener Jahre zurück. Ein Grund dafür sind die eingeschränkten Bekämpfungsmöglichkeiten für Rapsschädlinge durch das EU-weite Neonicotinoid-Verbot. Die EU-Rapserzeugung in 2021 wird von der Europäischen Kommission

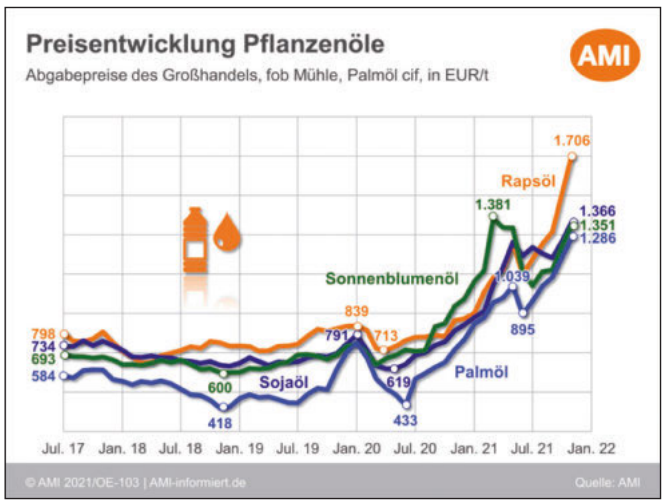












auf 17,0 Millionen Tonnen geschätzt. Das sind gegenüber dem Vorjahr 0,8 Millionen Tonnen mehr (+ 5 Prozent). Die EU-Ölsaatenerzeugung insgesamt brachte 2021 eine Erntemenge von 30,4 Millionen Tonnen (+ 10 Prozent). In der EU-Ölsaatenerzeugung spielen neben dem Raps die Sonnenblumen mit 10,6 Millionen Tonnen (+ 20 Prozent) und die Sojabohnen mit 2,8 Millionen Tonnen (+ 8 Prozent) eine bedeutende Rolle.

Rapsernte in Deutschland gegenüber Vorjahr kaum verändert

Nach Ergebnissen der amtlichen Statistik sind in Deutschland 2021 rund 3,5 Millionen Tonnen Winterraps geerntet worden. Das ist gegenüber dem Vorjahresergebnis nur geringfügig weniger (- 0,3 Prozent). Einer Ausdehnung des Anbaus um fast 5 Prozent standen entsprechend niedrigere Hektarerträge gegenüber. Schätzungen gehen davon aus, dass die Rapsanbaufläche zur Ernte 2022 deutlich über eine Million Hektar liegen wird. In Deutschland wird zwar immer mehr Soja angebaut. 2021 betrug die Anbaufläche 34.000 Hektar. Jedoch importiert Deutschland rund 37mal so viel Soja wie es selbst erzeugt.

Bei Ölsaaten und -schroten weiter hohe Nettoimporte

An Ölsaaten und -schroten führte Deutschland im Wirtschaftsjahr 2020/21 rund 12,7 Millionen Tonnen ein und rund 4,1 Millionen Tonnen aus. Importiert wurden vor allem Raps (6,0 Mio. t), Sojabohnen (3,8 Mio. t) und Sojaschrot (2,2 Mio. t). In beachtlichen Mengen exportiert wurden Rapsschrot (2,2 Mio. t) und Sojaschrot (1,9 Mio. t).



Lebhafte Nachfrage auf den globalen Märkten für pflanzliche Öle

Der FAO-Preisindex für pflanzliche Öle hat seit Mitte 2020 dank lebhafter weltweiter Nachfrage sowie anhaltender Angebotsknappheit kräftig angezogen. Auch im Herbst 2021 haben die Notierungen für Palm-, Soja-, Sonnenblumen- und Rapsöl weiter zugelegt. Im Oktober 2021 ist der FAO-Preisindex für pflanzliche Öle gegenüber dem Vormonat um fast 10 Prozent angestiegen. Im Vergleich zum Oktober 2020 ist das eine Preissteigerung um 74 Prozent.

Weiter hohe Rapspreise in Aussicht

Die Erzeugerpreise für Raps in Deutschland bewegten sich Anfang November 2021 bei 666 Euro je Tonne. Das sind gegenüber August 2021 27 Prozent und im Jahresvergleich sogar 80 Prozent mehr. Im internationalen Handel orientiert sich die Preisfindung in erster Linie an den Sojakursen. Der europäische und deutsche Markt für Rapssaaten richtet sich an den Notierungen der Euronext Paris aus. Nach Stand Anfang November 2021 ist auf Basis der Börsennotierungen der Euronext Paris für das erste Halbjahr 2022 weiterhin mit hohen, möglicherweise sogar mit weiter steigenden Rapserzeugerpreisen zu rechnen.

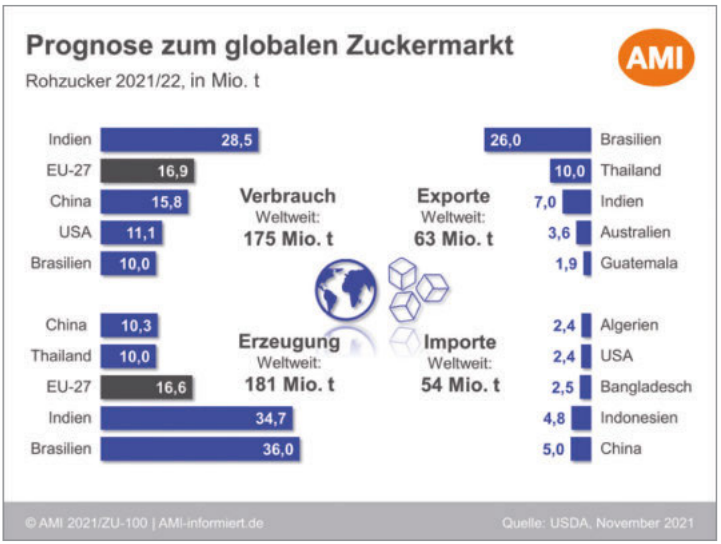
Mehr Hülsenfrüchte geerntet

Die EU-Hülsenfruchtanbaufläche für proteinreiche Futterpflanzen wie Futtererbsen, Ackerbohnen und Süßlupinen (ohne Sojabohnen) ist 2021 mit 1,493 Millionen Hektar gegenüber Vorjahr weiter angestiegen (+ 3 Prozent). Das Ernteergebnis wird von der Europäischen Kommission auf 4,86 Millionen Tonnen geschätzt, gegenüber Vorjahr plus 12 Prozent. In Deutschland ist der Anbau von Erbsen, Ackerbohnen und Süßlupinen (ohne Sojabohnen) mit zusammen 185.000 Hektar gegenüber 2020 um 21.000 Hektar ausgeweitet worden. Innerhalb der Gruppe der Hülsenfrüchte hat vor allem der Anbau von Futtererbsen und Süßlupinen zugenommen.

Weltagrarmärkte – Weltversorgungsbilanz für Zucker
in Millionen Tonnen

	2017/18	2018/19	2019/20	2020/21[1)]	2021/22[2)]	%-Veränd. zu Vorjahr
Produktion	**194,2**	**179,2**	**166,5**	**180,1**	**181,1**	**0,5**
Verbrauch	173,5	173,0	170,7	171,1	174,5	2,0
Handel	65,8	57,8	53,1	62,7	63,1	0,7
Endbestände	**51,9**	**53,2**	**48,1**	**48,8**	**45,7**	**-6,4**

Quelle: USDA | Stand: November 2021 | 1) Schätzung 2) Prognose | SB22-T61-9





Globale Zuckerbestände etwas kleiner

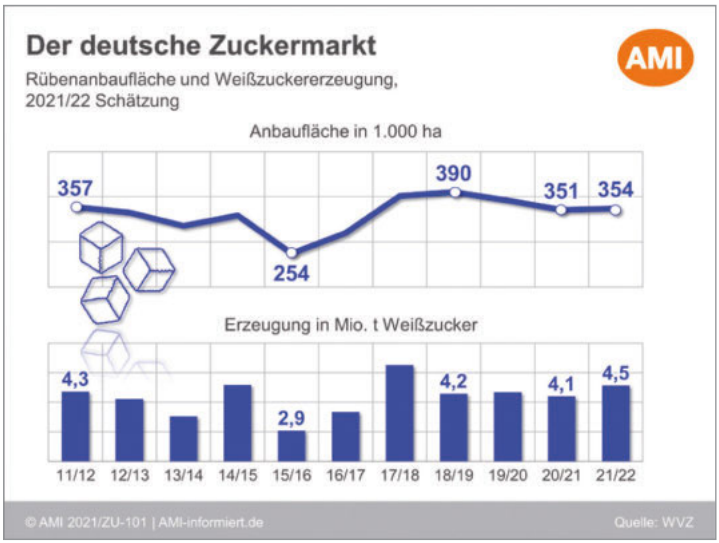
Die Weltzuckererzeugung wird vom USDA für das Wirtschaftsjahr 2021/22 auf 181,1 Millionen Tonnen geschätzt. Das sind gegenüber dem Vorjahresergebnis rund 1 Million Tonnen oder 0,5 Prozent mehr. Wie im Vorjahr übertrifft die Erzeugung den Verbrauch. Ende des Wirtschaftsjahres 2021/22 dürften die Weltzuckerbestände jedoch mit rund 46 Millionen Tonnen um etwa 3 Millionen Tonnen niedriger ausfallen als im Vorjahr. Der Anteil des Rübenzuckers an der weltweiten Erzeugung liegt bei rund einem Fünftel.

Weitere Festigung der Zuckerpreise

Die Entwicklung der globalen Zuckerkurse bestimmt auch die Zuckernotierungen in der EU. Der FAO-Zuckerpreisindex lag im Oktober 2021 um fast 2 Prozent unter dem Vormonatswert. Das ist der erste Rückgang nach einem sechsmonatigem Anstieg. Auslöser dafür war eine zurückhaltende Nachfrage am Weltmarkt und Aussichten auf ein umfangreiches Exportangebot aus Indien und Thailand. Im Vergleich zu Oktober 2020 aber sind die Zuckerpreise um fast 41 Prozent gestiegen. Die gute globale Nachfragesituation dürfte zu einer weiteren Festigung der globalen Zuckerpreise führen.

Zucker mit ausgedehnten Importkontingenten

Zum 1. Oktober 2017 ist die EU-Zuckermarktordnung ausgelaufen. Aussaat und Anbau erfolgen seitdem auch in der EU unter den Bedingungen des internationalen Wettbewerbs, ohne Quoten und ohne Mindestpreise. In der Konsequenz kann jeder so viel Zucker produzieren und erstmals auch exportieren, wie er will.
Der Import wurde gelockert. So wurde die Einfuhrquote für Drittländer in die EU seit 2014 durch bilaterale Handelsabkommen auf mehr als 700.000 Tonnen fast verdreifacht. Zugleich ist der Import zu einem ermäßigten Zollsatz unter der sogenannten CXL-Quote auf annähernd 800.000 Tonnen gestiegen.

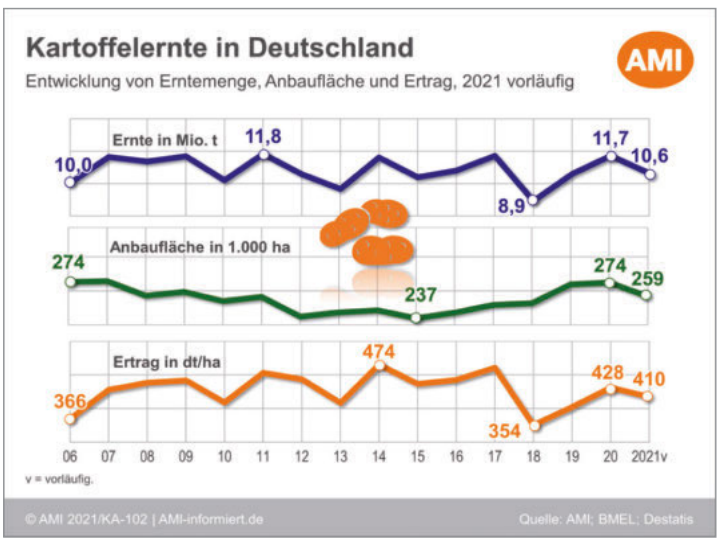


Auch deutsche Zuckererzeugung steigt deutlich an

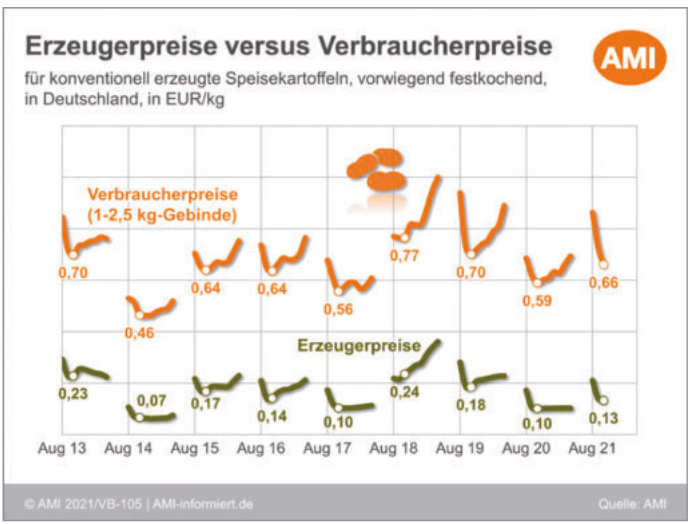
Die deutsche Zuckererzeugung aus Rüben fällt in der Zuckerrübenkampagne 2021/22 nach vorläufigen Ergebnissen der Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker (WVZ) mit 4,5 Millionen Tonnen um 9 Prozent höher aus als in der Kampagne 2020/21. Neben einem leichten Anstieg der Anbaufläche um etwa 1 Prozent auf 354.200 Hektar sind vor allem höhere Zuckererträge der Grund für den deutlichen Produktionsanstieg. Laut Statistischem Bundesamt wurden 2021 auf 393.400 Hektar Zuckerrüben angebaut, von denen 354.200 Hektar der Zuckererzeugung dienen.

Anstieg der EU-Zuckererzeugung

Der EU-Zuckerrübenanbau ist 2021 gegenüber dem Vorjahr um 2 Prozent auf 1,503 Millionen Hektar ausgedehnt worden. Die EU-Zuckererzeugung wird im Wirtschaftsjahr 2021/21 von der Europäischen Kommission auf 15,7 Millionen Tonnen geschätzt. Das sind gegenüber dem Vorjahr 1,2 Millionen Tonnen oder gut 8 Prozent mehr. Die Europäische Union ist der weltweit größte Produzent von Rübenzucker und Hauptimporteur von Rohrzucker für die Raffination. In der EU werden ungefähr 50 Prozent der Welt-Rübenzuckerproduktion erzeugt.







Weniger Kartoffeln – höhere Preise

Nach dem vorläufigen Ergebnis der amtlichen Statistik liegt die deutsche Kartoffelernte des Jahres 2021 bei 10,6 Millionen Tonnen. Das sind rund 1,1 Millionen Tonnen weniger als im Vorjahr. Ursache dafür sind ein Flächenrückgang um gut 5 Prozent auf 259.000 Hektar und um gut 4 Prozent niedrigere Hektarerträge. Ein Grund für die geringeren Hektarerträge sind die Witterungsbedingungen, die infolge des außergewöhnlich kalten Frühjahrs zu sich nur zögerlich entwickelnden Kartoffelbeständen führte. Das in weiten Teilen Deutschlands sehr wechselhafte und nasse Sommerwetter führte zu vermehrten Pilzinfektionen und wirkte sich negativ auf Ertrag und Qualität aus.

Beinahe überall in der EU wurden im Jahr 2021 die Kartoffelanbauflächen von den Landwirten gegenüber dem Vorjahr reduziert. Zusammen mit niedrigen Hektarerträgen fällt die EU-Kartoffelernte 2021 mit vorläufigen 51,3 Millionen Tonnen gegenüber dem Vorjahr deutlich kleiner aus (- 6 Prozent). Die im Wirtschaftsjahr 2020/21 auf einen Tiefpunkt angelangten Kartoffelpreise dürften sich im laufenden Wirtschaftsjahr wieder deutlich erholen, damit aber das Niveau des Vorvorjahres noch nicht wieder erreichen.

Vermarktungsspanne ist größer geworden

Der Zusammenhang zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ist bei Speisekartoffeln relativ eng. Sinkende bzw. steigende Erzeugerpreise gehen mit sinkenden bzw. steigenden Verbraucherpreisen einher, allerdings nicht in gleichem Ausmaß.

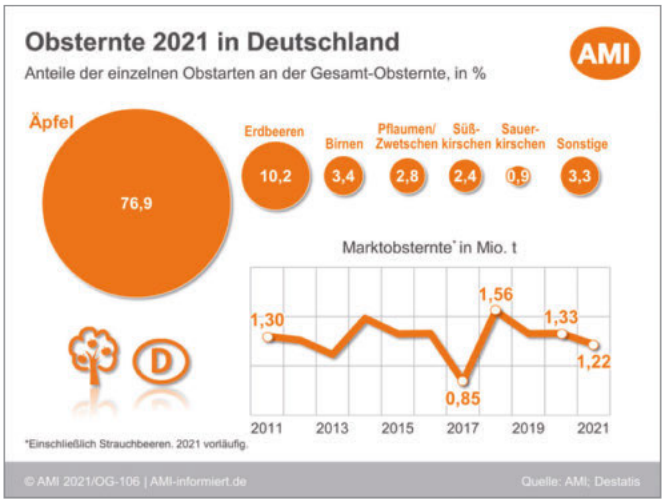
Kleinere Obsternte

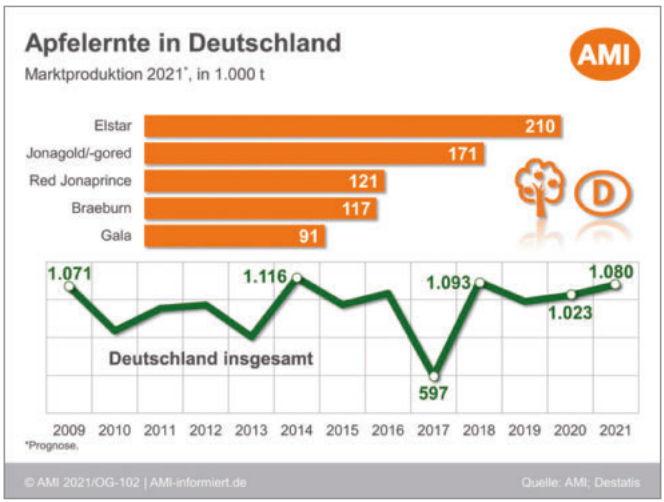
Nach zwei schwächeren Jahren wird die Apfelernte in der EU für die Saison 2021 wieder auf mehr als 11 Millionen Tonnen geschätzt. In fast allen EU-Anbaugebieten werden für 2021 höhere Erntemengen an Äpfeln festgestellt. Die deutsche Apfelernte 2021 wird auf 1,08 Millionen Tonnen geschätzt (+ 6 Prozent). Sie wäre höher ausgefallen, wenn nicht Frühjahrsfrös-

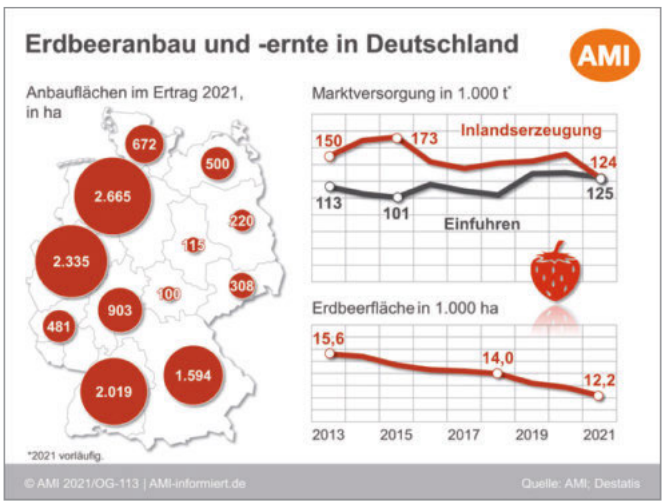
te in der Blütezeit den Fruchtbehang in vielen Regionen reduzierte. Durch die Spätfröste im Frühjahr fällt die EU-Birnenernte auf 1,6 Millionen Tonnen und damit auf das niedrigste Niveau der zurückliegenden 30 Jahre. Die EU-Birnenernte des Vorjahres lag noch bei 2,2 Millionen Tonnen. Für Deutschland wird die Birnenernte auf 38.700 Tonnen geschätzt. Die Haupterzeugerländer in der EU sind die Niederlande, Spanien, Belgien und Italien mit jeweils mehreren 100.000 Tonnen Erzeugungsmenge.

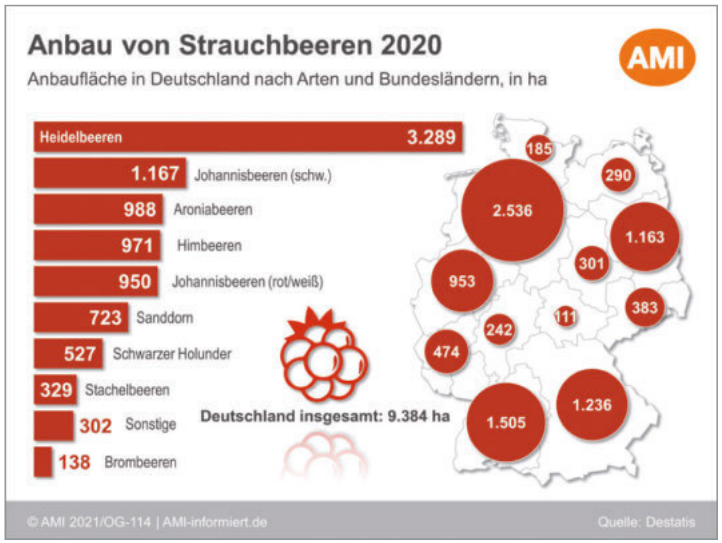
Die meisten Obstarten mit niedrigeren Ernten

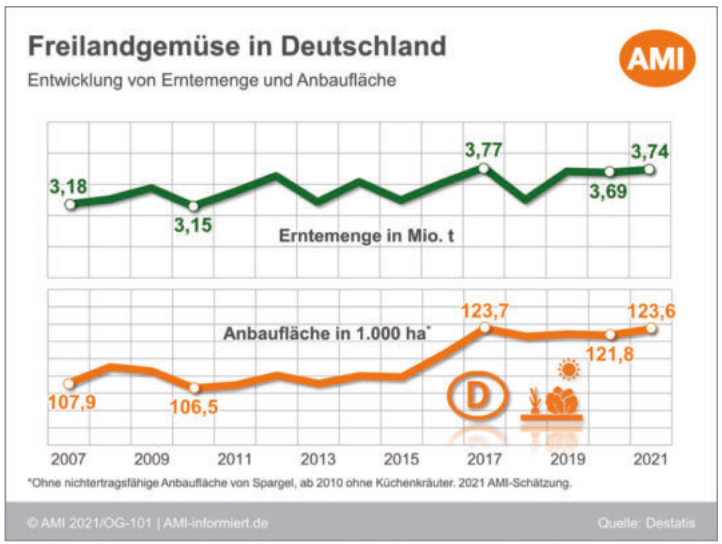
Die Obsternte in Deutschland liegt 2021 nach Schätzungen der AMI mit rund 1,22 Millionen Tonnen um 8 Prozent hinter dem Vorjahresstand zurück. Die Erntemengen der meisten Obstarten konnten auf Grund von ungünstigen Witterungsbedingungen und Spätfrösten den Vorjahresstand nicht halten, so bei Äpfeln, Birnen, Erdbeeren, Kirschen, Pflaumen/Zwetschen und auch den meisten Strauchbeerenarten. Ein Ernteplus gab es nur bei Mirabellen und Renekloden.
Die Apfelpreise lagen in der auslaufenden Saison 2020/21 meist deutlich über Vorjahresniveau, schwächten sich im Sommer angesichts noch vergleichsweise hoher Lagerbestände aber ab. Die Saison 2021/22 startete mit Preisen, die zwischen den beiden Vorjahren lagen. Bei Erdbeeren in geschütztem Anbau und für die Freilandernte











in frühen Gebieten erzielten die Erzeuger noch relativ hohe Preise, aber nicht mehr für Erdbeeren aus späteren Lagen. Besonders niedrige Erzeugerpreise haben die Erzeuger von Heidelbeeren hinnehmen müssen. Neben einer wieder gestiegenen Ernte waren hierfür die in den letzten Jahren rasant gestiegenen Importe maßgebend.

Anbau von Freilandgemüse deutlich ausgedehnt

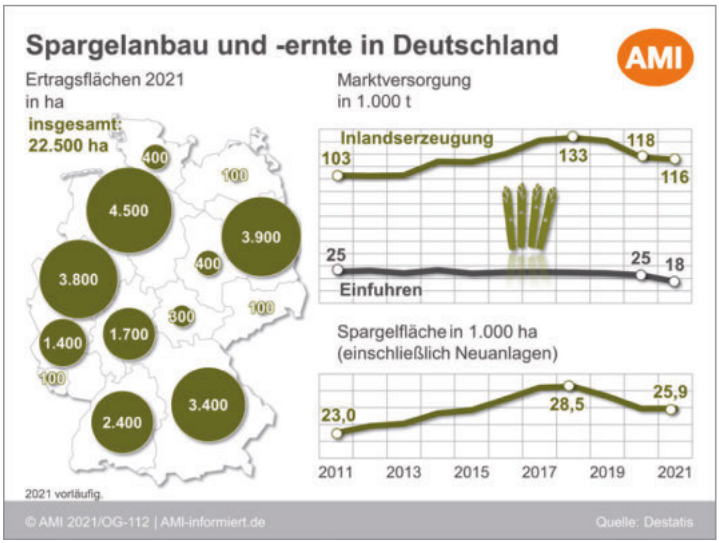
Nachdem die Anbaufläche von Gemüse und Erdbeeren im Freiland in 2020 deutlich eingeschränkt worden war, geht die Entwicklung in 2021 in die andere Richtung. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes sind in 2021 auf einer Fläche von 141.000 Hektar Gemüse und Erdbeeren im Freiland angebaut worden. Gegenüber den Anbauzahlen für 2020 ist das ein Plus von knapp 7 Prozent. Durch diesen Anstieg ist die Fläche sogar 1 Prozent größer als 2019. Das war das Jahr mit der bislang größten Anbaufläche. Zu den flächenmäßig wichtigsten Kulturen gehören Spargel, Möhren und Zwiebeln. Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen sind nach wie vor die Bundesländer mit der größten Freilandgemüsefläche. In Gewächshäusern wird in Deutschland auf rund 1.264 Hektar Gemüse (2020) angebaut; 2021 dürfte die Fläche in etwa gleichgeblieben sein. Die wichtigste Gewächshauskultur ist die Tomate, gefolgt von Gurke und Feldsalat.

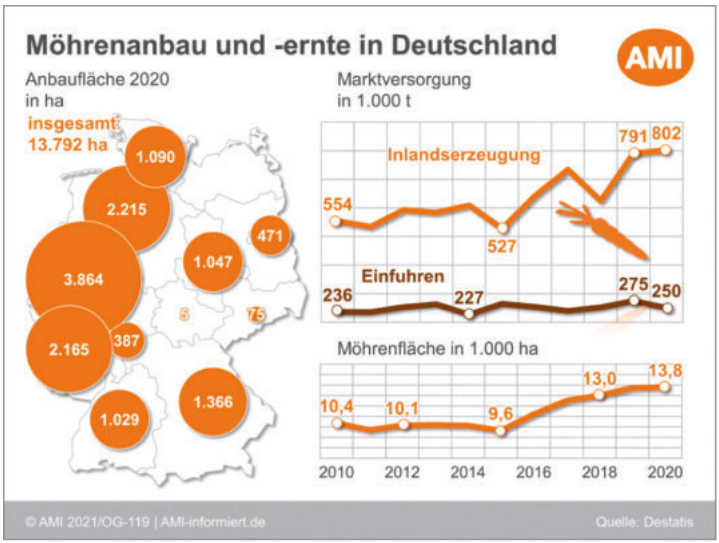
Gemüseernte 2021 deutlich über Vorjahresstand

Die deutsche Freiland-Gemüseernte liegt nach Schätzungen der AMI 2021 bei 3,74 Millionen Tonnen. Gegenüber der Vorjahresernte von 3,69 Millionen Tonnen sind das gut 1 Prozent mehr. Das Plus ist im Wesentlichen Flächen bedingt, bei einigen Satzweise angebauten Kulturen allerdings haben die Starkregenfälle im Juli zu Mindererträgen geführt.
Bei weitgehend stabiler Ertragsfläche und etwas niedrigeren Erträgen ergibt sich für die deutschlandweite Erntemenge an Spargel ein Minus von knapp 2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt

wurden 115.700 Tonnen Spargel geerntet. Das war die kleinste Erntemenge der vergangenen 6 Jahre. Zuletzt wurde 2015 weniger Spargel geerntet. Spargel ist die flächenstärkste Gemüsekultur, gefolgt von Speisezwiebeln und Möhren mit 14.000 bzw. 13.800 Hektar.

Die Preise für Freilandgemüse waren zu Beginn der Saison 2021 aufgrund des verzögerten Saisoneinstiegs höher, danach aber eher niedriger als im Vorjahr. Für einige Kulturen brachten die Ausfälle nach den Starkregenfällen im Juli einen deutlichen Preisanstieg, der dann zum Saisonende aber wieder verschwand. Vor allem Blattsalate wurden teurer, Blumenkohl und Kohlrabi aber nicht. Die von der Erntemenge her bedeutendsten Kulturen wie Möhren oder Weißkohl erzielten 2021 niedrigere Preise als im Vorjahr. Bei Zwiebeln waren die Preise bis einschließlich Oktober noch höher als 2020, ein Preisanstieg im November – wie im Vorjahr – ist aber angesichts einer hohen Ernte in Europa nicht abzusehen.





Deutschland unter den TOP 10-Weinländern

In der Europäischen Union zeichnet sich für 2021 eine deutlich rückläufige Produktion von Wein und Most ab. Mit geschätzten 147,7 Millionen Hektolitern wird der Vorjahresstand um 22,9 Millionen Hektoliter oder 13 Prozent unterschritten. Als Auslöser für die negative Entwicklung werden die ungünstige Witterung im Frühjahr und Sommer in wichtigen Erzeugerländern angeführt, die von Frost bis hin zu Überschwemmungen geprägt geprägt war und auch zu Rebkrankheiten führte. Auch in 2021 führen Italien (44,6 Mio. Hektoliter), Spanien (39,0 Mio.



Hektoliter) und Frankreich (33,3 Mio. Hektoliter) die Rangliste der weltweit wichtigsten Weinerzeugerländer an. Auf Italien, Spanien und Frankreich entfallen fast 80 Prozent der gesamten EU-Weinerzeugung. Auf Platz 4 der Weltrangliste folgen die USA mit 24,1 Millionen Hektolitern. Deutschland liegt 2021 mit 8,7 Millionen Hektolitern auf Platz 9 der Weltrangliste.

Traubenernte 2021: Etwas größere Menge, gute Qualitäten

Die deutsche Weinmosternte 2021 wird vom Deutschen Weininstitut (DWI) auf 8,73 Millionen Hektoliter geschätzt. Das sind gegenüber der Lese 2020 zwar fast drei Prozent mehr, aber 2 Prozent weniger als der langjährige Durchschnitt (2011-2020). Die Ertragssituation gestaltete sich 2021 regional sehr unterschiedlich. Je nach Witterungsbedingungen und dem Erfolg der Pflanzenschutzmaßnahmen reichen die Erntemengen innerhalb eines Anbaugebietes von „extrem gering" bis hin zu „außerordentlich gut". Auch unter den Anbaugebieten sind die Ertragsdifferenzen relativ hoch. Die Qualität des neuen Jahrgangs wird insgesamt als gut bis sehr gut beurteilt.

Wein und Weinbau in Deutschland

Deutschland beheimatet die nördlichsten zusammenhängenden Weinbaugebiete der Welt. Die gesamte bestockte Rebfläche lag 2021 bei 103.200 Hektar. Rund zwei Drittel davon befinden sich in Rheinland-Pfalz. Die meisten der etwa 15.200 Winzer – 6.500 davon im Nebenerwerb – sind in 148 Winzergenossenschaften zusammengeschlossen. Die USA sind unverändert das wichtigste Exportland für deutschen Wein.

Gute Hopfenernte mit hoher Qualität

In Deutschland werden auf rund 20.600 Hektar Hopfen angebaut. Etwa 83 Prozent davon liegen in Bayern (Hallertau). Etwa ein Drittel der weltweiten Hopfenanbaufläche von über 62.400 Hektar entfällt auf Deutschland. Die Erzeugnisse der fast 1.100 Hopfenbetriebe in Deutschland werden in über 150 Länder exportiert. Die für 2021 geschätzte Hopfenernte fällt mit 47.800 Tonnen etwas höher aus als im Vorjahr (plus 2 Prozent). Da ein sehr hoher Anteil der deutschen Hopfenfläche langjährigen Verträgen unterliegt, gilt der Verkauf des Hopfens vieler deutschen Pflanzer als gesichert.

6.2 Tierische Erzeugung

Der globale Fleischmarkt wächst weiter – Geflügel rückt nach vorn

OECD und FAO prognostizieren für den Zehnjahreszeitraum von 2020 bis 2030 ein Wachstum der globalen Fleischerzeugung von 14 Prozent. In der zurückliegenden Dekade waren es ebenfalls 14 Prozent. Überdurchschnittlich soll die Erzeugung von Schweinefleisch (+ 18 Prozent) ansteigen, was auf Wiederaufstockungen der Schweinebestände nach Überwindung der ASP-Krise vor allem in Asien zurückzuführen ist. Geflügel- und Schaffleischerzeugung sollen nach dieser Prognose um jeweils etwa 15 Prozent zunehmen. Die Rindfleischerzeugung dagegen soll im Betrachtungszeitraum nur um 6 Prozent wachsen. Spitzenreiter soll 2030 Geflügelfleisch mit einem Marktanteil von 41 Prozent an der globalen Fleischerzeugung sein, gefolgt von Schweinefleisch mit 34 Prozent. Auf Rind- und Schaffleisch werden dieser Prognose zufolge rund 20 bzw. 5 Prozent der Weltfleischerzeugung entfallen.



Weltagrarmärkte – Fleisch, in Millionen Tonnen Schlachtgewicht

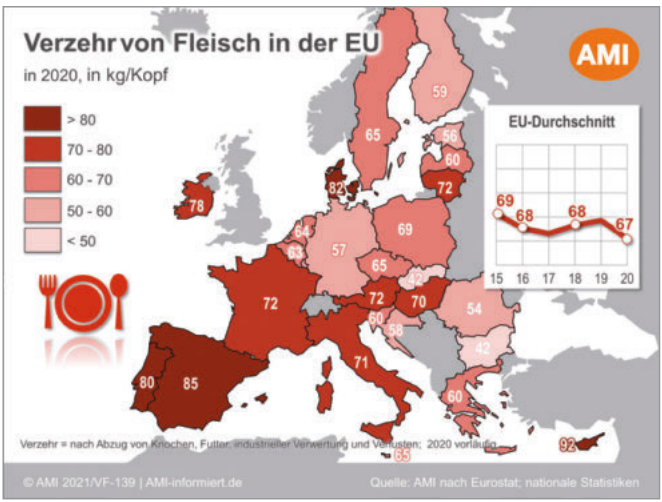
	2019	2020[1)]	2021[2)]	%-Veränd. 20201 zu 2020
Weltweite Erzeugung	**337,7**	**338,6**	**352,7**	**4,2**
Rindfleisch	72,6	71,6	71,8	0,2
Geflügelfleisch	131,9	133,9	135,4	1,1
Schweinefleisch	110,1	109,7	122,0	11,2
Schaffleisch	16,2	16,3	16,5	1,4
Grenzüberschreitender Handel	**36,6**	**41,7**	**42,2**	**1,1**
Rindfleisch	11,3	11,8	12,2	3,8
Geflügelfleisch	14,2	15,5	15,5	0,2
Schweinefleisch	9,6	12,9	12,9	0,2
Schaffleisch	1,0	1,1	1,1	-1,0
Welt-Pro-Kopf-Verbrauch Fleisch	**43,4**	**43,1**	**44,4**	**3,1**

Quelle: FAO Stand: November 2021 1) geschätzt 2) Prognose SB22-T62-1

Weltfleischerzeugung steigt 2021 um gut 4 Prozent an

Nach Schätzungen der FAO steigt die weltweite Fleischproduktion 2021 um 4,2 Prozent an. Demnach dürfte sich die Erzeugung von Rin-





der-, Schaf-, Geflügel- und Schweinefleisch in 2021 auf insgesamt 352,7 Millionen Tonnen Schlachtgewicht (SG) belaufen. Maßgeblich für diese Entwicklung ist der Anstieg der Schweinefleischerzeugung um gut 11 Prozent auf 122,0 Millionen Tonnen Schlachtgewicht. Grund dafür sind nach weitgehender Überwindung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) vor allem kräftige Wiederaufstockungen der Schweinebestände in China und anderen Ländern Südostasiens.

Handel mit Fleisch nimmt leicht zu

Auf Wachstumskurs ist weiterhin die globale Geflügelfleischerzeugung. Sie nimmt nach FAO-Prognose 2021 gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Prozent auf 135,4 Millionen Tonnen zu. Nur unwesentlich wächst die Welt-Rindfleischerzeugung auf 71,8 Millionen Tonnen (+ 0,2 Prozent). Der globale Handel mit Fleisch steigt nach FAO-Einschätzung 2021 nur um 1,1 Prozent auf rund 42,2 Millionen Tonnen an.

Globale Fleischnachfrage wächst weiter

Die Nachfrage nach Getreide und anderen traditionellen Grundnahrungsmitteln wird sich weiter hin zu tierischen Nahrungsmitteln wie Fleisch, Fisch, Eiern und Milchprodukten verschieben. Nach Projektionen der FAO aus Mitte 2021 wird der Fleischverzehr pro Kopf der Weltbevölkerung bis 2030 weiter leicht zunehmen, und zwar jährlich um 0,3 Prozent. Vor allem in Asien wächst der Pro-Kopf-Verbrauch und wird dort von einem stark wachsenden Verzehr von Geflügelfleisch bestimmt.

Europäische Union: Weltweit drittgrößter Fleischerzeuger

Die EU-27 ist mit rund 45,0 Millionen Tonnen in 2021 nach China (83,0 Millionen Tonnen) und den USA (49,0 Millionen Tonnen) der weltweit drittgrößte Fleischerzeuger. Differenziert nach Fleischarten entfallen von der Welt-Erzeugung auf die EU-27 im Jahr 2021 bei Schweinefleisch gut 20 Prozent, bei Geflügelfleisch 10 Prozent, bei Rindfleisch 9 Prozent sowie bei Schaf- und Ziegenfleisch gut 3 Prozent. Deutschland, Frankreich und Spanien sind die bedeutendsten Fleischproduzenten in der EU. Der

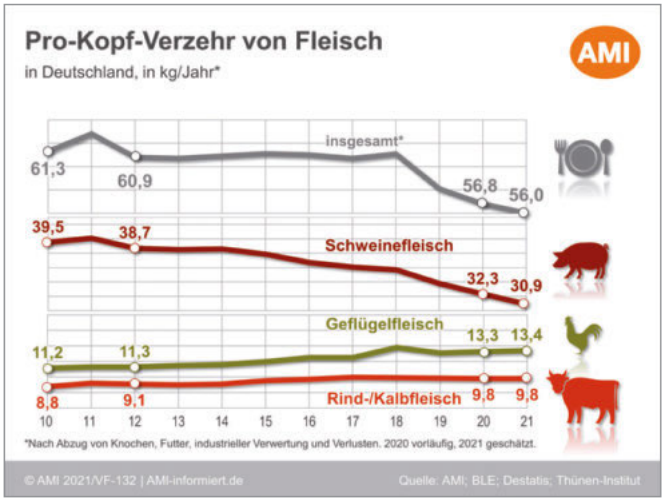
Selbstversorgungsgrad der EU-27 für Fleisch wird von der Europäischen Kommission für 2021 auf rund 119 Prozent geschätzt.

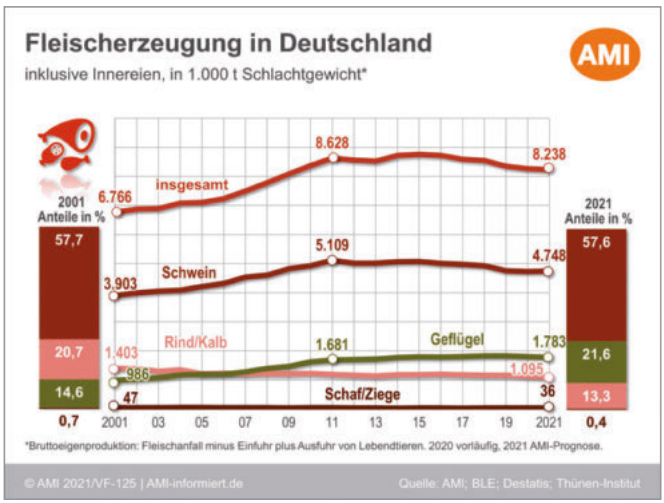
EU-Fleischerzeugung steigt weiter leicht an

Nach Schätzungen der Europäischen Kommission steigt die EU-Fleischerzeugung weiter leicht an. Wie in 2020 wird auch in 2021 mit einem Erzeugungsanstieg von 0,6 Prozent gerechnet. Dabei ist die Rindererzeugung weiter rückläufig (- 0,4 Prozent), während die Schweineerzeugung zunimmt (1,7 Prozent). Für 2022 wird ebenfalls mit einer weiteren leichten Zunahme der Fleischerzeugung gerechnet, getragen vor allem durch Zuwächse in der Schweine- und Geflügelfleischerzeugung.

EU-Fleischkonsum wenig verändert

In der Europäischen Union stagniert der Pro-Kopf-Verzehr von Fleisch. Mit durchschnittlich 67,6 Kilogramm je Kopf der Bevölkerung liegt der Verbrauch 2021 knapp über dem Stand des Vorjahres (+ 0,1 Prozent). Für 2022 geht die Europäische Kommission von einem Verzehrminus von 0,3 Kilogramm aus (- 0,4 Prozent). Während sich die Nachfrage für Rind- und Schaffleisch 2022 mit zusammen 11,5 Kilogramm je Kopf der Bevölkerung nur knapp behaupten dürfte, könnte der Pro-Kopf-Verzehr an Geflügelfleisch auf 23,9 Kilogramm ansteigen (+ 1,1 Prozent). Bei Schweinefleisch wird ein Rückgang des Pro-Kopf-Verbrauchs um ein halbes Kilogramm auf 31,9 Kilogramm erwartet (- 1,3 Prozent).

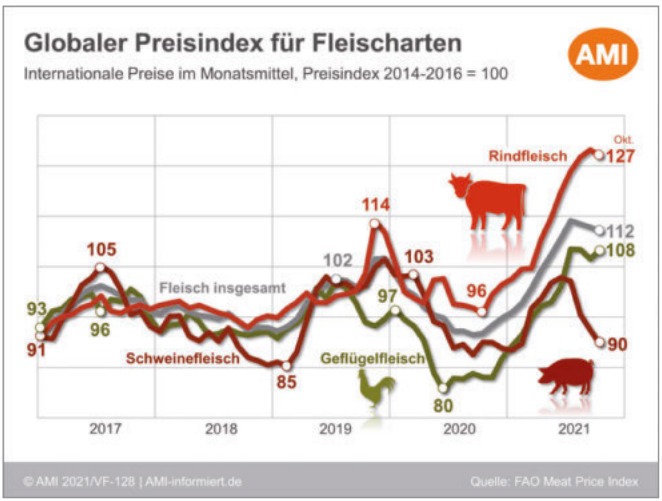




Deutschland erzeugt weniger Fleisch

Seit 2016 geht die in Deutschland produzierte Fleischmenge zurück. Grund sind rückläufige Mengen an erzeugtem Rind- und Schweinefleisch, die durch einen leichten Ausbau der Erzeugung von Geflügelfleisch nicht kompensiert werden. Die Marktanteile der einzelnen Fleischarten haben sich in den vergangenen 20 Jahren stark verschoben. So hat der Anteil des erzeugten Geflügelfleisches von 2001 bis 2021 um 7 Prozentpunkte auf 22 Prozent Marktanteil zugelegt. Rindfleisch dagegen hat





im gleichen Zeitraum gut 7 Prozent Marktanteil verloren und nimmt nur noch einen Anteil von 13 Prozent an der gesamten Fleischerzeugung ein. Die wichtigste Fleischart bleibt Schweinefleisch mit knapp 58 Prozent an der Bruttoeigenproduktion.

Globale Fleischpreise deutlich im Aufwind, Ausnahme sind die Schweinepreise

Der globale Fleischpreisindex der FAO ist seit November 2020 kräftig gestiegen. Im Oktober 2021 lag der Fleischpreisindex um 22 Prozent über dem entsprechenden Vorjahreswert. Von dieser Preis-Hausse profitierten alle Fleischarten, mit Ausnahme von Schweinefleisch. Die Preise für Schweinefleisch blieben sogar hinter den Preisen von Oktober 2020 etwas zurück. Dagegen legten Rind- und Schaffleischpreise um 33 Prozent, die Geflügelfleischpreise um gut 30 Prozent zu.

Globale Rindfleischerzeugung steigt

Die globale Rindfleischerzeugung für 2021 wird von der AMI auf Basis von Daten der FAO und des USDA auf 71,8 Millionen Tonnen geschätzt. Gegenüber 2020 sind das 0,2 Prozent mehr. Etwas dynamischer dürfte die Entwicklung in 2022 verlaufen. Vor allem durch Produktionssteigerungen in Brasilien, China und Indien wird eine um knapp 1 Prozent höhere Erzeugung erwartet. Die EU-Rindfleischerzeugung dagegen dürfte weiter leicht abnehmen (- 0,2 Prozent).

Rindfleischhandel nimmt zu

Der weltweite Handel mit Rindfleisch dürfte FAO-Schätzungen zufolge 2021 gegenüber Vorjahr um 3,8 Prozent auf 12,2 Millionen Tonnen ansteigen. Hauptgrund dafür ist ein starker Anstieg der Erzeugung in Indien und den USA. Für 2022 wird eine Wachstumsrate des globalen Rindfleischhandels von etwa knapp 2 Prozent prognostiziert. Weltweit spielt die EU im Handel mit Rindfleisch keine bedeutende Rolle. Die Rindfleischausfuhren aus der EU-27 fallen mit rund 894.000 Tonnen (2021) eher bescheiden aus. Die EU-Rindfleischimporte, die vor allem aus

Südamerika kommen, dürften 2021 bei 321.000 Tonnen liegen.

Haupterzeuger von Rindfleisch sind Nord- und Südamerika

Die größten Produzenten für Rindfleisch sind auch weiterhin Nord- und Südamerika. Mit Abstand Marktführer sind die USA mit einem Anteil von rund einem Sechstel der weltweit erzeugten Rindfleischmenge. Zu den größten Vier in der Rindfleischerzeugung gehören neben den USA Brasilien, China und auch die EU. Diese TOP 4 zusammen erzeugen 50 Prozent des Rindfleischs der Welt.

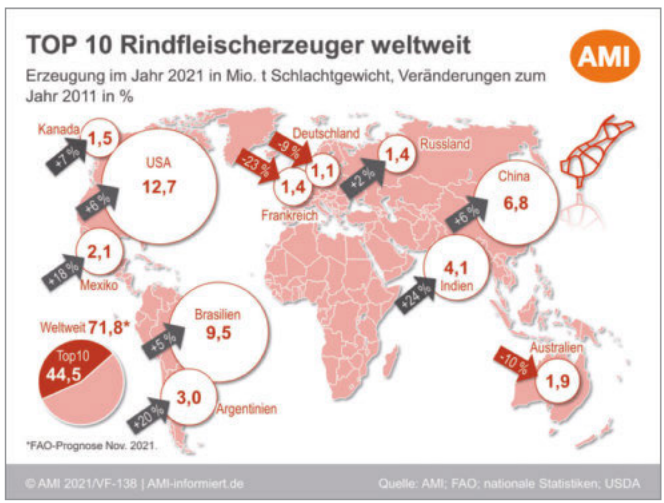
Preise für Rindfleisch im Aufwind

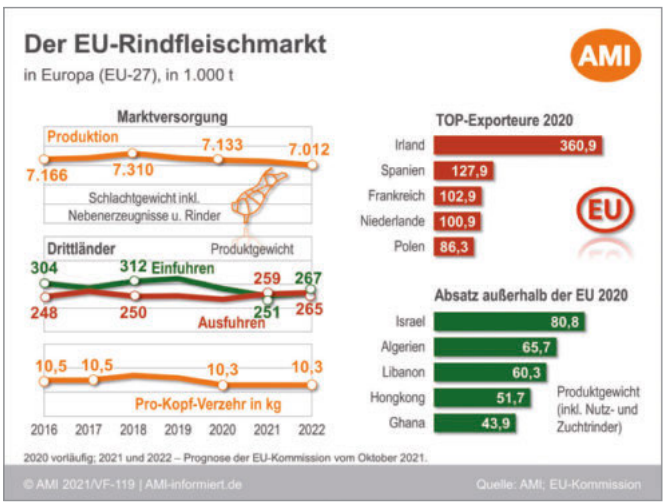
Die Weltmarktpreise für Rindfleisch sind seit August 2020 fast kontinuierlich gestiegen. Sie erreichten im Oktober 2021 einen Stand, der um 33 Prozent über dem entsprechenden Vorjahreswert liegt. Allerdings haben sich die Rindfleischpreise im Oktober 2021 gegenüber Vormonat im Zuge einer nachlassenden Nachfrage Chinas und deutlicher Notierungsabschläge für brasilianische Ware um etwa 1 Prozent verbilligt.

Rückläufige EU-Rindfleischerzeugung

Die EU-Kommission prognostiziert für 2021 und 2022 bei Rindfleisch eine leicht sinkende Erzeugung und einen leicht sinkenden Verbrauch. Die für 2021 geschätzte





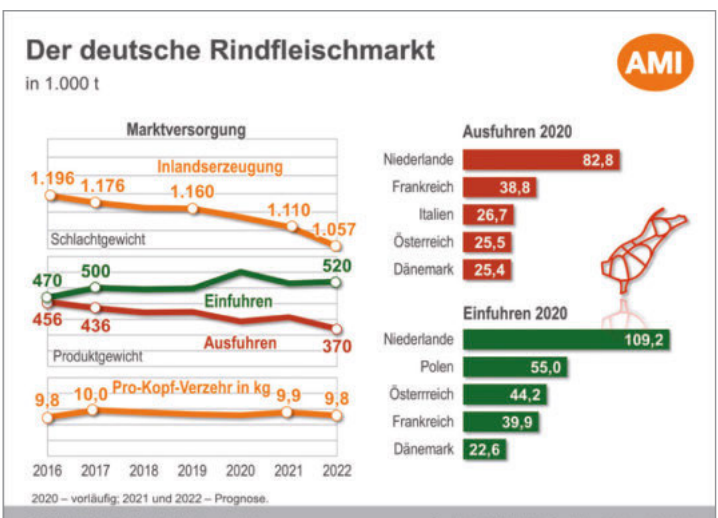


Weltrindfleischmarkt – Produktion und Verbrauch

in 1.000 Tonnen Schlachtgewicht — Stand: November 2021

	2019	2020	2021[1)]	2022[2)]	%-Veränderung 2021 zu 2020	%-Veränderung 2022 zu 2021
Produktion						
USA	12.385	12.389	12.684	12.306	+2,4	-3,0
Brasilien	10.200	10.100	9.500	9.700	-5,9	+2,1
China	6.670	6.720	6.830	7.000	+1,6	+2,5
EU-27	6.990	6.908	6.874	6.860	-0,5	-0,2
Indien	4.270	3.760	4.100	4.250	+9,0	+3,7
Argentinien	3.125	3.170	3.045	3.020	-3,9	-0,8
Mexiko	2.027	2.079	2.120	2.190	+2,0	+3,3
Welt	**72.796**	**71.605**	**71.754**	**72.180**	**+0,2**	**+0,6**
Verbrauch						
USA	12.409	12.534	12.615	12.259	+0,6	-2,8
China	8.826	9.486	9.810	10.229	+3,4	+4,3
Brasilien	7.929	7.609	6.997	7.120	-8,0	+1,8
EU-27	6.495	6.330	6.301	6.296	-0,5	-0,1
Indien	2.776	2.476	2.550	2.650	+3,0	+3,9
Argentinien	2.379	2.365	2.333	2.348	-1,4	+0,6
Mexiko	1.901	1.898	1.990	2.020	+4,8	+1,5
Russland	1.758	1.708	1.655	1.620	-3,1	-2,1
Welt	**72.199**	**70.903**	**71.119**	**71.546**	**+0,3**	**+0,6**

Quellen: AMI, USDA, nationale Statistiken 1) geschätzt 2) Prognose SB22-T62-2a



Rindfleischerzeugung der EU-27 von 6,874 Millionen Tonnen liegt um 0,5 Prozent unter dem Vorjahresergebnis. Für 2022 wird mit einem ähnlichen leichten Minus gerechnet.

Starker Rückgang der deutschen Rindererzeugung

Bereits in den vergangenen Jahren verringerte sich die Erzeugung von Rindfleisch in Deutschland. In der AMI-Prognose für 2022 wird von einem weiteren Rückgang der Produktion von Rindfleisch um 5 Prozent ausgegangen. Im Außenhandel werden wegen der geringeren Produktion verminderte Ausfuhrmengen prognostiziert. Die Einfuhren dagegen dürften zumindest stabil bleiben. Für das Jahr 2021 wird ein Pro-Kopf-Verzehr von Rindfleisch von 9,9 Kilogramm erwartet. Nach AMI-Prognose für 2022 geht der Konsum von Rindfleisch leicht zurück (minus 1 Prozent).

Weniger deutsche Ausfuhren von Rindern durch Exportrestriktionen

Guter Nachfrage im Ausland erfreuten sich bisher Nutz- und Zuchtrinder aus Deutschland. Zuletzt sorgten jedoch Verbringungsverbote und Handelsbeschränkungen für deutlich weniger Ausfuhren an Zucht- und Nutzrindern aus Deutschland ins Ausland. Im Zeitraum von Januar bis August 2021 wurden rund 464.000 Rinder und Kälber aus Deutschland

exportiert, das sind 8 Prozent oder 39.000 Tiere weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Das Hauptabnahmeland ist die Niederlande, in das inzwischen mehr als vier Fünftel der deutschen Ausfuhren gehen.

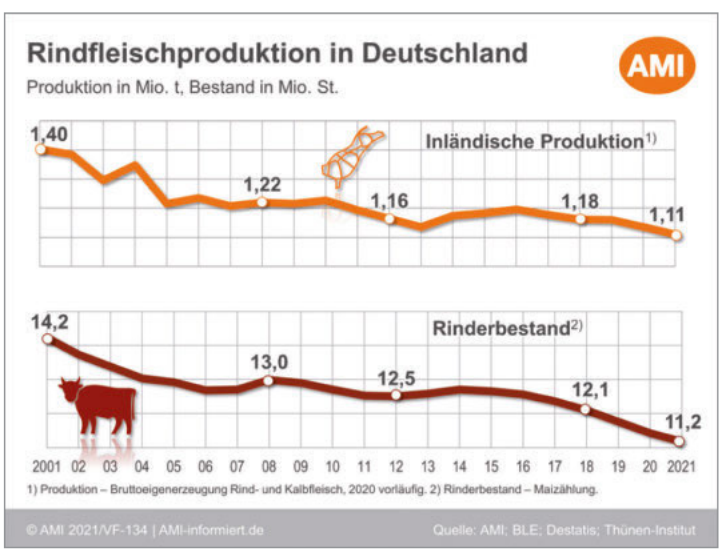
Rinderpreise festigen sich

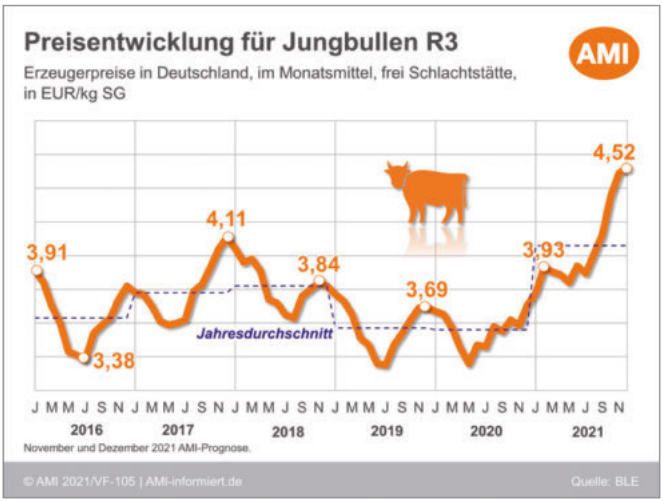
Das EU-Erzeugerpreisniveau bei Schlachtkühen und männlichen Rindern liegt über das gesamte Jahr 2021 gesehen deutlich über dem Vorjahresniveau. Der Preis für deutsche R3-Jungbullen wird von der AMI für 2021 auf 4,01 Euro je Kilogramm Schlachtgewicht geschätzt. Das sind 45 Cent oder 13 Prozent mehr als in 2020. Zumindest für die erste Hälfte des Jahres 2022 ist nach AMI-Einschätzung mit einer Stabilisierung der Rinder-Erzeugerpreise auf einem relativ hohem Niveau zu rechnen.

Weltrindfleischmarkt - Außenhandel
in 1.000 Tonnen Schlachtgewicht — Stand: November 2021

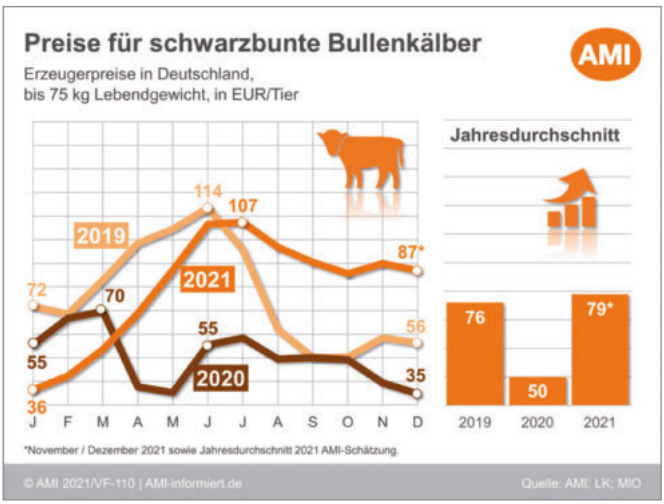
	2019	2020	2021[1]	2022[2]	%-Veränderung 2021 zu 2020	%-Veränderung 2022 zu 2021
Importe						
China	2.177	2.782	3.000	3.250	+7,8	+8,3
USA	1.387	1.516	1.445	1.436	-4,7	-0,6
Japan	853	832	815	835	-2,0	+2,5
Südkorea	550	549	595	575	+8,4	-3,4
Hongkong	356	513	460	400	-10,3	-13,0
Ver. Königreich	407	407	385	385	-5,4	+0,0
Chile	347	342	380	380	+11,1	+0,0
EU-27	426	344	321	340	-6,7	+0,6
Welt	**10.616**	**10.533**	**10.670**	**10.860**	**+1,3**	**+1,8**
Exporte						
Brasilien	2.314	2.539	2.575	2.655	+1,4	+3,1
Indien	1.494	1.284	1.550	1.600	+20,7	+3,2
USA	1.373	1.339	1.549	1.483	+15,7	-4,3
Australien	1.739	1.473	1.290	1.420	-12,4	+10,1
EU-27	907	923	894	914	-3,1	+2,2
Argentinien	763	819	720	680	-12,1	-5,6
Neuseeland	623	638	650	616	+1,9	-5,2
Kanada	525	513	595	600	+16,0	+0,8
Uruguay	436	411	480	490	+16,8	+2,1
Welt	**11.228**	**11.798**	**12.243**	**12.440**	**+3,8**	**+1,6**

Quellen: AMI, USDA, nationale Statistiken — 1) geschätzt 2) Prognose — SB121-T62-2b









EU-Schaf- und -Ziegenfleisch-erzeugung relativ stabil

Die Europäische Kommission prognostiziert für 2021 eine Schaf- und Ziegenfleischerzeugung in der EU-27 von 635.000 Tonnen. Das sind gegenüber dem Vorjahr gut 1 Prozent mehr. Für 2021 wird eine kaum veränderte Erzeugung erwartet. Die Entwicklungen in den einzelnen Ländern der EU sind unterschiedlich. Beim Lamm- und Ziegenfleischverbrauch wird für die EU-27 2021 ein Konsum von im Schnitt 1,3 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung sowie ein Selbstversorgungsgrad von 97 Prozent geschätzt.

Schaffleisch-Selbstversorgungsgrad in Deutschland nur bei 47 Prozent

Die deutsche Schaf- und Ziegenfleischerzeugung liegt seit 2014 fast konstant zwischen 31.000 und 32.000 Tonnen. Für 2021 allerdings schätzt die AMI die heimische Erzeugung auf etwa 35.000 Tonnen. Im Vergleich zu Schweine-, Geflügel- und Rindfleisch bleiben sowohl Schaf- als auch Ziegenfleisch wichtige Nischenbereiche. Der Selbstversorgungsgrad an Schaf- und Ziegenfleisch in Deutschland wird für 2021 auf 47 Prozent geschätzt. Entsprechend werden für das Jahr 2021 Importe von rund 49.000 Tonnen Schaf- und Ziegenfleisch erwartet. Das wichtigste Lieferland ist dabei Neuseeland, welches knapp die Hälfte der Einfuhren erbringt. Der Lammfleisch-

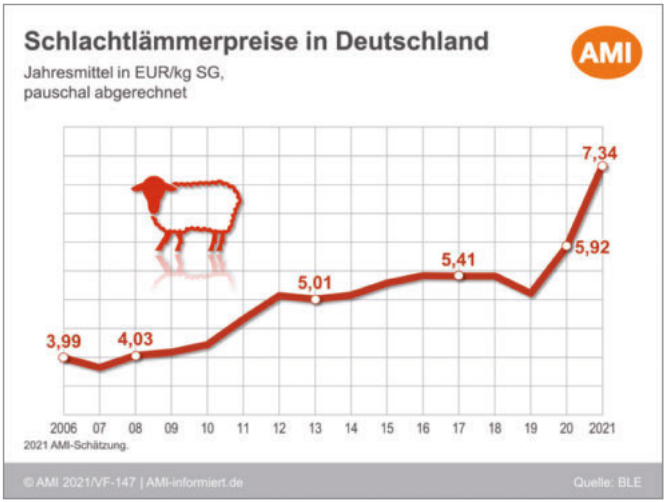
verzehr in Deutschland hat einen positiven Trend. Dennoch liegt der jährliche Pro-Kopf-Verzehr bislang nur bei 0,6 Kilogramm.

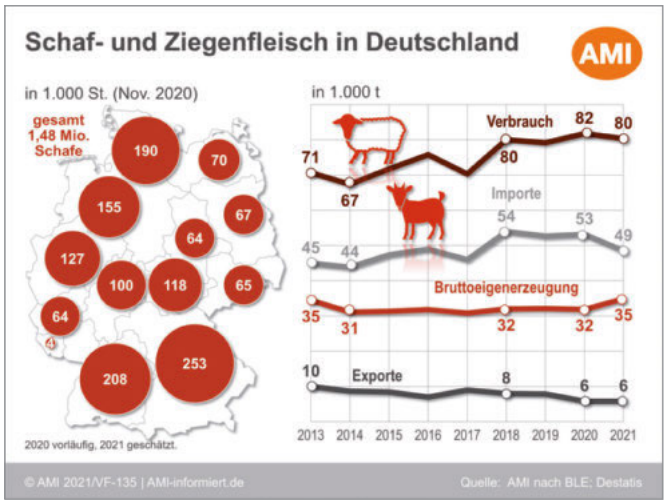
Hohe Nachfrage nach Schlachtlämmern

Die Preise für Schlachtlämmer waren in der Vergangenheit von 2016 bis 2018 auf einem relativ stabilen Niveau. Nach einem leichten Rückgang im Jahr 2019 zogen die Preise 2020 deutlich an. In 2021 legten die Erzeugerpreise wegen der knappen Verfügbarkeit von Schlachtlämmern weiter kräftig zu. Im Jahresdurchschnitt für 2021 rechnet die AMI mit einem Preis von 7,34 Euro je Kilogramm Schlachtgewicht (im Jahresvergleich plus 24 Prozent). Schaffleisch erfreut sich auch am Weltmarkt einer intensiven Nachfrage.

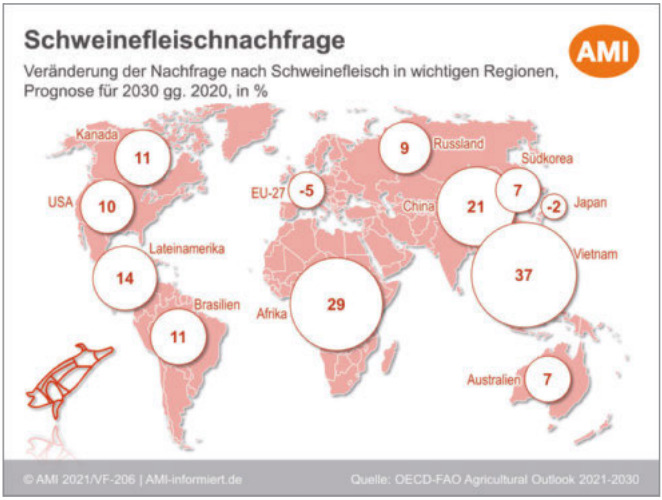
Anstieg der globalen Schweineerzeugung

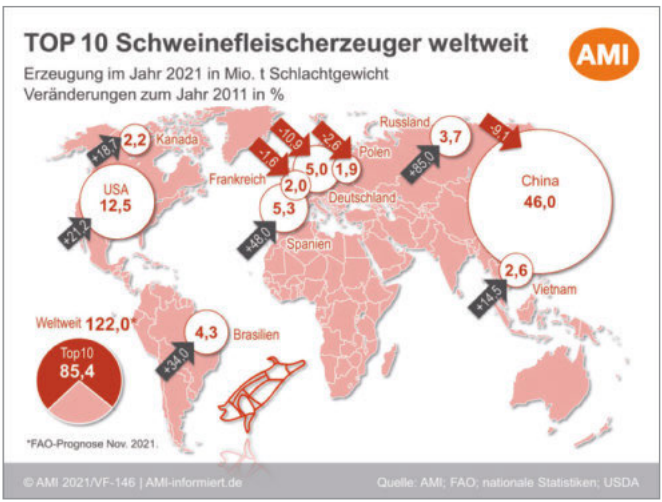
Während für 2021 eine Steigerung der globalen Schweinefleischproduktion um gut 11 Prozent erwartet wird, gehen die Prognosen für 2022 von einer um etwa 2 Prozent rückläufigen Produktion aus. Grund für die relativ starke Produktionssteigerung in 2021 ist vor allem die Erholung vom ASP-bedingten Produktionsrückgang in China und auch anderen asiatischen Ländern wie z. B. Vietnam.

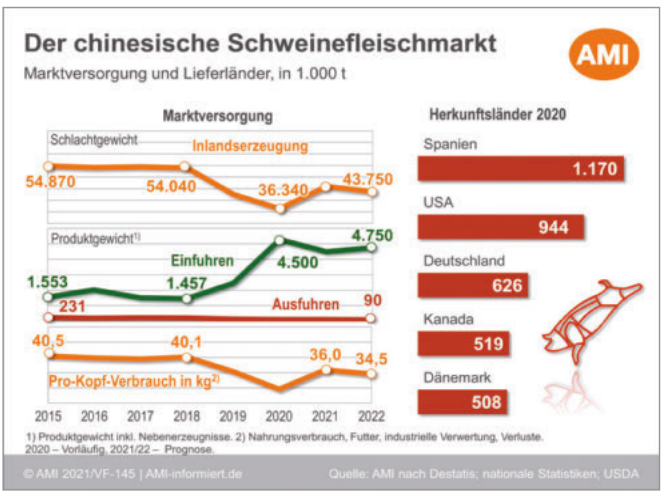












Weiter hoher Importbedarf Chinas an Schweinefleisch

Mit der Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) war die Erzeugung von Schweinefleisch in China in den vergangenen Jahren stark eingebrochen. Nachdem noch 2018 jährlich mehr als 54 Millionen Tonnen Schweinefleisch im Land der Mitte erzeugt wurden, erreichte die Produktion 2020 mit rund 36 Millionen Tonnen ihren Tiefststand. Schätzungen für 2021 gehen von einer deutlichen Steigerung auf 46 Millionen Tonnen aus. Für 2022 wird eine Erzeugung von unter 44 Millionen Tonnen prognostiziert. Der Importbedarf dürfte damit weiter auf einem relativ hohen Niveau von 4,5 bis 5,0 Millionen Tonnen bleiben. Unter den Lieferländern nehmen Spanien und die USA weiterhin die Spitzenposition ein. Nach dem Auftreten der Afrikanischen Schweinepest im September 2020 ist Deutschland wegen des damit verbundenen Exportstopps für China kein Lieferland mehr.

Hohe Exporte

FAO-Expertenschätzungen gehen für 2021 von einem nahezu unveränderten globalen Handelsvolumen von 12,9 Millionen Tonnen aus. Davon entfallen 5,3 Millionen Tonnen auf die EU-27 und 3,3 Millionen Tonnen auf die USA. Die EU-27 dürfte auch in 2022 mit 5,4 Millionen Tonnen vor den USA der weltweit größte Exporteur von Schweinefleisch bleiben. Das sind gegenüber 2021 etwa 0,1 Millionen Tonnen mehr.

Kein weiteres Wachstum der EU-Schweineerzeugung

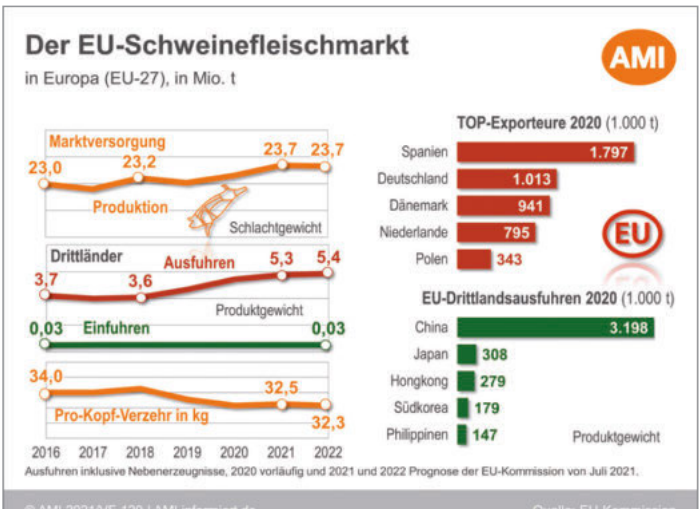
Die Europäische Kommission schätzt die Schweinefleischerzeugung der EU-27 für 2021 auf 23,7 Millionen Tonnen. Das sind gegenüber dem Vorjahr knapp 2 Prozent mehr. Darunter befinden sich EU-Mitgliedstaaten wie Spanien und Irland, die ihre Bestände in 2021 weiter deutlich aufgestockt haben ebenso Länder wie Deutschland, die Niederlande, Polen und Rumänien, die ihre Schweinebestände kräftig reduziert haben. In 2022 wird mit keinem weiteren Anstieg der EU-Erzeugung gerechnet.

Weltschweinefleischmarkt – Produktion und Verbrauch

in 1.000 Tonnen Schlachtgewicht — Stand: November 2021

	2019	2020	2021[1)]	2022[2)]	%-Veränderung 2021 zu 2020	%-Veränderung 2022 zu 2021
Produktion						
China	42.550	36.340	46.000	43.750	+26,6	-4,9
EU-27	22.996	23.281	23.682	23.660	+1,7	-0,1
USA	12.543	12.845	12.559	12.519	-2,2	-0,3
Brasilien	3.975	4.125	4.325	4.450	+4,8	+2,9
Russland	3.324	3.611	3.700	3.710	+2,5	+0,3
Vietnam	2.430	2.467	2.590	2.720	+5,0	+5,0
Kanada	2.000	2.115	2.150	2.150	+1,7	+0,0
Mexiko	1.408	1.451	1.495	1.560	+3,0	+4,3
Südkorea	1.364	1.403	1.375	1.365	-2,0	-0,7
Welt	**109.792**	**109.718**	**121.964**	**119.770**	**+11,2**	**-1,8**
Verbrauch						
China	44.866	41.521	50.400	48.410	+21,4	-3,9
EU-27	18.894	18.077	18.546	18.430	+2,6	-0,6
USA	10.066	10.034	9.799	9.659	-2,3	-1,4
Russland	3.363	3.468	3.528	3.550	+1,7	+0,6
Brasilien	3.116	2.949	3.032	3.073	+2,8	+1,4
Vietnam	2.493	2.687	2.884	2.965	+7,3	+2,8
Japan	2.714	2.732	2.730	2.735	-0,1	+0,2
Mexiko	2.159	2.052	2.220	2.295	+8,2	+3,4
Südkorea	2.011	1.976	1.919	1.985	-2,9	+3,4
Welt	**109.584**	**109.625**	**121.742**	**119.550**	**+11,1**	**-1,8**

Quellen: AMI, FAO, EU-Kommission, USDA 1) geschätzt 2) Prognose SB22-T62-3a



Weltschweinefleischmarkt - Außenhandel

in 1.000 Tonnen Schlachtgewicht — Stand: November 2021

	2019	2020	2021[1)]	2022[2)]	% - Veränderung 2021 zu 2020	% - Veränderung 2022 zu 2021
Importe (ohne Nebenerzeugnisse)						
China	2.451	5.281	4.500	4.750	-14,8	+5,6
Japan	1.493	1.412	1.400	1.425	-0,8	+1,8
Mexiko	985	945	1.100	1.125	+16,4	+2,3
Ver. Königreich	932	829	760	740	-8,3	-2,6
Südkorea	694	554	550	600	-0,7	+9,1
USA	429	410	502	519	+22,4	+3,4
Hongkong	331	378	400	435	+5,8	+8,7
Philippinen	222	167	500	375	+199,4	-25,0
Kanada	242	273	260	270	-4,8	+3,8
Welt	**9.174**	**12.695**	**12.716**	**13.000**	**+0,2**	**+2,2**
Exporte (ohne Nebenerzeugnisse)						
EU-27	4.266	5.372	5.258	5.363	-2,1	+2,0
USA	2.867	3.302	3.265	3.359	-1,1	+2,9
Kanada	1.284	1.544	1.550	1.565	+0,4	+1,0
Brasilien	861	1.178	1.295	1.380	+9,9	+6,6
Mexiko	234	344	375	390	+9,0	+4,0
Ver. Königreich	338	348	300	310	-13,8	+3,3
Chile	223	395	280	270	-5,1	-3,6
Russland	68	156	185	170	+18,6	-8,1
China	135	100	100	90	+0,0	-10,0
Welt	**9.532**	**12.925**	**12.947**	**13.220**	**+0,2**	**+2,1**

Quellen: AMI, FAO , EU-Kommission, USDA 1) geschätzt 2) Prognose SB22-T62-3b

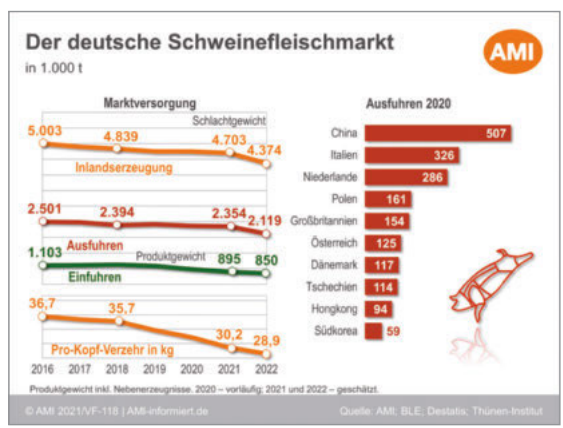
Deutsche Schweinefleischerzeugung geht besonders stark zurück

Die Bruttoeigenerzeugung von Schweinefleisch in Deutschland schrumpft auch 2021 weiter. Die für 2021 geschätzte Inlandserzeugung liegt bei 4,703 Millionen Tonnen. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 0,9 Prozent. Für 2022 rechnen Marktexperten der AMI mit einem weiteren starken Rückgang der Schweinefleischerzeugung von über 8 Prozent. Grund ist die durch niedrige Preise gekennzeichnete Marktsituation, auf die viele Mäster und Ferkelerzeuger reagieren.

Export von deutschem Schweinefleisch rückläufig

Die Ausfuhren von deutschem Schweinefleisch gehen in 2021 gegenüber dem Vorjahr weiter zurück. Nach vorliegenden Zahlen für Januar bis September 2021 verringerten sich die Exporte von





Schweinefleisch um 6 Prozent. Der Grund liegt hauptsächlich in den gesunkenen Lieferungen außerhalb der EU. Die Lieferungen in die EU-Partnerstaaten sind dagegen stark angestiegen.

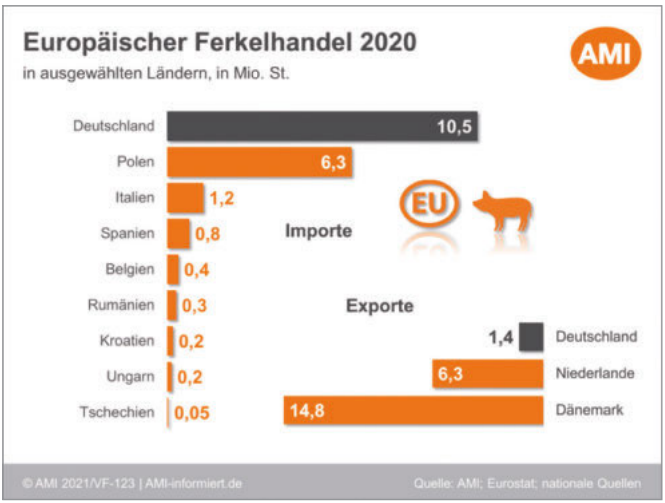
Ausfuhr und Einfuhr von lebenden Schweinen

Bis Ende des Jahres 2021 dürften 9,8 Millionen Ferkel und 1,1 Millionen Schlachtschweine von außerhalb der Grenzen Deutschlands eingeführt worden sein. Das ist erheblich weniger als im Vorjahr. Die Hauptlieferanten sind Dänemark und die Niederlande. Die durch Corona eingeschränkten Schlachtkapazitäten und die schwächere Nachfrage nach Schweinefleisch führten bereits in 2020 zu einem starken Rückgang des Importbedarfs. Aus Deutschland ins Ausland verkauft werden 2021 voraussichtlich nur rund 1,6 Millionen Schlachtschweine und Ferkel. Das ist deutlich weniger als im Vorjahr. Zu den größten Abnehmern von deutschen Schweinen zählen Österreich, Polen und Ungarn.

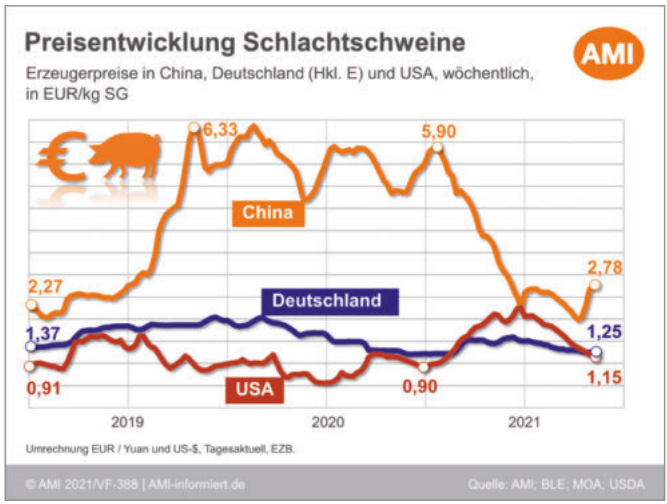
Massiver Einbruch der Erzeugerpreise

Die Schwankungen bei den Ferkel- und Schweinepreisen sind in den vergangenen Jahren größer geworden. In 2020 kam eine Reihe von Ereignissen zusammen, die zu außerordentlichen Preiseinbrüchen führten. Zunächst waren es im Frühjahr die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pande-











mie und die damit verbundene Schließung der Gastronomie. Hinzu kamen Corona begründete (Teil-) Schließungen von Schlachtbetrieben. Dann war es im September das Auftreten der Afrikanischen Schweinepest in Deutschland, verbunden mit einem Exportstopp von Schweinefleisch in Drittländer. Diese Ereignisse wirken im Jahr 2021 nach. Der daraus resultierende Marktdruck führt nach Einschätzungen der AMI im Jahresdurchschnitt 2021 zu einem Preisniveau für Schlachtschweine (Klasse E), das um gut 14 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahresstand liegt. Bei Ferkeln wird sogar ein Preisminus von etwa 31 Prozent geschätzt. In Abhängigkeit von der weiteren Marktentwicklung werden jedoch im weiteren Jahresverlauf und Anfang 2022 wieder deutlich anziehende Preise für möglich gehalten.





Anstieg der globalen Geflügelfleischerzeugung setzt sich fort

Die globale Produktion von Geflügelfleisch steigt 2021 nach Einschätzung der FAO um 1,1 Prozent auf 135,4 Millionen Tonnen. Größter Geflügelfleischproduzent der Welt ist mittlerweile China, das versucht, den starken Rückgang seiner Schweinefleischerzeugung infolge der Afrikanischen Schweinepest (ASP) unter anderem über eine deutlich größere Geflügelfleischerzeugung ein stückweit auszugleichen. China ist mit einer Geflügelfleischerzeugung von 22,8 Millionen Tonnen (2021) der zweitgrößte Geflügelfleischerzeuger der Welt. Nur die USA produzieren mit 23,2 Millionen Tonnen noch mehr Geflügelfleisch. Es folgen Brasilien mit 14,9 Millionen Tonnen und die EU-27 mit 13,6 Millionen Tonnen. Etwa 90 Prozent der Welterzeugung an Geflügelfleisch sind Hähnchen. Der Trend der zunehmenden Beliebtheit von Hähnchenfleisch aufgrund von veränderten Verzehrgewohnheiten und des relativ günstigen Preises hält weltweit an. Für 2022 rechnet das USDA mit einem Wachstum der globalen Hähnchenfleischerzeugung von knapp 2 Prozent.

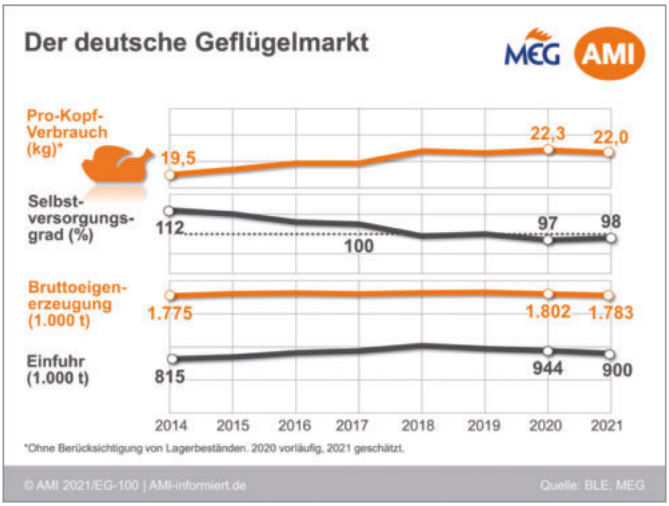
Weltagrarmärkte – Geflügelfleisch, in 1.000 Tonnen Schlachtgewicht

	Erzeugung		Importe		Exporte	
	2020[1)]	2021[2)]	2020[1)]	2021[2)]	2020[1)]	2021[2)]
Welt	**133.947**	**135.357**	**13.550**	**13.576**	**15.492**	**15.524**
China	22.286	22.783	2.189	1.914	583	616
Indien	3.893	4.077	.	.	4	3
Indonesien	3.316	3.225	.	.	2	2
Iran	2.336	2.285	.	34	67	42
Japan	2.353	2.359	1.239	1.266	10	7
Malaysia	1.657	1.667	71	95	52	55
Thailand	1.748	1.764	2	2	1.174	1.206
Türkei	2.197	2.214	45	42	572	617
Südafrika	1.965	1.983	486	444	57	56
Mexiko	3.617	3.688	1.001	1.068	12	10
Argentinien	2.316	2.326	7	11	227	212
Brasilien	14.391	14.947	5	5	4.080	4.332
Kanada	1.472	1.534	211	214	173	177
USA	23.130	23.193	159	166	3.911	3.964
EU-27	**13.679**	**13.556**	**629**	**544**	**2.397**	**2.177**
Russland	4.620	4.577	238	240	319	317
Ukraine	1.431	1.378	114	136	436	438
Australien	1.320	1.353	3	2	45	43

Quelle: FAO Stand: November 2021 1) Geschätzt 2) Prognose SB22-T62-4







EU-Erzeugung rückläufig

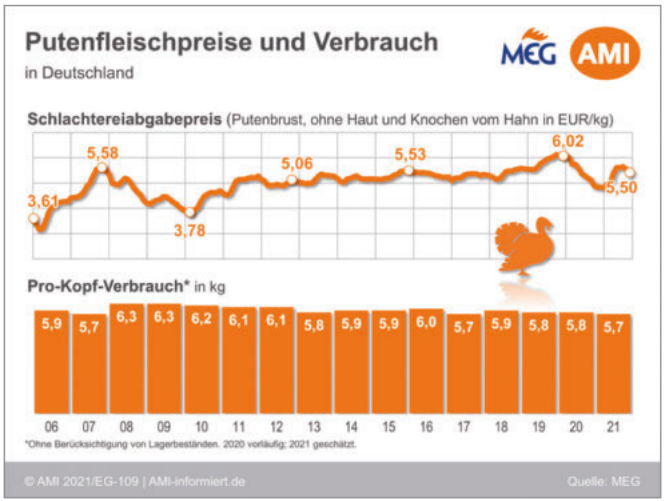
Die Geflügelmast in der EU-27 wurde in den vergangenen Jahren mehr und mehr ausgebaut. Dieser Trend setzte sich in 2021 allerdings nicht fort. Die EU-Erzeugung von Hähnchen, die die Geflügelfleischerzeugung mit einem Anteil von 82 Prozent dominiert, dürfte 2021 mit 11,1 Millionen Tonnen das Vorjahresniveau um 2,8 Prozent unterschreiten. Der Rückgang der Erzeugung in vielen Produktionsländern ist auch auf die Corona-Epidemie zurückzuführen. Der Bedarf an Geflügelfleisch im Außer-Haus-Verbrauch fiel in etlichen Mitgliedsländern zeitweise gering aus. Insbesondere exportorientierte Länder hatten Absatzprobleme. Die EU-Putenerzeugung ging in 2021 ebenfalls deutlich zurück (- 5,5 Prozent). Sie macht mit knapp 1,9 Millionen Tonnen 14 Prozent an der EU-Erzeugung von Geflügelfleisch aus. Auf die EU-Entenerzeugung entfallen rund 4 Prozent der EU-Geflügelfleischerzeugung. Nach Einschätzung der MEG wird sich die Geflügelfleischerzeugung in 2022 nicht wesentlich erholen können.

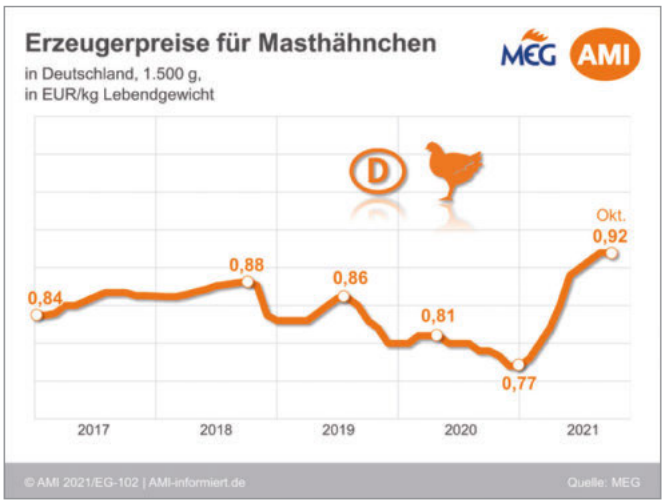
Auch deutsche Geflügelerzeugung rückläufig

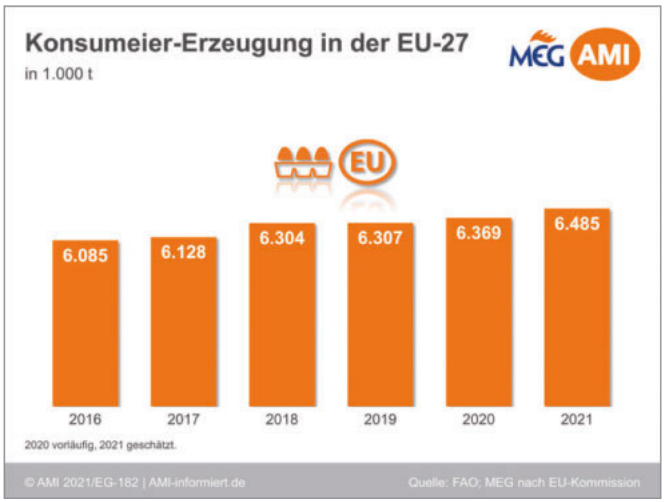
Die deutsche Bruttoeigenerzeugung an Geflügelfleisch wird für 2021 auf 1,783 Millionen Tonnen Schlachtgewicht geschätzt. Das sind gegenüber dem Vorjahr 19.000 Tonnen oder 1,0 Prozent weniger. Mit etwa 77 Prozent entfällt der

Geflügel hat die beste Futterverwertung

Der weltweite Trend zur Erzeugung von Geflügelfleisch hängt mit der im Vergleich zur Erzeugung anderer Fleischarten relativ kostengünstigen Futterverwertung des Federviehs zusammen. Steigen die Futterkosten, ist der Trend zur Geflügelfleischerzeugung besonders stark ausgeprägt, vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern. In modernen Mastbetrieben ist heute etwa 1,8 Kilogramm Futter nötig, um 1 Kilogramm Hähnchenfleisch zu erzeugen.



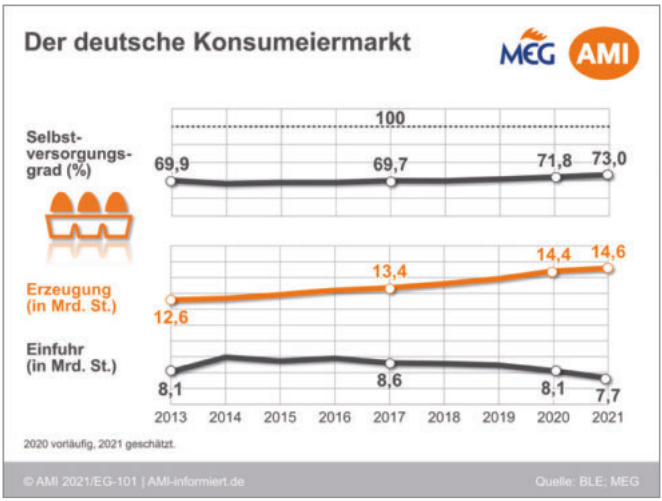


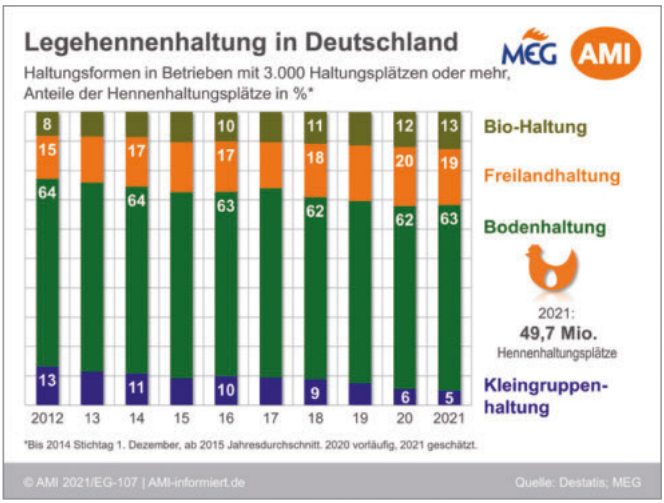


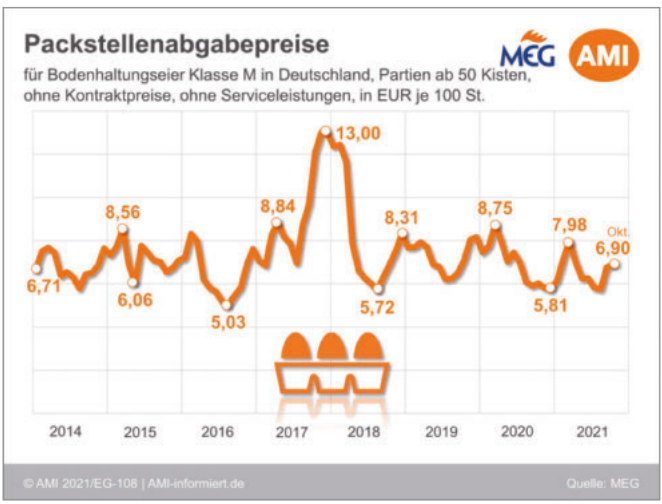
mit Abstand größte Teil auf Hähnchenfleisch. Während die Erzeugung von Hähnchenfleisch 2021 gegenüber Vorjahr unverändert geblieben sein dürfte, ist die Putenfleischerzeugung dagegen deutlich zurückgegangen. Für 2022 wird für Deutschland mit einer kaum veränderten Geflügelerzeugung gerechnet.

Erzeugerpreise für Hähnchen in 2021 über Vorjahreslinie

Nach tendenziell rückläufigen Erzeugerpreisen für Masthähnchen in 2019 und 2020 konnte sich die preisliche Situation seit Anfang 2021 deutlich erholen. Für den Durchschnitt des Jahres 2021 erwarten Experten der MEG für Deutschland einen Erzeugerpreis für Masthähnchen (1.500 g) von rund 0,87 Euro je Kilogramm. Das







sind gegenüber 2020 knapp 9 Prozent mehr. Der Blick auf den Hähnchen- und Putenfleischmarkt in 2022 ist von vielen Unwägbarkeiten geprägt.

Welt-Eierproduktion wächst weiter

Die Welt-Eierproduktion wächst jährlich um 1 bis 2 Prozent. Nach Einschätzung von Experten wird die Hennenhaltung zur Versorgung der Weltbevölkerung mit hochwertigem tierischem Eiweiß mittel- und langfristig eine hohe Bedeutung behalten. Ein Drittel aller Eier weltweit werden in China erzeugt.

Steigende EU-Eiererzeugung

Die EU-Bruttoeigenerzeugung an Konsumeiern wird für 2021 auf 6,485 Millionen Tonnen geschätzt. Das sind gegenüber dem Vorjahr 1,8 Prozent mehr. Frankreich ist der größte Konsumeierproduzent in der EU, dicht gefolgt von Deutschland, dahinter folgen Spanien, Italien und die Niederlande. Der Anstieg der deutschlandweiten Produktion von Konsumeiern setzte sich auch 2021 weiter fort. Nach plus 1,3 Prozent in 2021 wird in 2022 ein marginaler Zuwachs der Eiererzeugung prognostiziert. Der deutsche Selbstversorgungsgrad an Konsumeiern wird für 2021 auf 73 Prozent geschätzt.

Die meisten Eier in Deutschland kommen aus der Bodenhaltung

Mit deutlichem Abstand ist in Deutschland die Bodenhaltung die wichtigste Haltungsform für Legehennen. Im Jahr 2021 wurden 63 Prozent der Legehennen in Bodenhaltung gehalten. Weitere 19 Prozent der Hennen entfielen auf die Freilandhaltung. Auf rund 13 Prozent ist der Anteil der Legehennen in Bio-Haltung gestiegen. Ein stetiger leichter Abbau ist bei den Plätzen in der Kleingruppenhaltung zu beobachten.

Eierpreise unter Vorjahr

Das Erzeugerpreisniveau für Bodenhaltungseier der Klasse M wird 2021 auf 6,70 Euro je 100 Stück veranschlagt. Das sind gegenüber dem Vorjahr 22 Cent oder 3,2 Prozent weniger.

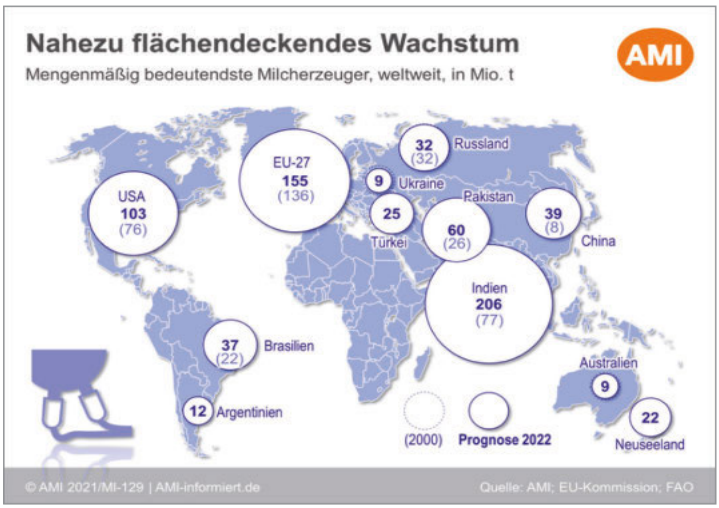
Welt-Milcherzeugung wächst weiter

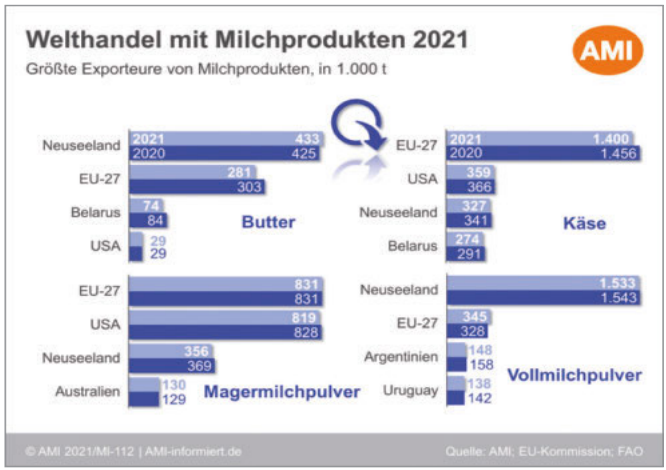
Der Weltmilchmarkt wächst weiter. Die Weltmilchmenge wird von der FAO für 2021 auf 928,1 Millionen Tonnen geschätzt. Das sind gegenüber 2020 1,5 Prozent mehr. Dabei gehen die Experten von steigenden Tendenzen in allen Regionen der Welt aus, besonders aber in Asien und Nordamerika. Indien bleibt dabei vor der EU-27 und den USA der weltweit größte Milchproduzent.

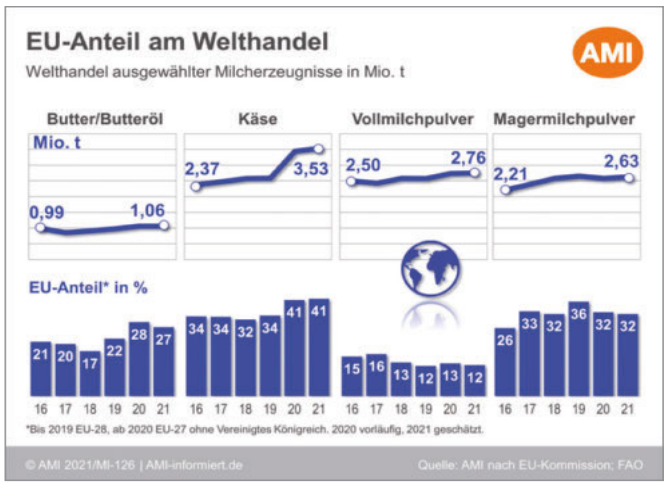
Weltagrarmärkte – Weltversorgung mit Milch
in Millionen Tonnen Milchäquivalente

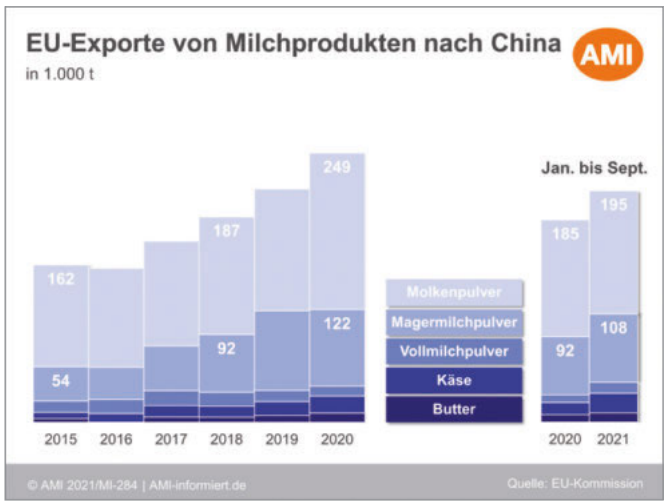
	2019	2020[1)]	2021[2)]	%-Veränd. 2021 zu 2020
Weltweite Erzeugung	**895,9**	**914,3**	**928,1**	**1,5**
Grenzüberschreitender Handel	77,7	86,0	89,6	4,2
Pro-Kopf-Verzehr von Milchprodukten in kg/Jahr	116,1	117,2	117,7	0,5
FAO Milchpreisindex 2014-2016=100 (Jan.-Okt.)	**103**	**102**	**117**	**16,5**

Quelle: FAO Stand: November 2021 1) geschätzt 2) Prognose SB22-T62-5









Weiter leichtes Mengenwachstum in der EU

Die EU 27-Milcherzeugung wird von der Europäischen Kommission 2021 auf 155,4 Millionen Tonnen geschätzt. Das ist ein leichtes Plus gegenüber dem Vorjahr von 0,4 Prozent. Die EU-27 hat einen Anteil an der Welterzeugung von 18 Prozent. Für das Jahr 2022 prognostiziert die AMI eine weitere leicht zunehmende EU-Milcherzeugung (+ 0,6 Prozent).

Welthandel mit Milchprodukten

Der Welthandel mit Milchprodukten steigt 2021 nach FAO-Angaben voraussichtlich auf 89,6 Millionen Tonnen (gegenüber Vorjahr + 4,2 Prozent). Hauptimporteure von Milchprodukten sind die Länder Asiens. Auf sie entfallen 60 Prozent der globalen Milchimporte. Den mit Abstand größten Importzuwachs verzeichnet China. In Milchäquivalenten gemessen sind das gegenüber 2020 4,9 Millionen Tonnen oder 29 Prozent mehr. Auf der Exportseite ist die EU-27 mit 26,2 Millionen Tonnen der weltweit größte Exporteur von Milch und Milchprodukten. Ihr Exportwachstum wird für 2021 auf 0,3 Millionen Tonnen oder 1,3 Prozent geschätzt.

29 Prozent des Weltmilchhandels entfallen auf die EU

Umgerechnet in Milchäquivalente entfallen 29 Prozent des Weltmilchexports (26,2 Mio. t) auf die

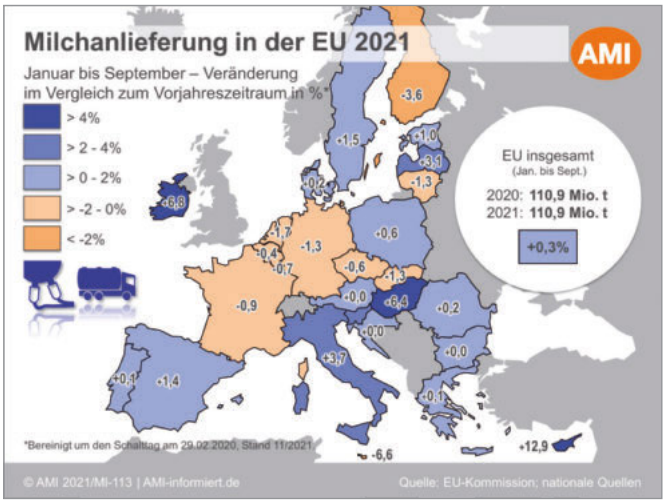
Europäische Union. Weitere 23 Prozent (20,9 Mio. t) entfallen auf Neuseeland, 15 Prozent (13,8 Mio. t) auf die USA. Wirtschaftswachstum und geänderte Ernährungsgewohnheiten beflügeln tendenziell den internationalen Handel mit Milch und Milchprodukten.

Integration der EU in den globalen Milchmarkt schreitet voran

2021 sind auf Grund der Nachfrage aus den Entwicklungs- und Schwellenländern gut 16 Prozent der von Bauern in der EU erzeugten Milch (umgerechnet in Milchäquivalente) in Drittländer außerhalb der EU exportiert worden. Zunehmende Bedeutung hat in den letzten Jahren der EU-Export von Milch und Milchprodukten nach China gewonnen. Im Neunmonatszeitraum Januar bis September 2021 waren die EU-Exporte nach China gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum deutlich gestiegen.

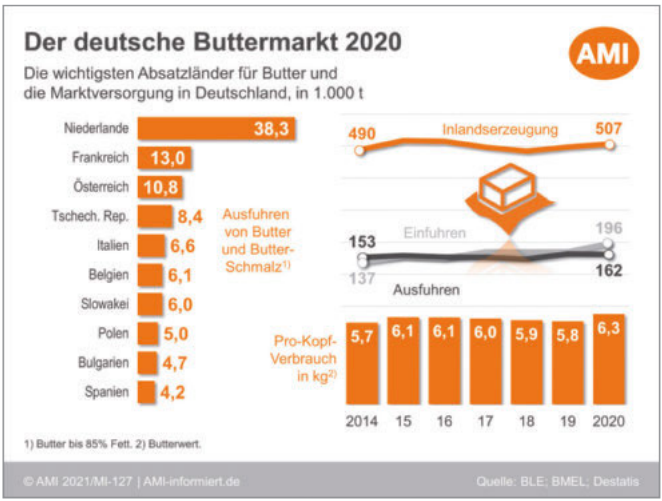
Etwas weniger Milch in Deutschland

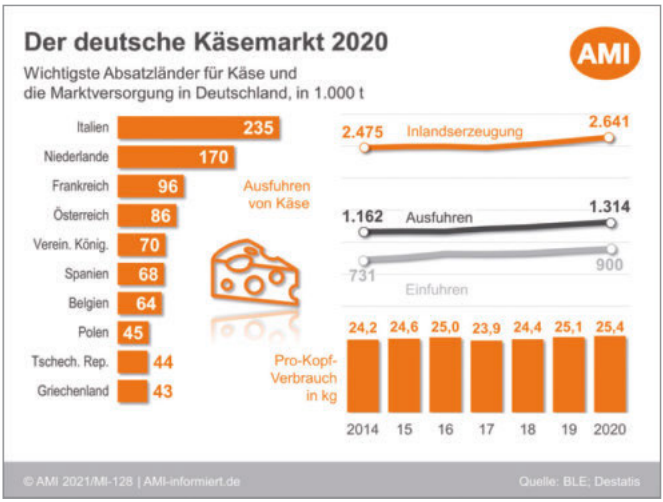
Von Januar bis September 2021 haben die deutschen Molkereien bezogen auf den Erzeugerstandort 1,3 Prozent weniger Milch erfasst als im Vorjahr. Für die EU-27 insgesamt ergibt sich in den ersten drei Quartalen des Jahres 2021 allerdings ein leichtes Wachstum von etwa einem halben Prozent. Die Milchanlieferung in der EU hat sich bis September 2021 recht nah an der Vorjahreslinie bewegt.

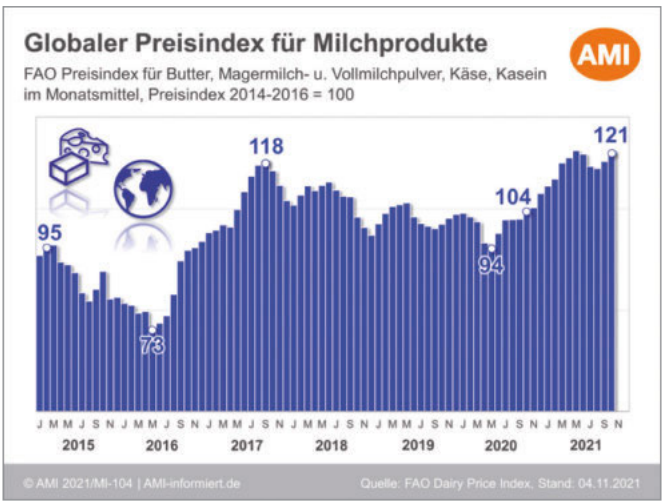












Fast die Hälfte der Milch wird zu Käse

Der größte Teil der deutschen Milcherzeugung fließt in die Käseverarbeitung. Im Jahr 2019 wurden 47 Prozent der angelieferten Milch in die Käsereien gelenkt. Die Vermarktung von Käse hat daher einen hohen Einfluss auf die Milcherlöse. Auch die Verwertung der Milch in Form von Konsummilch und Frischprodukten oder von Butter hat mit Anteilen von jeweils 25 Prozent einen maßgeblichen Einfluss auf die Milchverwertung.

Uneinheitliche Entwicklung beim Export

Die deutschen Exporte von Milchprodukten haben sich in den ersten neun Monaten des Jahres 2021 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum uneinheitlich entwickelt. Während die Exporte von Käse, Molkenpulver sowie Vollmilchpulver zulegten, konnten die Vorjahresmengen bei Magermilchpulver sowie Butter nicht erreicht werden. Das Aushängeschild für den deutschen Export von Milchprodukten ist der Käse.

Weltmarkt für Milchprodukte mit stabilen Preistendenzen

Der FAO-Preisindex für Milchprodukte auf dem Weltmilchmarkt zeigte auch im Oktober 2021 stabile Tendenzen. Mit 121 erreichte der Index einen Stand, der um gut 2 Prozent über dem Vormonatswert und fast 16 Prozent über dem

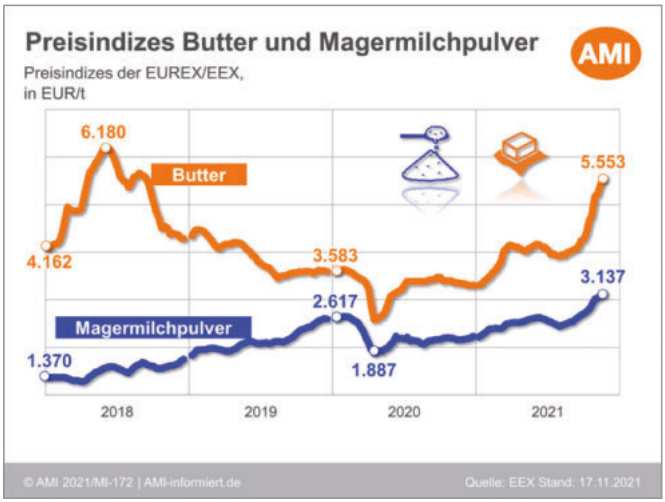
entsprechenden Vorjahreswert lag. Angesichts einer lebhaften globalen Importnachfrage legten im Oktober insbesondere die internationalen Preisnotierungen für Milchpulver und Butter zu.

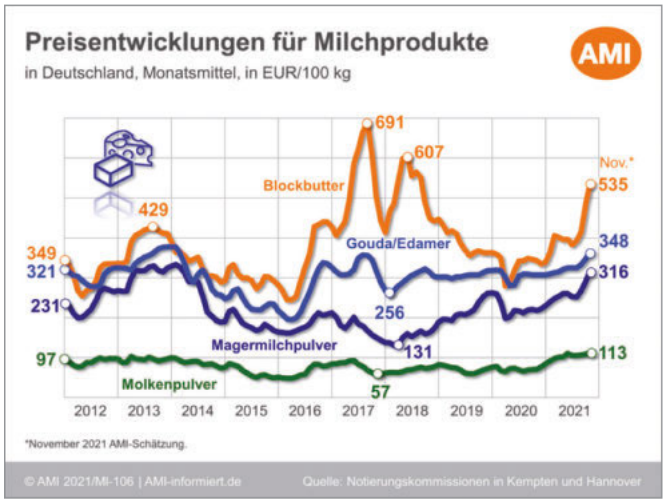
Corona-Effekte

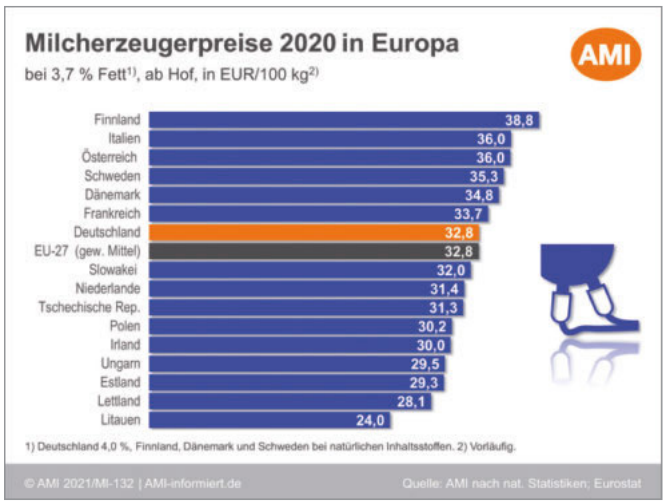
Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen veränderten das Konsumverhalten der Verbraucher im Jahr 2020 kräftig. Statt Kantine oder Restaurant hieß es besonders während der Lockdowns für viele Haushalte „Ran an den Herd". So mussten deutlich mehr Molkereiprodukte und andere Lebensmittel als zuvor für den Verzehr zu Hause eingekauft werden. Im zweiten Jahr der Pandemie ist der Corona-Effekt bereits wieder abgearbeitet. Bis auf Käse hat in den ersten drei Quartalen 2021 keine Warengruppe so hohe Einkaufsmengen wie im Jahr zuvor verzeichnen können.

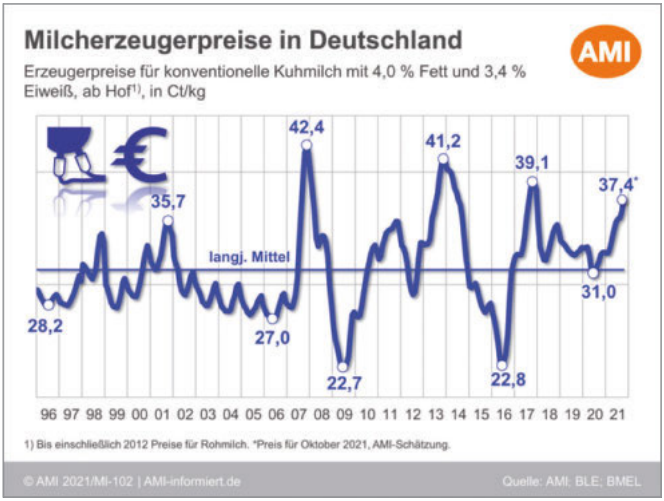
Knappes Angebot führt zu festen Preisen bei Milchprodukten

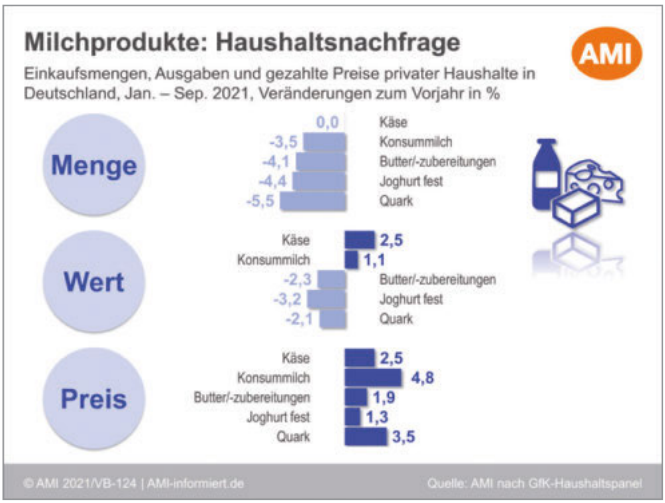
Die Preise für Milchprodukte wie Butter, Käse und Milchpulver sind in Deutschland in den ersten 10 Monaten des Jahres 2021 produktübergreifend gestiegen. Ausschlaggebend hierfür war vor allem das begrenzte Angebot. Lediglich in den Sommermonaten kam es zu einer leichten Preisdelle auf Grund der ferienbedingt ruhigeren Nachfrage. In der zweiten Jahreshälfte spitzte sich die Ange-

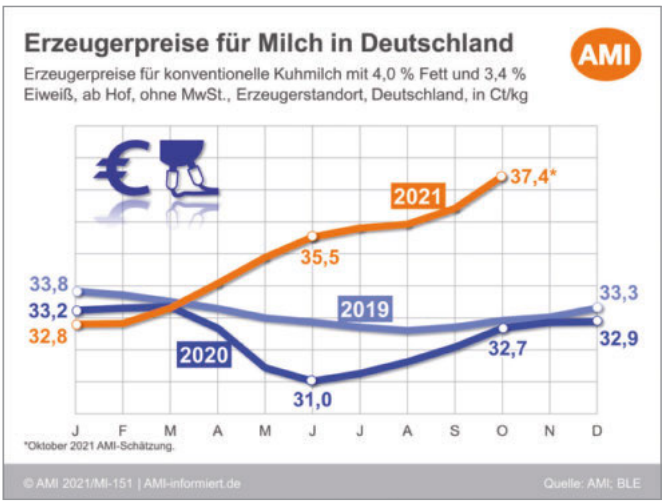












botssituation vor dem Hintergrund der abnehmenden Rohstoffverfügbarkeit produktübergreifend zu, was den Preisanstieg beflügelte.

Weitere Festigung der Erzeugerpreise für Milch

Die Erzeugerpreise für konventionell erzeugte Milch mit 4,0 Prozent Fett und 3,4 Prozent Eiweiß lagen im Durchschnitt der Monate Januar bis Oktober 2021 bei 34,6 Cent je Kilogramm. Das sind 2,4 Cent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Für das gesamte Jahr 2021 schätzt die AMI einen Milcherzeugerpreis von 36,0 Cent je Kilogramm. Das sind gegenüber dem Vorjahr rund 3,2 Cent oder fast 10 Prozent mehr. Der Blick auf die Preisentwicklung im Jahr 2022 ist zwar mit vielen Unsicherheiten behaftet, lässt aber zumindest für das erste Quartal 2020 weiterhin feste Preistendenzen erwarten. Das zeigt auch ein Blick auf den Weltmarkt für Milch und Milchprodukte.

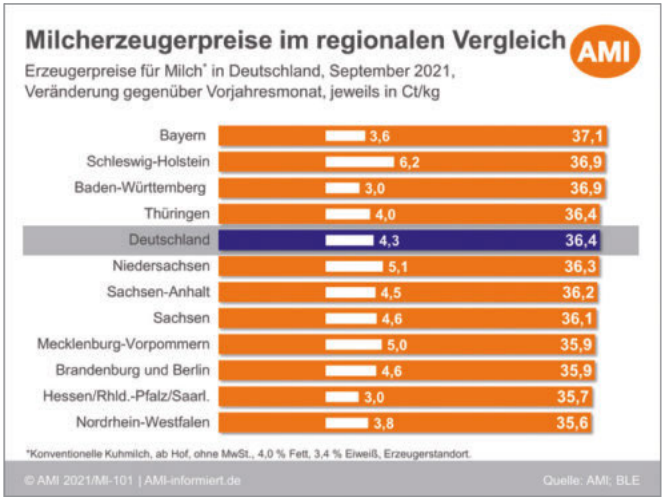
Regionale Milchpreisunterschiede

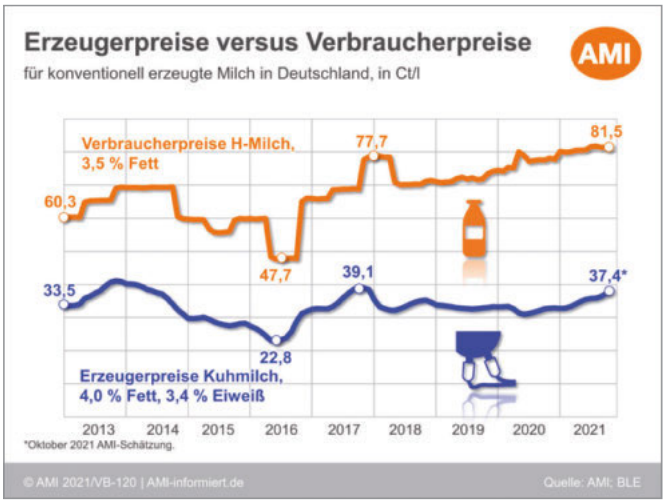
In Abhängigkeit von Molkerei und Region sind Unterschiede in der Ausprägung der Preisentwicklungen zu verzeichnen. Im September 2021 lagen die Milcherzeugerpreise in Deutschland im bundesweiten Mittel nach Feststellungen der AMI bei 36,4 Cent je Kilogramm Milch mit 4,0 Prozent Fett und 3,4 Prozent Eiweiß. Mit 37,1 Cent je Kilogramm Milch waren die Milchpreise in Bayern am höchsten und mit

35,6 Cent je Kilogramm in Nordrhein-Westfalen am niedrigsten.

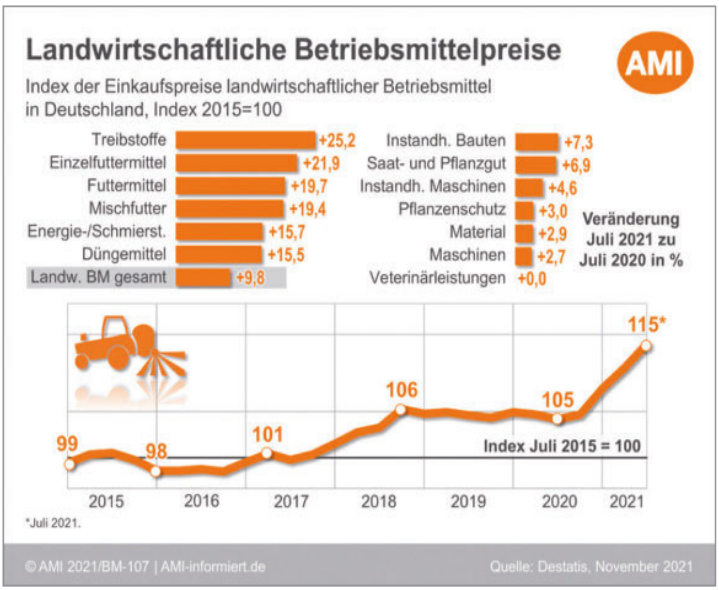
Erzeugerpreise versus Verbraucherpreise

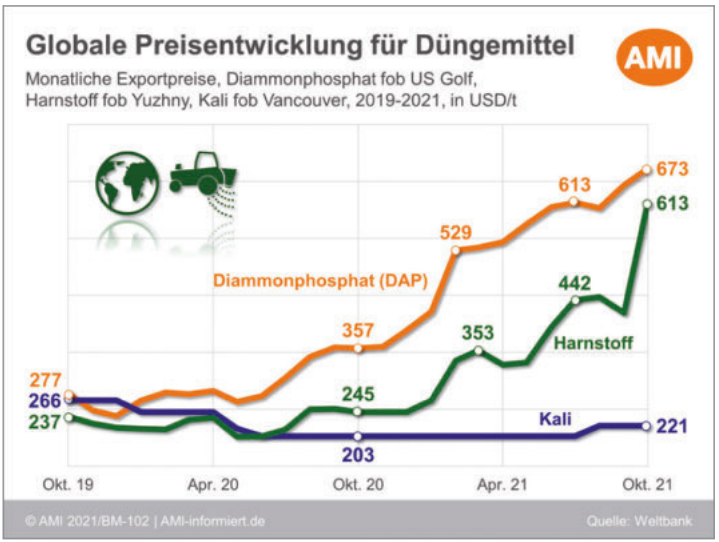
Ein Vergleich der Entwicklungen von Erzeuger- und Verbraucherpreisen zeigt, dass der Lebensmittelhandel Preisanpassungen im Einkauf tendenziell an die Verbraucher weitergibt. Allerdings erfolgt dies nach Vorgabe der Kontraktlaufzeiten, die in der Regel für Milchfrischeprodukte sechs Monate umfassen. Somit folgen die Verbraucherpreise für Milch und Milchprodukte den Entwicklungen auf der Verarbeitungsstufe zumeist zeitverzögert.





6.3 Betriebsmittel / Futtermittel





Betriebsmittel erheblich teurer als vor einem Jahr

Die Landwirte in Deutschland haben für Betriebsmittel und Dienstleistungen im Juli 2021 im Durchschnitt 9,3 Prozent mehr gezahlt als ein Jahr zuvor. Erheblich teurer sind Futter-, Düngemittel sowie Energie und Schmierstoffe geworden. Sie verteuerten sich binnen eines Jahres um 16 bis 20 Prozent. Bauten und Maschinen sowie ihre Unterhaltung kosteten zwischen 4 und 7 Prozent mehr.

Energiepreisabhängigkeit der Landwirtschaft

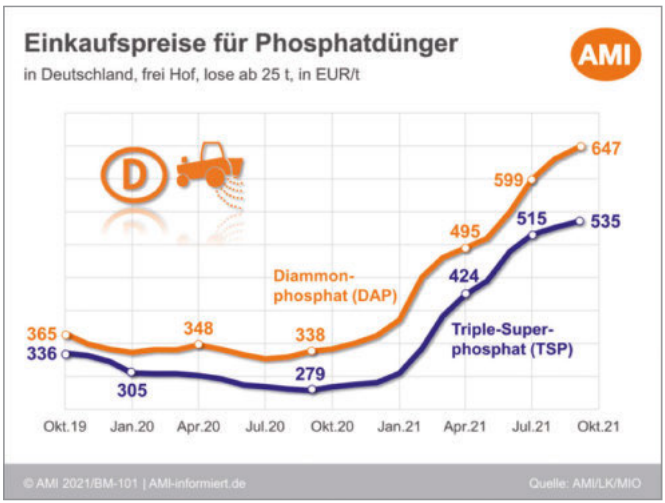
Die Landwirtschaft setzt neben Strom, Treib- und Schmierstoffen weitere energieintensive Betriebsmittel wie Düngemittel ein. Die Entwicklung der Energiepreise ist für die Landwirtschaft daher von großer Bedeutung. Steigende Erdölpreise verteuern die landwirtschaftliche Produktion ebenso wie die seit Beginn 2021 eingeführte CO_2-Abgabe. Nach starkem Einbruch der Erdölpreise in März und April 2020 als Folge der weltweiten Corona-Krise haben sich die Preise für Rohöl der Sorten WTI und Brent wieder deutlich erholt. Der Jahresdurchschnittspreis für 2020 betrug gut 42 US-Dollar je Barrel. Die sich von den Auswirkungen der Corona-Pandemie wieder erholen-

de Weltwirtschaft ließ die Energiepreise in 2021 weiter stark steigen. Im Oktober 2021 überschritten die Rohöl-Future-Kontrakte wieder die 80-Dollar-Marke. In den Industrieländern wurde die Wirtschaft auch durch Lieferkettenprobleme und massive Engpässe in den Containerhäfen regelrecht ausgebremst. Die Preise schnellten hoch, die Erdgas- und Kohlekontrakte dabei noch am steilsten. Für Rohöl kamen Anfang November 2021 sogar die 85 US-Dollar je Barrel der Marke Brent in Reichweite.

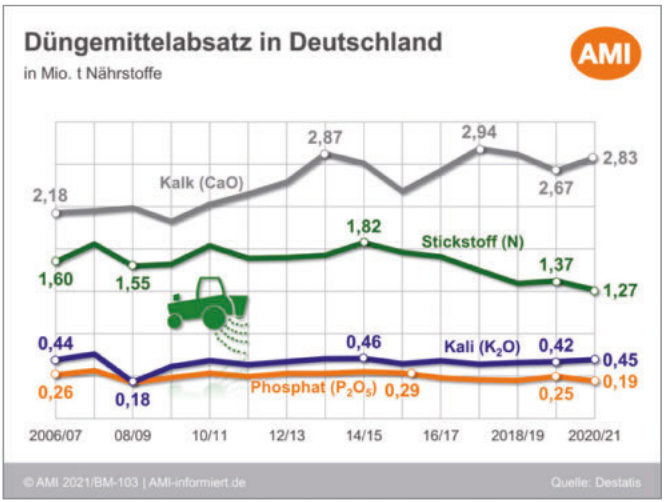
„Preisexplosion" bei Düngemitteln

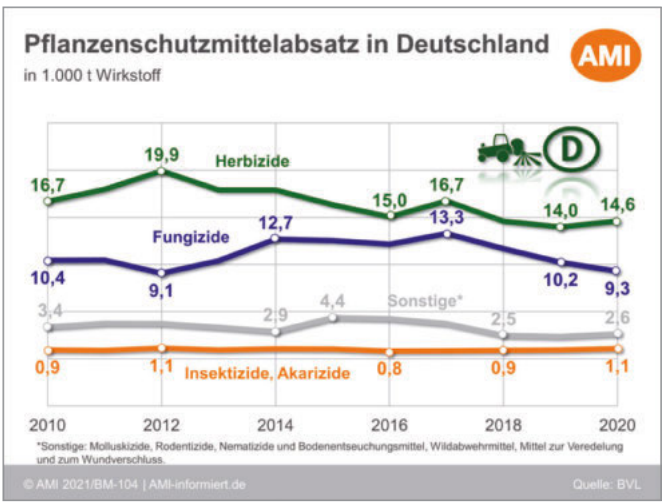
Getrieben von weltweit hoher Nachfrage und der enormen Verteuerung von Energieträgern sind die Preise für Düngemittel im Laufe des Jahres 2021 regelrecht explodiert. Der extreme Anstieg der Düngemittelpreise hat auch diverse andere Gründe. Hohe Preise für Getreide- und Ölsaaten haben in einigen Regionen der Welt die Nachfrage nach Düngemitteln stark gesteigert. Die Frachtpreise in der Seefahrt sind deutlich gestiegen, zudem ist das Angebot knapp. Ein Hurrikan im September hatte wichtige Produktionsanlagen an der US-Golfküste zerstört. Andernorts sorgten Brände und technische Probleme für Produktionsausfälle. China hat Engpässe in der Energieversorgung und drosselt die Exporte von Harnstoff und Phosphordüngern. Die Kosten für die Herstellung von Stickstoffdüngern hängen ganz wesentlich von den Gaspreisen ab. Die globalen Gaspreise schossen im Laufe des Jahres 2021 in die Höhe, nachdem viele Industrienationen nach der erzwungenen Corona-Pause wieder durchstarteten. Insbesondere die boomende Nachfrage in Asien und knapp gefüllte Gasspeicher in Europa trieben die Forderungen nach oben. Das führte dazu, dass Stickstoffproduzenten ihre Produktion aus Gründen einer unzureichenden Rentabilität zum Teil massiv zurückgefahren haben.





Die Harnstoffpreise in Deutschland erreichten im Oktober 2021 die Marke von 765 Euro je Tonne frei Hof für Standardware. Das waren 52 Prozent mehr als noch im Vormonat und markiert einen Preisplus gegenüber Vorjahr von durchschnittlich 164 Prozent. AHL legte sogar auf Jahressicht auf 538 Euro je Tonne um 236 Prozent zu. Kalkammonsalpeter (KAS) verteuerte sich um 222 Prozent auf 583 Euro je Tonne.





Auch Kali- und Phosphordünger extrem teuer geworden

Während die Herstellung von Stickstoffdüngemitteln von Erdgas- und damit von Energiepreisen abhängt (Haber-Bosch-Verfahren), werden Kali und Phosphor aus Lagerstätten gewonnen. Aber auch diese Nährstoffe haben sich zusammen mit der geringen Verfügbarkeit, der verteuerten und knappen Transportkapazitäten sowie der regen Nachfrage am Weltmarkt aufgrund wachsender Anbauflächen stark verteuert. Diammonphosphat frei Hof zum Beispiel wurde im Oktober 2021 mit 647 Euro je Tonne bewertet, was fast doppelt so viel war wie noch im Oktober 2020 (338 Euro je Tonne). Marktexperten gehen davon aus, dass Angebot und Nachfrage wieder stärker ins Lot kommen und die Düngemittelpreise wieder deutlich sinken werden, sobald die Preisspitze bei Erdgas überschritten ist.

Einsatz von Stickstoff- und Phosphatdüngern in 2021 stark zurückgegangen

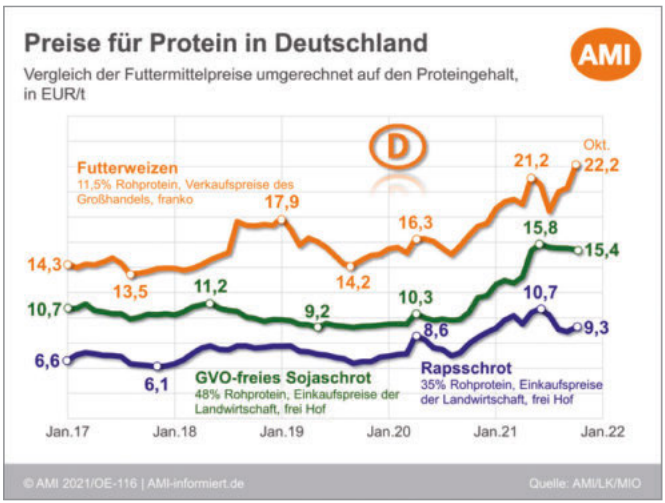
Der Düngemittelabsatz in Deutschland hat sich im Wirtschaftsjahr 2020/21 kaum verändert. Insgesamt wurden 4,73 Millionen Tonnen vermarktet und damit mit plus 0,5 Prozent kaum mehr als im Vorjahr. Besonders Kalk wurde von den Landwirten umfangreicher eingesetzt. Hier erhöhte sich der Absatz gegenüber Vorjahr um knapp 6 Prozent auf 2,8 Millionen Tonnen. Die Verkaufsmenge von Stickstoffdüngern ist indes 2020/21 geschrumpft, und zwar um knapp 8 Prozent auf 1,27 Millionen Tonnen. Einen noch deutlicheren Rückgang verzeichnen die Phosphatdünger, die ein Minus von 22 Prozent aufweisen. Die 192.200 Tonnen Phosphatdünger markieren das geringste Volumen seit 2008/09. An Kalidüngern wurden mit 446.400 Tonnen etwa 6 Prozent mehr als 2019/20 abgesetzt.

Trockenheit begrenzte Fungizid-Bedarf in 2020

Der Pflanzenschutzmittelabsatz in Deutschland stieg 2020 marginal um 0,4 Prozent auf 27.600 Tonnen Wirkstoff an. Dabei verzeichneten die meisten Wirkstoffgruppen ein Plus, außer Fungizide, die aufgrund der trockenen Anbaubedingungen nicht im üblichen Maße notwendig waren. Fungizide wurden gegenüber Vorjahr 9 Prozent weniger eingesetzt. Demgegenüber stieg der Herbizid-Absatz um 5 Prozent.

Dabei wurde der geringere Einsatz von Getreideherbiziden aufgrund der geschrumpften Wintergetreidefläche durch Mehrverbrauch auf der größeren Mais- und Rapsfläche mehr als kompensiert. Gleiches gilt für den Verbrauch an Insektiziden, der allerdings um 14 Prozent zugenommen hat. Ebenfalls zugenommen hat der Einsatz von sonstigen Pflanzenschutzmitteln. Vor allem Mittel zur Bekämpfung von Nagetieren oder Schnecken mussten häufiger angewendet werden, während Wachstumsregulatoren im Getreide aufgrund der Trockenheit seltener zum Einsatz kamen.



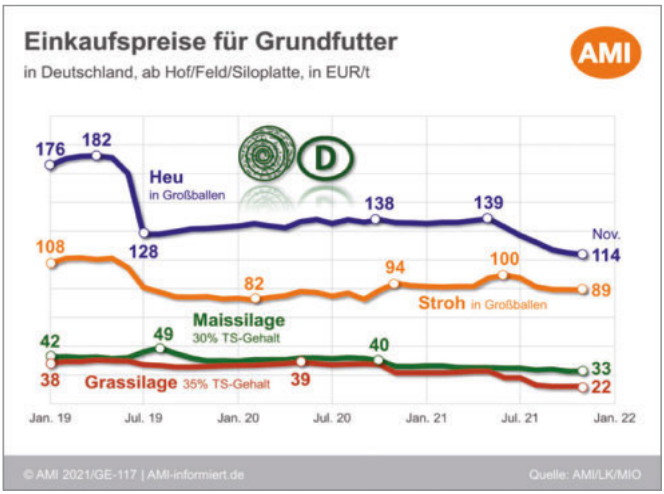


Mischfutterpreise 20 Prozent teurer als im Vorjahr

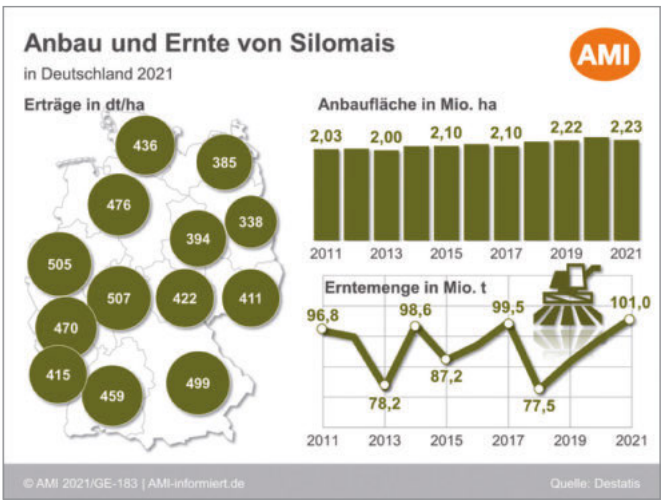
Die Mischfutterpreise sind seit dem Herbst 2020 kräftig angezogen. Sie erreichten im November 2021 neue Höchststände mit einem Plus von 4 bis 6 Prozent zum Vormonatsniveau. Gegenüber Vorjahr bedeutet das ein Anstieg von rund 20 Prozent, was vor allem für den Veredlungssektor bei gleichzeitig sinkenden Erlösen eine prekäre Kosten-Nutzen-Situation zur Folge hat.

Noch nie war Eiweiß aus Pflanzen so teuer

Der Futtermittelmarkt wird zu einem erheblichen Teil von den Preisentwicklungen bei den Eiweißkomponenten geprägt. Wie die Preise bei Getreide und Ölsaaten insgesamt sind auch die Proteinpreise in Weizen und Ölschroten im Laufe des Jahres 2021 kräftig angestiegen. Gründe dafür sind die weltweit gute Nachfrage nach diesen Proteinträgern sowie die Sorge vor Lieferengpässen wegen der extrem verteuerten Energieträger Öl und Gas und den limitierten Frachtkapazitäten. Zusätzlich begrenzten die teils unbefriedigenden Ernten, so an GVO-freiem Soja in Brasilien, die Verfügbarkeit und verteuerten zusätzlich. Die Proteinpreise für Rapsschrot sind mit Stand Oktober 2021 mit einem Plus von 17 Prozent gegenüber Vorjahr noch am konkurrenzfähigsten, während für Weizeneiweiß mit einem Plus von 34 Prozent oder für gentechnikfreies Sojaschrot mit einem Plus von 48 Prozent deutlich tiefer in die Tasche gegriffen werden musste.







Einkaufspreise für Grundfutter deutlich unter Vorjahr

Das Erntejahr 2021 ist geprägt von reichlichen Raufutteraufkommen. Die Silomaisernte erreichte 2021 trotz etwas geringerer Anbaufläche mit 101 Millionen Tonnen einen neuen Rekordwert. Das sind gegenüber dem Vorjahr 7 Prozent mehr. Das spiegelt sich auch in den Preisen wider, die deutlich unter die Vorjahreslinie gerutscht sind. So kostet Maissilage im Bundesdurchschnitt 10 Prozent weniger als im Vorjahr. Bei Grassilage ist der Preisabstand zum Vorjahr noch größer. Das Angebot an Heu ist ebenfalls reichlich und von zumeist guter Qualität, während Stroh weniger angefallen ist. Daher verzeichneten die Preise im November 2021 bei Stroh im Vergleich zum Vorjahr nur ein Minus von 5 Prozent, während für Heu sogar 16 Prozent weniger gezahlt wurde.

10,2 Millionen Hektar Fläche dienen der Futtererzeugung

Von der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland dienen nach komplexen Auswertungen der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) etwa 10,2 Millionen Hektar oder 61 Prozent der Futtererzeugung, wovon der allergrößte Teil auf Grünfutter, Futtergetreide und Silomais entfällt. Unter Berücksichtigung aller Futtermittelkomponenten konnte Deutschland den Energiebedarf der Nutztiere im Wirtschaftsjahr 2019/20 zu 90

Prozent aus inländischer Futtermittelerzeugung decken. Der entsprechende Proteinbedarf wird zu rund 70 Prozent gedeckt.

Rund 70 Prozent der Eiweißversorgung aus heimischer Erzeugung

Für die Eiweißversorgung der Nutztiere waren in Deutschland im Wirtschaftsjahr 2019/20 8,0 Millionen Tonnen sogenanntes verdauliches Rohprotein erforderlich. 5,6 Millionen Tonnen davon deckten heimisches Rau- und Grünfutter (wirtschaftseigenes Futter), wirtschaftseigenes Getreide und heimische Nebenprodukte der Rapsöl- und Bioethanolherstellung, der Lebensmittelverarbeitung sowie Körnerleguminosen ab. 2,4 Millionen Tonnen oder 30 Prozent des verfütterten Rohproteins wurden aus dem Ausland eingeführt. Der Anbau von Erbsen, Ackerbohnen, Lupinen, Soja und anderen Hülsenfrüchten ist nach Einführung der Ökologischen Vorrangflächen (ÖVF) im Rahmen der GAP in Deutschland von 92.000 Hektar (2014) auf 245.000 Hektar (2021) um das 2,7-fache angestiegen. Um die Rohprotein-Importe Deutschlands für Futterzwecke von jährlich etwa 2,4 Millionen Tonnen vollständig zu ersetzen, wäre allerdings ein zusätzlicher Anbau von Eiweißpflanzen auf einer Fläche von mindestens 1,9 Millionen Hektar erforderlich. 67 Prozent des nach Deutschland eingeführten Soja sind gentechnikfrei und zertifiziert als aus „entwaldungsfreiem“ Anbau.

Entwicklung der Investitionskosten landwirtschaftlicher Stallbauten

Haltungsverfahren	Tierplätze (TP)	Investitionsbedarf [1] 2000 Euro in 1.000 Euro	2000 Euro/TP	2010 Euro in 1.000 Euro	2010 Euro/TP	2020 Euro in 1.000 Euro	2020 Euro/TP
Milchkühe							
Liegeboxenlaufstall, zweireihig, Flüssigmist, 2x8 Fischgrätenmelkst.	81	749	9.245	886	10.941	1.137	14.040
Mastbullen							
Tretmiststall, 12 Tiere/ Bucht, F-T-V 1:2, Flüssigmistlager unter Stall	280	430,9	1.539	506,8	1.810	648,8	2.317
Mastschweine							
Geschlossener Stall, Vollspaltenboden, Breiautomaten, 40 Tiere/ Bucht	1.600	568,0	355	622,7	389	808,3	505
Zuchtsauen							
Geschlossener Stall, Spaltenboden, 1 Wochen-Rhythmus, Selbstfangfressstände	365	1.280,7	3.509	1.512,0	4.142	2.000,4	5.480
Legehennen							
Volierenhaltung, 18 Legehennen/m², Kotbandentmistung	30.000	673,8	22	799,1	27	1.054,9	35
Masthühner							
Offenstall, Kurzmast bis 1,5 kg, Besatzdichte bis 35 kg/m², 2 Futterlinien, 4 Tränkelinien	18.500	221,8	12	262,1	14	346,4	19

F-T-V = Fressplatz-Tier-Verhältnis 1) Alle Angaben ohne MwSt., Stallmodelle aus KTBL-BauKost
Quelle: KTBL SB22-T63-1





7 Internationale Agrarentwicklung

7.1 Agrarpreise und Agrarrohstoffmärkte 235
7.2 Agraraußenhandel 245

7.1 Agrarpreise und Agrarrohstoffmärkte

Wirtschaftsjahr 2020/21: Uneinheitliche Entwicklungen bei den Erzeuger- und Betriebsmittelpreisen

Während die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte im Wirtschaftsjahr 2020/21 (Juli 2020 bis Juni 2021) um 4 Prozent zurückgegangen sind, nahmen die Betriebsmittelpreise um gut 2 Prozent zu. Dabei waren die Entwicklungen bei den einzelnen Erzeugnissen und Betriebsmitteln sehr unterschiedlich. Erheblich unter Vorjahresniveau blieben im Wirtschaftsjahr 2020/21 die Erzeugerpreise für Kartoffeln und Schweine. Aber auch die Preise für Mastgeflügel verfehlten das Vorjahresniveau deutlich. Merklich höhere Preise erzielten die Landwirte im Durchschnitt des Wirtschaftsjahres dagegen für Schafe, Obst, Getreide, Raps und Gemüse. Aber auch die Rinder- und Milchpreise lagen über dem Vorjahresniveau. Auf der Betriebsmittelseite stiegen vor allem die Preise für Futtermittel kräftig an. Überdurchschnittlich verteuert haben sich Saat- und Pflanzgut sowie für die Anschaffung und Unterhaltung von Gebäuden. Dagegen verbilligte sich der Einkauf von Energie und Schmierstoffen sowie Düngemitteln.

Erzeuger- und Betriebsmittelpreisentwicklung im Vergleich – Preisindizes[1]

	Wirtschaftsjahre				%-Veränderung	
	2018/19	19/20	20/21	3. Quartal 2021[2]	2020/21 zu 2019/20	3. Quartal 2021 zu 3. Quartal 2020[2]
	2015 = 100					
Lw. Erzeugerpreise	**111,8**	**112,0**	**107,5**	**117,8**	**-4,0**	**11,9**
Getreide	115,9	101,9	112,2	134,3	10,1	29,6
Speisekartoffeln	174,2	152,6	79,8	116,3	-47,7	3,3
Raps	100,2	102,0	110,2	148,2	8,0	43,4
Obst	127,7	127,9	154,0	142,2	20,4	-6,8
Gemüse	120,2	114,9	121,5	119,3	5,7	5,1
Jungbullen	97,2	93,8	98,2	105,7	4,7	13,8
Schweine	107,9	132,3	98,9	99,1	-25,2	-5,3
Geflügel	94,7	93,9	89,5	98,8	-4,7	9,7
Milch	117,9	113,8	115,3	125,3	1,3	13,5
Eier	102,0	108,4	107,7	102,0	-0,6	-4,8
Lw. Betriebsmittelpreise	**105,5**	**105,6**	**107,8**	**114,8**	**2,1**	**9,3**
Saat- und Pflanzgut	101,9	101,4	105,3	109,4	3,8	6,7
Energie- u. Schmierstoffe	108,9	106,2	102,7	114,3	-3,3	15,9
Düngemittel	97,0	100,9	98,3	111,0	-2,6	16,2
Pflanzenschutzmittel	102,2	103,2	104,8	106,4	1,6	-0,4
Futtermittel	101,8	97,6	105,0	118,0	7,6	20,0
Maschinen	107,8	109,6	111,7	113,7	1,9	2,4
Bauten	111,9	116,4	119,6	126,3	2,7	6,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) ohne Umsatzsteuer 2) Betriebsmittel jeweils Juli 2021 SB22-T71-1









Wirtschaftsjahr 2021/22 beginnt mit starken Preisausschlägen

Seit Ende des Jahres 2020 haben die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise kräftig zugelegt. Im ersten Quartal des laufenden Wirtschaftsjahres 2021/22 lag das landwirtschaftliche Erzeugerpreisniveau um 12 Prozent über dem Vorjahresstand. Profitiert haben von der Preishausse fast alle Produktbereiche, bis auf Obst, Schlachtschweine und Eier, wo die Erzeugerpreise doch deutlich hinter dem entsprechenden Vorjahresstand zurückblieben. Aber auch die Betriebsmittelpreise sind zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahres 2021/22 mit plus 9 Prozent stark angestiegen. Besonders haben sich Treibstoffe, Futter- und Düngemittel verteuert. Aber auch die Preise für Bauten und ihre Unterhaltung haben kräftig angezogen.

AMI-Agrarrohstoff-Index mit starker Aufwärtstendenz

Auch der Agrarrohstoff-Index der Agrarmarkt Informations-GmbH (AMI) für die 13 wichtigsten in Deutschland erzeugten Agrarprodukte zeigte im Jahresverlauf 2021 insgesamt eine deutliche Aufwärtstendenz. Zu dieser Entwicklung haben vor allem die höheren Preise am Getreide- und Rapsmarkt beigetragen. Auch festere Tendenzen am Milchmarkt stützten diese Entwicklung. An den Fleischmärkten zeigte sich hingegen ein uneinheitliches Bild. Im November 2021

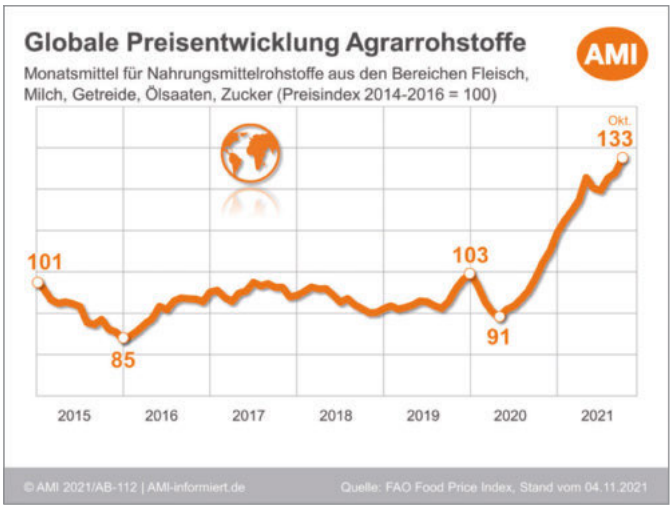
lag der AMI-Index mit 157 Punkten (2005 = 100) deutlich über dem Stand des Vormonats (+ 4 Prozent) und erheblich über dem entsprechenden Vorjahresstand (+ 27 Prozent).

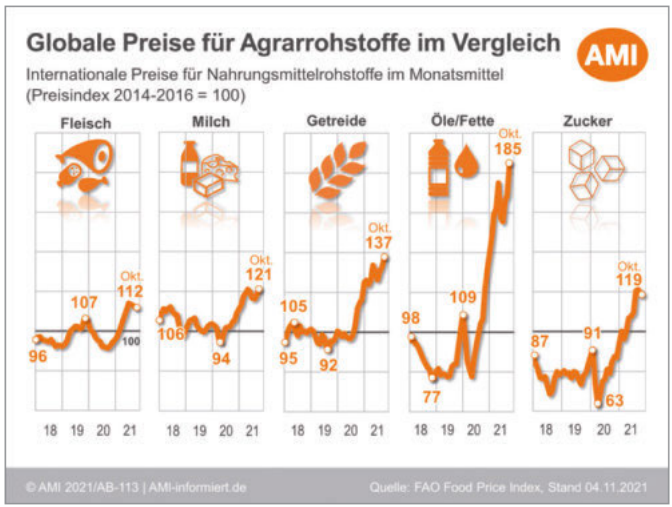
Starke Preisaufwärtstendenz bei wichtigen Agrarrohstoffen

Der FAO-Preisindex für die wichtigsten weltweit gehandelten Agrarrohstoffe zeigt seit Mai 2020 einen fast kontinuierlichen Aufwärtstrend. Mit 133,2 Punkten erreichte der Index im Oktober 2020 den höchsten Stand seit Juli 2011. Er liegt damit um 3 Prozent über dem Stand des Vormonats und um 31 Prozent über dem entsprechenden Vorjahreswert. Fast alle Produktbereiche zeigten einen mehr oder minder kräftigen Preisauftrieb. Lediglich die internationalen Fleisch- und Zuckerpreise standen zuletzt etwas unter Druck.

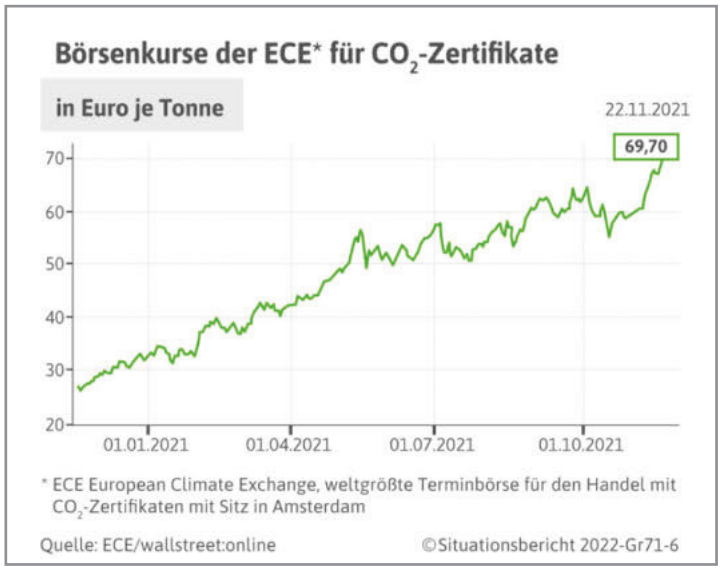
Prognostiziert werden nominal steigende, aber real fallende Agrarpreise

FAO und OECD gehen in ihrer Landwirtschaftsprognose bis zum Jahr 2030 davon aus, dass ein Wachstum in der pflanzlichen Erzeugung vor allem durch steigende Erträge und in der Fleisch- und Milchproduktion sowohl über höhere Tierbestände als auch über verbesserte Tierleistungen stattfinden wird. Die globale Nachfrage nach Nahrungsmitteln dürfte in den kommenden Jahren bis 2030, auf Kalorienbasis gemessen, um









Starker Nachfragezuwachs in aufstrebenden Volkswirtschaften

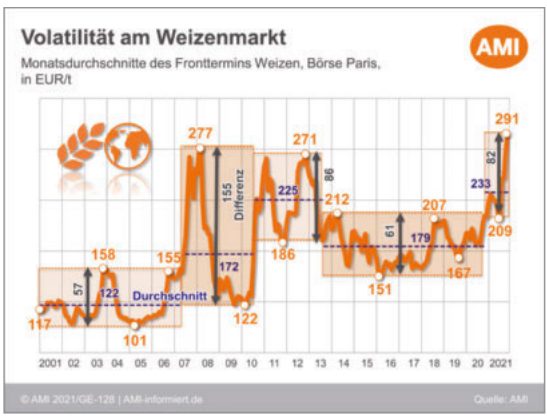
Mit steigenden Einkommen in den aufstrebenden Volkswirtschaften geht ein starker Nachfragezuwachs von Fleisch, Fisch und Geflügel, aber auch von Obst, Gemüse und Zucker einher. Um diesen decken zu können, werden steigende Mengen an Futtermitteln, insbesondere grobkörnigem Getreide und proteinhaltigen Nahrungsstoffen benötigt.

14 Prozent zulegen (1,3 Prozent pro Jahr). Davon gehen 10 Prozentpunkte auf ein Wachstum der Weltbevölkerung von 7,7 Milliarden Menschen (2018-2020) auf 8,5 Milliarden Menschen in 2030 zurück. Weiter gehen FAO und OECD in ihren Projektionen davon aus, dass das globale Agrarpreisniveau nominal ansteigen wird, aber unter Berücksichtigung der Inflation (real) sinken oder stagnieren wird.

Corona-Auswirkungen auf die Welt-Konjunktur

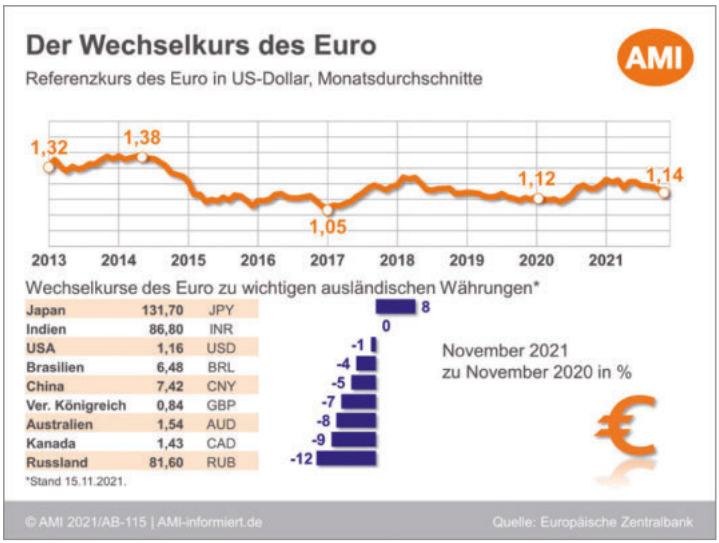
Die Corona-Pandemie hat zu starken Auswirkungen auf die Weltwirtschaft geführt. Das weltweite Bruttosozialprodukt war in 2020 real um 3,5 Prozent eingebrochen. Die im Laufe des Jahres 2021 wieder deutlich anziehende Welt-Konjunktur verlangte nach Rohstoffen in einem Umfang, der nicht so schnell wieder bereitgestellt werden konnte. Engpässe beim Transport und in der Verarbeitung führten darüber hinaus zu Lieferschwierigkeiten, die die Verwender der Rohstoffe in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zum Teil erheblich bremsten. Staatliche Konjunkturprogramme heizten die Nachfrage zusätzlich an. Experten rechnen damit, dass sich die Rohstoffpreise allmählich wieder normalisieren. Bei Eisenerz und Stahl zum Beispiel war dies bereits mit Beginn der zweiten Jahreshälfte 2021 deutlich erkennbar.





Preisabsicherung durch Vorkontrakte

Bei der Vermarktung von Getreide und Raps nutzen immer mehr Landwirte Vorkontrakte zur Preisabsicherung. Nach Ergebnissen des Konjunkturbarometer Agrar gaben im März 2021 46 Prozent der Verkaufsgetreide anbauenden Landwirte an, Vorkontrakte mit Abnehmern wie Handel und Mühlen über ihre anstehende Ernte oder Teile davon abgeschlossen zu haben oder zu planen. Der entsprechende Wert für die Raps anbauenden Betriebe lag im März 2021 bei 73 Prozent.



Gemeinsam ist allen Rohstoffen, dass ihr Verbrauch an die wirtschaftliche Entwicklung gekoppelt ist. Zwischen den globalen Energie- und Nahrungsmittelpreisen besteht ein Zusammenhang, nicht nur bei Bioenergie, sondern auch durch die energieabhängige Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte.

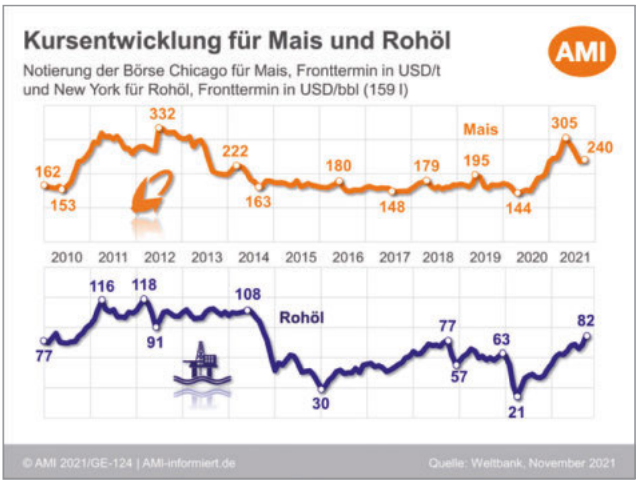
Losgelöst von der globalen wirtschaftlichen Erholung nach Corona werden die Kohlenstoff basierten Rohstoffe wie Rohöl und Gas wegen des CO_2-Emissionshandels, Kupfer wegen des starken Bedarfs zum Beispiel für Leitungen für alternative Energien und Holz als umwelt- und klimafreundliches Baumaterial in der EU und auch weltweit relativ teuer bleiben.
Der in der EU 2005 eingeführte Emissionshandel deckt 40 Prozent des EU-Treibhausgasausstoßes ab. An dem System nehmen neben den Energieversorgern auch große Teile der Industrie sowie der innereuropäische Luftverkehr teil. Gehandelte Zertifikate hatten am 25. November 2021 (Redaktionsschluss) einen neuen Höchstwert von 75 Euro je Tonne CO_2 erreicht.

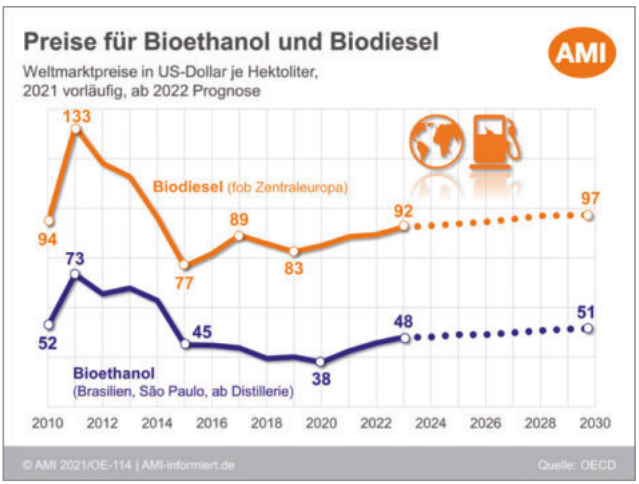
Volatilere Agrarpreise in der EU

Seit dem Abbau der EU-Agrarpreisstützung werden die heimischen Erzeugerpreise von der Situation auf den internationalen Agrarmärkten geprägt. Infolgedessen haben sich die Preisschwankungen (Volatilitäten) an den europäischen Agrarmärkten in den letzten Jahren deutlich erhöht. Preisschwankungen an den europäischen Getreide- oder Milchmärkten zum Beispiel sind groß. Vor diesem Hintergrund gewinnen Preisabsicherungsinstrumente wie Warenterminmärkte für Anbieter und Käufer von Agrarrohstoffen an Bedeutung. Landwirte sichern sich im Vorfeld der Ernte vor allem über Vorkontrakte ab, denen Warentermingeschäfte des Handels zugrunde liegen.

Einfluss der Finanzmärkte auf die Agrarmärkte

Kapitalanleger suchen auch auf den Rohstoffmärkten nach rentierlichen Anlagemöglichkeiten. Begünstigt wird diese Entwicklung durch ein niedriges Zinsniveau bzw. eine lockere Geldpolitik der Notenbanken, die die Konjunktur ankurbeln soll. Wie zahlreiche wissenschaftliche Studien belegen, können spekulative „Blasen" an den Terminmärkten („Preisübertreibungen") in der Regel nur dann entstehen, wenn in den von Angebot und Nachfrage bestimmten Börsenplätzen keine ausreichende Markttransparenz gegeben ist. Bislang konnten derartige Marktverzerrungen an den Agrarterminmärkten nicht nachgewiesen werden.





Zusammenhang zwischen Energie- und Agrarpreisen

Die Entwicklung der Getreide-, Ölsaaten- und Zuckerpreise steht in einer Wechselbeziehung zu der kaufkräftigen Nachfrage nach Nahrungsmitteln und der Nachfrage nach Bioenergie, die wiederum vor allem vom Rohölpreis abhängt. Hohe Energiepreise stützen also die Weltagrarpreise, besonders bei Getreide, anderen pflanzlichen Rohstoffen und auch bei Holz. Niedrige Energiepreise führen tendenziell zu einem Druck auf die Agrarpreise. Der Ausbau der Bioenergie bzw. der nachwachsenden Rohstoffe bietet den Landwirten Chancen für eine alternative Vermarktung ihrer Erzeugnisse. Die Preise am Energiemarkt bilden grundsätzlich die Preisuntergrenze für landwirtschaftliche Produkte. Durch die Koppelproduktion, z. B. bei Raps für Biodiesel und für Rapsschrot-Futtermittel, wird die Anfälligkeit der Verarbeitungskette gegen Preisschwankungen gemindert.

Steigender Dollarkurs gibt EU-Agrarexporten Aufwind

Der globale Handel mit Agrarprodukten wird nicht nur durch Angebot und Nachfrage beeinflusst. Erhebliche Bedeutung haben auch die Wechselkurse. Der internationale Agrarrohstoffhandel wird überwiegend auf US-Dollar-Basis abgewickelt. Eine Euro-Schwäche gegenüber dem US-Dollar wirkt sich auf die deutschen Exportgeschäfte positiv aus, da die Unternehmen billiger auf dem Weltmarkt anbieten. Die Importe von Rohstoffen und Gütern verteuern sich dagegen, was sich belastend auf die Produktionskosten auswirkt. Im Laufe des Jahres 2021 hat der Euro gegenüber dem US-Dollar an Wert verloren. Lag der Kurs Anfang im Mai 2021 bei 1,22 US-Dollar/Euro, waren es im November 2021 nur noch 1,14 US-Dollar/Euro. Damit sind Exporte in den US-Dollarraum billiger, Importe dagegen teurer geworden.

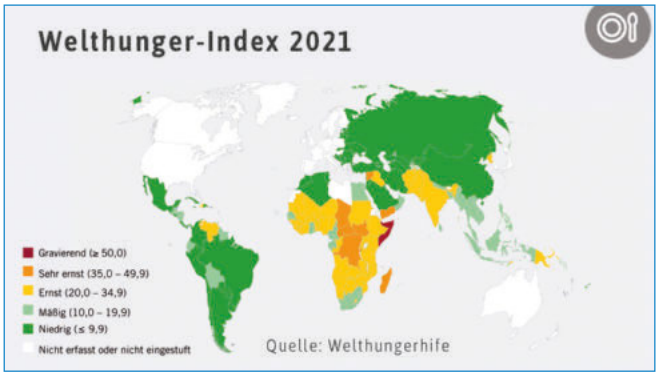
5 Prozent der Weltackerfläche für Biokraftstoffe

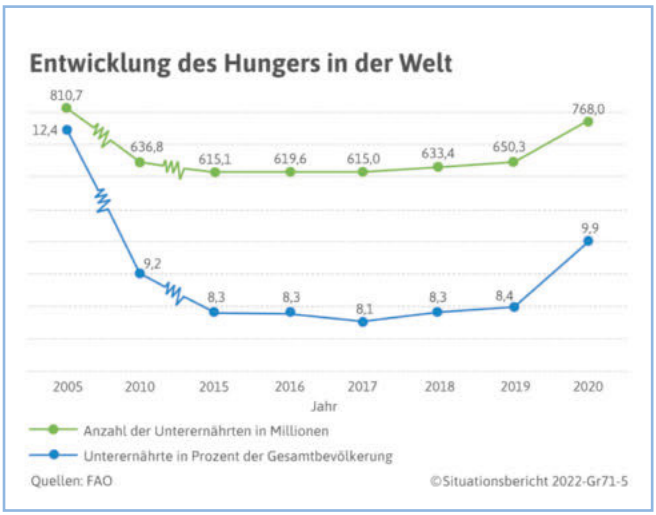
Von der gesamten weltweiten Landfläche sind 1,6 Milliarden Hektar Ackerland. 5 Prozent davon oder rund 85 Millionen Hektar werden für den Anbau von Energiepflanzen wie Getreide, Ölpflanzen und Zuckerrohr/Zuckerrüben genutzt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei der Biokraftstofferzeugung zu einem hohen Anteil pflanzliche Nebenprodukte (Ge-

treide: circa 40 Prozent Schlempe; Raps: circa 60 Prozent Schrot) anfallen, die als Futtermittel Verwendung finden und damit die Netto-Inanspruchnahme von Flächen für Energiezwecke etwa um die Hälfte kleiner ausfallen lassen. Nach Einschätzung des Internationalen Getreiderates (IGC) werden im Wirtschaftsjahr 2021/22 gut 16 Prozent der Weltgetreideernte (ohne Reis) für die Erzeugung von Ethanol und Stärke genutzt. 46 Prozent der Weltgetreideernte werden zu Futterzwecken eingesetzt.

„Spekulation" verantwortlich für Hunger in der Welt?

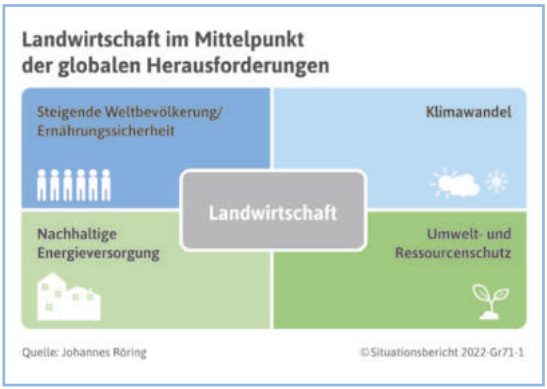
Wissenschaftliche Analysen kommen zu dem Schluss, dass „Spekulation" nicht den oft behaupteten Einfluss auf das Preisgeschehen am Weltmarkt hat. Analysten sehen die fundamentalen Nachfrage- und Angebotstrends bei Agrarrohstoffen als entscheidend an. Hunger und Armut sind häufig Folge von schlechter Regierungsführung, Korruption, Bürgerkriegen, Wetterextremen, Klimawandelfolgen, Marktabschottung und unzureichenden Eigentums- und Nutzungsrechten. Verstärkt wird der Hunger durch die Folgen des Klimawandels. Die Agrarmärkte in den ärmeren Ländern sind oft wenig funktionsfähig. Dazu gehören vor allem schlechte Infrastrukturen und abgeschottete Märkte. So sind zum Beispiel in Afrika nur 15 Prozent des Handels innerafrikanisch. Zum Vergleich: In Europa werden 70 Prozent der Waren innerhalb der EU gehandelt.

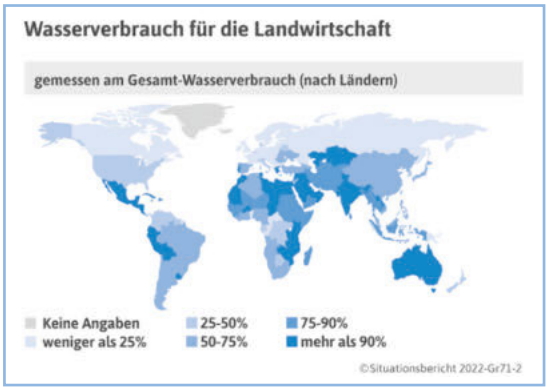




Zahl der Hungernden stark angestiegen

Die FAO definiert Unterernährung als die Aufnahme von zu wenig Kalorien, die jeder Mensch für ein gesundes und produktives Leben benötigt. Ende 2020 litten etwa 768 Millionen Menschen unter chronischem Hunger. Das waren 188 Millionen mehr als im Vorjahr. Ursache für die starke Zunahme waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie und auch die Folgen des Klimawandels in einigen Regionen der Welt. Seit 2014 nimmt die Zahl der Hungernden zu. Nach Schätzungen der FAO hatten 2020 nahezu 2,4 Milliarden Menschen (30 Prozent der Weltbevölkerung) keinen regelmäßigen Zugang zu adäquater Ernährung. Das sind 302 Millionen mehr als noch ein Jahr zuvor. Dem stehen nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation etwa 1,9 Milliarden Menschen über 18 Jahre (25 Prozent der Weltbevölkerung) gegenüber, die als übergewichtig gelten, davon 650 Millionen als fettleibig.





Hungerbekämpfung durch höhere Produktivität der Landwirtschaft

Zur Verbesserung der Welternährungssituation hält die FAO eine nachhaltige Intensivierung der Landwirtschaft und einen wachsenden Handel mit Agrarprodukten für notwendig. Um mehr Nahrungsmittel bei geringerem Ressourcenverbrauch zu produzieren, wird eine weitere Modernisierung und Professionalisierung der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern gefordert. Gleichzeitig geht es darum, die massiven Nacherneteverluste zu reduzieren und dabei in eine bessere Lagerhaltung zu investieren. Nicht zuletzt setzt eine erfolgreiche Landwirtschaft Bodeneigentum, Zugang zu Ausbildung, Märkten, Kapital und Betriebsmitteln ebenso voraus wie unternehmerische Freiräume und die Möglichkeit der Landwirte, sich politisch und wirtschaftlich unabhängig zu organisieren.

Weltweiter Agrarhandel kann Wasserstress mindern

Durch den globalen Handel mit Nahrungsmitteln aus landwirtschaftlicher Produktion lassen sich große Mengen Wasser einsparen. Das zeigt eine Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK). Wichtig für die Auswirkungen auf Knappheit ist danach vor allem die Herkunft des Wassers. In der deutschen Landwirtschaft wird zu 99 Prozent Regenwasser genutzt. Dagegen wird in vielen südlichen Ländern hauptsächlich auf die Bewässerung bzw. Brunnenwasser zurückgegriffen.

Europa bleibt ein global wichtiger Versorger mit Agrarrohstoffen

Der Anteil der Entwicklungs- und Schwellenländer an der Weltagrarerzeugung und am Weltagrarhandel wird nach FAO-Einschätzung künftig weiter wachsen. Für die Industrieländer wie die Länder der EU wird ebenso eine weitere, wenn auch verlangsamte Steigerung der Agrarerzeugung erwartet. Mit ihrer hohen Produktivität und Effizienz werden sie nach Prognosen der FAO weiter bedeutende Akteure im Weltagrarhandel bleiben. Nach aktuellen wissenschaftlichen Berechnungen würden in Deutschland zur Deckung des inländischen Verbrauchs im Ausland dreimal so viel Acker- und Grünlandfläche benötigt, wie hierzulande bereits bewirtschaftet werden. Das zeigt den Vorteil internationaler „Arbeitsteilung".

Bis 2050 Produktionssteigerung um 60 Prozent

Bis zum Jahr 2050 müsste die globale Agrarproduktion gegenüber 2013 nach FAO-Angaben um 60 Prozent gesteigert werden, wenn den Anforderungen der voraussichtlich auf 9,8 Milliarden Menschen ansteigenden Weltbevölkerung und ihren wachsenden Bedürfnissen nachgekommen werden soll.

Weitere Produktivitätssteigerungen erforderlich

Da die produktiven landwirtschaftlichen Flächen kaum zunehmen werden, sind weitere Produktivitätssteigerungen erforderlich. Diese aber haben nach Analysen der

FAO in den letzten Jahren deutlich nachgelassen. Gleichzeitig ist eine effizientere Nutzung der knapper werdenden Ressource Wasser angezeigt. Die Auswirkungen des Klimawandels verschärfen diese Knappheit.
Experten der FAO und der OECD halten in ihrer „Outlook"-Studie aus Mitte 2021 in der Dekade bis 2030 ein globales Wachstum der Agrarproduktion von 1,4 Prozent pro Jahr für möglich. Für die Pflanzenerzeugung schätzen die Experten, dass 87 Prozent dieses Wachstums aus höheren Hektarerträgen resultieren wird. 6 Prozent Wachstum können über ein Flächenwachstum und 7 Prozent über eine Erhöhung der Bewirtschaftungsintensität der Flächen erfolgen.

Klimaforscher warnen vor „Ernten im freien Fall"

Eine internationale Forschergruppe kommt unter Verwendung neuester Klima- und Agrarmodelle zu der Erkenntnis, dass zunehmende Kohlendioxid-Konzentrationen zwar das Pflanzenwachstum im „Norden" befördern. Weit höher aber sind die Mindererträge im „Süden" infolge Wassermangel, Hitzeperioden, Extremwetter und Schädlingen. Mehr noch: In weiten Teilen der Welt werden Missernten bereits innerhalb der nächsten 20 Jahre deutlich spürbar sein. Am meisten überrascht hat die Wissenschaftler die Reaktion der Maispflanzen. Sie reagieren offenbar besonders empfindlich auf den Klimawandel und werden schon bald geringere Ernten einbringen. Aber auch Sojabohnen und Reis reagieren negativ auf den Klimastress. Weniger eindeutig wird die Entwicklung bei Weizen diagnostiziert.

Effiziente Nutzung der Ressource Wasser

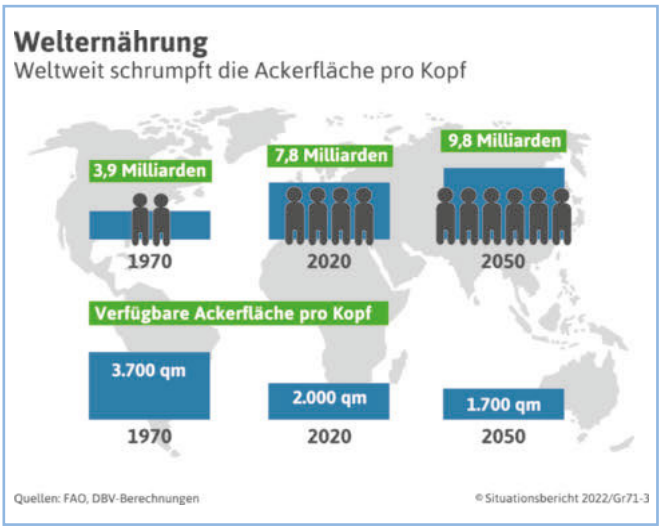
Fast alles Wasser der Erde ist Salzwasser. Nur 2,5 Prozent oder 35 Millionen km³ sind Süßwasser. Die größte Menge davon ist unerreichbar: Drei Viertel sind als Eis und Schnee gebunden und weitere fast 24 Prozent als fossiles Grundwasser in tiefen Gesteinsschichten eingeschlossen. Nur etwa 0,3 Prozent des Süßwasservorkommens (ca. 100.000 km³) sind zugängliche erneuerbare Süßwasserressourcen in Flüssen, Feuchtgebieten, Seen, Böden und der Atmosphäre. Weltweit werden jährlich rund 4.000 km³ Frischwasser entnommen. Die Süßwasserressourcen auf der Erde sind räumlich wie zeitlich nicht gleichmäßig verteilt. In vielen Regionen der Welt ist das nutzbare Wasser schon heute limitierend für die Entwicklung der Wirtschaft, gerade auch der Landwirtschaft. Besonders verschärft sich der Wassermangel in den heutigen Trockenregionen. Weitere Regionen stehen vor der Herausforderung zunehmender Wasserknappheit. Nach Einschätzung der UNESCO sind bis zum Jahr 2050 voraussichtlich 40 Prozent der globalen Getreideproduktion von knapper werdenden Wasserreserven bedroht. Im weltweiten Mittel verbraucht die Landwirtschaft 69 Prozent der Wasservorräte aus Flüssen, Seen und Grundwasserleitern. In Deutschland ist die Lage anders, hier machen Energieversorgung, Bergbau und verarbeitendes Gewerbe 77 Prozent der Wassernutzung aus, die Landwirtschaft verbraucht nur gut 1 Prozent des Wassers.

Deutschland bei „virtuellem Wasser" mit Standortvorteil

Der Handel mit Agrarprodukten ist indirekt auch ein Handel mit virtuellem Wasser. Das ist jenes Wasser, das während der Produktion eingesetzt wird. Der Wasserbedarf landwirtschaftlicher Produkte variiert von Region zu Region teilweise sehr stark. Um ein Kilo Getreide in Marokko anzubauen, müssen etwa 2.700 Liter Wasser aufgewendet werden. Die gleiche Menge kann in Deutschland mit nur 520 Litern Wasser erzeugt werden, wie Wissenschaftler des PIK vorrechnen. Es zeigt sich, dass nicht die Menge des verbrauchten Wassers, sondern dessen Herkunft entscheidend ist. In Indien oder im Mittleren Osten lässt sich durch den Import von Agrarprodukten Wasserknappheit verringern. In Ländern Südeuropas hingegen verstärkt der Export bei einer Reihe von Produkten den Mangel an dieser Ressource.

„Wasserstress" nimmt zu

Fast die Hälfte der Weltbevölkerung (4 Milliarden Menschen) lebt nach dem UN-Weltwasserbericht in Gebieten, die mindestens einen





Monat pro Jahr von Wassermangel bedroht sind. Weltweit haben aktuell 2,2 Milliarden Menschen keinen sicheren Zugang zu Trinkwasser. 4,2 Milliarden Menschen, also mehr als 55 Prozent der Weltbevölkerung, haben keine sicheren Sanitäranlagen. Etwa vier Milliarden Menschen leben in Regionen, die in mindestens einem Monat pro Jahr von hoher Wasserknappheit betroffen sind. Nach dem aktuellen UN-Weltwasserbericht wird sich der globale „Wasserstress" in den nächsten Jahren noch deutlich verschärfen.

Kann die Ernährung der Weltbevölkerung sichergestellt werden?

Inwieweit die Versorgung mit der globalen Nachfrage Schritt halten kann, hängt insbesondere mit dem globalen Bevölkerungswachstum zusammen. Nach Projektionen der Vereinten Nationen (UN) wird die Weltbevölkerung von derzeit 7,8 (2020) auf 9,8 Milliarden Menschen in 2050 ansteigen. Jährlich nimmt die Weltbevölkerung um mehr als 80 Millionen zu, was in etwa der Bevölkerung Deutschlands entspricht. Die globale Nachfrage wird ebenso durch eine höhere Kaufkraft und geänderte Ernährungsgewohnheiten geprägt. In den Schwellenländern ist mit einem weiter steigenden Konsum von höherwertigen Lebensmitteln wie Fleisch- und Milchprodukten sowie Obst und Gemüse zu rechnen. Hinzu kommt eine tendenziell wachsende Verwendung von Agrarrohstoffen für energetische und stoffliche Zwecke.

Bislang hielt die Getreideproduktion mit dem Bevölkerungswachstum Schritt

Die Weltgetreideproduktion (ohne Reis) ist in den letzten Jahrzehnten in etwa so stark gewachsen wie die Weltbevölkerung. Allerdings schwanken die Ernten von Jahr zu Jahr. Während sich die Anbaufläche für Weizen und Futtergetreide in den letzten 30 Jahren insgesamt nur wenig verändert hat, sind die Hektarerträge um mehr als 70 Prozent gestiegen. Pflanzenschutzmittel helfen dabei, hohe Erntemengen und -qualitäten zu erzeugen. Ohne diese landwirtschaftlichen Betriebsmittel würden die Erträge aufgrund des Befalls mit Krankheiten, Schädlingen und Unkräutern auf etwa 50 Prozent zurückgehen.

7.2 Agraraußenhandel

EU-Außenhandel

Die EU ist nach China der zweitgrößte Exporteur der Welt

Die Europäische Union (EU-27) ist mit 447 Millionen Menschen auch nach dem Austritt der Vereinigten Königreichs (67 Mio. Menschen) nicht nur der größte Binnenmarkt, sondern auch die zweitgrößte Handelsmacht der Welt; der Anteil der EU-27 am Welthandel (bezogen auf den Export und ohne Berücksichtigung des EU-Binnenhandels) betrug 2020 16,1 Prozent. Der Anteil Chinas am Welthandel lag bei 16,7 Prozent und der Anteil der USA bei entsprechend 10,4 Prozent. Die EU-Importe hatten 2020 einen Anteil am Welthandel von 13,8 Prozent (USA 17,0 Prozent, China 13,4 Prozent).

EU-Außenhandel litt 2020 stark unter der Corona-Krise

Die Einfuhren und die Ausfuhren der EU-27 aus Drittländern sind 2020 infolge der Corona-Krise stark zurückgegangen. Ausnahme ist der Handel mit China, wo Im- und Exporte der EU weiter zunahmen. Da die Einfuhren stärker zurückgegangen sind als die Ausfuhren, verbesserte sich der Saldo in der Außenhandelsbilanz deutlich. Überschritten die Ausfuhren die Einfuhren in 2019 noch um 191 Milliarden Euro, so waren es 2020 entsprechend 216 Milliarden Euro.

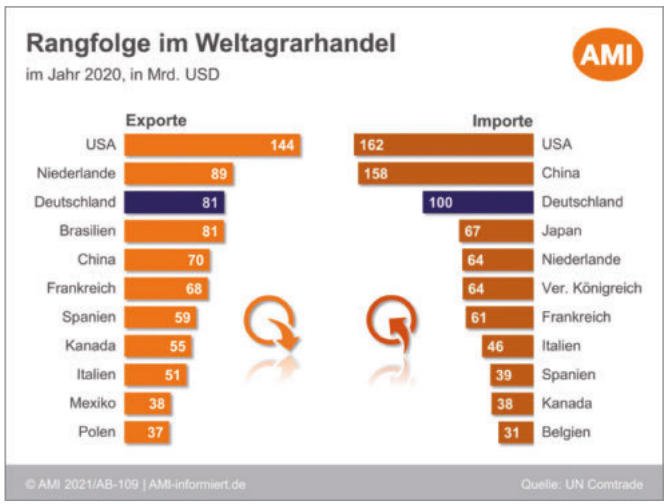
Außenhandel der EU-27 mit Drittländern 2019 und 2020
- in Milliarden Euro -

	Insgesamt			dar. Güter der Land- und Ernährungswirtschaft[1)]		
	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
Drittländer, insgesamt						
2019	1.940,9	2.131,9	190,8	121,7	181,7	60,0
2020	1.716,6	1.933,0	216,4	122,3	184,3	62,0
%-Veränd. gegen Vorjahr	-11,6	-9,3	.	0,5	1,4	.
dar. USA						
2019	235,0	384,7	149,7	10,2	21,8	11,6
2020	202,9	353,4	150,5	9,6	21,5	11,9
%-Veränd. gegen Vorjahr	-13,7	-8,1	.	-6,2	-1,8	.
dar. Russland						
2019	145,0	87,8	-57,2	1,5	7,0	5,5
2020	95,0	79,0	-16,0	1,8	6,8	5,1
%-Veränd. gegen Vorjahr	-34,5	-10,0	.	16,4	-2,5	.
dar. China						
2019	363,4	198,5	-164,9	5,4	14,5	9,1
2020	383,9	202,8	-181,0	5,1	17,7	12,6
%-Veränd. gegen Vorjahr	5,6	2,2	.	-4,1	22,2	.
dar. AKP-Entwicklungsländer*						
2019	56,4	55,6	-0,8	11,2	8,5	-2,7
2020	43,9	49,5	5,6	11,2	8,9	-2,3
%-Veränd. gegen Vorjahr	-22,2	-11,0	.	0,1	3,8	.

*79 Staaten Afrikas (ohne Südafrika) und des karibischen und pazifischen Raums
1) nach Definition der FAO

Quelle: Eurostat SB21-T72-1







China und USA wichtigste Handelspartner der EU

Im Jahr 2020 blieben China und die Vereinigten Staaten mit einem Handelsvolumen (Exporte und Importe) von 587 Milliarden Euro oder 16 Prozent des gesamten Warenverkehrs der EU bzw. mit 556 Milliarden Euro oder 15 Prozent des EU-Warenverkehrs die zwei wichtigsten Handelspartner der Europäischen Union. Mit China hatte die EU 2020 ein Handelsdefizit von 181 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr ist damit das Defizit um 16 Milliarden Euro gewachsen. Der traditionelle EU-Handelsbilanzüberschuss mit den USA blieb 2020 mit rund 150 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Deutschland im Weltagrarhandel die Nummer drei

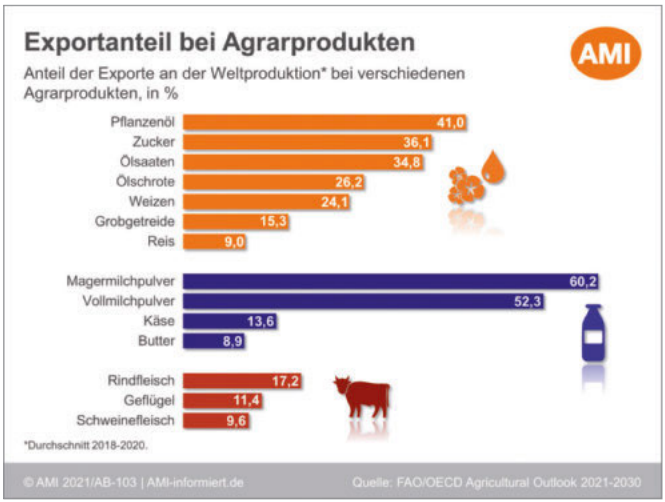
Sowohl bei den weltweiten Agrarexporten als auch bei den weltweiten Agrarimporten nimmt Deutschland jeweils Rang 3 und damit eine Spitzenposition ein. Von den im Jahr 2020 weltweit exportierten Agrargütern im Gesamtwert von 1.780 Milliarden US-Dollar stammten 4,6 Prozent aus Deutschland. Mehr Agrarprodukte außerhalb ihrer Grenzen vermarkteten 2020 nur die USA und die Niederlande.

Brasilien mit weltweit größtem Exportüberschuss

Verrechnet man Exporte und Importe miteinander, ergibt sich für Deutschland ein Agrarhandelsdefizit von 18 Milliarden US-Dollar (2020). Damit steht Deutschland auf Platz 6 der größten Nettoimporteure von Agrarprodukten. China, Japan und das Vereinigte Königreich haben weitaus größere Nettoimporte. Der bei weitem größte Nettoexporteur ist Brasilien. Dieses Land exportierte 2020 für 71 Milliarden US-Dollar mehr Agrargüter als es importierte. Mit großem Abstand folgen in der Rangliste der weltgrößten Agrar-Nettoexporteure Argentinien und die Niederlande.

EU-Agrarhandelsbilanz im Plus

Auf Basis der FAO-Definition von Agrareinfuhren und -ausfuhren, die Fisch und Fischwaren nicht berücksichtigt, hat die Europäische Kommission für das Jahr 2020 einen hohen EU 27-Außenhandelsbilanzüberschuss bei Agrar- und Ernährungsgütern ermittelt. Ein- und Ausfuhren haben der Corona-Krise getrotzt und in 2020 sogar leicht zugenommen. Die Agrareinfuhren stiegen 2020 gegenüber 2019 auf 122,3 Milliarden Euro (+ 0,5 Prozent), die Agrarausfuhren kletterten auf 184,3 Milliarden Euro (+ 1,4 Prozent). Dadurch nahm das Außenhandelsplus auf 62,0 Milliarden Euro um 2,0 Milliarden Euro zu. Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs als großes Nettoagrarimportland aus der EU hat sich die positive Agraraußenhandelsbilanz der EU deutlich vergrößert. Die EU-Agrarimporte beruhen vor allem auf beträchtlichen Einfuhren an Gemüse, Obst (jeweils einschließlich Verarbeitungserzeugnissen) sowie an Futtermitteln, Ölsaaten und Ölsaatenprodukten. Hinzu kommen umfangreiche Importe an Kaffee, Tee, Fleischwaren, Tabak und Kakao. Die EU ist bedeutender Exporteur vor allem bei Getreide, Milch, Fleisch (jeweils einschließlich Verarbeitungserzeugnissen), aber auch von Bier, Wein und Spirituosen. Nach der traditionellen nationalen Warenklassifikation, bei der insbesondere auch der Handel mit Fisch und Fischwaren Berücksichtigung findet, weist die EU-27 im Handel mit Agrarprodukten allerdings einen deutlich geringeren positiven Saldo auf, der für 2020 mit 44,1 Milliarden Euro veranschlagt wird.



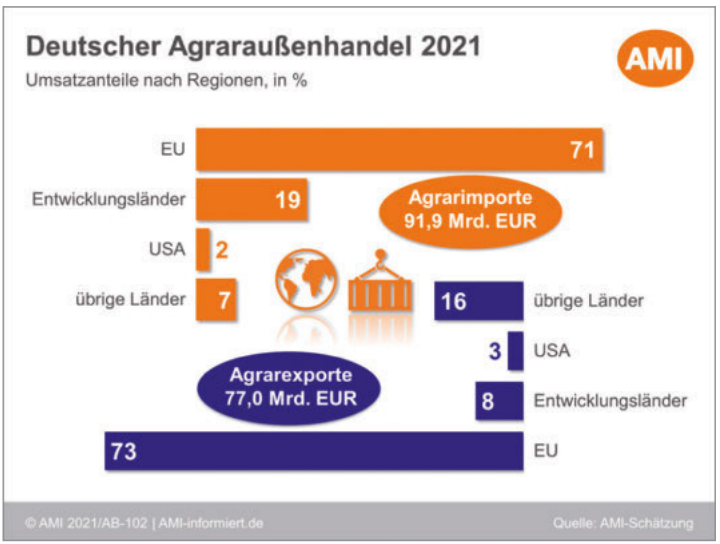


EU für Entwicklungsländer ein offener Absatzmarkt

Für die Entwicklungs- und Schwellenländer ist die EU im internationalen Vergleich ein offener Absatzmarkt. Die Einfuhren überwiegen. Ein großer Teil der Einfuhren entfällt auf Erzeugnisse, die nicht oder kaum mit EU-Produkten konkurrieren. Dazu gehören vor allem südländisches Obst und Gemüse sowie Kaffee, Kakao und Tee.

EU-Agrarhandel in 2021

Nach Ergebnissen für die ersten neun Monate des Jahres 2021 (Januar bis September) hat sich der Außenhandel der EU wieder kräftig erholt. Das Corona bedingte Minus aus dem Vorjahr wird mehr als aufgeholt. Die Exporte der EU-27 steigen gegenüber dem entsprechenden Vorjahresstand um mehr als 13 Prozent, die EU-Importe um mehr als 18 Prozent. China blieb in den ersten neun Monaten des Jahres 2021 Haupthandelspartner der EU. Die Importe aus China stiegen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 17 Prozent an, die Exporte nach China um 14 Prozent. Auch im Handel mit den USA nahmen sowohl die Exporte (+ 12 Prozent) als auch die Importe (+ 9 Prozent) kräftig zu.
Der im Gesamthandel enthaltene Handel mit Agrar- und Ernährungsgütern konnte sich in den ersten neun Monaten des Jahres 2021 weiter festigen. Die Exporte der Agrar- und Ernährungsgüter nahmen gegenüber dem entsprechenden Vorjahresstand um 6 Prozent zu, während die entsprechenden Einfuhren um knapp 1 Prozent zulegten. EU-Agrarexporte nach China dürften 2021 mit voraussichtlich 22 Milliarden Euro das Vorjahresniveau nicht halten. Auch die EU-Agrareinfuhren aus China gehen zurück.



Deutscher Agrarhandel im Aufwärtstrend

Die deutschen Agrarexporte haben sich seit 2005 verdoppelt und seit der Wiedervereinigung (1991) sogar mehr als vierfacht. Das Wachstum der Agrarimporte verlief dagegen etwas moderater. Rund ein Drittel der Gesamtproduktion der deutschen Landwirtschaft wird exportiert. 2009 lag dieser Anteil noch entsprechend bei einem Viertel. In der deutschen Ernährungswirtschaft liegt der Exportanteil ebenfalls bei einem Drittel.

Außenhandel Deutschland

Deutscher Außenhandel 2020 stark rückläufig

Sowohl auf der Einfuhr- als auch auf der Ausfuhrseite ist der deutsche Außenhandel 2020 infolge der Corona-Krise deutlich geschrumpft. Mit einem wertmäßigen Umfang von 1.207 Milliarden Euro fielen die Ausfuhren gegenüber 2019 um 121 Milliarden Euro oder 9,1 Prozent niedriger aus. Nicht ganz so stark brachen 2020 die Einfuhren ein. Sie lagen mit 1.027 Milliarden Euro um rund 78 Milliarden Euro oder 7,2 Prozent unter dem Stand des Vorjahres. Der positive Handelsbilanzsaldo verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 44 auf 180 Milliarden Euro. In 2021 zeichnet sich eine deutliche Erholung

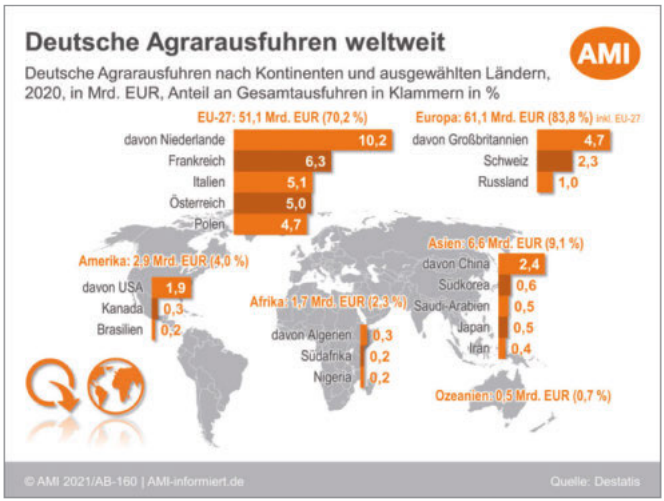
des deutschen Außenhandels ab. Im Zeitraum Januar bis September 2021 stiegen die Ausfuhren im Jahresvergleich um gut 15 Prozent und die Einfuhren um knapp 15 Prozent. Das „Corona-Minus" aus dem Vorjahr wird damit weit mehr als wettgemacht.

Positive Entwicklung des Agrarhandels in 2020

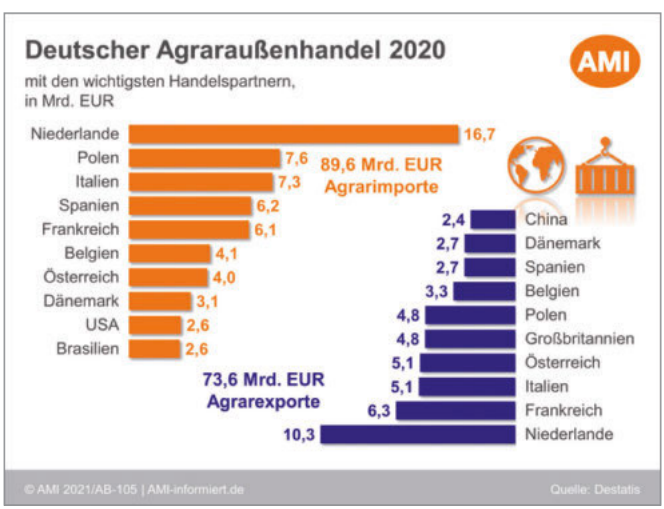
Der deutsche Außenhandel mit Gütern der Land- und Ernährungswirtschaft wies 2020 im Vergleich zum Gesamthandel eine deutlich positivere Entwicklung auf. Die Agrarausfuhren nahmen nur um 0,5 Prozent auf 73,6 Milliarden Euro ab. Die Agrareinfuhren nahmen sogar um 3,0 auf 89,6 Milliarden Euro zu. Im Ergebnis schloss die Agrarhandelsbilanz mit einem Defizit von 16,1 Milliarden Euro ab. Damit hat sich das Defizit gegenüber dem Vorjahr um 3,0 Milliarden Euro erhöht. Gemessen am deutschen Außenhandel insgesamt hatten die Agrarausfuhren 2020 einen Anteil von 6,1 Prozent und die Agrareinfuhren einen Anteil von 8,7 Prozent.

Deutscher Agrarhandel trotzt der Corona-Krise weiter

Auch nach knapp zwei Jahren im Zeichen der Pandemie trotzt der deutsche Agraraußenhandel den Geschehnissen. Nach Angaben und Schätzungen für den Zeitraum Januar bis September 2021 stiegen die Exporte gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum







Außenhandel Deutschlands in 2019 und 2020
- in Milliarden Euro -

	Gesamthandel			dar. Güter der Land- und Ernährungswirtschaft		
	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
Welt						
2019	1.104,1	1.328,2	224,0	87,1	74,0	-13,1
2020	1.026,5	1.206,9	180,4	89,6	73,6	-16,1
%-Veränd. gegen Vorjahr	-7,0	-9,1	.	3,0	-0,5	.
EU-27						
2019	593,3	698,3	105,0	60,8	52,1	-8,6
2020	546,7	635,7	89,1	63,2	51,6	-11,5
%-Veränd. gegen Vorjahr	-7,9	-9,0	.	4,0	-0,9	.
EU-Mitgliedstaaten-13[1)]						
2019	184,5	190,0	5,5	11,3	11,3	0,0
2020	174,8	178,4	3,6	12,6	11,6	-1,0
%-Veränd. gegen Vorjahr	-5,2	-6,1	.	10,9	2,5	.
Drittländer						
2019	510,9	629,9	119,0	26,3	21,8	-4,5
2020	479,8	571,2	91,3	26,4	21,9	-4,5
%-Veränd. gegen Vorjahr	-6,1	-9,3	.	0,5	0,4	.
Vereinigtes Königreich						
2019	38,4	79,2	40,8	1,6	4,7	3,1
2020	35,0	67,1	32,1	1,5	4,8	3,3
%-Veränd. gegen Vorjahr	-8,8	-15,3	.	-3,2	2,8	.
Russland						
2019	31,3	26,6	-4,7	0,3	1,1	0,7
2020	21,5	23,1	1,6	0,4	1,0	0,7
%-Veränd. gegen Vorjahr	-31,3	-13,0	.	15,9	-2,8	.
China						
2019	110,1	96,0	-14,1	1,8	2,4	0,6
2020	117,4	95,8	-21,5	1,6	2,4	0,8
%-Veränd. gegen Vorjahr	6,7	-0,1	.	-7,2	-0,7	.
USA						
2019	71,3	118,7	47,3	2,8	2,0	-0,8
2020	67,7	103,5	35,8	2,6	1,9	-0,7
%-Veränd. gegen Vorjahr	-5,1	-12,8	.	-5,8	-4,2	.
Entwicklungsländer (DAC-Liste nach BWZ)						
2019	240,7	226,5	-14,3	17,2	7,2	-10,0
2020	235,7	212,1	-23,6	17,4	7,5	-10,0
%-Veränd. gegen Vorjahr	-2,1	-6,4	.	1,6	4,0	.

1) Staaten, die am 01.05.2004, 01.01.2007 und 01.07.2013 der EU beigetreten sind

Quellen: Statistisches Bundesamt, BMEL SB22-T72-2

um 4,6 Prozent, die Importe um 2,6 Prozent. Sollte sich diese Entwicklung im vierten Quartal 2021 so fortsetzen, erreichen die deutschen Agrarexporte 2021 einen Jahreswert von 77,0 Milliarden Euro, die Agrarimporte einen Wert von 91,9 Milliarden Euro.

Deutscher Agrarexport steht für Ausfuhr von Qualitätsprodukten

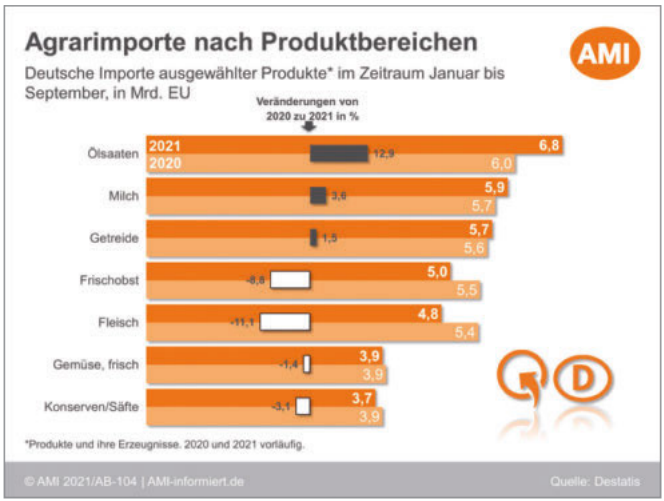
Charakteristisch für den deutschen Agrarexport ist die Ausfuhr von hochwertigen Veredlungserzeugnissen. So sind Milch und Milcherzeugnisse, darunter vor allem Käse, sowie Fleisch und Fleischwaren die herausragenden Produkte des deutschen Agrarexportes. Qualität und Sicherheit sind wichtige Faktoren im Export.

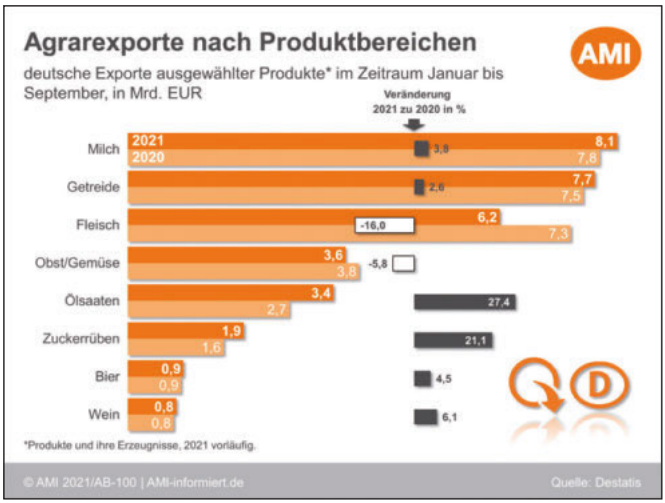
Deutscher Agrarhandel überwiegend mit EU-Partnerstaaten

Deutschlands wichtigste Kunden im Agrarhandel sind die EU-Länder. 70 Prozent der gesamten Agrarausfuhren gingen 2020 in EU-Partnerstaaten und 30 Prozent in Drittländer. Beim Drittlandexport sind das Vereinigte Königreich (4,8 Mrd. Euro), China (2,4 Mrd. Euro), die Schweiz (2,3 Mrd. Euro) und die USA (1,9 Mrd. Euro) die wichtigsten Abnehmer. Bei den Drittlandimporten sind die USA, Brasilien (jeweils 2,6 Mrd. Euro) und China (1,6 Mrd. Euro) die wichtigsten Lieferanten noch vor der Schweiz, Türkei (jeweils 1,7 Mrd. Euro) und dem Vereinigten Königreich (1,5 Milliarden Euro).

Deutscher Agrarhandel mit Drittländern

Der deutsche Agrarhandel mit Drittländern veränderte sich im Jahr 2020 kaum. Exporte und Importe nahmen jeweils um etwa halbes Prozent zu. Der Agrarhandel mit den EU-Partnerstaaten dagegen war auf der Importseite wesentlich dynamischer. Die Agrareinfuhren aus EU-Partnerstaaten nahmen gegenüber dem Vorjahr um 4 Prozent zu. Die entsprechenden Ausfuhren blieben dagegen um etwa 1 Prozent hinter dem Vorjahresstand zurück. Anders sieht die Situation in 2021 aus. Im Zeitraum von Januar bis September 2021 haben die deutschen Agrarausfuhren in Drittländer deutlich abgenommen (- 5 Prozent), während sie in die EU-Partnerstaaten erheblich angestiegen sind (+ 9 Prozent). Die deutschen Agrareinfuhren aus Drittländern stiegen weniger stark an (+ 1 Prozent) als die Agrareinfuhren aus den EU-Partnerstaaten (+ 3 Prozent).





Handel mit Entwicklungsländern: Viel Import, wenig Export

66 Prozent der deutschen Agrarimporte aus Drittländern stammen aus den Entwicklungs- und Schwellenländern, insgesamt 17,4 Milliarden Euro (gegenüber Vorjahr + 1,6 Prozent). Importiert werden in erster Linie Kaffee, Ölsaaten sowie Obst und Südfrüchte. Die Agrarexporte in die Entwicklungs- und Schwellenländer beliefen sich dagegen 2020 auf nur 7,5 Milliarden Euro (gegenüber Vorjahr + 4,0 Prozent). Der traditionelle Einfuhrüberschuss mit den Entwicklungs- und Schwellenländern blieb mit 10,0 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Nur 2 Prozent des deutschen Agrarexports gehen nach Afrika

Über 90 Prozent der deutschen Agrarexporte gehen in entwickelte Volkswirtschaften mit hohen Einkommen. Nach Afrika zum Beispiel gingen 2020 nur 2,3 Prozent der deutschen Agrarexporte im Wert von 1,7 Milliarden Euro. Nur 0,5 Prozent der Agrarexporte gingen in die am wenigsten entwickelten Länder (LDC).



EU-Erweiterung hat deutschen Agrarhandel beflügelt

Der EU-Beitritt der elf osteuropäischen Länder sowie von Malta und Zypern hat den deutschen Agrarhandel deutlich belebt. Deutschland führte 2020 aus den EU-Beitrittsländern Agrar- und Ernährungsgüter im Wert von 12,6 Milliarden Euro ein und für 11,6 Milliarden Euro aus. Bei den Agrarimporten aus den 13 Beitrittsländern entfielen 2020 7,6 Milliarden Euro auf Polen. Deutlich niedriger fielen die deutschen Agrarexporte nach Polen aus (4,8 Milliarden Euro).

Agraraußenhandel mit Russland unverändert schwierig

Nach Einführung des Import-Embargos im August 2014 sind die deutschen Agrarausfuhren nach Russland stark eingebrochen. Sie fielen in 2015 und 2016 auf ein Niveau von unter 0,9 Milliarden Euro im Jahr. 2020 konnten sich die deutschen Agrarexporte nach Russland nicht weiter erholen (gegenüber Vorjahr minus 3 Prozent). Der Export von Milch- und Fleischprodukten sowie anderer Agrar- und Ernährungsgüter ist weiterhin blockiert. Die Agrarimporte aus Russland spielen eine vergleichsweise geringe Rolle, auch wenn sie 2020 um 16 Prozent auf rund 0,4 Milliarden Euro zulegten. Nach Ergebnissen für die ersten neun Monate in 2021 nehmen die Agrarimporte aus Russland um etwa 13 Prozent und die Agrarexporte nach Russland um etwa 6 Prozent zu.

Agrarhandel mit den USA 2020 deutlich rückläufig

Im Drittlandhandel sind die USA zusammen mit Brasilien die bedeutendsten Lieferanten von Agrar- und Ernährungsgütern. Sowohl die deutschen Agrarimporte aus den USA als auch die deutschen Agrarexporte in die USA gingen 2020 deutlich zurück. Die Einfuhren gingen um 6 Prozent auf 2,6 Milliarden Euro und die Ausfuhren um gut 4 Prozent auf 1,9 Milliarden Euro zurück. Auf Basis der Angaben für die Monate Januar bis September 2021 sind die Agrarexporte in die USA um gut 7 Prozent gestiegen. Die Agrarimporte aus den USA gaben dagegen um 13 Prozent nach. Ein Grund für diese divergierende Entwicklung dürfte in dem gegenüber dem Euro gestiegenen Dollarkurs liegen.

Agrarexporte nach China lassen nach

In 2020 konnten sich die deutschen Agrarexporte nach China im Vergleich zum Vorjahr mit 2,4 Milliarden Euro knapp behaupten, und das trotz des Exportstopps von deutschem Schweinefleisch seit September 2020 als Folge des Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest (ASP). In den ersten neun Monaten des Jahres 2021 gingen die Agrarexporte nach China gegenüber dem entsprechenden

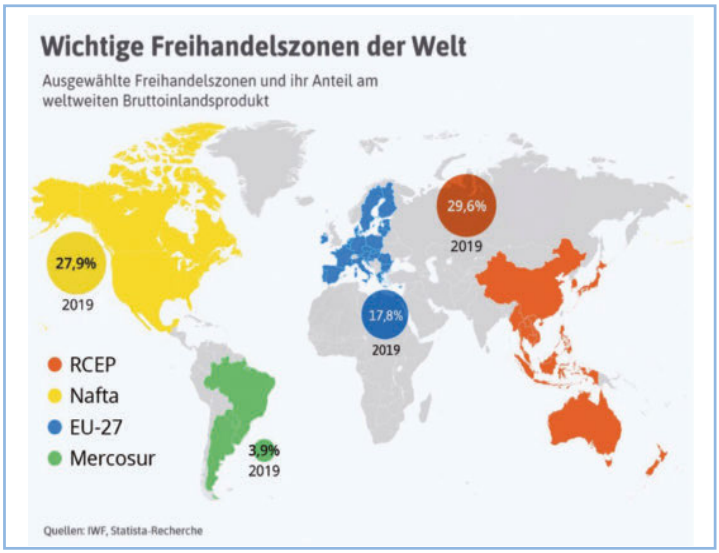
Vorjahreszeitraum allerdings um fast die Hälfte zurück, was vor allem auf den Exportstopp von deutschem Schweinefleisch seit September 2020 zurückzuführen ist. Aber auch die Agrareinfuhren aus China blieben hinter dem Vorjahresstand zurück (- 4 Prozent).

Vereinigtes Königreich ein wichtiges Absatzland für Agrargüter

Die Exporte der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft in das Vereinigte Königreich beliefen sich 2020 auf 4,8 Milliarden Euro, das entspricht einem Anteil an den gesamten Agrarexporten von gut 6 Prozent. Die Agrarimporte aus dem Vereinigten Königreich nach Deutschland betrugen 2020 1,5 Milliarden Euro. Nach Handelszahlen für die Monate Januar bis September 2021 ist deutsche Agrarhandel mit dem Vereinigten Königreich stark zurückgegangen, bei den Importen um 31 Prozent, bei den Exporten um 18 Prozent. Grund dafür sind die mit dem Brexit verbundenen aufwändigen Handelsabläufe.

EU strebt weitere Handelsabkommen an

Die EU hat etwa 70 Freihandelsabkommen mit Drittstaaten abgeschlossen. Sie verhandelt derzeit mit vielen Ländern über weitere Freihandelsabkommen. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf asiatischen Ländern. Mit Japan und Kanada traten Handelsabkommen bereits



in Kraft. Mit den Mercosur-Staaten, Vietnam, Singapur sind Abkommen ausverhandelt. Mit zwei Gruppen afrikanischer Länder wurden Partnerschaften geschlossen (bisher AKP-Vereinbarungen). Intensive Verhandlungen laufen mit Australien und Neuseeland. Eine Aktualisierung bestehender Handelsabkommen wird mit Mittelmeeranrainern (Marokko, Tunesien, Ägypten, Jordanien), Südafrika, Chile und Mexiko angestrebt.

Stichwortverzeichnis

Ackerbau, -fläche 57, 168-171, 186
Agrardieselsteuer 154f.
Agrarerzeugung 114, 180, 182-227
Agrargenossenschaften 101, 179
Agrarhandel, *siehe Außenhandel*
Agrarpreise/-entwicklungen 21, 169, 182ff.
Agrarsektor 16, 89-109, 180
Agrarstrukturen
- Deutschland 89-109
- Förderung 145-152
Agrarumweltmaßnahmen 60-65, 139-148, 170
Agribusiness 8-9
Agrarsozialversicherung 152-155
Anbindehaltung 92ff.
Alterssicherung der Landwirte 153
Altersstruktur 112, 118
Anlagevermögen 79, 167
Arbeitskräfte 10, 108-113, 117, 167
Arbeitsproduktivität, -zeiten 10-11
Ausbildung 112-113
Außenhandel / Agrarhandel 245-253

Berufsbildung 112-113
Betriebe 89-99
Betriebsgrößen/-formen 89-99
Betriebsmittel/-preise 8, 171, 228-233
Bewässerung 62
Bioenergie 52-55
Bio-Lebensmittel 36-41, 49-51
Boden 57-62, 81-88
Brauereien 32
Buchführungsergebnisse 166-179
Bundeshaushalt 149-151

CO_2-Emissionen 68-71, 238
Corona-Pandemie 164

Diesel, Biodiesel 54, 154
Digitalisierung 164-165
Direktzahlungen 131-142
Discounter 33-35
Düngung/Düngemittel 63-67, 171, 228-230

Eco Schemes 134-137
Eier 24-25, 50, 219-221
Einkommenskombinationen 106f.
Energie
- Pflanzen 52
- Preise 55, 228, 235, 237-240
Ernährung
- Konsum 22-25
- Verhalten 34-44
- Wirtschaft 26-32
- Welternährung 241-244
Erneuerbare Energien 52-55
Ernte 183-187
Ernteversicherung 76-77
Erwerbstätige 10, 108-113, 117, 167
Erzeugerpreise 21, 169, 182ff.
Europäische Union
- Agrarausgaben 127-132
- Agrarstrukturen 114-119
- Außenhandel 245-248
- Direktzahlungen 131-142
- Haushalt 127-132
- Ländliche Entwicklung 145-148
- GAP-Reform 133-138
Exporte, *siehe Außenhandel*

Flächennutzung 57-62
Flächenverlust 58
Fleischerzeugung 203-218
Forstwirtschaft 120-125
Fremdkapital 80, 167, 174-177
Futtermittel 231-235

Geflügel 25, 93, 217-221
Gemeinschaftsaufgabe GAK 151f.
Getreide 183-189
Greening 139-141
Grünland 59, 137

Handel
- *siehe Außenhandel*
Haupterwerbsbetriebe 100-103, 166-177
Haushalt, *siehe auch Europäische Union*
- Agrarhaushalt Deutschland 149-151
- EU-Haushalt 127-131
Hofnachfolge 104f.

Image der Landwirtschaft 16
Investitionen 8, 79, 160-162, 174-177, 233

Juristische Personen 100f.

Kapitalintensität 79f.
Kartoffeln 25, 197f.
Kaufkraft 22-25
Kennzeichnung 39-43
Klimaschutz 68-71
Klimawandel 72-77
Konjunkturbarometer Agrar 160-163
Konsumausgaben 21-25, 33-42, 51

Landwirtschaftliche Gesamtrechnung 180f.
Landtechnik 11
Langfristvergleiche 17-20
Ländlicher Raum 13, 145ff.
Lebensmittelhandel 33-35

Marktanteile 22, 33, 114
Methan 69
Milch und Milcherzeugnisse 25, 29f., 94-96, 172, 221-227
Mühlen 31

Nachwachsende Rohstoffe 52
Nahrungsmittel
- Ausgaben, -preise 21-24
- Pro-Kopf-Verbrauch 25
Nebenerwerbsbetriebe 103-105, 178
Nitrat 66f.

Obst u. Gemüse 198-201
Ökologischer Landbau 45-51, 172
Ölsaaten 192-195

Pachten 85-88, 171
Pflanzliche Erzeugung 183-202
Pflanzenschutzmittel 8, 67, 235
Produktionswert 7, 9, 180-181

Raps 192-195
Regionalität 39-42
Rinder, *siehe auch Fleisch* 90-97, 172, 206-210

Schafe 99, 210f.
Schweine, *siehe auch Fleisch* 97f., 172, 211-216
Selbstversorgungsgrad 18, 25
Strukturförderung, *siehe Europäische Union*
Strukturwandel 28-32, 89-99

Tierhaltung 19, 44, 90-99, 167
Tierwohl 43f.

Unternehmensergebnisse 167-179
Unternehmensverbünde 84f.
Urlaub auf dem Bauernhof 14-15

Vegetarisch/Vegan 35, 37
Verbraucherpreise 21-25
Verbrauchertrends 34-44
Vorleistungen 7-8, 180, 228-233

Wald 120-125
Wiederaufbaufonds 127f.
Wein 201f.
Weltagrarmärkte 183-222,236-240
Wertschöpfung 7-9, 180
Wetterextreme 72-77
Wirtschaftsdünger 63-66

Zucker 25, 31, 196f.
Zuerwerb 14, 106f.
Zweite Säule der EU-Agrarpolitik 144-152
Zwischenfruchtanbau 61f.

Bildnachweis

Gero Breloer	Seite 3
pixabay/Stock-Snapgreen	Seite 6
pixelio/Andrea Hermsdorf	Seite 56
pixelio/Rainer Sturm	Seite 78
pixabay/jplenid/gundula-vogel	Seite 126
pixabay/gerd-altmann	Seite 158
pixabay/hans-linde	Seite 182
pixabay/wikiImage 62952	Seite 234

Deutscher Bauernverband
Claire-Waldoff-Straße 7
10117 Berlin

Telefon: 030-31904-0

E-Mail
presse@bauernverband.net

www.bauernverband.de
www.situationsbericht.de

facebook.com/DieDeutschenBauern

@Bauern_Verband

Mit Unterstützung von
LAND-DATA GmbH

Wedekindstraße 9-11
27374 Visselhövede

Telefon: 04262-304-0

www.landdata.de